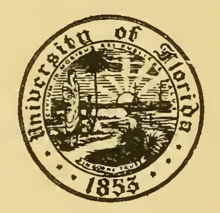



University of Florida
1853

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

Dr. Hans Delbrück.

Vierzigster Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1882.

Geschichts-Kalender.

Januar — Juli 1882.

Vorbemerkung. Die im Staatsarchiv veröffentlichten Actenstücke sind mit ihrer Nummer, die noch zu veröffentlichenden mit St.A. bezeichnet.

2. Jan. **Frankreich.** Baron de Ring, früherer General-Consul in Aegypten, wird an Stelle Ducros-Aubert's zum französischen Gesandten in Bukarest ernannt.

4. „ **Preussen.** — Erlass des Königs an das Staatsministerium, betreffend die staatsrechtliche Stellung des Königthums in Preussen und die Haltung der Beamten bei den Wahlen (Nr. 7706). — Einberufung des Landtages auf den 14. Januar.

4. „ **Aegypten.** — Arabi-Bey wird zum Unterstaatssecretär des Krieges ernannt.

6. „ **Frankreich.** — Ernennung des Deputirten Floquet zum Seine-Präfecten an Stelle des verstorbenen Senators Herold.

7. „ **Grossbritannien.** — Depesche Granville's über den Panama-Canal (Nr. 7549).

8. „ **Frankreich.** — Ergänzungswahlen zum Senat. An Stelle der ausscheidenden 43 Republikaner und 36 Monarchisten werden 64 Republikaner und 15 Monarchisten wiedergewählt.

8. „ **Aegypten.** — Die General-Consuln von England und Frankreich übergeben dem Khedive eine gemeinsame identische Note (Nr. 7783).

9. „ **Deutschland.** — Beantwortung der Interpellation des Abg. Hertling (Centrum über die weitere Ausbildung der Fabrikgesetzgebung durch den Reichskanzler.

9. „ **Türkei.** — Die ausserordentliche Gesandtschaft des Sultans an den deutschen Kaiser, Ali-Nisami-Pascha und Reschid-Bey, trifft wieder in Konstantinopel ein.

10. „ **Frankreich.** — Die Deputirtenkammer wählt Brisson zum Präsidenten.

10. „ **Spanien** und **Portugal.** — Besuch des Königs und der Königin von Spanien bei dem König von Portugal in Lissabon.

11./12. „ **Deutschland.** — Der Reichstag nimmt den Antrag Windthorst auf Aufhebung des Gesetzes, betreffend die unbefugte Ausübung von Kirchenämtern vom 4. Mai 1874 (St.A., II. Suppl.-Bd. Nr. 6106), mit 283 gegen 155 Stimmen in zweiter Lesung an.

13. „ **Türkei.** — Protest der Pforte gegen die englisch-französische Note vom 7. Januar (Nr. 7792).

14. „ **Preussen.** — Eröffnung des Landtages durch den Vicepräsidenten des Staatsministeriums, v. Puttkamer. Thronrede (Nr. 7707). — Präsidentenwahl im

Herrenhause: Herzog von Ratibor Präsident; Graf von Arnim-Boitzenburg erster Vicepräsident; zum zweiten Vicepräsidenten wird Prof. Beseler mit 38 Stimmen gegen Graf Brühl (37 Stimmen) gewählt.

14. Jan. **Frankreich.** — Gambetta legt der Deputirtenkammer den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Verfassung, vor. Hauptpunkte: 1) Die unabsetzbaren Senatoren sollen künftig von beiden, getrennt von einander votirenden Kammern, nicht mehr vom Senat allein gewählt werden. 2) Im Wahlkörper, der die Senatoren wählt, sollen die Gemeinden künftig nach Verhältniss ihrer Bevölkerungszahl vertreten sein. 3) Das Princip des Listenscrutiniums für die Deputirtenwahlen wird in die Verfassung eingetragen. 4) Die finanziellen Befugnisse des Senates sollen abgeändert werden; der Senat soll gestrichene Etatsposten nicht ferner wiederherstellen können, dagegen das Recht der Controle haben. 5) Die öffentlichen Gebete bei Eröffnung der Sessionen werden abgeschafft.

16. „ **Preussen.** — Präsidentenwahl im Abgeordnetenhause: Präsident v. Köller mit 350 von 364 Stimmen; erster Vice-Präsident Frhr. v. Heeremann (214 St.) gegen v. Benda (152 St.); zweiter Vice-Präsident Stengel mit 274 von 287 gültigen Stimmen.

16. „ **Frankreich.** — Wiederwahl Léon Say's zum Präsidenten des Senates.

17. „ **Chile und Bolivia.** — Friedensschluss.

17. „ **Tunis.** — Verhaftung des Bruders des Bey Tayeb-Pascha.

18. „ **Deutschland.** — Annahme des Antrages Windthorst (cf. 11. Jan.) in dritter Lesung mit derselben Majorität.

19. „ **Deutschland.** — Der liberale Entwurf eines Unfall-Versicherungsgesetzes wird an eine Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

19. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Erfolgloses Attentat auf den russischen Botschafter in Wien, von Oubril.

20. „ **Deutschland.** — Die Vorlage, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses von Hamburg an das Zollgebiet (Nr. 7641), wird in zweiter Lesung mit 171 gegen 102 Stimmen angenommen.

21. „ **Italien.** — Die Deputirtenkammer nimmt den Wahlreform-Gesetz-Entwurf mit 217 gegen 64 Stimmen an.

22. „ **Frankreich.** — Die Verfassungs-Commission der Deputirtenkammer lehnt das Listenscrutinium ab und beschliesst mit 24 gegen 3 Stimmen eine Resolution, welche sich für eine unbeschränkte Revision der Verfassung ausspricht.

22. „ **Serbien.** — Eröffnung der Skupschtina.

23. „ **Deutschland.** — Annahme der Hamburger Vorlage in dritter Lesung ohne Debatte (Nr. 7643).

24. „ **Deutschland.** — Debatte im Reichstage über den königlichen Erlass vom 4. Januar (Nr. 7706).

24. „ **Niederlande.** — Der Minister des Auswärtigen, von Rochussen, erklärt in der zweiten Kammer, dass Verhandlungen zwischen Deutschland und Holland schweben über den Ausschluss der holländischen Schiffe von der deutschen Küstenschifffahrt.

24. „ **Russland.** — Rede des Generals Skobeleff bei der Feier des Jahrestages der Erstürmung von Gök-Tepe mit heftigen Ausfällen gegen Preussen und Oesterreich und Sympathiebezeigungen für die aufständischen Bosnier.

25. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Graf Wolkenstein, Sektions-Chef im Ministerium des Auswärtigen, trifft in Berlin ein zum Zweck von Verhandlungen über die Donaufrage.

25. Jan. **Vereinigte Staaten.** — Guiteau, der Mörder des Präsidenten Garfield, wird nach 10wöchentlichen Verhandlungen zum Tode verurtheilt.

26. „ **Frankreich.** — Verhandlungen der Deputirtenkammer über die Verfassungsrevision. Die Kammer lehnt den Regierungs-Entwurf (eine auf bestimmte Punkte beschränkte Verfassungsrevision mit Listenscrutinium) mit 305 gegen 117 Stimmen ab und nimmt die Commissionsvorlage (unbeschränkte Revision ohne Listenscrutinium) mit 262 gegen 91 Stimmen an. Gambetta und sein ganzes Ministerium reichen ihre Entlassung ein. Grévy fordert Freycinet zur Bildung des neuen Cabinets auf.

27. „ **Niederlande.** — Die zweite Kammer lehnt den französischen Handelsvertrag mit 146 gegen 32 Stimmen ab.

30. „ **Deutschland.** — Schluss des Reichstages. Staatsminister a. D. Falk wird zum Oberlandesgerichts-Präsidenten in Hamm ernannt und legt in Folge dessen seine Mandate zum Reichstag und Abgeordnetenhause unter Ablehnung einer Wiederwahl nieder. — Der zum Gesandten beim päpstlichen Stuhl designirte frühere Gesandte in Washington, v. Schlözer, geht über München nach Rom.

30. „ **Frankreich.** — Bildung des neuen Ministeriums: Freycinet Konseilpräsident und Auswärtiges, Léon Say Finanzen, Ferry Unterricht, Goblet Inneres, Humbert Justiz, Billot Krieg, Jauréguiberry Marine, Varroy öffentliche Arbeiten, Tirard Landwirthschaft, Cochéry Posten.

30. „ **Griechenland.** — Eröffnung der Kammer.

2. Febr. **Türkei.** — Identische Mittheilung der Botschafter der Ostmächte an die Pforte, betreffend Aufrechterhaltung des *Status quo* in Aegypten (St.A.).

2. „ **Aegypten.** — Die Notabelnkammer verlangt die Demission des Ministeriums Chérif-Pacha.

4. „ **Grossbritannien.** — Der frühere englische Botschafter in Konstantinopel (Goschen) verlässt nach etwa achttägigem Aufenthalt Berlin.

5. „ **Aegypten.** — Neues Ministerium: Mahmud-Pascha-Sami Präsidium und Inneres, Arabi-Bey Krieg, Mustapha-Pascha-Fehmi Auswärtige Angelegenheiten.

6. „ **Frankreich.** — Freycinet erklärt in der Deputirtenkammer auf eine Interpellation wegen der Vertagung der Verfassungsrevision, dass der gegenwärtige Zeitpunkt nicht geeignet sei, die Verfassungsrevision vor den Senat zu bringen. Die Kammer nimmt mit 271 gegen 61 Stimmen die folgende, vom Ministerium acceptirte Resolution an: „Die Kammer, im Vertrauen auf die Erklärungen des Gouvernements und auf dessen Willen, die erwarteten Reformen durchzuführen, von denen die Revision der Verfassungsgesetze einen Theil bildet, geht zur Tagesordnung über."

7. „ **Aegypten.** — Publikation des neuen Staatsgrundgesetzes (St.A.).

7. „ **Deutschland.** — Eine ausserordentliche Gesandtschaft, unter Führung des Prinzen Radziwill, begiebt sich nach Konstantinopel, um dem Sultan den preussischen Schwarzen Adlerorden zu überbringen.

7. „ **Grossbritannien.** — Eröffnung des Parlamentes. Thronrede (Nr. 7709).

7./8. „ **Preussen.** — Erste Berathung der kirchenpolitischen Vorlage (Nr. 7708). Ueberweisung derselben an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

9. „ **Grossbritannien.** — Gladstone erklärt im Unterhause, die Judenunruhen in Russland seien eine interne Angelegenheit dieses Staates und könnten nicht zum Gegenstand diplomatischer Verhandlungen gemacht werden.

10. „ **Frankreich.** — Der neue französische Botschafter für Berlin, Baron de Courcel, trifft in Berlin ein und überreicht am 13. Februar dem Kaiser sein Beglaubigungsschreiben.

10. Febr. **Baiern.** — Der Antrag Schels, an den König die Bitte zu richten, dass der baierische Bevollmächtigte im Bundesrath angewiesen werde, gegen das Tabaksmonopol zu stimmen, wird in der zweiten Kammer mit 98 gegen 43 Stimmen angenommen.

11. „ **Frankreich** und **Grossbritannien.** — Identisches Rundschreiben der Minister des Auswärtigen an die Botschafter bei den Ostmächten. — Aufforderung, in einen Ideenaustausch über Aegypten einzutreten (St.A.).

12. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Graf Wolkenstein kehrt von Berlin nach Wien zurück.

13. „ **Grossbritannien.** — Unterstaats-Secretär Dilke erklärt im Unterhause, dass das Gerücht, Goschen sei in Berlin mit einer vertraulichen Mission betraut gewesen, jeder Begründung entbehre.

14. „ **Italien.** — Die Deputirtenkammer nimmt den Gesetzentwurf, betreffend das Listenscrutinium, mit 200 gegen 143 Stimmen an.

15. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Interpellation des Abg. Hermann im ungarischen Abgeordnetenhause über die Thätigkeit des deutschen Schulvereins.

16. „ **Frankreich.** — Ernennung des Admirals Jaurès zum französischen Botschafter in St.-Petersburg.

16. „ **Russland.** — Ansprache des Generals Skobeleff bei Gelegenheit des Empfanges einer Deputation serbischer Studenten in Paris: „In unserem Hause (*chez nous*) sind wir nicht zu Hause, ja der Fremde ist überall, seine Hand ist in Allem; wir sind die von seiner Politik Genarrten, wir sind die Opfer seiner Ränke, die Sklaven seiner Stärke, wir sind durch seine unzählbaren und verderblichen Einflüsse dermaassen beherrscht und gelähmt, dass, wenn wir uns — wie ich hoffe — an dem oder jenem Tage davon befreien wollen, wir dies nicht anders werden thun können, als mit dem Säbel in der Hand. Und wenn Ihr den Namen dieses Fremden, dieses Eindringlings, dieses Intriguanten, dieses für die Russen und für die Slawen so gefährlichen Feindes wissen wollt, so will ich ihn Euch nennen. Es ist der Autor des „Drängens nach dem Osten“, es ist der Deutsche. Ich wiederhole es Euch und bitte Euch, es niemals zu vergessen: Unser Feind ist der Deutsche. Der Kampf ist unvermeidlich zwischen dem Slawen und dem Teutonen; derselbe wird ein langer, ein blutiger, ein schrecklicher sein. Aber der Slawe wird triumphiren.“

16. „ **Deutschland.** — Gesetz, betreffend die Ausführung des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet (Nr. 7643).

17./20. „ **Preussen.** — Debatte über den Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke im Etat des Staatsministeriums. Derselbe wird mit 248 gegen 73 Stimmen bewilligt.

21. „ **Grossbritannien.** — Unterstaatssecretär Dilke erklärt im Unterhause, dass Verhandlungen mit Deutschland über die Abtretung von Helgoland nicht stattgefunden hätten.

21. „ **Russland.** — Der ‘Regierungs-Anzeiger’ erklärt mit Bezug auf die Rede Skobeleffs in Paris: „Dergleichen private Aeusserungen von Personen, welche seitens der Regierung nicht dazu ermächtigt sind, können natürlich keinen Einfluss auf den allgemeinen Gang unserer äusseren Politik haben, noch unsere guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten ändern, welche sowohl auf den freundschaftlichen Banden der gekrönten Häupter unter sich und dem klaren Verständniss der Interessen der Völker, als auch auf gegenseitiger strenger Erfüllung der bestehenden Verträge begründet sind.“

21. „ **Türkei.** — Der englische und französische Botschafter in Konstantinopel übergeben eine identische Antwort auf den Protest der Pforte vom 13. Jan. (St.A.).

22. Febr. **Frankreich.** — Der bisherige Botschafter in Konstantinopel, Tissot, wird zum französischen Botschafter in London, und der Marquis de Noailles zum Botschafter in Konstantinopel ernannt.

22. „ **Grossbritannien.** — Bradlaugh, Unterhausmitglied für Northampton, wird als Atheist nicht zum Eide zugelassen und seines Sitzes verlustig erklärt.

23. „ **Frankreich.** — Interpellation des Deputirten de la Fosse über die Situation in Aegypten. — Der bisherige Ministerresident in Tunis, Roustan, wird zum Gesandten in Washington, der Präfect Cambon zum Ministerresidenten in Tunis ernannt.

23. „ **Russland.** — General Skobeleff, vom Kaiser zurückberufen, verlässt Paris. Gleichzeitig begiebt sich der russische Botschafter, Fürst Orlow, von Paris nach St.-Petersburg.

27. „ **Grossbritannien.** — Gladstone beantragt im Unterhaus gegenüber dem Beschluss des Oberhauses, eine parlamentarische Commission zur Prüfung der Wirkung der Landakte einzusetzen, die Resolution, „dass eine jetzt unternommene parlamentarische Untersuchung über die irische Landakte darauf abzielen würde, die Wirksamkeit der Akte zu verhindern und die Interessen einer guten Regierung Irlands zu schädigen."

27. „ **Frankreich.** — Gesetz, betr. die Einfuhrzölle auf englische Waaren (Nr. 7690).

28. „ **Frankreich und Grossbritannien.** — Unterzeichnung einer Handels- und Schifffahrts-Convention (Nr. 7691).

28. „ **Preussen.** — Zusammentritt des Volkswirthschaftsrathes. Vorlegung des Gesetzentwurfes, betreffend das Reichs-Tabaksmonopol.

2. März. **Grossbritannien.** — Attentat Mac Lean's auf die Königin Victoria.

3. „ **Grossbritannien.** — Bradlaugh wird zum Unterhausmitglied für Northampton wiedergewählt.

6. „ **Vereinigte Staaten.** — Der Gesandte in London erklärt, seine Regierung hoffe, dass die englische Regierung gegen die in Irland verhafteten amerikanischen Bürger möglichst bald eine Untersuchung eröffnen werde (Nr. 7699).

6. „ **Serbien.** — Die Skupschtina proclamirt den Fürsten Milan zum König von Serbien.

7. „ **Preussen.** — Die Etatsposition für Wiederherstellung der Gesandtschaft bei dem päpstlichen Stuhl wird gegen die Stimmen der liberalen Parteien bewilligt.

7. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Graf Wolkenstein trifft wieder in Berlin ein.

7. „ **Grossbritannien.** — Die von Redesdale im Oberhause eingebrachte Bill gegen Zulassung von Atheisten im Parlament wird in erster Lesung angenommen.

8. „ **Frankreich.** — Die Deputirtenkammer beschliesst mit 338 gegen 132 Stimmen, den Antrag Boysset auf Aufhebung des Concordats in Erwägung zu ziehen.

8. „ **Preussen.** — Die Commission zur Vorberathung des kirchenpolitischen Gesetzes lehnt in zweiter Berathung das ganze Gesetz mit 14 gegen 6 Stimmen ab.

8. „ **Bayern.** — Die zweite Kammer nimmt den Antrag Rittler: „an Se. Majestät den König die Bitte zu richten, anzuordnen zu geruhen, dass bei Auslegung und Anwendung aller derjenigen Bestimmungen der zweiten Verfassungsbeilage — Religionsedikt —, welche sich auf die Verhältnisse der katholischen Kirche und ihrer Angehörigen beziehen, die Tegernseeer Erklärung vom 15. September 1821 der Staatsregierung als Richtschnur zu dienen habe", mit 80 gegen 71 Stimmen an.

9. „ **Grossbritannien.** — Der Antrag Gladstone's vom 27. Februar wird mit 303 gegen 235 Stimmen angenommen. Die vom Oberhause eingesetzte Commission stellt darauf ihre Thätigkeit ein.

9. März. **Frankreich.** — Interpellation des radikalen Deputirten de Lamessan, betreffend die Intervention des Militärs zur Unterdrückung der Strike von Bessèges. Annahme eines die Handlungsweise der Regierung billigenden Vertrauensvotums mit 309 gegen 48 Stimmen.

9. „ **Italien.** — Giovanni Lanza †.

10. „ **Griechenland.** — Die Deputirtenkammer wählt den Candidaten der Opposition Spiridian Voloriti mit 127 gegen 76 Stimmen zum Präsidenten. Der König beauftragt Trikupis mit der Bildung des neuen Cabinets.

11. „ **Baiern.** — Der Reichsrath lehnt die Resolution der zweiten Kammer vom 10. Februar, betreffend das Tabaksmonopol, mit 32 gegen 12 Stimmen ab.

11. „ **Frankreich.** — Der Senat lehnt das vor den Neuwahlen vom 8. Januar angenommene Amendement Jules Simon's zum Unterrichtsgesetz, wonach in den öffentlichen Schulen die Pflichten gegen Gott gelehrt werden sollen, mit 167 gegen 132 Stimmen ab.

11. „ **Aegypten.** — Der französische General-Controleur, de Blignières, reicht seine Entlassung ein. Freycinet designirt Brédif zum General-Controleur *ad interim.*

12. „ **Römische Curie.** — Erste Audienz v. Schlözer's beim Papst. Der Papst äusserte angeblich: „dass, wenn es von ihm allein abhinge, das Einvernehmen mit der preussischen Regierung bereits in allen Punkten hergestellt sein würde."

14. „ **Frankreich.** — Andrieux, der ehemalige Polizei-Präfekt von Paris, wird zum Gesandten in Madrid *en mission temporaire* ernannt.

14. „ **Preussen.** — Das Abgeordnetenhaus lehnt den Antrag des Centrums, die Etatsposition für den altkatholischen Bischof zu streichen, ab und nimmt den Eventual-Antrag an, die Position aus dem Kapitel 'Katholische Geistlichkeit' zu entfernen.

14. „ **Vereinigte Staaten.** — Der Senat genehmigt die Bill, welche die Bigamie und Polygamie verbietet.

15. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Der Sectionschef im Ministerium des Auswärtigen, Graf Wolkenstein, wird zum Botschafter in St.-Petersburg ernannt.

15. „ **Rumänien.** — Die deutsche ausserordentliche Gesandtschaft nach Konstantinopel (Prinz Radziwill) trifft auf der Rückreise in Bukarest ein und wird vom König in Audienz empfangen.

16. „ **Vereinigte Staaten.** — Der Senat ratificirt die Beitrittserklärung des Präsidenten Arthur zu den Genfer Conventionen vom 22. August 1864 und 20. October 1868 (Bd. XXVII, Nr. 5342 und 5343).

16. „ **Aegypten.** — Arabi-Bey wird zum Pascha ernannt. Umfangreiche Beförderungen in den oberen Chargen der Armee.

17. „ **Serbien.** — Die sämmtlichen radicalen Deputirten legen ihre Mandate nieder.

18. „ **Preussen.** — Die Vorlage, betreffend die Verstaatlichung verschiedener Eisenbahnen, wird mit 243 gegen 107 Stimmen angenommen.

20. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Graf Wolkenstein begiebt sich von Berlin nach Paris.

21. „ **Preussen.** — Der Volkswirthschaftsrath lehnt das Tabaksmonopol mit 33 gegen 31 Stimmen ab.

21. „ **Baden.** — Die zweite Kammer beschliesst einstimmig, die Regierung zu ersuchen, das Tabaksmonopol im Bundesrathe abzulehnen.

21. „ **Grossbritannien.** — Debatte über den Antrag des liberalen Unterhaus-Mitgliedes Arnold, betreffend die Einführung des allgemeinen Stimmrechts. Gladstone erklärt, dass sich das Haus noch in der laufenden Legislaturperiode mit der Ausdehnung des Wahlrechts zu beschäftigen haben werde.

21. März. **Russland und China.** — Uebergabe des Ili-Territoriums (Nr. 7659).
23. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Das österreichische Abgeordnetenhaus nimmt die Vorlage, betreffend die Wahlreform, in dritter Lesung mit 162 gegen 124 Stimmen an.
23. „ **Frankreich.** — Die Deputirtenkammer wählt in die Budget-Commission von 33 Mitgliedern nur 5 Gambettisten. — Der Senat nimmt mit 179 gegen 108 Stimmen das Unterrichtsgesetz an.
24. „ **Preussen.** — Das Abgeordnetenhaus genehmigt einen ferneren Steuererlass von 6 Millionen Mark gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freiconservativen und einen Theil der Conservativen in der von der Regierung beantragten Form (2 Monatsraten für die 6 untersten Stufen der Klassensteuer, 1 Monatsrate für die 6 obersten Stufen der Klassen- und die 5 untersten der Einkommensteuer).
25. „ **Deutschland.** — Fürst Bismarck begiebt sich nach Friedrichsruhe.
25. „ **Frankreich.** — Die Budget-Commission wählt Wilson zu ihrem Präsidenten.
26. „ **Russland.** — Grossfürst Wladimir in Wien.
27. „ **Frankreich.** — Interpellation des Bischofs von Angers (Freppel) wegen Ausweisung von Benedictinern. Die Kammer billigt das Vorgehen der Regierung mit 418 gegen 73 Stimmen.
8. „ **Baiern.** — Der neuernannte päpstliche Nuntius, di Pietro, trifft in München ein.
29. „ **Preussen.** — Der Antrag der Fortschrittspartei auf Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen Königs von Hannover wird durch Annahme der von den Conservativen beantragten einfachen Tagesordnung erledigt.
29. „ **Frankreich.** — Die Commission zur Berathung des Antrages Boysset (vergl. 8. März) lehnt die Trennung von Kirche und Staat ab.
30. „ **Frankreich.** — Die Deputirtenkammer wählt die Commission zur Prüfung der vom Kriegsminister Billot eingebrachten Recrutirungsvorlage und zur Berichterstattung über den von Gambetta eingebrachten Gegenentwurf. Die Commission wählt Gambetta zum Vorsitzenden. — Cambon begiebt sich auf seinen Posten nach Tunis.
30. „ **Russland.** — Ermordung des Generals Strelnikow in Odessa.
31. „ **Preussen.** — Das Abgeordnetenhaus nimmt mit 228 gegen 130 Stimmen das Kirchengesetz (Nr. 7713) in dritter Lesung an.
31. „ **Spanien.** — Ueber die Provinz Catalonien wird wegen Arbeiterunruhen der Belagerungszustand verhängt.
1. April. **Deutschland.** — Der Präsident der afrikanischen Gesellschaft für Deutschland, Dr. Nachtigall, wird mit der commissarischen Verwaltung des deutschen Consulats in Tunis betraut.
1. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Der frühere Gesandte in Washington, Frhr. v. Mayr, wird zum Gesandten in Bukarest ernannt.
1. „ **Italien.** — Feier des 600jährigen Gedenktages der sicilianischen Vesper in Palermo.
4. „ **Vereinigte Staaten.** — Der Präsident legt sein Veto gegen die Anti-Chinesen-Bill ein.
5. „ **Deutschland.** — Artikel des Bankpräsidenten v. Dechend über die Währungsfrage in der ‘Nordd. Allg. Ztg.’.
6. „ **Grossbritannien.** — Depesche Granville’s an den englischen Gesandten in Washington: Ein Unterschied zwischen Inländern und Ausländern kann bei der Untersuchung gegen die in Irland Verhafteten nicht gemacht werden (Nr. 7700).

8. April. **Deutschland.** — Graf Hatzfeldt kehrt aus Italien nach Berlin zurück und übernimmt wieder die Leitung des Auswärtigen Amtes.

9. „ **Russland.** — Rücktritt des Fürsten Gortschakoff. Giers wird zum Minister des Auswärtigen ernannt.

10. „ **Grossbritannien.** — Parnell wird auf acht Tage aus dem Gefängniss entlassen, nachdem er sich durch Ehrenwort verpflichtet hat, dahin zurückzukehren.

12. „ **Aegypten.** — Entdeckung einer Verschwörung tscherkessischer Officiere gegen das Leben Arabi-Pascha's.

12. „ **Deutschland.** — Prinz Heinrich von Preussen besucht in Begleitung Schlözer's den Papst und den Cardinal-Staatssecretär Jacobini.

12. „ **Spanien.** — Aufhebung des Belagerungszustandes in Catalonien.

13. „ **Deutschland.** — Der König von Württemberg besucht in Begleitung Schlözer's den Papst und Jacobini.

14. „ **Deutschland.** — Der Reichstag wird auf den 27. April einberufen.

18. „ **Baiern.** — Der Reichsrath lehnt mit allen gegen 10 Stimmen den Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 8. März, betreffend die Tegernseer Erklärung, ab.

18. „ **Grossbritannien.** — Das Unterhaus lehnt die Motion Wolff ab, in welcher der Werth eines guten Einvernehmens mit dem Vatican anerkannt, aber gleichzeitig erklärt wird, dass die Verhandlungen officiell und mit Vorwissen des Parlamentes geführt werden müssten. Gladstone giebt zu, dass Verhandlungen mit dem Vatican stattfänden und dass Errington eine Mission beim Papste habe.

18. „ **Vereinigte Staaten.** — Das Repräsentantenhaus nimmt die Anti-Chinesen-Bill von neuem mit 201 gegen 37 Stimmen an.

19. „ **Grossbritannien.** — Mac Lean wird wegen Unzurechnungsfähigkeit für nichtschuldig erklärt.

20. „ **Russland.** — Der 'Regierungs-Anzeiger' veröffentlicht einen kaiserlichen Ukas, welcher allen Militärpersonen verbietet, öffentlich politische Reden zu halten.

20. „ **Vereinigte Staaten.** — Tast wird zum Gesandten in Wien, Dayton zum Gesandten im Haag und Fish zum Gesandten in Brüssel ernannt.

21. „ **Grossbritannien.** — Das Unterhaus von Kanada beschliesst einstimmig, die Königin in einer Adresse zu ersuchen, Irland dieselbe Autonomie wie Kanada zu gewähren.

22. „ **Deutschland** und **Vereinigte Staaten.** — Eröffnung der ersten directen telegraphischen Verbindung zwischen beiden Ländern.

23. „ **Spanien.** — Die Cortes genehmigen den französischen Handelsvertrag mit 238 gegen 58 Stimmen.

24. „ **Deutschland.** — Der Bundesrath nimmt das Tabaksmonopol mit 36 gegen 22 Stimmen (Baiern, Sachsen, Baden, Hessen, Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz, Hamburg, Bremen, Lübeck, Reuss j. L.) an.

24. „ **Preussen.** — Herr v. Schlözer überreicht sein Beglaubigungsschreiben als preussischer Gesandter beim päpstlichen Stuhl.

25. „ **Griechenland.** — Die Kammer beschliesst, ein Tadelsvotum gegen das frühere Cabinet wegen des Abschlusses der türkisch-griechischen Grenzconvention (Bd. XXXIX Nr. 7577).

26. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Die österreichische und ungarische Delegation beschliessen in gemeinschaftlicher Sitzung, den vom Kriegsminister für die Pazificirung Bosniens geforderten Credit gemäss dem früheren Beschluss der ungarischen Delegation unter Abstrich von 2 Millionen Gulden zu bewilligen.

27. April. **Deutschland.** — Eröffnung des Reichstages durch den Staatssecretär von Bötticher. Thronrede (Nr. 7710). Die Eröffnung findet zum ersten Mal im Sitzungssaal des Reichstages statt.

27. „ **Baden.** — Die zweite Kammer genehmigt den Antrag der katholischen Volkspartei auf Einführung directer Wahlen mit 29 Stimmen (Conservative, Clerikale und Demokraten) gegen 28 Stimmen (Liberale), obgleich der Minister Tourban denselben für unannehmbar erklärt.

27. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Der gemeinsame Finanzminister, v. Szlavy, nimmt seine Entlassung.

27. „ **Frankreich.** — Die Regierung setzt eine Commission zur Prüfung des Projectes zur Herstellung eines Binnenmeeres in Tunis ein.

27. „ **Russland.** — Der russische Botschafter in Paris, Fürst Orlow, trifft in Berlin ein und begiebt sich vom 29.—30. April zum Reichskanzler nach Friedrichsruhe.

28. „ **Deutschland.** — Wahl des Präsidiums des Reichstages. Präsident: v. Levetzow (162 Stimmen) gegen v. Stauffenberg (97 Stimmen). Erster Vicepräsident: v. Frankenstein (159 Stimmen) gegen Hänel (95 Stimmen). Zweiter Vicepräsident: Ackermann (126 Stimmen) gegen v. Benda (115 Stimmen).

28. „ **Grossbritannien.** — Der Vice-König von Irland, Earl Cowper, nimmt seine Entlassung; Earl Spencer wird an seiner Stelle ernannt.

29. „ **Deutschland.** — Der Consulatsverweser in Tunis, Dr. Nachtigall, wird durch den französischen Ministerresidenten dem Bey vorgestellt. Die französische Presse erblickt darin eine Anerkennung des Bardo-Vertrages (Bd. XXXIX, Nr. 7479) durch Deutschland.

2. Mai. **Oesterreich-Ungarn.** — Der neuernannte Botschafter in St.-Petersburg, Graf Wolkenstein, begiebt sich über Berlin auf seinen Posten.

2. „ **Grossbritannien.** — Freilassung der verhafteten irischen Deputirten. Rücktritt des Staatssecretärs für Irland, Forster.

2. „ **Türkei.** — Abdurrhaman-Pascha wird an Stelle Said-Pascha's zum Premierminister ernannt.

2. „ **Bulgarien.** — Fürst Alexander in St.-Petersburg.

2. „ **Aegypten.** — Verurtheilung von 40 tscherkessischen Officieren zu lebenslänglicher Verbannung nach Sudan.

4. „ **Grossbritannien.** — Lord Cavendish wird an Stelle Forster's zum Staatssecretär für Irland ernannt.

6. „ **Deutschland.** — Parteitag der liberalen Vereinigung (Secessionisten) in Berlin. Aufstellung eines Programms (Nr. 7711).

6. „ **Preussen.** — Das Abgeordnetenhaus lehnt den Entwurf des Verwendungsgesetzes ohne vorherige Commissionsberathung ab.

6. „ **Deutschland.** — Entbindung der Gemahlin des Prinzen Wilhelm von Preussen von einem Prinzen.

6. „ **Grossbritannien.** — Ermordung des Staatssecretärs für Irland, Cavendish und des Unterstaatssecretärs Thomas Bourke im Phönixpark zu Dublin.

6. „ **Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien** und **Niederlande.** — Unterzeichnung einer Convention, betreffend die Fischerei in der Nordsee.

8. „ **Frankreich.** — Die Deputirtenkammer nimmt den von Naquet eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die Zulässigkeit der Ehescheidung und Wiederverheirathung in erster Lesung mit 327 gegen 119 Stimmen an.

8. „ **Türkei.** — Ernennung Said-Pascha's zum Minister des Auswärtigen an Stelle Assim-Pascha's.

9. „ **Grossbritannien.** — Trevelyan wird zum Staatssecretär für Irland ernannt.

9. Mai. **Niederlande.** — Das Ministerium giebt wegen der Verwerfung des französischen Handelsvertrages in der zweiten Kammer seine Entlassung. Der König nimmt dieselbe nicht an.

9. „ **Aegypten.** — Der Khedive ändert auf Andringen der Grossmächte im Gnadenwege die Strafe der verurtheilten Officiere dahin ab, dass sie nur gezwungen sind, Aegypten zu verlassen.

10. „ **Aegypten.** — Das Ministerium beruft ohne Genehmigung des Khedive die Notabeln-Versammlung ein und bricht allen Verkehr mit dem Khedive ab.

10. „ **Dänemark.** — Nach 1½jährigen vergeblichen Verhandlungen kommt durch ein Compromiss beider Kammern wieder ein regelmässiges Budget zu Stande.

10. „ **Serbien.** — Demonstration gegen den König im Theater.

10./13. „ **Deutschland.** — Erste Berathung des Tabakmonopol-Entwurfs im Reichstag. Der Entwurf wird mit 162 gegen 121 Stimmen einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

11. „ **Preussen.** — Schluss des Landtages. Erklärung des Staatsministeriums (Nr. 7712).

11. „ **Frankreich.** — Interpellation des Deputirten Villeneuve über die Situation in Aegypten. Antwort Freycinets (St.A.).

11. „ **Grossbritannien.** — Das Unterhaus nimmt die Bill, betreffend die Unterdrückung der Verbrechen in Irland — Einsetzung besonderer Gerichtshöfe, welche ohne Geschworene urtheilen — mit 327 gegen 22 Stimmen an.

12. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Graf Wolkenstein in Petersburg überreicht sein Beglaubigungsschreiben.

12. „ **Aegypten.** — Die Notabelnkammer weigert sich, ohne gesetzliche Berufung zusammenzutreten.

13. „ **Frankreich** und **Grossbritannien.** — Beide Mächte beschliessen, je 6 Kriegsschiffe nach Aegypten zu schicken.

14. „ **Frankreich.** — Der neue französische Botschafter in Konstantinopel, Vicomte de Noailles,. überreicht sein Beglaubigungsschreiben.

14. „ **Russland** und **Türkei.** — Unterzeichnung einer Convention, betreffend die Zahlung der Kriegskosten-Entschädigung.

14./15. „ **Grossbritannien.** — Verhandlungen im Unterhause über die Freilassung der Führer der irischen Landliga. Gladstone leugnet, dass ihre Entlassung in Folge eines mit denselben abgeschlossenen Vertrages geschehen sei, durch welchen sich die Regierung gegen Gewährung von Concessionen an die irischen Forderungen die Unterstützung der Irländer im Parlament gesichert habe.

15. „ **Türkei.** — Protest der Pforte gegen die Entsendung französischer und englischer Schiffe nach Aegypten (St.A.).

15. „ **Mecklenburg.** — Taufe des am 12. Mai gebornen Prinzen, Sohnes des Herzogs Paul und der katholischen Prinzessin von Windischgrätz, nach lutherischem Ritus, entgegen dem angeblich von dem Herzog vor der Hochzeit gegebenen Versprechen, die Kinder dieser Ehe katholisch zu erziehen.

15. „ **Aegypten.** — Aussöhnung des Khedive mit dem Ministerium. Dasselbe bleibt im Amt.

15./16. „ **Deutschland.** — Erste Berathung der Gesetz-Entwürfe, betreffend die Unfall- und Kranken-Versicherung der Arbeiter, im Reichstag. Ueberweisung derselben an eine Commission. — Vertagung des Reichstages bis zum 6. Juni.

16. „ **Russland.** — General-Adjutant des Kaisers, von Kauffmann, General-Gouverneur von Turkestan †.

16. „ **Aegypten.** — Telegramm des englischen General-Consuls an die englischen

Consuln in Aegypten über den friedlichen Charakter der Flottenentsendung (St.A.).

18. Mai **Russland.** — Der russische Botschafter in Konstantinopel von Novikow wird abberufen und verlässt Konstantinopel.

18. „ **Türkei.** — Die Pforte erklärt ihre Bereitwilligkeit, mit den Westmächten über Aufrechterhaltung des *status quo* in Aegypten zu verhandeln (St.A.).

19. „ **Deutschland.** — Die Commission des Reichstages lehnt das Tabaksmonopol mit 21 gegen 3 Stimmen ab.

20. „ **Pariser Kongress-Staaten** und **Rumänien.** — Hinterlegung der Ratifications-Urkunden der Zusatzakte zur Donau-Schifffahrts-Akte von 1865 (Nr. 7704).

20. „ **Aegypten.** — Das englische und französische Geschwader trifft in Alexandrien ein.

21. „ **Schweiz.** — Eröffnung der Gotthard-Bahn.

22. „ **Frankreich.** — Finanzminister Léon Say giebt in Folge des Beschlusses der Deputirtenkammer, die Beseitigung der Steuer auf Wein und Bier in Erwägung zu ziehen und die Steuer auf Alkohol zu erhöhen, seine Entlassung.

23. „ **Frankreich.** — Die Deputirtenkammer votirt mit 302 gegen 36 Stimmen eine Tagesordnung, in welcher sie dem Finanzminister ihr Vertrauen ausspricht. Say zieht in Folge dessen sein Entlassungsgesuch zurück.

24. „ **Russland.** — Der ‚Regierungs-Anzeiger' publicirt folgende, vom Minister-Comité vereinbarten, vom Kaiser bestätigten Vorschriften für die Juden:

1. Den Juden bis auf weiteres das Ansiedelungsrecht ausserhalb der Städte und Ortschaften zu entziehen; nicht berührt hierdurch werden die bereits bestehenden jüdischen Kolonien, welche sich mit Ackerbau befassen.

2. Zeitweilig die Ausfertigung von Kauf- und Pfandbriefen auf den Namen von Juden, sowie auch die Ausfertigung von auf den Namen von Juden lautenden Bescheinigungen von Pachtverträgen auf ausserhalb des Weichbildes der Städte oder Flecken befindliche Liegenschaften und zur Verwaltung und freien Verfügung über derartige Immobilien ertheilter Vollmachten, einzustellen.

3. Den Juden zu verbieten, an Sonn- und hohen christlichen Festtagen zu handeln, wobei die hinsichtlich des Schliessens der Lokale für die christlichen Händler bestehenden Vorschriften maassgebend sind.

4. Die unter Punkt 1—3 angeführten Verordnungen erstrecken sich nur auf diejenigen Gouvernements, in denen Juden ansässig sind.

24. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Das österreichische Herrenhaus nimmt das Wahlreform-Gesetz mit einer Majorität von 15 Stimmen, das Abgeordnetenhaus den neuen Zolltarif mit einer Majorität von 14 Stimmen an.

24. „ **Frankreich** und **Grossbritannien.** — Identische Instruction an die General-Consuln in Cairo, alle ihnen nothwendig erscheinenden Schritte zu thun, um eine zeitweilige Entfernung Arabi-Pascha's aus Aegypten und Ernennung Chérif-Pascha's zum Minister-Präsidenten durchzusetzen (St.A.).

25. „ **Bulgarien.** — Fürst Alexander trifft aus Petersburg in Berlin ein.

26. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Der Kaiser genehmigt das Entlassungs-Gesuch des Grafen Beust als Botschafter in Paris und Versetzung desselben in den Ruhestand.

26. „ **Aegypten.** — Das Ministerium giebt seine Entlassung. Chérif-Pascha lehnt die Bildung eines neuen Cabinets ab.

28. „ **Aegypten.** — Arabi-Pascha wird auf Verlangen der Bevölkerung wieder zum

Kriegsminister ernannt und bleibt bis zur Bildung des neuen Ministeriums (16. Juni) einziger Minister.

31. Mai. **Preussen.** — Vollziehung des Kirchen-Gesetzes (Nr. 7713).

31. „ **Frankreich** und **Grossbritannien.** — Die beiden Mächte erlassen an die Ostmächte und die Türkei Einladungen zum Zusammentritt einer Conferenz über die ägyptische Frage in Constantinopel (St.A.).

1. Juni. **Frankreich.** — Interpellation des Deputirten de la Fosse über die ägyptische Politik des Cabinets Freycinet. Das von Freycinet verlangte Vertrauensvotum wird mit 298 gegen 70 Stimmen angenommen.

2. „ **Italien.** — Garibaldi †.

3. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Ernennung des Grafen Wimpffen zum Botschafter in Paris, des Grafen Ludolf zum Botschafter in Rom und des Grafen Dubsky zum Gesandten in Madrid.

3. „ **Türkei.** — Rundschreiben der Pforte. Ankündigung der Mission Derwisch-Pascha's. Erwartung, dass die englische und französische Regierung in Folge dessen die Idee der Conferenz fallen lassen werden (St.A.).

4. „ **Türkei.** — Derwisch-Pascha geht als türkischer Commissionär nach Aegypten.

5. „ **Deutschland.** — Bismarck trifft aus Friedrichsruhe in Berlin ein.

6. „ **Deutschland.** — Der Reichstag lehnt die von der Regierung vorgeschlagenen Zollerhöhungen mit rund 120 gegen 90 Stimmen ab.

6. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Der Sections-Chef von Kallay wird zum Reichsfinanz-Minister ernannt.

7. „ **Deutschland.** — Der Reichstag lehnt den Antrag Barth, betreffend die Aufhebung des Schmalzzolles, mit 129 gegen 120 Stimmen ab.

7. „ **Deutschland** und **Oesterreich.** — Der österreichische Reichsraths-Abgeordnete Ritter von Schönerer spricht in einer Volksversammlung zu Breslau zu Gunsten einer volkswirthschaftlichen Einigung von Deutschland und Oesterreich. Annahme einer diesbezüglichen Resolution.

7. „ **Oesterreich-Ungarn.** — Ernennung des Gesandten in Belgrad Baron Khevenhüller zum Civil-Gouverneur von Bosnien.

7. „ **Serbien.** — Die Skupschtina annullirt sämmtliche (radical ausgefallenen) Ersatzwahlen.

8. „ **Aegypten.** — Derwisch-Pascha trifft in Kairo ein.

9. „ **Deutschland.** — Der Reichstag lehnt in der dritten Lesung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Abänderung des Zolltarifs, alle beantragten Erhöhungen mit 165 gegen 150 Stimmen ab.

10. „ **Frankreich.** — Die Deputirtenkammer beschliesst die Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Richter mit 300 gegen 204 und trotz des Widerspruchs des Justizministers das Princip der Erwählung derselben mit 284 gegen 212 Stimmen. Humbert reicht in Folge dessen seine Entlassung ein; dieselbe wird jedoch vom Präsidenten Grévy nicht angenommen.

10. „ **Russland.** — Ein kaiserlicher Ukas verordnet die allmähliche (in 8 Jahren zu vollendende) Abschaffung der Kopfsteuer.

11. „ **Deutschland.** — Taufe des Prinzen Friedrich Wilhelm Victor August Ernst von Preussen, Sohnes des Prinzen Wilhelm, in Gegenwart des Kronprinzen Rudolf von Oesterreich, des Herzogs von Aosta und des Grossfürsten Sergius von Russland als Vertreter ihrer Souveräne.

11. „ **Preussen.** — Landesversammlung der national-liberalen Partei der Provinz Hannover. Rede Bennigsens zu Gunsten des Zusammengehens der liberalen Parteien.

11. Juni. **Russland.** — Entlassung Ignatieff's. Ernennung des Präsidenten der Akademie, Grafen Tolstoi, zum Minister des Innern.

11. „ **Aegypten.** — Aufstand der Eingeborenen gegen die Europäer in Alexandrien.

12. „ **Grossbritannien.** — Das Oberhaus lehnt mit 132 gegen 128 Stimmen die Bill ab, nach welcher die Ehe eines Mannes mit der Schwester seiner verstorbenen Frau erlaubt sein soll.

12. „ **Serbien.** — Die ausgeschiedenen oppositionellen Mitglieder der Skupschtina werden sämmtlich wiedergewählt. Das Ministerium Pirotschanatsch reicht in Folge dessen seine Entlassung ein. Der König nimmt diese Demission nicht an.

12./14. „ **Deutschland.** — Zweite Berathung des Tabak-Monopol-Entwurfs im Reichstag. Reden Bismarcks über die Steuerreform. Ablehnung des Tabakmonopols mit 276 gegen 43 Stimmen.

13. „ **Belgien.** — Theilweise Neuwahlen zum Repräsentantenhause und Senat. Die liberale Majorität wächst in dem ersteren von 14 auf 18, im letzteren von 4 auf 7 Stimmen.

14. „ **Russland.** — Der Botschafter in Wien, von Oubril, wird abberufen und zum Mitglied des Reichsraths ernannt.

15. „ **Deutschland.** — Der Reichstag nimmt mit 155 gegen 150 Stimmen auf Antrag Bennigsens die Resolution an: „dass nach der erst durch Gesetz vom 16. Juni 1879 erfolgten Erhöhung der Tabaksteuer eine weitere Beunruhigung und Belastung der Tabakindustrie unstatthaft erscheint". — Das Kanonenboot 'Habicht' in Malta wird zum Schutz der Deutschen in Aegypten nach Alexandrien beordert.

16. „ **Deutschland.** — Der Reichstag nimmt den Antrag der Reichs-Regierung auf Vertagung des Reichstages vom 19. Juni bis 30. November an.

16. „ **Aegypten.** — Unter Einfluss des deutschen und österreichischen General-Consuls kommt die Bildung eines neuen Ministeriums zu Stande: Ragheb-Pascha Präsident und Minister des Auswärtigen, Arabi-Pascha Krieg. Der englische General-Consul beschränkt seinen Verkehr mit dem Ministerium auf die Angelegenheiten, betreffend den Schutz der britischen Unterthanen.

18. „ **Deutschland.** — Liberaler Parteitag in Dresden.

18. „ **Bulgarien.** — Fürst Alexander kehrt nach einer Rundreise bei den Höfen von Petersburg, Berlin und Wien nach Sofia zurück.

19. „ **Preussen.** — Der Finanzminister Bitter nimmt seine Entlassung.

20. „ **Deutschland.** — Fürst Bismarck begiebt sich nach Varzin.

20. „ **Türkei.** — Circular über die Inopportunität der Conferenz (St.A.).

21. „ **Norwegen.** — Schluss des Storthing. Thronrede (Nr. 7714).

22. „ **Türkei.** — Der Zusammentritt der Conferenz wird auf den 23. vertagt, da der österreichische Botschafter ohne Instruction ist.

23. „ **Türkei.** — Erste Sitzung der Conferenz unter Vorsitz des Doyen des diplomatischen Corps in Konstantinopel, des italienischen Botschafters Grafen Corti.

25. „ **Türkei.** — Zweite Sitzung der Conferenz in Konstantinopel. Unterzeichnung eines Uneigennützigkeitsprotokolls (St.A.).

25. „ **Grossbritannien.** — Beginn der Ausrüstung einer Expedition nach Aegypten.

26. „ **Frankreich.** — Interpellation in der Deputirtenkammer über die englischen Rüstungen. Freycinet verweigert, Auskunft über den Stand der Verhandlungen zu ertheilen.

26. „ **Niederlande.** — Der König beauftragt den bisherigen Ministerpräsidenten van Lyden mit der Neubildung des Cabinets.

27. Juni. **Russland.** — Ernennung des Fürsten Lobanow zum Botschafter in Wien, des Baron von Mohrenheim zum Botschafter in London und des Baron von Nelidoff zum ausserordentlichen Gesandten in Konstantinopel.

27. „ **Serbien.** — Die Regierung legt der Skupschtina einen Gesetz-Entwurf vor, nach welchem Abgeordnete, welche ihr Mandat niederlegen, um die Geschäfte der Volksvertretung zu unterbrechen, mit Geldstrafe zu belegen sind.

29. „ **Preussen.** — Ernennung des bisherigen Staatssecretärs im Reichs-Schatzamt, Scholz, zum Finanzminister.

29. „ **Grossbritannien.** — Eine grosse conservative Volksversammlung in London spricht ihre Missbilligung der ägyptischen Politik des Cabinets Gladstone aus.

30. „ **Frankreich.** — Der oberste Kriegsrath tritt zu einer Sitzung zusammen.

30. „ **Vereinigte Staaten.** — Hinrichtung Guiteau's, des Mörders des Präsidenten Garfield.

I. Inhaltsverzeichniss,

nach den Gegenständen alphabetisch geordnet.

Aegypten. (Vergl. Bd. XXIX und XXXI.)

1841. Febr. 13. Türkei. Firman des Sultans an Mehemed-Ali, betreffend die Erbfolgeordnung, Steuererhebung im Namen der Pforte, Münzwesen und Zahl der auszuhebenden Truppen . 7715.

„ Mai —. — Firman des Sultans an Mehemed-Ali, betreffend die Höhe und Zahlungsmodus des Tributs . . . . . . 7716.

1866. „ 27. — Firman des Sultans an den Vicekönig, betreffend die Erbfolgeordnung . . . . 7717.

„ Juni 15. — Firman des Sultans an den Vicekönig von Aegypten, betreffend die eventuelle Einrichtung einer Regentschaft . . . . 7718.

1867. „ 8. — Firman des Sultans an den Khedive, betreffend die Erbfolgeordnung und das Recht, Handelsverträge und andere Verträge ohne politische Bedeutung zu schliessen 7719.

1869. Nov. 29. — Firman des Sultans an den Khedive, betreffend die Steuererhebung im Namen des Sultans und die Genehmigung zu auswärtigen Anleihen . . . . . . 7720.

1872. Sept. 10. — Firman des Sultans an den Khedive, betreffend die Aufhebung der Beschränkungen des Firmans vom 29. November 1869 und Bestätigung der Privilegien des Firmans vom 8. Juni 1867 . . . . 7721.

„ „ 25. — Erlass des Sultans an den Khedive, betreffend die Ermächtigung zu auswärtigen Anleihen . . . . . . 7722.

1873. Juni 8. — Firman des Sultans an den Khedive, betreffend die Thronfolgeordnung, Regentschaft, innere und finanzielle Verwaltung, Abschluss von nicht politischen Verträgen und Anleihen, Münzrecht, Bau von Kriegsschiffen, Flagge und Zahlung des Tributs . . . . 7723.

1876. Mai 2. Aegypten. Decret des Khedive, betreffend die Einrichtung einer Kasse der öffentlichen Schuld . . . . 7724.

„ „ 7. — Decret, betreffend die Conversion und Consolidation der ägyptischen Staatsschuld . . . . 7725.

„ „ 11. — Decret, betreffend die Einsetzung eines obersten Schatzrathes . . . . 7726.

„ Nov. 18. — Decret, betreffend die Amortisation der Staatsschuld, Einsetzung der General-Controleure und der Commission

der Staatsschuld und Verwaltung der Eisenbahnen und des Hafens von Alexandrien . . . . 7727.
1878. Aug. 28. Aegypten. Brief des Khedive an den Ministerpräsidenten Nubar-Pascha. Die staatsrechtliche Stellung des Ministeriums . . . . 7728.
1879. April 7. — Brief des Khedive an Chérif-Pascha. Einsetzung eines einheimischen Ministeriums . . . . 7729.
„ „ 22. — Decret, betreffend die Regelung der Staatsschuld . . 7730.
„ Juni 25. Türkei. Absetzung Ismaïl-Pascha's . . . . 7731.
„ „ 25. — Einsetzung Mehemed-Tewfik-Pascha's als Khedive von Aegypten . . . . 7732.
„ Juli 28. Frankreich und Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel an den türk. Min. d. Ausw. Gemeinsame Note, betreffend die Auslegung des neuen Firmans . . . 7733.
„ Aug. —. Türkei. Firman des Sultans an Tewfik-Pascha . . . . 7734.
„ Sept. 21. Aegypten. Brief des Khedive an Riaz-Pascha. Aufrechterhaltung der Grundsätze des Rescripts vom 28. Aug. 1878 7735.
„ Nov. 15. — Decret, betreffend die Machtbefugnisse der General-Controleure . . . . 7736.
1880. März 31. Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien und Oesterreich-Ungarn. Declaration, betreffend die Anerkennung eines von der Liquidations-Commission auszuarbeitenden Liquidations-Gesetzes für Aegypten . . 7737.
„ „ 31. Aegypten. Decret, betreffend die Einsetzung einer Liquidations-Commission . . . . 7738.
„ April 28. Frankreich. Min. d. Ausw. (Freycinet) an die franz. Gesandten in Madrid, St.-Petersburg, Athen, Brüssel, Kopenhagen, Haag, Lissabon, Stockholm u. Washington. Aufforderung, der Collectiv-Declaration vom 31. März 1880 beizutreten . . . . 7739.
„ Juli 17. Aegypten. Liquidations-Gesetz . . . . 7740.

Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc. (Vgl. Bd. XXXIX u. vorg.)

1850. April 19. Grossbritannien und Vereinigte Staaten von Nord-Amerika. Clayton-Bulwer-Vertrag vom 19. April 1850 . . . . 7644.
1860. Jan. 28. — und Nicaragua. Managua-Vertrag vom 28. Jan. 1860 7660.
1880. „ 25. — und Türkei. Uebereinkunft zur Unterdrückung des Sklavenhandels in Afrika . . . . 7658.
„ März 31. Deutschland und China. Zusatz-Convention zu dem deutsch-chinesischen Freundschafts-, Schifffahrts- und Handelsvertrage vom 2. September 1861 . . . . 7634.
„ „ 31. Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien und Oesterreich-Ungarn. Declaration, betreffend die Anerkennung eines von der Liquidations-Commission auszuarbeitenden Liquidations-Gesetzes für Aegypten . . 7737.
„ April 28. Frankreich. Min. d. Ausw. (Freycinet) an die franz. Gesandten in Madrid, St.-Petersburg, Athen, Brüssel, Kopenhagen, Haag, Lissabon, Stockholm u. Washington. Aufforderung, der Collectiv-Declaration vom 31. März 1880 beizutreten . . . . 7739.

1881.	Febr.	24.	Russland und China. Vertrag über das Gebiet von Ili. Vom 24. Februar 1881	7659.
„	Mai	23.	Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Handelsvertrag vom 23. Mai 1881	7631.
„	„	23.	— und die Schweiz. Handelsvertrag vom 23. Mai 1881	7632.
„	„	23.	— und die Schweiz. Protokoll, betreffend den gegenseitigen Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst	7633.
„	„	28.	Pariser Kongress-Staaten und Rumänien. Zusatzakte zur Schifffahrtsakte für die Donaumündungen vom 2. November 1865	7704.
„	Aug.	3.	Grossbritannien und Transvaal. Konvention über die Wiederherstellung der Autonomie von Transvaal vom 3. Aug. 1881	7672.
1882.	Febr.	28.	Frankreich und Grossbritannien. Handels- und Schifffahrts-Convention vom 28. Februar 1882	7691.

Central-Asiatische Frage. (Vergl. Bd. XXXVIII u. vorg.)

1881.	April	5.	Grossbritannien. Geschäftsträger in Tehran (Thomson) an den engl. Min. d. Ausw. Verhandlungen über eine russisch-persische Grenzberichtigung	7651.
„	„	14.	— Botschafter in St.-Petersburg (Dufferin) an den engl. Min. d. Ausw. (Granville). Die russische Regierung hat nicht die Absicht, Eroberungen in der Merv-Oase zu machen	7652.
„	Mai	24.	Russland. Ukas, betreffend die Annexion des Gebietes der Téké-Turkmanen	7653.
„	Juni	15.	Grossbritannien. Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. d. Ausw. Die russische Regierung hat nicht die Absicht, mit den Turkmanen von Merv einen Vertrag zu schliessen	7654.
„	„	22.	— Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. d. Ausw. Giers hat eine bestimmte Erklärung über die Grenzen des annectirten Téké-Gebietes nicht gegeben	7655.
„	Juli	27.	— Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. d. Ausw. Die Grenzen von Trans-Caspien sind noch nicht festgestellt	7656.
„	Aug.	10.	— Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. d. Ausw. Das „Journal de St.-Pétersbourg“ bestreitet, dass die russische Regierung bindende Verpflichtungen bez. Mervs eingegangen sei	7657.

Deutscher Reichstag.

1881.	Nov.	17.	Deutschland. Botschaft des Kaisers an den Reichstag, verlesen bei Eröffnung desselben durch den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck	7640.
„	Dec.	—.	— Bericht der sechsten Commission des Reichstages über den Gesetzentwurf, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet	7642.

1882. April 27. Deutschland. Thronrede bei Eröffnung des Reichstages, verlesen vom Staatssecretär von Bötticher am 27. April 1882 7710.

Englisch-amerikanische Differenzen (Irland). (Vgl. Bd. I u. XXI.)

1881. Juni 17. Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Granville) an den engl. Gesandten in Washington (Thornton). Der amerikanische Gesandte hat Vorstellungen gemacht wegen der Verhaftung von naturalisirten amerikanischen Bürgern in Irland . . . . 7693.

„ „ 24. — Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. Ausländer unterliegen den Gesetzen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ebenso wie die Inländer . . 7694.

„ „ 24. — Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. Vorstellungen wegen der in amerikanischen Zeitungen enthaltenen Aufreizungen zu Verbrechen in England. 7695.

„ „ 27. — Gesandter in Washington an den engl. Min. d. Ausw. Unterredung mit Staatssecretär Blaine über die irische Agitation in den Vereinigten Staaten . . . . . . 7696.

„ „ 28. — Min. d. Ausw. an den Gesandten der Ver. Staaten in London. Bezüglich der Verantwortlichkeit wegen gesetzwidriger Handlungen erkennt die englische Regierung eine Unterscheidung zwischen Inländern und Ausländern nicht an . . . . 7697.

1882. Febr. 15. — Gesandter in Washington (West) an den engl. Min. d. Ausw. Verhandlungen im Repräsentantenhause über die Verhaftungen in Irland . . . . 7698.

„ März 6. Vereinigte Staaten. Gesandter in London an den engl. Min. d. Ausw. Wünscht die Einleitung einer Untersuchung gegen die verhafteten Amerikaner . . . . 7699.

„ April 6. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. Ein Unterschied zwischen Inländern und Ausländern kann bei der Untersuchung nicht gemacht werden . . . . 7700.

„ „ 6. — Gesandter in Washington an den engl. Min. d. Ausw. Bericht des Staatssecretärs d. Ausw. an das Repräsentantenhaus über die Verhafteten . . . . 7701.

„ „ 14. Vereinigte Staaten. Gesandter in London an den engl. Min. d. Ausw. Dringt auf Entlassung der Verhafteten oder Untersuchung gegen dieselben . . . . 7702.

„ „ 27. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. Die amerikanische Regierung will sich der amerikanischen Agitatoren in England nicht zu warm annehmen . . . . 7703.

Englisch-französischer Handelsvertrag.

1880. Aug. 23. Grossbritannien. Unterstaatssecretär Dilke an den franz. Botschafter in London (Challemel-Lacour). Standpunkt der engl. Regierung bez. des neuen Handelsvertrages mit Frankreich . . . . 7674.

„ Sept. 24. Frankreich. Memorandum des franz. Handelsministers (Rouvier) über den Handelsvertrag . . . . 7675.

1881.	Febr.	28.	Frankreich. Memorandum über die Grundlagen des neuen Handelsvertrages	7676.
„	März	15.	Grossbritannien. Botschafter in Paris (Lyons) an den franz. Min. d. Ausw. (Barthélémy St.-Hilaire). Antwort der englischen Regierung auf das französische Memorandum	7677.
„	Mai	10.	— Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. Die englische Regierung wünscht Abschluss eines neuen Handelsvertrages auf Grundlage des alten	7678.
„	„	24.	— Min. d. Ausw. an die englischen Unterhändler. Instruction für die Verhandlungen über den französischen Handelsvertrag	7679.
„	Juli	11.	— Die engl. Unterhändler an den engl. Min. d. Ausw. Bisheriger Verlauf der Verhandlungen	7680.
1882.	Febr.	8.	— Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Uebersicht über die noch bestehenden Differenzen	7681.
„	„	8.	— Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Die schwierige Stellung der französischen Regierung gegenüber dem Parlament	7682.
„	„	14.	— Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Die äussersten Concessionen der französischen Regierung	7683.
„	„	15.	— Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Die letzten französischen Vorschläge sind unannehmbar	7684.
„	„	17.	— Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Bedingungen, unter welchen die französische Regierung einen Meistbegünstigungsvertrag abschliessen will	7685.
„	„	18.	— Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Ablehnung der französischen Bedingungen	7686.
„	„	18.	— Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. Verhandlungen über den Meistbegünstigungsvertrag	7687.
„	„	23.	Frankreich. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. England soll das Recht der meistbegünstigten Nation durch Gesetz gesichert werden	7688.
„	„	24.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Ein Meistbegünstigungs-Gesetz ist nicht genügend	7689.
„	„	27.	Frankreich. Gesetz, betreffend die Einfuhrzölle auf englische Waaren. Vom 27. Februar 1882	7690.
„	„	28.	Frankreich und Grossbritannien. Handels- und Schifffahrts-Convention vom 28. Februar 1882	7691.
„	März	2.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an die engl. Unterhändler. Rückblick auf die Verhandlungen	7692.

Französisches Gelbbuch, s. Aegypten.

Hamburger Zollanschluss. (Vgl. Bd. XXXIX.)

1881.	Nov.	17.	Deutschland. Entwurf des Gesetzes, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet	7641.
„	Dec.	—	— Bericht der sechsten Kommission des Reichstages über den Gesetzentwurf, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet	7642.

1882. Febr. 16. Deutschland. Gesetz, betreffend die Ausführung des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet . . . . 7643.

Handelspolitik. (S. auch: Englisch-französischer Handelsvertrag und Hamburger Zollanschluss.)

1881. Mai 28. Pariser Kongress-Staaten und Rumänien. Zusatzakte zur Schifffahrtsakte für die Donaumündungen v. 2. Nov. 1865. 7704.

Managua-Frage.

1860. Jan. 28. Grossbritannien und Nicaragua. Managua-Vertrag vom 28. Januar 1860 . . . . 7660.
1879. „ 31. Nicaragua. Min. d. Ausw. an den österr.-ungar. Min. d. Ausw. Bitte um Uebernahme des Schiedsrichteramts durch den Kaiser . . . . 7661.
„ April 19. Grossbritannien. Botschafter in Wien an den österr.-ungar. Min. d. Ausw. Dasselbe Ersuchen seitens der englischen Regierung . . . . 7662.
1881. Juli 2. Oesterreich-Ungarn. Schiedsspruch des Kaisers . . . . 7663.

Orientalische Frage (Armenien). (S. auch Aegypten.)

1880. Nov. 16. Grossbritannien. Botschafter in Konstantinopel (Goschen) an den engl. Min. d. Ausw. (Granville). Dringt auf Wiederanregung der Reformen in Armenien . . . . 7664.
1881. Jan. 12. — Min. d. Ausw. an die engl. Botschafter in Berlin, Paris, St.-Petersburg, Rom und Wien. Aufforderung zu einer gemeinschaftlichen Vorstellung bei der Pforte wegen der armenischen Reformen . . . . 7665.
„ „ 28. — Botschafter in Berlin an den engl. Min. d. Ausw. Bismarck wünscht die armenische Frage bis zur Beendigung der griechischen Frage zu verschieben . . . 7666.
„ „ 29. Frankreich. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Dilatorische Antwort mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung der deutschen Regierung . . . . 7667.
„ Febr. 1. Russland. Staatssecretär d. Ausw. (Giers) an den engl. Botschafter in St.-Petersburg. Zustimmung zu dem englischen Vorschlage . . . . 7668.
„ „ 1. Italien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Rom. Zustimmung zu dem englischen Vorschlage . . . . 7669.
„ „ 9. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel (Goschen). Anweisung, den Sultan auf die Lage in Armenien aufmerksam zu machen . 7670.
„ „ 10. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. Die englische Regierung hat die diplomatische Action in Folge von Deutschlands Widerspruch aufgeschoben . 7671.

Panama-Canal.

1850. April 19. Grossbritannien und Vereinigte Staaten von Nord-Amerika. Clayton-Bulwer-Vertrag vom 19. April 1850 . . . . 7644.

1881. Juni 24. Vereinigte Staaten von Nord-Amerika. Staatssecretär des Ausw. (Blaine) an den amerik. Gesandten in London. Die V. St. beanspruchen die alleinige Garantie der Neutralität des Panama-Canals . . . . 7645.

„ Nov. 10. Grossbritannien. Min. d. Ausw. (Granville) an den amerik. Gesandten in London. Betont, dass die Rechtsverhältnisse beider Staaten durch den Clayton-Bulwer-Vertrag geregelt seien . . . . 7646.

„ „ 19. Vereinigte Staaten. Staatssecretär d. Ausw. an den amerik. Gesandten in London. Vorschläge zur Abänderung des Clayton-Bulwer-Vertrages . . . . 7647.

„ „ 29. — Staatssecretär d. Ausw. an den amerik. Gesandten in London. Uebersicht über die früheren Verhandlungen über Abänderung des Vertrages . . . . 7648.

1882. Jan. 7. Grossbritannien. Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. Die engl. Regierung hält am Clayton-Bulwer-Vertrag fest . . . . 7649.

„ „ 14. — Staatssecretär d. Ausw. an den amerik. Gesandten in London. Die früheren Verhandlungen über die Abänderung des Vertrages vom englischen Standpunkte aus 7650.

Preussischer Landtag.

1882. Jan. 4. Preussen. Erlass des Königs an das Staatsministerium . 7706.

„ „ 14. — Thronrede bei Eröffnung des Landtages, verlesen vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums, v. Puttkamer 7707.

„ Jan. — Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze, mit Begründung . . . . 7708.

„ Mai 11. — Staatsministerialbeschluss, verlesen vom Vice-Präsidenten des Staatsministeriums, von Puttkamer, zum Schluss des Landtages am 11. Mai 1882 . . . . . 7712.

„ „ 31. — Gesetz, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze. Vom 31. Mai 1882 . . . . 7713.

Staat und Kirche. (Vgl. Bd. XXXIX u. vorg.)

1882. Jan. —. Preussen. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze, mit Begründung. 7708.

„ Mai 31. — Gesetz, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze . . . . 7713.

Schiedsgericht, s. Managua-Frage.

Thronreden, Adressen, Manifeste, Proklamationen etc. (Vgl. Bd. XXXIX u. vorg.)

1880. Aug. 30. Deutschland. Erklärung der Secessionisten über ihren Austritt aus der nationalliberalen Partei . . . . . . 7635.

1881. Mai 29. — Erklärung der nationalliberalen Partei, beschlossen auf dem Parteitage derselben zu Berlin am 29. Mai 1881. 7636.

1881. Sept. 9. — Wahlaufruf der Centrumspartei . . . . 7637.

„ „ 12. — Wahlaufruf der deutschen Reichs- und freiconservativen Partei. . . . . 7638.

„ „ 15. — Wahlaufruf der nationalliberalen Partei . . . . . 7639.

1881.	Nov.	15.	Rumänien. Thronrede des Königs bei Eröffnung der Kammern am 15. November 1881	7705.
„	„	17.	Deutschland. Botschaft des Kaisers an den Reichstag, verlesen bei Eröffnung desselben durch den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck	7640.
1882.	Jan.	4.	Preussen. Erlass des Königs an das Staatsministerium.	7706.
„	„	14.	— Thronrede bei Eröffnung des Landtages, verlesen vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums, v. Puttkamer	7707.
„	Febr.	7.	Grossbritannien. Thronrede bei Eröffnung des Parlaments am 7. Februar 1882	7709.
„	April	27.	Deutschland. Thronrede bei Eröffnung des Reichstages, verlesen vom Staatssecretär von Bötticher am 27. April 1882	7710.
„	Mai	6.	— Programm der liberalen Vereinigung (Secessionisten), aufgestellt auf dem Parteitage in Berlin am 6. Mai 1882	7711.
„	„	11.	Preussen. Staatsministerialbeschluss, verlesen vom Vice-Präsidenten des Staatsministeriums, von Puttkamer, zum Schluss des Landtages am 11. Mai 1882	7712.
„	Juni	21.	Norwegen. Thronrede des Königs bei Schluss des Storthing am 21. Juni 1882	7714.

Transvaal.

1881.	Aug.	3.	Grossbritannien und Transvaal. Konvention über die Wiederherstellung der Autonomie von Transvaal vom 3. Aug. 1881	7672.
„	Nov.	30.	Grossbritannien. Min. d. Ausw. an sämmtliche diplomatischen Vertreter Englands. Uebersendung der Konvention mit Transvaal	7673.

II. Inhaltsverzeichniss,

nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.

Aegypten.

Aegyptische Angelegenheiten:

1876. Mai 2. No. 7724.
„ „ 7. „ 7725.
„ „ 11. „ 7726.
„ Nov. 18. „ 7727.
1878. Aug. 28. „ 7728.
1879. April 7. „ 7729.
„ „ 22. „ 7730.
„ Sept. 21. „ 7735.
„ Nov. 15. „ 7736.
1880. März 31. „ 7738.
„ Juli 17. „ 7740.

China.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1880. März 31. No. 7634.
1881. Febr. 24. „ 7659.

Deutschland.

Aegyptische Angelegenheiten:

1880. März 31. No. 7737.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1880. März 31. No. 7634.
„ „ 31. „ 7737.
1881. Mai 23. „ 7631.
„ „ 23. „ 7632.
„ „ 23. „ 7633.

Deutscher Reichstag:

1881. Nov. 17. No. 7640.
„ Dec. —. „ 7642.
1882. April 27. „ 7710.

Hamburger Zollanschluss:

1881. Nov. 17. No. 7641.
„ Dec. —. „ 7642.
1882. Febr. 16. „ 7643.

Thronreden, Adressen etc.:

1880. Aug. 30. No. 7635.
1881. Mai 29. „ 7636.
„ Sept. 9. „ 7637.
„ „ 12. „ 7638.
„ „ 15. „ 7639.
„ Nov. 17. „ 7640.
1882. April 27. „ 7710.
„ Mai 6. „ 7711.

Frankreich.

Aegyptische Angelegenheiten:

1879. Juli 28. No. 7733.
1880. März 31. „ 7737.
„ April 28. „ 7739.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1880. März 31. No. 7737.
„ April 28. „ 7739.
1882. Febr. 28. „ 7691.

Englisch-französischer Handelsvertrag:

1880. Sept. 24. No. 7675.
1881. Febr. 28. „ 7676.
1882. „ 23. „ 7688.
„ „ 27. „ 7690.
„ „ 28. „ 7691.

Orientalische Frage (Armenien):

1881. Jan. 29. No. 7667.

Grossbritannien.

Aegyptische Angelegenheiten:
1879. Juli 28. No. 7733.
1880. März 31. „ 7737.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1850. April 19. No. 7644.
1860. Jan. 28. „ 7660.
1880. „ 25. „ 7658.
„ März 31. „ 7737.
1881. Aug. 3. „ 7672.
1882. Febr. 28. „ 7691.

Central-asiatische Frage:
1881. April 5. No. 7651.
„ „ 14. „ 7652.
„ Juni 15. „ 7654.
„ „ 22. „ 7655.
„ Juli 27. „ 7656.
„ Aug. 10. „ 7657.

Englisch-amerikanische Differenzen:
1881. Juni 17. No. 7693.
„ „ 24. „ 7694.
„ „ 24. „ 7695.
„ „ 27. „ 7696.
„ „ 28. „ 7697.
1882. Febr. 15. „ 7698.
„ April 6. „ 7700.
„ „ 6. „ 7701.
„ „ 27. „ 7703.

Englisch-französischer Handelsvertrag:
1880. Aug. 23. No. 7674.
1881. März 15. „ 7677.
„ Mai 10. „ 7678.
„ „ 24. „ 7679.
„ Juli 11. „ 7680.
1882. Febr. 8. „ 7681.
„ „ 8. „ 7682.
„ „ 14. „ 7683.
„ „ 15. „ 7684.
„ „ 17. „ 7685.
„ „ 18. „ 7686.
„ „ 18. „ 7687.
„ „ 24. „ 7689.
„ „ 28. „ 7691.
„ März 2. „ 7692.

Managua-Frage:
1860. Jan. 28. No. 7660.
1879. April 19. „ 7662.

Orientalische Frage (Armenien):
1880. Nov. 16. No. 7664.
1881. Jan. 12. „ 7665.
„ „ 28. „ 7666.
„ Febr. 9. „ 7670.
„ „ 10. „ 7671.

Panama-Canal:
1850. April 19. No. 7644.
1881. Nov. 10. „ 7646.
1882. Jan. 7. „ 7649.
„ „ 14. „ 7650.

Thronreden, Adressen etc.:
1882. Febr. 7. No. 7709.

Transvaal'sche Angelegenheit:
1881. Aug. 3. No. 7672.
„ Nov. 30. „ 7673.

Italien.

Aegyptische Angelegenheiten:
1880. März 31. No. 7737.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1880. März 31. No. 7737.

Orientalische Frage (Armenien).
1881. Febr. 1. No. 7669.

Nicaragua.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1860. Jan. 28. No. 7660.

Managua-Frage:
1860. Jan. 28. No. 7660.
1879. „ 31. „ 7661.

Norwegen.

Thronreden, Adressen etc.:
1882. Juni 21. No. 7714.

Oesterreich-Ungarn.

Aegyptische Angelegenheiten:
1880. März 31. No. 7737.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1880. März 31. No. 7737.
1881. Mai 23. „ 7631.

Managua-Frage:
1881. Juli 2. No. 7663.

Pariser Kongress-Staaten.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1881. Mai 28. No. 7704.

Handelspolitik:
1881. Mai 28. No. 7704.

Preussen.

Preussischer Landtag:
1882. Jan. 4. No. 7706.
„ „ 14. „ 7707.
„ Jan. „ 7708.
„ Mai 11. „ 7712.
„ „ 31. „ 7713.

Staat und Kirche:
1882. Jan. No. 7708.
„ Mai 31. „ 7713.

Thronreden, Adressen etc.:
1882. Jan. 4. No. 7706.
„ „ 14. „ 7707.
„ Mai 11. „ 7712.

Rumänien.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1881. Mai 28. No. 7704.

Handelspolitik:
1881. Mai 28. No. 7704.

Thronreden, Adressen etc.:
1881. Nov. 15. No. 7705.

Russland.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1881. Febr. 24. No. 7659.

Central-asiatische Frage:
1881. Mai 24. No. 7653.

Orientalische Frage (Armenien):
1881. Febr. 1. Nov. 7668.

Schweiz.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1881. Mai 23. No. 7632.
„ „ 23. „ 7633.

Transvaal.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1881. Aug. 3. No. 7672.

Türkei.

Aegyptische Angelegenheiten:
1841. Febr. 13. No. 7715.
„ Mai. „ 7716.
1866. „ 27. „ 7717.
„ Juni 15. „ 7718.
1867. „ 8. „ 7719.
1869. Nov. 29. „ 7720.
1872. Sept. 10. „ 7721.
„ „ 25. „ 7722.
1873. Juni 8. „ 7723.
1879. „ 25. „ 7731.
„ „ 25. „ 7732.
„ Aug. „ 7734.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1880. Jan. 25. No. 7658.

Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.

Bündnisse, Conventionen etc.:
1850. April 19. No. 7644.

Englisch-amerikanische Differenzen:
1882. März 6. No. 7699.
„ April 14. „ 7702.

Panama-Canal.
1850. April 19. No. 7644.
1881. Juni 24. „ 7645.
„ Nov. 19. „ 7647.
„ „ 29. „ 7648.

Handelspolitik.

Nr. 7631. DEUTSCHLAND und OESTERREICH-UNGARN. — Handelsvertrag vom 23. Mai 1881.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen einerseits und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc. und apostolischer König von Ungarn andererseits, von der Absicht geleitet, für die Entwickelung des Handels und Verkehrs zwischen den beiderseitigen Gebieten auch nach Ablauf des am 16. December 1878 abgeschlossenen, zuletzt durch die Uebereinkunft vom 11. April 1880 für die Zeit bis 30. Juni 1881 verlängerten Handelsvertrages vertragsmässige Grundlagen aufrechtzuerhalten, haben zu diesem Zwecke Unterhandlungen eröffnen lassen und zu Bevollmächtigten ernannt: — — — — — — — — — — — — — —

Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. Mai 1881.

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, den nachstehenden Handelsvertrag vereinbart und abgeschlossen haben:

Art. 1. Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Landen durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hemmen. || Ausnahmen hiervon dürfen nur stattfinden: a) bei Tabak, Salz, Schiesspulver und sonstigen Sprengstoffen, b) aus Gesundheitspolizeirücksichten, c) in Beziehung auf Kriegsbedürfnisse unter ausserordentlichen Umständen.

Art. 2. Hinsichtlich des Betrages, der Sicherung und der Erhebung der Eingangs- und Ausgangsabgaben sowie hinsichtlich der Durchfuhr dürfen von keinem der beiden vertragschliessenden Theile dritte Staaten günstiger als der andere vertragschliessende Theil behandelt werden. Jede, dritten Staaten in diesen Beziehungen eingeräumte Begünstigung ist daher ohne Gegenleistung dem anderen vertragschliessenden Theile gleichzeitig einzuräumen. || Ausgenommen hiervon sind: || 1. jene Begünstigungen, welche von einem der vertragschliessenden Theile einem Nachbarlande zur Erleichterung des Verkehrs für gewisse Grenzstrecken und für die Bewohner einzelner Gebietstheile eingeräumt wer-

Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. Mai 1881.

den; || 2. die von einem der beiden vertragschliessenden Theile durch eine schon abgeschlossene oder etwa künftighin abzuschliessende Zolleinigung zugestandenen Begünstigungen.

Art. 3. In den Gebieten der vertragschliessenden Theile sollen die bei der Ausfuhr gewisser Erzeugnisse bewilligten Ausfuhrvergütungen nur die Zölle oder inneren Steuern ersetzen, welche von den gedachten Erzeugnissen oder von den Stoffen, aus denen sie verfertigt werden, erhoben sind. Eine darüber hinausgehende Ausfuhrprämie sollen sie nicht enthalten. Ueber Aenderungen des Betrages dieser Vergütungen oder des Verhältnisses derselben zu dem Zolle oder zu den inneren Steuern wird gegenseitige Mittheilung erfolgen.

Art. 4. Von Waaren, welche durch das Gebiet eines der vertragschliessenden Theile aus-, oder nach dem Gebiete des anderen Theiles durchgeführt werden, dürfen Durchgangsabgaben nicht erhoben werden. || Diese Verabredung findet sowohl auf die nach erfolgter Umladung oder Lagerung, als auf die unmittelbar durchgeführten Waaren Anwendung.

Art. 5. Zur weiteren Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs wird, sofern die Identität der aus- und wiedereingeführten Gegenstände ausser Zweifel ist, beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben zugestanden: || a) für Waaren (mit Ausnahme von Verzehrungsgegenständen), welche aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile in das Gebiet des anderen auf Märkte oder Messen gebracht oder auf ungewissen Verkauf ausser dem Mess- und Marktverkehr versendet, in dem Gebiete des anderen Theiles aber nicht in den freien Verkehr gesetzt, sondern unter Controle der Zollbehörde in öffentlichen Niederlagen gelagert, sowie für Muster, welche von Handelsreisenden eingebracht werden; alle diese Gegenstände, wenn sie binnen einer im Voraus zu bestimmenden Frist unverkauft zurückgeführt werden; || b) für Vieh, welches auf Märkte in das Gebiet des anderen vertragschliessenden Theiles gebracht und unverkauft von dort zurückgeführt wird.

Art. 6. Zur Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs in den Grenzbezirken sind unter den vertragschliessenden Theilen diejenigen besonderen Bestimmungen vereinbart, welche sich in der Anlage A verzeichnet finden.

Art. 7. Hinsichtlich der zollamtlichen Behandlung von Waaren, die dem Begleitscheinverfahren unterliegen, wird eine Verkehrserleichterung dadurch gegenseitig gewährt, dass beim unmittelbaren Uebergange solcher Waaren aus dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile in das Gebiet des anderen die Verschlussabnahme, die Anlage eines anderweiten Verschlusses und die Auspackung der Waaren unterbleibt, sofern den dieserhalb vereinbarten Erfordernissen genügt ist.

Art. 8. Die vertragschliessenden Theile werden auch ferner darauf bedacht sein, ihre gegenüberliegenden Grenzzollämter, wo es die Verhältnisse gestatten, je an einen Ort zu verlegen, so dass die Amtshandlungen bei dem Uebertritt der Waaren aus einem Zollgebiet in das andere gleichzeitig stattfinden können.

Art. 9. Innere Abgaben, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung von Communen und Corporationen, auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbrauch eines Erzeugnisses gegenwärtig ruhen oder künftig ruhen werden, dürfen Erzeugnisse des anderen Theiles unter keinem Vorwande höher oder in lästigerer Weise treffen, als die gleichnamigen Erzeugnisse des eigenen Landes.

Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. Mai 1881.

Art. 10. Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, auch ferner zur Verhütung und Bestrafung des Schleichhandels nach oder aus ihren Gebieten durch angemessene Mittel mitzuwirken und die zu diesem Zweck erlassenen Strafgesetze aufrechtzuerhalten, die Rechtshülfe zu gewähren, den Aufsichtsbeamten des anderen Theiles die Verfolgung der Contravenienten in ihr Gebiet zu gestatten, und denselben durch Steuer-, Zoll- und Polizeibeamte sowie durch die Ortsvorstände alle erforderliche Auskunft und Beihülfe zu Theil werden zu lassen. || Das nach Maassgabe dieser allgemeinen Bestimmungen abgeschlossene Zollkartell enthält die Anlage B. || Für Grenzgewässer und für solche Grenzstrecken, wo die Gebiete der vertragschliessenden Theile mit fremden Staaten zusammentreffen, werden die zur gegenseitigen Unterstützung beim Ueberwachungsdienste verabredeten Maassregeln aufrechterhalten.

Art. 11. Jeder der beiden vertragschliessenden Theile wird die Seehandelsschiffe des anderen und deren Ladungen unter denselben Bedingungen und gegen dieselben Abgaben, wie die eigenen Seehandelsschiffe, zulassen. || Dieses gilt auch für die Küstenschifffahrt. || Die Staatsangehörigkeit der Schiffe jedes der vertragschliessenden Theile ist nach der Gesetzgebung ihrer Heimath zu beurtheilen. || Zur Nachweisung über die Ladungsfähigkeit der Seehandelsschiffe sollen bei Feststellung von Schifffahrts- und Hafenabgaben die nach der Gesetzgebung ihrer Heimath giltigen Messbriefe genügen, und wird eine Reduction der Schiffsmaasse insolange nicht stattfinden, als die im Jahre 1872 durch Notenwechsel zwischen den vertragschliessenden Theilen getroffenen Vereinbarungen über die gegenseitige Gleichstellung der Messbriefe in Kraft bleiben.

Art. 12. Von Schiffen des einen der vertragschliessenden Theile, welche in Unglücks- oder Nothfällen in die Seehäfen des anderen einlaufen, sollen, wenn nicht der Aufenthalt unnöthig verlängert oder zum Handelsverkehr benutzt wird, Schifffahrts- oder Hafenabgaben nicht erhoben werden. || Von Havarie- und Strandgütern, welche in das Schiff eines der vertragschliessenden Theile verladen waren, soll von dem anderen, unter Vorbehalt des etwaigen Bergelohns, eine Abgabe nur dann erhoben werden, wenn dieselben in den Verbrauch übergehen.

Art. 13. Zur Befahrung aller natürlichen und künstlichen Wasserstrassen in den Gebieten der vertragschliessenden Theile sollen Schiffsführer und Fahrzeuge, welche einem derselben angehören, unter denselben Bedingungen und gegen dieselben Abgaben von Schiff oder Ladung zugelassen werden, wie Schiffsführer und Fahrzeuge des eigenen Landes.

Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. Mai 1881.

Art. 14. Die Benutzung der Chausseen und sonstigen Strassen, Canäle, Schleusen, Fähren, Brücken und Brückenöffnungen, der Häfen und Landungsplätze, der Bezeichnung und Beleuchtung des Fahrwassers, des Lootsenwesens, der Krahne und Waageanstalten, der Niederlagen, der Anstalten zur Rettung und Bergung von Schiffsgütern und dergleichen mehr, insoweit die Anlagen oder Anstalten für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind, soll, gleichviel ob dieselben vom Staate oder von Privatberechtigten verwaltet werden, den Angehörigen des anderen vertragschliessenden Theiles unter gleichen Bedingungen und gegen gleiche Gebühren, wie den Angehörigen des eigenen Staates, gestattet werden. || Gebühren dürfen, vorbehaltlich der beim Seebeleuchtungs- und Seelootsenwesen zulässigen abweichenden Bestimmungen, nur bei wirklicher Benutzung solcher Anlagen oder Anstalten erhoben werden. || Wegegelder für einen, die Landesgrenze überschreitenden Verkehr dürfen auf Strassen, welche zur Verbindung der Gebiete der vertragschliessenden Theile unter sich oder mit dem Auslande dienen, nach Verhältniss der Streckenlänge nicht höher sein, als für den auf das eigene Staatsgebiet beschränkten Verkehr.

Art. 15. Auf Eisenbahnen soll sowohl hinsichtlich der Beförderungspreise als der Zeit und Art der Abfertigung kein Unterschied zwischen den Bewohnern der Gebiete der vertragschliessenden Theile gemacht werden. Namentlich sollen die aus den Gebieten des einen Theiles in das Gebiet des anderen Theiles übergehenden oder das letztere transitirenden Transporte weder in Bezug auf die Abfertigung, noch rücksichtlich der Beförderungspreise ungünstiger behandelt werden, als die aus dem Gebiete des betreffenden Theiles abgehenden oder darin verbleibenden Transporte. || Für den Personen- und Güterverkehr, welcher zwischen Eisenbahnstationen, die in den Gebieten des einen vertragschliessenden Theiles gelegen sind, innerhalb dieser Gebiete mittelst ununterbrochener Bahnverbindung stattfindet, sollen die Tarife in der gesetzlichen Landeswährung dieser Gebiete auch in dem Falle aufgestellt werden, wenn die für den Verkehr benützte Bahnverbindung ganz oder theilweise im Betriebe einer Bahnanstalt steht, welche in den Gebieten des anderen Theiles ihren Sitz hat. || Auf Anschlussstrecken und insoweit es sich lediglich um den Verkehr zwischen den zunächst der Grenze gelegenen, beiderseitigen Stationen handelt, soll bei Einhebung der im Personen- und Güterverkehr zu entrichtenden Gebühren auch in dem Falle, wenn der Tarif nicht auf die gesetzliche Landeswährung der Einhebungsstelle lautet, die Annahme der nach den Gesetzen des Landes, in welchem die Einhebungsstelle gelegen ist, zulässigen Zahlungsmittel mit Berücksichtigung des jeweiligen Courswerthes nicht verweigert werden. || Die hier geregelte Annahme von Zahlungsmitteln soll den Vereinbarungen der betheiligten Eisenbahnverwaltungen über die Abrechnung in keiner Weise vorgreifen.

Art. 16. Die vertragschliessenden Theile werden dahin wirken, dass der gegenseitige Eisenbahnverkehr in ihren Gebieten durch Herstellung unmittelbarer Schienenverbindungen zwischen den an einem Orte zusammentreffenden

Bahnen und durch Ueberführung der Transportmittel von einer Bahn auf die andere möglichst erleichtert werde. || Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, dahin zu wirken, dass durch die beiderseitigen Bahnverwaltungen directe Expeditionen oder directe Tarife im Personen- und Güterverkehr, sobald und insoweit dieselben von beiden Theilen als wünschenswerth bezeichnet werden, zur Einführung gelangen. || Für den directen Verkehr bleibt die Aufstellung einheitlicher Transportbestimmungen, insbesondere in Bezug auf Lieferungsfristen, durch unmittelbares Einvernehmen der beiderseitigen zuständigen obersten Aufsichtsbehörden vorbehalten.

Art. 17. Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den Eisenbahnverkehr zwischen den beiderseitigen Gebieten gegen Störungen und Behinderungen sicherzustellen. || Eisenbahnwagen, in welchen Pferde, Maulthiere, Esel, Rindvieh, Schafe, Ziegen oder Schweine befördert worden sind, müssen, wenn sie demnächst zum Transport von Vieh der genannten Gattungen aus dem Gebiete des einen Theiles in das des anderen verwendet werden sollen, zuvor einem durch besondere Uebereinkunft festzustellenden Reinigungs- (Desinfections-)Verfahren unterworfen werden, welches geeignet ist, die den Wagen etwa anhaftenden Ansteckungsstoffe vollständig zu tilgen.

Art. 18. Die vertragschliessenden Theile werden dort, wo an ihren Grenzen unmittelbare Schienenverbindungen vorhanden sind und ein Uebergang der Transportmittel stattfindet, Waaren, welche in vorschriftsmässig verschliessbaren Wagen eingehen und in denselben Wagen nach einem Orte im Innern befördert werden, an welchem sich ein zur Abfertigung befugtes Zoll- oder Steueramt befindet, von der Deklaration, Abladung und Revision an der Grenze sowie vom Kolloverschluss freilassen, insofern jene Waaren durch Uebergabe der Ladungsverzeichnisse und Frachtbriefe zum Eingang angemeldet sind. || Waaren, welche in vorschriftsmässig verschliessbaren Eisenbahnwagen durch das Gebiet eines der vertragschliessenden Theile aus-, oder nach den Gebieten des anderen ohne Umladung durchgeführt werden, sollen von der Declaration, Abladung und Revision sowie vom Kolloverschluss sowohl im Innern als an den Grenzen freibleiben, insofern dieselben durch Uebergabe der Ladungsverzeichnisse und Frachtbriefe zum Durchgang angemeldet sind. || Die Verwirklichung der vorstehenden Bestimmungen ist jedoch dadurch bedingt, dass die betheiligten Eisenbahnverwaltungen für das rechtzeitige Eintreffen der Wagen mit unverletztem Verschlusse am Abfertigungsamte im Innern oder am Ausgangsamte verpflichtet seien. || Insoweit von einem der vertragschliessenden Theile mit dritten Staaten in Betreff der Zollabfertigung weitergehende, als die hier aufgeführten Erleichterungen vereinbart worden sind, finden diese Erleichterungen auch bei dem Verkehr mit dem anderen Theile, unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit, Anwendung.

Art. 19. Die Angehörigen der vertragschliessenden Theile sollen gegenseitig in Bezug auf den Antritt, den Betrieb und die Abgaben von Handel und Gewerbe den Inländern völlig gleichgestellt sein. Beim Besuche der

Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. März 1881.

Märkte und Messen sollen die Angehörigen des anderen Theiles ebenso wie die eigenen Angehörigen behandelt werden. || Auf das Apothekergewerbe, das Handelsmäkler- (Sensalen-) Geschäft und den Gewerbebetrieb im Umherziehen, einschliesslich des Hausirhandels, finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung. || Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich darüber ausweisen, dass sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, die gesetzlichen Abgaben für das von ihnen betriebene Geschäft entrichten, sollen, wenn sie persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende Ankäufe machen, oder Bestellungen, nur unter Mitführung von Mustern, suchen, in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles keine weitere Abgabe hierfür zu entrichten verpflichtet sein. || Die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile, welche das Frachtfuhrgewerbe, die See- oder Flussschifffahrt zwischen Plätzen verschiedener Staaten betreiben, sollen für diesen Gewerbebetrieb in dem Gebiete des anderen Theiles einer Gewerbesteuer nicht unterworfen werden. || Die in dem Gebiete des einen vertragschliessenden Theiles rechtlich bestehenden Actiengesellschaften, Commanditgesellschaften auf Actien und Versicherungsgesellschaften jeder Art werden in dem Gebiete des anderen Theiles nach Maassgabe der daselbst geltenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen zum Geschäftsbetriebe und zur Verfolgung ihrer Rechte vor Gericht zugelassen.

Art. 20. In Bezug auf die Bezeichnung der Waaren oder deren Verpackung sowie bezüglich der Fabrik- und Handelsmarken, der Muster und Modelle, ferner der Erfindungspatente sollen die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile in dem Gebiete des anderen denselben Schutz wie die eigenen Angehörigen geniessen. Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile haben jedoch die in dem Gebiete des anderen Theiles durch Gesetze oder Verordnungen vorgeschriebenen Bedingungen und Förmlichkeiten zu erfüllen. || Der Schutz von Fabrik- und Handelsmarken wird den Angehörigen des anderen Theiles nur insofern und auf so lange gewährt, als dieselben in ihrem Heimathsstaate in der Benutzung der Marken geschützt sind.

Art. 21. Die vertragschliessenden Theile bewilligen sich gegenseitig das Recht, Consuln in allen denjenigen Häfen und Handelsplätzen des anderen Theiles zu ernennen, in denen Consuln irgend eines dritten Staates zugelassen werden. || Diese Consuln des einen der vertragschliessenden Theile sollen, unter der Bedingung der Gegenseitigkeit, in dem Gebiete des anderen Theiles dieselben Vorrechte, Befugnisse und Befreiungen geniessen, deren sich diejenigen irgend eines dritten Staates erfreuen oder erfreuen werden.

Art. 22. Jeder der vertragschliessenden Theile wird seine Consuln im Auslande verpflichten, den Angehörigen des anderen Theiles, sofern letzterer an dem betreffenden Platze durch einen Consul nicht vertreten ist, Schutz und Beistand in derselben Art und gegen nicht höhere Gebühren wie den eigenen Angehörigen zu gewähren.

Art. 23. Die vertragschliessenden Theile gestehen sich gegenseitig das

Recht zu, an ihre Zollstellen Beamte zu dem Zwecke zu senden, um von der Geschäftsbehandlung derselben in Beziehung auf das Zollwesen und die Grenzbewachung Kenntniss zu erlangen, wozu diesen Beamten alle Gelegenheit bereitwillig zu gewähren ist. || Ueber die Rechnungsführung und Statistik in beiden Zollgebieten werden gegenseitig alle gewünschten Aufklärungen ertheilt werden.

Art. 24. Der gegenwärtige Handelsvertrag erstreckt sich auch auf die mit den Gebieten der vertragschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder oder Landestheile.

Art. 25. Der gegenwärtige Vertrag soll vom 1. Juli 1881 ab in Kraft treten. Derselbe soll bis zum 31. December 1887 in Wirksamkeit bleiben. Jedoch behält sich jeder der vertragschliessenden Theile das Recht vor, vom 1. Januar 1883 ab den Vertrag mit der Wirkung zu kündigen, dass derselbe ein Jahr nach erfolgter Kündigung ausser Kraft tritt.

Art. 26. Die Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages sollen sobald als möglich, spätestens aber am 30. Juni 1881 in Berlin ausgewechselt werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Berlin, den 23. Mai 1881.

Karl Heinrich v. Boetticher. Graf A. Wolkenstein.

Anlage A.

Erleichterungen im Grenzverkehr.

1. Auf Landgütern oder Grundbesitzungen, welche von der Zollgrenze der beiderseitigen Gebietstheile durchschnitten sind, dürfen das dazugehörige Wirthschaftsvieh und Wirthschaftsgeräth, die Aussaat zum dortigen Feldbau, dann die auf denselben gewonnenen Erzeugnisse des Ackerbaues und der Viehzucht bei der Beförderung von den Orten ihrer Hervorbringung nach den zu ihrer Verwahrung bestimmten Gebäuden und Räumen von einem Zollgebiete auf das andere an den durch die Verwendung oder Bestimmung im Wirthschaftsbetriebe angezeigten natürlichen Uebergangspunkten zollfrei gebracht werden.

2. Die Grenzbewohner, welche im jenseitigen Grenzbezirke eigene oder gepachtete Aecker und Wiesen zu bestellen, oder dort, jedoch in der Nähe ihres Wohnortes, sonst eine Feldarbeit zu verrichten haben, geniessen Zollfreiheit in Betreff der Aussaat zum Anbau der erwähnten Grundstücke und der von denselben weggeführten Fechsung an Feldfrüchten und Getreide in Garben, dann in Betreff des Arbeitsviehes und der Arbeitsgeräthschaften für die landwirthschaftlichen Verrichtungen. || Nach Maassgabe der örtlichen Verhältnisse und der zu verrichtenden Arbeiten kann der Grenzübertritt auch auf Nebenwegen unter Beobachtung der diesfalls zu bestimmenden Vorsichtsmaassregeln dann geschehen, wenn die Rückkehr noch an demselben Tage erfolgt.

Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. März 1881.

3. Die nachbenannten Gegenstände dürfen im gegenseitigen Verkehr der Grenzbezirke, wo die örtlichen Verhältnisse dies wünschenswerth und zulässig erscheinen lassen, unter dienlichen Vorsichten auch auf Nebenwegen zollfrei ein- oder austreten: || Ausgelaugte oder Auswurfs-Asche zum Düngen, Bausand (gemeiner) und Kieselsteine; Bäume, Sträucher und andere lebende Pflanzen oder Gewächse zum Verpflanzen, sowie auch eingesetzt in Töpfe oder Kübel, insoweit die allgemeinen Bestimmungen zur Verhinderung der Einschleppung schädlicher Insekten nicht entgegenstehen; Besen von Weiden, Birken und dergleichen; Bienenstöcke mit lebenden Bienen; Dünger, thierischer; Feuerschwamm, roher; Flachs und Hanf in Wurzeln; Gras; Moos; Binsen; Futterkräuter; Waldstreu; Heu, Stroh und Häckerling; Milch; Schmirgel und Trippel in Stücken; Thon und Töpfererde, gemeine; Torf und Moorerde.

4. Vieh, das auf Weiden getrieben wird oder von denselben zurückkehrt, ebenso Vieh, welches zur Stallfütterung ein- oder ausgeführt wird, kann, wenn die Identität sichergestellt ist, zollfrei über die Zolllinie ein- und austreten. Auch die Erzeugnisse von solchem Vieh, als Milch, Butter, Käse, Wolle, und das in der Zwischenzeit zugewachsene junge Vieh dürfen in einer der Stückzahl des Viehes und der Weidezeit angemessenen Menge zollfrei zurückgeführt werden. || Soweit die örtlichen Verhältnisse es erfordern, ist die Ueberschreitung der Grenze auf Nebenwegen unter Beobachtung der diesfalls zu bestimmenden lokalen Vorsichtsmaassregeln auch dann zulässig, wenn es sich um eine längere Weidezeit im jenseitigen Grenzbezirke handelt.

5. Die beiderseitigen Grenzbewohner sind, wenn sie Getreide, Oelsamen, Hanf, Lein, Holz, Lohe und andere dergleichen landwirthschaftliche Gegenstände zum Vermahlen, Stampfen, Schneiden, Reiben u. s. w. auf Mühlen in den jenseitigen Grenzbezirk bringen und im verarbeiteten Zustande zurückführen, von jeder Zollabgabe befreit. || Auch wird hierbei gestattet, Ausnahmen von dem regelmässigen Zollverfahren, wenn berücksichtigungswerthe örtliche Verhältnisse dafür sprechen, unter Substituirung anderer, den Umständen angemessener Modalitäten zum Schutze gegen Zollumgehungen zu bewilligen. Die Mengen der Erzeugnisse, welche an Stelle der Rohstoffe wieder eingebracht werden dürfen, beziehungsweise wieder ausgeführt werden müssen, sind nach Erforderniss von den beiderseitigen Zollverwaltungen einvernehmlich angemessen festzusetzen.

6. Die gegenseitige Zollfreiheit soll sich ferner erstrecken auf alle Säcke und Gefässe, worin landwirthschaftliche Erzeugnisse, als Getreide und andere Feldfrüchte, Gips, Kalk, Getränke oder Flüssigkeiten anderer Gattung und sonst im Grenzverkehr vorkommende Gegenstände, in das Nachbarland gebracht werden und die von dort leer auf dem nämlichen Wege zurückgelangen.

7. Die bestehenden Erleichterungen in dem Verkehr zwischen den Bewohnern der beiderseitigen Grenzbezirke in Bezug auf Gegenstände ihres eigenen Bedarfs zur Reparatur oder sonst einer handwerksmässigen Bearbei-

tung, welcher die häusliche Lohnarbeit gleichzuhalten ist, werden aufrechterhalten. Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. März 1881.

8. Bei den bestehenden sonstigen Erleichterungen, Förmlichkeiten und Controlen im Grenzverkehr behält es sein Bewenden.

Anlage B.

Zollkartell.

§ 1. Jeder der vertragenden Theile verpflichtet sich, zur Verhinderung, Entdeckung und Bestrafung von Uebertretungen (§§ 13 und 14) der Zollgesetze des anderen Theiles nach Maassgabe der folgenden Bestimmungen mitzuwirken.

§ 2. Jeder der vertragenden Theile wird seinen Angestellten, welche zur Verhinderung oder zur Anzeige von Uebertretungen seiner eigenen Zollgesetze angewiesen sind, die Verpflichtung auflegen, sobald ihnen bekannt wird, dass eine Uebertretung derartiger Gesetze des anderen Theiles unternommen werden soll, oder stattgefunden hat, dieselbe im ersteren Falle durch alle ihnen gesetzlich zustehenden Mittel thunlichst zu verhindern und in beiden Fällen der inländischen Zoll- oder Steuerbehörde (im deutschen Reiche: Hauptzollämter oder Hauptsteuerämter, in Oesterreich-Ungarn: Hauptzollämter oder Finanzwach-Commissäre) schleunigst anzuzeigen.

§ 3. Die Zoll- oder Steuerbehörden des einen Theiles sollen über die zu ihrer Kenntniss gelangenden Uebertretungen von Zollgesetzen des anderen Theiles den im § 2 bezeichneten Zoll- oder Steuerbehörden des letzteren sofort Mittheilung machen und denselben dabei über die einschlagenden Thatsachen, soweit sie diese zu ermitteln vermögen, jede sachdienliche Auskunft ertheilen.

§ 4. Die Einhebungsämter eines jeden der vertragenden Theile sollen den dazu von dem anderen Theile ermächtigten oberen Zoll- oder Steuerbeamten die Einsicht der Register oder Registerabtheilungen, welche den Waarenverkehr aus und nach den Gebieten des letzteren und an der Grenze derselben nachweisen, nebst Belegen auf Begehren jederzeit an der Amtsstelle gestatten.

§ 5. Die Zoll- und Steuerbeamten an der Grenze zwischen den beiderseitigen Zollgebieten sollen angewiesen werden, sich zur Verhütung und Entdeckung des Schleichhandels nach beiden Seiten hin bereitwilligst zu unterstützen und nicht allein zu jenem Zweck ihre Wahrnehmungen sich gegenseitig binnen der kürzesten Frist mitzutheilen, sondern auch ein freundnachbarliches Vernehmen zu unterhalten und zur Verständigung über zweckmässiges Zusammenwirken von Zeit zu Zeit und bei besonderen Veranlassungen sich miteinander zu berathen.

§ 6. Den Zoll- und Steuerbeamten der vertragenden Theile soll gestattet sein, bei Verfolgung eines Schleichhändlers oder der Gegenstände oder Spuren einer Uebertretung der Zollgesetze ihres Staates sich in das Gebiet des anderen Theiles zu dem Zweck zu begeben, um bei den dortigen Ortsvorständen

Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. März 1881.

oder Behörden die zur Ermittelung des Thatbestandes und des Thäters und die zur Sicherung des Beweises erforderlichen Maassregeln, das Sammeln aller Beweismittel bezüglich der vollbrachten oder versuchten Zollumgehung, sowie den Umständen nach die einstweilige Beschlagnahme der Waaren und die Festhaltung der Thäter zu beantragen. || Anträgen dieser Art sollen die Ortsvorstände und Behörden jedes der vertragenden Theile in derselben Weise genügen, wie ihnen dies bei vermutheten oder entdeckten Uebertretungen der Zollgesetze des eigenen Staates zusteht und obliegt. Auch können die Zoll- und Steuerbeamten des einen Theiles durch Requisition ihrer vorgesetzten Behörde von Seiten der zuständigen Behörde des anderen Theiles aufgefordert werden, entweder vor letzterer selbst oder vor der competenten Behörde ihres eigenen Landes die auf die Zollumgehung bezüglichen Umstände auszusagen.

§ 7. Keiner der vertragenden Theile wird in seinem Gebiete Vereinigungen zum Zweck des Schleichhandels nach dem Gebiete des anderen Theiles dulden, oder Verträgen zur Sicherung gegen die möglichen Nachtheile schleichhändlerischer Unternehmungen Gültigkeit zugestehen.

§ 8. Jeder der vertragenden Theile ist verpflichtet, zu verhindern, dass Vorräthe von Waaren, welche als zum Schleichhandel nach dem Gebiete des anderen Theiles bestimmt anzusehen sind, in der Nähe der Grenze des letzteren angehäuft oder ohne genügende Sicherung gegen den zu besorgenden Missbrauch niedergelegt werden. || Innerhalb des Grenzbezirkes sollen Niederlagen fremder unverzollter Waaren in der Regel nur an solchen Orten, wo sich ein Zollamt befindet, gestattet und in diesem Falle unter Verschluss und Controle der Zollbehörde gestellt werden. || Sollte in einzelnen Fällen der amtliche Verschluss nicht anwendbar sein, so sollen statt desselben anderweite möglichst sichernde Controlmaassregeln angeordnet werden. Vorräthe von fremden verzollten und von inländischen Waaren innerhalb des Grenzbezirkes sollen das Bedürfniss des erlaubten, d. h. nach dem örtlichen Verbrauche im eigenen Lande bemessenen Verkehrs nicht überschreiten. Entsteht Verdacht, dass sich Vorräthe von Waaren der letztgedachten Art über das bezeichnete Bedürfniss und zum Zweck des Schleichhandels gebildet hätten, so sollen dergleichen Niederlagen, insoweit es gesetzlich zulässig ist, unter spezielle, zur Verhinderung des Schleichhandels geeignete Controle der Zollbehörde gestellt werden.

§ 9. Jeder der vertragenden Theile ist verpflichtet: || a) Waaren, deren Ein- oder Durchfuhr in dem Gebiete des anderen Theiles verboten ist, nach demselben nur beim Nachweise dortiger besonderer Erlaubniss zoll- oder steueramtlich abzufertigen; || b) Waaren, welche in dem Gebiete des anderen Theiles eingangsabgabenpflichtig und dahin bestimmt sind, nach demselben 1. nur in der Richtung nach einem dortigen mit ausreichenden Befugnissen versehenen Eingangsamte, || 2. von den Ausgangsämtern oder Legitimationsstellen nur zu solchen Tageszeiten, dass sie jenseits der Grenze zu dort erlaubter Zeit eintreffen können, und || 3. unter Verhinderung jedes vermeidlichen Aufenthaltes zwischen dem Ausgangsamte oder der Legitimationsstelle und

der Grenze zoll- oder steueramtlich abzufertigen, oder mit Ausweisen zu versehen. Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. März 1881.

§ 10. Auch wird jeder der beiden Theile die Erledigung der für die Wiederausfuhr unverabgabter Waaren ihm geleisteten Sicherheiten, sowie die für Ausfuhren gebührenden Abgabenerlasse oder Erstattungen erst dann eintreten lassen, wenn ihm durch eine vom Eingangsamte auszustellende, die Registerpost und das Datum der Abfertigung enthaltende Bescheinigung nachgewiesen wird, dass die nach dem vorbezeichneten Nachbarlande ausgeführte Waare in dem letzteren angemeldet worden ist.

§ 11. Vor Ausführung der im § 9 unter b und im § 10 enthaltenen Bestimmungen werden die vertragenden Theile über die erforderliche Anzahl und die Befugnisse der zum Waarenübergange an der gemeinschaftlichen Grenze bestimmten Anmelde- und Erhebungsstellen, über die denselben, soweit sie zu einander unmittelbar in Beziehung stehen, übereinstimmend vorzuschreibenden Abfertigungsstunden und über nach Bedürfniss anzuordnende amtliche Begleitungen der ausgeführten Waaren bis zur jenseitigen Anmeldestelle, sowie über besondere Maassregeln für den Eisenbahnverkehr sich bereitwilligst verständigen.

§ 12. Jeder der vertragenden Theile hat die in den §§ 13 und 14 erwähnten Uebertretungen der Zollgesetze des anderen Theiles nicht allein seinen Angehörigen, sondern auch allen denjenigen, welche in seinem Gebiete einen vorübergehenden Wohnsitz haben oder auch nur augenblicklich sich befinden, unter Androhung der zu jenen Paragraphen bezeichneten Strafen zu verbieten. Beide vertragende Theile verpflichten sich wechselseitig, die dem anderen vertragenden Theile angehörigen Unterthanen, welche den Verdacht des Schleichhandels wider sich erregt haben, innerhalb ihrer Gebiete überwachen zu lassen.

§ 13. Uebertretungen von Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten des anderen Theiles und Zoll- oder Steuerdefrauden, d. h. solche Handlungen oder gesetzwidrige Unterlassungen, durch welche dem letzteren eine ihm gesetzlich gebührende Ein- oder Ausgangsabgabe entzogen wird oder bei unentdecktem Gelingen entzogen werden würde, sind von jedem der vertragenden Theile nach seiner Wahl entweder mit Confiskation des Gegenstandes der Uebertretung, eventuell Erlegung des vollen Werthes, und daneben mit angemessener Geldstrafe, oder mit denselben Geld- oder Vermögensstrafen zu bedrohen, welchen gleichartige oder ähnliche Uebertretungen seiner eigenen Abgabengesetze unterliegen. || Im letzteren Falle ist der Strafbetrag, soweit derselbe gesetzlich nach dem entzogenen Abgabenbetrage sich richtet, nach dem Tarife des Staates zu bemessen, dessen Abgabengesetz übertreten worden ist.

§ 14. Für solche Uebertretungen der Zollgesetze des anderen Theiles, durch welche erweislich ein Ein-, Aus- oder Durchfuhrverbot nicht verletzt oder eine Abgabe widerrechtlich nicht entzogen werden konnte oder sollte, sind genügende, in bestimmten Grenzen vom strafrichterlichen Ermessen abhängige Geldstrafen anzudrohen.

Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. März 1881.

§ 15. Freiheits- oder Arbeitsstrafen (vorbehaltlich der nach seinen eigenen Abgabengesetzen eintretenden Abbüssung unvollstreckbarer Geldstrafen durch Haft oder Arbeit) sowie Ehrenstrafen, die Entziehung von Gewerbsberechtigungen oder, als Strafschärfung, die Bekanntmachung erfolgter Verurtheilungen anzudrohen, ist auf Grund dieses Kartells keiner der vertragenden Theile verpflichtet.

§ 16. Dagegen darf durch die nach den §§ 12 bis 15 zu erlassenden Strafbestimmungen die gesetzmässige Bestrafung der bei Verletzung der Zollgesetze des anderen Theiles etwa vorkommenden sonstigen Uebertretungen, Vergehen und Verbrechen, als Beleidigungen, rechtswidrige Widersetzlichkeit, Drohungen oder Gewaltthätigkeiten, Fälschungen, Bestechungen oder Erpressungen u. dergl., nicht ausgeschlossen oder beschränkt werden.

§ 17. Uebertretungen der Zollgesetze des anderen Theiles hat auf Antrag einer zuständigen Behörde desselben jeder der vertragenden Theile von denselben Gerichten und in denselben Formen, wie Uebertretungen seiner eigenen derartigen Gesetze, untersuchen und gesetzmässig bestrafen zu lassen, || 1. wenn der Angeschuldigte entweder ein Angehöriger des Staates ist, welcher ihn zur Untersuchung und Strafe ziehen soll, oder || 2. wenn jener nicht allein zur Zeit der Uebertretung in dem Gebiete dieses Staates einen, wenn auch nur vorübergehenden, Wohnsitz hatte oder die Uebertretung von diesem Gebiete aus beging, sondern auch bei oder nach dem Eingange des Antrages auf Unsersuchung sich in demselben Staate betreffen lässt, in dem unter 2 erwähnten Falle jedoch nur dann, wenn der Angeschuldigte nicht Angehöriger des Staates ist, dessen Gesetze Gegenstand der angeschuldigten Uebertretung sind.

§ 18. Zu den im § 17 bezeichneten Untersuchungen sollen das Gericht, von dessen Bezirke aus die Uebertretung begangen ist, und das Gericht in dessen Bezirke der Angeschuldigte seinen Wohnsitz oder, als Ausländer, seinen einstweiligen Aufenthalt hat, insofern zuständig sein, als nicht wegen derselben Uebertretung gegen denselben Angeschuldigten ein Verfahren bei einem anderen Gerichte anhängig oder durch schliessliche Entscheidung beendigt ist.

§ 19. Bei den im § 17 bezeichneten Untersuchungen soll den amtlichen Angaben der Behörden oder Angestellten des anderen Theiles dieselbe Beweiskraft beigelegt werden, welche den amtlichen Angaben der Behörden oder Angestellten des eigenen Staates in Fällen gleicher Art beigelegt ist.

§ 20. Die Kosten eines nach Maassgabe des § 17 eingeleiteten Strafverfahrens und der Strafvollstreckung sind nach denselben Grundsätzen zu bestimmen und aufzulegen, welche für Strafverfahren wegen gleichartiger Uebertretungen der Gesetze des eigenen Staates gelten. || Für die einstweilige Bestreitung derselben hat der Staat zu sorgen, in welchem die Untersuchung geführt wird. || Diejenigen Kosten des Verfahrens und der Strafvollstreckung, welche, wenn ersteres wegen Uebertretung der eigenen Abgabengesetze stattgefunden hätte, von jenem Staate schliesslich zu tragen sein würden, hat, in-

soweit sie nicht vom Angeschuldigten eingezogen oder durch eingegangene Strafbeträge gedeckt werden können, der Staat zu erstatten, dessen Behörde die Untersuchung beantragte.

§ 21. Die Geldbeträge, welche in Folge eines nach Maassgabe des § 17 eingeleiteten Strafverfahrens von dem Angeschuldigten oder für verkaufte Gegenstände der Uebertretung eingehen, sind dergestalt zu verwenden, dass davon zunächst die rückständigen Gerichtskosten, sodann die dem anderen Theile entzogenen Abgaben und zuletzt die Strafen berichtigt werden. || Ueber die letzteren hat der Staat zu verfügen, in welchem das Verfahren stattfand.

§ 22. Eine nach Maassgabe des § 17 eingeleitete Untersuchung ist, solange ein rechtskräftiges Enderkenntniss noch nicht erfolgte, auf Antrag der Behörde desjenigen Staates, welcher dieselbe veranlasst hatte, sofort einzustellen.

§ 23. Das Recht zum Erlasse und zur Milderung der Strafen, zu welchen der Angeschuldigte in Folge eines nach Maassgabe des § 17 eingeleiteten Verfahrens verurtheilt wurde oder sich freiwillig erboten hat, steht dem Staate zu, bei dessen Gerichte die Verurtheilung oder Erbietung erfolgte. || Es soll jedoch vor derartigen Straferlassen oder Strafmilderungen der zuständigen Behörde des Staates, dessen Gesetze übertreten waren, Gelegenheit gegeben werden, sich darüber zu äussern.

§ 24. Die Gerichte jedes der vertragenden Theile sollen in Beziehung auf jedes in dem anderen Gebiete wegen Uebertretung der Zollgesetze dieses Gebietes oder in Gemässheit des § 17 eingeleitete Strafverfahren verpflichtet sein, auf Ersuchen des zuständigen Gerichts: || 1. Zeugen und Sachverständige, welche sich in ihrem Gerichtsbezirke aufhalten, auf Erfordern eidlich zu vernehmen und erstere zur Ablegung des Zeugnisses, soweit dasselbe nicht nach den Landesgesetzen verweigert werden darf, z. B. die eigene Mitschuld der Zeugen betrifft, oder sich auf Umstände erstrecken soll, welche mit der Anschuldigung nicht in naher Verbindung stehen, nöthigenfalls anzuhalten; || 2. amtliche Besichtigungen vorzunehmen und den Befund zu beglaubigen; || 3. Angeschuldigten, welche sich im Bezirke des ersuchten Gerichts aufhalten, ohne dem Staatsverbande des letzteren anzugehören, Vorladungen und Erkenntnisse behändigen zu lassen; || 4. Uebertreter und deren bewegliche Güter, welche im Bezirke des ersuchten Gerichts angetroffen werden, anzuhalten und auszuliefern, insofern nicht jene Uebertreter dem Staatsverbande des ersuchten Gerichts oder einem solchen dritten Staate angehören, welcher durch Verträge verpflichtet ist, die fragliche Uebertretung seinerseits gehörig untersuchen und bestrafen zu lassen.

§ 25. Es sind in diesem Kartell unter „Zollgesetzen" auch die Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote, und unter „Gerichten" die in jedem der beiderseitigen Gebiete zur Untersuchung und Bestrafung von Uebertretungen der eigenen derartigen Gesetze bestellten Behörden verstanden.

§ 26. Durch die vorstehenden Bestimmungen werden weitergehende Zu-

Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. März 1881.

geständnisse zwischen den vertragenden Staaten zum Zweck der Unterdrückung des Schleichhandels nicht aufgehoben oder geändert.

Schlussprotokoll.

Bei der am heutigen Tage stattgefundenen Unterzeichnung des Handelsvertrages zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem deutschen Reiche haben die beiderseitigen Bevollmächtigten folgende Bemerkungen, Erklärungen und Verabredungen in das gegenwärtige Protokoll niedergelegt.

Zu Artikel 1 des Vertrages.

1. Der im Artikel 1 unter b ausgesprochene Vorbehalt erstreckt sich auch auf jene Vorsichtsmaassregeln, die zum Schutze der Landwirthschaft gegen die Einschleppung und Verbreitung schädlicher Insekten (wie z. B. der Reblaus und des Koloradokäfers) ergriffen werden.

2. Die vertragschliessenden Theile werden sich alle aus Rücksichten der Gesundheitspolizei erlassenen Verkehrsbeschränkungen gegenseitig mittheilen.

3. Soweit einzelnen Wirthschaftsbesitzern in den an Oesterreich-Ungarn grenzenden deutschen Bezirken bisher gestattet werden konnte, jährlich bis zu 6 Stück Nutz- und Zuchtvieh zu ihrem eigenen Wirthschaftsbedarf aus Oesterreich-Ungarn einzuführen, wird diese Zahl auf 12 Stück für das Kalenderjahr erhöht. || Die Konfinirungszeit für das im vorerwähnten Grenzverkehre aus Oesterreich-Ungarn in die angrenzenden deutschen Bezirke eingebrachte Vieh wird in der Regel 45 Tage nicht überschreiten. || Sofern örtliche Bedürfnisse eine Erweiterung der Bezirke, welche bisher deutscherseits für diesen Grenzverkehr festgesetzt wurden, wünschenswerth erscheinen lassen, wird solchen Bedürfnissen billige Rücksicht getragen werden.

Zu Artikel 3 des Vertrages.

Die beiden vertragschliessenden Theile werden dafür Sorge tragen, dass die innere Gesetzgebung der technischen Entwickelung der einer inneren Abgabe unterliegenden Industrie derart folge, dass die Steuerrückvergütung die thatsächlich entrichtete Steuer nicht übersteige.

Zu Artikel 5 des Vertrages.

Bezüglich derjenigen Waaren, welche aus dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile nach dem Gebiete des anderen auf Märkte oder Messen gebracht oder dorthin auf ungewissen Verkauf, ausser dem Mess- und Marktverkehr, versendet, binnen einer im Voraus zu bestimmenden Frist unverkauft zurückgeführt, dann der Muster, welche von Handlungsreisenden eingeführt werden, bewendet es bei den zur Zeit in den beiderseitigen Vertragsgebieten in Anwendung stehenden Vorschriften.

Hinsichtlich des Viehes, welches auf Märkte in das Gebiet des anderen

vertragschliessenden Theiles gebracht und unverkauft von dort zurückgeführt wird, findet beiderseits eine möglichst erleichterte Abfertigung statt.

Zur Feststellung der Identität wird in der Regel die Bezeichnung des Viehes nach Gattung, Stückzahl und Farbe unter Angabe etwaiger besonderer Merkmale als genügend angesehen.

Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. März 1881.

Zu Artikel 6 des Vertrages.

In Beziehung auf die Zollbegünstigungen, bei denen die Begriffe Grenzbezirk und Grenzbewohner in Frage kommen, werden die dermalen in beiden Staaten bestehenden Grenzbezirke als solche anerkannt, auf welche derlei Zollbegünstigungen sich zu erstrecken haben. Im Fall von Aenderungen in der Ausdehnung der Grenzbezirke gelten diese Zollbegünstigungen für eine Grenzzone von 10 Kilometer Entfernung von der Grenze. Es sind jedoch die Direktivbehörden der betreffenden Grenzstrecken, unter Zustimmung der Direktivbehörde des anderen vertragschliessenden Theiles, befugt, auch über jene Bezirke hinaus Ausnahmen nach Maassgabe des örtlichen Bedürfnisses zu bewilligen.

Zu Artikel 5, 6 und 7 des Vertrages.

Die in den Artikeln 5, 6 und 7 verabredeten Verkehrserleichterungen finden unter den in der Uebereinkunft zwischen Oesterreich, Bayern, Württemberg und Baden vom 20. Februar 1854 festgesetzten Controlen auch auf den Verkehr über den Bodensee Anwendung. || Eine Revision der gedachten Uebereinkunft mit Rücksicht auf solche Bestimmungen derselben, welche in Folge thatsächlich veränderter Verhältnisse einer Modification bedürfen, bleibt vorbehalten.

Zu Artikel 7 des Vertrages.

1. Die im Artikel 7 bezeichnete Erleichterung ist durch nachstehende Umstände bedingt: || a) Die Waaren müssen beim Eingangsamte zur Weitersendung mit einem Begleitschein (nicht zur schliesslichen Abfertigung) angemeldet werden und von einer amtlichen Bezettelung begleitet sein, welche ergiebt, dass und wie sie am Versendungsorte unter amtlichen Verschluss gesetzt worden sind. || b) Dieser Verschluss muss bei der Prüfung als unverletzt und sichernd befunden werden. || c) Die Deklaration muss vorschriftsmässig und dergestalt erfolgen, dass wegen mangelhafter Anmeldung die specielle Revision nicht erforderlich wird, und es darf zum Verdacht eines beabsichtigten Unterschleifs überhaupt keine Veranlassung vorliegen. || Lässt sich ohne Abladung der Waaren die vollständige Ueberzeugung gewinnen, dass der in dem Gebiete des anderen Theiles angelegte Verschluss unverletzt und sichernd sei, so kann auch die Abladung und Verwiegung der Waaren unterbleiben.

2. Soweit an einzelnen Orten in Deutschland ein Bedürfniss sich geltend macht, soll auf besonderes Ansuchen auch Waarenführern die Benutzung der öffentlichen Niederlage gestattet werden. Die gleiche Begünstigung wird österreichisch-ungarischerseits zugestanden.

Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. März 1881.

Zu Artikel 8 des Vertrages.

1. Die bestehenden Zusammenlegungen von gegenüberliegenden Grenzzollämtern bleiben aufrecht. Doch steht jedem der betheiligten Staaten frei, eine solche Zusammenlegung gegen vorherige sechsmonatliche Kündigung zurückzuziehen. || Neue Zusammenlegungen bleiben der Verständigung zwischen Oesterreich und den betheiligten deutschen Staaten vorbehalten.

2. Es wird auch ferner auf thunlichste Uebereinstimmung in den Abfertigungsbefugnissen der gegenüberliegenden Grenzzollämter Bedacht genommen werden. || Eine ausnahmsweise Erweiterung der Competenz einzelner Aemter wird der besonderen Verständigung der betheiligten Regierungen vorbehalten. Hinsichtlich der Stellung und der Amtsbefugnisse der auf das Gebiet des anderen Theiles verlegten Grenzzollämter hat man sich über folgende Grundsätze geeinigt: || a) Ein auf das jenseitige Gebiet verlegtes, früher auf dem Gebiete des Staates, welchem es angehört, aufgestellt gewesenes Zollamt behält den Namen des früheren Standortes, welchem jedoch sein neuer Standort beigefügt wird. Die auf jenseitigem Gebiete neu errichteten Aemter erhalten den Namen ihres Standortes. || b) Die Schlagbäume erhalten die Landesfarben des Territoriums, auf welchem sie stehen; das Amtsschild wird mit den Farben und Wappen des Landes, welchem das Amt angehört, versehen. || c) Die Aufrechthaltung der Hausordnung liegt dem Vorsteher des Territorialamtes ob. || d) Die Regierung des Territorialstaates hat dafür zu sorgen, dass die auf ihr Gebiet übersetzten Beamten in Betreibung ihrer zollamtlichen Geschäfte nicht gestört werden, und dass namentlich die Sicherheit ihrer Dienstpapiere und Gelder keinem Anstande unterliege. || e) Die beiderseitigen Zoll- und Steuerbeamten und Angestellten, welche sich aus irgend einer im Vertrage vorgesehenen Veranlassung in der vorschriftsmässigen Dienstuniform in den gegenüberliegenden Staat begeben, sind dort von dem für Rechnung des Staates zu erhebenden Wege-, Brücken- und Fährgelde ebenso wie die eigenen Beamten und Angestellten befreit. Dagegen haben sie die Befreiung von dergleichen Communikationsabgaben, deren Erhebung Gesellschaften, Korporationen, Gemeinden oder einzelnen Privatpersonen zusteht, nur insoweit zu beanspruchen, als sie nach dem bestehenden Tarife begründet erscheint. || f) Es wird ausdrücklich anerkannt, dass durch die Zusammenlegung der gegenüberliegenden Zollämter wohl eine thunliche Gleichzeitigkeit der beiderseitigen Amtshandlungen, nicht aber eine regelmässige Abfertigungsgemeinschaft beabsichtigt sei, dass demnach, abgesehen von Fällen aussergewöhnlichen Verkehrsandranges und den hierfür von den beiderseitigen Zollverwaltungen einvernehmlich zu erlassenden Instruktionen, jedes der beiden Aemter nur die ihm als Ein- oder Ausgangsamt seines Staates obliegenden Funktionen zu vollziehen, an den gleichen Funktionen des anderen Amtes aber sich nicht zu betheiligen habe. || g) Die gegenwärtig bestehenden Verabredungen || zur Regelung der Verhältnisse der Beamten und Angestellten der auf das Gebiet des Nachbarstaates verlegten Zollämter, || über das Verhalten der Beamten und Ange-

stellten der beiderseitigen Zollschutzwachen in ihrem Verkehr zu den Beamten und Angestellten der Wachanstalten des Nachbarstaates, || über die Unterbringung der auf das Gebiet des einen Staates verlegten Aemter des anderen Staates und die hierfür anzurechnenden Miethzinse, || über die Kosten der Reinigung und Heizung der zusammengelegten Aemter, || über die Errichtung, Erhaltung, Beleuchtung, das Schliessen und Oeffnen der Schlagbäume bei den zusammengelegten Aemtern, || über die Rechte und Pflichten der Beamten der auf das Gebiet des Nachbarstaates verlegten Zollämter, denen Wohnungen in dem Staatsgebäude des letzteren eingeräumt worden, || über die Zollabfertigungen an Sonn- und Feiertagen, endlich || über die gegenseitige Zollbefreiung für fertige Beamten-Uniform- und Armaturstücke || werden hierdurch aufrechterhalten. || Der Grenzpassantendienst wird von jedem der vertragschliessenden Theile nach den in seinem Gebiete diesfalls bestehenden Vorschriften und mit Rücksicht auf die besonderen Vereinbarungen gehandhabt werden.

Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. März 1881.

Zu Artikel 10 des Vertrages und zum Zollkartell.

1. Zu § 4 des Zollkartells. Zu den oberen Zoll- und Steuerbeamten, welche befugt sind, bei den Einhebungsämtern des gegenüberliegenden Zollgebietes die Register oder Registerabtheilungen, welche den Waarenverkehr aus und nach demselben und an dessen Grenze nachweisen, nebst Belegen zur Notiznahme einzusehen, gehören ausser den höheren Beamten, in Oesterreich-Ungarn: die Oberbeamten der Hauptzollämter, die Finanzwach-Obercommissäre und Commissäre, in Deutschland: die Hauptamtsmitglieder und die Obercontrolöre.

2. Zu § 5 des Zollkartells. Es wird als unbedenklich anerkannt, dass die Grenzaufseher (Finanzwachmannschaften) zur Verhütung und Entdeckung des Schleichhandels sich gegenseitig unterstützen und ihre darauf bezüglichen Wahrnehmungen einander unmittelbar mittheilen. Man war jedoch darüber einverstanden, dass die zur Verständigung über zweckmässiges Zusammenwirken von Zeit zu Zeit und bei besonderen Veranlassungen vorzunehmenden Berathungen zunächst nur unter den beiderseitigen oberen Zoll- und Steuerbeamten stattzufinden haben.

3. Zu § 6 des Zollkartells. Es wird anerkannt, dass die beiderseitigen Zoll- und Steuerbeamten, wenn dieselben bei Verfolgung eines Schleichhändlers oder der Gegenstände oder Spuren einer Uebertretung der Zollgesetze des einen vertragschliessenden Theiles in das Gebiet des anderen sich begeben, sich lediglich darauf zu beschränken haben, bei den dortigen Ortsvorständen oder Behörden die zur Ermittelung des Thatbestandes und des Thäters und die zur Sicherung des Beweises erforderlichen Maassregeln, das Sammeln aller Beweismittel bezüglich der vollbrachten oder versuchten Zollumgehung, sowie den Umständen nach die einstweilige Beschlagnahme der Waaren und die Festhaltung der Thäter zu beantragen, dass die genannten Beamten dagegen auf fremdem Gebiete weder die Person des Thäters, noch die Gegenstände der

Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. März 1881.

Uebertretung anhalten, noch auch von ihren Waffen Gebrauch machen dürfen. Sollten aber die Beamten bei der Verfolgung durch thätliche Angriffe auf ihre Person in die Nothwendigkeit versetzt werden, zu ihrer Selbstvertheidigung auf fremdem Territorium von ihren Waffen Gebrauch zu machen, so haben in jedem einzelnen Falle die Behörden des Landes, in welchem dieser Fall vorgekommen, nach den daselbst geltenden Gesetzen darüber zu entscheiden, ob dieser Gebrauch überhaupt oder in dem stattgehabten Umfange zur Abwehr der thätlichen Angriffe erforderlich gewesen ist.

4. Zu §§ 6 und 11 des Zollkartells. Die beiderseitigen Zoll- und Steuerbeamten können, wenn sie sich zu den in den §§ 6 und 11 des Zollkartells bezeichneten Zwecken in das Gebiet des anderen Theiles begeben, dabei ebenso bewaffnet sein, wie es für die Ausübung des Dienstes im eigenen Lande vorgeschrieben ist.

5. Zu § 8 des Zollkartells. Man war darüber einverstanden, dass es, solange fremde unverzollte Waaren im Grenzbezirke nur an Orten, wo sich Zollämter befinden, und dort nur in zollamtlichen Niederlagen oder doch unter einer gegen missbräuchliche Verwendung hinreichend sichernden Controle niedergelegt werden dürfen, zur Ausführung der im § 8 enthaltenen Verabredungen genüge, wenn die beiderseitigen Zollbehörden angewiesen werden, Niederlagen der gedachten Art sowie Vorräthe von fremden verzollten und von inländischen Waaren innerhalb des Grenzbezirkes mit gehöriger Berücksichtigung auch der Zollinteressen des anderen Theiles in der gesetzlich zulässigen Weise zu controliren.

6. Zu § 9 des Zollkartells. Zur Ausführung der Verabredung unter lit. a des § 9 werden den beiderseitigen Aemtern die in dem gegenüberliegenden Zollgebiete in der Einfuhr und Durchfuhr verbotenen oder einer besonderen Erlaubniss bedürfenden Gegenstände besonders bezeichnet werden.

7. Zu § 10 des Zollkartells. Nach § 10 des Zollkartells sollen die Erledigung der für die Wiederausfuhr unverabgabter Waaren geleisteten Sicherheiten sowie die für Ausfuhren gebührenden Abgabenerlasse oder Erstattungen erst dann gewährt werden, wenn durch eine vom Eingangsamte auszustellende Bescheinigung nachgewiesen wird, dass die aus dem deutschen Zollgebiete nach Oesterreich-Ungarn oder umgekehrt ausgeführte Waare in Oesterreich-Ungarn beziehentlich dem deutschen Zollgebiete angemeldet worden ist. || In Bezug auf die Ausführung dieser Bestimmung war man darüber einverstanden, dass es bei dem bisherigen Verfahren nach Maassgabe der nachfolgenden Vorschriften verbleiben soll: a) Bei dem gewöhnlichen Frachtverkehr, wo die beiderseitigen Grenzzollämter die zollgesetzliche Ausgangs-, beziehungsweise Eingangsabfertigung der Waaren vornehmen, erfolgt die Ueberweisung derselben behufs der Anmeldungsbescheinigung auf den die Waaren begleitenden Abfertigungspapieren von dem Grenzzollamte des Ausgangsstaates an das Grenzzollamt des Eingangstaates. Das letztere giebt die Anmeldungsbescheinigung unter Beidrückung des Amtssiegels und unter amtlicher Unterschrift mit den Worten: „Angemeldet und

unter Nr. . . . . des . . . . Registers eingetragen.“ || b) Bei dem Frachtverkehr mittelst der Eisenbahn findet dasselbe Verfahren statt, auch wenn die Ausgangsabfertigung bei einem Amte im Innern und die Eingangsabfertigung bei dem Grenzzollamte oder die Ausgangsabfertigung bei dem Grenzzollamte und die Eingangsabfertigung bei einem Amte im Innern, oder die Ausgangs- und die Eingangsabfertigung beiderseits bei einem Amte im Innern vorgenommen wird. || Damit aber in dem Falle, wo die Eingangsabfertigung bei einem Amte im Innern stattfindet, dieses weiss, welche der ihm im Ansageverfahren überwiesenen Güter im gebundenen Verkehre übergegangen sind, so bemerkt das Grenzzollamt des Eingangsstaates auf Grund der ihm von dem Grenzzollamte des Ausgangsstaates mitgetheilten Abfertigungspapiere bei der betreffenden Post der Ladeliste, welches Amt des Ausgangsstaates die Ausgangsabfertigung vorgenommen hat, sowie in welchem Register und unter welcher Nummer desselben die Waare dort eingetragen ist. Es würde also z. B. bei einer nach Wien bestimmten Waarenpost, welche mit Begleitschein nach Breslau gekommen und dort zum Ausgange über Oderberg abgefertigt ist, das österreichische Grenzzollamt zu Oderberg, welches die Waaren im Ansageverfahren nach Wien ablässt, auf Grund des ihm von dem preussischen Grenzzollamte zu Oderberg mitgetheilten Begleitscheines in der Ladeliste bei der betreffenden Post bemerken: || „Im gebundenen Verkehre von Breslau, Begleitschein. Empfangsregister Nr. . . .“ || Damit aber auch das Ausgangs-Abfertigungsamt sofort beim Rückempfange der von dem Grenzzollamte des Eingangsstaates für die Anmeldung bescheinigten Abfertigungspapiere erfährt, welches Amt des Eingangsstaates die zollgesetzliche Eingangsabfertigung vornimmt, so giebt das Grenzzollamt des Eingangsstaates die Anmeldungsbescheinigung über die von ihm im Ansageverfahren auf ein Amt im Innern abgelassenen Waaren dahin: || „Durch Ladungsliste Nr. . . . angemeldet und mit Ansagezettel Nr. . . . nach . . . . . abgelassen.“ || Bei zusammengelegten Zollämtern, welche einen erheblichen Eisenbahnverkehr abzufertigen haben, soll es jedoch genügen, dass die Eingangsämter die Uebernahme der unverabgabten Waaren durch den Abdruck des Amtsstempels in den Abfertigungspapieren des anderen Theiles bestätigen. || c) Bei dem Postverkehre, es mag die Beförderung der Güter mittelst der gewöhnlichen Postwagen oder mittelst der Eisenbahn erfolgen, besorgt das Grenzzollamt des Ausgangsstaates die Ausgangsabfertigung der im gebundenen Verkehr übergehenden Waaren. Der zu prüfende Verschluss bleibt an den einzelnen Poststücken, und bescheinigt das Grenzausgangsamt dies auf der für das Grenzeingangsamt bestimmten Waarenerklärung unter Beidrückung des Amtssiegels mit den Worten:

„Blei- } Verschluss von N. N. belassen“,
„Siegel- }

so dass alle aus dem gebundenen Verkehre des Ausgangsstaates eingehenden Poststücke beim Grenzeingangsamte mit amtlichem Verschlusse und mit amtlich bescheinigter Eingangserklärung ankommen und, sofern dort nicht die zoll-

Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. März 1881.

gesetzliche Eingangsabfertigung stattfindet, damit auf das dazu berufene Amt im Innern abgelassen werden müssen. Die Zollabfertigungspapiere des Grenzausgangsamtes lässt dieses ebenfalls mit an das Grenzeingangsamt gehen, welches sie zum Beweise der Eingangsanmeldung abstempelt und dann sofort zurücksendet. || Es herrscht Einverständniss darüber, dass bei zusammengelegten Zollämtern an der Eisenbahn und insbesondere dort, wo ein direkter Uebergang der Posten in den nämlichen Eisenbahn-Postwagen ohne Ausladung der Poststücke stattfindet und die letzteren theils unter Einzel-, theils unter Raumverschluss einlangen, beziehungsweise weiter abgefertigt werden, von der Bescheinigung des Verschlusses seitens des Austrittsamtes auf den für das Grenzeingangsamt bestimmten Waarenerklärungen abgesehen werden könne und es genüge, dass das Ausgangsamt die Zollabfertigungspapiere dem Eingangsamte zur Einsicht und behufs Abstempelung sogleich nach Eintreffen der Post zustelle.

8. Zu § 11 des Zollkartells. Die Verständigung über die in § 11 erwähnten Punkte bleibt der Verhandlung zwischen Oesterreich und den angrenzenden deutschen Staaten vorbehalten. || Die zollamtliche Abfertigung der über die beiderseitigen Grenzen auf Eisenbahnen verkehrenden Viehtransporte soll thunlichst beschleunigt und erleichtert werden. Dieselbe ist auf vorherige Anmeldung und bezüglichen Antrag der Eisenbahnverwaltungen, wenn sonst die übrigen Voraussetzungen zutreffen, auch zur Nachtzeit vorzunehmen, sofern dies mit einer vollkommen verlässlichen Vollziehung des Dienstes vereinbar ist.

9. Zu § 13 des Zollkartells. Nach § 13 des Zollkartells sollen Uebertretungen von Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten des anderen Theiles mindestens mit denselben Strafen bedroht werden, welchen gleichartige oder ähnliche Uebertretungen der eigenen Abgabengesetze unterliegen. || Man war darüber einverstanden, dass in jenen Staaten, in welchen die Uebertretungen der aus polizeilichen Rücksichten ergangenen Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote nicht als eine Verletzung der Abgabengesetze erachtet werden, auch nicht die zum Schutze der letzteren angedrohten Strafen, sondern jene des einschlägigen Strafgesetzes Anwendung finden können, unbeschadet der Verfolgung nach dem Zollstrafgesetze, falls zugleich eine Zollübertretung vorliegt.

10. Zu § 14 des Zollkartells. Die Anträge auf Einleitung der Untersuchung können in Oesterreich-Ungarn von den Finanzbezirksdirektionen, beziehungsweise Finanzdirektionen und den Finanzinspektoren (Grenzinspektoren), in Deutschland von den Hauptämtern ausgehen. || Die beiderseitigen Behörden haben dergleichen Anträge an einander zu richten, um das Weitere zu veranlassen.

11. Zu § 21 des Zollkartells. Neben der Strafe sind auch die vom Uebertreter umgangenen Gefälle einschliesslich der Lizenzgebühren einzuziehen.

12. Zu § 22 des Zollkartells. Die Bestimmungen im Alinea 3 des § 20 wegen Tragung der Kosten findet auch in dem hier vorgesehenen Falle einer Einstellung der Untersuchung Anwendung.

Zu Artikel 11 des Vertrages.

Man ist darüber einverstanden, dass von den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages die Ausübung der nationalen Fischerei ausgeschlossen bleibt.

Die verabredete Gleichstellung der Seehandelsschiffe und deren Ladungen in den beiderseitigen Seehäfen erstreckt sich nicht: || a) auf Prämien, welche für neu erbaute Seehandelsschiffe ertheilt werden oder ertheilt werden möchten, sofern dieselben nicht in der Befreiung der Hafen- und Zollgebühren oder in der Ermässigung solcher Gebühren bestehen; || b) auf die Privilegien für sogenannte Yachtklubs, welche dritten Staaten angehören.

Zu den Artikeln 16 und 18 des Vertrages.

1. Die in den Artikeln 16 und 18 enthaltenen Bestimmungen erstrecken sich auch auf den Fall, wo eine Umladung durch Verschiedenheit der Bahngeleise nöthig wird. Obgleich dieselben auf sonstige Umladungen von Eisenbahntransporten nicht ausgedehnt werden konnten, so wird doch anerkannt, dass, wo durch sehr grosse Entfernung der Auf- und Abladungsorte eine Umladung nöthig wird, die Ausdehnung jener Begünstigungen auf Fälle, wo eine gehörig beaufsichtigte Umladung stattfindet, nicht auszuschliessen sei.

2. Postsendungen, welche auf Eisenbahnen durch das Gebiet eines der vertragschliessenden Theile aus- oder nach dem Gebiete des anderen durchgeführt werden, sollen, wenn ihre Beförderung in gehörig verschliessbaren Behältnissen erfolgt und die Zahl, der Inhalt und das Rohgewicht der Poststücke aus den der Zollbehörde zugänglichen Postpapieren ersichtlich sind, von der Deklaration und Revision sowohl im Innern als an der Grenze, sowie von dem zollamtlichen Verschluss der einzelnen Poststücke auch in dem Falle freibleiben, wenn sie zum Zweck des Ueberganges von einer Eisenbahn auf eine andere umgeladen werden. || Die Angabe des Inhalts der Poststücke darf hinsichtlich der mit der Ueberlandspost beförderten Gegenstände unterbleiben.

3. Man ist darüber einverstanden, dass durch die im zweiten Alinea des Artikels 18 und die vorstehend unter 2 vereinbarte Befreiung der auf Eisenbahnen transitirenden Güter und Postsendungen von der zollamtlichen Revision die Ausführung einer solchen Revision nicht ausgeschlossen sein soll, wenn Anzeigen oder begründete Vermuthungen einer beabsichtigten Zollübertretung vorliegen.

4. Die Zollabfertigung des gegenseitigen Eisenbahnverkehrs soll, wie bisher, nach den in der Beilage C des Vollzugsprotokolls zum Vertrage vom 11. April 1865 ersichtlichen Bestimmungen erfolgen. Dabei sollen die zwischen Oesterreich-Ungarn und den betreffenden deutschen Staaten bestehenden Erleichterungen des Eisenbahnverkehrs, sofern sie weiter gehen als die erwähnten Bestimmungen, noch ferner aufrechtbleiben. Ebenso sollen die in der Beilage D (Vollzugsprotokoll 1865) ersichtlichen Vorschriften über die Anwendung des Schiffsverschlusses auch ferner in Kraft bleiben.

Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. März 1881.

Zu Artikel 19 des Vertrages.

1. Was den Mess- und Marktverkehr anbelangt, so hat man sich über die Form der Legitimation, welche von den Angehörigen des anderen Theiles, die der im ersten Absatze des Artikels 19 ausgesprochenen Begünstigung theilhaftig werden wollen, beizubringen ist, nach Inhalt der Anlage C verständigt. Zur Ausstellung dieser Legitimation sollen die nachstehend unter 2 genannten Behörden befugt sein.

2. Diejenigen Gewerbetreibenden, welche in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles Waarenankäufe machen oder Waarenbestellungen suchen wollen, sollen hierzu abgabenfrei auf Grund von Gewerbe-Legitimationskarten zugelassen werden, welche von den Behörden des Heimathslandes ausgefertigt sind. || Die Ausfertigung dieser Karten soll nach dem unter D anliegenden Muster erfolgen. || Sie geschieht durch diejenigen Behörden, denen die Ertheilung von Passkarten nach den gegenwärtig bestehenden Uebereinkünften übertragen ist. Jedem vertragschliessenden Theile bleibt vorbehalten, nach Befinden eine mässige Gebühr für die Ausfertigung zu erheben. || Zur Vermeidung von Verwechselungen und Verfälschungen sollen die für Deutschland und Oesterreich-Ungarn gleichmässig herzustellenden Karten nach Format und Farbe von den Passkarten sich unterscheiden, in jedem Jahre eine verschiedene Farbe tragen und in einem Format hergestellt werden, welches die bequeme Mitführung in der Tasche möglich macht. || Die mit einer Gewerbe-Legitimationskarte versehenen Gewerbetreibenden (Handlungsreisenden) dürfen nur Waarenmuster, aber keine Waaren mit sich führen. Für andere als die in der Karte genannten Gewerbetreibenden dürfen sie Geschäfte weder abschliessen noch vermitteln. Auch dürfen sie ausschliesslich im Umherreisen Bestellungen suchen und Ankäufe machen. Sie haben ausserdem die in jedem Staate gültigen Vorschriften zu beachten. || Bis zum Schlusse des Jahres 1881 sollen Gewerbe-Legitimationskarten der bisher vereinbart gewesenen Form in Anwendung und Geltung bleiben; bis dahin sollen die Karten auch, wie bisher, den Reisenden die Befugniss gewähren, aufgekaufte Waaren nach dem Bestimmungsorte mitzunehmen. Vom 1. Januar 1882 ab kommt dagegen die Befugniss, aufgekaufte Waaren mitzunehmen, in Wegfall.

Zu Artikel 20 des Vertrages.

Die Hinterlegung der Bezeichnungen der Waaren oder deren Verpackung, der Fabrik- und Handelsmarken sowie der Muster und Modelle, deren Rechtsschutz die deutschen Angehörigen in Oesterreich-Ungarn erwerben wollen, hat sowohl bei der Handelskammer in Wien als auch bei jener in Budapest zu erfolgen. || Da in dem Gebiete des deutschen Reiches gemäss der daselbst bestehenden Gesetze über jede Patentertheilung eine amtliche Bekanntmachung erfolgen muss, so wird festgesetzt, dass, wenn ein Angehöriger des deutschen Reiches auf einen daselbst patentirten Gegenstand auch in Oesterreich-Ungarn ein Privilegium erwirbt, die in Deutschland gesetzlich mittelst Druckes erfolgte

Veröffentlichung der betreffenden Patentbeschreibung und Zeichnung keinen gesetzlichen Nichtigkeitsgrund gegen den Rechtsbestand des analogen österreichischen und ungarischen Privilegiums bilden soll, insofern das den Bedingungen des Gesetzes entsprechende Gesuch um dessen Ertheilung bei der competenten Behörde innerhalb des Zeitraums von drei Monaten, vom Tage obiger Veröffentlichung ab gerechnet, eingereicht worden ist, welcher Tag in den Druckexemplaren der deutschen Patentschriften angegeben werden wird.

Nr. 7631. Deutschland und Oesterreich-Ungarn. 23. März 1881.

Zu den Artikeln 21 und 22 des Vertrages.

Unter Consuln sind alle mit Consulargeschäften Beauftragte verstanden. Jeder der vertragschliessenden Theile, dessen Angehörigen der Consul des anderen Theiles nach Maassgabe des Artikels 22 Schutz und Beistand gewährt hat, ist verpflichtet, die dadurch erwachsenen Auslagen und Kosten nach denselben Grundsätzen zu erstatten, wie dies von dem Theile, welcher den Consul bestellt hat, rücksichtlich seiner eigenen Angehörigen geschehen würde.

Zu Artikel 23 des Vertrages.

Man war darüber einverstanden, dass unter den Zollstellen, an welche Beamte zu dem im Alinea 1 des Artikels 23 gedachten Zweck zu senden, die vertragschliessenden Theile sich gegenseitig das Recht zugestanden haben, die Zolldirectivbehörden (in Oesterreich-Ungarn: die Finanzlandesdirectionen und Finanzdirectionen, in Deutschland: die Zolldirectionen) nicht mitbegriffen sind, sondern dass darunter nur die Bezirksbehörden (in Oesterreich-Ungarn: die Finanzbezirksdirectionen, Finanzinspectoren, in Deutschland: die Hauptämter mit den ihnen untergeordneten Localbehörden) verstanden werden. || Ebenso war man darüber einverstanden, dass zwar jeder Regierung die Auswahl der Zollstellen des anderen Zollgebietes, an welche sie Beamte zu dem vertragsmässig bezeichneten Zweck senden will, überlassen bleibe, dass es aber erforderlich sei, die betheiligte Regierung jedesmal vorher von der Person des zu entsendenden Beamten und von den Zollstellen zu benachrichtigen, an welche derselbe gesendet werden soll.

Zu Artikel 26 des Vertrages.

Die Bevollmächtigten sind übereingekommen, dass das gegenwärtige Protokoll zugleich mit dem Vertrage den hohen vertragschliessenden Theilen vorgelegt werden soll, und dass im Falle der Ratification des letzteren auch die in ersterem enthaltenen Erklärungen und Verabredungen ohne weitere förmliche Ratification derselben als genehmigt angesehen werden sollen. || Es wurde hierauf das gegenwärtige Protokoll in doppelter Ausfertigung vollzogen.

Berlin, den 23. Mai 1881.

Karl Heinrich von Boetticher. Graf A. Wolkenstein.

Nr. 7632. DEUTSCHLAND und die SCHWEIZ. — Handelsvertrag vom 23. Mai 1881.

Nr. 7632. Deutschland und Schweiz. 23. Mai 1881.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, einerseits, und der Bundesrath der schweizerischen Eidgenossenschaft, andererseits, von der Absicht geleitet, den am 13. Mai 1869 abgeschlossenen, zuletzt durch die Uebereinkunft vom 1. Mai 1880 für die Zeit bis 30. Juni 1881 verlängerten Handels- und Zollvertrag in seinen wesentlichen Verabredungen weiterhin aufrechtzuerhalten, haben zu diesem Ende Unterhandlungen eröffnen lassen und zu Bevollmächtigten ernannt: — — — — — — — — — — — — — welche, unter Vorbehalt der beiderseitigen Ratification, den folgenden Handelsvertrag vereinbart und abgeschlossen haben:

Art. 1. Die beiden vertragschliessenden Theile geben sich die Zusicherung, in Beziehung auf Eingangs- und Ausgangsabgaben sich wechselseitig auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation zu behandeln. || Jeder der beiden Theile verpflichtet sich demgemäss, jede Begünstigung, jedes Vorrecht und jede Ermässigung, welche er in den gedachten Beziehungen einer dritten Macht bereits zugestanden hat oder in der Folge zugestehen möchte, gleichmässig auch dem anderen vertragschliessenden Theile gegenüber ohne irgend welche Gegenleistung in Kraft treten zu lassen. || Die vertragschliessenden Theile machen sich ferner verbindlich, gegen einander kein Einfuhrverbot und kein Ausfuhrverbot in Kraft zu setzen, welches nicht zu gleicher Zeit auf die anderen Nationen Anwendung fände. || Die vertragschliessenden Theile werden jedoch während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages die Ausfuhr von Getreide, Schlachtvieh und Brennmaterialien gegenseitig nicht verbieten.

Art. 2. Hinsichtlich der in der Anlage A verzeichneten Gegenstände ist man übereingekommen, dass sie bei dem Uebergange vom Gebiete des einen Theiles nach dem Gebiete des anderen Theiles gegenseitig gänzliche Zollfreiheit geniessen sollen.

Art. 3. Die aus einem der beiden Gebiete eingehenden oder nach demselben ausgehenden Waaren aller Art sollen gegenseitig in dem anderen Gebiete von jeder Durchgangsabgabe befreit sein. || In Beziehung auf die Durchfuhr sichern sich die vertragschliessenden Theile in jeder Hinsicht die Behandlung der meistbegünstigten Nation zu.

Art. 4. Zur Erleichterung im gegenseitigen Grenzverkehr sind unter den vertragschliessenden Theilen diejenigen besonderen Bestimmungen vereinbart worden, welche sich in der Anlage B dem gegenwärtigen Vertrage angeschlossen finden.

Art. 5. Die Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben wird beiderseits zugestanden, sofern die Identität der aus- und wiedereingeführten Gegenstände ausser Zweifel ist: || 1. für Waaren (mit Ausnahme von Verzehrungsgegenständen), welche aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile in das Gebiet des anderen || auf Märkte oder Messen,

oder auf ungewissen Verkauf ausser dem Mess- und Marktverkehr oder als Muster || eingebracht werden; alle diese Gegenstände, wenn sie binnen einer im voraus zu bestimmenden Frist unverkauft zurückgeführt werden; || 2. Vieh, welches aus dem einen Gebiet auf Märkte des anderen gebracht und unverkauft von dort zurückgeführt wird; || 3. leere Fässer, Säcke u. s. w., welche entweder zum Einkauf von Oel, Getreide u. dergl. von dem einen Gebiet in das andere mit der Bestimmung des Wiederausgangs eingebracht werden, oder, nachdem Oel, Getreide u. dergl. darin ausgeführt worden, zurückkommen; || 4. Vieh, welches zur Fütterung oder auf Weiden aus dem einen Gebiet in das andere gebracht und von der Fütterung oder nach der Weidezeit in das erstere zurückgeführt wird.

Art. 6. Zur Regelung des Verkehrs zum Zwecke der Veredelung von Waaren zwischen den Gebieten der vertragschliessenden Theile wird festgesetzt, dass bei der Rückkehr aus dem Veredelungslande von Eingangsabgaben befreit bleiben: || a) Gewebe und Garne, welche zum Waschen, Bleichen, Färben, Walken, Appretiren, Bedrucken und Sticken, sowie Garne, welche zum Stricken, || b) Gespinnste (einschliesslich der erforderlichen Zuthaten), welche zur Herstellung von Spitzen und Posamentierwaaren, || c) Garne in gescheerten (auch geschlichteten) Ketten nebst dem erforderlichen Schussgarn, welche zur Herstellung von Geweben, || d) Seide, welche zum Färben, || e) Häute und Felle, welche zur Leder- und Pelzwerkbereitung, || f) Gegenstände, welche zum Lackiren, Poliren und Bemalen in das andere Gebiet ausgeführt worden sind, || g) sonstige zur Ausbesserung, Bearbeitung oder Veredelung bestimmte, in das andere Gebiet gebrachte und nach Erreichung jenes Zwecks, unter Beobachtung der deshalb getroffenen besonderen Vorschriften zurückgeführten Gegenstände, wenn die wesentliche Beschaffenheit und die Benennung derselben unverändert bleibt, und zwar in allen diesen Fällen, sofern die Identität der aus- und wieder eingeführten Waaren und Gegenstände ausser Zweifel ist. || Ausserdem kann bei Garnen und Geweben die Zollfreiheit von dem Nachweis der einheimischen Erzeugung der zur Veredelung ausgeführten Waaren abhängig gemacht werden. || Ausgangsabgaben dürfen von Waaren, welche nach erfolgter Veredelung in das Versendungsland zurückgeführt werden, nicht erhoben werden.

Art. 7. Zur Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen werden die vertragschliessenden Theile die Zollabfertigung im wechselseitigen Verkehr so weit erleichtern, als sich dies mit der Zollsicherheit verträgt.

Art. 8. Innere Abgaben, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile, sei es für Rechnung des Staates (der Kantone), oder für Rechnung von Communen und Corporationen, auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbrauch eines Erzeugnisses ruhen, dürfen Erzeugnisse des anderen Theiles unter keinem Vorwande höher oder in lästigerer Weise treffen, als die gleichnamigen Erzeugnisse des eigenen Landes, mit Vorbehalt der Bestimmungen des nachfolgenden Artikels.

Art. 9. Der im vorstehenden Artikel 8 ausgesprochene Grundsatz findet

Nr. 7632. Deutschland und Schweiz. 23. Mai 1881.

keine Anwendung auf die in einzelnen Cantonen der Schweiz von Getränken erhobenen (inneren) Verbrauchssteuern. Indessen verpflichtet sich die schweizerische Eidgenossenschaft dahin, dass derartige Abgaben für deutsche Getränke während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages weder neu eingeführt, noch bestehende über ihren dermaligen Ansatz erhöht, und dass, falls der eine oder andere Canton die bezüglichen Steuern für schweizerische Getränke herabsetzen würde, diese Ermässigung in gleichem Verhältnisse auch auf die deutschen Getränke angewendet werden soll. || Für deutsche Weine, welche in Fässern (auch Doppelfässern) nach der Schweiz eingehen, soll, welches auch der Preis oder die Qualität derselben sei, die Steuer jedenfalls den geringsten Betrag derjenigen Ansätze nicht übersteigen, welche für ausländische, in einfachen Fässern eingeführte Weine in den betreffenden Cantonen gegenwärtig erhoben werden.

Art. 10. Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich darüber ausweisen, dass sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, zum Gewerbebetriebe berechtigt sind, sollen, wenn sie persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende Ankäufe machen, oder Bestellungen, auch unter Mitführung von Mustern, suchen, in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles keine weitere Abgabe hierfür zu entrichten verpflichtet sein.

Art. 11. In Bezug auf die Bezeichnung der Waaren oder deren Verpackung sowie bezüglich der Fabrik- oder Handelsmarken sollen die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile in dem Gebiete des anderen denselben Schutz wie die eigenen Angehörigen geniessen. Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile haben jedoch die in dem Gebiete des anderen Theiles durch Gesetze oder Verordnungen vorgeschriebenen Bedingungen und Förmlichkeiten zu erfüllen. || Der Schutz von Fabrik- und Handelsmarken wird den Angehörigen des anderen Theiles nur insofern und auf so lange gewährt, als dieselben in ihrem Heimathsstaate in der Benutzung der Marken geschützt sind.

Art. 12. Der gegenwärtige Vertrag soll vom 1. Juli 1881 an in Kraft treten und bis zum 30. Juni 1886 in Kraft bleiben. Im Falle keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor diesem Tage seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben haben sollte, bleibt derselbe in Geltung bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder der andere der vertragschliessenden Theile denselben gekündigt hat. Die vertragschliessenden Theile behalten sich die Befugniss vor, nach gemeinsamer Verständigung in diesen Vertrag jederlei Abänderungen aufzunehmen, welche mit dem Geiste und den Grundlagen desselben nicht im Widerspruch stehen und deren Nützlichkeit durch die Erfahrung dargethan werden wird.

Art. 13. Gegenwärtiger Vertrag soll ratificirt und es sollen die Ratificationsurkunden bis spätestens am 30. Juni 1881 in Berlin ausgewechselt werden.

So geschehen Berlin, den 23. Mai 1881.

Karl Heinrich v. Boetticher. Roth.

Anlage A. Nr. 7632. Deutschland und Schweiz. 23. Mai 1881.

Von Eingangs- und Ausgangsabgaben bleiben bei dem Uebergange von dem Gebiete des einen Theiles nach dem Gebiete des anderen Theiles gegenseitig gänzlich befreit:

1. Garten- und Futtergewächse, frische; || Kartoffeln; || Wurzeln, frische; Obst, frisches, darunter auch Beeren mit Ausschluss der Weintrauben; lebende Gewächse, jedoch nicht in Töpfen oder Kübeln; || Heu, Laub, Schilf, Stroh; || Erden und rohe mineralische Stoffe, auch gebrannt, geschlemmt oder gemahlen, soweit diese Gegenstände nicht mit einem Zollsatze namentlich betroffen sind; || Steine, rohe; || edle Metalle, gemünzt, in Barren und Bruch; Münzgekrätz; || Abfälle von der Eisenfabrikation (Hammerschlag, Eisenfeilspäne), von Glashütten, auch Scherben von Glas und Thonwaaren, von der Wachsbereitung, von Seifensiedereien die Unterlauge; || Blut von geschlachtetem Vieh, flüssiges und eingetrocknetes; || Hornspäne, Klauen, Knochen, Knochenmehl; || Thierflechsen; || Leimleder, auch abgenutzte alte Lederstücke und sonstige, lediglich zur Leimfabrikation geeignete Lederabfälle; || Branntweinspülig; || Treber; || Weinhefe, trockene oder teigartige; || Oelkuchen; || Kleie; Spreu; || Holzasche; || Steinkohlenasche; || Dünger, thierischer, und andere, jedoch nicht auf chemischem Wege zubereitete Düngungsmittel, als ausgelaugte Asche, Kalkäscher, Knochenschaum, Zuckererde und dergl.;

2. Kunstsachen, welche zu Kunstausstellungen oder für öffentliche Kunstinstitute und Sammlungen eingehen;

3. Musterkarten und Muster in Abschnitten oder Proben, welche nur zum Gebrauche als solche geeignet sind;

4. Kleidungsstücke und Wäsche, gebrauchte, welche nicht zum Verkauf eingehen; gebrauchte Hausgeräthe und Effekten, gebrauchte Fabrikgeräthschaften und gebrauchtes Handwerkszeug von Anziehenden zur eigenen Benutzung; auch auf besondere Erlaubniss neue Kleidungsstücke, Wäsche und Effekten, insofern sie Ausstattungsgegenstände von Angehörigen der Staaten des einen Theiles sind, welche sich aus Veranlassung ihrer Verheirathung in dem Gebiete des anderen Theiles niederlassen;

5. Gebrauchte Hausgeräthe und Effekten, welche erweislich als Erbschaftsgut eingehen, auf besondere Erlaubniss;

6. Reisegeräth, Kleidungsstücke, Wäsche und dergleichen, welches Reisende, Fuhrleute und Schiffer zu ihrem Gebrauche, auch Handwerkszeug, welches reisende Handwerker, Geräthe und Instrumente, welche reisende Künstler zur Ausübung ihres Berufes mit sich führen, sowie andere Gegenstände der bezeichneten Art, welche den genannten Personen vorausgehen oder nachfolgen; Verzehrungsgegenstände zum Reiseverbrauche;

7. Wagen, einschliesslich der Eisenbahnfahrzeuge, sowie Wasserfahrzeuge, welche bei dem Eingange über die Grenze zum Personen- und Waarentransporte dienen und nur aus dieser Veranlassung eingehen, die Wasserfahrzeuge mit Einschluss der darauf befindlichen gebrauchten Inventarienstücke, insofern

Nr. 7632. Deutschland und Schweiz. 23. Mai 1881. die Schiffe Ausländern gehören, oder insofern inländische Schiffe die nämlichen oder gleichartige Inventarienstücke einführen, als sie bei dem Ausgange an Bord hatten; auch leer zurückkommende Eisenbahnfahrzeuge inländischer Eisenbahnverwaltungen, sowie die bereits in den Fahrdienst eingestellten Eisenbahnfahrzeuge ausländischer Eisenbahnverwaltungen; || Wagen der Reisenden, auf besondere Erlaubniss auch in dem Falle, wenn sie zur Zeit der Einfuhr nicht als Transportmittel ihrer Besitzer dienten, sofern sie nur erweislich schon seither im Gebrauche derselben sich befunden haben und zu deren weiterem Gebrauche bestimmt sind; || Pferde und andere Thiere, wenn aus ihrem Gebrauche beim Eingang überzeugend hervorgeht, dass sie als Zug- oder Lastthiere zur Bespannung eines Reise- oder Frachtwagens gehören, zum Waarentragen oder zur Beförderung von Reisenden dienen.

Anlage B.

Bestimmungen über die Behandlung des grenznachbarlichen Verkehrs.

§ 1. Um die Bewirthschaftung der an der Grenze liegenden Güter und Wälder zu erleichtern, werden von allen Eingangs- und Ausgangsabgaben befreit: || Getreide in Garben oder in Aehren, || die Roherzeugnisse der Wälder, Holz und Kohlen, || Sämereien, || Stangen, || Rebstecken, || Thiere und Werkzeuge jeder Art, || die zur Bewirthschaftung der innerhalb eines Umkreises von 10 km auf beiden Seiten der Grenze gelegenen Güter dienen, vorbehaltlich der in beiden Ländern zur Verhütung von Defraudationen allfällig bestehenden Controlen. || Von allen Eingangs- und Ausgangsabgaben werden ferner befreit sämmtliche Erzeugnisse des Ackerbaues und der Viehzucht eines einzelnen, von der Zollgrenze zwischen beiden Gebieten durchschnittenen Landgutes, bei der Beförderung zu den Wohn- und Wirthschaftsgebäuden aus den durch die Zollgrenze davon getrennten Theilen.

§ 2. Von Eingangs- und Ausgangsabgaben bleiben befreit: || 1. Vieh, welches zur Arbeit aus dem einen Gebiet in das andere vorübergehend gebracht wird und von der Arbeit aus letzterem in das erstere zurückkommt; desgleichen landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe, welche zur vorübergehenden Benutzung aus dem einen in das andere Gebiet gebracht und nach erfolgter Benutzung wieder in das erstere zurückgeführt werden; || 2. Holz, Lohe (Rinde), Getreide, Oelsamen, Hanf und andere dergleichen landwirthschaftliche Gegenstände, welche im gewöhnlichen kleinen Grenzverkehr zum Schneiden, Stampfen, Mahlen, Reiben u. s. w. aus dem einen Gebiet in das andere gebracht und geschnitten, gestampft, gemahlen, gerieben u. s. w. in das erstere Gebiet zurückgebracht werden; || 3. Waaren oder Gegenstände, welche im gewöhnlichen kleinen Grenzverkehr entweder zur Veredelung, namentlich zum Bedrucken, Bleichen, Färben, Gerben, Spinnen, Weben u. s. w. oder zur handwerksmässigen Verarbeitung oder Ausbesserung aus dem einen Gebiet in das andere aus- und nachher veredelt, verarbeitet oder ausgebessert wieder eingehen; || 4. die selbst-

verfertigten Erzeugnisse der Handwerker, welche von diesen aus dem einen Gebiete auf die benachbarten Märkte des anderen gebracht werden und als unverkauft zurückkommen, mit Ausschluss von Gegenständen der Verzehrung.

§ 3. Zum Schutze gegen Missbrauch werden in den Fällen des vorhergehenden § 2 die erforderlichen Controlmaassregeln beiderseitig zur Anwendung kommen. Doch ist dabei verstanden, dass dieselben auf das geringste, mit dem bezeichneten Zwecke vereinbare Maass beschränkt, und dass jedenfalls nicht mehr gefordert werden soll, als dass || 1. die fraglichen Gegenstände bei der Einfuhr, bezw. Ausfuhr, an einer Grenzzollstelle behufs vormerklicher Behandlung nach Gattung und Menge angemeldet, zur Festhaltung der Identität, wo es angeht, bezeichnet und nachher bei der Wiederausfuhr, bezw. Wiedereinfuhr der nämlichen Zollstelle wieder vorgeführt werden, und dass || 2. die Wiederausfuhr, bezw. Wiedereinfuhr, innerhalb einer bestimmten, von der Grenzzollstelle angesetzten Frist stattfinde.

Zur Forderung einer Caution sind die Grenzzollstellen berechtigt; doch soll dieselbe den einfachen Zollbetrag nicht übersteigen. Ueber die nähere Ausführung in Betreff dieser Controlmaassregeln soll, soweit nöthig, eine Uebereinkunft abgeschlossen werden.

Schlussprotokoll.

Verhandelt Berlin, den 23. Mai 1881.

Die Unterzeichneten traten zusammen, um den unter ihnen heute vereinbarten Handelsvertrag zu unterzeichnen, bei welcher Gelegenheit noch folgende Erklärungen, Verabredungen und erläuternde Bemerkungen in das gegenwärtige Protokoll niedergelegt wurden.

I. Zu Artikel 1 des Vertrages.

Es soll in keiner Weise dem Recht jedes der vertragschliessenden Theile vorgegriffen sein, in Zukunft Staaten oder Theile von Staaten, welche gegenwärtig seinem Zollverbande fremd sind, in denselben aufzunehmen und fortan als Inland zu behandeln, ohne dass hierdurch mit Rücksicht auf den allgemeinen Grundsatz des Vertrags-Artikels 1 eine weitere Begünstigung für den anderen Theil erwächst. || Die Bestimmungen im Artikel 1 Absatz 3 schliessen die Befugniss nicht aus, zeitweise Einfuhrverbote aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten gegenseitig zu erlassen.

II. Zu Artikel 2 des Vertrages, beziehungsweise Anlage A. Nr. 4.

Man ist einverstanden, dass die in der Anlage A Nr. 4 vereinbarte gegenseitige Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben auch für solche, in allen ihren Theilen gebrauchte Maschinen gelten soll, welche von bereits Niedergelassenen aus ihren Stamm- oder Filial-Etablissements in dem einen Gebiete zur eigenen Benutzung in ihren Filial- oder Stamm-Etablissements in dem anderen Gebiete aus- und eingeführt werden. || Die Bewilligung der Zollfreiheit

Nr. 7632. Deutschland und Schweiz. 23. Mai 1881.

für die gedachten Maschinen kann jedoch in jedem einzelnen Falle nur durch die Direktivbehörde erfolgen.

III. Zu Artikel 3 des Vertrages.

Durch die Bestimmung des Artikels 3 soll dem Rechte jedes der vertragschliessenden Theile nicht vorgegriffen sein, allfälligen Missbräuchen durch angemessene Schutzmaassregeln (Verbleiung, Kontrol- oder Begleitscheine) vorzubeugen.

IV. Zu Artikel 4 des Vertrages, beziehungsweise Anlage B.

Der kleine Grenzverkehr umfasst den nachbarlichen Verkehr der Grenzorte, welche nicht weiter als 16 km von der Grenze entfernt gelegen sind. || Wo die Gebiete der vertragschliessenden Theile durch Gewässer getrennt sind, welche beiderseitig als Ausland betrachtet werden, ist die vorstehend bezeichnete sowie die in Anlage B § 1 erwähnte Zone auf jeder Seite vom Ufer jenes Gewässers an landeinwärts zu berechnen, so dass die Ausdehnung des zwischenliegenden Gewässers dabei ausser Betracht fällt.

V. Zu den Artikeln 5 und 6 des Vertrages.

A. Die Begünstigung, wonach zollpflichtige Waaren, die zum ungewissen Verkauf oder als Muster eingebracht werden, von Eingangs- und Ausgangsabgaben befreit sind (Art. 5 Nr. 1), kann von der Erfüllung nachstehender besonderer Bedingungen abhängig gemacht werden: || 1. Bei der Ausfuhr, beziehungsweise Einfuhr, ist der Betrag des auf den Waaren oder Mustern haftenden Ausgangs-, bezw. Eingangszolls zu ermitteln und bei dem abfertigenden Amte entweder baar niederzulegen, oder vollständig sicher zu stellen. || 2. Zum Zweck der Festhaltung der Identität sind die einzelnen Waaren oder Musterstücke, soweit es angeht, durch aufgedruckte Stempel oder durch angehängte Siegel oder Bleie zu bezeichnen. || 3. Das Abfertigungspapier, über welches die näheren Anordnungen von jedem der vertragschliessenden Theile ergehen, soll enthalten: || a) ein Verzeichniss der zur Ausfuhr bestimmten, beziehungsweise der eingebrachten Waaren oder Musterstücke, in welchem die Gattung der Waare und solche Merkmale sich angegeben finden, die zur Festhaltung der Identität geeignet sind; || b) die Angabe des auf den Waaren oder Mustern haftenden Ausgangs- und Eingangszolls, sowie darüber, ob solcher niedergelegt oder sichergestellt worden ist; || c) die Angabe über die Art der zollamtlichen Bezeichnung; || d) die Bestimmung der Frist, nach deren Ablauf, soweit nicht vorher der Wiedereingang, beziehungsweise die Wiederausfuhr der Waaren oder Muster nach dem Auslande, oder deren Niederlegung in einem Packhofe (Niederlagshause) nachgewiesen wird, der niedergelegte Zoll verrechnet oder aus der bestellten Sicherheit eingezogen werden soll. Die Frist darf den Zeitraum eines Jahres nicht überschreiten. || 4) Die Wiedereinfuhr, beziehungsweise die Wiederausfuhr, darf auch über ein anderes Amt als dasjenige, über welches die Ausfuhr, beziehungsweise die Einfuhr, bewirkt ist, erfolgen. || 5. Wer-

den vor Ablauf der gestellten Frist (3, d) die Waaren oder Muster einem zur Ertheilung der Abfertigung befugten Amte zum Zweck der Wiedereinfuhr, beziehungsweise der Wiederausfuhr oder der Niederlegung in einem Packhofe (Niederlagshause) vorgeführt, so hat dieses Amt sich durch die vorzunehmende Prüfung davon zu überzeugen, ob ihm dieselben Gegenstände vorgeführt worden sind, welche bei der Ausgangs-, beziehungsweise Eingangs-Abfertigung vorgelegen haben. Soweit in dieser Beziehung keine Bedenken entstehen, bescheinigt das Amt die Wiedereinfuhr, beziehungsweise die Wiederausfuhr oder Niederlegung und erstattet den früher niedergelegten Zoll oder trifft wegen Freigabe der bestellten Sicherheit die erforderliche Einleitung.

B. Ueber die Kontrolmaassregeln, welche zum Schutz gegen Missbrauch in den übrigen Fällen der Artikel 5 und 6 beiderseitig in Anwendung kommen sollen, wird Verständigung vorbehalten. Dieselben werden auf das geringste, mit dem bezeichneten Zweck vereinbare Maass beschränkt und demgemäss im wesentlichen innerhalb derjenigen Grenzen gehalten werden, welche durch die in Anlage B zum Vertrage enthaltenen Bestimmungen über die Behandlung des grenznachbarlichen Verkehrs (§ 3) in Aussicht genommen worden sind; sodann sind dabei folgende Bestimmungen zu beachten: || 1. Die Abfertigung der bezeichneten Gegenstände, für welche auf Grund der Artikel 5 und 6 eine Zollbefreiung in Anspruch genommen wird, kann auch bei Zollstellen im Innern stattfinden. || 2. Gewichtsdifferenzen, welche durch Ausbesserungen, durch die Bearbeitung oder Veredelung der Gegenstände entstehen, sollen in billiger Weise berücksichtigt werden und geringere Differenzen eine Abgabenentrichtung nicht zur Folge haben.

C. Unter Garnen und Geweben einheimischer Erzeugung werden die im Versendungslande selbst gesponnenen Garne und selbst gewebten Gewebe, dann solche Garne und Gewebe verstanden, welche zwar im rohen Zustande aus dem Auslande eingeführt und nach zollamtlicher Behandlung in den freien Verkehr gesetzt wurden, jedoch im Versendungslande gebleicht, oder gefärbt, oder bedruckt, oder gesengt, oder appretirt oder mit Dessins versehen worden sind, um dann einer weiteren Bearbeitung oder Verarbeitung im Veredelungslande zugeführt zu werden. || Zum Nachweise der einheimischen Erzeugung dient ein an der Waare anzubringender Fabrikstempel, beziehungsweise eine Bescheinigung des inländischen Erzeugers der Waare.

D. Die zur Wahrung der Identität der aus- und wiedereingeführten, beziehungsweise der ein- und wiederausgeführten Gegenstände amtlich angelegten Erkennungszeichen (Stempel, Siegel, Plomben etc.) sollen gegenseitig geachtet werden, und zwar in dem Sinne, dass die von einer Zollbehörde des einen Gebietes angelegten Erkennungszeichen in dem anderen Gebiete zum Beweise der Identität ebenfalls dienen können, jedoch mit der Beschränkung, dass beiderseits den Zollbehörden das Recht zusteht, weitere Erkennungszeichen anzulegen.

E. In allen im Artikel 5 vorangeführten Fällen sind im deutschen Zoll-

Nr. 7632. Deutschland und Schweiz. 23. Mai 1881.

gebiet alle Hauptzollämter und Nebenzollämter erster Klasse, sowie andere besonders mit Ermächtigung hierzu versehene Zollstellen, in der Schweiz die Haupt- und Nebenzollstätten zuständig, die zollfreie Abfertigung, wenn die Voraussetzungen derselben zutreffen, von sich aus vorzunehmen. || Dagegen sind in den Fällen von Artikel 6 nur die von den Directivbehörden dazu bezeichneten Zollstellen zur Ertheilung der Abfertigung befugt.

F. Für die in dem Artikel 6 lit. a bis g vorgesehene zollfreie Wiedereinfuhr ist eine Frist von 6 Monaten zu gewähren. Durch besondere Genehmigung der Direktivbehörden kann dieselbe auf 12 Monate ausgedehnt werden. || Diese letztere Frist, vom Tage der Ausfuhr an berechnet, soll, wenn nicht besondere Bedenken entgegenstehen, auf Antrag der Betheiligten für die zollfreie Wiedereinfuhr denjenigen Waaren bewilligt werden, welche zur Zeit des Ablaufs des gegenwärtigen Vertrages zum Zwecke der Veredelung noch im Gebiete des anderen der vertragschliessenden Theile sich befinden.

VI. Zu den Artikeln 4, 5 und 6 des Vertrages.

Die Abfertigungen in allen hierunter begriffenen Fällen werden durchaus gebührenfrei erfolgen.

VII. Zu Artikel 7 des Vertrages.

1. Man ist darüber einverstanden, dass im wechselseitigen Verkehr Ursprungszeugnisse über die Waaren nicht gefordert werden sollen.

2. Güter, welche von einem Zollamte auf ein anderes Amt desselben Gebietes unter Zollkontrole abgefertigt werden, sollen, wenn auch bis zur Erreichung des endlichen Bestimmungsortes ein oder mehrere Male das Ausland berührt wird, einer weiteren Abfertigung an zwischenliegenden Aemtern desselben Gebietes nicht unterzogen werden. || Etwaige, dem Geleitpapier beizusetzende Bescheinigungen über erfolgten Aus- und Eintritt aus dem einen Gebiet in das andere sind jedoch nicht ausgeschlossen.

3. Die mit den gewöhnlichen kursmässigen Fahrten der allgemeinen Verkehrsanstalten, wie Eisenbahnen, Dampfschiffe, Posten u. s. w., anlangenden Waaren und Reise-Effekten sollen beiderseits jederzeit mit thunlichster Beschleunigung zollamtlich abgefertigt werden, und es soll für solche Abfertigungen, welche nicht in die gewöhnlichen Abfertigungsstunden fallen, keinenfalls irgend eine besondere Gebühr erhoben werden.

4. Die beiden vertragschliessenden Theile geben sich gegenseitig die Zusicherung, bezüglich der Errichtung von Grenzzollstellen und der Bestimmung der Abfertigungsbefugnisse derselben, die durch wirkliche Verkehrsbedürfnisse veranlassten Wünsche thunlichst zu berücksichtigen.

VIII. Zu Artikel 9 des Vertrages.

Schweizerischerseits wird dabei verstanden und erklärt, dass der im Artikel 1 des Vertrages aufgestellte Grundsatz der wechselseitigen Behandlung auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation auch hinsichtlich der im Ar-

tikel 9 bezeichneten Verbrauchssteuern Gültigkeit haben soll. || Ein Verzeichniss der Sätze, welche nach den Bestimmungen des Artikels 9 des Vertrages in den einzelnen schweizerischen Kantonen an inneren Verbrauchssteuern von Getränken zur Hebung gelangen, wird der Kaiserlichen Regierung schweizerischerseits ohne Verzug mitgetheilt werden. Nr. 7632. Deutschland und Schweiz. 23. Mai 1881.

IX. Zu Artikel 10 des Vertrages.

Diejenigen Gewerbetreibenden, welche in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theils Waarenankäufe machen oder Waarenbestellungen suchen wollen, sollen hierzu abgabenfrei auf Grund von Gewerbe-Legitimationskarten zugelassen werden, welche von den Behörden des Heimathslandes ausgefertigt sind. || Die mit einer Gewerbe-Legitimationskarte versehenen Gewerbetreibenden (Handlungsreisenden) dürfen wohl Waarenmuster, aber keine Waaren mit sich führen. || Die Ausfertigung dieser Karten soll nach dem unter C anliegenden Muster erfolgen. || Bis zum Schlusse des Jahres 1881 sollen Gewerbe-Legitimationskarten der bisher vereinbart gewesenen Form in Anwendung und Geltung bleiben; bis dahin sollen die Karten auch, wie bisher, den Reisenden die Befugniss gewähren, aufgekaufte Waaren nach dem Bestimmungsorte mitzunehmen. Vom 1. Januar 1882 ab kommt dagegen die Befugniss, aufgekaufte Waaren mit sich zu führen, in Wegfall. || Die vertragschliessenden Theile werden sich gegenseitig Mittheilung darüber machen, welche Behörden zur Ertheilung von Gewerbe-Legitimationskarten befugt sein sollen, und welche Vorschriften bei Ausübung des Gewerbebetriebes zu beachten sind. || Gegenwärtiges Protokollsoll ohne besondere Ratification, als durch den Austausch der Ratificationen des heutigen Vertrages, auf welchen es Bezug hat, von den vortragschliessenden Theilen genehmigt und bestätigt angesehen werden.

Geschehen wie oben.

Karl Heinrich von Boetticher. Roth.

Nr. 7633. DEUTSCHLAND und SCHWEIZ. — Protokoll, betreffend den gegenseitigen Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst.

Nachdem bei den Verhandlungen über den am heutigen Tage unterzeichneten Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz sich ergeben hatte, dass mit dem Ablaufe des unter dem 13. Mai 1869 abgeschlossenen Handels- und Zollvertrages die zur Zeit bestehenden Vereinbarungen wegen des gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst in Deutschland einerseits und in der Schweiz andererseits ihr Ende erreichen, auf Seiten beider vertragschliessenden Theile aber der Wunsch zu erkennen gegeben war, den wechselseitigen Schutz jener Rechte, vorbehaltlich einer den Bedürfnissen entsprechenden Revision der zur Zeit maassgebenden Nr. 7633. Deutschland und Schweiz. 23. Mai 1881.

Nr. 7633. Deutschland und Schweiz. 23. Mai 1881. Vereinbarungen, auch fernerhin zu gewährleisten, haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die nachfolgende Verabredung in das gegenwärtige Protokoll niedergelegt:

1. In Betreff des gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst sollen, soweit diese Erzeugnisse und Werke nicht als Erzeugnisse und Werke inländischer Urheber geschützt sind, für das Gebiet des deutschen Reiches und für das Gebiet der schweizerischen Eidgenossenschaft die Bestimmungen der unter dem 13. Mai 1869 zwischen dem norddeutschen Bunde und der Schweiz abgeschlossenen Uebereinkunft maassgebend sein. Jedoch treten an die Stelle der im Artikel 6 dieser Uebereinkunft vorgesehenen Anmeldung und Eintragung die Anmeldung bei dem Stadtrath zu Leipzig und die Eintragung in die bei diesem geführte Eintragsrolle; Anmeldung und Eintragung sind nach den für die Werke inländischer Urheber maassgebenden Bestimmungen zu bewirken.

2. Gegenwärtige Verabredung soll vom 1. Juli 1881 an in Kraft treten und bis zum 30. Juni 1886 in Kraft bleiben. Im Fall keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor diesem Tage seine Absicht, die Wirkungen der Verabredung aufhören zu lassen, kundgegeben hat, bleibt dieselbe in Geltung bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder andere der vertragschliessenden Theile sie kündigen wird. Jeder der vertragschliessenden Theile soll ausserdem berechtigt sein, dieselbe schon früher mit gleicher Wirkung zu kündigen, wenn eine in dem Gebiete des einen oder anderen Theiles eingetretene Aenderung der Gesetzgebung über die darin behandelten Gegenstände eine Revision wünschenswerth machen sollte.

Gegenwärtiges Protokoll soll zugleich mit dem Handelsvertrage den hohen vertragschliessenden Theilen vorgelegt werden; im Falle der Ratification des Vertrages soll auch die in diesem Protokoll enthaltene Verabredung ohne weitere Ratification als genehmigt angesehen werden.

Es wurde hierauf das Protokoll in doppelter Ausfertigung vollzogen.

Berlin, den 23. Mai 1881.

Karl Heinrich von Boetticher. Roth.

Nr. 7634. DEUTSCHLAND und CHINA. — Zusatz-Convention zu dem deutsch-chinesischen Freundschafts-, Schifffahrts- und Handelsvertrage vom 2. September 1861.

Nr. 7634. Deutschland und China. 31. März 1880. Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen u. s. w., im Namen des deutschen Reiches, und Seine Majestät der Kaiser von China, von dem Wunsche geleitet, die bessere Ausführung des am 2. September 1861 abgeschlossenen Freundschafts-, Schifffahrts- und Handelsvertrages zu sichern, haben in Ausführung der in dem 41. Artikel dieses Vertrages enthaltenen Bestimmung, nach welcher die hohen kontrahirenden deutschen Staaten das

Recht haben sollen, nach Ablauf von zehn Jahren eine Revision des Vertrages zu verlangen, beschlossen, eine Zusatz-Convention zu diesem Vertrage abzuschliessen. Nr. 7634. Deutschland und China. 31.März 1880.

Zu diesem Ende haben sie zu ihren Bevollmächtigten ernannt . . ., welche, nachdem sie ihre Vollmachten sich mitgetheilt und solche in guter und gehöriger Form befunden haben, über nachstehende Artikel übereingekommen sind.

Artikel 1.

Chinesisches Zugeständniss. — Nachdem die Häfen I-ch'ang in Hupei, Wuhu in Anhui, Wenchow in Chekiang und Pakhoi in Kwangtung und die Landungsplätze Tatung und Anking in Anhui, Hukou in Kiangsi, Wusüeh, Luchikou und Shashih in Hukuang bereits früher geöffnet worden sind, soll es fernerhin auch im Hafen Wusung in der Provinz Kiangsu deutschen Schiffen gestattet sein, zeitweilig anzuhalten, um Kaufmannsgüter einzunehmen oder abzuladen. Es sollen zu diesem Zweck die nöthigen Reglements von dem Tautai von Shanghai und sonstigen kompetenten Behörden ausgearbeitet werden.

Deutsches Zugeständniss. — Falls mit Zugeständnissen, welche die chinesische Regierung einer anderen Regierung macht, besondere vereinbarte Ausführungsbestimmungen verbunden sind, wird Deutschland, indem es für sich und seine Staatsangehörigen diese Zugeständnisse in Anspruch nimmt, auch den mit denselben verbundenen Ausführungsbestimmungen seine Zustimmung geben. || Artikel 40 des Vertrages vom 2. September 1861 wird durch diese Bestimmung nicht berührt und hiermit ausdrücklich bestätigt. Nehmen auf Grund desselben Reichsangehörige Privilegien, Freiheiten oder Vortheile in Anspruch, welche von der chinesischen Regierung einer anderen Regierung oder den Unterthanen irgend einer anderen Nation noch gewährt werden mögen, so werden dieselben sich auch den vereinbarten Ausführungsbestimmungen unterwerfen.

Artikel 2.

Chinesisches Zugeständniss. — Deutsche Schiffe, welche in China bereits die Tonnengelder bezahlt haben, sollen alle übrigen geöffneten Häfen China's sowie auch alle nicht chinesischen Häfen ohne Ausnahme, besuchen dürfen ohne innerhalb der viermonatlichen Frist von neuem Tonnengelder bezahlen zu müssen. || Deutsche Segelschiffe, welche länger als vierzehn Tage in einem chinesischen Hafen liegen, sollen für die über diesen Termin hinausgehende Zeit nur die Hälfte der vertragsmässigen Tonnengelder entrichten*).

Deutsches Zugeständniss. — An allen denjenigen Orten in Deutschland, an welchen Konsuln anderer Mächte zugelassen sind, soll auch die chine-

*) Durch Notenwechsel vom 31. März 1880 wurde festgestellt, dass diese Bestimmung nur versuchsweise eingeführt und, falls sich Schwierigkeiten bei Ausführung derselben herausstellen würden, abgeändert werden sollte. A. d. Red.

Nr. 7634. Deutschland und China. 31. März 1880.

sische Regierung das Recht haben, Konsuln zu ernennen, welche dieselben Rechte und Vortheile geniessen sollen, wie die Konsuln der meistbegünstigten Nation.

Artikel 3.

Chinesisches Zugeständniss. — In allen geöffneten Häfen Chinas, wo der fremde Handelsstand es für wünschenswerth hält und die lokalen Verhältnisse es thunlich erscheinen lassen, sollen der Chinesische Zolldirektor und die übrigen in Betracht kommenden Behörden, unter gleichzeitiger Ausarbeitung der erforderlichen Regulationen, die Errichtung von Entrepots selber in Angriff nehmen.

Deutsches Zugeständniss. — Deutsche Schiffe, welche die geöffneten Häfen China's besuchen, müssen ein Manifest einreichen, welches genaue Angaben über Qualität und Quantität der Waaren enthält. Irrthümer, welche sich darin eingeschlichen haben, dürfen im Lauf von vierundzwanzig Stunden (Sonn- und Festtage nicht miteingerechnet) verbessert werden. Falsche Angaben über die Quantität oder Qualität der verladenen Waaren werden durch Konfiscation der betreffenden Waaren und ausserdem durch eine dem Kapitän aufzuerlegende Geldbusse bestraft, welche letztere jedoch den Betrag von fünfhundert Taels nicht übersteigen darf.

Artikel 4.

Chinesisches Zugeständniss. — Für Kohlen chinesischer Herkunft, welche von deutschen Kaufleuten aus geöffneten Häfen exportirt werden, wird hiermit der Ausfuhrzoll auf drei (3) Mace für die Tonne herabgesetzt; für die von denjenigen Häfen ausgeführten Kohlen, für welche bereits früher ein niedrigerer Zoll festgesetzt worden ist, bleibt jedoch dieser niedrigere Satz bestehen.

Deutsches Zugeständniss. — Wenn Jemand, ohne im Besitz der vorschriftsmässigen Bescheinigung zu sein, für irgend eine Art von Schiffen das Lootsengewerbe betreibt, so soll er in eine Geldstrafe genommen werden, welche für jeden einzelnen Fall einhundert Taels nicht übersteigen darf. Auch sollen mit möglichster Beschleunigung Regulationen behufs Ausübung einer gehörigen Kontrole über Matrosen vereinbart werden.

Artikel 5.

Chinesisches Zugeständniss. — Deutsche Schiffe, welche in Folge von im Hafen oder ausserhalb desselben erlittenen Beschädigungen reparaturbedürftig geworden sind, sollen für die, von dem Zollamt festzustellende, durch die Reparatur in Anspruch genommene Zeit keine Tonnengelder zu bezahlen haben.

Deutsches Zugeständniss. — Chinesen gehörige Schiffe dürfen sich nicht der deutschen Flagge bedienen. Ebensowenig dürfen deutsche Schiffe sich der Chinesischen Flagge bedienen.

Artikel 6.

Chinesisches Zugeständniss. — Falls seeuntüchtig gewordene deutsche Schiffe in einem geöffneten Hafen China's abgebrochen werden, so kann das

Material derselben verkauft werden, ohne dass davon Eingangszoll erhoben wird. || Jedoch ist, sobald die Materialien an Land gebracht werden sollen, für dieselben in gleicher Weise, wie dies für Waaren geschieht, auf dem Zollamt ein „Erlaubnissschein zum Abladen" vorher zu entnehmen. Nr. 7634. Deutschland und China. 1. März 1880.

Deutsches Zugeständniss. — Wenn sich deutsche Staatsangehörige, ohne im Besitz eines vom Konsul ausgestellten und von der zuständigen chinesischen Behörde abgestempelten Passes zu sein, zu Vergnügungsreisen in das Innere begeben, so steht den betreffenden Lokalbehörden das Recht zu, sie nach dem nächsten deutschen Konsulate behufs Ausübung der erforderlichen Aufsicht über dieselben zurückführen zu lassen. Die Uebertreter sollen ausserdem einer Geldstrafe bis zur Höhe von dreihundert Taels unterliegen.

Artikel 7.

Chinesisches Zugeständniss. — Materialien für deutsche Docks sind zollfrei. Eine Liste derjenigen Gegenstände, welche auf Grund dieser Bestimmung zollfrei eingeführt werden können, ist von dem General-Zollinspector auszuarbeiten und zu veröffentlichen.

Deutsches Zugeständniss. — Für deutsche Staatsangehörige ausgestellte Inlandspässe für Waaren fremder Herkunft sowie auch für deutsche Staatsangehörige ausgestellte Reisepässe sollen nur für die Dauer von dreizehn chinesischen Monaten, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, Gültigkeit haben.

Artikel 8.

Die Erledigung der die Ausübung der Gerichtsbarkeit in gemischten Fällen, die Besteuerung fremder Waaren im Inlande, die Besteuerung chinesischer Waaren im Besitz fremder Kaufleute im Inlande und die Beziehungen zwischen fremden und Chinesischen Beamten betreffenden Fragen bleibt besonderen Verhandlungen vorbehalten, in welche einzutreten die beiderseitigen Regierungen sich hierdurch bereit erklären.

Artikel 9.

Alle Bestimmungen des früheren Vertrages vom 2. September 1861, welche durch dieses Abkommen nicht abgeändert worden sind, werden, wie beide Theile ausdrücklich erklären, hiermit von neuem bestätigt. Bei solchen Artikeln dagegen, welche durch das gegenwärtige Abkommen berührt werden, soll die abgeänderte Fassung als maassgebend angesehen werden.

Artikel 10.

Die gegenwärtige Zusatz-Convention soll beiderseits Allerhöchst ratificirt und die Ratifications-Urkunden innerhalb eines Jahres nach dem Tage der Unterzeichnung in Peking ausgetauscht werden.*) || Die Bestimmungen dieses Uebereinkommens treten mit dem Tage des Austausches der Ratifikationen in Wirksamkeit. || Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden hohen kontrahirenden Theile obiges Uebereinkommen in je vier Exemplaren

*) Die Frist der Ratification wurde durch Protokoll vom 21. August 1880 bis zum 1. December 1881 verlängert. A. d. Red.

Nr. 7634. Deutschland und China. 31. März 1880. des deutschen und chinesischen Textes, welche mit einander verglichen und übereinstimmend gefunden worden sind, eigenhändig unterzeichnet und demselben ihre Siegel beigedruckt. || So geschehen zu Peking, den einunddreissigsten März im Jahre unseres Herrn Eintausend Acht Hundert und Achtzig, entsprechend dem einundzwanzigsten Tage des zweiten Monats des sechsten Jahres Kuangsü.

M. von Brandt. Shên-kué-fên. Ching-Lien.

Spezial-Bestimmungen zu der Zusatz-Convention.

Im Interesse grösserer Deutlichkeit und Vollständigkeit ist es angemessen erschienen, die Zusatz-Convention durch eine Anzahl von Spezial-Bestimmungen zu ergänzen.

Die nachstehenden Bestimmungen müssen von den Unterthanen der beiden contrahirenden Theile in derselben Weise wie die Bestimmungen des Vertrages selber befolgt werden. Zum Beweise dessen haben die Bevollmächtigten beider Staaten ihre Siegel und Unterschriften darunter gesetzt.

§ 1. Zufolge der für den Hafen von Wusung in der Provinz Kiangsu neu gewährten Freiheiten soll es deutschen Schiffen daselbst freistehen, Kaufmannsgüter, welche entweder für Shanghai bestimmt sind oder von Shanghai kommen, einzunehmen und abzuladen. Dem Handels-Tautai in Shanghai und den sonstigen competenten Behörden daselbst soll das Recht zustehen, zu diesem Zweck Regulationen behufs Verhinderung von Steuer-Defraudationen und Ungehörigkeiten jeder Art zu entwerfen, welche für den Handelsstand beider Länder bindend sein sollen. Es steht deutschen Kaufleuten nicht frei, an dem genannten Orte Landungsstellen für Schiffe, Kaufmannshäuser oder Waarenlager zu errichten.

§ 2. Ein Versuch, ob Entrepots in den geöffneten chinesischen Häfen errichtet werden können, soll zunächst in Shanghai gemacht werden. Zu diesem Zweck soll der Zolldirector an genanntem Orte alsbald mit dem General-Zollinspector den Ortsverhältnissen angemessene Regulationen ausarbeiten, und soll dann die Errichtung dieses Entrepots von dem genannten Zolldirector und Collegen in Angriff genommen werden.

§ 3. Wenn irgend welche an Bord eines deutschen Schiffes befindliche Waaren, für deren Löschung eine schriftliche Erlaubniss des Zollamtes erforderlich ist, auf dem Manifeste nicht angegeben sind, so soll hierdurch das Versehen eines falschen Manifestes als constatirt gelten, gleichviel ob eine die Unterschrift des Capitäns tragende Bescheinigung über Anbordnahme dieser Waaren vorhanden ist oder nicht.

§ 4. Wenn ein deutsches Schiff in Folge von Beschädigungen, welche es in einem der geöffneten chinesischen Häfen oder ausserhalb desselben erlitten hat, reparaturbedürftig geworden ist, so soll die durch die Reparatur in An-

spruch genommene Zeit bei der Frist, nach deren Ablauf Tonnengelder zu bezahlen sind, in Anrechnung gebracht werden. Den chinesischen Behörden steht das Recht zu, in dieser Beziehung die erforderlichen Feststellungen vorzunehmen. Zeigt es sich jedoch hierbei, dass es sich nur um einen Vorwand und um die Absicht handelte, gesetzmässige Zahlungen an die Zollkasse zu umgehen, so soll das betreffende Schiff in eine dem doppelten Betrage der Tonnengelder, deren Entrichtung es zu umgehen gesucht hat, entsprechende Geldstrafe genommen werden.

Nr. 7634. Deutschland und China. 31. März 1880.

§ 5. Schiffe aller Art, welche chinesischen Unterthanen gehören, dürfen sich nicht der deutschen Flagge bedienen. Liegen bestimmte Verdachtsgründe vor, dass dies dennoch geschehen ist, so wird die betreffende chinesische Behörde an den deutschen Consul eine amtliche Mittheilung darüber richten, und stellt sich bei der in Folge dessen eingeleiteten Untersuchung heraus, dass das Schiff in der That nicht zur Führung der deutschen Flagge berechtigt gewesen ist, so sollen das Schiff sowie auch die darauf vorgefundenen Waaren, soweit dieselben chinesischen Kaufleuten gehören, sofort den chinesischen Behörden zur weiteren Veranlassung ausgeliefert werden. Zeigt es sich, dass deutsche Staatsangehörige von dem Sachverhalt Kenntniss und an der Ausübung dieser Ungehörigkeit Theil gehabt haben, so verfallen die auf dem Schiffe vorgefundenen, ihnen gehörigen Waaren sämmtlich der Confiscation, sie selber aber der gesetzmässigen Strafe. || Falls ein deutsches Schiff unberechtigter Weise die chinesische Flagge führt, so soll, falls die von den chinesischen Behörden geführte Untersuchung feststellt, dass das Schiff in der That nicht zur Führung der chinesischen Flagge berechtigt gewesen ist, das Schiff sowie die darauf vorgefundenen Waaren, soweit dieselben deutschen Kaufleuten gehören, sofort dem deutschen Consul zur weiteren Veranlassung und Bestrafung der Schuldigen ausgeliefert werden. Zeigt es sich, dass deutsche Waaren-Eigenthümer von dem Sachverhalt Kenntniss und an der Ausführung dieser Ungehörigkeit Theil gehabt haben, so verfallen die auf dem Schiffe vorgefundenen, ihnen gehörigen Waaren sämmtlich der Confiscation seitens der chinesischen Behörden. Die Chinesen gehörigen Waaren können von den chinesischen Behörden sofort mit Beschlag belegt werden.

§ 6. Wenn bei dem Verkauf des abgebrochenen Materials eines seeuntüchtig gewordenen deutschen Schiffes in einem der geöffneten chinesischen Häfen der Versuch gemacht wird, zu der Ladung desselben gehörige Waaren mit unterzuschieben, so sollen diese Waaren der Confiscation unterliegen und ausserdem eine dem doppelten Betrage des Eingangszolles, welcher sonst zu entrichten gewesen sein würde, entsprechende Strafe erhoben werden.

§ 7. Wenn deutsche Staatsangehörige mit fremden Waaren ins Inland gehen oder Reisen in das Innere des Landes unternehmen, so sollen die ihnen ausgestellten Pässe oder Bescheinigungen nur eine Gültigkeit von dreizehn chinesischen Monaten, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, haben und nach Ablauf dieser Frist nicht mehr benutzt werden dürfen. Die abgelaufenen Pässe

Nr. 7634. Deutschland und China. 31. März 1880.

und Bescheinigungen müssen behufs Cassirung an diejenige Zollbehörde, in deren Amtsbezirk sie ausgestellt worden sind, zurückgegeben werden.

Bemerkung: Wird eine Vergnügungsreise in so weite Gegenden unternommen, dass eine einjährige Frist nicht ausreichend erscheint, so muss dies zu der Zeit, wo der Pass ausgestellt wird, auf Grund einer Verständigung zwischen dem Consul und der chinesischen Behörde, auf demselben bemerkt werden.

Unterbleibt die Rückgabe, so soll dem Betreffenden, bis dieselbe erfolgt ist, kein Pass wieder ausgestellt werden. Geht der Pass verloren, so muss der Betreffende, gleichviel ob dies innerhalb der Frist oder nach Ablauf derselben geschehen, alsbald bei der nächsten chinesischen Behörde eine wahrheitsgemässe Aussage darüber zu Protokoll geben. Der betreffende chinesische Beamte wird dann das Weitere, die Ausserkraftsetzung des Passes betreffend, veranlassen. Stellt sich die zu Protokoll gegebene Aussage als unwahr heraus, so werden, falls es sich um den Transport von Waaren handelt, die Waaren confiscirt; falls es sich dagegen um eine Reise handelt, so wird der Reisende zu dem nächsten Consul geführt und diesem behufs Bestrafung übergeben werden.

§ 8. Materialien für deutsche Docks geniessen nur, insofern sie wirklich für die Reparatur von Schiffen zur Verwendung kommen, die Vergünstigung der zollfreien Einführung in geöffnete Häfen. Der Zollbehörde steht das Recht zu, sich durch zu diesem Zweck in das Dock entsandte Beamte von der Art und Weise der Verwendung dieser Materialien durch den Augenschein zu überzeugen. Handelt es sich um den Neubau eines Schiffes, so wird für die darauf verwandten Materialien, insofern dieselben in dem Import- oder Export-Tarif namentlich aufgeführt sind, der tarifmässige Zoll, für die im Tarif nicht aufgeführten Gegenstände aber ein Zoll von 5 Procent ad valorem berechnet und der betreffende Kaufmann angehalten werden, diesen Zoll nachträglich an das Zollamt zu entrichten. Wer ein Dock anlegen will, hat bei dem Zollamt einen kostenfreien Concessionsschein zu entnehmen und eine schriftliche Verpflichtung zu unterzeichnen, deren Inhalt und Wortlaut von dem betreffenden Zollamte in geeigneter Form festzustellen ist.

§ 9. Auf die durch die gegenwärtige Zusatz-Convention festgesetzten Geldstrafen soll der Artikel 29 des Vertrages vom 2. September 1861 Anwendung finden.

So geschehen zu Peking den einunddreissigsten März im Jahre unseres Herrn Eintausend Acht Hundert und Achtzig, entsprechend dem einundzwanzigsten Tage des zweiten Monats des sechsten Jahres Kuangsü.

M. von Brandt. Shên-kué-fên. Ching-Lien.

Thronreden, Adressen etc.

Nr. 7635. DEUTSCHLAND. — Erklärung der Secessionisten über ihren Austritt aus der nationalliberalen Partei.

„Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre haben in steigendem Maasse uns die Ueberzeugung aufgedrängt, dass die nationalliberale Partei gegenüber den wesentlich veränderten Verhältnissen nicht mehr von der Einheit politischer Denkart getragen wird, auf der allein ihre Berechtigung und ihr Einfluss beruhten". || In dieser Ueberzeugung erklären die Unterzeichneten hiermit ihren Austritt aus der nationalliberalen Partei. || Eine in sicheren Bahnen ruhig fortschreitende Entwickelung unserer in Kaiser und Reichsverfassung ruhenden Einheit wird nur aus der Wirklichkeit eines wahrhaft konstitutionellen Systems hervorgehen, wie es die deutsche liberale Partei seit ihrer Existenz unverrückt erstrebt hat. Das einige Zusammengehen der liberalen Partei in den wesentlichen Fragen, das Aufhören verwirrender und aufreibender Kämpfe verschiedener liberaler Fraktionen erscheint uns aber als die unerlässliche Voraussetzung für das erstrebte Ziel. || Fester Widerstand gegen die rückschrittliche Bewegung, Festhalten unserer nicht leicht errungenen politischen Freiheiten ist die gemeinschaftliche Aufgabe der gesammten liberalen Partei. || Mit der politischen Freiheit ist die wirthschaftliche eng verbunden; nur auf der gesicherten Grundlage wirthschaftlicher Freiheit ist die materielle Wohlfahrt der Nation dauernd verbürgt. Nur unter Wahrung der konstitutionellen Rechte, unter Abweisung aller unnöthigen Belastungen des Volks und solcher indirekten Abgaben und Zölle, welche die Steuerlast vorwiegend zum Nachtheil der ärmeren Klassen verschieben, darf die Reform der Reichssteuern erfolgen. || Mehr als für jedes andere Land ist für Deutschland die kirchliche und religiöse Freiheit die Grundbedingung des inneren Friedens. Dieselbe muss aber durch eine selbstständige Staatsgesetzgebung verbürgt und geordnet sein. Ihre Durchführung darf nicht von politischen Nebenzwecken abhängig gemacht werden. Die unveräusserlichen Staatsrechte müssen gewahrt und die Schule darf nicht der kirchlichen Autorität untergeordnet werden. || Wir sind bereit, einer Einigung auf dieser Grundlage zuzustimmen. Für uns aber als Mitglieder der liberalen Partei werden unter allen Umständen diese Anschauungen die leitenden sein.

Nr. 7635. Deutschland. 30. Aug. 1880.

Nr. 7636. DEUTSCHLAND. — Erklärung der nationalliberalen Partei, beschlossen auf dem Parteitage derselben zu Berlin am 29. Mai 1881.

Nr. 7636. Deutschland. 29. Mai 1881.

Die am 29. Mai in Berlin versammelten, der nationalliberalen Partei angehörenden Mitglieder des Reichstages und der Volksvertretungen deutscher Einzelstaaten haben beschlossen, die nachstehende Erklärung der Oeffentlichkeit zu übergeben. || Die nationalliberale Partei steht in unverbrüchlicher Treue zu Kaiser und Reich. Bei voller Wahrung der verfassungsmässigen Rechte der Einzelstaaten wird sie nach wie vor der weiteren Entwickelung der Reichs-Institutionen in nationalem und freiheitlichem Sinne ihre Dienste widmen. Was für diese Entwickelung unter entscheidender Mitwirkung der Partei geschehen ist, bezeugt die Geschichte und die Gesetzgebung des Reiches in den ersten zehn Jahren seines Bestehens. Die nationalliberale Partei hält es für ihre nächste und wichtigste Aufgabe, das auf diesem Wege Geschaffene in seinen wesentlichen Grundlagen ungeschmälert zu erhalten, ohne der bessernden Abhülfe sich zu versagen, wo einzelne Mängel in der Erfahrung hervorgetreten sind. || Ihr Vertrauen zu der das Ansehen Deutschlands und den Frieden Europas sichernden Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten besteht unerschüttert fort. || Ueber die veränderte Richtung, welche die innere Politik der Reichsregierung zur Zeit verfolgt, giebt sich die Partei eben so wenig einer Täuschung hin, wie über die Veränderung, welche ihre eigene Stellung zur Reichsregierung dadurch erfahren hat. Aber die Zurückhaltung, welche hierdurch der nationalliberalen Partei auferlegt ist, wird sie nicht abhalten, alle Vorlagen der Regierung auch auf dem Gebiete der inneren Gesetzgebung unbefangen und sachlich zu prüfen und dem als nützlich Erkannten ihre Unterstützung zu leihen. Dies gilt namentlich auch von den Vorschlägen, welche für die arbeitenden Klassen die Förderung der Wohlfahrt und den Schutz gegen die Folgen von Unglücksfällen im Auge haben. Getreu der natürlichen und übernommenen Verpflichtung, werden wir der sozialistischen Bewegung nicht lediglich durch die Niederhaltung drohender gewaltsamer Ausbrüche, sondern vor allem auch durch positive Maassregeln für das Wohl der arbeitenden Klassen entgegenzutreten bemüht sein. || Alle Bestrebungen, gleichviel von welcher Seite sie kommen, welche auf die Schmälerung der verfassungsmässigen Rechte der Volksvertretung und auf die Rückkehr zu abgestorbenen Formen unseres wirthschaftlichen Lebens gerichtet sind, wird die Partei mit Entschiedenheit bekämpfen. || Sie ist jederzeit bereit, dazu beizutragen, dass ein friedliches Verhältniss zwischen Staat und Kirche wiederhergestellt und aufrechterhalten wird. Sie weiss auch sehr wohl die grosse Bedeutung des kirchlichen Lebens für unser Volk zu würdigen. Aber den nothwendigen und unveräusserlichen Rechten des Staates gegenüber der Kirche wird sie keinen Abbruch geschehen lassen, namentlich auch nicht auf den Gebieten der Schule und der Ehegesetzgebung, wo Uebergriffe kirchlicher Reaktion gerade in Deutsch-

land stets am peinlichsten empfunden sind und am unheilvollsten gewirkt haben. || Entschlossen, die bestehende gewerbliche Gesetzgebung und die auf ihr beruhende wirthschaftliche Freiheit gegen reaktionäre Angriffe zu vertheidigen, halten wir an der Ueberzeugung fest, dass entgegenstehende Meinungen über Schutzzoll und Freihandel nicht zur Grundlage politischer Parteibildung dienen dürfen. Die Verschiedenheit der landschaftlichen Interessen, je nach dem Vorwiegen von Handel und Schifffahrt, von Ackerbau oder von Industrie, erfordert dringend, dass innerhalb unserer Partei abweichenden Anschauungen über Zollfragen Raum gelassen wird. Ein Aufgeben dieser Freiheit würde eine über ganz Deutschland sich erstreckende nationalliberale Partei unmöglich machen. Kaum vollständig zurückgedrängte politische Gegensätze von Norden und Süden, von Osten und Westen müssten in unserem noch so jungen deutschen Reiche auf das gefährlichste immer von neuem hervorbrechen, wenn grosse wirthschaftliche Interessen zugleich als politische Parteien sich bekämpften. || Die Steigerung der eigenen Einnahmen des Reiches und die ausreichende Befriedigung seiner finanziellen Bedürfnisse gehört zu dem alten Programm der Partei. Sie ist einer entsprechenden Vermehrung der indirekten Reichssteuern zu diesem Zwecke nicht entgegengetreten. Gegen das Projekt des Tabaksmonopols hat sie aus wirthschaftlichen wie politischen Gründen entschieden Widerspruch erhoben. Vor dem Eingehen auf weitere umfassende Pläne, welche die Steuerkraft des Landes in höherem Maasse in Anspruch nehmen, muss zunächst das volle und nachhaltige Ergebniss der vom Reichstage im Jahre 1879 bewilligten Zölle und Verbrauchssteuern abgewartet werden. In Preussen wird die Partei bei einer Reform der direkten Steuern mitwirken, welche die Entlastung der weniger bemittelten Klassen von einem Theile der ihnen auferlegten direkten Steuern herbeizuführen bestimmt ist. Einer Zerstörung des direkten Steuersystems oder einer wesentlichen Schmälerung seiner Erträge zu Gunsten ungemessener Vermehrung indirekter Steuern werden wir uns widersetzen. Für die Ueberweisung eines Theils der Grund- und Gebäudesteuer in Preussen an Kommunen und Kommunalverbände — eine alte Forderung der liberalen Partei — werden hoffentlich die im Jahre 1879 bewilligten Reichssteuern in ihren nachhaltigen Erträgen unter normalen wirthschaftlichen Verhältnissen einer umsichtigen Finanzverwaltung die Mittel bieten. || Gegen eine übermässige Centralisation der Staatsgewalt werden wir die Selbständigkeit und die Selbstverwaltung der Gemeinden vertheidigen und weiter entwickeln. || Nach schmerzlichen Erfahrungen und Prüfungen der Vergangenheit ist die nationalliberale Partei aus der Ueberzeugung unseres Volkes hervorgegangen, dass eine über ganz Deutschland ausgebreitete, unabhängige, reactionären wie radicalen Tendenzen gleichmässig sich fernhaltende, durch die Unterordnung individueller Ansichten unter die grossen gemeinsamen Ziele starke liberale Partei eine Nothwendigkeit ist. Ohne eine solche Partei würde ein fortdauernder, die Grundfesten des Staates erschütternder Kampf zwischen extremen Richtungen, an dem andere Völker kranken und nicht zur Ruhe

Nr. 7636. Deutschland. 29. Mai 1881. kommen können, unserem Vaterlande nicht erspart bleiben. || An dieser Ueberzeugung hält die nationalliberale Partei auch in der heutigen Zeit unerschütterlich fest, wo wirthschaftliche Sorge wie politische Enttäuschung und Verbitterung das ruhige Urtheil zu verwirren und die Bevölkerung in grosser Zahl dem politischen Leben zu entfremden oder extremen Richtungen nach rechts oder links zuzutreiben drohen. || Für Deutschland ist nach wie vor eine Partei nochwendig, welche die weitere Entwickelung unseres Vaterlandes auf den mühsam erkämpften Grundlagen in entschieden freiheitlichem, aber zugleich maassvollem und die realen Verhältnisse beachtendem Sinne erstrebt. || Wir halten fest an der Zuversicht, dass diese Auffassung bei unserem Volke in Stadt und Land noch in weitestem Umfange volle Zustimmung findet. || Unabhängig, in sich geeinigt, frei von Ermüdung wie von Verbitterung, zu ernster Arbeit entschlossen, wird die nationalliberale Partei auch unter gesteigerten Schwierigkeiten ferner ihre politische Pflicht erfüllen. Parteien, welche gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, werden uns zur Verständigung und zu gemeinsamem Wirken immer bereit finden.

Nr. 7637. DEUTSCHLAND. — Wahlaufruf der Centrumspartei.

Nr. 7637. Deutschland. 9. Sept. 1881. Die Neuwahlen zum deutschen Reichstage stehen bevor. || In unserem Wahlaufruf vom Juni 1878 haben wir auf die auflösenden Bestrebungen des modernen Liberalismus, auf den Abgrund religiösen und sittlichen Verfalles hingewiesen, aus welchem die furchtbaren Verbrechen aufsteigen, welche die gesellschaftliche und staatliche Ordnung bedrohen. || Dieser Mahnruf: die rechten Mittel zur Heilung der Schäden, welche das Leben des deutschen Volkes vergiften, anzuwenden, hat eine genügende Beachtung nicht gefunden; die beklagenswerthen Zustände sind wesentlich dieselben geblieben. || Um so ernster und dringender müssen wir heute an erster Stelle wiederholen, was wir im Juni 1878 gesagt: „Eine Besserung und Heilung kann vor Allem nur dadurch erzielt werden, dass dem Volke die Religion erhalten, dass christliche gläubige Gesinnung geweckt, gefördert, in Unterricht, Erziehung, Bildung und Wissenschaft, wie in der Gesetzgebung und im öffentlichen Leben die Richtschnur wird. Daher verlangen wir mit aller Entschiedenheit freie Bewegung für die Kirche und Beseitigung derjenigen Reichsgesetze, welche Selbstständigkeit und Rechte der Kirche beeinträchtigen, die segensreiche Wirksamkeit ihrer Genossenschaften und das in der Verfassung garantirte Heimathsrecht der Reichsbürger verletzen.“ || Für die Sicherung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung ist die Achtung und Handhabung der verfassungsmässigen Rechte und Freiheiten unerlässlich. Dem entsprechend haben wir unsere Forderung auf die Bewahrung des verfassungsmässigen Grundcharakters des deutschen Reiches als eines Bundesstaates in der abgelaufenen Legislaturperiode, wo immer nöthig und möglich, zur Geltung gebracht und werden auch ferner

treu festhalten an diesem, dem Rechte, dem Charakter und dem Wohle des deutschen Volkes gleich sehr entsprechenden Grundsatz. || Auf Anregung und unter Mitwirkung der Centrumsfraction hat die Umkehr zu einer den Interessen der vaterländischen Production entsprechenden Wirthschaftspolitik, haben die Reformen zu Gunsten des Handwerker- und Arbeiterstandes begonnen. Bei voller Bereitwilligkeit, dieselben auch ferner zu unterstützen, werden wir uns zugleich der Gefahren bewusst bleiben, welche ein Uebergreifen der Staatsgewalt über ihre berechtigte Machtsphäre hinaus auf allen Gebieten nach sich zieht. || Der nicht minder wichtige Zweck der Steuerreform, die Erleichterung der direkten Steuern, die Entlastung der Einzelstaaten und Communen, kann nur erreicht werden durch eine von uns stets vertretene und hier ausdrücklich aufs neue geforderte Finanzwirthschaft, welche vor allem eine Beschränkung der gegen unsere Stimmen so sehr vermehrten Ausgaben, und zwar an erster Stelle beim Heerwesen, ins Auge fasst. || Wir halten fest an unserem früheren Ausspruch, dass wir nicht die Vermehrung der Steuern und Lasten, vielmehr nach Möglichkeit deren Verminderung und gerechte Vertheilung wollen. Wir werden gleicher Weise fort und fort dafür eintreten, die Hebung des allgemeinen Wohlstandes in Landwirthschaft und Gewerbe durch weise Fürsorge für deren Interessen zu fördern und den berechtigten Ansprüchen des Arbeiterstandes gerecht zu werden. || Mit diesen unabänderlichen, weil wahren Grundsätzen, deren Vertretung wir in treuer Ausdauer unsere Kräfte gewidmet haben, treten wir abermals vor unsere Wähler. || Wir werden, so viel auch angefeindet und verleumdet, ungebrochenen Muthes für dieselben weiter kämpfen, wenn unsere Wähler, wie bisher, mit uns an denselben festhalten und dieses durch ihre Wahl bethätigen. || Wir fordern Sie dazu auf, in der Zuversicht, dass Keiner zurückbleibt, wo es gilt, in unerschütterlicher Eintracht und damit Stärke mit uns festzuhalten die alte, ruhmreiche Fahne: Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht. — Im Juni 1881. Nr. 7637. Deutschland. 9. Sept. 1881.

Der Vorstand der Centrumsfraction des deutschen Reichstages während der vierten Legislaturperiode.

Karl, Freiherr v. Aretin. Graf Ballestrem. Graf v. Bernstorff. Dr. Graf Bissingen-Nippenburg. Freiherr zu Franckenstein. Freytag. Lender. Dr. Reichensperger (Olpe). Freiherr v. Schorlemer-Alst. Dr. Windthorst.

Nr. 7638. DEUTSCHLAND. — Wahlaufruf der deutschen Reichs- und freiconservativen Partei.

Die deutsche Reichspartei bedarf bei Eintritt in die neue Legislaturperiode keines neuen Programms. Mit vollem Bewusstsein kann sie darauf hinweisen, dass sie die Gedanken und Ziele, welche ihrer Bildung und ihrer parlamentarischen Thätigkeit seit Begründung des norddeutschen Bundes und Nr. 7638. Deutschland. 12. Sept. 1881.

Nr. 7638. Deutschland. 12. Sept. 1881. des deutschen Reiches zu Grunde gelegen haben, hochgehalten und grösstentheils mit Erfolg auszuführen vermocht hat. | Feststehend zu Kaiser und Reich, wird die Partei wie früher auch in Zukunft eintreten für die grosse nationale Politik des Reichskanzlers, welche das deutsche Reich in seiner glorreichen Machtstellung zu einem festen Horte des Friedens von Europa zu machen gewusst hat. | Wie wir aber in der Erhaltung und Kräftigung der Wehrkraft den sichersten Schutz für die freie und friedliche Entwickelung des deutschen Volkes erkennen, werden wir fortfahren, unter möglichster Schonung der finanziellen Kräfte des Landes, die Sicherheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes durch die Stärke des deutschen Heeres zu wahren. || Zu der Begründung eines ausgiebigen indirecten Steuersystems ist in der letzten Legislaturperiode ein glücklicher Anfang gemacht worden; unserer früheren Politik folgend, werden wir bestrebt sein, dieses grosse Reformwerk zum Abschlusse zu bringen, um dem Reiche seine finanzielle Unabhängigkeit zu sichern und die erst in unvollkommenem Maasse ermöglichte Entlastung der Einzelstaaten und Communen von drückenden directen Steuern in grösserem Maassstabe herbeizuführen. Wir nehmen den regsten Antheil an der Abänderung unserer Zollgesetzgebung, welche der leitende Staatsmann herbeigeführt hat, und dürfen mit Genugthuung darauf hinweisen, dass wir gegen den Strom schon ankämpften, als die Theorie des *laisser faire et aller* noch ihre üppigsten Blüthen trieb. Die unzweifelhaften Erfolge für die Gesundung des wirthschaftlichen Lebens der Nation, welche die neue Zollgesetzgebung bereits zeigt, werden uns im Beharren auf dem eingeschlagenen Wege stärken. || Der Reichsregierung haben wir unsere Unterstützung geliehen in der Bekämpfung der umstürzenden Bestrebungen der Socialdemokratie durch strenge Ausnahmegesetze; — andererseits haben wir aber mit voller Sympathie die Versuche begrüsst, durch gesetzliche Reformen in erhöhtem Maasse für das Wohl der arbeitenden Classe Fürsorge zu tragen. Wir verkennen nicht, dass die Rücksicht auf das Gedeihen der Gewerbethätigkeit und auf die übrigen grossen Aufgaben des Staates einer solchen socialen Gesetzgebung Schwierigkeiten bereitet, wir unterschätzen nicht die Gefahren einer verfehlten Gestaltung derselben; gleichwohl müssen wir es als unsere Pflicht erkennen, zu einer positiven Lösung dieser hochwichtigen Fragen nach Kräften mitzuwirken. || Die lebhafte Bewegung, welche unter den Gewerbetreibenden zu Gunsten einer Neubelebung des Innungswesens und der Bildung corporativer gewerblicher Verbände sich geltend macht, legt uns die Aufgabe nahe, zu weiteren Revisionen der bestehenden Gewerbeordnung, soweit solche mit dem Grundsatze der Gewerbefreiheit irgend vereinbar erscheinen, die Hand zu bieten. || Das Zunehmen des Vagabondenunwesens ist zu einer ernsten Calamität geworden, welche es als ein Bedürfniss erscheinen lässt, unsere Heimaths- (Unterstützungswohnsitz-) Gesetzgebung einer Revision zu unterwerfen. Wir sind überzeugt, dass eine solche sich auf dem Boden der vollen Freizügigkeit erhalten und gleichwohl den schwersten Uebelständen Abhülfe gewähren kann. || Weiter behalten wir uns

vor, auf eine Reform unserer Actiengesetzgebung sowie auf weitere Ausbildung der Steuer auf die mobilen Capitalsumsätze (Börsensteuer) hinzuwirken. || Die Genugthuung, welche die deutsche Nation über die gewonnene Rechtseinheit empfand, wird beeinträchtigt durch die Höhe der Gerichtskosten, welche das Maass der Billigkeit weit überschreitet; wir haben bereits in der letzten Reichstagssession auf Herabminderung dieser Kosten hingearbeitet und werden bei dem Erreichten nicht stehen bleiben. || Als einen schweren Schaden erkennen wir es, dass stets wachsende Züge von Auswanderern dem Vaterlande verloren sind, sobald sie die deutsche Erde verlassen haben; wir werden unser Bestreben darauf richten, Mittel und Wege zu finden, um diesen gewichtigen Theil deutscher Volkskraft und deutschen Nationalvermögens mit der Heimath in nutzbringender Verbindung zu erhalten. || Wir verschliessen uns nicht der Erkenntniss, dass gegenwärtig in Deutschland ein Uebermaass parlamentarischer Thätigkeit vorhanden ist, welches den Gang der Verwaltung im Reiche wie in den Einzelstaaten vielfach stört und die Gründlichkeit der Arbeit in den Parlamenten sowie deren Ansehen im Volke mindert. Wir verlangen daher Maassnahmen, welche, ohne die verfassungsmässigen Rechte der Volksvertretungen zu beeinträchtigen, auf eine Vereinfachung des parlamentarischen Apparates hinwirken. || Wir begrüssen mit Genugthuung die sich mehrenden Anzeichen der Wiederherstellung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche und hegen das volle Vertrauen zu den Lenkern des Reiches, dass sie, auf dem begonnenen Wege fortschreitend, unter Wahrung der Rechte des Staates Mittel für Wiederherstellung der Eintracht in der Nation finden werden. || Die Partei theilt nicht die pessimistischen Auffassungen derjenigen, welche in der gegenwärtigen Zeitströmung besondere Gefahren für unsere politische und nationale Entwickelung erblicken, und wird, getreu der von ihr bislang eingenommenen Haltung, radicalen und partikularistisch-reactionären Bestrebungen mit gleicher Entschiedenheit entgegentreten. Wie es unserer Stellung als der einer vermittelnden Partei oft gelungen ist, streitende Gegensätze zu vereinen, werden wir in der heutigen Lage mehr als je an dieser Aufgabe festhalten; denn nicht aus dem Streite extremer Parteien, sondern aus der Verständigung patriotischer Männer erwachsen im Leben der Völker grosse und dauernde Schöpfungen von segensreichem Erfolge. Entstanden auf dem nationalen Boden des deutschen Reiches, werden wir es immerdar als unsere höchste Pflicht erkennen, Religion, Vaterland, Monarchie, Familie, Eigenthum gegen alle Angriffe zu vertheidigen und die unschätzbaren Güter deutscher Cultur zu wahren und zu mehren.

Nr. 7638. Deutschland. 12. Sept. 1881.

Central-Ausschuss der deutschen Reichs- und freiconservativen Partei:
Graf Arnim-Boitzenburg. Fred. Graf Frankenberg. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg. v. Kardorff-Wabnitz. Frh. v. d. Knesebeck-Carwe. v. Langendorff. Frh. v. Lerchenfeld. Otto. Dr. v. Schwarze. Vopelius. Freiherr v. Zedlitz-Neukirch.

Nr. 7639. DEUTSCHLAND. — Wahlaufruf der nationalliberalen Partei*).

Nr. 7639. Deutschland. 15. Sept. 1881. Wir stehen vor Reichstagswahlen, welche für die fernere politische Entwickelung unseres Vaterlandes von schwerwiegendster Bedeutung sein werden. Die nationalliberale Partei hat ihr Programm erst vor wenigen Monaten in der Erklärung vom 29. Mai d. J. niedergelegt. Wir weisen auf diese Kundgebung zurück, welche wir in ihrem vollen Umfange bestätigen und aufrechterhalten. || An der Spitze unseres Programms wird immer die Betheuerung unverbrüchlichster Treue zu Kaiser und Reich stehen. || Je mehr in den Parteikämpfen unserer Zeit der nationale Gedanke oft getrübt erscheint, um so mehr halten wir es für unsere Aufgabe, die schwer errungene Einheit unseres Reiches und Volkes gegen alle Anfechtungen zu schützen und unter Achtung der verfassungsmässigen Rechte der Bundesstaaten weiter zu entwickeln. Wo es die Sicherheit und Festigkeit des Reiches galt, ist nie vergeblich die Hülfe der nationalliberalen Partei angerufen worden. || Wie wir die nationalen Errungenschaften einer grossen Zeit ungeschmälert zu bewahren und kräftig fortzubilden streben, so auch die freiheitlichen. Es ist unsere feste Ueberzeugung, dass eine nationale deutsche Politik dauernd und heilbringend nicht zu führen ist im Gegensatz und Kampf gegen die Bestrebungen eines maassvollen Liberalismus, wie er in den breiten Mittelschichten unseres Volkes seine festen Wurzeln hat. Jeder Schmälerung der verfassungsmässigen Rechte des Volkes und seiner Vertretung, jedem Versuch, die Grundlagen unseres constitutionellen Lebens zu verrücken, werden wir mit allen Kräften entgegentreten. || Ebenso werden wir jede Verkürzung unveräusserlicher und unentbehrlicher Rechte des Staates in seinen Beziehungen zur Kirche und Schule abwehren. Für die Wiederherstellung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche sind wir bereit mitzuwirken, wenn dasselbe ohne Preisgebung der in hartem Kampfe errungenen Stellungen des Staates herbeigeführt werden kann. || Die neue Gesetzgebungsperiode des Reichstages wird wieder in ganz hervorragendem Maasse mit wirthschaftspolitischen Fragen sich zu beschäftigen haben. Unsere Partei wird auch in Zukunft den Grundsatz persönlicher Freiheit in Erwerb und Verkehr festhalten und gegen reactionäre Angriffe vertheidigen. | Immer von neuem bestätigt die Erfahrung, dass Zollfragen nicht zur Grundlage politischer Parteibildung gemacht werden dürfen und dass die Verpflichtung auf eine einzige handelspolitische Richtung nicht zum Erforderniss liberaler Gesinnung gehört. || Weiteren Anforderungen an die Steuerkraft des Volkes werden wir nur im Falle des dringendsten nachgewiesenen Bedürfnisses oder bei einem vollwerthigen Ersatze durch gleichzeitige Steuererleichterungen und Steuerreformen, unter Aufrechthaltung eines gesunden Verhältnisses zwischen der directen und indirecten Besteuerung und unter Wahrung der constitutio-

*) Wahlaufrufe der anderen Parteien sind nicht erfolgt. A. d. Red.

nellen Rechte der Volksvertretung zustimmen. || Den socialpolitischen Fragen werden wir unsere volle Theilnahme widmen und alle auf die geistige und materielle Wohlfahrt der arbeitenden Classen abzielenden Vorschläge aufs sorgfältigste und mit dem ehrlichen Streben positiven Schaffens prüfen, getreu der übernommenen Verpflichtung, als wir der Staatsgewalt die Waffen gewährten, gewaltsame Ausbrüche der socialdemokratischen Bewegung niederzuhalten. Wir verlangen aber, dass Fragen, welche an Ernst und folgenschwerer Bedeutung alle anderen überragen, nicht zum Gegenstande unübersehbarer, finanziell unausführbarer Experimente gemacht, sondern mit ruhigster Prüfung in stetem Hinblick auf das Erreichbare und Mögliche in Angriff genommen und ihrer Lösung zugeführt werden, ohne Ueberlastung des Staates mit Aufgaben, welche nur unter ernstlicher Gefährdung des Gemeinwesens der Thätigkeit und Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen entzogen werden könnten. || Bei Wahrung ihrer vollen Selbstständigksit und Unabhängigkeit wird die nationalliberale Partei, gegenüber der drohenden Gefahr eines immer engeren Bündnisses der kirchlichen und politischen Reaction, mit anderen liberalen Richtungen fest zusammenstehen in der entschlossenen Abwehr clerikal-conservativer Angriffe auf unsere Verfassung und Gesetzgebung. || Von diesen Gesichtspunkten geleitet, fordern wir alle Parteigenossen auf, der Vorbereitung für die Reichstagswahlen nunmehr ungesäumt ihre ganze Kraft und Thätigkeit zuzuwenden, in allen Wahlkreisen sich schleunigst und kräftig zu organisiren und vollzählig bei der Wahl zu erscheinen. Der Ernst der politischen Lage duldet kein Zaudern und keine Lässigkeit. Er legt jedem Gesinnungsgenossen die Pflicht auf, bei den Wahlen in vollem Maasse und mit aller Hingebung seine Schuldigkeit zu thun. Es gilt, zu zeigen, dass unser Volk seine Einheit und Freiheit nicht allein in einem raschen Anlaufe zu erringen, sondern auch in Noth und Gefahr zu behaupten vermag.

Nr. 7639. Deutschland. 15.Sept.1881.

Berlin, am 15. September 1881.

Der Centralwahlausschuss der nationalliberalen Partei.

R. v. Bennigsen. v. Benda. Dr. Böttcher. Dr. Buhl. Büsing. Dr. v. Cuny. Forkel. Fries. Dr. Gareis. Dr. Hammacher. Hobrecht. Kiefer. Dr. Marquardsen. Dr. Miquél. Pogge-Blankenhof. Pogge-Roggow. Schöttler. Dr. Stephani. Dr. Wachler. Dr. Wachs. Dr. Friedrich Weber. Dr. Max Weber. Dr. Weigel. Dr. Wolffson.

Nr. 7640. DEUTSCHLAND. — Botschaft des Kaisers an den Reichstag, verlesen bei Eröffnung desselben durch den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck.

Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen, thun kund und fügen hiermit zu wissen: || Wir haben, den im vorigen Reichstage kundgegebenen Wünschen entsprechend, dem früheren Brauche entgegen,

Nr. 7640. Deutschland. 17. Nov. 1881.

Nr. 7640. Deutschland. 17. Nov. 1881. den Reichstag noch im laufenden Jahre berufen, um seine Thätigkeit zunächst für die Feststellung des Reichshaushalts-Etats in Anspruch zu nehmen. Der Entwurf wird dem Reichstage unverzüglich zugehen. Derselbe zeigt ein erfreuliches Bild der vorschreitenden finanziellen Entwickelung des Reiches und der guten Erfolge der unter Zustimmung des Reichstages eingeschlagenen Wirthschaftspolitik. Die Steigerung der den einzelnen Bundesstaaten vom Reiche zu überweisenden Beträge ist erheblich höher, als die Steigerung der Matrikularbeiträge. Dass der Gesammtbetrag der letzteren im Vergleich mit dem laufenden Rechnungsjahre eine Erhöhung erfahren hat, findet seine Begründung in Einnahmeausfällen und in Bedürfnissen, welche im Interesse des Reiches nicht abzuweisen sind. || Die Einigung, welche mit der Freien Stadt Hamburg über die Modalitäten ihres Einschlusses in das deutsche Zollgebiet erzielt worden ist, wird der Reichstag mit Uns als einen erfreulichen Fortschritt zu dem durch die Reichsverfassung gesteckten Ziele der Einheit Deutschlands als Zoll- und Handelsgebiet begrüssen. Die verbündeten Regierungen sind der Ueberzeugung, dass der Reichstag den Abschluss der deutschen Einheit nach dieser Seite hin und die Vortheile, welche dem Reich und seiner grössten Handelsstadt aus demselben erwachsen werden, durch den Kostenbeitrag des Reiches nicht zu theuer erkauft finden und dem hierauf bezüglichen Gesetzentwurf die Zustimmung ertheilen wird. || In dem Bestreben, die geschäftlichen Uebelstände zu beseitigen, welche sich aus der Konkurrenz der Reichstagssessionen mit den Sitzungsperioden der Landtage ergeben, hatten die verbündeten Regierungen dem vorigen Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Verlängerung der Legislatur- und Budgetperioden des Reiches vorschlug, über den aber eine Verständigung nicht hat erreicht werden können. Die geschäftliche Nothlage der Regierungen und die Nothwendigkeit, den Verhandlungen der gesetzgebenden Körper des Reiches sowohl wie der Einzelstaaten die unentbehrliche Zeit und freie Bewegung zu sichern, veranlasst die verbündeten Regierungen, der Beschlussnahme des Reichstages wiederum eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. || Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, dass die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschliesslich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmässig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so grösserer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewusstsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen grössere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiss und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstages ohne Unterschied der Partei-

stellungen. ‖ In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstage stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Berathung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmässige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesammtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maass staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu Theil werden können. ‖ Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der engere Anschluss an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde. Immerhin aber wird auch auf diesem Wege das Ziel nicht ohne die Aufwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein. ‖ Auch die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuerreform weist auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirekte Reichssteuern hin, um die Regierungen in den Stand zu setzen, dafür drückende direkte Landessteuern abzuschaffen und die Gemeinden von Armen- und Schullasten, von Zuschlägen zu Grund- und Personalsteuern und von anderen drückenden direkten Abgaben zu entlasten. Der sicherste Weg hierzu liegt nach den in benachbarten Ländern gemachten Erfahrungen in der Einführung des Tabakmonopols, über welche Wir die Entscheidung der gesetzgebenden Körper des Reiches herbeizuführen beabsichtigen. Hierdurch und demnächst durch Wiederholung früherer Anträge auf stärkere Besteuerung der Getränke sollen nicht finanzielle Ueberschüsse erstrebt werden, sondern die Umwandlung der bestehenden direkten Staats- und Gemeindelasten in weniger drückende indirekte Reichssteuern. Diese Bestrebungen sind nicht nur von fiskalischen, sondern auch von reaktionären Hintergedanken frei; ihre Wirkung auf politischem Gebiete wird allein die sein, dass Wir kommenden Generationen das neu entstandene Reich gefestigt durch gemeinsame und ergiebige Finanzen hinterlassen. ‖ Die Vorbedingung für weitere Beschlussnahmen über die erwähnten sozialen und politischen Reformen besteht in der Herstellung einer zuverlässigen Berufsstatistik der Bevölkerung des Reiches, für welche bisher genügendes und sicheres Material nicht vorliegt. Soweit Letzteres im Verwaltungswege beschafft werden kann, wird es in kurzem gesammelt sein. Vollständige Unterlagen aber werden nur durch gesetzliche Anordnung, deren Entwurf dem Reichstage zugehen wird, zu gewinnen sein. ‖ Wenn danach auf dem Gebiet der inneren Reichseinrichtungen weitgreifende und schwierige Aufgaben bevorstehen, deren

Nr. 7640. Deutschland. 17. Nov. 1881.

Nr. 7640. Deutschland. 17. Nov. 1881. Lösung in der kurzen Frist einer Session nicht zu bewältigen ist, zu deren Anregung Wir Uns aber vor Gott und Menschen, ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg derselben, verpflichtet halten, so macht es Uns um so mehr Freude, Uns über die Lage unserer auswärtigen Politik mit völliger Befriedigung aussprechen zu können. || Wenn es in den letzten zehn Jahren, im Widerspruch mit manchen Vorhersagungen und Befürchtungen, gelungen ist, Deutschland die Segnungen des Friedens zu erhalten, so haben Wir doch in keinem dieser Jahre mit dem gleichen Vertrauen auf die Fortdauer dieser Wohlthat in die Zukunft geblickt, wie in dem gegenwärtigen. Die Begegnungen, welche Wir in Gastein mit dem Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn, in Danzig mit dem Kaiser von Russland hatten, waren der Ausdruck der engen persönlichen und politischen Beziehungen, welche Uns mit den Uns so nahe befreundeten Monarchen und Deutschland mit den beiden mächtigen Nachbarreichen verbinden. Diese von gegenseitigem Vertrauen getragenen Beziehungen bilden eine zuverlässige Bürgschaft für die Fortdauer des Friedens, auf welche die Politik der drei Kaiserhöfe in voller Uebereinstimmung gerichtet ist. Darauf, dass diese gemeinsame Friedenspolitik eine erfolgreiche sein werde, dürfen Wir um so sicherer bauen, als auch Unsere Beziehungen zu allen anderen Mächten die freundlichsten sind. Der Glaube an die friedliebende Zuverlässigkeit der deutschen Politik hat bei allen Völkern einen Bestand gewonnen, den zu stärken und zu rechtfertigen Wir als Unsere vornehmste Pflicht gegen Gott und gegen das deutsche Vaterland betrachten.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, 17. November 1881.

(L. S.) Wilhelm.

Fürst von Bismarck.

Zollanschluss Hamburgs und der unteren Elbe.

Nr. 7641. **DEUTSCHLAND.** — Entwurf des Gesetzes, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc., verordnen im Namen des Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt: Nr. 7641. Deutschland 17. Nov. 1881.

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, der freien und Hansestadt Hamburg zu den Kosten der Bauten, Anlagen, Einrichtungen und Expropriationen, welche durch den Zollanschluss Hamburgs und die mit demselben verbundene Umgestaltung der bestehenden Handels- und Verkehrsanlagen veranlasst werden, aus der Reichskasse einen Beitrag in Höhe der Hälfte des hamburgischerseits für die bezeichneten Zwecke festzustellenden Kostenbedarfs, jedoch höchstens in Höhe von 40 000 000 Mark zu leisten.

§ 2. Der Reichskanzler ist befugt, die Mittel zur Deckung dieser Summe im Wege des Kredits flüssig zu machen und zu dem Zwecke in demjenigen Nominalbetrage, welcher zur Beschaffung des bezeichneten Betrages erforderlich sein wird, eine verzinsliche, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juni 1868 (Bundes-Gesetzblatt Seite 339) zu verwaltende Anleihe aufzunehmen und Schatzanweisungen auszugeben.

§ 3. Die Bestimmungen in den §§ 2 bis 5 des Gesetzes vom 27. Januar 1875, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Marine- und Telegraphenverwaltung (Reichs-Gesetzblatt Seite 18), finden auch auf die nach dem gegenwärtigen Gesetze aufzunehmende Anleihe und auszugebenden Schatzanweisungen Anwendung.

Urkundlich etc. || Gegeben etc.

Nr. 7641.
Deutschland.
17. Nov. 1881.

Begründung.

Nachdem zwischen dem Reichskanzler und dem Senate der freien und Hansestadt Hamburg die in den anliegend abgedruckten Protokollen vom 25. Mai 1881 *) niedergelegte Verständigung über die Modalitäten eines Zollanschlusses Hamburgs stattgefunden und der Bundesrath deren Inhalt genehmigt hat, ist seitens des Senates in Gemässheit des Artikels 34 der Reichsverfassung der Einschluss des gesammten hamburgischen Staatsgebietes, mit Ausnahme der Hafenanlagen zu Cuxhaven und des unter Ziffer 1 des Hauptprotokolls näher bezeichneten, als Freihafengebiet dauernd ausserhalb der Zollgrenze zu belassenden Gebietstheiles, in die gemeinschaftliche Zollgrenze beantragt worden. || Die Ausführung des Zollanschlusses wird umfangreiche und kostspielige Bauten erforderlich machen, deren Kosten ohne vorgängige zeitraubende Vorarbeiten nicht bestimmt zu übersehen sind und dermalen der Veranschlagung sich noch entziehen. Angesichts der in den Protokollen enthaltenen Grundzüge für die Gestaltung des künftigen Freihafengebietes wird es jedoch, um das Freihafengebiet mit einem wirksamen Zollabschluss zu versehen und mit ausreichenden Anlagen und Zolleinrichtungen auszustatten, geboten sein, insbesondere einen Wasserweg von genügender Breite und Tiefe, welcher auch zur Zeit der Ebbe die Kommunikation zwischen der Oberelbe und der Niederelbe im zollinländischen Theile Hamburgs gestattet, durch den Ausbau bestehender Kanalzüge herzustellen, sowie eine Verlegung, Erweiterung und Umgestaltung der Hafenanlagen für See- und Flussschiffe und die Errichtung zahlreicher Speicher auszuführen. Nach dem vorläufigen Kostenüberschlage würde hierzu, je nach der noch näher festzustellenden Art der Ausführung dieser Bauten, ein Aufwand von etwa 84 bis 104 Millionen Mark erforderlich sein, welcher indessen eine Herabminderung der aus öffentlichen Mitteln aufzuwendenden Beträge erfahren würde, falls es thunlich sein sollte, die Speicherbauten ganz oder theilweise der Privatspekulation zu überlassen. Nach Ziffer 6 und 7 des Hauptprotokolles ist zur Deckung dieser Kosten ausser der Ueberlassung des Ertrages der zu erhebenden Nachsteuer eine Subvention aus Reichsmitteln in Höhe der Hälfte des von Senat und Bürgerschaft festzustellenden Kostenbedarfs, jedoch bis zum Maximalbetrage von 40 Millionen Mark, in Aussicht genommen und zur Ausführung dieser Bauten eine Frist bis zum 1. October 1888 bestimmt worden, nach deren Ablauf mit der Ausführung des Zollanschlusses vorzugehen sein wird. || Die Betheiligung des Reiches an den entstehenden Kosten rechtfertigt sich durch das konkurrirende erhebliche Interesse desselben an der befriedigenden Erledigung der Angelegenheit. Durch den Zollanschluss Hamburgs wird das im Artikel 33 der Reichsverfassung vorgezeichnete Ziel der Einheit des Zoll- und Handelsgebietes nahezu erreicht. Indem dem berech-

*) S. Staatsarchiv Bd. XXXIX, No. 7510.

tigten Anspruch des Zollinlandes auf freien Verkehr in sich und mit seinem hervorragendsten Seehandelsplatze Erfüllung gesichert wird, gelangen die beengenden Schranken zur Beseitigung, welche dem Verkehr des Zollinlandes mit den überseeischen Ländern dermalen entgegenstehen, und es gewinnt das Reich damit eine wesentlich erweiterte Grundlage zur Entfaltung seiner Kräfte auf vielen und bedeutsamen Gebieten des wirthschaftlichen Lebens. Die Thatsache, dass trotz des Bestehens der gegenwärtigen Zolllinie in den Jahren 1877 bis 1879 eine Waarenmenge von durchschnittlich jährlich etwa 17 600 000 Doppelzentnern (12 Prozent der durchschnittlichen Gesammtausfuhr von 147 Millionen Doppelzentnern) aus dem freien Verkehr des Zollinlandes nach Hamburg und von dort in wesentlich unvermindertem Umfange weiter ausgeführt worden ist, gewährt ein Bild von der Bedeutung Hamburgs für den Export Deutschlands. Dass die Einfügung Hamburgs in den wirthschaftlichen Organismus des Reiches diese Bedeutung noch erheblich steigern werde, kann nicht zweifelhaft sein; nicht minder erscheint aber die Annahme berechtigt, dass auch Hamburgs Handel durch ein engeres Band mit dem deutschen Wirthschaftsgebiet eine wesentliche Förderung gewinnen werde. Das grosse und unmittelbare Interesse, welches das Reich an einer gedeihlichen Fortentwickelung Hamburgs hat, rechtfertigt auch erhebliche finanzielle Opfer, wenn sie erforderlich sind, um den Zollanschluss unter Modalitäten, wie sie die freie Entfaltung des Hamburger Handels bedingt, erfolgen zu lassen. Da zu diesem Zwecke die dauernde Belassung eines ausreichend bemessenen Freihafenbezirkes und eine zweckentsprechende Ausstattung desselben als geboten anzusehen ist, so liegt es in der Billigkeit, die allerdings bedeutenden Kosten, welche gerade hierdurch bedingt sind, nicht Hamburg allein tragen zu lassen, sondern die Beihülfe des Reiches zu gewähren. Wenn in der Vorlage bei der Bemessung dieser Subvention die Interessen Hamburgs und der Gesammtheit prinzipiell als gleichwerthig angesehen sind, so entzieht sich dieser Maassstab zwar jeder rechnungsmässigen Abwägung, da die wirthschaftlichen Vortheile des Zollanschlusses in der Zukunft liegen und erst allmählich in die Erscheinung treten können. Der Bestimmung einer geringeren Quote der vom Reiche zu tragenden Kosten würde nur die Auffassung zu Grunde liegen können, dass das Interesse der Gesammtheit an dem Eintritt Hamburgs in das Zollgebiet demjenigen, welches Hamburg an diesem Schritte hat, in entsprechendem Maasse untergeordnet sei, eine Auffassung, deren Berechtigung nicht anzuerkennen ist. Dadurch, dass die Subvention des Reiches mit dem Höchstbetrage von 40 Millionen Mark begrenzt und dem Reiche zugleich eine Mitwirkung bei der Aufstellung des Generalplans nebst Generalkostenanschlag gesichert ist, sind die finanziell erforderlichen Garantien gegen eine übermässige und sachlich nicht gebotene Inanspruchnahme von Reichsmitteln gegeben. || Die beantragte Ermächtigung zur Beschaffung der erforderlichen Geldmittel im Wege des Kredits entspricht der Natur der zu bestreitenden Ausgaben, während hierdurch die Einstellung einzelner Jahresraten in den ordentlichen Etat nicht ausgeschlossen wird, sobald

Nr. 7641. Deutschland. 17. Nov. 1881.

Nr. 7641. Deutschland. 17. Nov. 1881. die Finanzlage und die Rücksicht auf die sonstigen, mit etatsmässigen Mitteln zu befriedigendeu Aufgaben des Reiches dem Reichskanzler gestatten, von der beantragten Kreditbewilligung nur theilweise Gebrauch zu machen.

Nr. 7642. DEUTSCHLAND. — Bericht der sechsten Kommission des Reichstages über den Gesetzentwurf, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet.

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881.

Durch Beschluss des Hauses vom 28. November v. J. ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet, einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen worden. Die Kommission hat am 1. Dezember mit der Berathung begonnen und dieselbe in zehn Sitzungen zu Ende geführt, von denen neun auf die Generaldebatte und auf die erste Lesung und eine auf die zweite Lesung entfielen.

An den Sitzungen der Kommission betheiligten sich: || a) die Bevollmächtigten zum Bundesrathe: || königlich preussischer Staats- und Finanzminister Bitter, || kaiserlicher Staatssekretär des Reichsschatzamtes Scholz, || kaiserlicher Direktor im Reichsschatzamte Burchard, || Senator der freien und Hansestadt Hamburg Dr. Versmann; || b) die Kommissare des Bundesrathes: || kaiserlicher Regierungsrath Neumann, || hamburgischer Sekretär der Deputation für indirekte Steuern und Abgaben Roeloffs und in dessen Assistenz der hamburgische Ober-Ingenieur Meyer.

Zum Referenten für die Kommission wurde in der letzten Sitzung der unterzeichnete Abgeordnete Staudy bestellt und demselben die Abfassung des schriftlichen Berichtes übertragen.

Bei der sehr umfassenden und bereits auf alle Details sich erstreckenden Generaldebatte stellten sich alsbald als Grundlagen der Verhandlungen nachstehende Gesichtspunkte heraus.

In der Kommission herrschte die Meinung vor, dass es — ohne Rücksicht auf die jeweilige Zollpolitik — einem seit mehreren Dezennien gehegten Wunsche der deutschen Nation entsprechen würde, wenn die Bestimmung der Reichsverfassung, nach welcher Deutschland ein Zoll- und Handelsgebiet bilden soll, durch Einverleibung der beiden Hansestädte und der mit ihnen ausgeschlossenen benachbarten Bezirke in das Zollgebiet jetzt zur Verwirklichung kommen würde.

Die Kommission war darüber einverstanden, dass, sobald von den Hansestädten der Antrag auf vollständige oder theilweise Hineinziehung ihrer Gebiete in den Zollverein gestellt werde, der Bundesrath diejenige Instanz sei, welche die zur Ausführung erforderlichen Anordnungen zu treffen habe. Die

Vereinbarung vom 25. Mai v. J. sei von den gesetzgebenden Gewalten der freien und Hansestadt Hamburg unter ausdrücklicher Berufung auf die in Deutschland herrschende öffentliche Meinung mit grosser Majorität gebilligt worden. Seit dem Zustandekommen der Vereinbarung habe dieselbe auch bei der Bevölkerung Hamburgs mehr und mehr Beifall gefunden, so dass gegenwärtig die vorherrschende Stimmung dieser Bevölkerung auf die unverzögerte Durchführung des Zollanschlusses gerichtet sei und manche Hoffnung auf Besserung jetzt vorhandener Zustände daran geknüpft werde. Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881.

Möge auch in manchen Kreisen der Bevölkerung Hamburgs vielleicht der unveränderten Beibehaltung des bisherigen Zustandes der Vorzug gegeben sein, wenn nicht die Besorgniss begründet gewesen wäre, dass der Bundesrath ohne Rücksicht auf das Verhalten Hamburgs mit dem Zollanschlusse der benachbarten preussischen Gebietstheile, insbesondere Altona's und der Unterelbe, vorgehen werde, so liege doch eine unzweifelhaft klare Willensäusserung des Staates Hamburg vor, welche durch keinerlei Beschwerde über einen auf denselben ausgeübten ungesetzlichen Druck abgeschwächt worden sei. Es sei somit die Gesetzesvorlage zu berathen, ohne auf die im Frühjahre 1880 aufgeworfene Streitfrage einzugehen, ob zur Einverleibung der Unterelbe in das Zollgebiet der Erlass eines Gesetzes erforderlich sei oder nicht.

Endlich auch erhob in der Kommission sich keine Stimme dagegen, dass die Belassung eines Freihafenbezirkes im Interesse der Welthandelsstellung Hamburgs erforderlich sei.

Ausserdem hatte die Generaldebatte das Resultat, die folgenden Verhältnisse klarzustellen:

Schon beim Beginne der Debatte wandte sich ein Mitglied der Kommission an die Vertreter der verbündeten Regierungen mit der Bemerkung, dass man sich die Ausführung des Zollanschlusses gewöhnlich so gedacht habe, dass Hamburg mit seinem ganzen Gebiete in die Zollgemeinschaft einzutreten habe, während nach dem jetzt vorliegenden Vertrage das Freihafengebiet Hamburgs nur beschränkt werden solle; es scheine demnach, dass regierungsseitig die Ausführung des Gedankens der vollständigen Zolleinheit aufgegeben sei, und werde Auskunft darüber erbeten, ob diese Annahme zutreffe. Hierauf erwiderte der königlich preussische Herr Finanzminister: || In Nr. 1 der Vereinbarung vom 25. Mai v. J. sei ausdrücklich zugesichert, dass der dort näher bezeichnete Bezirk der Stadt Hamburg als Freihafen dauernd verbleiben solle, während die bewohnte Stadt dem Zollgebiet angeschlossen werde. Die Handelsverhältnisse seien übrigens wandelbare; wie Hamburg jetzt im vollen Einverständniss mit den verbündeten Regierungen die Wohnstadt dem Zollgebiete anschliesse, so könne späterhin der Zeitpunkt kommen, dass eine Abänderung des jetzt zu etablirenden Verhältnisses sogar einseitig von Hamburg gewünscht werde. Für jetzt würde die Einziehung Hamburgs in die Zolllinie ohne Belassung eines Freigebietes, in welchem sich Schiffe und Waaren frei bewegen können, nach dem Ergebnisse der gepflogenen handels- und zolltechnischen

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881. Erörterungen eine erhebliche Schädigung des hamburgischen Seeverkehrs zur Folge haben.

Von dem bereits bezeichneten Mitgliede wurde ferner betont, dass klargestellt werden müsse, dass der vom Reiche beanspruchte Kostenbeitrag nicht für Einrichtungen im einseitigen Interesse Hamburgs verwendet werde. Hamburg habe durch die Vereinbarung ausserordentliche Vortheile errungen: die Bedingungen überträfen alle Erwartungen; es habe bisher einhändig gearbeitet, in Zukunft werde es zweihändig zu seinem Nutzen arbeiten können. Insbesondere werde Auskunft über den durch die Stadt anzulegenden Kanal gewünscht. Es frage sich, ob derselbe überhaupt nothwendig, eventuell ob nicht mit geringeren Aufwendungen für denselben auszukommen sei; ferner, ob die grösseren Aufwendungen im Interesse des Reiches oder im Interesse Hamburgs, z. B. nur für den dortigen Marktverkehr, erforderlich seien. Es wurde endlich die Frage aufgeworfen, ob der Generalplan für den Zollanschluss nicht dem Reichstage zur Beschlussfassung vorgelegt werden könne. || Hierauf wurde regierungsseitig zunächst erwidert, dass man bezüglich der Pläne für die zur Ausführung des Zollanschlusses erforderlichen Arbeiten über ganz generelle Ideen noch nicht hinausgekommen sei; bisher seien hauptsächlich vier Projekte ins Auge gefasst, welche aus den vorgelegten Skizzen und den dazu gehörenden, ebenfalls ganz generellen Kostenanschlägen näher ersichtlich seien. || Diese mit A bis D bezeichneten Kostenanschläge sind in der Anlage nebst einem Situationsplane mitgetheilt.

Alsdann führte der hamburgische Herr Sekretär Roeloffs Nachstehendes aus: || Was zunächst die aus der Vereinbarung für Hamburg zu erwartenden Vortheile anbetreffe, so sei er nicht in der Lage, statistische Nachweise beizubringen, nach welchen Vortheile oder Nachtheile der Vereinbarung sich beurtheilen liessen. Allerdings würden sich ja Zahlenzusammenstellungen zu dem Zweck anfertigen lassen; er glaube aber nicht, dass aus denselben Schlüsse mit irgend welchem Erfolg zu ziehen seien. Die Vortheile und Nachtheile für Hamburg wie für das Zollgebiet liessen sich überhaupt nicht rechnungsmässig feststellen. Die öffentliche Meinung in Hamburg habe sich bei Erörterung der Frage des Zollanschlusses stets mit Nachdruck für die Erhaltung der bisherigen Freihafenstellung, bei welcher der durch Hamburg vermittelte Antheil an Deutschlands Welthandel sich zu hoher Blüthe entwickelt habe, ausgesprochen. Die amtlich mit der Erörterung der Frage befassten Kreise mussten sich dieser Auffassung um so mehr anschliessen, als die grosse Anzahl von Projekten zur Lösung der Zollanschlussfrage sich bei eingehender Prüfung als technisch unausführbar erwies. Der Grund hierfür lag darin, dass eine zollamtliche Behandlung des grossen Verkehrs von Flussfahrzeugen von und nach der Stadt Hamburg nicht durchzuführen war. Von der Unterelbe und der Oberelbe kommen jährlich zusammen etwa 50 000 Fahrzeuge zur Stadt, deren Ankunft sich wegen Fluth und Ebbe, wegen der Marktzeiten u. s. w. auf einzelne Stunden des Tages zusammendrängt. Diese mit den Erzeugnissen der an der Unter-

elbe belegenen Fabriken, mit Landesprodukten, Gemüsekörben, Mauersteinen, Stroh, Torf, Holz beladenen und in der Regel hoch bepackten Fahrzeuge neben den zur Entlöschung der Seeschiffe dienenden, mit Kaufmannsgütern beladenen Schuten ausreichend zu revidiren, wenn sie an den Eingängen zur Stadt in Schaaren früh Morgens ankommen, erschien nach dem Urtheil der darüber vernommenen Zollbeamten unmöglich. Alle Projekte gingen aber übereinstimmend davon aus, dass jedenfalls die Unterelbe als Zugang zu dem Freihafen mit diesem ausserhalb der Zolllinie verbleiben müsse. || Erst als im vorigen Jahre der Anschluss der Unterelbe angeregt und durch den bezüglichen Beschluss des Bundesrathes zur Thatsache wurde, mit der zu rechnen war, da ergab sich eine neue Grundlage für die Entwerfung technischer Projekte über die Ausführbarkeit des Zollanschlusses. In monatelanger eingehendster gemeinsamer Arbeit mit einem von dem Herrn Finanzminister kommittirten Zollbeamten gelang es dann, denjenigen Plan aufzustellen, welcher die Grundlage des vorliegenden Vertrages geworden ist. Er bedingt eine vollständige Umgestaltung der Schifffahrtsanlagen, theilweise Aufhebung und Verlegung der Häfen, möglicherweise die Niederlegung eines ganzen Stadttheiles. Die gesammten Handels- und Verkehrsverhältnisse werden auf neue Grundlagen gestellt werden; manche Privatinteressen, namentlich der zahlreichen Speicherbesitzer in der Stadt sowie mancher Fabrikanten, werden geschädigt werden. Die Folgen einer derartigen allgemeinen Umwälzung liessen sich im voraus sehr schwer übersehen. Jedenfalls sei es unmöglich, die Bilanz zwischen Gewinn und Verlust schon heute zu ziehen, in Hamburg rechnen sich noch recht Viele ein Minus heraus; soviel sei gewiss, zunächst werde Hamburg eine schwere Zeit des Uebergangs zu überwinden haben, und nur die Hoffnung auf eine, auf der wiedergewonnenen dauernden Grundlage sich entwickelnde zukünftige Blüthe vermöge dafür zu entschädigen. || Das Bild mit den zwei Händen sei insofern unzweifelhaft richtig, als Hamburgs Verkehr mit seinem Hinterlande nach Wegfall der Zollschranken gewinnen werde zum eigenen Vortheil wie zum Vortheil der Gesammtheit. Ob aber sein Auslandhandel nicht trotz aller Vorsicht bei den neuen Einrichtungen beeinträchtigt werde durch Vertheuerung, werde in hamburgischen Handelskreisen heute noch für zweifelhaft gehalten. Hamburgs Vorzug bestand bisher in der Billigkeit seiner Spesen, die eine Folge der ganzen Handels- und Verkehrseinrichtungen war. Die grossen Kosten der neuen Anlagen, die sich für eines der Projekte auf etwa 150 Millionen Mark belaufen, werden, soweit nicht das Reich sie übernimmt, in der einen oder anderen Form vom Handel getragen werden müssen. Um das gebrauchte Bild zu vervollständigen, könnte man etwa sagen, Hamburg bekommt seine linke Hand, die bisher in der Bewegung beschränkt und für den rechten Gebrauch ungeschickt war, frei und wird sie zu gebrauchen wissen; die rechte Hand aber, mit der es bisher seinem Willen und seiner Kraft vollen Ausdruck geben konnte, verliert an Beweglichkeit; die Finger werden nicht mehr Alles wie bisher erfassen können, vielleicht werden sie bei der Operation gar eines oder

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881. das andere Glied einbüssen. || In Bezug auf die hervorgehobenen günstigen Bedingungen und Zollerleichterungen sei hervorzuheben, dass dieselben zum Theil, wie für gewisse Fabriken, nur transitorischer Natur seien; auch die zugesagten Erleichterungen für die Lagerung unter Zollaufsicht würden nur dazu dienen, den Uebergang zu erleichtern. In nicht zu ferner Zeit werde die Lagerung ausländischer Waaren in das Freigebiet übersiedeln und die Speicher in der Zollstadt werden zum allmählichen Umbau bestimmt werden müssen. Die gewährten Bedingungen und Erleichterungen beruhten auf eingehender Prüfung der Verhältnisse und seien nur dem dringendsten Bedürfniss angepasst. Ueber kleine Interessen habe man rücksichtslos hinweggehen müssen.

[Die hier folgende Begründung der Nothwendigkeit der projektirten Kanalverbindung ist fortgelassen, weil sie von ausschliesslich lokalem Interesse ist.]

Endlich wandte der Herr Kommissar sich gegen die von einer Seite angeregte Vorlegung des demnächst von Hamburg aufzustellenden Generalplanes und Generalkostenanschlages an den Reichstag zum Zwecke der Feststellung. Hamburgischerseits sei bei den Verhandlungen dringend gewünscht worden, dass die Feststellung der Pläne und Kostenanschläge ausschliesslich der hamburgischen Gesetzgebung überlassen bleiben möge, weil die grossen Schwierigkeiten, welche ohnehin einer Einigung über eine so tief eingreifende Umgestaltung entgegenstehen, fast unüberwindlich werden dürften, wenn ausser Senat und Bürgerschaft von Hamburg auch noch Reichsgewalten bei der Feststellung mitwirken müssten. Die Herren Vertreter der Reichsregierung hätten diese Darlegung als begründet anerkannt, aber dennoch an einer Mitwirkung der Reichsregierung in der Weise festgehalten, dass der Generalplan derselben zur Kenntnissnahme und Prüfung darüber vorzulegen sei, ob die vorzunehmenden Arbeiten als durch den Zollanschluss Hamburgs veranlasst anzusehen seien. Eine Feststellung des Planes durch den Reichstag würde die bei der Beschlussfassung in Hamburg unterliegenden Interessen aufrufen, hier in letzter Instanz nochmals Alles zu versuchen, ihre Wünsche zur Geltung zu bringen und damit die Erledigung ins Ungewisse hinausschieben. Der Plan sei so umfassend, dass er selbst in zehn Jahren noch nicht vollständig zur Ausführung gelangt sein werde; voraussichtlich würden im Laufe der Zeit mancherlei Abänderungen des Planes im Einzelnen nothwendig werden, deren Feststellung den hamburgischen Behörden überlassen bleiben müsse. Eine vorgängige Verhandlung über den Plan im Reichstage würde den Beginn der Arbeiten verzögern, was für beide Theile gleich unerwünscht sein müsse. In Hamburg sei schon jetzt der lebhafte Wunsch laut geworden, dass die Uebergangszeit so rasch wie irgend möglich überwunden werden möge; wenn es technisch ausführbar sich erweisen sollte, die für den Anschluss ganz unerlässlichen Arbeiten vor der in der Vereinbarung festgesetzten Frist herzustellen, so werde die hamburgische Geschäftswelt wünschen, das Definitivum noch früher herbeigeführt zu sehen.

Der königlich preussische Herr Finanzminister fügte hinzu: der Kanal sei für die Gesammtanlagen, wie eben nachgewiesen worden, unentbehrlich; eine

statistische Trennung seines Transit- und Landungsverkehrs erscheine unmöglich, da eine Aussonderung der hambürgischen Lokalinteressen aus der Gesammtanlage unthunlich sei und dem Geiste der Vereinbarung widersprechen würde. Man habe bei den Verhandlungen nicht ängstlich abgewogen, ob der eine Theil nun etwas mehr Vortheile von der Neugestaltung habe als der andere, sei vielmehr davon ausgegangen, dass auch die Förderung des Wohlbefindens des ersten deutschen Welthandelsplatzes ein nationales Interesse sei. Keineswegs aber sei der Reichsbeitrag nach politischen Rücksichten bemessen; es seien gründliche Prüfungen vorhergegangen, und gegenüber den von Hamburg nach den vorliegenden Plänen höchst wahrscheinlich aufzuwendenden Summen von 108 bis 149 Millionen sei der Beitrag des Reiches gewiss kein hoher zu nennen.

Nachdem noch die seitens eines Mitgliedes aufgeworfene Frage: || ob es nicht möglich sei, die Elbe für die kleine Schifffahrt offen zu lassen und zum Zollgebiet zu ziehen, dagegen eine neue Freihafenelbe durch Herstellung eines Kanals auf der Südseite zu schaffen, um die allerdings unzweifelhaft nöthige zweite Wasserstrasse, nämlich die eine für den Zollverkehr, die andere für den Seeverkehr, herzustellen, || die Entgegnung erhalten hatte, dass ein solcher Kanal auf der Südseite für Seeschiffe 20 Fuss tief würde hergestellt werden müssen, während für den Zollkanal 4 Fuss Tiefe genüge, nahm die Kommission den Standpunkt ein, dass ihrerseits bezüglich der Anlage des Freigebietes oder der übrigen zum Zwecke des Zollanschlusses geplanten Einrichtungen Vorschläge nicht zu machen seien. || Die Kommission erkannte ferner an, dass eine Sonderung der Kosten des Zollanschlusses von den übrigen entstehenden nicht erreicht werden könne, dass vielmehr eventuell in allen diesen Beziehungen der Standpunkt der Vereinbarung vom 25. Mai v. J. zu acceptiren und also auch dem Staate Hamburg zu überlassen sei, in welcher Weise er mit den bezüglichen Einrichtungen vorgehen wolle, während der Reichsregierung nur die Kontrole darüber verbleibe, dass die Einrichtungen dem Zwecke und dem Abkommen entsprechend durchgeführt würden.

Es wurde von einem Mitgliede gefragt, welche materiellen Folgen die Verwerfung der Vorlagen haben würde und ob insbesondere seitens der Reichsregierung mit der Einziehung der Unterelbe in das Zollgebiet nicht bis zur Ausführung des Zollanschlusses von Hamburg gezögert werden könne. || Hierauf wurde seitens des königlich preussischen Herrn Finanzministers erwidert, dass von einer Herstellung des Status quo ante nicht die Rede sein könne; die Frage lasse sich nicht wieder von der Tagesordnung bringen, sondern müsse ihrer Erledigung entgegengeführt werden.

Weiter erklärte der eben genannte Vertreter der verbündeten Regierungen auf entsprechende Anregung sich wiederholt dahin, dass diejenigen Erleichterungen, welche rücksichtlich des Verkehrs mit zollpflichtigen Waaren in der Vereinbarung vom 25. Mai pr. Hamburg gewährt worden seien, je nach Lage der örtlichen Verhältnisse den übrigen Seestädten und, anlangend den Lager-

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881. und Kontirungsverkehr, auch den Handelsplätzen des Inlandes zu Theil werden sollten.

Bezüglich der Frage, wie die Beseitigung des Wohnrechts in dem verbleibenden Freihafengebiete mit den Reichsgesetzen in Einklang zu bringen sei, wurde regierungsseitig geantwortet, dass der grösste Theil des betreffenden Terrains Staatseigenthum, wegen des Restes aber Expropriation durch den Staat Hamburg in Aussicht genommen sei. Damit wurde diese Angelegenheit als erledigt angesehen.

Im Uebrigen bekämpften sich in der Generaldebatte lebhaft zwei verschiedene Richtungen über

die staatsrechtliche Bedeutung der Vereinbarung und des Nebenprotokolles dazu vom 25. Mai v. J., und

den Werth der Vortheile, welche durch den Zollanschluss der Stadt Hamburg für das deutsche Reich zu erwarten seien.

In der ersteren Beziehung wurde zwar die seitens der Reichsregierung einem Bundesstaate gegenüber zur Anwendung gebrachte Form nicht bemängelt, dagegen von einem Theil der Kommissionsmitglieder die Ansicht vertreten, dass die vorliegende Vereinbarung, weil sie nicht von den gesetzgebenden Gewalten des deutschen Reichs ausgehe, der Reichsregierung keine bindende Verpflichtung für die Zukunft auferlege. Dazu komme, dass die nothwendige ungehinderte Bewegung der seewärts nach dem Freihafengebiete und umgekehrt nach der See gehenden Schiffe auf der Unterelbe nicht einmal durch die vorliegende Vereinbarung oder das Nebenprotokoll geregelt, sondern nur im Wege der durch die Verhandlungen des Senats und der Bürgerschaft zu Hamburg bekannt gewordenen Korrespondenz des hanseatischen Minister-Residenten Dr. Krüger mit dem Reichskanzler*) besprochen worden sei. Wenn aber dem Reiche und dem Staate Hamburg so bedeutende Aufwendungen für Herstellung des projektirten Zustandes zugemuthet würden, so müsse einerseits der Reichstag, andererseits der Staat Hamburg im Wege der Gesetzgebung Bürgschaft für die Sicherheit der getroffenen Abkommen erhalten. Ausserdem sei ein Theil dieser Verabredungen mit dem bestehenden Zollvereinsgesetze nicht vereinbar, und sei schon aus diesem Grunde eine gesetzliche Regulirung im Wege der Amendirung der Vorlage erforderlich. || Dieser Auffassung wurde seitens der Vertreter der verbündeten Regierungen und des anderen Theiles der Kommission entgegengestellt, dass, wenn auch die erwähnten Festsetzungen nicht von den legislativen Faktoren des Reiches beschlossen worden seien, diese letzteren doch von dem Inhalte bei Berathung der Gesetzesvorlage Kenntniss genommen hätten und darüber in Verhandlung getreten seien. || Wenn nach solchen Vorgängen die Gesetzesvorlage von der Gesetzgebung gebilligt werde, so sei nicht anders denkbar, als dass jede Reichsregierung das Abkommen durchweg respektiren müsse.

---

*) S. Staatsarchiv Bd. XXXIX, No. 7509 und 7511.

Anlangend die Handhabung der Zollvorschriften auf der Unterelbe und dem Hamburger Staatsgebiete, so müsse der Untersuchung in der Spezialdebatte überlassen werden, aufzuklären, inwieweit dieselbe mit den bestehenden Gesetzen nicht vereinbar seien; es sei wenn möglich zu vermeiden, auf diesem Gebiete Amendirungsversuche zu der Gesetzesvorlage zu machen, da schon verfassungsmässig die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen — sofern nicht durch ein Reichsgesetz etwas anderes vorgeschrieben sei — dem Bundesrathe kompetiren, ausserdem aber noch das Zollvereinsgesetz dem Bundesrathe ausdrücklich die Befugniss zuspreche, die zu diesem Gesetze erforderlichen Regulative zu erlassen. Die Auffassung des Bundesrathes sei bezüglich des Verkehrs mit dem Freihafengebiete durch das inzwischen bereits publizirte Regulativ, betreffend die zollamtliche Behandlung der Waaren-Ein-, Aus- und Durchfuhr auf der Unterelbe, schon dahin ausgesprochen, dass derselbe die erwähnten Befugnisse für sich in Anspruch nehme. (Anlage I.) || Es erscheine um so weniger angezeigt, einen solchen Kompetenzstreit zwischen dem Reichstage und dem Bundesrathe anzuregen, als die Erklärung der Reichsregierung vorliege, dass eine Revision der Zollgesetze in Aussicht genommen sei. || Der königlich preussische Herr Finanzminister erklärte von vornherein jede Bestimmung für unannehmbar, welche die Anerkennung der vom Bundesrathe in Anspruch genommenen Kompetenz ausschlösse.

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881.

Anlangend die finanzielle Seite, wurde unter Zustimmung der ganzen Kommission von einem Abgeordneten grundsätzlich hingestellt, dass es vor allem um die Frage sich handle: || „Welchen Nutzen das Reich von dem vereinbarten Zollanschlusse habe, und ob derselbe so gross sei, dass ein Opfer von 40 Millionen dafür gerechtfertigt erscheine. || Dass Hamburg zugleich bessere Hafenanlagen erhalte, nachdem es, wie behauptet worden, gegen seine Konkurrenz zurückgeblieben zu sein scheine, könne kein Grund für die Versagung des Zuschusses sein.“

Zur Sache selbst wurde von einem Theile behauptet, dass die grossen dem Reiche wie dem Staate Hamburg und zahlreichen Privaten zugemutheten Opfer in keinem Verhältnisse ständen zu den unbedeutenden, durch den Zollanschluss der Wohnstadt Hamburg vielleicht entstehenden Vortheile. Andererseits aber wurde ausgeführt, dass der Reichsbeitrag mit Rücksicht auf die politischen, ethischen und wirthschaftlichen Vortheile keineswegs hoch erscheine; der Staat Hamburg verstehe es sehr wohl, die von ihm zu vertretenden Interessen wahrzunehmen, und die manchen Privaten entstehenden Nachtheile dürften durch die Anderen entstehenden Vortheile mindestens beglichen werden. Es sei in dieser Beziehung auf die schon seit längerer Zeit in Hamburg zu Tage getretenen Anschlussbestrebungen hinzuweisen. Durch die den Zollanschluss betreffenden, im vorigen Sommer stattgehabten Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft Hamburgs seien zwei weitere äusserst wichtige Kundgebungen von Vertretern der betheiligten Hamburger Kreise be-

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881. kannt geworden. Die Hamburger Handelskammer habe in einer Erklärung über den Zollanschluss dem Senate gegenüber unterm 7. Juni v. J. ausgeführt, dass bei Gewährung eines Freihafens, welcher sich von dem gegenwärtigen Zustande nur durch den Umfang unterscheide, sie den Bestand und die gesunde Fortentwickelung des eigentlichen Mittelpunktes der Handelsstellung Hamburgs, der eigentlichen Quelle seines Wohlstandes, für gesichert halte; sie glaube auch, dass manche Handelszweige, manche Industrieen, die bisher zu einer vollen Entwickelung nicht gelangen konnten, sich günstiger gestalten und zu einer Blüthe entfalten würden. || Die Gewerbekammer zu Hamburg erkläre in einer Eingabe von demselben Tage dem Senate gegenüber sogar ihre Ansicht dahin, || dass ihr die Genehmigung des Vertrages unbedingt geboten erscheine, während die Ablehnung den Gewerbestand aufs empfindlichste schädigen müsse.

Von der der Vorlage abgeneigten Seite wurde ferner mit besonderem Hinweis auf die Interessen der Hamburg benachbarten Plätze Folgendes geltend gemacht: || Nach der Erklärung der verbündeten Regierungen, dass die Vorlage immer wieder eingebracht werden solle, falls der Reichstag dieselbe verwerfe, und nachdem Hamburg seinen Antrag, in den Zollanschluss zu treten, gestellt habe, können die Schlusssätze auf Seite 9 der Vorlage *) nur die Bedeutung haben, dass man sich in einer Zwangslage befinde, indem ein ablehnendes Votum die Sache nicht erledigen würde. Dies dürfe die Kommission aber nicht abhalten, die wirthschaftlichen und rechtlichen Bedenken genau zu prüfen und, wenn diese Prüfung ungünstig für die Vorlage ausfalle, dieselbe abzulehnen. || Da die Einwirkung des Zollanschlusses auf die Umgebung Hamburgs noch speziell zur Erörterung kommen werde, so könne Redner sich vorerst darauf beschränken, auf die Grösse des Kostenaufwandes hinzuweisen, der zur Durchführung des Vertrages aus dem Nationalvermögen, einerlei ob aus Reichsmitteln oder aus Mitteln der Einzelstaaten, bestritten werden solle. || Es sei schon von dem technischen Herrn Kommissar erwähnt, dass die Kosten des Planes wohl den Betrag von 148 Millionen Mark übersteigen dürften. Dem Redner sei bekannt, dass man diesen Betrag sogar auf 200 Millionen beziffert habe. Zutreffende Kostenanschläge können noch gar nicht vorliegen, zumal es sich theils um Grunderwerbungen, theils und besonders um Wasserbauten handele, bei denen stets selbst sorgfältig vorbereitete Kostenanschläge unsicher blieben, und es gerade Erfahrungen an der Elbe (Ottenser Quais) bewiesen haben, wie grosse Ueberschreitungen der Anschläge nothwendig werden können. || Es sei nicht zu verkennen, dass der vorgelegte Plan von den Vertretern Hamburgs mit ausserordentlicher Klugheit aufgestellt sei. Hamburg behalte in dem neu anzulegenden Freihafengebiete seine alte Stellung als Freihandelsplatz, und bekomme mit diesem in unmittelbarster Verbindung die volle Ausnutzung aller seiner Anlagen innerhalb des Zollgebietes. || In dieser Doppel-

*) S. Staatsarchiv Bd. XXXIX, No. 7510.

stellung werden die klugen Hamburger Kaufleute nicht nur ihre bisherige Stellung im überseeischen Verkehr bewahren, sondern noch einen grossen Theil des Verkehrs, der bisher benachbarten Plätzen zugefallen sei, an sich ziehen. Wenn Hamburg doch einmal gezwungen werden sollte, in den Zollanschluss zu treten, so sei das Projekt so günstig für Hamburg aufgestellt, dass man zweifeln könne, ob es des Reichszuschusses bedürfe. Freilich würde Hamburg genöthigt, grosse Ausgaben jetzt auf Einmal zu machen, die es ohne solche Nöthigung erst allmählich gemacht haben würde; aber es erlange auch unleugbar grosse Vortheile. ‖ Indessen seien es nicht allein die Kosten Hamburgs und der Reichszuschuss zu denselben, welche zu berücksichtigen seien, sondern es müssen die Aufwendungen hinzugerechnet werden, welche durch die ganz analoge Massregel für Bremen entstehen, über welche bisher keinerlei Mittheilungen gemacht seien, ferner die Kosten, welche Preussen werde aufwenden müssen, damit Altona nicht völlig ruinirt werde. Dass für Altona Mittel aufgewendet werden müssen und sollen, habe der Herr Finanzminister von Preussen bereits in der Plenarsitzung in dankenswerther Weise erklärt. Ueber die Höhe der Kosten, die erforderlich seien, um dem Altonaer Handel und Gewerbe einigermaassen Ersatz für die Nachtheile zu gewähren, welche ihm die künftige Stellung Hamburgs zufügen werde, seien Angaben nicht gemacht; dieselben werden sich aber mindestens auf 15 Millionen Mark belaufen. ‖ Es sei nach allem diesem nicht zweifelhaft, dass der Anschluss der Städte Hamburg und Bremen an das Zollgebiet und die damit zusammenhängenden Maassregeln ein Opfer von über 200 Millionen Mark, vielleicht von über 250 Millionen Mark erfordern. ‖ Bei dieser enormen Summe werde es offenbar nothwendig sein, in der Spezialdiskussion genau zu prüfen, ob die volkswirthschaftlichen Vortheile solchen Aufwand, der einer Jahresrente von 8 bis 10 Millionen Mark gleichkomme, rechtfertigen.

Nr. 7642. Deutschland Dec. 1881.

Diesem Mitgliede gegenüber wurde entschieden bestritten, dass der Reichstag in einer Zwangslage sich befinde. Es sei gewiss erforderlich, dass der Hamburger Handel möglichst schnell in die Lage gebracht werde, mit feststehenden Verhältnissen zu rechnen. Nun könne aber weder geltend gemacht werden, dass eine ungesetzliche Pression zum Zwecke des Zollanschlusses auf Hamburg ausgeübt worden sei, noch würde die Hamburger Bevölkerung, wie die Erfahrung gezeigt habe, geneigt sein, einem ihr ungerechtfertigt erscheinenden Drucke sich zu fügen. Die Möglichkeit, dass dies seitens des Reichstages geschehen könne, müsse durchaus zurückgewiesen werden. ‖ In wie weit die Ausführungen des Redners bezüglich der Kosten zutreffen, sei nicht zu beurtheilen; übrigens seien die Kosten auch ganz überwiegend von Hamburg übernommen. Dass für Altona seitens des preussischen Staates entsprechend Sorge getragen werde, habe das Mitglied selbst erwähnt. ‖ Regierungsseitig wurde entschieden Verwahrung eingelegt gegen die Möglichkeit der Auffassung, dass die Interessen des Reiches nicht genügend gewahrt seien. Insbesondere seien monatelange zolltechnische Untersuchungen über die einzelnen Punkte

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881. des Vertrages angestellt und jedes Zugeständniss nur auf Grund eines nachgewiesenen Bedürfnisses gemacht. || Anlangend den Beitrag des Reiches, müsse auch noch darauf aufmerksam gemacht werden, dass auch bei früheren Ausdehnungen des Zollvereines Opfer gebracht worden seien; so seien seiner Zeit Frankfurt a. M. und dem Steuervereine Präcipua bewilligt worden.

Aus der Mitte der Kommission wurde bestritten, dass eine Analogie zwischen jenen Vorgängen und dem jetzt beabsichtigen Zollanschlusse bestehe.

Während der Generaldebatte war das beiliegende die staatsrechtliche Seite der Vereinbarung vom 25. Mai v. J. betreffende Amendement (Anlage II) eingebracht worden, nach welchem dem § 1 der Vorlage 7 Paragraphen vorausgeschickt werden sollten.

Beim Eintritt in die Spezialdiskussion verlangten die Antragsteller, dass das Amendement vor § 1 der Vorlage zur Berathung kommen sollte. Hiergegen erhob sich jedoch Widerspruch, weil es nöthig erscheine, sich zunächst über den Kern der Frage, die wirthschaftlich finanzielle Seite, schlüssig zu machen, ehe man sich mit den zum Theil formellen staatsrechtlichen Zweifeln befasse.

Die Kommission entschied sich für die letztere Auffassung und einigte sich auf Antrag eines Mitgliedes ferner dahin, dass die wirthschaftlich finanzielle Frage nach folgenden Gesichtspunkten zu diskutiren sei:

1. Welche Vortheile sind nach der praktischen Gestaltung des überseeischen Export- und Importhandels aus der Möglichkeit umfassender Waarenlager zu erwarten? || Inwiefern hat insbesondere die bisherige Zollvereinsniederlage den Bedürfnissen nicht entsprochen, und welche Forderungen sind aus der bisherigen Benutzung derselben für die an umfassende Waarenlagerungen in Hamburg geknüpften Erwartungen zu ziehen?

2. Welche Veränderungen würden durch die neuen Zolleinrichtungen im Vergleich zu den jetzt bestehenden Zolleinrichtungen (Kaiserliches Hauptzollamt) entstehen und zwar dergestalt, dass sie Vortheile || 1. für den Export aus dem Inlande seewärts, || 2. für den Import über See nach dem Inlande neu begründen.

3. Welche Vortheile ergeben sich aus dem Zollanschlusse Hamburgs, abgesehen von 1 und 2, insbesondere rücksichtlich || 1. des hamburgischen Consums, || 2. des Transitverkehrs, || 3. der Fabriken, Gewerbe, des Detailhandels, und welche Rückwirkungen sind hiervon auf die angrenzenden Gebiete, insbesondere Altona, zu erwarten?

4. Finanzielle Seite der Frage. (Bremen.)

Bei allen diesen Punkten standen lebhafte Meinungsverschiedenheiten sich gegenüber.

Zu Punkt 1 wurde von der einen Seite auf das grosse Interesse hingewiesen, welches die deutsche Industrie von jeher an der Beseitigung oder Modifizirung der Freihafenstellung der Hansestädte gezeigt habe. So sei auch unmittelbar nach dem Zustandekommen der Verfassung des norddeutschen

Bundes die bekannte, aus Chemnitz datirte Petition von 1400 Fabrikantenfirmen Deutschlands ergangen, und das Andrängen der Industrie nach dieser Richtung habe niemals aufgehört. Es könne nicht bezweifelt werden, dass die Industrie ihr Interesse wohl verstehe. Und es liege doch auf der Hand, dass für die deutsche Industrie die Aufstapelung von Waaren in Hamburg schwieriger sei, wenn dieselbe je für die Verwendung im Zoll-Aus- oder Inlande verschiedene Dispositionen zu treffen oder der für den See-Export notorisch ungünstig gelegenen und unzureichenden Zollvereinsniederlage sich zu bedienen gezwungen sei. Es sei hoher Werth darauf zu legen, dass die Exporteure die Waaren bequem besichtigen und deshalb die Läger deutscher Fabrikate für den Export in unmittelbarer Nähe der Komptoire der Exporteure sich befinden können. Ferner müsse der deutsche Export dadurch gewinnen, dass in Folge des Zollanschlusses Hamburg mehr als früher aus dem Inlande konsumiren und schon dadurch sein Handel nothwendig mit der inländischen Industrie in nähere Verbindung kommen werde, während jetzt das Auge des Hamburger Kaufmanns gewohnheitsmässig auf das Ausland sich richte. Es sei daher allerdings zu erwarten, dass für manche Artikel grosse Läger würden angelegt werden, welche die Bestimmung hätten, das Ausland wie das Inland zu versorgen. Die Aussicht auf die intimere Berührung Hamburgs mit der deutschen Industrie lasse auch die Hoffnung berechtigt erscheinen, dass für die nothwendig aus dem Auslande zu beziehenden Artikel, insbesondere die der deutschen Industrie erforderlichen ausländischen Rohstoffe, dem deutschen Welthafen mehr als jetzt der Vorzug vor anderen gegeben werden und somit bei Hebung desselben für eine bequemere und billigere Versorgung des Vaterlandes gesorgt werden würde. Solche Hoffnungen machten auch in Hamburg sich längst geltend; denn bekanntlich hätten 32 Hamburger Grosshändler an den auf den Zollanschluss von Hamburg gerichteten Petitionen sich betheiligt.

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881.

Diese Ausführungen wurden von anderer Seite für völlig unzutreffend erklärt. Die Einrichtung von grossen Waarenlägern durch die Industrie sei schon deshalb unmöglich, weil die Muster schnell veralten würden und bekanntlich Jedermann vermeide, sogenannte Ladenhüter zu kaufen. Das grosse überseeische Geschäft werde durch Korrespondenz oder reisende Käufer abgemacht, und habe dieser Theil des Verkehrs sich überall in die grossen Verkehrszentren, vor allen nach Paris, begeben. Für Deutschland habe Berlin eine höchst bedeutende Zentralisation übernommen; für Läger in Hamburg sei gegenwärtig wenig übrig; ausserdem sei es nicht wünschenswerth, dass hier eine Konkurrenz Hamburgs mit Berlin geschaffen werde.

Eine Mittelstellung nahm bei diesem Widerstreite der Meinungen ein Abgeordneter für Hamburg ein. Derselbe führte aus, dass nach seiner Meinung in Folge des Zollanschlusses ein regerer Verkehr zwischen der inländischen Industrie und den hamburgischen Kaufleuten stattfinden werde. Allerdings fehle es auch jetzt in Hamburg nicht an der Möglichkeit, inländische Industrieerzeugnisse bequem zu beziehen; denn es existiren in Hamburg etwa

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881. 1000 Verkaufsagenten. Aber beim Zollanschlusse würden doch intimere Beziehungen hergestellt werden, so dass hoffentlich die deutsche Industrie den Hamburger Zwischenhandel stärker benutzen werde, während sie heute am liebsten direkt mit den Detaillisten in Verbindung trete. Dass grössere Exportläger nach Hamburg gelegt werden würden, bezweifle er mit Rücksicht auf die entstehenden Kosten; wohl aber dürften Vorrathsläger in einem gewissen Umfange schon zur Versorgung des Inlandes sich bilden.

Regierungsseitig und zwar durch den hamburgischen Sekretär Herrn Roeloffs wurde das Nachstehende ausgeführt: || Die Ansichten über die Wirkungen des Zollanschlusses auf den Export deutscher Industrieerzeugnisse gingen in der Geschäftswelt ebenso auseinander, wie die in der Kommission über diesen Punkt geäusserten Ansichten. Viele inländischen Industriellen behaupteten, durch den Zollanschluss der Stadt Hamburg werde es ihnen ermöglicht, grosse Exportläger in Hamburg zu etabliren, auf denen der Exporteur jederzeit seinen Bedarf einkaufen könne, während jetzt die Geschäfte lediglich nach Proben und Mustern durch Agenten vermittelt werden müssten; die Etablirung solcher Läger werde den Export deutscher Fabrikate erheblich befördern. Einige bedeutende hamburgische Exporteure hätten sich dieser Auffassung angeschlossen und aus diesem Grunde sich schon vor längerer Zeit für den Zollanschluss Hamburgs ausgesprochen. Im Allgemeinen werde jedoch die Zweckmässigkeit der Etablirung solcher Exportläger in den hamburgischen kaufmännischen Kreisen in Zweifel gezogen, während nach einer dritten Meinung, welche auch in der Kommission durch einen hamburgischen Abgeordneten vertreten worden, zwar nicht grosse Vorrathsläger, aber doch grössere Läger von Fabrikaten entstehen würden, welche an Stelle des Kaufs nach Proben und kleineren Mustern den Kauf nach Besicht im Stück ermöglichen würden. Positives Beweismaterial lasse sich weder für die eine noch für die andere Ansicht beibringen. Aber die Bildung einer Meinung werde vielleicht durch Beantwortung der aus der Mitte der Kommission gestellten Fragen nach der Wirkung und Benutzung der Zollvereinsniederlage und nach der künftigen Zollbehandlung der deutschen und ausländischen Industrieerzeugnisse in Hamburg erleichtert. || Die Zollvereinsniederlage sei im Jahre 1870 begründet; sie umfasse jetzt 400 Firmen; die Menge der eingeführten Waaren sei von etwa 283 000 Zentnern im Jahre 1871 auf 493 000 Zentner im Jahre 1878 gestiegen; zwei erhebliche Erweiterungen der Baulichkeiten der Niederlage seien nothwendig geworden, um den vermehrten Verkehr aufzunehmen; im vorigen Jahre sei mit der Zollverwaltung wegen Verdoppelung des Terrains für die Niederlage verhandelt, um neue umfangreiche Erweiterungsbauten darauf vorzunehmen; die Sache blieb liegen, als die Lösung der Zollanschlussfrage in den Vordergrund trat. Es könne jedoch nicht behauptet werden, dass diese Verkehrszunahme ihren Grund in der Errichtung von Lägern für den Export habe; dem Exportgeschäft diene die Niederlage vielmehr nur in geringem Umfange, und zwar werde die Erklärung hierfür von den dortigen

Lagerinhabern darin gesehen, dass die Niederlage weitab vom städtischen Geschäftsverkehr an der Verbindungsbahn belegen sei. || Diese Lage habe s. Z. gewählt werden müssen, weil eine Niederlage inmitten der Stadt aus Gründen der Zollsicherheit für unzulässig gehalten worden sei und weil der nächste Zweck des Etablissements, die Erhaltung des Geschäfts in deutschen Fabrikaten nach den umliegenden, Provinzen eine bequeme Bahnverbindung nach allen Seiten erfordert habe. Grosse Vorrathläger für Export hätten während einiger Jahre in den Niederlagen bestanden, als die elsässer Textilindustrie nach der Vereinigung mit Deutschland von grosser Bedeutung für den deutschen Export geworden sei; diese Läger sollen zu der raschen Einführung der elsässer Fabrikate in den hamburgischen Exporthandel erheblich beigetragen haben. Sie seien jedoch nach einigen Jahren gleich anderen grossen Vorrathlägern in der Niederlage eingegangen oder doch erheblich eingeschränkt worden, weil die Exporteure nicht zum Besuch der entfernten Läger zu bewegen gewesen seien; die Inhaber der Läger hätten sich alsdann darauf beschränkt, für den Export grössere Musterläger in ihren Geschäftslokalitäten in der Mitte der Stadt zu halten, welche jedoch von dem Absatz nach dem umliegenden Zollgebiet ausgeschlossen seien und deshalb einen erheblichen Umfang nicht annehmen können. Die Haltung doppelter Läger in der Freihafenstadt und in der Niederlage oder dem anliegenden Zollgebiet erschwere und vertheuere aber selbstverständlich den Geschäftsbetrieb. || Die künftige Zollbehandlung der ausländischen und inländischen Manufaktur- und Kurzwaaren anlangend, so sei eine für die vorliegende Frage sehr erhebliche Abänderung beim Zollanschluss zu erwarten. Die hamburgische Handelskammer habe in den betheiligten Geschäftskreisen eine Enquete darüber veranstaltet, wieviel Raum für diese Geschäfte im Freihafengebiet erforderlich sein werde. Die ganz überwiegende Mehrzahl der Befragten habe sich dahin geäussert, dass sie zur Vermeidung getrennter Läger, für ausländische Waaren im Freigebiet und für deutsche Waaren im Zollgebiet, dringend wünschen, das Kontirungssystem anzuwenden, nach welchem die Lagerung fremder Waaren ohne Zollaufsicht in denselben Räumen mit inländischen Waaren unter Erfüllung gewisser Zollformalitäten möglich ist. Die Betheiligten haben sich überzeugt, dass sie mit diesem System, wie es in Lübeck seit 1868 praktisch gehandhabt wird, gut arbeiten können, zumal wenn in Bezug auf die Details der Zollabfertigung ihnen einige zulässige Erleichterungen gewährt werden. Immerhin aber werde hierbei für die ausländischen Waaren eine gewisse Benachtheiligung durch die Zollkontrole beim Eingang und beim Ausgang, die Lagerrevision etc. entstehen, und der Kaufmann werde bei gleichen Verhältnissen in Bezug auf Preis und Qualität wünschen müssen, zur Vereinfachung der Kontrole nach und nach ausländische Fabrikate durch inländische zu ersetzen. || Zur Bildung grösserer Läger von deutschen Waaren werde auch der Umstand mitwirken, dass Hamburg nach dem Anschluss wieder mehr als bisher die Versorgung der umliegenden Provinzen zu übernehmen haben werde, vielleicht in der

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881.

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881. Weise, dass sich grössere Kommissionsläger für die Versorgung der Detaillisten etabliren. Solche Kommissionsläger würden dann ebenfalls an der Vermittelung des Exports mehr Theil nehmen können, als es heute von der Niederlage aus möglich sei. || Das werde allerdings zuzugeben sein, dass von solchen Waaren, bei denen es auf Wirkung einzelner Farben oder Muster ankommt, von sog. Modewaaren etc., nicht grosse Vorrathläger errichtet werden dürften, weil der Bedarf zu rasch wechselt. Ausgeschlossen sei er aber immerhin nicht, dass von den Massenerzeugnissen der Textilindustrie, weissen und grauen Baumwollen- und Leinenwaaren, gewöhnlichen Wollenwaaren u. dgl., ferner von Steinzeug und Glaswaaren, von gewissen groben Eisenwaaren etc. Vorrathläger für Export entstehen können, welche in der Lage sind, selbst grosse Aufträge zur Auffüllung eines Schiffes rasch zu effektuiren. In Hamburg habe man zu der Frage die Stellung eingenommen, dass es den inländischen Industriellen überlassen werden müsse, zu beurtheilen, ob solche Läger für sie zweckmässiger und vortheilhafter seien, als die jetzige Art der Geschäftsführung; allgemein werde die Frage wohl überhaupt nicht entschieden werden können, und eine Prüfung für die einzelnen Industriezweige sei nur nach genauester Kenntniss der betreffenden Geschäftsverhältnisse möglich. || Die wesentlichsten Vortheile für Industrie und Exporthandel dürften aber darin zu erblicken sein, dass die Beseitigung der bestehenden Zollschranken die beiderseitigen Interessen einander näher bringe. Schon die Vorbereitungen zur Lösung der Anschlussfrage hätten in dieser Beziehung vortheilhaft gewirkt. Auf Einladung der Handelskammer hätten maassgebende rheinische und süddeutsche Industrielle im Januar d. J. eingehende Kenntniss genommen von dem hamburgischen Handel und Verkehr, um sich ein Urtheil zu bilden über die Anschlussfrage und über die Folgen des Anschlusses für den deutschen Export. In einem im März von ihnen erstatteten Bericht hätten sie der Ueberraschung Ausdruck gegeben über den Umfang und die Bedeutung des hamburgischen Handels und Verkehrs und die Aufrechthaltung des beschränkten Freihafens im nationalen Interesse für nothwendig erklärt; sie hätten aber zugleich den Anschluss der Wohnstadt im Interesse der deutschen Industrie gefordert, um eine innigere Berührung der Industrie mit dem Exporthandel zu ermöglichen. Im September hätten sodann 14 Mitglieder der Handelskammer diesen Besuch durch Besichtigung der Stätten der rheinischen Industrie erwidert. Sie hätten bei ihrer Rückkehr erklärt, in hohem Grade überrascht zu sein von der Leistungsfähigkeit dieser Industrie, wie von der Einsicht und dem kaufmännischen Urtheil der Leiter derselben; auf beiden Seiten sei der Wunsch nach Annäherung ein lebhafter geworden und seien Einleitungen getroffen, zum gemeinsamen Vortheil die entstandenen Beziehungen zu befestigen und zu erweitern. Bisher sei man gewohnt gewesen, die Interessen der inländischen Industrie und des hamburgischen Exporthandels gewissermaassen als entgegengesetzte anzusehen; man habe konkurrirt, statt sich zu unterstützen; wenn eine Ordre auf eine bestimmte Waare für einen bestimmten transatlan-

tischen Platz gegeben worden, so sei der Exporteur der Gefahr ausgesetzt Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881.
gewesen, dass der Fabrikant für eigene Rechnung dieselbe Waare hinaussende und dadurch den Markt überführe. || Das Verhältniss zwischen dem Exporthandel und der Industrie sei keineswegs, wie von einer Seite angeführt worden, so gut wie man es nur wünschen könne; es sei vielmehr noch in hohem Grade verbesserungsbedürftig, und sei zu dem Zweck die Wegräumung trennender Schranken gewiss wünschenswerth. || Man sei sich in Folge der historischen Entwicklung der Verhältnisse fremd geblieben. Der deutsche Welthandel sei erst etwa 50 oder 60 Jahre alt; bis in das zweite Dezennium dieses Jahrhunderts war der transatlantische Handel von den Kolonialmächten England, Holland und Spanien monopolisirt. Erst mit der Befreiung der südamerikanischen Kolonien wurde ein weites Handelsgebiet erschlossen, auf welchem die Hansestädte Deutschland einen Antheil am Welthandel zu erobern vermochten. Die Handelsartikel mussten aber selbstverständlich aus denjenigen Fabrikationsstätten genommen werden, welche die transatlantischen Märkte seit lange beherrschten; Deutschland hatte, abgesehen von der Leinen-Handweberei, noch keine exportfähige Industrie. So entstanden Beziehungen aller Art zwischen Hamburg und den englischen Fabrikplätzen, persönliche und finanzielle, hamburgische Kapitalien wurden in grossem Umfange im englischen Kommissionshandel und in der englischen Fabrikation placirt, Beziehungen, welche zum Theil noch heute von Einfluss auf die Exportverhältnisse sind. Der inländischen Industrie fehlte während ihrer Entwicklung der Rath des aus persönlicher Erfahrung mit den Bedürfnissen der transatlantischen Plätze vertrauten Exporteurs; der Exporteur beschwerte sich über mangelhafte Ausführung seiner Aufträge durch die deutschen Fabrikanten; umgekehrt führte der inländische Fabrikant Klage über unbillige Forderungen des Exporteurs. In Folge dieser Entfremdung seien manche Verhältnisse entstanden, welche als gesunde und wünschenswerthe nicht angesehen werden können. Beispielsweise kauft der hamburgische Exporteur Eisenwaaren, namentlich feinere, in Rochester und Sheffield, welche in Solingen mit dem englischen Fabrikationszeichen angefertigt sind; ähnliche Verhältnisse sollen bei einigen Manufakturwaaren bestehen. || Es bedürfe einer kräftigen anregung von Aussen, um aus diesen Verhältnissen in neue Bahnen überzuleiten und bei Fabrikanten und Exporteuren die Ueberzeugung zu befestigen, dass es ihre Aufgabe sein muss, sich zum Wohle des Ganzen und zum gemeinsamen Vortheil zu unterstützen, statt sich im auswärtigen Markt zu bekämpfen. Die nationale Einigung habe in dieser Beziehung bereits Vieles gebessert; die Beseitigung der Zollschranken werde die Annäherung wesentlich fördern.

Zu Punkt 2. Die hier gestellte Frage wurde zunächst von der Kommission dahin deklarirt, dass es sich darum handle, die Aenderungen festzustellen, welche gegenüber dem jetzigen gesetzlichen oder regulativmässigen Zustande eintreten sollen und zwar zugleich mit Rücksicht darauf, ob es sich um gesetzliche Aenderungen handeln werde.

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881.

Es wurden hierauf in der Kommission die einzelnen Erleichterungen konstatirt und besprochen, welche gegenüber den bestehenden Vorschriften durch die Vereinbarung und das Nebenprotokoll vom 25. Mai v. J. für Hamburg im Zollabfertigungsverfahren in Aussicht gestellt worden seien. Eine Aufzählung dieser Punkte erscheint hier mit Rücksicht auf den Inhalt der Vorlage nicht erforderlich. Die Erleichterungen wurden als recht weitgehende und um so werthvollere bezeichnet, als auf dieselben nach den regierungsseitigen Erklärungen auch von den übrigen deutschen Seehäfen und binnenländischen Handelsplätzen gerechnet werden dürfe.

Auf die Frage, inwieweit auf die von den Vertretern Hamburgs sub 2 des Nebenprotokolles verlautbarten Wünsche seitens des Bundesrathes etwa bereits eingegangen sei und wie die bestehende Gesetzgebung dazu sich stelle, erklärte Namens der Reichsregierung der kaiserliche Regierungsrath Herr Neumann Nachstehendes: || Für jeden grösseren Seehafen beständen Regulative unter Berücksichtigung der besonderen localen Verhältnisse. Anlangend die Hamburg betreffs der Zollabfertigung gemachten Zusagen sei zu bemerken, dass die in der Vereinbarung vom 25. Mai unter Ziffer 4 Nr. 5 enthaltenen Abreden, so werthvoll dieselben auch für Hamburg seien, doch nur allgemeine Grundsätze feststellen. Hierzu seien in das Nebenprotokoll von demselben Tage einige spezielle Wünsche Hamburgs und die darauf bezüglichen Erklärungen der Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers aufgenommen worden. || Weder im Bundesrathe noch bei der Reichsregierung seien bisher nähere Erwägungen in der Richtung angestellt worden, inwieweit diese Abreden eine Aenderung bestehender gesetzlicher oder Verwaltungsvorschriften bedingen. Er sei somit nicht in der Lage, Namens des Bundesrathes oder der Reichsregierung dem obigen Wunsche zu entsprechen. Indessen könne er aus seiner persönlichen Kenntniss dieser Vorschriften und des Abfertigungsverfahrens zu den im Nebenprotokoll aufgeführten Punkten Folgendes bemerken:

1. Zu Ziffer 2 c. Das den Begleitungs- und Bewachungsdienst versehende Personal werde schon gegenwärtig bei starkem Verkehrsandrange vielfach durch vorübergehend angenommene Hülfskräfte verstärkt, wie auch schon gegenwärtig in einzelnen Fällen, so namentlich bei den Abfertigungen in Privattransitlägern von Holz die Gewichtsermittelung durch, auf die Wahrnehmung des Zollinteresses beeidigte Privatpersonen zugelassen sei. Wo ein Bedürfniss hierzu vorliege, dürfe auch schon gegenwärtig die Vornahme der Zollabfertigung auf den Lagerräumen der Kaufleute gestattet werden. || Ob und inwieweit eine Befugniss der Hamburger Zollverwaltung, den Transport der Waaren aus dem Freihafenbezirk nach den Bahnhöfen und nach den Lagerräumen im Zollgebiete zur weiteren Zollbehandlung in Verschlussfahrzeugen ohne besondere Deklaration und Revision eventuell unter Personalbegleitung vornehmen zu lassen, eine Aenderung der bestehenden Vorschriften bedinge, könne er zur Zeit und ohne nähere Erwägung der in Betracht kommenden Verhältnisse nicht übersehen.

2. Zu Ziffer 2 d. Die fünfjährige Lagerfrist sei für Kontenläger überhaupt nicht, für Privattransitläger ohne amtlichen Mitverschluss aber nur als Regel durch das Vereinszollgesetz vorgeschrieben; Ausnahmen hiervon seien schon gegenwärtig zulässig. Die Abhaltung zweier Lagerrevisionen jährlich beruhe auf Verwaltungsvorschriften, und sei der Wegfall der zweiten Lagerrevision schon gegenwärtig für Privattransitläger von Getreide und Holz zulässig. || Nach § 14 des Regulativs für Privatläger sei es schon gegenwärtig ausnahmsweise zulässig, in Privattransitlägern ohne amtlichen Mitverschluss von der Festhaltung der Identität der Kolli abzusehen. || Ebenso sei schon gegenwärtig in einzelnen Fällen der Veredelungsverkehr mit kontirten Waaren zugelassen.

Zu Punkt 3 Nr. 1. Von einem Theile der Kommission wurde die Ansicht geltend gemacht, dass der Zollanschluss nicht die Folge haben könne, dem Inlande durch den hamburgischen Konsum erhebliche Vortheile zuzuführen. Schon gegenwärtig würden 70 Prozent des Hamburger Konsums durch das Inland gedeckt; berücksichtige man den von dem Reste dem Auslande nothwendig verbleibenden Theil, so könne man nur unbedeutende Vortheile zugestehen. Auch werde durch den Eintritt in das Zollgebiet Hamburgs Konsumtionskraft vermindert werden; von dem Gesammteinkommen Hamburgs betrage der Kopftheil 672 M. 82 Pf. Diesen Ausführungen wurde von anderen Mitgliedern der Kommission und regierungsseitig entgegengestellt, dass nicht zu bezweifeln sei, dass inländische Artikel in höherem Maasse als bisher zum Konsum gelangen würden. Der Zutritt einer im Durchschnitt sehr wohlhabenden Bevölkerung von fast 500 000 Seelen zum Zollgebiete müsse nach dieser Richtung nothwendig eine erhebliche Wirkung äussern. || Auch wurde auf den Eintritt des Steuervereins in den Zolltarif exemplifizirt und darauf hingewiesen, dass durch denselben der Konsum zollinländischer Fabrikate erheblich zugenommen habe.

Zu Punkt 3 Nr. 2. Bezüglich des Transitverkehrs wurde zunächst seitens des hamburgischen Sekretärs Herrn Roeloffs nachstehende Darstellung gegeben:

Der Güterverkehr mit den Eisenbahnen müsse, soweit er zum Wiedereingang in das Zollgebiet bestimmt ist, während des Aufenthalts auf den im Freihafengebiet belegenen Bahnhöfen unausgesetzt unter Zollkontrole gehalten werden, um die inländische Abstammung der Waaren bei der Wiedereinfuhr konstatiren zu können. Erschwert werde diese Zollkontrole dadurch, dass der Eisenbahnverkehr von Hamburg sich auf 4 entfernt von einander belegene Bahnhöfe vertheile, zwischen denen die Uebergabe von Transitwagen zur Weiterbeförderung zu gewissen Tageszeiten erfolgt. Die zum Transit durch das Freihafengebiet bestimmten Eisenbahnwagen seien entweder an der inländischen Abgangsstation oder an der letzten Station im Zollgebiet vor Hamburg zur Durchführung durch das Freihafengebiet anzumelden. Werde die rechtzeitige Anmeldung versäumt und kommen die Wagen auf den Bahn-

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881. höfen in Hamburg ohne Zollkontrole an, so entstehen für die Bahn wie für den Spediteur oder den Waarenempfänger erhebliche Weiterungen. Die Waaren werden alsdann bei der Wiedereinfuhr in das Zollgebiet als ausländische angesehen; es werde die Deponirung des Zolles für dieselben gefordert, und in einem vorläufigen Ermittelungsverfahren habe die Bahn oder der Spediteur nachzuweisen, dass die Waaren aus dem Inlande stammen und dass die Anmeldung derselben zur Zollkontrole während des Transits nur aus Versehen unterblieben sei. Dieser Fall sei ein so gewöhnlicher geworden, dass sich eine eigene technische Bezeichnung „verlaufenes Gut" dafür gebildet habe und dass bei der Zollverwaltung, bei den Eisenbahnen und bei den Geschäftstreibenden nach und nach eine feste Praxis in Bezug auf Behandlung solcher verlaufenen Güter entstanden sei. Die Festhaltung der inländischen Abstammung erfolge bei ordnungsmässiger Anmeldung für ganze Wagenladungen in geschlossenen Wagen durch Zollverschluss; bei dem Transit einzelner Kolli sowie bei Wagenladungen auf offenen Wagen trete Abfertigung auf Deklarationsschein mit Revision der Kolli oder Personalbegleitung ein. Unmittelbare Ueberführung der Wagen und Waaren von einem Bahnhof auf einen andern finde nicht statt.

Der mit den Eisenbahnen transitirende Personenverkehr unterliege in allen Richtungen der Zollcontrole beim Wiedereingang in das Zollgebiet. Durchgehende Personenwagen, in denen die Passagiere von einem Bahnhofe zum andern befördert würden, bestehen nicht. Für den Transit auf der Hamburg-Altonaer Verbindungsbahn nach dem Norden und umgekehrt bestehe die Beförderung von Passagiergepäck unter Zollverschluss, eine Einrichtung, von der übrigens kein umfangreicher Gebrauch gemacht werde, weil die Reisenden mit den dabei zu erfüllenden Zollformalitäten nicht bekannt seien. Im Uebrigen müsse der das Freihafengebiet transitirende Personenverkehr der speziellen Zollrevision unterzogen werden, gleich jedem aus dem Auslande kommenden Passagier- und Gepäckverkehr.

Nach der vorliegenden Vereinbarung über den Zollanschluss Hamburgs werde dieser gesammte Güter- und Personenverkehr von jeder Zollcontrole befreit, weil sämmtliche Eisenbahnhöfe innerhalb der Zollgrenze belegen sein werden.

Ein Transitverkehr von der Oberelbe nach der Unterelbe und umgekehrt durch das Freihafengebiet finde in erheblichen Umfange zur Zeit nicht statt. Der Elbverkehr in beiden Richtungen endige grösstentheils in Hamburg und Altona. Güter, welche von der Oberelbe nach der Unterelbe bestimmt seien, z. B. Rohrzucker, werden am Entenwärder unter Zollaufsicht aus den oberelbischen Kähnen in die unterelbischen Fahrzeuge umgeladen. Diese Umladung würde später ohne Zollaufsicht im Zollgebiete geschehen können.

Der lokale Fracht- und Marktverkehr von der Unterelbe werde jetzt bei der Rückkehr der Fahrzeuge an ihre Abfahrtstelle zollamtlich kontrolirt und sei deshalb auf bestimmte Anlegestellen beschränkt, welche unter Zoll-

kontrole stehen. Nach dem Zollanschluss der Unterelbe werde bis zum Anschlusse Hamburgs die Kontrole der von Hamburg-Altona zurückkehrenden Fahrzeuge und Personen bei der Zollgrenze in Neumühlen geschehen. Die von Hamburg mit Dampfschiffen nach den Plätzen an der Unterelbe fahrenden Personen, ca. 350 000 jährlich, unterliegen der Zollkontrole theils beim Besteigen, theils beim Verlassen der Dampfböte. Die gleichen Zollkontrolen finden für den lokalen Fracht- und Marktverkehr und den Personenverkehr nach der Oberelbe Anwendung. Bei Ausführung der vorgelegten Projekte für den Zollanschluss Hamburgs werde auch dieser gesammte Verkehr auf der Unterelbe und der Oberelbe von Zollkontrolen befreit.

Nr. 7642. Deutschland Dec. 1881.

Die von der Oberelbe nach Hamburg kommenden Kahnladungen Getreide, Sprit, Zucker etc. können nicht mehr nach dem Zollgebiete verkauft werden, sobald sie die Zollgrenze beim Entenwärder überschritten haben. Der Eigenthümer müsse deshalb, um sich die Möglichkeit dieses Verkaufs offenzuhalten, die Kähne oberhalb der Zollgrenze auf der Elbe in weiter Entfernung von der Stadt liegen lassen. Von den Schifffahrtsinteressenten werde über die daraus entstehenden Gefahren, von den Kaufleuten über die Beschwerden für den Geschäftsverkehr Klage geführt. Nach dem Zollanschluss werden die Kähne in den Zollhäfen in unmittelbarer Nähe der Stadt liegen können, bis Entscheidung über Bestimmung der Ladung getroffen ist.

Herr Regierungsrath Neumann fügte hinzu, dass für das Etatsjahr 1878/79 für den Landverkehr in Hamburg und Altona 40 000 Deklarationsscheine ausgestellt worden seien.

Die Kommission erkannte hierauf an, dass bezüglich des Transitverkehrs allerdings erhebliche Erleichterungen sich ergeben würden. Dagegen machte ein Kommissionsmitglied auf die seines Erachtens für den Verkehr von Altona sich ergebende Gefahr in nachstehender Ausführung aufmerksam: || Altona, bisher als Freihandelsplatz in ganz gleicher Stellung mit Hamburg, werde dieses Vorzugs beraubt, während Hamburg sein Freihafengebiet erhalte, welches nach dem Projekt in unmittelbarstem räumlichen Anschluss neben seinem Zollgebiete liege. Dass unter diesen Bedingungen Altona die wenigen Vortheile, welche es bisher vermöge seiner Lage, etwas weiter unterhalb an der Elbe, auszunützen vermochte, verlieren würde, liege auf der Hand. || Vor allem aber sei das, im hamburgischen Interesse sehr geschickt aufgestellte Kanalprojekt geeignet, die Interessen Altona's zu verletzen und einen Theil des bisher Altona zufallenden Verkehrs Hamburg zuzuwenden. || Alle Güter, die im Zollgebiete von der Oberelbe oder der Unterelbe nach Hamburg und Altona gehen sollen, müssen den neu herzustellenden Kanal passiren. Es sei aus der mitgetheilten Statistik feststehend, dass der Raum auf diesem Kanal so sehr durch den speziell für Hamburg bestimmten Verkehr in Anspruch genommen sei, dass ein Transitverkehr so gut wie ausgeschlossen sein werde. Was in gebrochener Landung für das Zollgebiet theils Hamburgs, theils Altona's bestimmt sein werde, bleibe sicher ganz in Hamburg, dem Haupt-

Nr. 7642. Deutschland Dec. 1881. platze; der Schiffer werde nicht erst theilweise in Hamburg löschen und dann die beschwerliche Kanalfahrt nach Altona machen. Durch Schuten löschen zu lassen und in diesen nach Altona die Güter zu befördern, sei, wegen der gegenwärtigen ungünstigen Stromverhältnisse der Elbe für den Schutenverkehr bei Altona, unzulässig. || Dies also würde der Erfolg der künstlichen Zustände sein, die man schaffen wolle und für welche man den besten und befahrensten Theil der Elbe der freien Schifffahrt verschliesse und dieselbe auf ein enges beschwerliches Fahrwasser im Kanal hindränge. || Altona entgehe der bisherige Verkehr, der dem Freihafengebiete sich zuwendet; es entgehe ihm auch ein Theil seines Transitverkehrs, der dem mächtigen und in allen Kommunikationen zu Wasser und zu Lande günstiger gestellten Hamburg zufalle. || Wenn bei den früheren Erörterungen über den Zollanschluss gesagt worden sei, Altona dürfe nicht darunter leiden, dass Hamburg nicht in den Zollanschluss treten wolle; wenn Hamburg nicht die Vortheile des Anschlusses haben möge, so solle Altona allein eintreten — dann sei man also der Meinung gewesen, Altona solle dem widerstrebenden Hamburg gegenüber begünstigt werden. Dass dieser in Aussicht genommene Anschluss Altona's in Hamburg keinen Eindruck gemacht habe, sei bekannt. Jetzt aber stelle sich genau das Gegentheil der vermeintlichen Begünstigung durch den Zollanschluss für Altona heraus. Altona werde bei weitem am meisten geschädigt, und es werde die Aufgabe der preussischen Regierung sein, den der preussischen Stadt Altona drohenden Ruin durch die ausgiebigsten Mittel abzuwenden. Diese können nur (abgesehen von den, allen Seeplätzen in gleicher Weise wie Hamburg zugesicherten Erleichterungen der Zollabfertigung) darin bestehen, dass bei Altona an der Elbe bedeutende Verbesserungen für den Schifffahrtsverkehr gemacht und dass Eisenbahnverbindungen von der Elbe bei Altona direkt in das Zollinland hergestellt würden. || Nur durch solche Maassregeln werde einigermassen Altona's Verkehr und der des damit zusammenhängenden Hinterlandes in dem bisherigen Umfange aufrechtzuerhalten sein. || Die Nachtheile, welche das Hinterland, z. B. Schleswig-Holstein, ohne solche Maassregeln zu besorgen habe, seien darin zu finden, dass theils der für den inländischen Konsum bestimmte direkte Bezug aus dem Freihafengebiet Altona's für eine Menge von Plätzen fortfalle, theils und besonders darin, dass der lebhafte Transitverkehr von Altona via Kiel nach dem Norden, der eine blühende Rhederei geschaffen habe, in hohem Maasse gefährdet werden würde. Dieser Verkehr, welcher allein an Gütern des Spezialtarifs ebenso viel betrage, als der höchste Betrag der Güter in der Zollvereinsniederlage, werde andere Wege einschlagen; entweder aus dem künftigen hamburger Freihafengebiete mit Hülfe der viel günstiger liegenden Hamburg-Lübecker Bahn, oder durch Wiederaufnahme einer, durch die in Kiel entstandene Rhederei in Wegfall gekommenen direkten Seeverbindung von Hamburg nach dem Norden. || Es folge hieraus, dass, wenn die Ausführung der Vereinbarung für Hamburg Vortheile mit sich bringe, denselben Schädigungen anderer Städte und Gebiete

gegenüberstehen, die nur durch neue erhebliche Geldopfer gemildert werden können. Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881.

Hierauf wurde entgegnet: || Das Kanalprojekt werde auf die Handelsstellung Altona's durchaus ohne Einfluss bleiben. Es sei ein Irrthum, dass alle vom Zollgebiet der Oberelbe oder der Unterelbe nach Altona bestimmten Güter den Kanal passiren müssten. Altona liege bekanntlich weiter elbabwärts als Hamburg; die von der Unterelbe kommenden Fahrzeuge könnten also in Altona bleiben, ohne mit dem hamburgischen Zollkanal in Berührung zu kommen. Aber auch von der Oberelbe könnte Altona auf dem bei Harburg vorbeifliessenden Elbarm, der Süderelbe, welcher ganz dem Zollgebiet angehöre, ohne Berührung des hamburgischen Zollkanals oder des Freihafengebietes erreicht werden. Grosse oberelbische Frachtfahrzeuge, welche Ladung theils für Hamburg, theils für Altona an Bord haben, würden ganz wie bisher denjenigen Hafen aufsuchen, für den der grösste Theil der Ladung bestimmt ist, und den Rest dem anderen Hafen mit Schuten zuführen. Beispielweise würden also Getreidekähne wie bisher an dem grossen Getreidespeicher in Altona löschen und etwaige Beiladungen mit Schuten nach Hamburg schicken. Dass ein Schutenverkehr zwischen Hamburg und Altona wegen der Stromverhältnisse unzulässig sei, beruhe auf Irrthum; fast die gesammte Waarenbewegung zwischen Altona und Hamburg werde mit Schuten befördert, von denen mehrere Hundert täglich hin und her fahren. || Auch die befürchteten Nachtheile für den Transitverkehr Altona's nach dem Norden werden nach Lage der örtlichen Verhältnisse nicht eintreten können. Die Altona-Kieler-Bahn sei in der Lage, direkt von der Elbe aus den Schuten die Waaren aufnehmen zu können. Der Lübecker Bahnhof in Hamburg liege dagegen hinter Schleusen, welche den Verkehr erschweren und verlangsamen. Die Befürchtung beruhe dem Vernehmen nach auf der Annahme, dass die Zollbehandlung der im Transitverkehr nach dem Norden zu versendenden Güter in Altona mehr Schwierigkeiten bereiten würde als in Hamburg.

Der kaiserliche Regierungsrath Herr Neumann bestätigte unter Bezugnahme auf die bezüglichen Erklärungen des königlich preussischen Herrn Finanzministers, dass die in dem Nebenprotokoll für Hamburg in dieser Beziehung getroffenen Abreden voraussichtlich auch auf Altona Anwendung finden würden.

Der königlich preussische Herr Finanzminister wies wiederholt auf seine bereits bei der Berathung des Gesetzentwurfs im Reichstage abgegebene Erklärung hin, dass den Bedürfnissen des Altonaer Handels und Verkehrs volle Rechnung getragen werden solle durch Erweiterung der Quai-, Hafen- und Eisenbahnanlagen.

Zu Punkt 3 Nr. 3. Hier wurde von einem Theil der Kommissionsmitglieder behauptet, dass nach dem bisherigen Verlaufe der Verhandlungen Vortheile für die Industrie, das Gewerbe und den Detailhandel des Zollinlandes nicht zu ersehen seien. Dagegen sei die Befürchtung begründet, dass

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881. in Hamburg eine Industrie entstehen werde, mit welcher die des Binnenlandes nicht konkurriren könne. Ferner sei anzunehmen, dass das Hamburger Kapital sich mehr als bisher dem Gewerbetriebe und dem Detailhandel zuwenden und damit gegen die gleichen Geschäftsbranchen der Umgebung Hamburgs eine übermächtige Konkurrenz eröffnen werde. Ganz besonders treffe das Altona gegenüber zu.

Es wurde hierauf entgegnet, dass bereits geltend gemacht worden sei, welche Vortheile die deutsche Industrie sich davon verspräche, in dem bisherigen Zollausschlusse einen grösseren Konsum und mehr Berücksichtigung zu finden als jetzt; in Folge der Befreiung des lokalen Verkehrs von jeder Zollabfertigung und des voraussichtlichen Aufschwunges der Stadt Hamburg würden auch manche Zweige des Detailhandels in der Umgebung des gegenwärtigen Zollausschlusses gewinnen, insbesondere der mit landwirthschaftlichen Produkten. Richtig sei, dass in Hamburg die Zahl der Fabriken sich steigern werde; es sei indess vermöge der hohen Löhne, an welche die Arbeiterbevölkerung der grossen Handelsstadt gewöhnt sei, nicht anzunehmen, dass die Industrie in Hamburg zu einer bedeutenden, die des Binnenlandes beeinträchtigenden Entwickelung gelangen werde. Der Gewerbebetrieb und der Detailhandel Hamburgs werde allerdings wahrscheinlich einen Aufschwung nehmen und vielleicht von solchen Dimensionen, dass die Konkurrenz für die Umgegend und namentlich für Altona in einzelnen Branchen gefährlich sei. Diesen Nachtheilen ständen indess, anlangend das Zollinland, die sonstigen Vortheile gegenüber, welche dasselbe von dem Anschlusse erwarten könne. Wenn einzelne Plätze in ihrem Kleinhandel und Gewerbe vorübergehend leiden sollten, so dürfe deshalb nicht Anstand genommen werden, einen Zustand zu beseitigen, welchen die deutsche Nation längst als einen unnatürlichen bezeichnet habe. Anlangend Altona, sei doch zu berücksichtigen, dass ihm nach der in Rede stehenden Richtung an sich die gleichen Chancen entgegengetragen würden, wie Hamburg. Es sei nicht denkbar, dass Altona's Gewerbebetrieb und Detailhandel nicht auch noch profitiren solle; dazu kämen die Verkehrserleichterungen, die Altona gleich Hamburg erhalten würde.

Zu Punkt 4. Die Kommission stimmte in der Ansicht überein, dass es nicht möglich sei, den wirthschaftlichen Effekt des Zollanschlusses von Hamburg zahlenmässig zu berechnen. Ein Theil der Kommission war der Ansicht, dass aus den dargelegten Verhandlungen resultire, dass für das Reich durch den Zollanschluss von Hamburg gar keine oder doch höchstens ganz unbedeutende wirthschaftliche Vortheile würden geschaffen und nur die Machtstellung Hamburgs im vaterländischen Handel würde vergrössert werden. Dafür aber werde Hamburg genöthigt, enorme Ausgaben zu leisten, welchen es sich andernfalls entweder gar nicht oder doch nur in langen Zeiträumen unterzogen haben würde. Es sei doch auch in Betracht zu ziehen, dass mit den in Hamburg aufzuwendenden Kosten erst ein Theil derselben bestritten sei; rechne man die Kosten, welche beim Zollanschlusse von Altona im Interesse

der Lebensfähigkeit dieser Stadt aufgewendet werden müssen, und die des Zollanschlusses von Bremen hinzu, so werde man voraussichtlich zu einer Gesammtausgabe von mehr als 200 Millionen gelangen. || Es frage sich überhaupt, ob nicht der Präjudizialeinwand zu stellen sei, dass nur über die Zollanschlüsse von Hamburg und Bremen gemeinsam zu verhandeln sei. Der Zollanschluss von Bremen müsse als eine nothwendige Konsequenz dessen von Hamburg angesehen werden, und unmöglich könnten diese beiden Staaten vom Reiche mit verschiedenem Maasse gemessen werden.

Seitens des königlich preussischen Herrn Finanzministers wurde zu dem letzten Punkte erwidert, dass allerdings wegen des Zollanschlusses von Bremen schon Einleitungen getroffen seien, dass es aber nach dem Kraftaufwande, welchen die Verhandlungen mit Hamburg erfordert hätten, unmöglich gewesen sei, auch mit Bremen schon zu einer Einigung zu kommen; er könne auch nicht zugeben, dass der Reichstag in einer günstigeren Lage sich befinden würde, wenn er über beide Zollanschlüsse zu verhandeln hätte, da die örtlichen Verhältnisse Bremens von denen Hamburgs verschiedene seien.

In Unterstützung dieser Ansicht wurde von Mitgliedern der Kommission ausgeführt, dass schon die Beurtheilung der gegenwärtigen Vorlage eine äusserst schwierige sei, und dass diese Schwierigkeiten unzweifelhaft durch ein gleichzeitiges Befinden über den Zollanschluss von Bremen noch in hohem Maasse würden vermehrt worden sein. Den verbündeten Regierungen könne kein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn zunächst nur eine Vorlage wegen des Zollanschlusses von Hamburg gemacht worden sei; denn es sei bekannt, dass gerade diese Frage eine so dringende geworden, dass vor allem auf deren Beseitigung hinzuwirken gewesen sei. Endlich sei der Reichstag nicht berechtigt, der sachlichen Prüfung der Vorlage um deshalb sich zu entziehen, weil die Verhandlungen über den Zollanschluss von Bremen noch ausständen. Die Vorlage entspringe einem verfassungsmässigen Rechte der verbündeten Regierungen, und es sei die verfassungsmässige Pflicht des Reichstages, sich der Prüfung ihrer Begründung zu unterziehen, ohne Rücksicht darauf, dass dieselbe vielleicht hätte erweitert werden können.

Von derselben Seite wurde weiter behauptet, dass bei allen zur Prüfung gekommenen Punkten sich eine Summe von Vortheilen für das Reich ergeben habe. Es müsse nothwendigerweise von der Tragweite der einzelnen Punkte abgesehen, das Projekt des Zollanschluses von Hamburg vielmehr im Ganzen aufgefasst werden, und da könne nicht bestritten werden, dass der Zollanschluss von hoher Wichtigkeit erscheine. Dem Reiche erwüchsen wirthschaftliche Vortheile; der Gedanke der nationalen wirthschaftlichen Einheit, wie er in der Verfassung zum Ausdruck gekommen, werde weiter gefördert; Unzuträglichkeiten, welche das deutsche Gefühl beleidigen, würden beseitigt. Wenn nicht bestritten werden solle, dass der zu schaffende neue Zustand für Hamburg selbst erhebliche Vortheil bergen würde, so sei darin ein Grund gegen die Vorlage gewiss nicht zu finden. Das Emporblühen der Handelsstellung Hamburgs

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881. müsse nach dessen Hineinziehung in das Zollgebiet nothwendig dem Reiche zugute kommen, und jemehr ein Aufschwung des Hamburger Handels erwartet werden könne, destomehr Veranlassung habe das deutsche Reich, das Emporheben dieses Handels zu fördern. Die vom Reiche geforderte Summe erscheine gering gegenüber den materiellen und ideellen Interessen, um welche es sich handle; andere Nationen hätten bekanntlich ihren Handelsemporien lediglich aus materiellen Rücksichten ganz andere Summen bewilligt, als hier in Frage gebracht seien. Dazu komme endlich noch die Möglichkeit, dass das Reich durch seinen Zuschuss eine neue Belastung überhaupt nicht erfahren werde. Es sei bekannt, dass die Bevölkerung Hamburgs durch die Festsetzung des Zuschlages von 5 M. pro Kopf zu den Aversen in keiner Weise unangenehm berührt, dass damit vielmehr gewisse Besorgnisse beseitigt worden seien. Es sei nicht ausgeschlossen, dass in Folge des projektirten Zollanschlusses der Mehrertrag an Zöllen die Aversen um den Betrag der Zinsen von dem Reichszuschusse übersteigen könne.

Nachdem die Richtigkeit der auf die Aversen bezüglichen Ausführung noch seitens des hamburgischen Senators Herrn Versmann bestritten worden war, erfolgte Schluss der Debatte über § 1 der Vorlage und wurde zur Abstimmung über denselben geschritten, obgleich seitens der Minorität der Kommission abermals verlangt wurde, dass zunächst über das Amendement verhandelt werden sollte.

Das Resultat der Abstimmung war, dass § 1 mit 11 gegen 2 Stimmen angenommen wurde, während 8 Mitglieder der Abstimmung sich enthielten.

In zweiter Lesung erfolgte die Annahme mit 16 gegen 5 Stimmen.

Der Diskussion über § 1 der Vorlage folgte die über das Amendement.

Zu § 1 des Amendements. Für die Annahme dieses Paragraphen wurde geltend gemacht, dass es sich darum handle, die Zweifel zu beseitigen, zu denen Artikel 34 der Reichsverfassung bisher Veranlassung gegeben habe. In den Abmachungen mit Hamburg habe man es selbst regierungsseitig für erforderlich erachtet, Bestimmungen darüber zu treffen, wie Artikel 34 in Zukunft aufzufassen sei; damit habe man die Zweifelhaftigkeit der Sache zugestanden; sodann werde aber in den Abmachungen das neu zu schaffende Freihafengebiet als ein dauerndes behandelt, während bisher darüber die entgegengesetzte Ansicht die prävalirende gewesen sei; das Rechtsverhältniss müsse im Interesse Hamburgs nothwendig auf eine zweifellose Basis gestellt werden, und dies solle durch den vorgeschlagenen Paragraphen geschehen.

Gegen diese Begründung wurde von der Kommission ausgeführt, dass nach dem klaren Wortlaute der Verfassung die Beseitigung der Freihafenstellung der Hansestadt Hamburg nur auf deren Antrag zulässig sei; was von dem früheren Freihafengebiete gegolten habe, bleibe selbstverständlich bezüglich des reduzirten Theiles bestehen; der Paragraph bezwecke also etwas Selbstverständliches, und es sei zu vermeiden, über Bestimmungen der Reichsverfassung ohne dringenden Grund neue gesetzliche Bestimmungen zu treffen, da

dies insbesondere mit Rücksicht auf die eigenthümliche Natur der Reichsverfassung leicht zu Unklarheiten und dadurch zu Unzuträglichkeiten führen könne. || Regierungsseitig wurde erklärt, dass der Bundesrath mit Hamburg darin einig sei, dass für den reduzirten Freihafenbezirk Alles beim Alten bleibe und Artikel 34 der Reichsverfassung genau in derselben Weise für den Rest seine Kraft behalte, wie er sie bisher für den ganzen Freihafen besessen habe. || Von einem Mitgliede der Kommission wurde nunmehr ausgeführt, dass bei dieser materiellen Einigkeit umsoweniger Grund vorhanden sei, sich einer gesetzlichen Regelung zu widersetzen, welche bei den bekannten Zweifeln in dieser Frage gewiss wünschenswerth sei. || Der Paragraph wurde in der ersten Lesung mit 16 gegen 5, in der zweiten Lesung mit 10 gegen 3 Stimmen angenommen.

Zu § 2 des Amendements. Die Antragsteller motivirten diesen Paragraphen damit, dass die Frage, ob zu dem Anschlusse der Unterelbe an das Zollgebiet ein Gesetz erforderlich sei oder eine Verordnung genüge, eine bestrittene sei. Es empfehle sich deshalb, eine gesetzliche Regelung herbeizuführen. Der Antrag stelle in entgegenkommender Weise materiell das fest, was der Bundesrath für sich in Anspruch nehme, trage aber doch auch dem Standpunkte derjenigen Rechnung, welche ein Gesetz für nothwendig erachten. || Hiergegen wurde vorgebracht, dass der Paragraph unannehmbar sei, weil der Sinn desselben parlamentarisch unbeanstandeten Vorgängen widerspreche. Ausserdem sei es unzweckmässig und unnütz, einen alten Streitfall, welcher seine praktische Bedentung verloren habe, bei dieser Gelegenheit zum Austrage zu bringen und so vielleicht den Streit aufs neue anzufachen. || Bei der Abstimmung fiel der Paragraph mit 11 gegen 9 Stimmen.

Zu § 3 des Amendements. Der Antrag wurde dadurch motivirt, dass durch Nr. 3 der Abmachung vom 25. Mai v. J. Artikel 36 der Reichsverfassung verletzt erscheine. || Hierauf wurde regierungsseitig erwidert: || Der Artikel 36 der Reichsverfassung werde nicht verletzt, weil derselbe die eigene Zollverwaltung nur denjenigen Bundesstaaten dauernd entziehe, welche dieselbe beim Erlass der Verfassung nicht mehr besessen hätten. Hamburg und andere damals ausserhalb des Zollgebietes befindliche Bundesstaaten hätten aber eine eigene Zoll- und Steuerverwaltung von jeher besessen; auf sie habe daher Artikel 36 nicht Bezug haben sollen. Als beide Mecklenburg angeschlossen worden seien, haben sie ohne weiteres ihre eigene Zollverwaltung eingeräumt erhalten; dasselbe sei bei Elsass-Lothringen der Fall gewesen; Lübeck dagegen habe auf dieses Recht verzichtet. || Seitens eines Abgeordneten wurde hierauf aus der seiner Zeit der Hamburger Bürgerschaft vom Senat gemachten Vorlage deduzirt, dass die Reichsregierung bei den Verhandlungen anfänglich den entgegengesetzten Standpunkt angenommen habe. || Der hamburgische Senator Herr Versmann erwiderte, dass die hamburgischen Kommissare aus den vorbereitenden Besprechungen diesen Eindruck allerdings gewonnen hätten. Doch habe die Frage zu einer eigentlichen Kontroverse zwischen Hamburg und der

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881. Reichsregierung nicht geführt. || Mit Rücksicht auf die regierungsseitigen Erklärungen wurde § 3 von den Antragstellern zurückgezogen.

Zu §. 4 des Amendements. Das Amendement lautet nach einer von den Antragstellern selbst vorgenommenen und einer von ihnen in Konsequenz des Fortfalles des § 2 zugestandenen Aenderung wie folgt:

„§ 4.

Die aus der See nach dem Freihafengebiete Hamburgs und von diesem nach der See gehenden Schiffe bleiben auch nach der Verlegung der Zollgrenze auf die Unterelbe von der zollamtlichen Behandlung befreit, sofern dieselben unter Zollflagge und Leuchte transitiren. || Die zur Durchführung dieser Anordnungen erforderlichen Kontrolmaassregeln beschliesst der Bundesrath.“

Es herrschte in der Kommission Einverständniss darüber, dass für die Freihafenstellung Hamburgs eine Lebensbedingung sei, dass die von der See nach dem Freigebiete, wie die von diesem nach der See gehenden Schiffe keinerlei Aufenthalt durch die Zollbehandlung auf der Unterelbe erfahren dürfen. Von keiner Seite wurde eine Erschwerung der bereits durch Regulativ festgestellten Bestimmung, dass den Schiffen auf der erwähnten Elbstrecke die ungehinderte Bewegung zustehe, sobald sie einen Lootsen an Bord haben und unter Zollflagge, resp. Leuchte, fahren, befürwortet. Gleichwohl war die Debatte über das Amendement eine sehr umfassende und lebhafte.

Regierungsseitig wurde der Aufnahme einer Bestimmung wie der beantragten der entschiedenste Widerspruch entgegengesetzt. Zunächst, wurde ausgeführt, liege kein sachliches Bedürfniss für solche Veränderung des Gesetzes vor; denn schon aus dem Briefe des Herrn Reichskanzlers an den hanseatischen Ministerresidenten Herrn Dr. Krüger vom 27. Mai v. J. sei bekannt, dass derselbe die Einrichtung der Zollflagge und Leuchte als eine dauernde angesehen habe, welche eventuell nur durch eine dem Freihafenbedürfnisse mindestens im gleichem Maasse Genüge leistende Einrichtung ersetzt werden solle; ebenso habe auch der Bundesrath, dem zwar der eben erwähnte Brief nicht direkt vorgelegt worden, aber bei den betreffenden Verhandlungen doch zur Kenntniss gekommen sei, die Einrichtung als eine dauernde angesehen. Der Bundesrath habe nach den Bestimmungen der Verfassung und des Zollvereinsgesetzes das Recht, die Regulative zu dem letzteren Gesetze zu erlassen und zu ändern, und könne in dieser seiner Kompetenz keinenfalls sich beschränken lassen.

Uebrigens würde die beabsichtigte gesetzliche Bestimmung Hamburg leicht zum Nachtheile gereichen können. Bei den unausgesetzt wechselnden Verhältnissen des Verkehrs könne der Fall sich ereignen, dass die jetzigen Bestimmungen des Regulativs sich nicht mehr zweckmässig zeigen und die Interessenten selbst eine Aenderung wünschen würden. Ein solches Eingehen auf die Wünsche der Betheiligten würde aber alsdann ohne den weitläufigen, schwierigen und unsicheren Weg der Anrufung der Gesetzgebung nicht möglich sein.

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881.

Von einem der Antragsteller wurde die Nothwendigkeit des Amendements durch nachstehende Ausführungen zu rechtfertigen gesucht: || „Die Anordnung, wonach der durch das Zollgebiet der Unterelbe transitirende Schiffsverkehr Hamburgs von jeder zollamtlichen Anmeldung und Abfertigung befreit bleibt und lediglich zur Führung von Zollflagge und Leuchte verpflichtet wird, ist der Haupt- und Schlüsselpunkt der künftigen Freihafenstellung Hamburgs. Eine Unterwerfung des Hamburger Schiffsverkehrs unter die allgemeinen, gesetzlich bestehenden zollamtlichen Kontrolmaassregeln würde gleichbedeutend sein mit der Vernichtung aller derjenigen Vortheile, welche Hamburg durch seine fortdauernde Freihafenstellung gewährleistet werden solle. Jede Aenderung der den unbehinderten Durchgang jetzt gestattenden Einrichtung berührt unmittelbar den Lebensnerv des Hamburger See- und Handelsverkehrs und setzt darum allseitige, genaue und vorurtheilslose Prüfung voraus. Dies alles ist von allen Seiten ohne jeden Widerspruch zugestanden.“ || „Bei dieser Sachlage rechtfertigt sich die gesetzliche Fixirung der zur Regelung des transitirenden Schiffsverkehrs getroffenen Maassregel an erster Stelle, und abgesehen von allen juristisch-formellen Erwägungen, schon aus materiellen Gründen. Denn wenn es sich um eine Bewilligung von 40 Millionen aus Reichsmitteln handelt, die überdies Opfer am Nationalvermögen im doppelten und dreifachen Betrage nach sich zieht, wenn diese Bewilligung nur den Zweck hat bei dem Zollanschlusse Hamburgs gleichzeitig dessen Freihafenstellung zu ermöglichen und sicherzustellen, wenn aber die Erreichung dieses Zwecks nur durch eine bestimmte Einrichtung für den unterelbischen Schiffsverkehr anerkannter Maassen bewerkstelligt und verbürgt werden kann, dann liegt es in der Natur der Sache, dass die für die Gesammtmaassregel wesentliche Einrichtung auch formell zur Bedingung der angesonnenen Bewilligung gemacht werde und dass eine Aenderung derselben nur unter Zusammenwirken der gesetzgeberischen Faktoren vorgenommen werde, deren Zusammenwirken für die finanzielle Bewilligung erforderlich ist. Es ist dies um so mehr in der Sache begründet, als der Reichskanzler, der Bundesrath und Hamburg übereinstimmend die den unterelbischen Durchgangsverkehr freilassende Einrichtung als eine dauernde ausdrücklich in Aussicht genommen und sie damit des Charakters beraubt haben, welcher ihre Ueberlassung an die einseitigen Verordnungsrechte, die Regulativgewalten des Bundesrathes rechtfertigen würde. Hierbei bleibt der Streit um die verfassungsmässig bestehenden Kompetenzen des Bundesrathes und des Reichstages ganz ausser Spiele. Denn mögen diese liegen, wie sie wollen, das hat bisher noch Niemand bestritten, dass die Volksvertretung das Recht hat, die ihr angesonnenen Bewilligungen an Bedingungen zu knüpfen, welche mit dem Gegenstande und der Zweckerfüllung der Bewilligung so unmittelbar und wesentlich zusammenhängen, wie die hier fragliche Einrichtung und ihre gesetzliche Verbürgung. Auf der anderen Seite weist jeder Fortgang in der Verwaltungsgesetzgebung die Entwickelung nach, dass solche Anordnungen und Maassregeln, die ursprünglich dem Verordnungsrecht anheimfielen,

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881. in den Bereich der Gesetzgebung aufgenommen werden, wenn sie als organische und dauernde beabsichtigt werden, ohne dass hierbei jemals der Einwand eines Abbruches des verfassungsmässigen Verordnungsrechtes gemacht worden wäre. Es ist daher schlechterdings nicht abzusehen, welche sachlichen Gründe den Bundesrath und Reichskanzler bewegen könnten, der gesetzlichen Fixirung der fraglichen Einrichtung einen Widerstand bis zum Scheitern des Gesetzentwurfes entgegenzusetzen."

„Wenn aber dieser Widerstand erfolgt — und die Erklärungen des Bevollmächtigten zum Bundesrathe, des preussischen Finanzministers Herrn Bitter, stellten dies in Aussicht —, dann allerdings treten die formal-juristischen Erwägungen nothwendig und gegen den Wunsch der Antragsteller in den Vordergrund. Sie führen zu der Frage: || ist der Bundesrath verfassungsmässig ermächtigt, einseitig, im Wege des Regulatives, die Anordnung zu treffen, dass Schiffe von Hamburg und nach Hamburg beim Transit durch den zum Zollgebiete gehörigen Theil der Unterelbe von zollamtlicher Behandlung befreit bleiben, wenn sie unter Zollflagge oder Leuchte transitiren?"

„Diese Frage muss nach der klaren Lage der Gesetzgebung verneint werden." || „Der Sitz der Entscheidung ist das Vereinszollgesetz vom 1. Juli 1869, welches die Aufgabe hat, das Verfahren, welches bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waaren im Zollinteresse einzuhalten ist, in erschöpfender Weise gesetzlich festzustellen. Die hier einschlagende Bestimmung des § 33 lautet: || „Sollen die Waaren unverzollt von dem Grenzzollamt auf ein zur weiteren zollamtlichen Abfertigung befugtes Amt im Innern oder zur unmittelbaren Durchfuhr abgelassen werden, so geschieht dies || entweder im Ansageverfahren (§§ 38, 52 und 83), bei welchem die grenzzollamtliche Abfertigung — Deklaration und Revision — an das Amt im Innern verlegt, beziehungsweise der Wiederausgang der eingeführten Waaren lediglich durch amtliche Begleitung kontrolirt wird, || oder es tritt die Abfertigung auf Ladungsverzeichniss oder Begleitschein ein."

„Hiernach ist imperativisch vorgeschrieben, dass eine unmittelbare Durchfuhr, wie sie durch den Schiffsverkehr Hamburgs durch das Zollgebiet der Unterelbe bewerkstelligt wird, nur in dem einen oder anderen Verfahren, entweder im Ansageverfahren oder in dem der Abfertigung auf Begleitscheine erfolgen darf. Das Transitiren von Schiffen lediglich unter Zollflagge oder Leuchte, wie es für den Hamburger Schiffsverkehr auf der Unterelbe vorgeschrieben werden soll, fällt aber schlechterdings weder unter das eine noch unter das andere Verfahren, wie dasselbe im Allgemeinen durch § 33 und in näherer Ausführung durch die weiter folgenden Bestimmungen des Zollgesetzes festgestellt worden ist. Die Anordnung dieser neuen Einrichtung, wie sie das eben beschlossene Regulativ des Bundesrathes, betreffend die zollamtliche Behandlung der Waaren- Ein-, Aus- und Durchfuhr auf dem zum deutschen Zollgebiete gehörigen Theile der Unterelbe, getroffen hat, fällt daher nicht nur neben das Gesetz, sondern sie geht unmittelbar gegen das Gesetz."

„Trotzdem kann möglicherweise eine Rechtfertigung der Verordnung des Bundesrathes erbracht werden, wenn der Nachweis geführt wird, dass der Bundesrath durch irgend eine Bestimmung der Gesetzgebung ermächtigt ist, von den imperativischen Vorschriften des Zollgesetzes und speziell des § 33 Ausnahmen und Abweichungen zu beschliessen. || „Dass eine solche Ermächtigung nicht liegt im § 90, welcher die „näheren Bestimmungen“ über das beim Eingange und Ausgange seewärts zu beobachtende Verfahren den Hafenregulativen überlässt, dass sie ebenso wenig liegt im § 167, welcher die zur „Ausführung des Gesetzes“ erforderlichen Regulative und sonstigen Bestimmungen dem Bundesrathe überweist, bedarf keines Nachweises. Denn abgesehen davon, dass das Regulativ für die Unterelbe der Sache nach kein Hafenregulativ ist, so handelt es sich in der Ermächtigung der eben angezogenen Paragraphen dem klaren Wortlaute nach nur um Verordnungen innerhalb der gesetzlichen Vorschriften, nicht um Ermächtigungen, unter irgend welchen Voraussetzungen die gesetzlichen Bestimmungen selbst abzuändern oder gegen dieselben zu verordnen.“

„Die einzige Bestimmung der Gesetzgebung, insbesondere des Zollgesetzes, auf welche man sich mit einem gewissen Scheine berufen kann und auf welche allein die Vertreter des Bundesrathes in der Kommission Gewicht gelegt haben, ist der § 54 des Zollgesetzes, welcher lautet: || „Auf kurzen durch das Vereinsgebiet führenden Strassen können nach Maassgabe der von den obersten Landes-Finanzbehörden zu treffenden Anordnungen bei der Abfertigung Erleichterungen eintreten.“ || „Allein auch diese Bestimmung ist auf den vorliegenden Fall in allen ihren Theilen unanwendbar.“ || „Zunächst bezieht sich dieselbe nur auf kurze Strassen. Dass auf diese Qualifikation das Gesetz Nachdruck legen wollte, geht auch aus dem Marginale des Gesetzes hervor, welches sogar nur von „kurzen Strassenstrecken“ spricht. Man mag hierbei die Relativität der Bezeichnung „kurz“ zur denkbar grössten Dehnbarkeit ausweiten, trotzdem wird man niemals dazu gelangen, eine Strasse, welche wie die zu passirende Wasserstrasse der Elbe 10 Meilen lang ist, als eine kurze zu bezeichnen, es müsste denn sein, dass sich irgendwo in Deutschland eine so lange, transitirende Strasse fände, dass im Verhältniss zu dieser selbst die Elbstrasse als kurz bezeichnet werden könnte. Dies ist nicht der Fall. Damit schon ist die Anwendung dieses Paragraphen auf die Unterelbe nur möglich durch Weginterpretirung des Wortes „kurz“ — eine Möglichkeit, die eben gesetzwidrig ist.“ || „Sodann aber ermächtigt § 54 lediglich zu Anordnungen, welche „Erleichterungen bei der Abfertigung“ zum Gegenstande haben. Es ist damit in deutlichen Worten bezeichnet, dass die Abfertigung selbst, sei es die Abfertigungsform im Ansageverfahren oder die auf Begleitschein, in ihrem Wesen erhalten bleiben muss und dass nur innerhalb der Detailbestimmungen für dieselbe erleichternde Modifikationen zugelassen werden können. Allein die Anordnung, welche den Schiffsverkehr auf der Unterelbe lediglich bei Führung der Zollflagge und Leuchte unbehindert transitiren lässt, ist nicht mehr eine

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881. Erleichterung bei der Abfertigung, sondern sie ist eine Befreiung von jeder Abfertigung. Denn nach der ausnahmslos festgehaltenen Terminologie des Zollgesetzes wird unter „Abfertigung“ niemals eine einseitige, im Interesse der Zollverwaltung vorzunehmende Handlung des Zollpflichtigen, sondern immer nur eine eigene Thätigkeit des Zollbeamten gegenüber dem Zollpflichtigen und in Bezug auf die zollpflichtige Waare verstanden. Demgemäss qualifizirt denn auch das Regulativ des Bundesrathes für die Unterelbe in § 1 die getroffene Einrichtung selber nicht als eine Erleichterung bei der Abfertigung, wozu allein § 54 ermächtigt, sondern als eine Befreiung von jeder zollamtlichen Anmeldung und Abfertigung, wofür § 54 eine Ermächtigtung schlechterdings nicht enthält. || „Endlich enthält der angezogene Paragraph keine Ermächtigung zu Anordnungen des Bundesrathes, sondern nur zu solchen der „obersten Landesfinanzbehörde“. Eine Ermächtigung dieser letzteren kann aber gerade im Gebiete des Zollgesetzes nicht zu einem Rechte des Bundesrathes, rechtsgültig Verordnungen zu erlassen, erwachsen; denn die Vertheilung der Regulativgewalten zwischen dem Bundesrath und den Landesbehörden ist mit voller Absichtlichkeit, auf Grund eingehender Erwägungen erfolgt.“ || „Gerade die Ueberweisung der Befugniss des § 54 an die Landesfinanzbehörde und nicht an den Bundesrath beweist denn auch in abschliessender Weise, dass auf die Ermächtigung dieses Paragraphen eine Einrichtung von der Natur und Bedeutung, wie die hier in Frage stehende, nicht gestützt werden konnte und sollte. Denn die Anordnungen des Regulativs für die Unterelbe begründen eine neue, dauernde und organische Einrichtung der Zollverwaltung für die Durchfuhr, welche vollkommen selbstständig und eigenartig neben die bisherigen Formen des Ansageverfahrens und der Begleitscheinabfertigung hingestellt wird.“

„Der Bundesrath ist nach dem allen zur einseitigen Anordnung einer solchen neuen Einrichtung, welche gegen die dispositiven Bestimmungen des Zollgesetzes geht, verfassungs- und gesetzmässig nicht ermächtigt. Es bedarf hierzu des Reichsgesetzes. Der einseitige Erlass des Regulativs für die Unterelbe verletzt daher in wesentlichen Bestimmungen die verfassungsmässigen Rechte des Reichstages. Dasselbe ist null und nichtig. Diese Nichtigkeit kann jeder Zeit von jedem Faktor der Gesetzgebung geltend gemacht werden. Sie kann nicht geheilt werden durch irgendwelche Erklärungen und Resolutionen, sondern ausschliesslich und allein auf dem Wege der Gesetzgebung.

Dieser Deduktion wurde aus der Mitte der Versammlung entgegengestellt: Nach § 33 des Zollvereinsgesetzes können Waaren zur unmittelbaren Durchfuhr vom Grenzzollamt im Wege des im § 52 b, c näher beschriebenen Ansageverfahrens abgelassen werden. Gemäss § 54 b, c können auf kurzen durch das Vereinsgebiet führenden Strassen von der obersten Landesfinanzbehörde noch weitere Erleichterungen für die Durchfuhr zugelassen werden. Was unter „kurzer Strasse“ zu verstehen sei, habe das Gesetz nicht definirt, die Bestimmung darüber nach der klaren Vorschrift des § 54 vielmehr dem

Ermessen der Behörde überwiesen. Die für kurze Strassen zulässigen Erleichterungen seien durch das Gesetz in keiner Weise limitirt. Nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche erscheine es hiernach nicht zweifelhaft, dass das Absehen von jeder Zollbehandlung zulässig sei. Wolle man aber so weit gehen, an dem Begriff „Erleichterungen“ in der Weise festzuhalten, dass immer noch eine positive Thätigkeit der Zollbehörde einerseits wie der Führer der zollpflichtigen Waaren andererseits zu verlangen sei, so müsse auch anerkannt werden, dass eine solche Thätigkeit durch das Regulativ gefordert sei, indem die Schiffe während des Durchganges durch das Zollgebiet von Lootsen begleitet sein müssen, welche auf das Zollinteresse beeidet sind und die in § 19 des Regulativs näher beschriebenen Zollfunktionen auszuüben haben, die Schiffsführer aber die vorgeschriebenen Zeichen anbringen müssen. Das Regulativ spreche nur von Befreiungen, welche eintreten, wenn man der regulativmässigen Zollbehandlung sich füge. Dass die oberste Landesfinanzbehörde eines Bundesstaates berechtigt sei, die ihr zustehenden Befugnisse dem über ihr stehenden Bundesrathe zu übertragen, sei nach allgemein anerkannten und gehandhabten Grundsätzen nicht bestreitbar. Die Behauptung, dass der Transitverkehr von der See nach dem Freihafengebiete Hamburgs und umgekehrt, so wie geschehen, nur durch Gesetz geregelt werden könne, sei also durchaus hinfällig.

Regierungsseitig wurde dieser Ausführung zugestimmt und dabei darauf hingewiesen, dass auch die 8 Meilen lange Strecke von Bremerhaven nach Bremen als eine kurze vom Bundesrathe behandelt worden sei. Ausserdem betonte der hamburgische Senator Herr Versmann, dass ihm der Gedanke, dass die Kompetenz des Bundesrathes zum Erlasse der fraglichen Bestimmungen bestritten werden könne, noch gar nicht gekommen sei, und dass er es auch aus sachlichen Gründen sehr bedauern würde, wenn dem Bundesrathe eine solche Kompetenz nicht beiwohnen würde.

Ein Mitglied der Kommission wies nunmehr darauf hin, dass bei der Diskussion über § 1 des Amendements mit durchschlagendem Erfolge geltend gemacht worden sei, dass, weil rechtliche Zweifel über die Anwendbarkeit des Artikels 34 der Reichsverfassung beständen, weil aber die verbündeten Regierungen dasselbe wollten, was im § 1 ausgesprochen werde, nicht einzusehen sei, weshalb die Regierungen der Regelung durch Gesetz widerstreiten sollten. || Genau dieselbe Schlussfolgerung gelte hier, nur seien nicht allein Zweifel, sondern nach Ansicht des Mitgliedes unwiderlegliche Rechtsgründe geltend gemacht, dass die Regierungen ohne Gesetz solche Anordnungen nicht treffen können. Ohne die gesetzliche Garantie für die unbehinderte Zugängigkeit zum Freihafengebiete sei ihm die Annahme der Vorlage unmöglich.

Hierauf wurde erwidert, dass die vom Vorredner behauptete Analogie nicht vorliege. Bei § 1 des Amendements habe es sich um eine authentische Interpretation einer Verfassungsbestimmung, nicht um Befugnisse des Bundesrathes zur Ausführung von Gesetzen gehandelt. Hier aber sei die Kompetenz des Bundesrathes in Frage gestellt. Der vom Vorredner betonte hohe Grad

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881. der Zweifelhaftigkeit könne durchaus nicht anerkannt werden. Die Zweifel der Antragsteller seien bisher nirgends aufgestossen, wie das Vorgehen des Bundesrathes und das Verhalten Hamburgs zeige; sie seien ausserdem als widerlegt zu erachten. Wenn man aber auch die Zweifelhaftigkeit der Frage anerkennen wollte, so sei es gewiss nicht angezeigt, dieselbe gegenüber der Vorlage und zu einem Zeitpunkte auf die Spitze zu treiben, in welchem eine Revision der Bestimmungen des Zollgesetzes bereits in Aussicht gestellt sei.

In der ersten Lesung wurde das Amendement mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. In der zweiten Lesung wiederholte sich der Widerstand der Vertreter der verbündeten Regierungen und der Meinungsstreit unter den Mitgliedern der Kommission; es wurde jedoch aus der Mitte der letzteren event. die Annahme folgender Resolution in Antrag gebracht:

Der Reichstag wolle beschliessen: || die Erwartung auszusprechen, dass — in Gemässheit des zwischen dem Bundesrathe und dem Senate der Stadt Hamburg auf Grund des an den hanseatischen Herrn Ministerresidenten gerichteten Schreibens des Herrn Reichskanzlers vom 27. Mai v. J. erzielten Einverständnisses — die Befreiung von jeder zollamtlichen Behandlung für die zwischen der See und dem Freihafengebiete Hamburg und umgekehrt unter Zollflagge und Leuchte transitirenden Schiffe eine dauernde Einrichtung sein werde und dass dieselbe, falls sie sich später als ungeeignet erweisen sollte, nur durch eine solche Einrichtung ersetzt werde, welche eine grössere Erschwerung des Transitverkehrs nicht mit sich bringt.

Der königlich preussische Herr Finanzminister erklärte, dass er für seine Person gegen die Resolution nichts einzuwenden habe.

Nachdem eine auf Vermittelung gerichtete andere Fassung des Amendements mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt worden war, fiel das Amendement selbst mit demselben Stimmenverhältnisse, wogegen die Resolution mit 14 gegen 7 Stimmen angenommen wurde.

Zu § 5 des Amendements. Dem Antrage wurde entgegengestellt, dass die Festsetzung des Grenzbezirkes zur Kompetenz des Bundesrathes gehöre. || Ferner wurde regierungsseitig erklärt, dass allerdings die Absicht bestehe, dem Zollgesetze entsprechend, zwischen dem Freihafengebiete und der Wohnstadt Hamburg einen Grenzbezirk zu bestimmen; über die Art und Breite des zu schaffenden Grenzbezirkes sei Näheres noch nicht festgestellt worden. || Mit Rücksicht auf diese Mittheilung sowie in Erwägung, dass für eine etwa erforderlich werdende gesetzliche Regelung dieses Punktes noch Zeit genug vorhanden sei, liessen die Antragsteller den § 5 fallen.

Zu § 6 des Amendements. Reichsregierungsseitig wurde geltend gemacht, dass das Verhältniss der in Hamburg vom Reiche benutzten Zollgebäude und Revisionsanstalten ein ausserordentlich zweifelhaftes sei. Der Grund und Boden sei seiner Zeit von Hamburg hergegeben worden; alsdann seien aus Mitteln des Reiches und des Staates Hamburg die Gebäude aufgeführt und dem Reiche, beziehungsweise Preussen, zur Benutzung überlassen worden. Es

können hiernach die Gebäude nicht als Eigenthum des Reiches angesehen werden. || Anlangend die Nachsteuer, so sei Hamburg gegenüber dieselbe Konzession gemacht worden, welche seiner Zeit Lübeck erhalten habe, und sei mit Rücksicht hierauf von einer gesetzlichen Regelung dieses Punktes abgesehen worden. || Die finanzielle Bedeutung der Ueberweisung des Nachsteuerertrages sei nicht so erheblich, wie man vielleicht auf den ersten Blick anzunehmen geneigt sei. Von der Nachversteuerung würden keineswegs alle, am Tage des Zollanschlusses an Hamburg vorhandenen Waaren betroffen werden. Alle Waaren deutschen Ursprungs blieben von der Nachsteuer befreit; ferner würde in der Regel auch eine Reihe ausländischer Waaren, welche bei der Einfuhr zollpflichtig sein würden, steuerfrei gelassen, um die Erhebung nicht zu sehr zu kompliziren; der bei dem Zollanschluss von Lübeck, Mecklenburg und von einigen hamburgischen Gebietstheilen 1868 zur Anwendung gekommene Nachsteuertarif umfasste nur etwa 20 Artikel. Aber auch von den nachsteuerpflichtigen Waaren werde der grösste Theil der Nachsteuer entzogen, indem er in das Freihafengebiet überführt oder auf Privatlager unter Zollaufsicht genommen werde. Für die Nachversteuerung verblieben demnach eigentlich nur die Vorräthe der Detailhändler; der Grosshändler müsse sich die Möglichkeit offenhalten, die Waaren unverzollt nach dem Auslande oder an Grosshändler im Zollgebiete weiter verkaufen zu können. || Hamburgischerseits sei deshalb bei den Verhandlungen auch weniger aus finanziellen als aus wirthschaftlichen Gründen die Ueberweisung des ganzen Nachsteuerertrages dringend gewünscht. Die mit der Nachversteuerung fast unvermeidlich verbundene Geschäftssperre, welche in Hamburg vielleicht wochenlang werde dauern müssen, könne nur durch eine koulante Handhabung der Nachsteuerrevision etwas erleichtert werden; den kleineren Geschäftstreibenden, Detaillisten, Handwerkern etc. müssten lange Kreditfristen, Ermässigungen und Unterstützungen gewährt werden, wenn nicht allein durch die Maassregel der Nachversteuerung viele Existenzen bedroht werden sollten. Endlich werden Unterstützungen und Billigkeitsentschädigungen in Nothfällen an die zu dislozirenden Bewohner des Freihafenbezirks unvermeidlich sein. Alle diese Uebergangsverhältnisse würden wesentlich erleichtert werden, wenn das Reich bei dem finanziellen Ertrage der Nachsteuer nicht betheiligt wäre. || Während in der Kommission die Zweifelhaftigkeit der Eigenthumsverhältnisse an den Zollgebäuden und Revisionsanstalten allgemein anerkannt wurde, wurde bezüglich der Nachsteuer von einem Theil der Kommission mit grossem Nachdrucke behauptet, dass hier eine gesetzliche Regelung unentbehrlich sei. || Die Kommission verständigte sich dahin, dass es sich empfehlen würde, beide Punkte zur Zeit der Ausführung des Zollanschlusses durch geeignete Vermerke im Reichshaushaltsetat zur Erledigung zu bringen, worauf der Paragraph zurückgezogen wurde.

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881.

Zu § 7 des Amendements. Der Antrag 1 wurde zu Absatz dahin motivirt, dass nach der Reichsverfassung nur die Kosten für die Zollämter an der Grenze mit dem Auslande und im Grenzbezirke zu ersetzen seien, nach

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881. der Vereinbarung es aber den Anschein gewinne, als ob der Ersatz der Kosten für alle Zollstellen beabsichtigt sei. Diese Abweichung von den gesetzlichen Vorschriften erfordere eine gesetzliche Feststellung. || Der königlich preussische Herr Finanzminister erklärte, dass die Organisation der Hamburger Zollverwaltung sich noch nicht übersehen lasse und dass im Hamburger Gebiete wahrscheinlich nur Aemter an der Grenze und im Grenzbezirke errichtet werden würden; dieser Punkt werde also zweckmässig einer späteren Regulirung zu überlassen sein, zumal eine anderweitige Regelung der in Gemässheit des Art. 38 den Einzelstaaten zu gewährenden Entschädigungen in Aussicht genommen sei. || Auf die Frage, wie die Bestimmung in Absatz 2 gerechtfertigt werde, erklärten die Herren Vertreter der Regierungen, dass dasselbe Abkommen seiner Zeit mit Lübeck und früher mit anderen in den Zollverein eintretenden Bundesstaaten getroffen worden sei. || Die Kommission erklärte sich dahin, dass es zweckmässig erscheine, auch diesen Punkt seiner Zeit durch den Reichshaushaltsetat zu regeln. || Die Antragsteller zogen hiernach den Paragraphen zurück.

Ueber §§ 2 und 3 der Vorlage erhob sich eine Debatte nicht; dieselben wurden in der 1. Lesung einstimmig, in der 2. Lesung mit 16 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Unterschrift des Gesetzes wurde in der 1. Lesung mit Rücksicht auf die Annahme des § 1 des Amendements einstimmig, wie folgt, angenommen: Gesetz, betreffend die Ausführung des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet.

In der 2. Lesung wurde die Ueberschrift mit 16 gegen 5 Stimmen angenommen. || Mit demselben Stimmenverhältnisse erfolgte die Annahme des ganzen Entwurfes, wie er sich nach den Beschlüssen der Kommission gestaltet hat.

Es verdient hervorgehoben zu werden, in welcher Weise 3 Mitglieder der Kommission, welche den Standpunkt der Majorität zur Vorlage im Allgemeinen nicht theilten, motivirten, dass sie schliesslich für dieselbe stimmten. Das eine dieser Mitglieder sah in der Annahme der Vorlage die Befriedigung eines nationalen Wunsches, eine definitive Regelung der deutschen Grenzen und darin einen durchschlagenden Gesichtspunkt; ein zweites berief sich darauf, dass man in Hamburg den Anschluss wünsche; der dortige Handel brauche Ruhe, und wenn Rechtszweifel blieben, so trüge die Reichsregierung hierfür die Verantwortung. Das dritte Mitglied endlich führte aus, dass ihm der bisherige Zustand als der für die Interessen des deutschen Reiches wünschenswerthe erscheine; die Vorlage sei aber ein nicht zu vermeidendes Uebel, und werde deshalb er für dieselbe stimmen.

Es erübrigt noch, über eine der Kommission vorliegende Petition, datirt aus Winsen a. d. Luhe vom 6. Dezember pr. und unterzeichnet von R. Sievert und 56 Genossen, zu berichten. || Die Petenten führen aus, dass durch den Zollanschluss Hamburgs dem Detailgeschäft, dem Kleingewerbe und dem Hand-

werk der Umgegend Hamburgs ausserordentlich schwere Schädigungen, namentlich durch das Verwenden von Handlungsreisenden, durch das Hausirgewerbe und die Wanderläger erwachsen würden. Wenn gleichwohl die Interessen des Reiches die Aufnahme Hamburgs in das Zollgebiet erfordern sollten, so bitten Petenten || „der Reichstag wolle beschliessen, dass die Wanderläger und das Hausiren in der Umgebung Hamburgs, speziell in den Kreisen Harburg, Lüneburg und Stade, durchaus verboten werde.“ || Die Kommission erachtet die Petition durch die stattgehabten Berathungen für erledigt.

Die Kommission beantragt demgemäss:

1. Der Reichstag wolle beschliessen: || dem Gesetzentwurfe, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet, in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung *) die verfassungsmässige Zustimmung zu ertheilen;

2. die Petition des R. Sievert und Genossen, datirt aus Winsen a. d. Luhe vom 6. Dezember pr. — II. Nr. 187 —, durch die Beschlüsse über den zu 1 bezeichneten Gesetzentwurf für erledigt zu erachten;

3. folgender Resolution: || „die Erwartung auszusprechen, dass — in Gemässheit des zwischen dem Bundesrathe und dem Senate der Stadt Hamburg auf Grund des an den hanseatischen Herrn Ministerresidenten gerichteten Schreibens des Herrn Reichskanzlers vom 27. Mai v. J. erzielten Einverständnisses — die Befreiung von jeder zollamtlichen Behandlung für die zwischen der See und dem Freihafengebiet Hamburg und umgekehrt unter Zollflagge und Leuchte transitirenden Schiffe eine dauernde Einrichtung sein werde und dass dieselbe, falls sie sich später als ungeeignet erweisen sollte, nur durch eine solche Einrichtung ersetzt werde, welche eine grössere Erschwerung des Transitverkehrs nicht mit sich bringt“, die Zustimmung zu ertheilen.

Berlin, den 10. Januar 1882.

Die sechste Kommission.

Dr. Bamberger (Vorsitzender). Staudy (Berichterstatter). Graf von Adelmann. Dr. Barth. Graf von Behr-Negendank. Büsing. Dr. Hänel. Dr. Karsten. von Kleist-Retzow. Dr. Lasker. Leuschner (Eisleben). Meier (Bremen). Dr. Meyer (Jena). Frhr. v. Minnigerode. Dr. Reichensperger (Olpe). Sandtmann. Dr. Schwarzenberg. Dr. Freiherr von Schorlemer-Alst. Graf von Waldburg-Zeil. Freiherr von Wangenheim. Dr. Windthorst.

*) Gleichlautend mit dem Gesetze bis auf den fehlenden Abs. 2 des § 3.
A. d. Red.

Nr. 7642.
Deutschland.
Dec. 1881.

Anlage I.

Regulativ, betreffend die zollamtliche Behandlung der Waaren-Ein-, Aus- und Durchfuhr auf dem zum deutschen Zollgebiete gehörigen Theile der Unterelbe.

§ 1.

I. Abfertigungsverfahren.

1. Durchgangsverkehr durch den zum Zollgebiet gehörigen Theil der Unterelbe von und nach den Hafenorten Hamburg, Altona und Harburg mit Schiffen, welche einen Lootsen an Bord haben.

Schiffe, welche über die Zollgrenze bei Cuxhaven aus der See eingehen und auf der Unterelbe direkt nach Hamburg, Altona oder Harburg bestimmt sind, sowie diejenigen Schiffe, welche von einem dieser Hafenorte direkt über die Zollgrenze bei Cuxhaven in See gehen, sind, sofern sie einen Lootsen am Bord haben, beim Transit durch den zum Zollgebiete gehörigen Theil der Unterelbe von jeder zollamtlichen Anmeldung und Abfertigung befreit, wenn sie beim Betreten des Zollgebietes und demnächst unausgesetzt während der Fahrt durch dasselbe nachstehende Zeichen führen: || a) am Tage, d. h. von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, am hinteren Maste — und zwar in der Regel an der Gaffel — oder auf dem Flaggenstock am Heck eine Flagge von $1_{,6}$ m Länge und $1_{,0}$ m Breite, diagonal in eine schwarze und eine weisse Hälfte getheilt, so dass die schwarze Hälfte unten und am Stock sich befindet und || b) bei Nacht zwei Laternen und zwar die obere mit weissem, die untere mit grünem Lichte an der Stelle, wo am Tage die zu a erwähnte Zollflagge gezeigt wird. Kleinere Schiffe können die Laternen auch zwischen dem hinteren Mast und Want führen. || Die Laternen müssen so eingerichtet und angebracht sein, dass sie nicht nach vorn scheinen, sondern ein gleichmässiges und ununterbrochenes Licht über einen Bogen des Horizonts von 12 Kompassstrichen und zwar 6 Strich nach jeder Seite hinten hinauswerfen.

Soll die Nationalflagge gleichzeitig gezeigt werden, so ist die Zollflagge unter derselben, jedoch an derselben Leine, zu hissen und zu führen.

§ 2.

Müssen Schiffe dieser Art auf dem Zollgebiet der Elbe leichtern, so haben auch die dazu verwendeten Fahrzeuge vom Beginn der Leichterung ab die Zollflagge, bezw. Leuchte, zu führen. Es kann Begleitung derselben angeordnet werden. || Aus Hamburg, Altona oder Harburg kommende Schiffe, welche lediglich Waaren führen, die den in See gehenden Schiffen im Zollgebiete noch beigeladen werden sollen, haben bis zu ihrer völligen Entladung gleichfalls die vorstehend gedachte Zollflagge, bezw. Leuchte, zu führen. || Die Ueberwachung der Entladung kann angeordnet werden.

§ 3.

Schiffe unter Zollflagge, bezw. Leuchte, haben stets das Hauptfahrwasser der Elbe einzuhalten, ihre Fahrt ohne willkürlichen Aufenthalt fortzusetzen

und jedes Verkehrs mit dem Lande und mit anderen Schiffen sich zu enthalten. || Werden in Folge von Naturereignissen oder Unglücksfällen Abweichungen von vorstehender Vorschrift nothwendig, oder müssen Leichterungen stattfinden, so ist hiervon dem nächsten Zollamte oder Zollkreuzer baldthunlichst Anzeige zu machen. || Die Annahme von Bugsirdampfern ist allgemein gestattet. || Der Zutritt zu den unter Zollflagge oder Leuchte fahrenden Schiffen und der Abgang von denselben während der Fahrt im Zollgebiet ist regelmässig nur Zollbeamten, Lootsen, sowie den das polizeiliche Interesse wahrnehmenden Beamten, und zwar nur zur Wahrnehmung ihrer amtlichen Funktionen, erlaubt. Ausnahmsweise ist der Zutritt, bezw. der Abgang, auch anderen Personen gestattet, wenn sie mit einer zollamtlichen Legitimation versehen sind, sowie bei Unglücksfällen, wenn Gefahr im Verzuge ist, auch solchen Personen, welche zur Rettung von Menschen, Schiff und Ladung Hülfe leisten sollen.

§ 4.

Tritt während der Fahrt eine Veränderung in dem Bestimmungsorte eines Schiffes derart ein, dass dasselbe zur Führung der Flagge und Leuchte nach § 1 nicht mehr berechtigt sein würde, so muss hiervon dem nächsten Zollamte oder Zollkreuzer sofort Anzeige gemacht und die zollamtliche Abfertigung beantragt, bis zu deren Beginn aber die Zollflagge, bezw. Leuchte, beibehalten werden.

§ 5.

2. Anderweiter Waarenverkehr auf der Unterelbe.

Die zollamtliche Behandlung des Waarenverkehrs zwischen der See und den Hafenorten Hamburg, Altona und Harburg, soweit dieser Verkehr durch Schiffe vermittelt wird, welche keinen Lootsen an Bord haben, sowie des Waarenverkehrs zwischen der See und anderen als den vorstehend genannten drei Orten an der Unterelbe, erfolgt nach den desfallsigen allgemeinen Vorschriften des Vereinszollgesetzes und den zur Ausführung desselben ergangenen Bestimmungen, soweit nicht nachstehend hiervon abweichende Anordnungen getroffen sind.

§ 6.

a. Abfertigung bei Cuxhaven.

Zum Zwecke der zollamtlichen Behandlung wird auf einem bei Cuxhaven stationirten Wachtschiffe ein Nebenzollamt I errichtet, welches zugleich als Ansageposten in Gemässheit des § 74 des Vereinszollgesetzes fungirt. || Das Wachtschiff führt bei Tage die Reichsflagge und bei Nacht drei weisse Lichter. Diese Zeichen sind an dem Schutzhöft des Quarantänehafens angebracht.

§ 7.

Die Schiffsführer, welche seewärts über die Zollgrenze bei Cuxhaven eingehen und der Abfertigung daselbst bedürfen, müssen, falls sie nicht vor Anker gehen wollen, rechtzeitig beidrehen und den sich an Bord begebenden Abfer-

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881. tigungs- und Begleitungsbeamten das Anbordkommen sowie den Wiederabgang vom Schiffe nach Seegebrauch möglichst erleichtern.

§ 8.

Schiffe, welche, aus einem inländischen Hafen kommend, über die Zollgrenze durch das Klotzenloch oder die Nordergründe eingehen, haben in Sicht des Zollkreuzers beizudrehen und die Revision durch denselben abzuwarten.

§ 9.

Die Beamten des Nebenzollamtes können, wenn eine Revision sich mit hinreichender Sicherheit bewirken lässt, zollfreie Ladungen sofort in den freien Verkehr setzen, auch einzelne zollpflichtige Gegenstände, welche an Bord des Schiffes sich befinden, auf Grund mündlicher Deklaration vollständig abfertigen.

§ 10.

Soll die schliessliche Abfertigung nicht beim Wachtschiffe, sondern bei einer anderen als Grenzzollamt fungirenden Zollstelle erfolgen, so hat der Schiffsführer den an Bord gekommenen Beamten des Wachtschiffes gegenüber die im § 74 des Vereinszollgesetzes vorgeschriebenen Verpflichtungen zu erfüllen.

§ 11.

Kann wegen ungünstiger Witterung die Abfertigung beim Wachtschiffe nicht erfolgen, so wird dies dadurch zu erkennen gegeben, dass auf dem Schutzhöft des Quarantänehafens von Cuxhaven bei Tage die Zollflagge gestrichen ist, bei Nacht aber die drei weissen Lichter fehlen. || Die Schiffe können dann, ohne anzuhalten, das Wachtschiff passiren; sie haben sich aber bei dem zuerst von ihnen angetroffenen Zollkreuzer zu melden, worauf von der Besatzung desselben nach erfolgter Deklaration seitens des Schiffsführers die Abfertigung, wie sie beim Wachtschiffe hätte vorgenommen werden sollen, nachträglich bewirkt wird. || Begegnet ein solches Schiff keinem Zollkreuzer, so hat es bei der seinem Bestimmungsort zunächst belegenen, spätestens aber bei der Zollstelle zu Brunshausen zur Revision und Abfertigung sich zu stellen. || Schiffe dieser Art haben von Cuxhaven ab am Tage eine weisse, mit einem diagonalen, von Ecke zu Ecke durchschneidenden schwarzen Streifen versehene Flagge und bei Nacht zwei Laternen übereinander, die obere mit grünem, die untere mit weissem Lichte, und zwar beide Zeichen an der im § 1 angegebenen Stelle zu führen. || Die Laternen müssen im übrigen von derselben Einrichtung sein, wie im § 1 vorgeschrieben ist.

§ 12.

Von der Anmeldung beim Wachtschiffe befreit sind leere oder nur in Ballast fahrende Schiffe und solche Fischerfahrzeuge, welche nur frische zollfreie Erzeugnisse des Meeres einführen.

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881.

§ 13.

b. Abfertigung bei Altona.

Die über die Zollgrenze bei Altona eingehenden Schiffe erhalten ihre Abfertigung nach der Bestimmung der Zollbehörde entweder bei der auf dem Neumühlener Quai oder bei der auf Pontons unterhalb desselben befindlichen Zollstelle. || Der Anmeldung unterliegen auch solche Schiffe, welche verpackte zollfreie Gegenstände geladen haben. Dieselben müssen unaufgefordert bei der Zollstelle anlegen.

§ 14.

Von der Verpflichtung zur Anmeldung sind diejenigen Personendampfschiffe befreit, welche bereits bei einer Zollstelle in Hamburg, St. Pauli oder Altona abgefertigt sind. Auch andere Personendampfschiffe können von der Anmeldung entbunden werden.

§ 15.

Wenn Schiffe, die von dem zum Zollinlande gehörenden Theile von Altona in See ausgehen, Waaren geladen haben, deren Ausgang zollamtlich erwiesen werden muss, so gilt dieser Nachweis bei den zur Führung der Zollflagge bezw. Leuchte, berechtigten Schiffen als erbracht, wenn zollamtlich bescheinigt wird, dass die betreffenden Schiffe mit Zollflagge oder Leuchte von Altona in der Richtung nach Cuxhaven abgegangen sind.

§ 16.

II. Zollkontrole auf der Unterelbe.

Die Aufsicht über den Schiffsverkehr auf der Unterelbe wird durch Zollkreuzer geübt, deren Beamte befugt sind, Schiffe anzurufen, an Bord der angehaltenen, wie der vor Anker liegend angetroffenen sich zu begeben, die Schiffspapiere einzusehen und die Schiffe einer Revision und Vorabfertigung zu unterwerfen; auch können dieselben von ihnen amtlich verschlossen und besetzt werden. || Die Zollkreuzer geben ihre Absicht, eine Schiff anzuhalten, dadurch zu erkennen, dass sie am Tage neben der Reichszollflagge an der Gaffel einen, mit der Inschrift „Königlicher Zollkreuzer“ versehenen weissen Stander am Grosstopp und eine vierkantige grüne Flagge am Vortopp hissen, bei Nacht aber eine rothe und eine weisse Laterne übereinander zeigen. Auf ein solches Zeichen hat das solchergestalt oder sonstwie angerufene Schiff beizudrehen und den Beamten Gelegenheit zu geben, mit ihrem Boot an Bord zu kommen, demnächst auch das Verlassen des Schiffes nach Seemannsart zu erleichtern.

§ 17.

Die Schiffe unter Zollflagge, bezw. Leuchte, unterliegen den vorstehenden Bestimmungen (§ 16) und können insbesondere auch amtlich begleitet und verschlossen werden, wenn der dringende Verdacht vorliegt, dass eine Uebertretung der Zollvorschriften stattgefunden hat oder beabsichtigt wird.

Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881.

§ 18.

Im Falle einer amtlichen Begleitung hat der Schiffsführer für das angemessene Unterkommen der Begleiter zu sorgen, auch dieselben an den Mahlzeiten der Mannschaften unentgeltlich theilnehmen zu lassen. || Für die Begleitung sowie für die Rückbeförderung sind keine Gebühren zu entrichten.

§ 19.

Die Lootsen sind dafür verantwortlich, dass die von ihnen geführten Fahrzeuge die Zollflagge, bezw. Leuchte, nicht unerlaubter Weise unterwegs abnehmen oder aufziehen. || Sie haben auch sonstige Uebertretungen der Zollvorschriften, welche bei Ausübung ihres Dienstes zu ihrer Kenntniss kommen, möglichst zu hindern und jedenfalls zur näheren Untersuchung sofort anzuzeigen.

§ 20.

III. Strafbestimmungen.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Anordnungen werden, sofern nicht andere besondere Strafgesetze Platz greifen, nach § 152 des Vereinszollgesetzes mit einer Ordnungsstrafe bis zu 150 Mk. geahndet.

Anlage II.

Anträge zum Gesetzentwurf, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet.

I. Dem Gesetzentwurf folgende Paragraphen vorauszuschicken:

§ 1. Auf das Freihafengebiet der Hansestadt Hamburg, welches durch den Antrag derselben auf Einschluss in die gemeinschaftliche Zollgrenze nicht berührt wird, findet Artikel 34 der Reichsverfassung fortdauernd Anwendung.

§ 2. Der Anschluss der Unterelbe an das Zollgebiet erfolgt durch Beschluss des Bundesrathes.

§ 3. Die gesammte Zoll- und Steuerverwaltung im hamburgischen Staatsgebiet — mit Ausnahme der in Holstein belegenen Enklaven und des Zollamtes in Cuxhaven für den die Zollgrenze der Unterelbe passirenden See- und Elbeverkehr — wird von hamburgischen Behörden und Beamten ausgeübt.

§ 4. Die aus der See nach dem Freihafengebiet Hamburgs und von diesem nach der See gehenden Schiffe bleiben auch nach der, auf Beschluss des Bundesrathes erfolgenden Verlegung der Zollgrenze auf die Unterelbe von der zollamtlichen Behandlung und von der Anmeldepflicht behufs der Verkehrsstatistik befreit, sofern dieselben unter Zollflagge und Leuchte transitiren. || Die zur Durchführung dieser Anordnung erforderlichen Kontrolmaassregeln beschliesst der Bundesrath.

§ 5. Die in das Zollgebiet eintretenden Theile Hamburgs werden als Grenzgebiet nicht behandelt. Nr. 7642. Deutschland. Dec. 1881.

§ 6. Die vorhandenen Zollgebäude und Revisionsanstalten, insofern sie nicht ausser Gebrauch gesetzt werden, gehen unentgeltlich in das Eigenthum Hamburgs über. || Der Ertrag der bei Anschluss der hamburgischen Gebietstheile an das Zollgebiet nach näherer Bestimmung des Bundesrathes zu erhebenden Nachsteuer fällt der Staatskasse Hamburgs zu.

§ 7. Die Kosten der Direktivbehörde hat Hamburg zu tragen. Die Erstattung der übrigen Kosten der Zollerhebung erfolgt nach Maassgabe derjenigen Bestimmungen, welche kraft Artikels 38 der Reichsverfassung, bezw. Artikels 11 und 16 des Zollvertrages vom 8. Juli 1867, für Grenzbezirke gelten. || Die Pensionen der etwa ausser Dienst tretenden hamburgischen Beamten der bestehenden indirekten Steuerverwaltung werden auf die Reichskasse übernommen.

§§ 8 ff. gleich §§ 1 ff. des Entwurfs.

II. Die Ueberschrift zu fassen:

Gesetz, betreffend den Anschluss der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet.

Nr. 7643. DEUTSCHLAND. — Gesetz, betreffend die Ausführung des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet.

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc., verordnen im Namen des Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt: Nr. 7643. Deutschland. 16. Febr. 1882.

§ 1. Auf das Freihafengebiet der Hansestadt Hamburg, welches durch den Antrag derselben auf Einschluss in die gemeinschaftliche Zollgrenze nicht berührt wird, findet Artikel 34 der Reichsverfassung fortdauernd Anwendung.

§ 2. Der Reichskanzler wird ermächtigt, der freien und Hansestadt Hamburg zu den Kosten der Bauten, Anlagen, Einrichtungen und Expropriationen, welche durch den Zollanschluss Hamburgs und die mit demselben verbundene Umgestaltung der bestehenden Handels- und Verkehrsanlagen veranlasst werden, aus der Reichskasse einen Beitrag in Höhe der Hälfte des hamburgischerseits für die bezeichneten Zwecke festzustellenden Kostenbedarfs, jedoch höchstens in Höhe von 40 000 000 Mark zu leisten.

§ 3. Der Reichskanzler ist befugt, die Mittel zur Deckung dieser Summe im Wege des Kredits flüssig zu machen und zu dem Zwecke in demjenigen Nominalbetrage, welcher zur Beschaffung des bezeichneten Betrages erforderlich sein wird, eine verzinsliche, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juni

Nr. 7643. Deutschland. 16. Febr. 1882. 1868 (Bundes-Gesetzblatt Seite 339) zu verwaltende Anleihe aufzunehmen und Schatzanweisungen auszugeben. || Die auf Grund dieses Gesetzes jährlich zu verwendenden Beiträge sind in den Reichshaushaltsetat des betreffenden Jahres aufzunehmen.

§ 4. Die Bestimmungen in den §§ 2 bis 5 des Gesetzes vom 27. Januar 1875, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Marine- und Telegraphenverwaltung (Reichs-Gesetzblatt Seite 18), finden auch auf die nach dem gegenwärtigen Gesetze aufzunehmende Anleihe und auszugebenden Schatzanweisungen Anwendung.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, 16. Februar 1882.

Wilhelm.
Fürst von Bismarck.

Panama-Canal.

Nr. 7644. GROSSBRITANNIEN und VEREINIGTE STAATEN von NORD-AMERIKA. — Clayton-Bulwer-Vertrag vom 19. April 1850.

Nr. 7644. Grossbritannien und Vereinigte Staaten von Nord-Amerika. 19. April 1850.

Her Britannic Majesty and the United States of America being desirous of consolidating the relations of amity which so happily subsist between them by setting forth and fixing in a Convention their views and intentions with reference to any means of communication by Ship-Canal, which may be constructed between the Atlantic and Pacific-Oceans, by the way of the River St. Juan de Nicaragua, and either or both of the Lakes of Nicaragua or Managua, to any port or place on the Pacific Ocean;

Her Britannic Majesty has conferred full powers on the Right Honourable Sir Henry Lytton Bulwer, a Member of Her Majesty's Most Honourable Privy Council, Knight Commander of the Most Honourable Order of the Bath, and Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of Her Britannic Majesty to the United States; and the President of the United States on John M. Clayton, Secretary of State of the United States, for the aforesaid purpose; and the said Plenipotentiaries having exchanged their full powers, which were found to be in proper form, have agreed to the following Articles: —

Art. I. The Governments of Great Britain and the United States hereby declare, that neither the one nor the other will ever obtain or maintain for itself any exclusive control over the said Ship-Canal; agreeing that neither will ever erect or maintain any fortifications commanding the same, or in the vicinity thereof, or occupy, or fortify, or colonize, or assume or exercise any dominion over Nicaragua, Costa Rica, the Mosquito Coast, or any part of Central America; nor will either make use of any protection which either affords, or may afford, or any alliance which either has, or may have, to or with any State or people, for the purpose of erecting or maintaining any such fortifications, or of occupying, fortifying, or colonizing Nicaragua, Costa Rica, the Mosquito Coast, or any part of Central America, or of assuming or exercising dominion over the same. Nor will Great Britain or the United States take

Nr. 7644. Gross-britannien und Vereinigte Staaten von Nord-Amerika. 19. April 1850.

advantage of any intimacy, or use any alliance, connection, or influence, that either may possess with any State or Government through whose territory the said canal may pass, for the purpose of acquiring or holding, directly or indirectly, for the subjects or citizens of the one, any rights or advantages in regard to commerce or navigation through the said canal, which shall not be offered, on the same terms, to the subjects or citizens of the other.

Art. II. Vessels of Great Britain or the United States traversing the said canal shall, in case of war between the Contracting Parties, be exempted from blockade, detention, or capture by either of the belligerents; and this provision shall extend to such a distance from the two ends of the said canal as may hereafter be found expedient to establish.

Art. III. In order to secure the construction of the said canal, the Contracting Parties engage that, if any such canal shall be undertaken upon fair and equitable terms by any parties having the authority of the local Government or Governments through whose territory the same may pass, then the persons employed in making the said canal, and their property used or to be used for that object, shall be protected, from the commencement of the said canal to its completion, by the Governments of Great Britain and the United States, from unjust detention, confiscation, seizure, or any violence whatsoever.

Art. IV. The Contracting Parties will use whatever influence they respectively exercise with any State, States, or Governments possessing, or claiming to possess, any jurisdiction or right over the territory which the said canal shall traverse, or which shall be near the waters applicable thereto, in order to induce such States or Governments to facilitate the construction of the said canal by every means in their power; and, furthermore, Great Britain and the United States agree to use their good offices, wherever or however it may be most expedient, in order to procure the establishment of two free ports, one at each end of the said canal.

Art. V. The Contracting Parties further engage that, when the said canal shall have been completed, they will protect it from interruption, seizure, or unjust confiscation, and that they will guarantee the neutrality thereof, so that the said canal may for ever be open and free, and the capital invested therein secure. Nevertheless, the Governments of Great Britain and the United States, in according their protection to the construction of the said canal, and guaranteeing its neutrality and security when completed, always understand that this protection and guarantee are granted conditionally, and may be withdrawn by both Governments, or either Government, if both Governments or either Government should deem that the persons or company undertaking or managing the same adopt or establish such regulations concerning the traffic thereupon as are contrary to the spirit and intention of this Convention, either by making unfair discriminations in favour of the commerce of one of the Contracting Parties over the commerce of the other, or by imposing oppressive exactions, or unreasonable tolls upon passengers, vessels, goods, wares,

merchandize, or other articles. Neither party, however, shall withdraw the aforesaid protection and guarantee, without first giving six months' notice to the other.

Nr. 7644. Gross-britannien und Vereinigte Staaten von Nord-Amerika. 19. April 1850.

Art. VI. The Contracting Parties in this Convention engage to invite every State with which both or either have friendly intercourse to enter into stipulations with them similar to those which they have entered into with each other, to the end that all other States may share in the honour and advantage of having contributed to a work of such general interest and importance as the canal herein contemplated; and the Contracting Parties likewise agree, that each shall enter into Treaty stipulations with such of the Central American States as they may deem advisable, for the purpose of more effectually carrying out the great design of this Convention, namely, that of constructing and maintaining the said canal as a ship communication between the two oceans for the benefit of mankind, on equal terms to all, and of protecting the same; and they also agree, that the good offices of either shall be employed, when requested by the other, in aiding and assisting the negotiation of such Treaty stipulations, and should any differences arise as to right or property over the territory, through which the said canal shall pass, between the States or Governments of Central America, and such differences should in any way impede or obstruct the execution of the said canal, the Governments of Great Britain and the United States will use their good offices to settle such differences in the manner best suited to promote the interests of the said canal, and to strengthen the bonds of friendship and alliance which exist between the Contracting Parties.

Art. VII. It being desirable, that no time should be unnecessarily lost in commencing and constructing the said canal, the Governments of Great Britain and the United States determine to give their support and encouragement to such persons or company as may first offer to commence the same, with the necessary capital, the consent of the local authorities, and on such principles as accord with the spirit and intention of this Convention; and if any persons or company should already have, with any State through which the proposed shipcanal may pass, a contract for the construction of such a canal as that specified in this Convention, to the stipulations of which contract neither of the Contracting Parties in this Convention have any just cause to object, and the said persons or company shall, moreover, have made preparations and expended time, money and trouble on the faith of such contract, it is hereby agreed that such persons or company shall have a priority of claim over every other person, persons, or company, to the protection of the Governments of Great Britain and the United States, and be allowed a year, from the date of the exchange of the ratifications of this Convention, for concluding their arrangements, and presenting evidence of sufficient capital subscribed to accomplish the contemplated undertaking; it being understood that, if, at the expiration of the aforesaid period, such persons or company be not able to com-

Nr. 7644. Grossbritannien und Vereinigte Staaten von Nord-Amerika. 19. April 1850.

mence and carry out the proposed enterprise, then the Governments of Great Britain and the United States shall be free to afford their protection to any other persons or company that shall be prepared to commence and proceed with the construction of the canal in question.

Art. VIII. The Governments of Great Britain and the United States having not only desired, in entering into this Convention, to accomplish a particular object, but also to establish a general principle, they hereby agree to extend their protection by Treaty stipulations to any other practicable communications, whether by canal or railway, across the isthmus which connects North and South America; and especially to the inter-oceanic communications, should the same prove to be practicable, whether by canal or railway, which are now proposed to be established by the way of Tehuantepec or Panama. In granting, however, their joint protection to any such canals or railways as are by this Article specified, it is always understood by Great Britain and the United States that the parties constructing or owning the same shall impose no other charges or conditions of traffic thereupon than the aforesaid Governments shall approve of as just and equitable; and that the same canals or railways, being open to the subjects and citizens of Great Britain and the United States on equal terms, shall also be open on like terms to the subjects and citizens of every other State which is willing to grant thereto such protection as Great Britain and the United States engage to afford.

Art. IX. The ratifications of this Convention shall be exchanged at Washington*) within six months from this day, or sooner if possible.

In faith whereof we, the respective Plenipotentiaries, have signed this Convention, and have hereunto affixed our seals.

Done at Washington, the nineteenth day of April, Anno Domini one thousand eight hundred and fifty.

Henry Lytton Bulwer. (L. S.)
John M. Clayton. (L. S.)

Nr. 7645. VEREINIGTE STAATEN von NORD-AMERIKA. — Staatssecretär des Ausw. (Blaine) an den amerik. Gesandten in London. — Die V. St. beanspruchen die alleinige Garantie der Neutralität des Panama-Canals.

Department of State, Washington, June 24, 1881.

Nr. 7645. Vereinigte Staaten von Nord-Amerika. 24. Juni 1881.

Sir, — It has fallen under the observation of the President, through the current statements of the European press and other usual channels of communication, that the Great Powers of Europe may possibly be considering the

*) Ist geschehen am 4. Juli 1850. A. d. Red.

subject of jointly guaranteeing the neutrality of the interoceanic canal now projecting across the Isthmus of Panama. || The United States recognizes a proper guarantee of neutrality as essential to the construction and successful operation of any highway across the Isthmus of Panama, and in the last generation every step was taken by this Government that it deemed requisite in the premises. The necessity was foreseen and abundantly provided for long in advance of any possible call for the actual exercise of power.

Nr. 7645. Vereinigte Staaten von Nord-Amerika. 24 Juni 1881.

In 1846 a memorable and important Treaty was negotiated and signed between the United States of America and the Republic of New Granada, now the United States of Colombia. By the XXXVth Article of that Treaty, in exchange for certain concessions made to the United States, we guaranteed "positively and efficaciously" the perfect neutrality of the isthmus and of any interoceanic communications that might be constructed upon or over it for the maintenance of free transit from sea to sea; and we also guaranteed the rights of sovereignty and property of the United States of Colombia over the territory of the isthmus as included within the borders of the State of Panama. || In the judgment of the President, this guarantee, given by the United States of America, does not require reinforcement, or accession, or assent, from any other Power. In more than one instance this Government has been called upon to vindicate the neutrality thus guaranteed, and there is no contingency now foreseen or apprehended in which such vindication would not be within the power of this nation. || There has never been the slightest doubt on the part of the United States as to the purpose or extent of the obligation then assumed, by which it became surety alike for the free transit of the world's commerce over whatever land-way or water-way might be opened from sea to sea, and for the protection of the territorial rights of Colombia from aggression or interference of any kind. Nor has there ever been room to question the full extent of the advantages and benefits naturally due to its geographical position and political relations on the Western Continent, which the United States obtained from the owner of the isthmian territory in exchange for that far-reaching and responsible guarantee.

If the foreshadowed action of the European Powers should assume tangible shape, it would be well for you to bring to the notice of Lord Granville the provisions of the Treaty of 1846, and especially of its XXXVth Article, and to intimate to him that any movement in the sense of supplementing the guarantee contained therein would necessarily be regarded by this Government as an uncalled-for intrusion into a field where the local and general interests of the United States of America must be considered before those of any other Power, save those of the United States of Colombia alone, which has already derived, and will continue to derive, such eminent advantages from the guarantee of this Government. || The President deems it due to frankness to be still more explicit on this subject and to elucidate the views of the United States' Government with somewhat of detail, to the end that no uncertainty

Nr. 7645. Vereinigte Staaten von Nord-Amerika. 24. Juni 1881.

shall subsist as to the integrity of our motives or the distinctness of our aims.

It is not the wish or the purpose of the United States to interfere with any commercial enterprise in which the citizens or subjects of any foreign Power may see fit to embark under a lawful privilege. The fact of the stock and franchises of the Panama Canal or the Panama Railway being owned in Europe, either in whole or principally, is no more a subject of complaint on the part of the United States than is the circumstance that the stock of many of its own great lines of railway is largely held abroad. Such ownership, with its attendant rights, is in the United States amply secured by the laws of the land, and on the isthmus is doubly secured by the local laws of Colombia under the superior guarantee of the United States. || Nor, in time of peace, does the United States seek to have any exclusive privileges accorded to American ships in respect to precedence or tolls through an interoceanic canal, any more than it has sought like privileges for American goods in transit over the Panama Railway under the exclusive control of an American Corporation. The extent of the privileges of American citizens and ships is measurable under the Treaty of 1846 by those of Colombian citizens and ships. It would be our earnest desire and expectation to see the world's peaceful commerce enjoy the same just, liberal and rational treatment. || It is as regards the political control of such a canal, as distinguished from its merely administrative or commercial regulation, that the President feels called upon to speak with directness and with emphasis. During any war to which the United States of America or the United States of Colombia might be a party, the passage of armed vessels of a hostile nation through the canal at Panama would be no more admissible than would the passage of the armed forces of a hostile nation over the railway lines joining the Atlantic and Pacific shores of the United States or of Colombia. And the United States of America will insist upon her right to take all needful precautions against the possibility of the isthmus transit being in any event used offensively against her interests upon the land or upon the sea. || The two Republics between which the guarantee of neutrality and possession exists have analogous conditions with respect to their territorial extension. Both have a long line of coast on either ocean to protect as well as to improve. The possessions of the United States upon the Pacific coast are imperial in extent and of extraordinary growth. Even at their present stage of development they would supply the larger part of the traffic which would seek the advantages of the canal. The States of California and Oregon, and the Territory of Washington, larger in area than England and France, produce for export more than a ton of wheat for each inhabitant, and the entire freights demanding water transportation eastward, already enormous, are augmenting each year with an accelerating ratio. While the population and products of the Pacific slope are thus increasing upon a vast scale, the railway system connecting the Gulf of Mexico with the interior

and with the great lakes is being rapidly extended, thus affording additional facilities for enlarging the commerce that must seek the coast-line to the Pacific of which the projected canal at Panama will form a part, and be as truly a channel of communication between the eastern and far western States as our own trans-continental railways. It is the perception of this domestic function of the long-sought water-way between the two seas, that border the Republic which has caused the project to be regarded as of vital importance by this Government. The history of the enterprise is marked from the outset by the numerous expeditions which have from time to time been sent out by the United States at large expense to explore the various routes, and thus facilitate the work when the time should be ripe and the vast capital be forthcoming for the undertaking. || If the proposed canal were a channel of communication near to the countries of the Old World, and employed wholly, or almost wholly, by their commerce, it might very properly be urged, that the influence of the European Powers should be commensurate with their interests. With the exercise of such influence the United States could find no fault, especially if assured of equal participation in the peaceable enjoyment of the commercial facilities so afforded. The case, however, is here reversed, and an agreement between the European States to jointly guarantee the neutrality, and, in effect, control the political character of a highway of commerce, remote from them and near to us, forming substantially a part of our coast-line, and promising to become the chief means of transportation between our Atlantic and Pacific States, would be viewed by this Government with the gravest concern.

Nr. 7645. Vereinigte Staaten von Nord-Amerika. 24. Juni 1881.

The policy of the United States is one of peace and friendly intercourse with every Government and people. This disposition is frankly avowed, and is, moreover, abundantly shown in the fact, that our armaments by land and sea are kept within such limits as to afford no ground for distrust or suspicion of menace to other nations. The guarantee entered into by this Government in 1846 was manifestly in the interests of peace, and the necessity imposed by circumstances upon the United States of America to watch over a highway between its two coasts was so imperative, that the resultant guarantee was the simplest justice to the chief interests concerned. Any attempt to supersede that guarantee by an agreement between European Powers, which maintain vast armies and patrol the sea with immense fleets, and whose interest in the canal and its operation can never be so vital and supreme as ours, would partake of the nature of an alliance against the United States, and would be regarded by this Government as an indication of unfriendly feeling. It would be but an inadequate response to the good-will we bear them and to our cheerful and constant recognition of their own rights of domestic policy, as well as those resulting from proximity or springing from neighbourly interest. || The Great European Powers have repeatedly united in agreements such as guarantees of neutrality touching the political condition of States like

Nr. 7645. Vereinigte Staaten von Nord-Amerika. 24. Juni 1881. Luxembourg, Belgium, Switzerland, and parts of the Orient, where the localities were adjacent, or where the interests involved concerned them nearly and deeply. Recognizing these facts, the United States has never offered to take part in such agreements, or to make any agreements supplementary to them. While thus observing the strictest neutrality with respect to complications abroad, it is the long-settled conviction of this Government, that any extension to our shores of the political system by which the Great Powers have controlled and determined events in Europe would be attended with danger to the peace and welfare of this nation. || While the Government of the United States has no intention of initiating any discussion upon this subject, it is proper that you should be prepared, in case of concerted action or conference, or exchange of opinions thereon between the Great Powers of Europe, to communicate to the Government to which you are accredited the views of the President as frankly and as fully as they are herein set forth; and at suitable times, in your personal and friendly intercourse with your colleagues of the Diplomatic Body at London, you may find it proper to give discreet expression to the policy and motives of your Government in the premises.

You will be careful, in any conversations you may have, not to represent the position of the United States as the development of a new policy, or the inauguration of any advanced aggressive steps to be taken by this Government. It is nothing more than the pronounced adherence of the United States to principles long since enunciated by the highest authority of the Government, and now, in the judgment of the President, firmly inwoven as an integral and important part of our national policy. In his Address upon taking the oath of office, the President distinctly proclaimed the position which the Government of the United States would hold upon this question, and if the European Cabinets have failed to observe or give due heed to the declarations then made, it may be well for you on some proper occasion to call the attention of the Minister for Foreign Affairs to the language used by the President. || I am &c.

James G. Blaine.

Nr. 7646. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. (Granville) an den amerik. Gesandten in London. — Betont, dass die Rechtsverhältnisse beider Staaten durch den Clayton-Bulwer-Vertrag geregelt seien.

Foreign Office, November 10, 1881.

Nr. 7646. Gross-britannien. 10. Nov. 1881. Sir, — You are doubtless aware that Mr. Lowell left with this Department on the 12th July last a copy of a despatch which had been addressed to him by Mr. Blaine on the 24th June, in which the Secretary of State calls attention to the right and duty which are imposed on the United States' Go-

vernment under the Treaty signed in 1846 between the United States of America and the Republic of New Granada, now known as the United States of Colombia, to guarantee the neutrality of the interoceanic canal which is projected across the Isthmus of Panama. Mr. Blaine further points out the special interest which the United States have in the preservation of this neutrality, and in preventing the use of the canal in a manner detrimental to themselves during any war in which the United States of Colombia might be a party. But the point on which especial stress is laid in this despatch is the objection entertained by the Government of the United States to any concerted action of the European Powers for the purpose of guaranteeing the neutrality of the canal or determining the conditions of its use. || I have now the honour to state to you that, although some time has elapsed since the views of the United States' Government on the question were communicated to Her Majesty's Government, they have not failed in the meanwhile to bestow upon it all the consideration to which the importance of the subject gives it every claim; and if it has not received an earlier recognition, the delay has been mainly caused by the suspence which so long existed as to the termination of the sad tragedy of the 2nd July. || Her Majesty's Government have noted with satisfaction the statement made by Mr. Blaine, that there is no intention on the part of the Government of the United States to initiate any discussion upon this subject, and, in the same spirit, I do not now propose to enter into a detailed argument in reply to Mr. Blaine's observations. || I should wish, therefore, merely to point out to you that the position of Great Britain and the United States with reference to the canal, irrespective of the magnitude of the commercial relations of the former Power with countries to and from which, if completed, it will form the highway, is determined by the engagements entered into by them respectively in the Convention which was signed at Washington on the 19th April, 1850, commonly known as the Clayton-Bulwer Treaty; and Her Majesty's Government rely with confidence upon the observance of all the engagements of that Treaty. || I have, &c.

Nr. 7646. Gross-britannien. 10. Nov. 1881.

Granville.

Nr. 7647. VEREINIGTE STAATEN. — Staatss. d. Ausw. an den amerik. Ges. in London. — Vorschläge zur Abänderung des Clayton-Bulwer-Vertrages.

Department of State, Washington, November 19, 1881.

Nr. 7647. Vereinigte Staaten. 19. Nov. 1881.

Sir, — In pursuance of the premises laid down in my Circular note of the 24th June of this year, touching the determination of this Government with respect to the guarantee of neutrality for the interoceanic Canal at Panama, it becomes my duty to call your attention to the Convention of the 19th April, 1850, between Great Britain and the United States, commonly known as the

Nr. 7647. Vereinigte Staaten. 19. Nov. 1881. Clayton-Bulwer Treaty. || According to the Articles of that Convention, the High Contracting Parties, in referring to an interoceanic canal through Nicaragua, agreed "that neither the one nor the other will ever obtain or maintain for itself any exclusive control over said ship canal, and that neither will ever erect or maintain any fortifications commanding the same or in the vicinity thereof." In a concluding paragraph the High Contracting Parties agreed "to extend their protection by Treaty stipulations to any other practicable communications, whether by canal or railway, across the isthmus . . . which are now proposed to be established by way of Tehuantepec or Panama." || This Convention was made, more than thirty years ago, under exceptional and extraordinary conditions, which have long since ceased to exist — conditions which at best were temporary in their nature, and which can never be reproduced. The remarkable development of the United States on the Pacific Coast since that time has created new duties for this Government, and devolved new responsibilities upon it, the full and complete discharge of which requires, in the judgment of the President, some essential modifications in the Clayton-Bulwer Treaty. The interests of Her Majesty's Government involved in this question, in so far as they may be properly judged by the observation of a friendly Power, are so inconsiderable in comparison with those of the United States, that the President hopes a readjustment of the terms of the Treaty may be reached in a spirit of amity and concord.

The respect due to Her Majesty's Government demands, that the objections to the perpetuity of the Convention of 1850, as it now exists, should be stated with directness and with entire frankness. And among the most salient and palpable of these is the fact, that the operation of the Treaty practically concedes to Great Britain the control of whatever canal may be constructed. The insular position of the Home Government, with its extended colonial possessions, requires the British Empire to maintain a vast naval establishment, which, in our continental solidity, we do not need, and in time of peace shall never create. If the United States binds itself not to fortify on land, it concedes that Great Britain, in the possible case of a struggle for the control of the canal, shall at the outset have an advantage which would prove decisive, and which could not be reversed except by the expenditure of treasure and force. The presumptive intention of the Treaty was to place the two Powers on a plane of perfect equality with respect to the canal; but in practice, as I have indicated, this would prove utterly delusive, and would instead surrender it, if not in form yet in effect, to the control of Great Britain. || The Treaty binds the United States not to use its military force in any precautionary measure, while it leaves the naval power of Great Britain perfectly free and unrestrained, ready at any moment of need to seize both ends of the canal and render its military occupation on land a matter entirely within the discretion of Her Majesty's Government. The military power of the United States, as shown by the recent Civil War, is without

limit, and in any conflict on the American continent, altogether irresistible. The Clayton-Bulwer Treaty commands this Government not to use a single regiment of troops to protect its interests in connection with the interoceanic canal, but to surrender the transit to the guardianship and control of the British navy. If no American soldier is to be quartered on the isthmus to protect the rights of his country in the interoceanic canal, surely, by the fair logic of neutrality, no war vessel of Great Britain should be permitted to appear in the waters that control either entrance to the canal. || A more comprehensive objection to the Treaty is urged by this Government. Its provisions embody a misconception of the relative positions of Great Britain and the United States with respect to the interests of each Government in questions pertaining to this continent. The Government of the United States has no occasion to disavow an aggressive disposition. Its entire policy establishes its pacific character, and one of its chief aims is to cultivate the most friendly and intimate relations with its neighbours — both independent and colonial. At the same time, this Government with respect to European States will not consent to perpetuate any Treaty that impeaches our rightful and long-established claim to priority on the American continent. || The United States seeks only to use for the defence of its own interests the same forecast and provision which Her Majesty's Government so energetically employs in defence of the interests of the British Empire. To guard her Eastern possessions, to secure the most rapid transit for troops and munitions of war, and to prevent any other nation having equal facilities in the same direction, Great Britain holds and fortifies all the strategic points that control the route to India. At Gibraltar, at Malta, at Cyprus, her fortifications give her the mastery of the Mediterranean. She holds a controlling interest in the Suez Canal, and by her fortifications at Aden, and on the Island of Perim, she excludes all other Powers from the waters of the Red Sea and renders it a *mare clausum*. It would, in the judgment of the President, be no more unreasonable for the United States to demand a share in these fortifications or to demand their absolute neutralization than for England to make the same demand in perpetuity from the United States with respect to the transit across the American continent. The possessions which Great Britain thus carefully guards in the East are not of more importance to her than is the Pacific Slope with its present development and assured growth to the Government of the United States. || The States and territories appurtenant to the Pacific Ocean and dependent upon it for commercial outlet and, hence, directly interested in the canal, comprise an area of nearly 800,000 square miles, larger in extent than the German Empire and the four Latin countries of Europe combined. This vast region is but fairly beginning its prosperous development. Six thousand miles of railway are already constructed within its limits, and it is a moderate calculation to say, that within the current decade the number of miles will at least be doubled. In the near future, the money value of its surplus for

Nr. 7647. Vereinigte Staaten. 19. Nov. 1881.

Nr. 4647. Vereinigte Staaten. 19. Nov. 1881. export will be as large as that of British India, and, perhaps, larger. Nor must it be forgotten, that India is but a distant Colony of Great Britain, while the region on the Pacific is an integral portion of our National Union, and is of the very form and body of our State. || The inhabitants of India are alien from England in race, language and religion. The citizens of California, Oregon and Nevada, with the adjacent territories, are of our own blood and kindred — bone of our bone, and flesh of our flesh.

Great Britain appreciates the advantage and, perhaps, the necessity of maintaining at the cost of large military and naval establishments the interior and nearest route to India, while any nation with hostile intent is compelled to take the longer route and travel many thousand additional miles through dangerous seas. It is hardly conceivable, that the same great Power, which considers herself justified in taking these precaution for the safety of a remote Colony on another continent, should object to the United States adopting similar but far less demonstrative measures for the protection ofthe distant shores of her own domain, for the drawing together of the extremes of the Union in still closer bonds of interest and sympathy, and for holding in the quiet determination of an honourable self-defence, the absolute control of the great water-way which shall unite the two oceans, and which the United States will always insist upon treating as part of her coast line. || If a hostile movement should at any time be made against the Pacific Coast threatening danger to its people and destruction to its property, the Government of the United States would feel that it had been unfaithful to its duty, and neglectful towards its own citizens, if it permitted itself to be bound by a Treaty which gave the same right through the canal to a war-ship, bent on an errand of destruction, that is reserved to its own navy sailing for the defence of our coast, and the protection of the lives of our people. And as England insists, by the might of her power, that her enemies in war shall strike her Indian possessions only by doubling the Cape of Good Hope, so the Government of the United States will equally insist that the interior, more speedy and safer route of the canal, shall be reserved for ourselves, while our enemies, if we shall ever be so unfortunate as to have any, shall be remanded to the voyage round the Cape Horn. || A consideration of controlling influence in this question is the well-settled conviction, on the part of this Government, that only by the United States exercising supervision can the isthmus canals be definitely and at all times secured against the interference and obstruction incident to war. A mere agreement of neutrality on paper between the Great Powers of Europe might prove ineffectual to preserve the canal in time of hostilities. The first sound of a cannon in a general European war would, in all probability, annul the Treaty of neutrality, and the strategic position of the canal commanding both oceans might be held by the first naval Power that could seize it. If this should be done the United States would suffer such grave inconvenience and loss in her domestic commerce as would enforce the duty of a defensive and protective war

on her part for the mere purpose of gaining that control which, in advance, she insists is due to her position and demanded by her necessities. || I am not arguing or assuming, that a general war, or any war at all, is imminent in Europe. But it must not be forgotten, that within the past twenty-five years all the Great Powers of Europe have been engaged in war, most of them more than once. In only a single instance in the past hundred years has the United States exchanged a hostile shot with any European Power. It is in the highest degree improbable, that for a hundred years to come even that experience will be repeated. || It consequently becomes evident, that the one conclusive mode of preserving any isthmus canal from the possible distraction and destruction of war is to place it under the control of that Government least likely to be engaged in war, and able in any and every event to enforce the guardianship which she will assume. For self-protection to her own interests, therefore, the United States, in the first instance, asserts her right to control the isthmus transit. And, secondly, she offers by such control that absolute neutralization of the canal, as respects European Powers, which can in no other way be certainly attained and lastingly assured.

Nr. 7646. Vereinigte Staaten. 19. Nov. 1881.

Another consideration forcibly suggests the necessity of modifying the Convention under discussion. At the time it was agreed to Great Britain and the United States were the only nations prominent in the commerce of Central and South America. Since that time other leading nations have greatly enlarged their commercial connections with that country, and are to-day contending for supremacy in the trade of those shores. Within the past four years, indeed, the number of French and German vessels landing on the coasts of Central America far exceeds the number of British vessels.

While, therefore, Great Britain and the United States may agree to do nothing, and, according to the present Convention, each remain bound to the other in common helplessness, a third Power, or a fourth, or a combination of many, may step in and give direction to the project which the Clayton-Bulwer Treaty assumed was under the sole control of the two English-speaking nations. Indeed, so far as the canal scheme now projected at Panama finds a national sponsor or patron, it is in the Republic of France, and the non-intervention enjoined upon this country by the Clayton-Bulwer Treaty, if applied to that canal, would paralyze the arm of the United States in any attempt to assert the plain rights and privileges which this Government acquired through a solemn Treaty with the Republic of Columbia anterior to the Clayton-Bulwer Convention. So that the modification of the Treaty of 1850, now sought, is not only to free the United States from unequal and inequitable obligations to Great Britain, but also to empower this Government to treat with all other nations seeking a foot-hold on the isthmus, on the same basis of impartial justice and independence.

One of the motives that originally induced this Government to assent to the Clayton - Bulwer Treaty, not distinctly expressed in the instrument but

Nr. 7647. Vereinigte Staaten. 19. Nov. 1881. inferable from every line of it, was the expected aid of British capital in the construction of the Nicaraguan Canal. That expectation has not been realized, and the changed condition of this country since 1850 has diminished, if it has not entirely removed from consideration, any advantage to be derived from that source. Whenever, in the judgment of the United States' Government, the time shall be auspicious and the conditions favourable for the construction of the Nicaraguan Canal, no aid will be needed outside of the resources of our own Government and people; and while foreign capital will always be welcomed and never repelled, it cannot, henceforth, enter as an essential factor into the determination of this problem.

It is earnestly hoped by the President, that the considerations now presented will have due weight and influence with Her Majesty's Government, and that the modifications of the Treaty desired by the United States will be conceded in the same friendly spirit in which they are asked. The following is a summary of the changes necessary to meet the views of this Government:—

1. Every part of the Treaty which forbids the United States fortifying the canal and holding the political control of it in conjunction with the country in which it is located, to be cancelled.

2. Every part of the Treaty in which Great Britain and the United States agree to make no acquisition of territory in Central America, to remain in full force. As an original proposition, this Government would not admit that Great Britain and the United States should be put on the same basis, even negatively, with respect to territorial acquisitions on the American Continent, and would be unwilling to establish such a precedent without full explanation. But the Treaty contains that provision with respect to Central America, and if the United States should seek its annulment it might give rise to erroneous and mischievous apprehensions among a people with whom this Government desires to be on the most friendly terms. The United States has taken especial occasion to assure the Spanish American Republics to the south of us, that we do not intend and do not desire to cross their borders, or in any way disturb their territorial integrity, and we shall not willingly incur the risk of a misunderstanding by annulling the clauses in the Clayton-Bulwer Treaty which forbid such a step with Central America. The acquisition of military and naval stations necessary for the protection of the canal and voluntarily ceded to the United States by the Central American States, not to be regarded as a violation of the provision contained in the foregoing.

3. The United States will not object to maintaining the clause looking to the establishment of a free port at each end of whatever canal may be constructed, if England desires it to be retained.

4. The clause in which the two Governments agreed to make Treaty stipulations for a joint Protectorate of whatever railway or canal might be constructed at Tehuantepec or Panama, has never been perfected. No Treaty

stipulations for the proposed end have been suggested by either party, although citizens of the United States long since constructed a railway at Panama and are now engaged in the same work at Tehuantepec. It is a fair presumption, in the judgment of the President, that this provision should be regarded as obsolete by the non-action and common consent of the two Governments. Nr. 7647. Vereinigte Staaten. 19. Nov. 1881.

5. The clause defining the distance from either end of the canal where, in time of war, captures might be made by either belligerent on the high seas, was left incomplete, and the distance was never determined. In the judgment of the President, speaking in the interest of peaceful commerce, this distance should be made as liberal as possible, and might, with advantage, as a question relating to the high seas and common to all nations, be a matter of stipulation between the Great Powers of the world.

In assuming as a necessity the political control of whatever canal or canals may be constructed across the isthmus, the United States will act in entire harmony with the Governments within whose territory the canals shall be located. Between the United States and the other American Republics there can be no hostility, no jealousy, no rivalry, no distrust. This Government entertains no design in connection with this project for its own advantage which is not also for the equal or greater advantage of the country to be directly and immediately affected. Nor does the United States seek any exclusive or narrow commercial advantage. It frankly agrees, and will by public Proclamation declare, at the prover time, in conjunction with the Republic on whose soil the canal may be located, that the same rights and privileges, the same tolls and obligations for the use of the canal, shall apply with absolute impartiality to the merchant marine of every nation on the globe. And equally, in time of peace, the harmless use of the canal shall be freely granted to the war vessels of other nations. In time of war, aside from the defensive use to be made of it by the country in which it is constructed, and by the United States, the canal shall be impartially closed against the war vessels of all belligerents. It is the desire and determination of the United Staates, that the canal shall be used only for the development and increase of peaceful commerce among all nations, and shall not be considered a strategic point in warfare which may tempt the aggressions of belligerents or be seized under the compulsions of military necessity by any of the Great Powers that may have contests in which the United States has no stake and will take no part. || If it be asked why the United States objects to the assent of European Governments to the terms of neutrality for the operation of the canal, my answer is that the right to assent implies the right to dissent, and thus the whole question would be thrown open for contention, as an international issue. It is the fixed purpose of the United States to confine it strictly and solely as an American question, to be dealt with and decided by the American Governments.

In presenting the views contained herein to Lord Granville, you will take

Nr. 7647. Vereinigte Staaten. 19. Nov. 1881.

occasion to say, that the Government of the United States seeks this particular time for the discussion as most opportune and auspicious. At no period since the peace of 1783 have the relations between the British and American Governments been so cordial and friendly as now. And I am sure Her Majesty's Government will find in the views now suggested and the propositions now submitted, additional evidence of the desire of this Government to remove all possible grounds of controversy between two nations which have so many interests in common and so many reasons for honourable and lasting peace. || You will, at the earliest opportunity, acquaint Lord Granville with the purpose of the United States touching the Clayton-Bulwer Treaty, and, in your own way, you will impress him fully with the views of your Government. I refrain from directing that a copy of this instruction be left with his Lordship, because, in reviewing the case, I have necessarily been compelled, in drawing illustrations from British policy, to indulge somewhat freely in the *argumentum ad hominem.* This course of reasoning, in an instruction to our own Minister is altogether legitimate and pertinent, and yet might seem discourteous if addressed directly to the British Government. You may deem it expedient to make this explanation to Lord Granville, and if, afterwards, he shall desire a copy of this instruction, you will of course furnish it. || I am, &c.

James G. Blaine.

Nr. 7648. VEREINIGTE STAATEN. — Staatssecretär d. Ausw. an den amerik. Gesandten in London. — Uebersicht über die früheren Verhandlungen über Abänderung des Vertrages.

Department of State, Washington, November 29, 1881.

Nr. 7648. Vereinigte Staaten. 29. Nov. 1881.

Sir, — One week after mailing my instruction to you on the 19th instant touching the presentation to Her Majesty's Government of a proposal for the modification of the Convention between the two countries of the 19th April, 1850, better known as the Clayton-Bulwer Treaty, I received Mr. Hoppin's No. 218 of the 11th instant, communicating the response of Lord Granville to my Circular note of the 24th June last in relation to the neutrality of any canal across the Isthmus of Panama. I regret that Mr. Hoppin should not have advised me by telegraph of the purport of his Lordship's reply, as it would have enabled me to present the arguments of my despatch of the 19th instant in a more specific form, as meeting a positive issue rather than as generally dealing with a subject which for thirty years has been regarded in but one light by the public opinion of the United States. It seems proper now, however, in reply to his Lordship's note of the 10th November, to give a summary of the historical objections to the Clayton-Bulwer Treaty, and the very decided differences of opinion between the two Governments to which its interpretation has given rise.

I need hardly point out to you the well-known circumstance, that, even at the time of the conclusion of the Clayton-Bulwer Treaty, a very considerable opposition was shown thereto on the part of far-sighted men in public life, who correctly estimated the complications which the uncertain terms of that compact might occasion. It was ably contended in Congress, that its provisions did not, even then, suffice to meet the real points at issue with respect to the guarantee of the neutrality of the whole American isthmus on bases comporting with the national interests of the United States, and the differences of interpretation became soon after so marked as to warrant the extreme proposal of Her Majesty's Government to refer them to the arbitration of a friendly Power. || The justice of those doubts became still more evident six years later, when the pretensions put forth by Her Majesty's Government toward territorial protection, if not absolute control, of portions of Nicaragua and of the outlying Bay Islands brought up the precise question of how far the provisions of the Clayton-Bulwer compact operated to restrain the projected movement; and thereupon the interpretations respectively put upon that instrument by the United States and Great Britain were perceived to be in open conflict. The attempt made in the Clarendon-Dallas Treaty, which was negotiated on the 17th October, 1856, to reconcile these opposing contentions, and to place the absolute and independent sovereignty of Nicaragua over its territory on an unmistakable footing, so far as the United States and Great Britain were concerned, failed to be completed, by reason of the rejection by Her Majesty's Government of an amendment introduced by the Senate into the Clarendon-Dallas project. From that time onward the inability of the two Governments to agree upon a common interpretation of the letter and spirit of the Clayton-Bulwer Treaty may be accepted as a historical fact. || In the discussions between the two Governments which attended the failure of the Clarendon-Dallas Treaty the attitude of the United States with respect to the Clayton-Bulwer Treaty was amply defined. As early as the 12th March, 1857, I find, that General Cass, then Secretary of State, in the course of a conference with Lord Napier, Her Majesty's Representative, "passed some reflections on the Clayton-Bulwer Treaty; he had voted for it; and in doing so he believed, that it abrogated all intervention on the part of England in the Central American territory. The British Government had put a different construction on the Treaty, and he regretted the vote he had given in its favour." (Despatch of Lord Napier to the Earl of Clarendon, 12th March, 1857.) On the 6th May, 1857, President Buchanan, in an audience given to Lord Napier, and in response to his Lordship's suggestion, that if the attempted adjustment of the difference between the Governments as to the Clarendon-Dallas Treaty should fail, the Clayton-Bulwer Treaty remained to fall back upon, characterised that instrument in much stronger terms than General Cass had done. To quote Lord Napier's words: "The President denounced the Clayton-Bulwer Treaty as one which has been fraught with mis-

Nr. 7648. Vereinigte Staaten. 29. Nov. 1881.

Nr. 7648. Vereinigte Staaten. 29. Nov. 1881. understanding and mischief from the beginning; it was concluded under the most opposite constructions by the Contracting Parties. If the Senate had imagined, that it could obtain the interpretation placed upon it by Great Britain, it would not have passed. If he had been in the Senate at the time, that Treaty never would have been sanctioned." (Despatch of Lord Napier to the Earl of Clarendon, 6th May, 1857.) || These views are more explicitly and formally repeated in a note addressed by Secretary Cass to Lord Napier on the 29th May, 1857. He says:—"The Clayton-Bulwer Treaty, concluded in the hope, that it would put an end to the differences which had arisen between the United States and Great Britain, concerning Central American affairs, had been rendered inoperative in some of its most essential provisions by the different constructions which had been reciprocally given to it by the parties. And little is hazarded in saying that, had the interpretation since put upon the Treaty by the British Government, and yet maintained, been anticipated, it would not have been negotiated under the instructions of any Executive of the United States, nor ratified by the branch of the Government intrusted with the power of ratification." || The publicity of these statements, and the strong feeling which then prevailed in all quarters that the Clayton-Bulwer Convention was inadequate to reconcile the opposite views of Great Britain and the United States toward Central America, led to a very decided conviction, that the Treaty should be abrogated. Lord Napier reflected this growing impression when, on the 22nd June, 1857, he wrote to Lord Clarendon that, "It is probable that, if the pending discussions regarding Central America be not closed during the present summer, an attempt will be made, in the next Session of Congress, to set aside the Clayton-Bulwer Treaty. . . . There can be no doubt of the views of the President and Cabinet in this matter." || Before this tendency could, however, find its expression in any official act, a movement on the part of Her Majesty's Government placed the whole matter in a new aspect. Sir William Gore Ouseley was sent out, 30th October, 1857, as a Special Minister, with the double purpose of concluding with the Central American States, and especially with Guatemala and Honduras, settlements of the questions relative to the Bay Islands, the Mosquito territory, and the boundaries of British Honduras, and also of visiting Washington on the way, and conferring with the Secretary of State of the United States, for the purpose of ascertaining the views of his Government, and establishing a perfect understanding "with the United States upon the points respecting which differences have hitherto existed between the two countries." Among these differences was now superadded to the territorial question of Mosquito and the Islands the very question which to-day most concerns us—the question of interoceanic communication—which had for some time been the occasion of correspondence between General Cass and Lord Napier, and in relation to which General Cass wrote on the 20th October, 1857, as follows: || "I have thus endeavoured to meet the frank suggestions of your Lordship by re-stating, with corresponding frankness, the

general policy of the United States with respect to the Governments and the interoceanic transits of Central America; but since your Lordship has referred to the Clayton-Bulwer Treaty of 1850, as contemplating a 'harmonious course of action and counsel between the Contracting Parties in the settlement of Central American interests,' you will pardon me for reminding your Lordship that the differences which this Treaty was intended to adjust between the United States and Great Britain still remain unsettled, while the Treaty itself has become the subject of new and embarrassing complications."

Nr. 7648. Vereinigte Staaten. 29. Nov. 1881.

Prior to the arrival of Sir William Ouseley in the United States, Lord Napier held an important interview with President Buchanan, on the 19th October, 1857, with the object of obtaining "further elucidation of the opinions of the President with reference to the adjustment of the Clayton-Bulwer Treaty." On that occasion Lord Napier declared, that he believed it the intention of Her Majesty's Government, in Sir William Ouseley's mission, to carry the "Clayton-Bulwer Treaty into execution according to the general tenour of the interpretation put upon it by the United States; but to do so by separate negotiation with the Central American Republics, in lieu of a direct engagement with the Federal Government," and asked, that pending the negotiation intrusted to Sir William Ouseley "no proposal to annul the [Clayton-Bulwer] Treaty would be sanctioned or encouraged" by the President or the members of the United States' Government. To this the President cheerfully consented, and promised to modify the statements in his annual Message to Congress accordingly, and, under no circumstances, to countenance any attempt against the Clayton-Bulwer Treaty in Congress. || Matters being in this state, with Sir William Ouseley's mission announced, and the benevolently expectant attitude of the United States toward it assured, Lord Napier, on the 27th October, 1857, in conference with General Cass, brought up contingently, as a discarded alternative of his Government, a former proposal to refer the disputed questions to arbitration. || "The General remarked in reply", says Lord Napier, writing to the Earl of Clarendon, "that he did not repudiate the principle of arbitration on all occasions; he had invoked it, and would do so again where it seemed justly applicable, but that in this matter it was declined by the American Government for the following reasons:— The language of the Treaty was so clear that, in his opinion, there ought not to be two opinions about it. . . . Then it was a mere question of the interpretation of the English language, and he held that a foreign Government was not so competent to decide in such a question as the United States and England, who possessed that language in common". || The Earl of Clarendon, in reply, approved of Lord Napier's course in broaching anew the suggestion of arbitration, and authorized him to renew formally, in writing, the offer to refer the disputed questions arising out of the interpretation of the Clayton-Bulwer Treaty to the decision of any European Power (Instruction of November 13, 1857), and this was accordingly done by Lord Napier in a note to General Cass, dated

Nr. 7648. Vereinigte Staaten. 29. Nov. 1881.

30th November, 1857. || In his annual Message to Congress in December, 1857, President Buchanan, after narrating the negotiation and failure of the Clarendon-Dallas Treaty, said:— || "The fact is, that when two nations, like Great Britain and the United States, mutually desirous, as they are, and I trust ever may be, of maintaining the most friendly relations with each other, have unfortunately concluded a Treaty which they understood in senses directly opposite, the wisest course is to abrogate such a Treaty by mutual consent, and to commence anew. . . . Whilst entertaining these sentiments, I shall, nevertheless, not refuse to contribute to any reasonable adjustment of the Central American questions which is not practically inconsistent with the American interpretation of the Treaty. Overtures for this purpose have been recently made by the British Government in a friendly spirit which I cordially reciprocate." || Meanwhile, the Earl of Clarendon had instructed Sir William Ouseley, under date of the 19th November, 1857, "not to commit Her Majesty's Government to any course whatever in respect to the Bay Islands till the intentions of the Congress of the United States in regard to the Treaty of 1850 are clearly ascertained".

The Situation, then, at the close of 1857, presented a triple deadlock. The United States had agreed not to move toward the abrogation of the Treaty until it could be seen what interpretation of its provisions would result from Sir William Ouseley's mission. Sir William had received positive instructions not to move until the United States should decide whether to abrogate the Treaty or not; and Lord Napier was forbidden to move until the United States should make formal answer to the proposal for arbitration. The instructions of Lord Clarendon to Lord Napier, the 22nd January, 1858, contained these words: —"We are decidedly of opinion, that it would neither be consistent with our dignity or our interest to make any proposal to the United States' Government until we have received a formal answer to our formal offer of arbitration. In event of the offer being refused, it will be a great and hardly justifiable proof of the spirit of conciliation by which we are animated if we then show ourselves disposed to abrogate the Clayton-Bulwer Treaty; but we must not be in too great haste." In order, apparently, to break this deadlock, Lord Napier wrote to General Cass, the 17th February, 1858, that:—"Something in the nature of an alternative was thus offered to the American Cabinet. Should the expedient of arbitration be adopted, a great portion of Sir William Ouseley's duty would be transferred to other agencies. Should arbitration be declined, it was hoped that the efforts of Her Majesty's Envoy would result in a settlement agreeable to the United States, inasmuch as in essential points it would carry the Treaty of 1850 into operation in a manner practically conformable to the American interpretation of that instrument." || On the 10th March, 1858, the Earl of Malmesbury, who had succeeded Lord Clarendon in the Foreign Office, instructed Lord Napier that, until an answer was returned to the proposal for arbitration,

"no further steps can be taken by Her Majesty's Government with that of the United States in regard to that matter", and further that, "when this point is cleared up, Her Majesty's Government, supposing that the Government of the United States decline arbitration, will have to determine whether they should originate a proposal for the abrogation of the Clayton-Bulwer Treaty, or adopt any other course which the circumstances at the moment may seem to recommend." || It appears, however, that the proposal to abrogate the Treaty, which Lord Malmesbury reserved the right to originate, had already been communicated to the Government of the United States by Lord Napier, under instructions from Lord Clarendon. In a despatch, dated the 22nd March, 1858, Lord Napier wrote: "The Earl of Clarendon authorized me to inform General Cass, that Her Majesty's Government would not decline the consideration of a proposal for the abrogation of the Treaty by mutual concert. . . . . . I have accordingly, on two occasions, informed General Cass that, if the Government of the United States be still of the same mind, and continue to desire the abrogation of the Treaty of 1850, it would be agreeable to Her Majesty's Government that they should insert a proposal to that effect in their reply to my note respecting arbitration." Lord Napier further reports in detail the conversations had with General Cass as to the most proper method of effecting such abrogation, if agreed to. || In reply to this despatch of Lord Napier, the Earl of Malmesbury instructed him, 8th April, 1858, that his action was approved, and that he should confine himself to pressing for an answer to his proposal for arbitration. His Lordship added these significant words: "Her Majesty's Government, if the initiative is still left to them by the unwillingness of the United States themselves to propose abrogation, desire to retain full liberty as to the manner and form in which any such proposal shall be laid on their behalf before the Cabinet of Washington. . . . . . . The Clayton-Bulwer Treaty has been a source of unceasing embarrassment to this country, and Her Majesty's Government, if they should be so fortunate as to extricate themselves from the difficulties which have resulted from it, will not involve themselves, directly or indirectly, in any similar difficulties for the future." || The answer of General Cass to Lord Napier's several proposals was, briefly, to the effect that, pending the results expected from Sir William Ouseley's mission to the Central American States, the United States could not adopt the alternative of arbitration, "even if it had not been twice rejected before;" and that, if "the President does not hasten to consider now the alternative of repealing the Treaty of 1850, it is because he does not wish prematurely to anticipate the failure of Sir William Ouseley's mission, and is disposed to give a new proof to Her Majesty's Government of his sincere desire to preserve the amicable relations which now happily subsist between the two countries." (General Cass to Lord Napier, April 6, 1858.)

Nr. 7864. Vereinigte Staaten. 29. Nov. 1881.

In this posture of affairs, the Earl of Malmesbury instructed Sir William Ouseley to open direct negotiations with the Central American States, and,

Nr. 7648. Vereinigte Staaten. 29. Nov. 1881. on the 18th August, instructed Lord Napier to inform the Government of the United States of the intentions and object of Her Majesty's Government in the premises. His Lordship added:—"Modification, arbitration and abrogation of the Clayton-Bulwer Treaty have been *flatly rejected*" (the italics are my own). "Great Britain and Nicaragua are now about to treat as independent States." || I have emphasized the phrase "flatly rejected", in view of a subsequent instruction of the Earl of Malmesbury to Lord Napier, on the 8th December, 1858, wherein he said:—"I think you would have done better if you had not too pointedly brought before the United States' Government the notion that the British Government might view with favour a proposal to abrogate the Clayton-Bulwer Treaty."

It is not difficult, in following this narrative, to discern that General Cass, though not desiring to express it, had an additional motive for declining at that particular time to propose the abrogation of the Clayton-Bulwer Treaty. He did not desire by such proposed abrogation to indicate his willingness, that Sir William Gore-Ouseley should make Treaties with the separate States of Central America unrestrained by the clauses of the Clayton-Bulwer Treaty inhibiting the extension of British power in that region. General Cass, with his accustomed caution and wisdom, clearly perceived, that for the United States to propose abrogations on the very eve of Sir William Ouseley's mission would lead to injurious inferences, and would imply conclusions which the United States was not prepared to admit. Objectionable as General Cass thought the Clayton-Bulwer Treaty, he thought it was better than giving the implied consent of this Government that Great Britain should obtain such Treaties as the force of her power might secure in Central America. The subsequent note of Lord Malmesbury — not strained by an uncharitable construction—throws additional light on the subject, and confirms the wisdom of General Cass in declining to propose abrogation at that time. || And, besides, General Cass evidently desired to retain those very clauses of the Clayton-Bulwer Treaty to which, in my despatch of the 19th, I propose, on the part of this Government, to adhere.

I have dwelt with somewhat of detail on this particular historic episode, partly because it admirably illustrates she spirit with which both Governments have regarded the Clayton-Bulwer Treaty from the first, and partly because it had more direct bearing on the question of the guarantee of any isthmian transit than any other discussion of the time. In perusing the voluminous correspondence, unprinted, as well as that printed, and submitted at the time to Congress and to Parliament, I am more than ever struck by the elastic character of the Clayton-Bulwer Treaty, and the admirable purpose it has served as an ultimate recourse on the part of either Government to check apprehended designs in Central America on the part of the other—although, all the while, it was frankly admitted on both sides that the engagements of the Treaty were misunderstandingly entered into, imperfectly comprehended,

contradictorily interpreted, and mutually vexatious. || I am, as I must confess, strengthened in this impression by the circumstance that, in his response to my despatch of the 24th June last, Earl Granville takes the ground that the position of Great Britain and the United States towards the projected Panama Canal is determined by the Clayton-Bulwer Treaty. It does not seem likely to become a subject for discussion how far the engagements of that compact in reality extend to the Isthmus of Panama, under the provisions of Article VIII thereof, in the same precise sense in which they extend to the projected Nicaraguan transit. For it will be observed, that this Article does not stretch the guarantees and restrictions of Article I over either the Tehuantepec route through Mexican territory, or the Panama route through Columbian territory. It is in terms an agreement to extend the protection of both countries, by Treaty stipulations, to those or any other practicable waterways or railways from ocean to ocean, across the isthmus, outside of Nicaragua, Costa Rica, the Mosquito coast, or any part of Central America. So far as the inchoate agreement to hereafter agree is applicable to the Panama transit, I have amply shown in my No. 270 of the 19th instant, that the obligations embraced on the part of the United States in concluding the prior Convention with the Republic of New Granada (now Columbia) in 1846 require that the United States should be freed from unequal and inequitable obligations to Great Britain under the vague and, as yet, unperfected compact of 1850. || My main object in writing this instruction has been to strengthen your hands in any discussion which may now ensue as to the benefits of the Clayton-Bulwer Treaty and the mutual interest of the two countries in conserving it as the basis of a settlement of all questions between them touching Central American and Isthmian questions. It will be seen, that, from the time of its conclusion, in 1850, until the end of 1858, its provisions were thrice made the basis of a proposal to arbitrate as to their meaning; that modification and abrogation have been alike contingently considered; and that its vexatious and imperfect character has been repeatedly recognized on both sides. The present proposal of this Government is to free it from those embarrasing features, and leave it, as its framers intended it should be, a full and perfect settlement, for all time, of all possible issues between the United States and Great Britain with regard to Central America. || If, in your conference with Earl Granville, it should seem necessary, you will make free use of the precedents I have cited; and should you, within the discretionary limits confided at the end of my No. 270, have given a copy thereof to his Lordship, you are equally at liberty to let him have a copy of this also, with the same explanation, that it is for your use, and not written as a formal note for communication to Her Majesty's Government. || I have, &c.

Nr. 7648. Vereinigte Staaten. 29. Nov. 1881.

James G. Blaine.

Nr. 7649. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. — Die engl. Regierung hält am Clayton-Bulwer-Vertrag fest.

Foreign Office, January 7, 1882.

Nr. 7649. Gross-britannien. 7. Jan. 1882. Sir, — In my despatch of the 13th ultimo I informed you, that the United States' Minister at this Court had communicated to me the substance of a despatch which he had received from Mr. Blaine, then Secretary of State, on the subject of the Convention of the 19th April, 1850. Finding, that Mr. Lowell was authorized to give me a copy of this despatch if I wished it, I requested him to do so, and I have already forwarded to you a copy for your information. || Her Majesty's Government have given their careful consideration to the views set forth in this paper. They entirely agree in the statement made towards its conclusion as to the cordial relations so happily existing between the two countries, and as to the opportunity which this state of things affords for a frank exposition of the views held by either Government without risk of misconstruction. They have no hesitation, therefore, in proceeding to examine the grounds advanced by Mr. Blaine for desiring a modification of the Convention. || The principles upon which the whole argument of the despatch is founded are, as far as I am aware, novel in International Law. If a discussion of the subject on the abstract grounds of public right were deemed useful or opportune, it would not be difficult to quote passages from publicists of acknowledged authority in both countries in support of this opinion. But for several reasons it will be better to treat the matter from the side of the practical considerations which it involves, without, of course, being precluded from reverting at any future stage, in case of need, to its other aspect.

Her Majesty's Government cannot admit, that the analogy which it is sought to draw from the conduct of Great Britain in regard to the Suez Canal is correct or justified by the facts. They have made no attempt to fortify the Island of Cyprus, or to establish it as an armed position on an important scale, though they have an undoubted right to do so. The Fortress of Gibraltar, the Island of Malta and the Military Establishment at Aden came into the possession of England at a date long anterior to the time when the Mediterranean and the Red Sea could be regarded as a military route to India. For years afterwards the whole mass of reinforcements for India was sent by way of the Cape of Good Hope. Nor has any serious addition been made to the strength of these positions since the opening of the Canal, beyond what has been a natural consequence of the improvements in military science. Although no doubt well adapted by its situation to command the Straits of Bab-el-Mandeb, the Island of Perim has not in any real sense been made a fortified position. The fort and garrison on the island are, in fact, sufficient only to protect the lighthouse, which has been erected

there for the general benefit of navigation, from possible attack by predatory Arabs. || The Navy Department of the United States must be well aware, that Her Majesty's Government have never sought to bar or even to restrict the use of the Canal by the naval forces of other countries, and that even during the recent war between Russia and Turkey, when the Canal itself formed a portion of the territory of one of the belligerents, when the seat of conflict was close at hand, and when British interests might in many other respects have been nearly involved, they contented themselves with obtaining an assurance that the sphere of operations should not be extended to the Canal.

Nr. 7649. Gross-britannien. 7. Jan. 1882.

Her Majesty's Government cordially concur in what is stated by Mr. Blaine as regards the unexampled development of the United States on the Pacific Coast, and the capacity which they possess for further progress. That development has been watched in this country with admiration and interest, and will continue to be so regarded. But though in rapidity it may, and probably has, exceeded the most sanguine calculation, Her Majesty's Government cannot look upon it in the light of an unexpected event, or suppose that it was not within the view of the statesmen who were parties on either side to the Clayton-Bulwer Treaty. The declarations of President Monroe and of his Cabinet in 1823 and 24, whatever may be the view taken of their scope and bearing, and of the admissibility of the principles which they involve, or which it is sought to deduce from them, show at least that at that period—twenty-six years anterior to the Treaty now under discussion—there was a clear prevision of the great future reserved to the Pacific Coast. It is in the opinion of Her Majesty's Government an inadmissible contention, that the regular and successful operation of causes so evident at the time, and in their nature so irrepressible, should be held to have completely altered the condition of affairs to the extent of vitiating the foundations of an agreement which cannot be supposed to have been concluded without careful thought and deliberation. || While recognizing to the fullest degree the extent to which the United States must feel interested in any Canal which may be constructed across the Isthmus of Panama, Her Majesty's Government would be wanting in regard to their duty if they failed to point out that Great Britain has large Colonial possessions no less than great commercial interests, which render any means of unobstructed and rapid access from the Atlantic to the North and South Pacific Oceans a matter for her also of the greatest importance. || The development of these Possessions and interests has steadily continued, possibly with less rapidity, but on a scale which has some relation even to that of the Pacific States. Her Majesty's Government do not wish to ignore the share which other nations have acquired in the commerce of Central and South America, nor to exclude from consideration the interest of those countries in any Canal which may be made across the Isthmus. They are of opinion that such a Canal as the waterway between two great oceans and between all Europe and Eastern Asia is a work which concerns not merely the

Nr. 7649. Grossbritannien. 7. Jan. 1882. United States or the American Continent, but the whole civilized world. This is a view which finds its expression in the VIth Article of the Treaty of 1850. Her Majesty's Government are as anxious as that of the United States, that, while all nations should enjoy their proper share in the benefits to be expected from the undertaking, no single country should acquire a predominating influence or control over such a means of communication; and they will not oppose or decline any discussion for the purpose of securing on a general international basis its universal and unrestricted use.

With all deference to the considerations which have prompted the proposals made in Mr. Blaine's despatch, Her Majesty's Government cannot believe that they would promote this object, or be beneficial in themselves. The relations of the United States with the European Powers are fortunately of a nature to give rise to no feelings of suspicion or alarm. The general tendency of their foreign policy gives good promise, that they will so continue. But if provision is to be made on one side for a different state of affairs, it must be expected that the course thus indicated will find its natural and logical counterpart on the other. Her Majesty's Government can conceive no more melancholy spectacle than a competition among the nations holding West Indian Possessions, and others on the Central and South American Continent, in the construction of fortifications to obtain the command over the Canal and its approaches, in the event of occasion arising for such a measure. They cannot believe, that it would be agreeable or convenient to any South American State through which the Canal may pass to find itself called upon to admit a foreign Power to construct and garrison on its territory a succession of fortresses of increasing magnitude, designed to oppose such attempts, even though that foreign Power be a neighbouring one, and situated upon the same Continent. And when the claim to do this is accompanied by a declaration that the United States will always insist on treating the waterway which shall unite the two oceans "as part of her coast line", it is difficult to imagine that the States to which the territory lying between that waterway and the United States belongs can practically retain as independent a position as that which they now enjoy.

These are the consequences which, in the conviction of Her Majesty's Government, would almost certainly follow from a claim on the part of the United States to assume the supreme authority over the Canal, and all responsibility for its control. Her Majesty's Government hold, on the contrary, that the principles which guided the negotiators of the Convention of 1850 were intrinsically sound, and continue to be applicable to the present state of affairs. Their wish would be that those principles should receive the practical development which was contemplated at the time, and that effect should be given to that portion of the Treaty which provides that the Contracting Parties shall invite all other States with whom they have friendly intercourse to enter into similar stipulations with them. || A certain amount of progress

was made in this direction by the conclusion of Conventions with Honduras and Nicaragua by Great Britain in 1856 and 1860, and by the United States in 1864 and 1867, and by Nicaragua with France in 1859, with the object of upholding the general principles inserted in the Treaty. During the period when there were still matters to regulate with respect to Grey Town, the Bay Islands, the frontier of British Honduras and the protection of the Mosquito Indians, and when the construction of a Canal still seemed a contingency more or less doubtful and remote, it was not strange that the engagement to address other Powers should have been allowed to remain dormant; but the project of the Canal has now assumed sufficient shape to render such an application reasonable and pertinent. Nr. 7649. Grossbritannien. 7. Jan. 1882.

Her Majesty's Government believe, that the extension of an invitation to all maritime States to participate in an agreement based on the stipulations of the Convention of 1850 would obviate any objection that may possibly be raised against it as not being adequate in its present condition for the purpose for which it was designed. This course formed the basis of Mr. Fish's proposal to Dr. Cardenas, the Nicaraguan Minister, in 1877, and Her Majesty's Government would gladly see the United States again take the initiative in an invitation to the Powers, and will be prepared either to join in it, or to support and endorse it in the way that may be found most fitting and convenient, provided it does not conflict in any way with the Clayton-Bulwer Treaty. || You are authorized to read this despatch to the Secretary of State, and to give him a copy of it, if he should desire it. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7650. **GROSSBRITANNIEN.** — Staatssecretär d. Ausw. an den amerik. Gesandten in London. — Die früheren Verhandlungen über die Abänderung des Vertrages vom englischen Standpunkte aus.

Foreign Office, January 14, 1882.

Sir, — In my despatch of the 31st ultimo I have forwarded to you a copy of a despatch from Mr. Blaine to the United States' Minister at this Court, containing further observations in support of his arguments and proposals for a modification of the Treaty between this country and the United States of the 19th April, 1850. In this despatch Mr. Blaine gives extracts from the correspondence which passed between the two Governments between 1856 and 1858, in consequence of questions that arose as to the construction to be placed on certain provisions of the Treaty. Mr. Blaine seeks to establish from these extracts, that "the vexatious and imperfect character of the Treaty has been repeatedly recognized on both sides;" and, he adds, that the present proposal of the United States' Government "is to free it from those embarras- Nr. 7650. Grossbritannien. 14. Jan. 1882.

Nr. 7650. Gross-britannien. 14. Jan. 1882. sing features, and to leave it, as its framers intended it should be, a full and perfect settlement, for all time, of all possible issues between the United States and Great Britain with regard to Central America" || The correspondence in question was laid before Parliament in 1860, and the principal papers included in it have also been published in Hertslet's State Papers.*) A reference to the context of the passages quoted by Mr. Blaine will be necessary in order to appreciate the character which Mr. Blaine has attributed to them.

In cases where the details of an international agreement have given rise to difficulties and discussions to such an extent as to cause the Contracting Parties, at one time, to contemplate its abrogation or modification as one of several possible alternatives, and where it has yet been found preferable to arrive at a solution as to those details rather than to sacrifice the general basis of the engagement, it must surely be allowed that such a fact, far from being an argument against that engagement, is an argument distinctly in its favour. It is equally plain, that either of the Contracting Parties which had abandoned its own contention for the purpose of preserving the agreement in its entirety would have reason to complain if the differences which had been settled by its concession were afterwards urged as a reason for essentially modifying those other provisions which it had made this sacrifice to maintain. That both these arguments apply in the present instance a brief review of the correspondence will, I think, suffice to show.

The Treaty of 1850 was concluded (as is declared in the VIIIth Article) with the desire "not only to accomplish a particular object, but also to establish a general principle," in regard to the protection, by Treaty stipulations, of any practicable communications, whether by canal or railway, across the isthmus which connects North and South America.

The Preamble and Ist Article of the Treaty run as follows: —

"Her Britannic Majesty and the United States of America, being desirous of consolidating the relations of amity which so happily subsist between them, by setting forth and fixing in a Convention their views and intentions with reference to any means of communication by ship-canal, which may be constructed between the Atlantic and Pacific Oceans, by the way of the River St. Juan de Nicaragua, and either or both of the Lakes of Nicaragua or Managua, to any port or place on the Pacific Ocean.

* * *

"Art. 1. The Governments of Great Britain and the United States hereby declare, that neither the one nor the other will ever obtain or maintain for itself any exclusive control over the said ship-canal; agreeing that neither will ever erect or maintain any fortifications commanding the same, or in the vicinity thereof, or occupy, or fortify, or colonize, or assume or exercise any

---

*) Vol. xl, p. 953; xli, p. 757; xlii, p. 153; xlvi, p. 244; xlvii, p. 661; xlviii, p. 630; l, p. 126.

dominion over Nicaragua, Costa Rica, the Mosquito Coast, or any part of Central America; nor will either make use of any protection which either affords, or may afford, or any alliance which either has, or may have, to or with any State or people, for the purpose of erecting or maintaining any such fortifications, or of occupying, fortifying, or colonizing Nicaragua, Costa Rica, the Mosquito Coast, or any part of Central America, or of assuming or exercising dominion over the same. Nor will Great Britain or the United States take advantage of any intimacy, or use any alliance, connection, or influence that either may possess with any State or Government through whose territory the said canal may pass, for the purpose of acquiring or holding, directly or indirectly, for the subjects or citizens of the one, any rights or advantages in regard to commerce or navigation through the said canal, which shall not be offered, on the same terms, to the subjects or citizens of the other."

Soon after the signature of the Treaty various discussions arose as to the interpretation to be put upon those clauses which debarred either of the Contracting Parties from occupying, fortifying, or colonizing, or assuming or exercising any dominion over Nicaragua, Costa Rica, the Mosquito Coast, or any part of Central America, &c. Great Britain being at the time in possession of Ruatan and other islands of the coast of Honduras, and having a Protectorate over the Mosquito Indians located on the coast of Nicaragua, a lengthened correspondence arose as to the effect to be given to the Treaty in this respect, and also as to the boundary of British Honduras. A Treaty was eventually signed by Lord Clarendon and Mr. Dallas, for the settlement of the various questions at issue, on the 17th October, 1856; but this agreement was not received with favour by the United States' Senate, and the incoming Government of President Buchanan, who had acceded to office in March 1857, declined to confirm it without certain modifications. To these the British Government proposed further amendments, which were not at that time deemed acceptable by that of the United States, and the Treaty was never formally ratified. || To show how far this part of the discussion belonged in some of its features to a state of affairs that is now past, one of the objections taken by General Cass to the Treaty in its last amended form, was that it involved a recognition by the United States of a Treaty between Great Britain and Honduras for the cession of the Bay Islands to the latter country, in which it was stipulated, that slavery should not at any time be permitted to exist there. General Cass stated, that "a Treaty with such a provision would never be recognized by a United States' Senate." (Lord Napier to Lord Clarendon, May 3, 1857.)

I now proceed to examine some of the extracts given in Mr. Blaine's despatsch. || The first paper quoted is one from Lord Napier to the Earl of Clarendon, dated the 12th March, 1857. || The only passage quoted is as follows:— || "General Cass then passed some reflections on the Clayton-Bulwer

Nr. 7650. Gross-britannien. 11. Jan. 1882. Treaty; he had voted for it, and, in doing so, he believed, that it abrogated all intervention on the part of England in the Central American territory. The British Government had put a different construction on the Treaty, and he regretted the vote he had given in its favour." || But the despatch goes on to say: — || "He did not, however, pretend, that the British Government should now unconditionally abandon the Mosquitos, with whom they had relations of an ancient date; it was just, and consistent with the practice of the United States, that those Indians should be secured in the separate possession of lands, the sale of which should be prohibited, and in the enjoyment of rights and franchises, though in a condition of dependency and protection. The British Government had already removed one impediment to the execution of the Bulwer-Clayton Treaty, by the cession of their claims on Ruatan; two difficulties now remained — the frontier of Belize, and the delimitation and settlement of the Mosquito tribe. If the frontier could be defined, and if the Mosquitos could be placed in the enjoyment of their territory by Treaty between Great Britain and Nicaragua, in which the concessions and guarantees of the latter in favour of the Indians should be associated with the recognition of the sovereignty of Nicaragua — so I understood the General — *then the Bulwer-Clayton Treaty might be a permanent and satisfactory settlement between the Contracting Parties.* The United States desired nothing else than an absolute and entire neutrality and independence of the Central American region, free from the exercise of any exclusive influence or ascendency whatever."

The next quotation is from another despatch of Lord Napier, dated the 6th May, 1857, and the passage given runs thus: — || "The President denounced the Clayton-Bulwer Treaty as one which had been fraught with misunderstanding and mischief from the beginning; it was conclud d under the most opposite constructions by the Contracting Parties. If the Senate had imagined, that it could obtain the interpretation placed upon it by Great Britain, it would not have passed. If he had been in the Senate at the time, that Treaty never would have been sanctioned." || But President Buchanan went on to say: — || "With reference to arbitration (which Lord Napier had only thrown in as a suggestion of his own), he could not give any opinion at present. The President also inveighed against the excess of Treaties, affirming that they were more frequently the cause of quarrel than of harmony, and that, if it were not for the interoceanic communications, he did not see there was any necessity for a Treaty respecting Central America at all."

It seems, therefore, that the President's condemnation of the Clayton-Bulwer Treaty was principally founded on the construction placed upon it by Great Britain at the time, and was also in some measure explained by his objections to Treaties in general, but that he admitted that the question of the interoceanic connection made such an agreement necessary.

Mr. Blaine then quotes a note from Mr. Cass to Lord Napier of the

29th May, 1857, as follows: — ‖ "The Clayton-Bulwer Treaty, concluded in the hope, that it would put an end to the differences which had arisen between the United States and Great Britain, concerning Central American Affairs, had been rendered inoperative in some of its most essential provisions by the different constructions which had been reciprocally given to it by the parties. And little is hazarded in saying that, had the interpretation since put upon the Treaty by the British Government, and yet maintained, been anticipated, it would not have been negotiated under the instructions of any Executive of the United States, nor ratified by the branch of the Government intrusted with the power of ratification." ‖ But how does General Cass continue? He goes on to say: — ‖ "A protracted discussion, in which the subject was exhausted, failed to reconcile the conflicting views of the parties; and, as a last resort, a negotiation was opened for the purpose of forming a Supplementary Treaty, which should remove, if practicable, the difficulties in the way of their mutual good understanding, and leave unnecessary any further discussion of the controverted provisions of the Clayton-Bulwer Treaty. It was to effect this object, that the Government of the United States agreed to open the negotiation, which terminated in the Treaty of the 17th October, 1856, and though the provisions of that instrument, even with the amendments proposed by the Senate, were not wholly unobjectionable either to that body or to the President, still, *so important did they consider a satisfactory arrangement of this complicated subject*, that they yielded their objections, and sanctioned, by their act of ratification, the Convention as amended. It was then transmitted to London for the consideration of Her Britannic Majesty's Government, and, having failed to meet its approbation, has been returned unratified. The parties are thus thrown back upon the Bulwer-Clayton Treaty, with its disputed phraseology and its conflicting interpretations; and, after the lapse of seven years, not one of the objects connected with the political condition of Central America, which the United States had hoped to obtain by the arrangement, has been accomplished."

Nr. 7650. Grossbritannien. 14. Jan. 1882.

It was not, therefore, to the principles or basis of the arrangement (the importance of which was fully recognized), but to the unfortunate phraseology of a single portion of the Treaty, that objection was taken.

Mr. Blaine then refers to Sir W. Gore Ouseley's Mission, the object of which was to settle the points at issue in a manner practically satisfactory to the United States by independent negotiation with the Central American States, after first communicating with the Government at Washington. Mr. Blaine quotes a passage from a letter of General Cass to Lord Napier of the 20th October, 1857, as follows: — ‖ "I have thus endeavoured to meet the frank suggestions of your Lordship by re-stating, with corresponding frankness, the general policy of the United States with respect to the Governments and the interoceanic transits of Central America; but since your Lordship has referred to the Clayton-Bulwer Treaty of 1850 as contemplating a 'harmo-

Nr. 7650. Gross-britannien. 14. Jan. 1882. nious course of action and counsel between the Contracting Parties in the settlement of the Central American interests,' you will pardon me for reminding your Lordship, that the differences which this Treaty was intended to adjust between the United States and Great Britain still remain unsettled, while the Treaty itself has become the subject of new and embarrassing complications."

It will be useful to refer to the previous portion of this note to show what was the statement of the "general policy of the United States" thus referred to, and how far that policy corresponds with Mr. Blaine's present proposals. The note begins thus: — || "I have had the honour to receive your Lordship's communication of the 9th instant, in reference to the existing relations between Nicaragua and Costa Rica, and have submitted it to the consideration of the President. || "These relations have attracted the earnest attention of the President, not only from the importance of the San-Juan transit to the commerce of the world, but from the interest which is naturally felt by the United States in the neighbouring Republics of this Continent. The President has witnessed, therefore, the restoration of peace to Nicaragua and Costa Rica with the highest gratification; and he sincerely hopes, that it may not again be interrupted either by the calamity of civil war, or the invasion of their territory from other countries. Their security and welfare would undoubtedly be promoted by a just and friendly settlement between them of their mutual boundaries and jurisdiction; and I need hardly add, that such an adjustment would be viewed with satisfaction by the United States. This Government, however, has never admitted the pretensions of Costa Rica to an equal control with Nicaragua of the San-Juan River, but has regarded the sovereignty of the river, and consequently of the interoceanic transit by that route, as rightfully belonging to the Republic of Nicaragua. || "A similar view of the question appears to have been recognized by Great Britain; and, whatever may be the rights of Costa Rica with respect to the free passage of her own products by the river to the ocean, it is better, probably, that what has been thus acquiesced in, and has led, moreover, to important contracts and responsibilities, should not now be disturbed. But under any circumstances the commercial nations of the world can never permit the interoceanic passages of the isthmus to be rendered useless for all the great purposes which belong to them, in consequence of the neglect or incapacity of the States through whose territories they happen to run. *The United States, as I have before had occasion to assure your Lordship, demand no exclusive privileges in these passages,* but will always exert their influence to secure their free and unrestricted benefits, both in peace and war, to the commerce of the world."

And in a later note to Lord Napier of the 8th November, 1858, General Cass states with still greater clearness the object with which the Treaty was concluded, and the grounds on which the difference between the two Govern-

ments had arisen. He says: — || "Since the announcement by your Lordship, in October 1857, of Sir William Ouseley's special mission, the President has awaited, not so much any new proposition for the adjustment of the Central American questions as the statement in detail, which he had been led to expect, of the method by which Sir William Ouseley was to carry into effect the previous proposition of the British Government. To make this plain, your Lordship will pardon me for making a brief reference to what has occurred between the two Governments in respect to Central America since the ratification of the Clayton-Bulwer Treaty of 1850. || "While the declared object of that Convention had reference to the construction of a ship-canal by the way of San-Juan and the Lakes of Nicaragua and Managua, from the Atlantic to the Pacific Oceans, *yet it avowed none the less plainly a general principle in reference to all practicable communications across the isthmus, and laid down a distinct policy by which the practical operation of this principle was likely to be kept free from all embarrassment. The principle was, that the interoceanic routes should remain under the sovereignty of the States through which they ran, and should be neutral and free to all nations alike. The policy was that, in order to prevent any Government outside of those States from obtaining undue control or influence over those interoceanic transits, no such nation should erect or maintain any fortifications commanding the same, or in the vicinity thereof, or should 'occupy, or fortify, or colonize, or assume, or exercise, any dominion over Nicaragua, Costa Rica, the Mosquito coast, or any part of Central America'.* So far as the United States and Great Britain were concerned, those stipulations were expressed in unmistakable terms; and, in reference to other nations, it was declared that the 'Contracting Parties in this Convention engage to invite every State with which both or either have friendly intercourse, to enter into stipulations with them similar to those which they have entered into with each other'. || "At that time the United States had no possessions whatever in Central America, and exercised no dominion there. In respect to this Government, therefore, the provisions of Article I of the Treaty could operate only as a restriction for the future; but Great Britain was in the actual exercise of dominion over nearly the whole eastern coast of that country, and, in relation to her, this Article had a present as well as a prospective operation. She was to abandon the occupancy which she already had in Central America, and was neither to make acquisitions, or erect fortifications, or exercise dominion there in the future. In other words, she was to place herself in the same position with respect to possessions and dominion in Central America which was to be occupied by the United States, and which both of the Contracting Parties to the Treaty engaged that they would endeavour to induce other nations to occupy. || "This was the Treaty as it was understood and consented to by the United States, and this is the Treaty as it is still understood by this Government."

Nr. 7650. Gross-britannien. 14. Jan. 1882.

He then recapitulates the discussions and abortive negotiations which had

Nr. 7650. Grossbritannien. 14. Jan. 1882. ensued in consequence of the different interpretations put upon the Treaty by the two Governments; and, after criticizing and expressing disappointment at the last communication made to him by Lord Napier, he concludes:— || "It is of no small consequenze either to the United States or Great Britain, that these Central American controversies between the two countries should be for ever closed. On some points of them, and, I have been led to hope, on the general policy which ought to apply to the whole Isthmian region, they have reached a common ground of agreement. The neutrality of the interoceanic routes, and their freedom from the superior and controlling influence of any one Government; the principles upon which the Mosquito Protectorate may be arranged, with justice alike to the sovereignty of Nicaragua and the Indian tribes; the surrender of the Bay Islands, under certain stipulations for the benefit of trade and the protection of their British occupants; and the definition of the boundaries of British Belize; — about all these points there is no apparent disagreement, except as to the conditions which shall be annexed to the Bay Islands' surrender, and as to the limits which shall be fixed to the Settlements of Belize. Is it possible, that, if approached in a spirit of conciliation and good feeling, these two points of difference are not susceptible of a friendly adjustment? To believe this would be to underestimate the importance of the adjustment, and the intelligent appreciation of this importance which must be entertained by both nations. What the United States want in Central America next to the happiness of its people is the security and neutrality of the interoceanic routes which lead through it. This is equally the desire of Great Britain, of France and of the whole commercial world. If the principles and policy of the Clayton-Bulwer Treaty are carried into effect, this object is accomplished. When, therefore, Lord Malmesbury invites new overtures from this Government upon the idea, that it has rejected the proposal embraced in Sir William Ouseley's mission for an adjustment of the Central American questions by separate Treaties with Honduras, Nicaragua and Guatemala, upon terms substantially according with the general tenour of the American interpretation of the Treaty, I have to reply to his Lordship that this very adjustment is all that the President has ever desired, and that instead of having rejected that proposal, he had expressed his cordial acceptance of it, so far as he understood it, and had anticipated from it the most gratifying consequences."

Further, in a despatch to Mr. Lamar of July 25, 1858, subsequently communicated to Lord Malmesbury by Mr. Dallas on the 29th April, 1859, General Cass says: — || "These great avenues of intercommunication are vastly interesting to all commercial Powers, and all may well join in securing their freedom and use against those dangers to which they are exposed from aggressions or outrages, originating within or without the territories through which they pass."

It is difficult to conceive a more distinct statement of adherence to the

general principles of the Clayton-Bulwer arrangement, or a more positive disclaimer of the policy involved in Mr. Blaine's present proposals, than is contained in the passages I have just quoted. Nr. 7650. Gross-britannien. 14. Jan. 1882.

I return, however, to the extracts given in Mr. Blaine's despatch. Mr. Blaine alludes to an important interview which Lord Napier had with President Buchanan on the 19th October, 1857, in which Lord Napier asked that, pending the negotiation intrusted to Sir W. Gore Ouseley, no proposal to annul the Clayton-Bulwer Treaty should be sanctioned or encouraged by the President or Members of the United States' Government. Lord Napier's account of the President's language is as follows: — || "The President commenced his observations by referring to the Clayton-Bulwer Treaty as a fruitful source of misunderstanding between the Contracting Parties. Without that Treaty the United States and Great Britain might long since have cooperated for the welfare of Central America. That Treaty had never been acceptable to the people of the United States, and would not have obtained a vote in the Senate had the least suspicion existed of the sense, in which it was to be construed by Great Britain; yet, if it were now the intention of Her Majesty's Government to execute it according to the American interpretation, that was as much as we could insist upon." || And after reporting what passed at the interview with regard to the Bay Islands and Honduras, Lord Napier continued: — || "I then went on to animadvert upon the danger of some movement in the approaching Congress which would interfere with the contemporary negotiation of Sir William Ouseley, remarking that should the President in his Message allude to the position of the two countries in reference to Central America, and if, in consequence of his Excellency's reflections, a Resolution should be proposed for the abrogation of the Clayton-Bulwer Treaty, such a step would not only frustrate the purposes of Sir William Ouseley's mission, but would have a calamitous influence on the future relations of England and America. It would, therefore, be highly gratifying to me to be enabled to assure your Lordship that, pending the negotiation intrusted to Sir William Ouseley, no proposal to annul the Treaty would be sanctioned or encouraged by his Excellency or by the Members of his Government. || "The President stated, in reply, that it was certainly his intention to give an account in his Message of all that had passed between the two Governments respecting the Dallas-Clarendon Treaty. He appeared to intimate, that the effect of such a narrative would be to place the conduct of Great Britain in an unfavourable light, and he added that the passage in which he commented upon these transactions was already prepared; but his Excellency went on to affirm, with emphasis, that if the resolutions of Her Majesty's Government were such as I had related, if they really meant to execute the Clayton-Bulwer Treaty according to the American interpretation, and would, before the meeting of Congress, make some communication to him in that sense, such as he could use, he would cancel what he had written and insert another passage referring to

Nr. 7650. Gross-britannien. 14. Jan. 1882. the mission of Sir William Ouseley, and that 'nothing would give him greater pleasure than to add the expression of his sincere and ardent wish for the maintenance of friendly relations between the two countries'. || "His Excellency also distinctly declared, that, under the circumstances here described, no attempt against the Clayton-Bulwer Treaty in Congress would have any countenance from him whatever. To him it was indifferent whether the concession contemplated by Her Majesty's Government were consigned to a direct engagement between England and the United States, or to Treaties between the former and the Central American Republics: the latter method might, in some respects, be even more agreeable to him, and he thought it would be more convenient to Her Majesty's Government, who might, with greater facility, accede to the claims of the weaker party."

I pass over some passages given in Mr. Blaine's despatch which seem to call for no remark, and I would only observe that the proposal for arbitration alluded to in Lord Napier's note to General Cass of February 17, 1858, applied only to the controverted points in the Treaty, and not to the whole instrument.

Mr. Blaine refers to a conversation with General Cass, reported by Lord Napier in a despatch of the 22nd March, 1858, in which reference was made to the idea of an abrogation of the Treaty. It may be well to give a larger extract of this despatch, because, although Lord Napier's remarks were stated to be personal and unofficial, they show his view of the form which such an abrogation should take. He says: — || "I have, accordingly, on two occasions, informed General Cass that, if the Government of the United States be still of the same mind, and continue to desire the abrogation of the Treaty of 1850, it would be agreeable to Her Majesty's Government that they should insert a proposal to that effect in their reply to my note respecting arbitration, and to that in which I explained the character and motives of the mission intrusted to Her Majesty's Commissioner in Central America. || "Some conversation ensued regarding the manner in which the dissolution of the Treaty should be effected, and the condition by which it might be accompanied, and on these topics I have held the following language, premising that the views expressed were altogether spontaneous and personal, for I had no information of the intentions of Her Majesty's Government beyond the bare fact that they would entertain a proposal to cancel the engagements of 1850, emanating from the United States. || "I stated, that, in my opinion, the Treaty in question could only be repealed by a new Treaty in the usual forms, and that it might be desirable that such a Treaty should not be restricted to a single Article annulling its predecessor. Both for considerations of decency and policy I advocated the insertion of stipulations involving an expression of a common policy in Central America, and the disavowal of any exclusive or monopolizing projects on either side. I said, that I thought a Treaty might be framed of three Articles. || "The first should declare the desire of

the Contracting Parties to encourage and protect the organization of transit routes in the interoceanic region, and bind those parties never to negotiate for any rights or privileges of transit with the Central American States of a preferential or exclusive character, to which other nations might not, by negotiation, be equally admitted, establishing thus the principle of an equal enjoyment of those avenues of trade for all the countries of the world. || "The second Article might recognize the jurisdiction of the transit route by the San-Juan River as being vested in the Government of Nicaragua. This had been already avowed by the United States in a Treaty negotiated with that Republic. It had not been definitely affirmed by Great Britain, and might seem to clash with the claims of the King of Mosquitia to territorial possession or authority in those parts. I thought, however, that in regard to the views lately expressed by Her Majesty's Government in the course of recent negotiations, in consideration of the necessity of obtaining a suitable Treaty with Nicaragua, and for the purpose of placing themselves in harmony with the course pursued by the United States, Her Majesty's Government might, on this head, accede to an Article which would practically restrict their protectorate in Mosquitia, and prevent the imputation of any interference on their part with the territory traversed by the river, and, therefore, by the transit route. || "Finally, I suggested that Article III of the Treaty should simply declare the provisions of the Treaty of 1850 to be void and of no effect. I added, that the question of future territorial acquisition in Central America would thus be thrown open to the United States, that Her Majesty's Government, on the other hand, would retain the Colony of Honduras in the proportions which might be given to it by Treaty arrangements with Guatemala, and that the Bay Islands would remain attached to the British Crown. Indeed, I affirmed, still as a personal opinion, but of the most positive character, that, in case of the dissolution of the Clayton-Bulwer Treaty, the Bay Islands would not be relinquished by Her Majesty's Government. I felt bound to make this statement, having observed in some quarters an impression that Her Majesty's Government might be disposed not only to annul the Treaty, thus opening a path for the eventual annexation of the isthmus to the Federal Union, but to give up the Bay Islands as well; a notion altogether unfounded in any intimation which has hitherto reached me from the Foreign Office, and which could not be reconciled in my opinion to the interests of England." || Lord Napier adds, that he was most careful to remark throughout that the opinions he enunciated with reference to the Treaty were exclusively his own.

Nr. 7650. Grossbritannien. 14. Jan. 1882.

Mr. Blaine gives only a very short extract from Lord Malmesbury's despatch in reply of the 8th April, 1858. It will be desirable to quote it more at length. Lord Malmesbury says: — || "Her Majesty's Government, if the initiative is still left to them by the unwillingness of the United States themselves to propose abrogation, desire to retain full liberty as to the manner

Nr. 7650. Grossbritannien. 14. Jan. 1882. and form in which any such proposal shall be laid on their behalf before the Cabinet at Washington; but without pronouncing any decided opinion at the present moment, I think it right to point out to your Lordship that the effect of such an Article as that suggested in your despatch, as the second, might be to perpetuate an entanglement with the Government of the United States, and to place that Government in a position to question or control the free action of Her Majesty's Government in everything that relates to Central America. The Clayton-Bulwer Treaty has been a source of unceasing embarrassment to this country, and Her Majesty's Government, if they should be so fortunate as to extricate themselves from the difficulties which have resulted from it, will not involve themselves, directly or indirectly, in any similar difficulties for the future. || "Her Majesty's Government would have no objection to enter with the United States into a self-denying engagement such as that suggested in your first Article, by which both parties should renounce all exclusive advantage in the use of any of the interoceanic routes, and should bind themselves, each to the other, not to interfere with free transit. Such an Article would be a suitable substitute for the Clayton-Bulwer Treaty, for it would secure, as regards the Contracting Parties, the avowed object of that Treaty — the freedom of interoceanic communication. || "But beyond this Her Majesty's Government, as at present advised, are not prepared to contract any engagement as a substitute for the Clayton-Bulwer Treaty, and from the abrogation of that compact, if it should take place, they will hold themselves as free to act in regard to Central America in the manner most conducive to the advancement of British interests and the fulfilment of British obligations as if the Treaty had never been concluded. || "Your Lordship was, therefore, perfectly right in using decided language such as that reported in your despatch respecting the Bay Islands; and whenever the subject of the abrogation of the Clayton-Bulwer Treaty is mooted in your presence, you will make it perfectly clear to the Government of the United States that to abrogate the Treaty is to return to the *status quo ante* its conclusion in 1850, that Her Majesty's Government have no kind of jealousy respecting American colonization in Central America, which, indeed, it would help to civilize, and that we neither ask nor wish for any exclusive privileges whatever in those regions."

These, then, were the terms, upon which Her Majesty's Government were alone prepared, if at all, to consider the abrogation of the Clayton-Bulwer Treaty. And such an alternative was deprecated by General Cass in a note to Lord Napier of the 6th April, 1858, in which, while declining the proposal of arbitration on the disputed points of the Treaty, he alluded to a personal expression of opinion he had given in favour of an unconditional renunciation of the Treaty, and called attention to the serious consequences which might result from its dissolution, if no provision were made at the same time for adjusting the questions which led to it. He then concluded

with the passage quoted by Mr. Blaine, to the effect that, "if the President does not hasten to consider now the alternative of repealing the Treaty of 1850, it is because he does not wish prematurely to anticipate the failure of Sir William Ouseley's mission, and is disposed to give a new proof to Her Majesty's Government of his sincere desire to preserve the amicable relations which now happily subsist between the two countries". Nr. 7650. Gross-britannien. 14. Jan. 1882.

But subsequent events make it unnecessary to dwell further upon this part of the discussion, for the question was settled by the practical accomplishment of that which the United States' Government regarded as the most satisfactory conclusion.

It is here that the extracts and account of the negotiation given by Mr. Blaine come to an end at a point when the most important episode commences. The continuation of the correspondence shows, that on the 30th April, 1859, a Treaty was concluded between Great Britain and Guatemala for the settlement of the question of the boundary of Belize, that on the 28th November, 1859, another Treaty was concluded between this country and Honduras for the transfer of the Bay Islands to that Republic, as well as for the settlement of other questions relating to the Mosquito Indians and the claims of British subjects, including the withdrawal of the British Protectorate, and that on the 28th January, 1860, a third Treaty was concluded between this country and Nicaragua, also with reference to the Mosquito Indians and the claims of British subjects. || Copies of these three Treaties were officially communicated to the United States' Government, with the expression of a hope on the part of Her Majesty's Government that they would "finally set at rest the questions respecting the interpretation of the Clayton-Bulwer Treaty, which had been the subject of so much controversy between this country and the United States". || And in his message to Congress of the 3rd December, 1860, President Buchanan says the dangerous questions arising from the Clayton-Bulwer Treaty "have been amicably and honourably adjusted. The discordant constructions of the Clayton-Bulwer Treaty between the two Governments, which at different periods of the discussion bore a threatening aspect, have resulted *in a final settlement entirely satisfactory to this Government*".

I have been forced to give the above extracts at considerable length, and I refrain from adding other passages which would tend to illustrate and confirm them. A perusal of them, however, will, I think, suffice to show —

1. That the differences which arose between the two Governments in regard to the Treaty, and which occasioned at one time considerable irritation, but which have long since been happily disposed of, did not relate to the general principles to be observed in regard to the means of interoceanic communication across the isthmus, but had their origin in a stipulation which Mr. Blaine still proposes in great part to maintain. He wishes every part of the Treaty in which Great Britain and the United States agree to make no acquisition of territory in Central America to remain in full force, while

Nr. 7650. Gross-britannien. 14. Jan. 1882. he desires to cancel those portions of the Treaty which forbid the United States fortifying the canal, and holding the political control of it in conjunction with the country in which it is located; —

2. That the declarations of the United States' Government during the controversy were distinctly at variance with any such proposal as that just stated. They disclaimed any desire to obtain an exclusive or preferential control over the canal. Their sole contention was, that Great Britain was bound by the Treaty to abandon those positions on the mainland or adjacent islands, which, in their opinion, were calculated to give her the means of such a control. Nor did they in any way seek to limit the application of the principles laid down in the Treaty so as to exclude Columbian or Mexican territory, as Mr. Blaine now suggests, nor urge that such application would be inconsistent with the Convention between the United States and New Granada of 1846. On the contrary, they were ready to give those principles their full extension; —

3. That at a time when the British Government had been induced by the long continuance of the controversy to contemplate the abrogation of the Treaty, they were only willing to do so on the condition of reverting to the *status quo ante* its conclusion in 1850; a solution which was at that time possible — though, as the United States' Government justly pointed out, it would have been fraught with great danger to the good relations between the two countries — but which is now rendered impossible by the subsequent events; —

4. That a better and more conciliatory conclusion, which for twenty years has remainted undisputed, was effected by the independent and voluntary action of Great Britain. The points in dispute were practically conceded by this country, and the controversy terminated in a manner which was declared by President Buchanan to be amicable and honourable, resulting in a final settlement entirely satisfactory to the Government of the United States.

You are authorized to read this despatch to the United States' Secretary of State, and to offer him a copy of it if he schould desire, in the same manner in which a copy of Mr. Blaine's despatch was offered to me. || I am, &c.

Granville.

Central-Asiatische Frage.

Nr. 7651. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Tehran (Thomson) an den engl. Min. d. Ausw. — Verhandlungen über eine russisch-persische Grenzberichtigung.

Tehran, April 5, 1881.

My Lord, — The Minister for Foreign Affairs yesterday informed me, that although no formal negotiation had taken place with the Russian Government in respect to the demarcation of the line of frontier between Russia and Persia, on the borders of Khorassan, he had recently held several conversations with the Russian Minister on the subject. || He had explained, he said, to M. Zinoview, by order of the Shah, what was claimed as Persian territory along the whole line of the Northern Khorassan border, and his statement had been to the following effect: — || The Akhal territory was recognized by Persia as being beyond the limits of her dominions, but all other districts not actually occupied by Akhal Turkomans formed part of the Province of Khorassan, and belonged therefore to Persia. This included within the Persian territory Kari Kala, Kokhor, Firozeh and Kush Khaneh, and in fact all the districts situated to the north of Boojnoord and Kuchan between the Attrek river and the Akhal mountain range. In the direction of Dereghez, Gavers was considered by the Persian Government to be the last and most easterly Akhal Settlement, and all the villages to the east of that place belonged to Dereghez and Khelat, both of which districts, together with the Tejjen lands further east, were Persian possessions. || Mirza-Saeed-Khan stated, that the Russian Minister had not yet given any clear expression of the views of his Government on this subject. He was disposed, however, to admit Persia's right to Kari Kala; though he had hinted that the claim to Nokhor was doubtful. With reference to the Upper Attrek Valley he had suggested, that such villages as were not actually now in Persian occupation, or had been deserted by their inhabitants, might possibly be considered by the Russian Government as not belonging to this country; but he was unable to communicate more fully or explicitly on these matters until further information had been obtained from General Skobeleff to whom reference had been made. || The Minister for Foreign Affairs was of

Nr. 7651. Grossbritannien. 5. April 1881.

Nr. 7651. Gross-britannien. 5. April 1881. opinion, that Russia did not intend to claim the Attrek River as the line of frontier towards Boojnoord and Kuchan, as M. Zinoview had said that, strictly speaking, that claim might have been put forward, and that the determination of his Government not to insist upon it should be accepted by Persia as a proof of moderation and good-will on the part of the Russian Government towards Persia. || Mirza-Saeed-Khan informed me, that he had met the observations made by M. Zinoview by saying, that the temporary withdrawal of the inhabitants from villages which were exposed to Turkoman raids could not invalidate the Shah's territorial right over them, and by maintaining that no territory outside of the limits occupied by the Akhal Téké tribe could be claimed by Russia. M. Zinoview had thereupon observed, that Gavers, which is situated some miles to the east of Anou towards Dereghez, was occupied by Akhal Turkomans, and that it could not therefore be claimed by Persia, to which the Minister for Foreign Affairs replied, that the inhabitants of that place came originally from Akhal, but that they had separated themselves from the tribe, and were now peaceable cultivators of the soil, wo owed allegiance to the Shah, and paid taxes to the Persian Governor of Dereghez. || The Persian Government considers, that importance is attached by Russia to the possession of Gavers, as it lies on the direct line of march from Akhal to the Atek of Kelat and the Tejjen. A force moving in that direction would, it is said, if unable to pass through Gavers, have to traverse the desert further to the north, where it would encounter great difficulty. || Russian Engineers, with an escort of Cossacks, are now surveying the districts along the northern frontiers of Khorassan, and they have permission from the Persian Government to pass into Persian territory whenever they require to do so, in order to complete their surveys. The Shah has given orders, that a Persian engineer should also visit that part of the frontier, and prepare a map for the Persian Government; but the person selected for this duty does not appear to possess the necessary qualifications. || I have, &c.

Ronald F. Thomson.

Nr. 7652. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in St.-Petersburg (Dufferin) an den engl. Min. d. Ausw. (Granville). — Die russische Regierung hat nicht die Absicht, Eroberungen in der Merv-Oase zu machen.

St.-Petersburgh, April 14, 1881.

Nr. 7652. Gross-britannien. 14. April 1881. My Lord, — The following telegram from General Skobeleff has just been received at St.-Petersburgh: — || "Obaz-Mourad-Tykma-Serdar, Chef Principal des Tékés, est arrivé le 28 Mars à Askhabad pour y faire sa soumission. Il est accompagné d'une suite nombreuse, dans laquelle se trouvent plusieurs Serdars très-influents. Tykma-Serdar m'a remis son sabre et je le lui ai rendu au nom de votre Altesse Impériale, et en lui annonçant sa grâce. Le Chef

des Tékés a juré de servir fidèlement Sa Majesté l'Empereur. || Tout est tranquille dans le pays. Les Akhal-Tékés continuent à revenir en masse de Merv. L'arrivée de Tykma-Serdar met fin à l'expédition d'Akhal-Téké. Depuis le 12 Janvier on n'a pas tiré un seul coup de fusil dans l'oasis." Nr. 7652. Grossbritannien. 14. April 1881.

M. de Giers said, that the above communication did not imply the surrender of their independence by the inhabitants of Merv, or anything more than an undertaking that they would abstain from harassing the Russian troops and the districts which had now passed under Russian domination, and that I might assure your Lordship there was no intention on the part of Russia to make any territorial acquisitions in the Merv oasis. On the contrary, as General Skobeleff himself had observed, such a demonstration on the part of the Turkoman Chiefs only facilitated the prompt and immediate termination of the campaign. || M. de Giers added, that eight battalions, or at all events a very considerable body of troops belonging to General Skobeleff's force, were on their way home. || I have, &c.

Dufferin.

Nr. 7653. RUSSLAND. — Ukas, betreffend die Annexion des Gebietes der Téké-Turkmanen.

St.-Pétersbourg, le 12/24 Mai 1881.

Oukase de Sa Majesté l'Empereur au Sénat Dirigeant. — Ayant jugé utile, en vue de consolider la tranquillité et la sécurité dans les steppes Transcaspiennes, d'annexer à l'Empire le territoire des Turcomans-Tékés occupé par nos troupes, nous ordonnons, savoir: Nr. 7653. Russland. 24. Mai 1881.

Il est formé avec ce pays et la contrée de la section militaire de la Transcaspienne un seul territoire sous le nom de "Territoire de la Transcaspienne", qui est incorporé dans la conscription militaire du Caucase. L'administration générale du nouveau territoire est confiée au Commandant-en-chef de l'armée du Caucase et l'administration locale au Commandant du territoire, sous les ordres duquel sont placées les troupes qui s'y trouvent.

Le Commandant-en-chef de l'armée du Caucase instituera une administration temporaire du territoire de la Transcaspienne, selon les circonstances du moment et d'après les conditions locales.

Le Sénat Dirigeant est chargé de l'exécution des présentes.

Gatchina, le 6 Mai, 1881.

Alexandre.

Nr. 7654. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. d. Ausw. — Die russische Regierung hat nicht die Absicht, mit den Turkmanen von Merv einen Vertrag zu schliessen.

St.-Petersburgh, June 15, 1881.

Nr. 7654. Gross-britannien. 15. Juni 1881. My Lord, — I have the honour to inform your Lordship, that I showed M. de Giers this afternoon the statements which appeared in the "Times" and "Standard" of the 9th instant respecting reported negotiations between the Russian Government and the Merv Turkomans, and that I also showed him the report of a question which had been asked in the House of Commons by Mr. Ashmead-Bartlett and of Sir Charles Dilke's reply. || With regard to the "Transcaspian territory" M. de Giers again stated, that the part annexed to Russia was the Téké oasis, in which, I understood him to say, Askabad was the southernmost*) town, that the boundaries were not yet marked out, but that that was in course of execution. He said, that reports had been lately received from General Röhrberg that all was quiet there; and he added, that the General was an administrator and not an officer, who was likely to engage in warlike expeditions. I had the honour to report to the effect, that I had heard that General Röhrberg was peacefully disposed in my despatch of the 1st instant.

With regard to Merv his Excellency said, that there was no question of negotiating a Treaty with the Merv Turkomans, or of establishing a Resident there, that he had seen the Merv Chief, who is here at present, and had told him, that Russia had no hostile intentions towards his people, and that she wished to be on friendly terms with them. || Baron de Jomini, whom I saw last night, and to whom I mentioned the subject, said, that there were no formal negotiations going on for a Treaty with the Merv Turkomans, that they had been told, that Russia wished to be upon peaceful terms with them; but, he said, there are two parties amongst them, one for peace, the other for war, and that raids upon Russian territory could not be permitted. || Baron de Jomini also told me last night, that a report had reached the Government that thirty-two English artillerymen were on the point of coming to Merv, and that two of them were said to have already arrived there. M. de Giers told me, that he had communicated this report to Prince Lobanow, stating, however, that he attached no belief to it. I said, that, judging from what I had observed of the policy of Her Majesty's Government in Central Asia, I did not think there could be any truth in the rumour, and that the only Englishman I knew of as being at Merv was a correspondent of the "Daily News", and that he now appeared to be sojourning there against his will. M. de Giers

*) In einer Depesche vom 29. Juni verbessert in: "the most south-eastern town." A. d. Red.

laughed and said, that his reports from Merv had been most useful to General Skobeleff, who had declined to allow Mr. O'Donovan, or any other correspondent, to accompany his army. || I have, &c. Nr. 7654. Gross-britannien. 15. Juni 1881.

Hugh Wyndham.

Nr. 7655. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. d. Ausw. — Giers hat eine bestimmte Erklärung über die Grenzen des annectirten Téké-Gebietes nicht gegeben.

(Extract.) St.-Petersburgh, June 22, 1881.

With reference to the orders contained in your Lordship's despatch of the 13th instant, I have the honour to report, that I spoke to M. de Giers to-day respecting the boundaries of the Téké oasis lately incorporated in the Russian Empire. || I reminded his Excellency, that he had told me that the frontiers were not yet marked out, but that measures were being taken with that object, and I then asked him if there would be any objection to informing Her Majesty's Government what those boundaries were when they had been defined. || His Excellency replied, that he did not know the boundaries; and that, although he did not think there would be any secret about them, he could not take any engagement beforehand as to making them known, and he remarked: "You do the same thing" (meaning you annex territories), "and I am not aware, that you are asked what your frontiers are." || His Excellency then went on to say, that all being quiet in the Téké country, they would see if the frontiers could be marked out, and he added, that the Kurds being tranquil, and the Persians also, the moment was favourable for making maps, which were much required, and he said, that *pourparlers* of a vague nature had commenced between Russia and Persia to come to some arrangement as to frontiers. I said: "Do you mean a rectification of frontiers?" and his Excellency answered: "Yes", and I clearly understood him to refer to the line of frontier from the Caspian to the head or sources of the River Attrek, and his Excellency, apparently to illustrate the necessity of a rectification of frontiers with Persia, mentioned Karakala, about which he said disputes were constantly arising between Russia and Persia. Nr. 7655. Gross-britannien. 22. Juni 1881.

Nr. 7656. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. d. Ausw. — Die Grenzen von Trans-Caspien sind noch nicht festgestellt.

(Extract.) St.-Petersburgh, July 27, 1881.

With reference to my despatches of the 20th instant, I have the honour to report, for your Lordship's information, that I asked Baron Jomini to-day Nr. 7656. Gross-britannien. 27. Juli 1881.

Nr. 7656. Gross-britannien. 27. Juli 1881. (M. de Giers being absent from the Ministry for Foreign Affairs) if he could give me an idea of what the territory was which was termed "Trans-Caspian." His Excellency replied, that it was "all the territory beyond the Caspian." "But", I said, "can you give me no idea as to where it ends?" to which he said, that he could not, that the negotiations with Persia had not yet commenced, but that for long Russia had been established on the lower part of the River Atrek, but that the time had now come to determine what was really Persian territory and what was not elsewhere, and that the question being one of an exceedingly complicated and difficult nature, a special Commission would have to examine it on the spot. His Excellency said, that their farthest point now was Askabad, but that General Skobeleff had discovered some very fertile country further south, where a complete state of disorder existed, that there was Sarakhs also to be considered, and whether it was Persian or not remained to be verified. If Persian, that then it would remain so, but if not, that it would then be necessary to establish some regular form of Government there as elsewhere ("un ordre de choses établi"), and that the frontier negotiations would probably extend to territory beyond the Atrek as far as the confines of Khorassan, over which, Baron Jomini to-day, threw doubts as to the sovereignty of the Shah of Persia being more than nominal.

Nr. 7657. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. d. Ausw. — Das „Journal de St.-Pétersbourg" bestreitet, dass die russische Regierung bindende Verpflichtungen bez. Mervs eingegangen sei.

St.-Petersburgh, August 10, 1881.

Nr. 7657. Gross-britannien. 10. Aug. 1881. My Lord, — The questions which have been lately asked in the House of Commons as to Russian policy in Central Asia have naturally called forth remarks in the St.-Petersburgh press, and I have the honour to inclose herewith a précis of an article from the "Herold", a paper published here in German, but which has no official character, and of two articles from the semi-official "Journal de St.-Pétersbourg" which appear worthy of attention, as they have all the appearance of emanating from an official source. || With regard to Merv your Lordship will observe, that it is stated that the Russian Government has never taken any engagement. The article states: — || "Le Gouvernement Russe n'a jamais pris aucun engagement au sujet de Merv. Il n'avait pas a en prendre. Il a eu égard aux inquiétudes que le Cabinet de Londres témoignait sur ce point, et loin de repousser ses interpellations, comme il en aurait eu incontestablement le droit, il a très-franchement et très-amicalement fait part de ses intentions, qu'il n'avait pas à cacher parce qu'elles étaient parfaitement loyales et dictées par ces légitimes intérêts. Il a toujours déclaré qu'il n'avait aucun projet, ni aucun avantage à aller à Merv, ni à y

rester, mais que si les Merviens obligeaient nos troupes par leurs agressions à les poursuivre jusque là, et à détruire ce repaire de brigands, la Russie se réservait une complète liberté d'action." || The article goes on to explain the reasons which necessitated the late attack upon, and annexation of, the Téké country. || The Earl of Dufferin reported conversations which he had held with M. de Giers on the policy of Russia with regard to Merv in his despatches of the 8th March last, and of the 14th April last, and to which I venture to refer your Lordship with reference to the statements contained in the articles herewith inclosed from the "Journal de St.-Pétersbourg". || I have, &c.

Nr. 7657. Gross-britannien. 10. Aug. 1881.

Hugh Wyndham.

Extract from the "Journal de St.-Pétersbourg" of July 28/August 9, 1881.

Nous n'avons pas voulu apprécier le discours de Lord Hartington en réponse à l'interpellation de Sir Ashmead Bartlett d'après le compte-rendu télégraphique, sachant combien la télégraphie dénature souvent le sens des paroles. || Nous avons sous les yeux le texte de ce discours tel que nous l'avons reproduit hier et nous nous faisons un devoir de rendre justice à la modération, à la retenue et à la convenance du langage de Lord Hartington. Il aurait certainement pu être plus explicite en réfutant les insanités mises en avant par Sir Ashmead Bartlett sur le compte de la politique Russe. Mais il ne faut pas oublier que le Marquis de Hartington parlait devant une assemblée habituée à entendre et à accueillir les accusations les plus odieuses au sujet de la Russie, et pour laquelle tout jugement impartial, toute parole bienveillante à l'égard de cette Puissance constituent une innovation hardie. Il faut donc tenir compte à l'orateur d'avoir eu le courage de sa modération. || Il n'y a qu'un point de fait que nous croyons devoir relever dans son discours — c'est celui qui a trait aux prétendus engagements contractés par le Gouvernement Russe au sujet de l'oasis des Tékés, engagements dont l'annexion de cette oasis serait une violation. Lord Hartington ne s'est pas catégoriquement prononcé sur ce point. Il a fait observer qu'on pourrait dire beaucoup dans un sens et dans l'autre.

Il aurait pu être plus explicite. Le Gouvernement Russe n'a jamais etc. [folgt der oben citirte Abschnitt].

Ces assurances ont été données lorsque les arrangements généraux pris par l'Angleterre et la Russie dans l'Asie-Centrale subsistaient encore dans leur lettre et dans leur esprit. Lorsque l'attitude agressive de Lord Beaconsfield en Europe et en Asie les eut déchirés, le Gouvernement Russe devait naturellement se considérer comme d'autant plus libre de ses actions; néanmoins ses vues au sujet de Merv n'ont point changé, parce qu'elles étaient fondées sur des considérations et des intérêts permanents qui ne pouvaient pas dépendre des convenances d'un Cabinet étranger. || Lord Hartington a reconnu lui-même "qu'il n'y a aucune relation entre l'entrée des troupes Anglaises dans

Nr. 7657. Grossbritannien. 10. Aug. 1881. l'Afghanistan et l'occupation par la Russie du territoire des Akhal-Téké". Cependant il a terminé son discours en affirmant "qu'une occupation permanente de Kandahar par l'Angleterre aurait été une raison insuffisante pour le mouvement en avant de la Russie". || Ces deux assertions sont également vraies. Le Gouvernement Russe ne poursuit dans ces contrées d'autre intérêt que celui de la tranquillité et de la sécurité de ses frontières. Mais il est certain que cette tranquillité et cette sécurité peuvent exiger des mesures de précaution plus ou moins étendues, selon qu'elles se trouvent plus ou moins mises en péril par la situation politique dans son voisinage immédiat. Or, on conviendra que l'entrée des armées Anglaises à Kandahar et à Caboul, ainsi que l'esprit ouvertement hostile de la politique du Comte de Beaconsfield en Europe et en Asie, devaient accroître les légitimes appréhensions de la Russie du côté de la steppe Turcomane, où la présence d'officiers Anglais et les facilités, que les Tékés devaient trouver dans la proximité des troupes Britanniques pour s'armer, s'organiser et s'instruire militairement, constituaient un danger très-sérieux. Ce fut alors que le Gouvernement Russe délibéra sur les mesures de précaution à prendre et se décida, après mûre délibération et par les motifs que nous avons exposés avant-hier, à entreprendre l'expédition confiée d'abord au Général Lazarew, puis au Général Tergoukassow et enfin au Général Skobélew. || Nous l'avons dit, et nous le répétons, cette expédition dispendieuse et pénible, sans compensations probables, était imposée par la nécessité. Elle n'avait en vue que notre sécurité défensive. Mais c'était là un intérêt de premier ordre, devant lequel notre Gouvernement ne pouvait pas hésiter. || Lorsque les électeurs Anglais eurent condamné la politique aventureuse de Lord Beaconsfield, et que l'avènement de Mr. Gladstone eut ramené les relations de l'Angleterre et de la Russie, en Europe comme en Asie, dans une voie pacifique et amicale, la presse Anglaise crut pouvoir en inférer que l'évacuation de Caboul et de Kandahar par les Anglais amènerait le Gouvernement Russe à renoncer à l'expédition projetée dans la steppe. Ces conclusions étaient erronées. Il ne dépendait pas du Gouvernement Russe d'abandonner ce projet. D'abord il lui était impossible de rester sous le coup de l'insuccès des opérations du Général Lazarew. Quiconque connaît les Asiates, sait fort bien qu'ils ne respectent que la force. Le prestige de la Russie aurait été irrévocablement détruit, les Tékés enhardis, la sécurité de nos possessions en Asie sérieusement menacée. Il fallait donc absolument infliger aux Turcomans une leçon sévère. Notre Gouvernement n'a pas caché cette nécessité au Cabinet Anglais, qui l'a parfaitement comprise. || Quant aux résultats possibles de l'expédition, il n'a pris, et n'avait à prendre, aucun engagement. Il a renouvelé l'assurance qu'il n'était guidé par aucune pensée hostile à l'Angleterre, que quant à Merv, ses intentions n'avaient pas changé, et qu'il n'irait jusque-là, si les Merviens l'y forçaient par leurs agressions; il ne cacha pas que la présence et la conduite des officiers Anglais qui excitaient et dirigeaient les Merviens était de nature à rendre cette éventualité inévitable. Il déclara que son seul but était d'établir

sur des bases solides la sécurité des possessions Russes dans ces contrées, afin de ne pas se trouver dans le cas de renouveler périodiquement des expéditions ruineuses, sans résultats durables, et qui seraient toujours à recommencer. Les mesures propres à réaliser ce but dépendaient évidemment de l'issue de la campagne, et de ce que le Commandant-en-chef rapporterait de la situation de ces contrées encore inconnues. Mais ce but, la Russie était résolue à l'atteindre complètement et à tout prix. C'était son devoir et son droit. || Tel a été le sens des déclarations faites par notre Gouvernement. Elles étaient parfaitement honnêtes et loyales, dictées par le simple bon sens; ses intentions ne pouvaient pas être autres. Il n'en a fait aucun mystère, il n'en a pas dévié, et n'en déviera pas. Cela n'empêche nullement les égards dus aux intérêts d'un Gouvernement qui se montre animé de sentiments amicaux et pacifiques, ni les ménagements que réclame sa position particulière. Ces bons procédés réciproques sont nécessaires au maintien des relations de bonne intelligence avantageuses aux deux pays. Ils sont parfaitement compatible avec le maintien et la défense de leurs intérêts respectifs, qui ne sont nullement inconciliables du moment où ils sont appréciés et traités de part et d'autre dans un esprit d'équité et de bon vouloir mutuel. || Nous sommes persuadés qu'il en sera ainsi et qu'il en résultera en définitive, non seulement la cessation d'un antagonisme fatal qui n'a pas de raison d'être, mais encore la conviction d'une complète solidarité. || Quant aux insanités de Sir Ashmead Bartlett, nous n'avons rien à en dire. Il est triste de voir de pareilles diatribes outrageuses envers une grande nation, débitées dans une assemblée aussi respectable que la Chambre des Communes. L'Angleterre a toujours eu ses originaux; mais la politique n'est pas le terrain convenable pour de semblables excentricités, et Lord Hartington les a justement appréciées en ne les prenant pas au sérieux.

Nr. 7657. Grossbritannien. 10. Aug. 1881.

Nr. 7658. GROSSBRITANNIEN und TÜRKEI. — Uebereinkunft zur Unterdrückung des Sklavenhandels in Afrika.

[Die Ratifikations-Urkunden sind ausgetauscht zu Konstantinopel am 17. April 1880.]

Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, étant animés mutuellement du désir sincère de coopérer à la cessation du trafic des esclaves d'Afrique, ont résolu de conclure une Convention avec l'intention d'atteindre cet objet. Dans ce but ils ont nommé comme leurs Plénipotentiaires: — || Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, le Très-Honorable Sir Austen Henry Layard, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de Sa Majesté près la Sublime Porte; || Et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, Sawas-Pacha, son Ministre des Affaires Etrangères; || Lesquels se sont communiqués mutuellement leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, et ont convenu et arrêté les Articles suivants: —

Nr. 7658. Grossbritannien und Türkei. 25. Jan. 1880.

Nr. 7658. Grossbritannien und Türkei. 25. Jan. 1880.

Art. I. Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, renouvelant d'une manière absolue la défense du trafic des nègres, s'engage à prohiber l'importation des esclaves d'Afrique dans toutes les parties de l'Empire Ottoman ou ses dépendances, leur passage à travers le territoire Ottoman par mer, et à punir, suivant les dispositions prévues par la loi Ottomane et conformément aux dispositions du Firman de l'Année 1273 (A. D. 1857), toute personne ou toutes personnes justiciables des Tribunaux Ottomans qui se trouveraient mêlées soit directement, soit indirectement, au trafic des noirs. Sa Majesté s'engage aussi à interdire l'exportation des esclaves noirs du territoire Ottoman à l'étranger, sauf le cas où ils auraient à accompagner leurs maîtres ou maîtresses en qualité de domestiques attachés à leurs personnes. Dans ce cas, chaque esclave, homme ou femme, sera muni d'un certificat constatant son âge, ainsi que tout autre signe distinctif, et mentionnant tout particulièrement en quelle qualité il accompagne son maître ou sa maîtresse. Dans le cas où il ne serait pas muni de pareil certificat, il sera affranchi, et ceux qui tenteraient de l'exporter seront passibles de punition. || Tous les noirs affranchis qui quitteront l'Empire Ottoman recevront des autorités Ottomanes des passeports constatant qu'ils sont affranchis et libres, et qu'ils disposent de leurs personnes sans restriction ou réserve.

Art. II. Toute personne ou toutes personnes non-sujettes Ottomanes qui peuvent être mêlées du trafic des noirs, soit directement, soit indirectement, dans les limites de l'Empire Ottoman ou à bord d'un navire Ottoman seront saisies, ainsi que leurs complices, si elles en ont, pour subir leur jugement conformément aux lois du pays. || Elles seront accompagnées des procès-verbaux dressés par l'autorité supérieure Ottomane, de l'endroit où le trafic aura été constaté, et de tous les autres éléments de conviction, fournis par la susdite autorité, destinés à servir de preuves, lors du procès des inculpés, en tant que ces lois admettent de pareilles preuves. || Tous les noirs trouvés en la possession de marchands d'esclaves seront affranchis, et on agira à leur égard conformément aux dispositions de l'Article III de la présente Convention.

Art. III. Prenant en considération l'impossibilité de renvoyer dans leurs foyers les esclaves d'Afrique qui seraient capturés des marchands d'esclaves et affranchis, sans les exposer au risque de périr de fatigue et de faim ou de tomber de nouveau sous le joug de l'esclavage, le Gouvernement Ottoman s'engage à prendre les mesures convenables pour assurer la liberté des noirs qui viendraient à être capturés, et à veiller à ce qu'ils soient convenablement soignés.

Art. IV. Sa Majesté Impériale s'engage à poursuivre comme criminels toutes les personnes qui se trouveraient compromises dans des actes de mutilation ou de trafic d'enfants. Si ces personnes sont justiciables des Tribunaux Ottomans elles seront livrées aux Tribunaux Ottomans et punies suivant la loi Ottomane. Dans le cas contraire, c'est à dire, dans le cas où le criminel n'est pas sujet Ottoman et le crime n'a pas été perpétré sur le territoire Ottoman, elles seront consignées entre les mains du Tribunal compétent, qui agira à

leur égard suivant les lois du pays dont elles relèvent. Elles seront accompagnées de procès-verbaux et d'autres éléments de conviction, comme il est dit dans l'Article II.

Nr. 7658. Gross-britannien und Türkei. 25. Jan. 1880.

Art. V. Dans le but d'opérer d'une manière réelle la suppression du trafic des nègres dans la Mer Rouge, Sa Majesté l'Empereur des Ottomans consent à ce que les croiseurs Anglais soumettent à la visite et aux recherches, et s'il est nécessaire à la détention, pour en faire la remise à l'autorité Ottomane la plus proche ou la plus compétente ou bien à qui de droit conformément à l'Article IV, et lui faire subir son jugement tout navire Ottoman qui se trouverait impliqué dans le trafic des noirs comme aussi tout navire Ottoman qui pourrait à juste titre être suspect d'être destiné à opérer ce trafic ou qui l'aurait exercé dans le cours du voyage où il a été rencontré. || Ce droit de visite et de détention pourra être exercé dans la Mer Rouge, dans le Golfe d'Aden, sur la côte Arabique, dans le Golfe Persique, sur la côte orientale de l'Afrique ainsi que dans toutes les eaux maritimes Ottomanes, même dans l'absence d'autorité constituée. Tout navire qui serait détenu par un croiseur Anglais à teneur des dispositions de cette Convention, sera consigné, ainsi que son chargement et son équipage, à l'autorité Ottomane la plus proche ou la plus compétente, ou bien à qui de droit conformément à l'Article IV pour qu'il soit procédé à son jugement. || Dans le cas où l'on aurait lieu de croire que des navires sous pavillon Ottoman, rencontrés dans les ports ou eaux Ottomans, ont des noirs à bord dans le but d'en faire le commerce, ou bien des navires dont on se serait servi pour le trafic des noirs durant le dernier voyage qu'ils auraient accompli, la dénonciation faite par le Commandant ou tout autre officier commissionné d'un croiseur Anglais, ou par un fonctionnaire Consulaire Britannique, les autorités Ottomanes opéreront immédiatement des recherches. Tous les esclaves trouvés à bord de ces navires seront mis en liberté et affranchis; le navire, le capitaine, les officiers et tous ceux qui seront convaincus d'avoir été de connivance avec eux seront consignés aux autorités compétentes Ottomanes, qui agiront à leur égard à teneur des dispositions de la loi Ottomane concernant la suppression du trafic des nègres. || Tous les esclaves d'Afrique capturés par un croiseur Anglais à bord d'un navire Ottoman seront placés à la disposition des autorités Ottomanes, et dans le cas, où il n'y aurait pas d'autorité Ottomane à proximité, aux autorités les plus rapprochées, à l'effet de les proclamer libres. Le navire et son chargement seront consignés pour être jugés à l'autorité Ottomane la plus proche ou la plus compétente, ou à qui de droit conformément aux prescriptions de l'Article IV. || Sa Majesté la Reine de la Grande Bretagne consent de son côté à ce que tous les navires naviguant sous Pavillon Anglais dans la Mer Rouge, le Golfe d'Aden, sur la côte Arabique, dans le Golfe Persique et sur la côte orientale d'Afrique, ou dans les eaux intérieures de l'Empire Ottoman et de ses dépendances qui se trouveraient mêlés dans le trafic des nègres, comme aussi tout navire qui pourrait à juste titre être suspecté d'être

Nr. 7658. Gross-britannien und Türkei. 25. Jan. 1880.

destiné à opérer ce trafic, ou qui l'aurait exercé dans le cours du voyage où il a été rencontré, soient visités, saisis et détenus par les autorités ou les croiseurs Ottomans. Mais il est entendu que ces navires et leurs chargements ainsi que leurs équipages seront consignés à l'autorité Britannique la plus proche pour subir leur jugement. || Les esclaves capturés seront mis en liberté par les autorités Ottomanes et resteront à leur disposition. || Si le Tribunal compétent décidera que la saisie, détention et la poursuite n'étaient pas fondées et justifiées, le Gouvernement dont dépend le croiseur qui a opéré la capture paiera au Gouvernement auquel appartient la prise une indemnité adaptée à la circonstance. || Il est expressément et formellement entendu que les stipulations précédentes ne s'appliquent pas aux bâtiments de guerre des deux Etats, qui ne peuvent en aucun cas et sous aucun prétexte être visités.

Art. VI. Dans le but d'éviter que les croiseurs Anglais chargés de la suppression du commerce des esclaves ne s'ingèrent indûment dans les navires Ottomans dont les équipages seraient formés en totalité ou en partie d'esclaves d'Afrique, il est convenu par le présent Acte que tout navire Ottoman équipé en totalité ou en partie par d'esclaves d'Afrique devra être munis des papiers constatant le voyage ou service auquel il est affecté, ainsi que le nombre et la description des esclaves qui se trouvent à bord. Si le nombre d'esclaves d'Afrique qui se trouveraient à bord était plus considérable que celui autorisé par les papiers de bord, le navire sera susceptible d'être détenu et renvoyé par devant un Tribunal compétent pour y être jugé.

Art. VII. Sa Majesté l'Empereur des Ottomans s'engage à prendre les mesures et de donner les ordres nécessaires afin que la présente Convention soit rigoureusement exécutée.

Art. VIII. La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications seront échangées à Constantinople le plus tôt que faire se pourra.

La présente Convention entrera en vigueur six mois après le jour de la signature.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le même et y ont apposé les sceaux de leurs armes.

Fait à Constantinople ce jourd'hui 25 Janvier, mille huit cent quatre-vingt.

(L. S.) A. H. Layard.
(L. S.) Sawas.

Nr. 7659. RUSSLAND und CHINA. — Vertrag über das Gebiet von Ili. Vom 24. Februar 1881.

[Die Ratifikations-Urkunden sind ausgetauscht zu St.-Petersburg am 7./19. August 1881.]

Nr. 7659. Russland und China. 24. Febr. 1881.

Sa Majesté l'Empereur et Autocrate de Toutes les Russies et Sa Majesté l'Empereur de la Chine, désirant régler quelques questions de frontière et de commerce touchant aux intérêts des deux Empires, afin de cimenter les rapports d'amitié entre les deux pays, ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, à

l'effet d'établir un accord sur ces questions: — ‖ Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, son Secrétaire d'Etat, Nicolas de Giers, Sénateur, Conseiller Privé actuel, dirigeant le Ministère Impérial des Affaires Etrangères, et son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de la Chine, Eugène de Butzow, Conseiller d'Etat actuel; ‖ Et Sa Majesté l'Empereur de la Chine, Tseng, Marquis de Neyoung, Vice-Président de la Haute Cour de Justice, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, muni de pouvoirs spéciaux pour signer le présent Traité en qualité d'Ambassadeur Extraordinaire. ‖ Les susdits Plénipotentiaires, munis de pleins pouvoirs qui ont été trouvés suffisants, sont convenus des stipulations suivantes: —

Art. I. Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies consent au rétablissement de l'autorité du Gouvernement Chinois dans le pays d'Ili, temporairement occupé, depuis 1871, par les armées Russes. ‖ La Russie reste en possession de la partie occidentale de ce pays, dans les limites indiquées à l'Article VII du présent Traité.

Art. II. Sa Majesté l'Empereur de la Chine s'engage à décréter les mesures propres à mettre les habitants du pays d'Ili, à quelque race et à quelque religion qu'ils appartiennent, à l'abri de toute poursuite, dans leurs biens ou dans leurs personnes, pour actes commis durant ou après les troubles qui ont eu lieu dans ce pays. ‖ Une Proclamation conforme à cet engagement sera adressée par les autorités Chinoises, au nom de Sa Majesté l'Empereur de la Chine, à la population du pays d'Ili, avant la remise de ce pays aux dites autorités.

Art. III. Les habitants du pays d'Ili seront libres de rester sur les lieux de leur résidence actuelle, comme sujets Chinois, ou d'émigrer en Russie et d'adopter la sujétion Russe. Ils seront appelés à se prononcer à ce sujet avant le rétablissement de l'autorité Chinoise dans le pays d'Ili, et un délai, d'un an, à partir du jour de la remise du pays aux autorités Chinoises, sera accordé à ceux qui témoigneront le désir d'émigrer en Russie. Les autorités Chinoises n'opposeront aucune entrave à leur émigration et à l'exportation de leur propriété mobilière.

Art. IV. Les sujets Russes possédant des terrains dans le pays d'Ili conserveront leurs droits de propriété, même après le rétablissement de l'autorité du Gouvernement Chinois dans ce pays. ‖ Cette disposition n'est pas applicable aux habitants du pays d'Ili qui adopteront la sujétion Russe, lors du rétablissement de l'autorité Chinoise dans ce pays. ‖ Les sujets Russes dont les terrains sont situés en dehors des emplacements affectés aux factoreries Russes, en vertu de l'Article XIII du Traité de Kouldja de 1851, devront acquitter les mêmes impôts et contributions que les sujets Chinois.

Art. V. Les deux Gouvernements délégueront à Kouldja des Commissaires, qui procéderont à la remise d'une part et à la reprise de l'autre, de l'administration de la Province d'Ili, et qui seront chargés, en général, de l'exécution

Nr. 7659. Russland und China. 24. Febr. 1881.

des stipulations du présent Traité se rapportant au rétablissement, dans ce pays, de l'autorité du Gouvernement Chinois. || Les dits Commissaires rempliront leur mandat, en se conformant à l'entente qui sera établie quant au mode de remise d'une part et de reprise de l'autre, de l'administration du pays d'Ili, entre le Gouverneur-Général du Turkestan et le Gouverneur-Général des provinces du Chan-si et du Kan-sou, chargés par les deux Gouvernements de la haute direction de cette affaire. || La remise de l'administration du pays d'Ili doit être terminée dans un délai de trois mois, ou plus tôt, si faire se peut, à dater du jour de l'arrivée à Tashkend du fonctionnaire qui sera délégué par le Gouverneur-Général du Chan-si et Kan-sou auprès du Gouverneur-Général du Turkestan, pour lui notifier la ratification et la promulgation du présent Traité par Sa Majesté l'Empereur de la Chine.

Art. VI. Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur de la Chine paiera au Gouvernement Russe la somme de 9,000,000 de roubles métalliques, destinée à couvrir les frais occasionnés par l'occupation du pays d'Ili par les troupes Russes depuis 1871, à satisfaire toutes les réclamations pécuniaires auxquelles ont donné lieu, jusqu'aujourd'hui, les pertes que les sujets Russes ont subies dans leurs biens pillés sur territoire Chinois, et à fournir secours aux familles des sujets Russes tués dans les attaques armées dont ils ont été victimes sur territoire Chinois. || La somme susmentionnée de 9,000,000 de roubles métalliques sera versée, dans le terme de deux ans à partir du jour de l'échange des ratifications du présent Traité, suivant l'ordre et les conditions convenus entre les deux Gouvernements dans le Protocole spécial annexé au présent Traité.

Art. VII. La partie occidentale du pays d'Ili est incorporée à la Russie, pour servir de lieu d'établissement aux habitants de ce pays qui adopteront la sujétion Russe, et qui, par ce fait, auront dû abandonner les terrains qu'ils y possédaient. || La frontière entre les possessions de la Russie et la province Chinoise d'Ili suivra, en partant des montagnes Bédjin-taou, le cours de la rivière Khorgos, jusqu'à l'endroit où celle-ci se jette dans la rivière Ili et, traversant cette dernière, se dirigera au sud, vers les montagnes Ouzon-taou, en laissant à l'ouest le village de Koldjat. A partir de ce point elle suivra, en se dirigeant au sud, le tracé fixé par le Protocole signé à Tchougoutchak en 1864.

Art. VIII. Une partie de la ligne-frontière, fixée par le Protocole signé a Tchougoutchak, en 1864, à l'est du lac Zaïsan, ayant été trouvée défectueuse, les deux Gouvernements nommeront des Commissaires qui modifieront, d'un commun accord, l'ancien tracé, de manière à écarter les défectuosités signalées, et à établir une séparation efficace entre les tribus Kirghises soumises aux deux Empires. || Il sera donné au nouveau tracé, en tant que possible, une direction intermédiaire entre l'ancienne frontière et une ligne droite se dirigeant des monts Kouïtoun vers les monts Saour, en traversant le Tcherny-Irtych.

Art. IX. Des Commissaires seront nommés par les deux Parties Contractantes, pour procéder à la pose de poteaux de démarcation, tant sur le tracé fixé par les Articles précédents VII et VIII, que sur les parties de la frontière où il n'a pas encore été posé de poteaux. L'époque et le lieu de réunion de ces Commissaires seront fixés par une entente entre les deux Gouvernements. || Les deux Gouvernements nommeront également des Commissaires pour examiner la frontière et pour poser des poteaux de démarcation entre la province Russe de Ferganah et la partie occidentale de la province Chinoise de Kachgar. Ces Commissaires prendront pour base de leurs travaux la frontière existante.

Nr. 7659. Russland und China. 24. Febr. 1881.

Art. X. Le droit reconnu au Gouvernement Russe par les Traités, de nommer des Consuls à Ili, à Tarbagataï, à Kachgar et à Ourga, est étendu, dès à présent, aux villes de Sou-tcheou (Tsia-yu-kouan) et de Tourfan. Dans les villes suivants: Kobdo, Ouliassoutaï, Khami, Ouroumtsi et Goutchen, le Gouvernement Russe établira des Consulats au fur et à mesure du développement du commerce, et après entente avec le Gouvernement Chinois. || Les Consuls de Sou-tcheou (Tsia-yu-kouan) et de Tourfan exerceront les fonctions Consulaires dans les districts voisins, où les intérêts des sujets Russes réclameront leur présence. || Les dispositions contenues dans les Articles V et VI du Traité conclu à Pékin, en 1860, et relatives à la concession de terrains pour les maisons des Consulats, pour les cimetières et pour les pâturages, s'appliqueront également aux villes de Sou-tcheou (Tsia-yu-kouan) et de Tourfan. Les autorités locales aideront les Consuls à trouver des habitations provisoires jusqu'au moment où les maisons des Consulats seront construites. || Les Consuls Russes en Mongolie et dans les arrondissements situés sur les deux versants du Tian-chan se serviront, pour leurs voyages et pour l'envoi de leur correspondance, des institutions postales du Gouvernement, conformément aux stipulations de l'Article XI du Traité de Tien-tsin et de l'Article XII du Traité de Pékin. Les autorités Chinoises, auxquelles ils s'adresseront à ces fins, leur prêteront aide et assistance. || La ville de Tourfan n'étant pas une localité ouverte au commerce étranger, le droit d'y établir un Consulat ne saurait être invoqué comme précédent pour obtenir un droit analogue par rapport au ports de la Chine, aux provinces intérieures et à la Mandchourie.

Art. XI. Les Consuls Russes en Chine communiqueront, pour affaires de service, soit avec les autorités locales de la ville de leur résidence, soit avec les autorités supérieures de l'arrondissement ou de la province, suivant que les intérêts qui leur sont respectivement confiés, l'importance des affaires à traiter et leur prompte expédition l'exigeront. La correspondance entre eux se fera sous forme de lettres officielles. Quant aux règles d'étiquette à observer lors de leurs entrevues, et, en général, dans leurs relations, elles seront basées sur les égards que se doivent réciproquement les fonctionnaires de deux Puissances amies. || Toutes les affaires qui surgiront sur territoire Chinois, au sujet de transactions commerciales ou autres, entre les ressortissants des deux

Nr. 7659. Russland und China. 24. Febr. 1881. Etats, seront examinées et réglées, d'un commun accord, par les Consuls et les autorités Chinoises. || Dans les litiges en matière de commerce, les deux parties pourront terminer leurs différends à l'amiable, au moyen d'arbitres choisis de part et d'autre. Si l'entente ne s'établit pas par cette voie, l'affaire sera examinée et réglée par les autorités des deux Etats. || Les engagements contractés par écrit entre sujets Russes et Chinois relativement à des commandes de marchandises, au transport de celles-ci, à la location de boutiques, de maisons et d'autres emplacements, ou relatifs à d'autres transactions du même genre, peuvent être présentés à la légalisation des Consulats et des Administrations supérieures locales qui sont tenus de légaliser des documents qui leur sont présentés. En cas de non-exécution des engagements contractés, les Consuls et les autorités Chinoises aviseront aux mesures capables d'assurer l'exécution de ces obligations.

Art. XII. Les sujets Russes sont autorisés à faire, comme par le passé, le commerce en franchise de droits dans la Mongolie soumise à la Chine, tant dans les localités et les aïmaks où il se trouve une Administration Chinoise, que dans ceux où il n'en existe point. || Les sujets Russes jouiront également de la faculté de faire le commerce en franchise de droits, dans les villes et autres localités des provinces d'Ili, de Tarbagataï, de Kachgar, d'Ouroumtsi et autres, situés sur les versants nord et sud de la chaîne du Tian-chan, jusqu'à la Grande-Muraille. Cette immunité sera abrogée, lorsque le développement du commerce nécessitera l'établissement d'un Tarif Douanier, conformément à une entente à survenir entre les deux Gouvernements. || Les sujets Russes pourront importer dans les susdites provinces de la Chine, et en exporter, toute espèce de produits, de quelque provenance qu'ils soient. Ils pourront faire des achats et des ventes, soit au comptant, soit par voie d'échange; ils auront le droit d'effectuer leurs paiements en marchandises de toute espèce.

Art. XIII. Dans les localités où le Gouvernement Russe aura le droit d'établir des Consulats, ainsi que dans la ville de Kalgan, les sujets Russes pourront construire des maisons, des boutiques, des magasins et d'autres bâtiments sur les terrains qu'ils acquerront par voie d'achat, ou qui leur seront concédés par les autorités locales, conformément à ce qui a été établi pour l'Ili et le Tarbagataï par l'Article XIII du Traité de Kouldja de 1851. || Les privilèges accordès aux sujets Russes dans la ville de Kalgan, où il n'y aura pas de Consulat, constituent une exception qui ne saurait être étendue à aucune autre localité des provinces intérieures.

Art. XIV. Les négociants Russes qui voudront expédier de Russie, par voie de terre, des marchandises dans les provinces intérieures de la Chine, pourront, comme autrefois, les diriger par les villes de Kalgan et de Toun-tcheou, sur le port de Tien-tsin, et, de là, sur d'autres ports et marchés intérieurs, et les vendre dans ces différentes localités. || Les marchands se serviront de cette même voie pour exporter en Russie des marchandises achetées tant dans les villes et ports susnommés, que sur les marchés intérieurs. || Ils

auront également le droit de se rendre, pour affaires de commerce, à Sou-tcheou (Tsia-yu-kouan), point terminal des caravanes Russes, et ils y jouiront de tous les droits accordés au commerce Russe à Tien-tsin.

Art. XV. Le commerce par voie de terre exercé par les sujets Russes dans les provinces intérieures et extérieures de la Chine sera régi par le Règlement annexé au présent Traité. || Les stipulations commerciales du présent Traité, ainsi que le Règlement qui lui sert de complément, pourront être révisés après un intervalle de dix ans révolus, à partir du jour de l'échange des ratifications du Traité; mais si, dans le courant de six mois avant l'expiration de ce terme, aucune des Parties Contractantes ne manifeste le désir de procéder à la révision, les stipulations commerciales, ainsi que le Règlement, resteront en vigueur pour un nouveau terme de dix ans. || Le commerce par voie de mer des sujets Russes en Chine sera soumis aux Règlements généraux établis pour le commerce maritime étranger en Chine. S'il devient nécessaire d'apporter des modifications à ces Règlements, les deux Gouvernements établiront une entente à ce sujet.

Art. XVI. Si le développement du commerce Russe par voie de terre provoque la nécessité de l'établissement, pour les marchandises d'exportation et d'importation en Chine, d'un Tarif Douanier, plus en rapport que les Tarifs actuellement en vigueur avec les nécessités de ce commerce, les Gouvernements Russe et Chinois procéderont à une entente à ce sujet, en adoptant pour base de la fixation des droits d'entrée et de sortie, le taux de 5 pour cent de la valeur des marchandises. || Jusqu'à l'établissement de ce Tarif, les droits d'exportation, prélevés sur quelques espèces de thés de qualités inférieures, actuellement imposés au taux établi pour le thé de qualité supérieure, seront diminués proportionnellement à leur valeur. Il sera procédé à la fixation de ces droits, pour chaque espèce de thé, par une entente entre le Gouvernement Chinois et l'Envoyé de Russie à Pékin, dans le terme d'un an, au plus tard, à partir du jour de l'échange des ratifications du présent Traité.

Art. XVII. Des divergences d'opinion s'étant produites jusqu'ici dans l'application de l'Article X du Traité conclu à Pékin en 1860, il est établi, par les présentes, que les stipulations de l'Article susdit, relatives aux répétitions à exercer, en cas de vol et de détournement de bétail au delà de la frontière, seront, à l'avenir, interprétées dans ce sens que lors de la découverte d'individus coupables de vol ou de détournement de betail, ils seront condamnés à payer la valeur réelle du bétail qu'ils n'auront pas restitué. Il est entendu qu'en cas d'insolvabilité des individus coupables de vol de bétail, l'indemnité à payer pour le bétail manquant ne saurait être mise à la charge des autorités locales. || Les autorités frontières des deux Etats poursuivront, selon toute la rigueur des lois de leur pays, les individus coupables de détournement ou de vol de bétail, et devront prendre les mesures qui dépendront d'elles pour la restitution, à qui de droit, du bétail détourné ou qui aurait passé la frontière. || Les traces du bétail détourné ou qui aurait passé la frontière peuvent

Nr. 7659. Russland und China. 24. Febr. 1881. être indiquées, non seulement aux gardiens des postes frontières, mais aussi aux anciens des villages les plus proches.

Art. XVIII. Les stipulations du Traité conclu à Aïgoun le 16 Mai, 1858, concernant les droits des sujets des deux Empires de naviguer sur l'Amour, sur le Soungari et sur l'Oussouri, et de faire le commerce avec les populations des localités riveraines, sont et demeurent confirmées. || Les deux Gouvernements procéderont à l'établissement d'une entente concernant le mode d'application des dites stipulations.

Art. XIX. Les dispositions des anciens Traités entre la Russie et la Chine, non-modifiées par le présent Traité, restent en pleine vigueur.

Art. XX. Le présent Traité, après avoir été ratifié par les deux Empereurs, sera promulgué dans chaque Empire, pour la connaissance et la gouverne de chacun. L'échange des ratifications aura lieu à St.-Pétersbourg dans le terme de six mois à compter du jour de la signature du Traité. || Ayant arrêté les articles ci-dessus, les Plénipotentiaires des deux Parties Contractantes ont signé et scellé de leurs sceaux deux exemplaires du présent Traité, en langues Russe, Chinoise et Française. Des trois textes, dûment confrontés et trouvés concordants, le texte Français fera foi pour l'interprétation du présent Traité.

Fait à St.-Pétersbourg, le 12 Février, 1881.

(Signé) Nicolas de Giers. (L. S.) (Signé) Tseng. (L. S.)

(Signé) Eugène Butzow. (L. S.)

Protocole.

En vertu de l'Article VI du Traité signé aujourd'hui par les Plénipotentiaires des Gouvernements Russe et Chinois, le Gouvernement Chinois paiera au Gouvernement Russe la somme de 9,000,000 roubles métalliques, destinée à couvrir les frais de l'occupation du pays d'Ili par les troupes Russes, et à satisfaire diverses réclamations pécuniaires des sujets Russes. Cette somme doit être payée dans le délai de deux ans à compter du jour de l'échange des ratifications du Traité.

Désirant préciser le mode de paiement de la somme précitée, les Soussignés sont convenus de ce qui suit: — || Le Gouvernement Chinois versera l'équivalent de la somme de 9,000,000 roubles en livres sterling, soit 1,431,664*l.* 2*s.* sterling chez MM. Baring, Frères, et Cie., à Londres, en six parts égales de 238,610*l.* 13*s.* 8*d.* sterling chacune, moins les frais de banque d'usage qui seront occasionnés par le transfert de ces paiements à Londres. || Les versements seront échelonnés à quatre mois de distance l'un de l'autre, le premier devant être effectué quatre mois après l'échange des ratifications du Traité signé aujourd'hui, et le dernier au terme de deux ans révolus après cet échange.

Le présent Protocole aura la même force et valeur que s'il était inséré mot à mot dans le Traité signé aujourd'hui.

En foi de quoi les Plénipotentiaires des deux Gouvernements ont signé le présent Protocole et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à St.-Pétersbourg, le 12 Février, 1881.

(Signé) Nicolas de Giers. (L. S.) (Signé) Tseng. (L. S.)

(Signé) Eugène Butzow. (L. S.)

Règlement pour le Commerce par Voie de Terre.

Article 1er. Un commerce de libre-échange et en franchise de droits, entre sujets Russes et sujets Chinois, est autorisé sur une zone limitrophe s'étendant des deux côtés de la frontière à la distance de cinquante verstes (cent li). Chacun des deux Gouvernements se réserve de surveiller ce commerce conformément à ses règlements frontières.

Art. 2. Les sujets Russes se rendant pour affaires de commerce en Mongolie et dans les districts situés sur les versants nord et sud du Tian-chan peuvent franchir la frontière seulement en certains points, énumérés dans la liste annexée au présent Règlement. || Ils doivent être munis par les autorités Russes de permis en langues Russe et Chinoise, avec traduction Mongole et Tatare. Le nom du propriétaire de la marchandise ou du chef de la caravane, la spécification des marchandises, le nombre des colis et celui du bétail peuvent être indiqués, en langue Mongole ou Tatare, dans le texte Chinois de ces permis. || A leur entrée sur territoires Chinois les marchands sont tenus de présenter leurs permis au poste Chinois le plus proche de la frontière, où, après vérification, le permis devra être visé par le chef du poste. || Les autorités Chinoises ont le droit d'arrêter les marchands qui auraient franchi la frontière sans permis, et de les remettre entre les mains des autorités Russes les plus proches de la frontière, ou au Consul Russe compétent, pour qu'une punition sévère leur soit infligée. || En cas de perte du permis, le propriétaire est tenu d'en aviser le Consul Russe le plus proche, pour s'en faire délivrer un nouveau, et d'en informer les autorités locales pour obtenir un certificat temporaire lui permettant de continuer sa route. || Les marchandises importées en Mongolie et dans les arrondissements situés sur les versants du Tian-chan, qui n'y auraient point été vendues, peuvent être dirigées sur les villes de Tien-tsin et de Sou-tcheou (Tsia-yu-kouan), pour y être vendues ou pour être expédiées plus loin en Chine. || Pour le prélèvement des droits sur ces marchandises, pour la délivrance des permis de transport et pour les autres formalités de Douane, il sera procédé conformément aux dispositions ci-dessous détaillées.

Art. 3. Les marchands Russes qui expédient des marchandises de Kiakhta et du pays de Nertchinsk à Tien-tsin sont tenus de les faire passer par Kal-

Nr. 7659. Russland und China. 24. Febr. 1881.

gan, Dounba et Toun-tcheou. La même voie sera prise par les marchandises dirigées sur Tien-tsin, de la frontière Russe, par Kobdo et Kouï-houa-tchen. ‖ Les marchands doivent être munis de permis de transport délivrés par les autorités Russes, dûment visés par les autorités Chinoises compétentes, portant indication, en langues Russe et Chinoise, du nom du propriétaire de la marchandise, du nombre des colis et du genre de la marchandise qu'ils contiennent. ‖ Les fonctionnaires des Douanes Chinoises situées sur la route suivie par les marchandises procéderont, sans retard, à la vérification du nombre des colis et à la visite des marchandises qu'ils laisseront passer, après avoir apposé le visa sur le permis. ‖ Les colis ouverts durant la visite Douanière seront refermés par les soins de la Douane, qui marquera sur le permis le nombre des colis ouverts. ‖ La visite Douanière ne doit pas durer plus de deux heures. ‖ Les permis devront être présentés, dans un délai de six mois, à la Douane de Tien-tsin, pour être annulés. Si le propriétaire des marchandises trouve ce délai insuffisant, il est tenu d'en informer, en temps et lieu, les autorités Chinoises. ‖ En cas de perte du permis, le marchand est tenu d'en aviser les autorités qui le lui ont délivré pour obtenir un duplicata, et de déclarer à cet effet le numéro et la date du permis égaré. La Douane la plus proche, située sur sa route, après avoir constaté l'exactitude de la déclaration du marchand, lui délivre un certificat provisoire, avec lequel les marchandises peuvent être dirigées plus loin. ‖ Une déclaration inexacte de la quantité des marchandises, s'il est prouvé qu'elle a été faite avec l'intention de dissimuler des ventes opérées en route, ou d'échapper au paiement des droits, entraîne, pour le marchand, l'application des peines établies dans l'Article 8 du présent Règlement.

Art. 4. Les marchands Russes qui désireraient vendre à Kalgan une partie quelconque des marchandises importées de Russie, doivent en faire la déclaration à l'autorité locale dans le délai de cinq jours. Celle-ci, après acquittement par le marchand des droits d'importation entiers, lui délivre un permis de vente des marchandises.

Art. 5. Les marchandises importées de Russie par voie de terre, par les marchands Russes, à Tien-tsin, y acquitteront un droit d'importation équivalent aux deux tiers des droits établis par le Tarif. ‖ Les marchandises importées de Russie à Sou-tcheou (Tsia-yu-kouan) paieront, dans cette ville, les mêmes droits et seront soumises aux mêmes règlements qu'à Tien-tsin.

Art. 6. Si les marchandises laissées à Kalgan et qui y ont acquitté les droits d'entrée, n'y sont point vendues, leur propriétaire pourra les expédier à Toun-tcheou, ou à Tien-tsin, et la Douane, sans percevoir de nouveaux droits, restituera au marchand un tier du droit d'entrée payé à Kalgan, en faisant une annotation correspondante sur le permis délivré en ce cas par la Douane de Kalgan. ‖ Les négociants Russes peuvent expédier sur les marchés de l'intérieur les marchandises laissées à Kalgan et qui y ont acquitté les droits d'entrée, en se conformant aux conditions générales établies pour le commerce

étranger en Chine, après acquittement d'un droit de transit (*i. e.*, la moitié des droits spécifiés dans le Tarif). Il sera délivré pour ces marchandises un permis de transport qui doit être exhibé à toutes les douanes et barrières situées sur la route. Les marchandises non accompagnées de ce permis auront à acquitter les droits aux Douanes qu'elles traverseront, et le *li-kin* aux barrières.

Nr. 7659. Russland und China. 24. Febr. 1881.

Art. 7. Les marchandises importées de Russie à Sou-tcheou (Tsia-yu-kouan) peuvent être expédiées sur les marchés de l'intérieur, aux conditions stipulées dans l'Article 9 du présent Règlement, pour les marchandises expédiées de Tien-tsin en destination des marchés de l'intérieur.

Art. 8. S'il était constaté, lors de la visite Douanière des marchandises importées de Russie à Tien-tsin, que les marchandises spécifiées dans le permis ont été retirées des colis et remplacées par d'autres, ou bien que leur quantité (déduction faite de ce qui en aura été laissé à Kalgan) est inférieure au chiffre indiqué dans le permis, toutes les marchandises présentées à la visite seront confisquées par la Douane. || Il est entendu que les colis avariés en route et qui, par suite de cela, auront subi un réemballage, ne seront pas sujets à confiscation, si toutefois le fait d'avarie a été dûment déclaré à la Douane la plus proche et si cette dernière, après constatation de l'état intact de la marchandise primitivement expédiée, a fait une annotation correspondante sur le permis. || Seront sujettes à confiscation les marchandises dont il sera constaté qu'une partie a été vendue en chemin. || Si les marchandises ont été transportées par des voies détournées, afin de les soustraire aux visites des Douanes établies sur les routes indiquées à l'Article 3, le propriétaire en sera passible d'une amende égale au droit d'importation entier. || Si l'infraction aux règlements susmentionnés a été commise à l'insu et sans la participation du propriétaire de la marchandise, par les voituriers, les Douanes, en fixant l'amende, prendront cette circonstance en considération. Cette disposition se rapporte exclusivement aux localités traversées par le commerce Russe par voie de terre, et ne saurait être appliquée à des cas analogues qui se produiraient dans les ports et dans l'intérieur des provinces. || En cas de confiscation des marchandises, le négociant a le droit de libérer celles-ci moyennant le versement d'une somme équivalente à leur valeur, dûment déterminée par une entente avec les autorités Chinoises.

Art. 9. A l'exportation de Tien-tsin, par mer, en destination de quelque autre port Chinois, ouvert par les Traités au commerce étranger, des marchandises importées de Russie par voie de terre, la Douane de Tien-tsin prélève sur ces marchandises un tiers des droits entiers fixés par le Tarif, en sus des deux tiers déjà perçus. Aucun droit ne sera prélevé sur ces marchandises dans les autres ports. || Les marchandises exportées de Tien-tsin, ou des autres ports, en destination des marchés intérieurs, seront frappées du droit de transit (*i. e.*, la moitié des droits spécifiés dans le Tarif) d'après les dispositions générales établies pour le commerce étranger.

Art. 10. Les marchandises Chinoises, exportées de Tien-tsin en Russie

Nr. 7659. Russland und China. 24. Febr. 1881.

par les marchands Russes, doivent être dirigées sur Kalgan par la voie indiquée à l'Article 3. || Il sera prélevé sur ces marchandises, à leur sortie, des droits d'exportation entiers. Toutefois, les marchandises de réimportation achetées à Tien-tsin, ainsi que celles achetées dans un autre port et expédiées, en transit, à Tien-tsin, pour exportation en Russie, étant accompagnées d'un reçu de la Douane constatant le paiement des droits de sortie, n'en seront pas frappées une seconde fois, et le demi-droit de réimportation (droit côtier), versé à Tien-tsin, sera restitué au marchand, si les marchandises qui auront acquitté ce droit sont exportées en Russie dans le délai d'un an après le versement de ce droit. || Le Consul de Russie délivre, pour le transport des marchandises en Russie, un permis portant indication, en langues Russe et Chinoise, du nom du propriétaire de la marchandise, du nombre des colis et des marchandises qu'ils contiennent. Ces permis seront visés par la Douane du port et devront accompagner les marchandises, pour être exhibés lors de la visite de celles-ci aux Douanes établies sur la route. || On se conformera aux règles détaillées à l'Article 3 quant au délai dans lequel le permis doit être présenté à la Douane pour être annulé, et pour les cas de perte de permis. || Les marchandises doivent suivre la voie indiquée à l'Article 3 et ne devront pas être vendues en route; l'infraction à cette règle entraînera, pour le marchand, l'application des pénalités indiquées à l'Article 8. La visite des marchandises aux Douanes situées sur la route se fera conformément aux règles indiquées à l'Article 3. || Les marchandises Chinoises que les marchands Russes achèteront à Sou-tcheou (Tsia-you-kouan) ou qu'ils y amèneront des marchés de l'intérieur en destination de la Russie, auront à acquitter, à leur exportation de Sou-tcheou en Russie, les droits fixés pour les marchandises exportées de Tien-tsin, et seront soumises aux règlements établis pour ce port.

Art. 11. Les marchandises achetées à Toun-tcheou auront à acquitter, à leur exportation en Russie par voie de terre, les droits de sortie entiers, selon le Tarif. || Les marchandises achetées à Kalgan acquitteront dans cette ville, à leur exportation en Russie, un droit équivalent à la moitié des droits spécifiés dans le Tarif. || Quant aux marchandises achetées par les négociants Russes sur les marchés intérieurs et importées à Toun-tcheou et Kalgan, pour être exportées de là en Russie, elles seront, en outre, frappées de droits de transit, conformément aux règles générales établies pour le commerce étranger sur les marchés intérieurs. || Les Douanes locales des villes ci-dessus énumérées, après avoir prélevé les droits, délivreront au marchand un permis pour le transport des marchandises. Pour les marchandises exportées de Toun-tcheou, ce permis sera délivré par la Douane de Dounba, à laquelle se feront la demande de ce permis, ainsi que le versement des droits que les marchandises auront à acquitter. Il sera fait mention dans le permis de la défense de vendre les marchandises en route. || Les règles détaillées à l'Article 3, relatives aux permis, à la visite des marchandises, &c., se rapportent également aux marchandises exportées des localités énumérées dans le présent Article.

Art. 12. Les marchandises de provenance étrangère, exportées en destination de la Russie, par voie de terre, de Tien-tsin, de Toun-tcheou, de Kalgan et de Sou-tcheou (Tsia-yu-kouan), n'auront pas de droits à acquitter si le marchand produit un reçu de la Douane accusant paiement des droits d'importation et de transit sur ces marchandises. Si elles n'ont acquitté que les droits d'entrée, la Douane compétente réclamera, en outre, du négociant, le versement du droit de transit fixé par le Tarif.

Nr. 7659. Russland und China. 24. Febr. 1881.

Art. 13. Les marchandises importées en Chine par les marchands Russes, ou exportées par eux, acquitteront les droits de Douane, selon le Tarif Général établi pour le commerce étranger en Chine, et selon le Tarif Additionnel établi en 1862 pour le commerce Russe. || Les marchandises non énumérées dans l'un ou dans l'autre de ces Tarifs seront imposées d'un droit de 5 pour cent *ad valorem.*

Art. 14. Seront admis, en franchise de droits, à l'importation et à l'exportation, les articles suivantes: — || L'or et l'argent en lingots, la monnaie étrangère, les farines de toute espèce, le sagou, les biscuits, les viandes et les légumes en conserves, le fromage, le beurre, les produits de confiserie, les vêtements étrangers, les objets de joaillerie et l'argenterie, les parfums et les savons de toute espèce, le charbon de bois, le bois de chauffage, les bougies de fabrication étrangère, le tabac et les cigares étrangers, les vins, la bière, les boissons spiritueuses, les provisions et utensiles de ménage, employés dans les maisons et sur les navires, le bagage des voyageurs, les fournitures de chancellerie, les articles de tapisserie, la coutellerie, les médicaments étrangers, la verroterie et les objets en cristal. || Les articles ci-dessus énumérés passeront en franchise de droits, à leur entrée et à leur sortie par voie de terre; mais s'ils sont expédiés, des villes et des ports mentionnés dans le présent Règlement, sur les marchés intérieurs, ils seront frappés d'un droit de transit au taux de $2^1/_2$ pour cent *ad valorem.* Seront, toutefois, exempts du paiement de ce droit: le bagage des voyageurs, l'or et l'argent en lingots et la monnaie étrangère.

Art. 15. Sont prohibés tant pour l'importation que pour l'exportation, et sont sujets à confiscation dans le cas de transport en contrebande, les articles suivants: — || La poudre, les munitions d'artillerie, les canons, les fusils, les carabines, les pistolets et toutes les armes à feu. Les engins et munitions de guerre, le sel, l'opium. || Les sujets Russes se rendant en Chine pourront avoir, chacun pour leur défense personnelle, un fusil ou un pistolet, ce dont mention devra être faite dans le permis dont ils seront porteurs. || L'importation, par les sujets Russes, du salpêtre, du soufre et du plomb, n'est admise que sur une autorisation spéciale des autorités Chinoises, et ces articles ne pourront être vendus qu'aux sujets Chinois qui auront reçu un permis d'achat spécial. || L'exportation du riz et de la monnaie de cuivre Chinoise est prohibée. Par contre, l'importation du riz et de toutes les céréales est autorisée en franchise de droits.

Nr. 7659. Russland und China. 21. Febr. 1881.

Art. 16. Il est interdit aux négociants Russes de transporter les marchandises appartenant à des commerçants Chinois, en les faisant passer pour leur propriété.

Art. 17. Les autorités Chinoises auront le droit de prendre telles mesures que seront nécessaires contre le commerce de contrebande.

Fait à St.-Pétersbourg, le 12/24 Février, 1881.

(Signé) Nicolas de Giers.
(L. S.)

(Signé) Tseng.
(L. S.)

(Signé) Eugène Butzow.
(L. S.)

Schiedsgericht über den Managua-Vertrag*).

Nr. 7660. GROSSBRITANNIEN und NICARAGUA. — Managua-Vertrag vom 28. Januar 1860.

Nr. 7660. Gross-britannien und Nicaragua. 28. Jan. 1860.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and the Republic of Nicaragua, being desirous to settle in a friendly manner certain questions in which they are mutually interested, have resolved to conclude a Treaty for that purpose, and have named as their Plenipotentiaries, that is to say: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Charles Lennox Wyke, Esquire, Companion of the Most Honourable Order of the Bath, Her Britannic Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary on a Special Mission to the Republics of Central America; || And His Excellency the President of the Republic of Nicaragua, Don Pedro Zeledon, Minister for Foreign Affairs; || Who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles: —

Art. I. On exchanging the ratifications of the present Treaty, Her Britannic Majesty, subject to the conditions and engagements specified therein, and without prejudice to any question of boundary between the Republics of Nicaragua and Honduras, will recognize as belonging to and under the sovereignty of the Republic of Nicaragua, the country hitherto occupied or claimed by the Mosquito Indians within the frontier of that Republic, whatever that frontier may be. || The British Protectorate of that part of the Mosquito territory shall cease three months after the exchange of the ratifications of the present Treaty; in order to enable Her Majesty's Government to give the necessary instructions for carrying out the stipulations of said Treaty.

Art. II. A district within the territory of the Republic of Nicaragua shall be assigned to the Mosquito Indians, which district shall remain as above stipulated, under the sovereignty of the Republic of Nicaragua. || Such district

*) Die speciellen Actenstücke befinden sich in dem englischen Blaubuch: C—3058.

Nr. 7660. Gross-britannien und Nicaragua. 28. Jan. 1860. shall be comprised in a line which shall begin at the mouth of the River Rama in the Caribbean Sea; thence it shall run up the midcourse of that river to its source, and from such source proceed in a line due west to the meridian of 84° 15′ longitude west from Greenwich; thence due north up the said meridian until it strikes the River Hueso, and down the midcourse of that river to its mouth in the sea as laid down in Baily's map, at about latitude from 14° to 15° north, and longitude 83° west from the meridian of Greenwich; and thence southerly along the shore of the Caribbean Sea to the mouth of the River Rama, the point of commencement. || But the district thus assigned to the Mosquito Indians may not be ceded by them to any foreign person or State, but shall be and remain under the sovereignty of the Republic of Nicaragua.

Art. III. The Mosquito Indians, within the district designated in the preceding Article, shall enjoy the right of governing, according to their own customs, and according to any regulations which may from time to time be adopted by them, not inconsistent with the sovereign rights of the Republic of Nicaragua, themselves, and all persons residing within such district. Subject to the above-mentioned reserve, the Republic of Nicaragua agrees to respect and not to interfere with such customs and regulations so established, or to be established, within the said district.

Art. IV. It is understood, however, that nothing in this Treaty shall be construed to prevent the Mosquito Indians, at any future time, from agreeing to absolute incorporation into the Republic of Nicaragua on the same footing as other citizens of the Republic, and from subjecting themselves to be governed by the general laws and regulations of the Republic, instead of by their own customs and regulations.

Art. V. The Republic of Nicaragua being desirous of promoting the social improvement of the Mosquito Indians, and of providing for the maintenance of the authorities to be constituted under the provisions of Article III of this Treaty, in the district assigned to the said Indians, agrees to grant to the said authorities, for the space of ten years, with a view to such purposes, an annual sum of five thousand hard dollars. The said sum shall be paid at Greytown, by half-yearly payments, to such person as may be authorized by the Chief of the Mosquito Indians to receive the same, and the first payment shall be made six months after the exchange of the ratifications of the present Treaty. || For the payment of this sum Nicaragua will levy and especially consign a duty, to be levied according to weight, on all packages of goods that are imported into that port for consumption in the territory of the Republic; and in case this duty shall not suffice for the payment of said sum, the deficit shall be made up from the other duties levied in the Republic.

Art. VI. Her Britannic Majesty engages to use her good offices with the Chief of the Mosquito Indians, so that he shall accept the stipulations which are contained in this Convention.

Art. VII. The Republic of Nicaragua shall constitute and declare the port of Greytown, or San-Juan del Norte, a free port under the sovereign authority of the Republic. But the Republic, taking into consideration the immunities heretofore enjoyed by the inhabitants of Greytown, consents that trial by jury in all cases, civil or criminal, and perfect freedom of religious belief and worship, public and private, such as has hitherto been enjoyed by them up to the present moment, shall be guaranteed to them for the future. || No duties or charges shall be imposed upon vessels arriving in, or departing from, the free port of Greytown, other than such as may be sufficient for the due maintenance and safety of the navigation, for providing lights and beacons, and for defraying the expense of the police of the port; neither shall any duties or charges be levied in the free port on goods arriving therein, in transit from sea to sea. But nothing contained in this Article shall be construed to prevent the Republic of Nicaragua from levying the usual duties on goods destined for consumption within the territory of the Republic.

Art. VIII. All *bonâ fide* grants of land for due consideration made in the name and by the authority of the Mosquito Indians, since the 1st January, 1848, and lying beyond the limits of the territory reserved for the said Indians, shall be confirmed, provided the same shall not exceed in any case the extent of one hundred yards square, if within the limits of San-Juan or Greytown, or one league square if without the same, and provided that such grants shall not interfere with other legal grants made previously to that date by Spain, the Republic of Central America, or Nicaragua; and provided further, that no such grant shall include territory desired by the Government of the latter State, for forts, arsenals, or other public buildings. This stipulation only embraces those grants of land made since the 1st January, 1848. || In case, however, any of the grants referred to in the preceding paragraph of this Article should be found to exceed the stipulated extent, the Commissioners hereinafter mentioned shall, if satisfied of the *bona fides* of any such grants, confirm to the grantee or grantees, or to his or their representatives or assigns, an area only equal to the stipulated extent. || And in case any *bonâ fide* grant, or any part thereof, should be desired by the Government for forts, arsenals, or other public buildings, an equivalent extent of land shall be allotted to the grantees elsewhere. || It is understood, that the grants of land treated of in this Article shall not extend to the westward of the territory reserved for the Mosquito Indians in Article II further than 84° 30′ of longitude, in a line parallel and equal with that of the said territory on the same side; and if it should appear, that any grants have been made further in the interior of the Republic, the lands acquired *bonâ fide* shall be replaced with those that are within the limit defined under the regulations agreed upon.

Art. IX. Her Britannic Majesty and the Republic of Nicaragua shall, within six months after the exchange of the ratifications of the present Treaty, appoint each a Commissioner for the purpose of deciding upon the *bona fides*

Nr. 7660. Gross-britannien und Nicaragua. 28. Jan. 1860.

of all grants of land mentioned in the preceding Article as having been made by the Mosquito Indians, of lands heretofore possessed by them, and lying beyond the limits of the territory described in Article I.

Art. X. The Commissioners mentioned in the preceding Article shall, at the earliest convenient period after they shall have been respectively named, meet at such place or places as shall be hereafter fixed; and shall, before proceeding to any business, make and subscribe a solemn declaration, that they will impartially and carefully examine and decide, to the best of their judgment, and according to justice and equity, without fear, favour, or affection to their own country, all the matters referred to them for their decision; and such declaration shall be entered on the record of their proceedings. || The Commissioners shall then, and before proceeding to any other business, name some third person to act as Arbitrator or Umpire in any case or cases in which they may themselves differ in opinion. If they should not be able to agree upon the selection of such a person, the Commissioner on either side shall name a person; and in each and every case, in which the Commissioners may differ in opinion as to the decision which they ought to give, it shall be determined by lot which of the two persons so named shall be Arbitrator or Umpire in that particular case. The person or persons so to be chosen shall, before proceeding to act, make and subscribe a solemn declaration, in a form similar to that which shall already have been made and subscribed by the Commissioners, which declaration shall also be entered on the record of the proceedings. In the event of the death, absence, or incapacity of such person or persons, or of his or their omitting, or declining, or ceasing, to act as such Arbitrator, or Umpire, another person or other persons shall be named as aforesaid to act in his or their place or stead, and shall make and subscribe such declaration as aforesaid. || Her Britannic Majesty and the Republic of Nicaragua shall engage to consider the decision of the two Commissioners conjointly, or of the Arbitrator or Umpire, as the case may be, as final and conclusive on the matters to be referred to their decision, and forthwith to give full effect to the same.

Art. XI. The Commissioners and the Arbitrators or Umpires shall keep accurate records and correct minutes or notes of all their proceedings, with the dates thereof, and shall appoint and employ such clerk or clerks, or other persons, as they shall find necessary to assist them in the transaction of the business which may come before them. || The salaries of the Commissioners and of the Clerk or Clerks shall be paid by their respective Governments. The salary of the Arbitrators or Umpires, and their contingent expenses, shall be defrayed in equal moieties by the two Governments.

Art. XII. The present Treaty shall be ratified by Her Britannic Majesty, and by the Congress of the Republic of Nicaragua, and the ratifications shall be exchanged at London as soon as possible within the space of six months.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto their respective seals. Nr. 7660. Gross-britannien und Nicaragua. 28. Jan. 1860.

Done at Managua, this twenty-eighth day of January, in the year of our Lord one thousand eight hundred and sixty.

(L. S.) Charles Lennox Wyke.
(L. S.) Pedro Zeledon.

Declaration.

In proceeding to the exchange of the ratifications of the Treaty concluded and signed at Managua on the 28th January, 1860, between Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the Republic of Nicaragua, relative to the Mosquito Indians and to the rights and claims of British subjects, the Undersigned, Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs and the Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of the Republic of Nicaragua, hereby declare, that the limitation laid down in the paragraph added by the Congress of the Republic to Article VIII of the said Treaty applies to grants of land to the west of the meridian of 84° 30′ of longitude throughout the whole extent of the territory hitherto occupied or claimed by the Mosquito Indians within the frontier of the Republic, but not to grants in any part of the said territory to the east of that meridian line.

In witness whereof the Undersigned have signed the present Declaration, and have affixed thereto their respective seals.

Done at London, the second day of August, in the year of our Lord 1860.

(L. S.) J. Russel.
(L. S.) J. de Marcoleta.

Nr. 7661. **NICARAGUA.** — Min. d. Ausw. an den österr.-ungar. Min. d. Ausw. — Bitte um Uebernahme des Schiedsrichteramts durch den Kaiser.

(Translation.) Managua, January 31, 1879.

Sir, — The undersigned, Minister for Foreign Affairs of the Republic of Nicaragua, has the honour to address his Excellency the Minister of State of the Empire of Austria, to inform him, that there exist between the Government of this Republic and that of Great Britain several questions arising out of the Treaty signed between them in 1860, and that not having been able to agree upon their solution they have determined to submit them to the decision of an Arbitrator, for which purpose Her Britannic Majesty's Government proposed, among others, that of His Majesty the Emperor of Austria, which Nicaragua hastens to accept. || Therefore the Undersigned has received Nr. 7661. Nicaragua. 31. Jan. 1879.

Nr. 7661. Nicaragua. 31. Jan. 1879. instructions to request, through the honourable conduct of his Excellency the Minister of State of the Austrian Empire, the high mediation of His Imperial Majesty's Government, with the object that they may be good enough to decide as Arbitrators the questions in dispute. || The Government of Nicaragua, although they have no special right to request from that of His Imperial Majesty so great a service, rely upon the noble sentiments of His Imperial Majesty and his illustrious Cabinet, that they will realize the hopes entertained by the parties interested in the difficulty, so as to put an end to the doubts that have arisen. || The Undersigned, &c.

A. H. Rivas.

Nr. 7662. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Wien an den österr.-ung. Min. d. Ausw. — Dasselbe Ersuchen seitens der englischen Regierung.

Vienna, April 19, 1879.

Nr. 7662. Grossbritannien. 19. April 1879. M. le Ministre, — I am instructed by Her Majesty's Government to solicit the good offices of the Imperial Government of Austria-Hungary in arbitrating upon certain differences between them and the Republic of Nicaragua respecting the interpretation of a Treaty concluded with that Republic in 1860, by which the Protectorate of Great Britain over the Mosquito Territory was relinquished on certain conditions. || Article V of that Treaty, of which a copy is herewith inclosed, stipulates that in return for the cession to Nicaragua of the right of sovereignty over that territory, Nicaragua shall pay by half-yearly instalments an annual sum of 5,000 hard dollars for the space of ten years. || Up to the present time a sum of 19,140 dol. 79 c. alone has been paid to the Mosquito Chief, the last payment being made in March 1866, leaving a balance still due of 30,859 dollars, with interest to the present time. || The Nicaraguan Government justify the course they have taken by stating, that they have not hitherto been permitted to exercise "full sovereignty" over the Mosquito Territory, a proviso which Her Majesty's Government have failed to discover in the Treaty of Managua. || Article VII further declares, that the port of Greytown shall be a "free port", and that no duties or charges shall be levied on vessels arriving at or departing from that port, excepting such as shall be sufficient for the maintenance of the lights, beacons; and police of the port. || Notwithstanding the remonstrances of Her Majesty's Government and the Representatives of other foreign States, the Nicaraguan Government maintain their right to impose import and export duties on goods arriving at and leaving Greytown, although such goods may not be intended for consumption in the Republic. || It has hitherto been found impossible for the two Governments to reconcile their conflicting views on the proper interpretation of the Treaty, and Her Majesty's Government having consented to allow the points at issue to be decided by arbitration, the Government of Nicaragua

have expressed their readiness to accept the proposal of Her Majesty's Government that, Austria shall be invited to grant her good offices with a view to a settlement of the questions in dispute. || The Government of Nicaragua further undertake, immediately after an Umpire shall have been chosen, to deposit in the Bank of England the balance of capital remaining due to Mosquito, to be disposed of by the British Government in favour of Mosquito Indians from the moment that every question arising out of the Treaty of Managua shall have been definitely arranged. || It has further been agreed between the two Governments, that as soon as an Arbitrator shall have been chosen, they should each draw up a Case setting forth their respective opinions and views as to the proper interpretation of the Treaty of Managua, and of the obligations imposed thereby on the several parties signatories to it. The Cases on either side would be exchanged between the two Governments, when each would be in a position to prepare and exchange Counter-Cases, and the two Counter-Cases and the Cases originally drawn up would then be laid before the Arbitrator. A statement prepared by the Mosquito Chief would be annexed to the British Case. || In suggesting Austria-Hungary as the Arbitrator, Her Majesty's Government were actuated by the facts, that her interests are but slightly affected, and that she has no Consular Office at Greytown, and they trust, that the Imperial Government will obligingly consent to act in that character. || The invitation of the Nicaraguan Government is contained in the letter to your Excellency, which I have the honour to inclose herewith. || I have, &c.

Nr. 7662. Grossbritannien. 19. April 1879.

Henry Elliot.

Nr. 7663. OESTERREICH-UNGARN. — Schiedsspruch des Kaisers.

Nr. 7663. Oesterreich-Ungarn. 2. Juli 1881.

Wir, Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen, &c., und apostolischer König von Ungarn, &c.:

haben, nachdem die Regierungen Ihrer britischen Majestät und der Republik Nicaragua übereingekommen sind, die unter ihnen streitige Frage der Auslegung einiger Artikel des am 28. Jänner, 1860, zu Managua zwischen ihnen geschlossenen Vertrages Unserer schiedsrichterlichen Entscheidung zu unterstellen, und Wir Uns bereit erklärt haben, das Amt eines Schiedsrichters in dieser Angelegenheit auszuüben, — auf Grund eines von drei durch Uns berufenen Rechtsverständigen Uns erstatteten Gutachtens den nachstehenden Schiedsspruch gefällt:

Art. I. Die in Artikel I und II des Vertrages von Managua ddo. 28. Jänner, 1860, anerkannte Souveränität der Republik Nicaragua ist in Ansehung des durch Artikel II dieses Vertrages den Mosquito-Indianern zugewiesenen Gebietes nicht eine volle und unbeschränkte, sondern eine durch die den Mosquito-Indianern im Artikel III dieses Vertrages zugestandene Autonomie ("self-government") eingeschränkte.

Nr. 7663. Oesterreich-Ungarn. 2. Juli 1881.

Art. II. Die Republik Nicaragua ist berechtigt, zur Ersichtlichmachung ihrer Souveränität auf dem den Mosquito-Indianern zugewiesenen Gebiete die Fahne der Republik aufzupflanzen.

Art. III. Die Republik Nicaragua ist berechtigt, zur Wahrnehmung ihrer Souveränitätsrechte in dem den Mosquito-Indianern zugewiesenen Gebiete einen Commissar zu bestellen.

Art. IV. Den Mosquito-Indianern ist es gestattet, auch fernerhin ihre eigene Flagge zu führen; sie müssen jedoch mit derselben ein Emblem der Souveränität der Republik Nicaragua verbinden.

Art. V. Die Republik Nicaragua ist nicht berechtigt, Concessionen zur Gewinnung von Naturprodukten des den Mosquito-Indianern zugewiesenen Territoriums zu ertheilen. Dieses Recht steht der Mosquito-Regierung zu.

Art. VI. Die Republik Nicaragua ist nicht berechtigt, den Handel der Mosquito-Indianer zu regeln und von Waaren, welche in das den Mosquito-Indianern vorbehaltene Gebiet eingeführt, oder aus demselben ausgeführt werden, Einfuhr- oder Ausfuhrzölle zu erheben. Dieses Recht steht der Mosquito-Regierung zu.

Art. VII. Die Republik Nicaragua ist schuldig, die Rückstände der im Artikel V des Vertrages von Managua den Mosquito-Indianern zugesicherten Jahresrente im Betrage von 30,859 dol. 3 c. denselben auszubezahlen. Zu diesem Ende ist die von der Republik Nicaragua in der Bank von England deponirte Summe von 30,859 dol. 3 c. sammt den mittlerweile daselbst aufgelaufenen Zinsen der Regierung Ihrer britischen Majestät auszufolgen. || Die Republik Nicaragua ist nicht schuldig, Verzugszinsen von der rückständigen Summe zu bezahlen.

Art. VIII. Die Republik Nicaragua ist nicht berechtigt, von Waaren, welche in das Gebiet des Freihafens San-Juan del Norte ("Greytown") eingeführt, oder aus demselben ausgeführt werden, Ein- oder Ausfuhrzölle zu erheben. || Die Republik Nicaragua ist jedoch berechtigt, von Waaren bei ihrem Uebertritt aus dem Gebiete des Freihafens San-Juan del Norte ("Greytown") in das Gebiet der Republik Einfuhrzölle und bei ihrem Uebertritt aus dem Gebiete der Republik in das Gebiet des Freihafens San-Juan del Norte ("Greytown") Ausfuhrzölle zu erheben.

Urkundlich dessen Unsere höchsteigenhändige Unterschrift und beigedrucktes kaiserliches Insiegel.

Gegeben Wien, am 2. Juli 1881.

Franz Josef.

Gutachten.

1. Um die Differenzen, welche sich zwischen den Regierungen Ihrer britischen Majestät und der Republik Nicaragua in Betreff der Auslegung einiger Artikel des von ihnen am 28. Januar, 1860, zu Managua geschlossenen Ver-

trages ergeben haben, würdigen und schlichten zu können, ist es nöthig, die verwickelten Verhältnisse und widerstreitenden Ansprüche, welche vor Aufrichtung dieses Vertrages bestanden und zur Abschliessung desselben geführt haben, insoweit sie für die Fällung des Schiedsspruches von Belang sind, in gedrängtester Kürze sich zu vergegenwärtigen*).

Nr. 7663. Oesterreich-Ungarn. 2. Juli 1881.

Die rechtliche Herrschaft über das von den Mosquito-Indianern bewohnte, nach innen nicht genau abgegrenzte Gebiet an der Ostküste Centralamerika's längs des caraibischen Meerbusens war seit langer Zeit streitig. Auf der einen Seite wurde dieselbe von jenen Republiken in Anspruch genommen, welche sich von Spanien im dritten Decennium dieses Jahrhunderts losgerissen hatten und ihr Anrecht auf das Mosquito-Gebiet auf ihre Succession in die Rechte des Mutterlandes gründeten. Die Krone Spanien hatte sich von Alters her die Herrschaft über die Mosquito-Indianer zugesprochen und derselben im Jahre 1803 mittelst eines Decrets, das die territoriale Abgrenzung und die administrative Zutheilung des Küstengebiets regelte, bestimmenden Ausdruck gegeben. Da aber weder Spanien noch die von ihm abgefallenen und zur Unabhängigkeit gelangten Colonieen die prätendirte rechtliche Herrschaft über das Mosquito-Gebiet factisch ausgeübt hatten und somit der behaupteten Occupation das wesentliche Element der thatsächlichen Besitzergreifung fehlte, so konnten andererseits die Mosquito-Indianer, wie ihre factische Selbständigkeit, so ihre rechtliche Unabhängigkeit behaupten und sich als eigenes Gemeinwesen benehmen. Als solches traten die Mosquito-Indianer in commercielle und völkerrechtliche Beziehungen, namentlich zu England. Die Beziehungen zu dieser Macht reichen bis in die Zeit unmittelbar nach der Eroberung Jamaica's in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts hinauf, führten im Jahre 1720 zu einem förmlichen Vertrage zwischen dem Gouverneur von Jamaica und dem "König" betitelten Häuptling der Mosquito-Indianer und gestalteten sich endlich zu einem völkerrechtlichen Schutzverhältniss. Dieses Protectorat Englands wurde jedoch nicht nur von den centralamerikanischen Republiken, sondern auch von den Vereinigten Staaten Nordamerika's um so lebhafter angestritten, als die vielumworbenen Gegenden um die Mündung des San-Juan-Flusses im Hinblick auf die beabsichtigte Errichtung eines interoceanischen Canals der Verbindung des Atlantischen und des Stillen Meeres in handelspolitischer Beziehung an Wichtigkeit sehr gewonnen hatten.

Als die Mosquito-Indianer im Jahre 1848 mit Hilfe Englands sich der

*) Die folgende Darstellung stützt sich, abgesehen von dem in den Streitschriften beider Regierungen enthaltenen Materiale, hauptsächlich auf nachbenannte Werke:

Martens-Samwer, "Recueil général de Traités", tome XV, pp. 158—250.

von Reden, "Das Mosquito-Gebiet", in Petermann's "Geographischen Mittheilungen, 1856", p. 250 fg.

Samwer, "Die Gebietsverhältnisse Centralamerikas", ebenda, p. 257 fg.

Scherzer, "Wanderungen durch Nicaragua, Honduras und San Salvador, 1857."

P. Lévy, "Notas Geográficas y Económicas sobre la Républica de Nicaragua", Paris 1873.

Nr. 7663. Oesterreich-Ungarn. 2. Juli 1881. an der Mündung des San-Juan-Flusses gelegenen wichtigen Hafenstadt San-Juan del Norte (Greytown) nach manchen Wechselfällen bemächtigt hatten, drohten kriegerische Verwicklungen mit den Vereinigten Staaten auszubrechen, unter deren Schutz die Republik Nicaragua sich gestellt hatte. Um diesen Gefahren vorzubeugen und um die Basis für eine gleichmässige Enthaltungspolitik Englands und der Vereinigten Staaten in Ansehung der Gegenden längs des beabsichtigten interoceanischen Canals zu gewinnen, schlossen beide Staaten im April 1850 den sogenannten Bulwer-Clayton-Vertrag*) (Case, Appendix, p. 69 sq.), der aber selbst wieder zum Ausgangspunkte neuer Streitigkeiten wurde. England suchte nunmehr durch Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten die Grundlagen für ein Arrangement der centralamerikanischen Angelegenheiten zu erlangen und insbesondere das Schicksal der Mosquito-Indianer und die staatsrechtliche Stellung der wichtigen Hafenstadt San-Juan del Norte (Greytown) zu regeln und in dieser Beziehung zunächst mit den Vereinigten Staaten zu bestimmten vertragsmässigen Resultaten zu gelangen, zu deren Annahme beide Staaten hierauf die Republik Nicaragua zu bewegen suchen sollten. Auf diese Weise entstand im April 1852 der sogenannte Crampton-Webster'sche Vertrag (Martens-Samwer, "Recueil de Traités", tome XV, pp. 195 sq.), worin England auf das Protectorat über die Mosquito-Indianer stillschweigend verzichtete und wonach das ganze, innerhalb der Grenzen Nicaragua's gelegene Mosquito-Gebiet unter die Souveränität der Republik gelangen sollte, mit Ausscheidung jedoch eines genau abgegrenzten Territoriums, das den Mosquito-Indianern zu selbständiger und unabhängiger Herrschaft überlassen bleiben sollte (Artikel I). Diese Vertragsgrundlagen wurden jedoch von Nicaragua nicht angenommen, welches den Mosquito-Indianern ein unabhängiges Gebiet auch nicht theilweise belassen, sondern die ganze Küste seiner eigenen Souveränität unterstellt wissen wollte. Da weitere Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten nicht zum Ziele führten und insbesondere ein im Jahre 1856 geschlossener Vertrag (sogenannter Clarendon-Dallas'scher Vertrag — Case, Appendix, pp. 72 sq.) nicht ratificirt wurde, so schlug England den Weg directer Negociationen mit der Republik Nicaragua ein und schloss endlich am 28. Januar, 1860, den Vertrag zu Managua ab, der eine Ausgleichung der widerstreitenden Interessen und Ansprüche enthält und für dessen historisches Verständniss und richtige Gesammtauffassung die vorausgegangenen Vertragsverhandlungen zwischen England und den Vereinigten Staaten nicht ohne Bedeutung sind.

II. In dem Vertrage von Managua wurde von England das Protectorat über das Mosquito-Gebiet ausdrücklich aufgegeben (Art. I, Alin. 2), die Souveränität der Republik Nicaragua über das ganze, innerhalb ihrer Grenzen gelegene Gebiet der Mosquito-Indianer unter den im Vertrage specificirten Bedingungen und Verpflichtungen anerkannt (Art. I, Alin. 1), zugleich aber den Mosquito-Indianern ein genau abgegrenztes Territorium zugewiesen und vor-

*) S. Staatsarchiv Bd. XL, Nr. 7644.

behalten (Art. II, VIII), innerhalb desselben sie das Recht der Selbstregierung ("self-government") zu geniessen haben (Art. III). ‖ Der Streit zwischen den beiden Regierungen betrifft das Verhältniss der nebeneinander bestehenden Souveränität und Selbstregierung ("self-government") zu einander, den Inhalt und Umfang der einerseits der Republik zustehenden Herrschaft und der andererseits den Mosquito-Indianern eingeräumten Selbstbestimmung. ‖ Eine unbefangene Erwägung der Sachlage führt zu folgenden Ergebnissen: — ‖ Die von der Republik Nicaragua zu allen Zeiten in Anspruch genommene Souveränität über das ganze Küstengebiet ist vertragsmässig anerkannt worden. Die Ausscheidung eines Theiles dieses Gebietes zur Erhaltung oder Constituirung eines völlig unabhängigen, in staats- und völkerrechtlicher Beziehung selbständigen Gemeinwesens der Mosquito-Indianer, wie sie noch in den Vertragsverhandlungen zwischen England und den Vereinigten Staaten in Aussicht genommen war, hat nicht stattgefunden. ‖ An die Stelle des bisherigen völkerrechtlichen Schutzverhältnisses ist ein staatsrechtliches Unterwerfungsverhältniss getreten: die Mosquito-Indianer haben an Stelle ihres bisherigen Beschützers (England) einen Beherrscher (die Republik Nicaragua) erhalten, dessen staatsrechtlicher Gewalt und Autorität sie unterstellt sind. ‖ Aber auf der anderen Seite ist den Mosquito-Indianern ein genau abgegrenztes Territorium zugewiesen und ihnen die Selbstregierung innerhalb desselben überlassen worden. ‖ Dieses den Mosquito-Indianern vorbehaltene Territorium, welches daher gemeiniglich "Reserva Mosquita" genannt wird, bildet einen integrirenden und untrennbaren Bestandtheil des Gesammtterritoriums der Republik, eine staatsrechtliche Pertinenz des Hauptlandes. ‖ Auf diesem geschlossenen und aparten Gebiete haben die Mosquito-Indianer ihr eigenes Leben und nationales Dasein zu führen; dieses Territorium ist, obgleich es bleibend zu der Republik Nicaragua gehört, als zunächst und unmittelbar den Indianern gehörig, als ihr Territorium, als das Land der Mosquitos, anzusehen. Dies ergibt sich indirect auch aus dem Verbot der Abtretung dieses Landstrichs durch die Mosquito-Indianer an eine fremde Person oder Macht (Art. II, Alin. 3). Die Mosquito-Indianer dürfen ihr Land nicht einem Anderen zur Herrschaft auftragen. ‖ Innerhalb dieses Territoriums und auf demselben ist den Mosquito-Indianern zugestanden: "the right of governing, according to their own customs and according to any regulations which may from time to time be adopted by them, not inconsistent with the sovereign rights of the Republic of Nicaragua, themselves and all persons residing within such district. Subject to the above-mentioned reserve, the Republic of Nicaragua agrees to respect and not to interfere with such customs and regulations so established, or to be established, within the said district" (Art. III). Bei vorurtheilsloser Prüfung und Auslegung dieser Vertragsbestimmung kann man wohl nicht umhin, anzunehmen, dass darin das Zugeständniss der Selbstregierung ("self-government") im Sinne von Selbstgesetzgebung und Selbstverwaltung enthalten sei. Zu diesem Resultate führt mit Nothwendigkeit auch die Bestimmung des Artikels IV, wonach die Mosquito-

Nr. 7663. Oesterreich-Ungarn. 2. Juli 1881.

Nr. 7663. Oesterreich-Ungarn. 2. Juli 1881. Indianer zu keiner Zeit verhindert sein sollen "from agreeing to absolute incorporation into the Republic of Nicaragua on the same footing as other citizens of the Republic, and from subjecting themselves to be governed by the general laws and regulations of the Republic, instead of by their own customs and regulations." Solange dies nicht geschehen ist — und die Bemühungen der Republik Nicaragua in dieser Beziehung sind bisher vergeblich gewesen —, sind die Mosquito-Indianer der Republik Nicaragua nicht vollständig einverleibt; sie stehen nicht auf demselben Fusse wie die anderen Unterthanen der Republik, sie unterliegen nicht den allgemeinen Gesetzen und Verordnungen der Republik, sondern sie regieren sich selbst nach eigenen Gewohnheiten und Gesetzen: bis zum Zeitpunkt jener freiwilligen Vereinbarung, einem *dies incertus an et quando*, ist die Incorporation des Mosquito-Gebietes in das Territorium der Republik eine relative und unvollständige. Die Mosquito-Indianer befinden sich sonach in einer vertragsmässig gewährleisteten Sonderstellung: ihr Territorium ist ein von der Gesetzgebung und Verwaltung der Republik exemtes Gebiet und bildet eine eigene, selbständige Gesetzgebungs- und Verwaltungssphäre. Diese locale Autonomie ("local self-government") ist der letzte Rest der von den Mosquito-Indianern durch Jahrhunderte beanspruchten und ausgeübten Unabhängigkeit und Selbständigkeit. || Diese Selbstregierung ("self-government") kann sich naturgemäss nicht auf die auswärtigen Angelegenheiten beziehen, da die "Reserva Mosquita" mit der Republik Nicaragua ein staats- und völkerrechtliches Ganzes bildet. Die Mosquito-Indianer haben daher nicht das Recht, mit fremden Staaten in Beziehungen zu treten und Verträge zu schliessen, Gesandte abzusenden oder zu empfangen, Krieg zu führen und Frieden zu machen. Wohl aber erstreckt sich ihre Selbstregierung bei der allgemein lautenden Fassung des Artikels III auf den ganzen Umkreis der inneren Angelegenheiten, in deren Regelung sich nicht einzumischen die Re-Republik Nicaragua zugesagt hat.

Der Standpunkt, welchen die Regierung der Republik Nicaragua einnimmt und in ihren Streitschriften zu vertreten sucht, lässt sich nicht rechtfertigen. || Die Regierung der Republik stellt in Abrede, dass den Mosquito-Indianern "une autonomie véritable, une autonomie séparée du reste de la République" eingeräumt worden sei (Réponse, pp. 9, 12). Nach ihrer Ansicht wäre die der Republik zustehende Souveränität auch in Ansehung des Mosquito-Gebietes eine absolute und vollständige ("pleine et absolue", Réponse, pp. 4, 10) und die Republik berechtigt, auch auf dem Mosquito-Boden die Herrschaft in ihrem vollen Inhalt und Umfang geltend zu machen ("d'être pratiquement souverain", Exposé, pp. 4, 49—51, 63), die ganze Fülle der in der Souveränität enthaltenen Hoheits- und Regierungsrechte auszuüben ("de nommer ses employés, d'ouvrir des ports de mer, de déterminer les droits de douane . . . en un mot d'y établir comme dans toutes les autres parties de la nation la constitution et les lois de la République", Réponse, p. 10), und hätte sie sich nur aller Eingriffe in die nationalen Sitten und municipalen Gebräuche ("us et coutumes") der

Mosquito-Indianer zu enthalten (Exposé, pp. 5, 43; Réponse, p. 12). || Diese Behauptung steht in directem Widerspruch mit den Artikeln I—IV, worin die Souveränität der Republik nur in limitirter Weise anerkannt ("subject to the conditions and engagements specified in the present Treaty"), die Unverbindlichkeit der "general laws and regulations of the Republic" für die Mosquito-Indianer stipulirt und diesen die Berechtigung, nicht nur sich selbst, sondern überhaupt alle in Mosquitia residirenden Personen zu regieren, zugestanden ist. Sie steht ferner in indirectem Widerspruch mit Artikel V, wonach die von der Republik zu leistende Subvention auch gewährt wird für die Erhaltung der Regierungsbehörden der Mosquitos: "for the maintenance of the authorities to be constituted under the provisions of Article III." Die Behauptung der Regierung der Republik enthält eine durchaus unberechtigte und nicht zu rechtfertigende Anticipation der in Artikel IV einer zukünftigen freien Vereinbarung vorbehaltenen absoluten Incorporation und durchgängigen Gleichstellung der Mosquito-Indianer mit den übrigen Unterthanen der Republik. || Wenn die Regierung der Republik die Ansicht ausspricht, dass der Stamm der Mosquito-Indianer eine verkommene, entartete, bildungs- und entwicklungsunfähige Race sei und dass ihm daher alle zur Selbstregierung erforderlichen Anlagen und Voraussetzungen fehlen (Réponse, pp. 4, 9), so ist dagegen zu bemerken, dass unbefangene und mit den Verhältnissen wohl vertraute Schriftsteller diese Ansicht nicht unbedingt theilen; dass die Republik Nicaragua die zehnjährige Subvention auch zu dem Ende zugesagt hat, um "the social improvement" der Mosquito-Indianer zu befördern (Art. V); dass dieselben im Fall der von der Republik Nicaragua so sehr angestrebten absoluten Incorporation sofort die gleichen Rechte wie alle andern Bürger der Republik geniessen sollen (Art. IV) und dass nach der Aussage ("statement") ihres Chefs bereits eine Anzahl von Schulen u. s. w. errichtet wurde (Case, p. 52), während für die Verbesserung der Lage der ausserhalb des reservirten Territoriums wohnenden, der Republik Nicaragua vollständig einverleibten Mosquito-Indianer angeblich nichts geschehen sei. Wie dem aber auch sei, dieses Bedenken hätte seinerzeit die Regierung der Republik abhalten müssen, den Vertrag zu Managua auf solchen Grundlagen abzuschliessen; sie hätte dann dem Beispiel der Republik Honduras folgen müssen, in deren mit England zu Comayagua am 28. November 1859 geschlossenem Vertrage den auf dem Gebiet dieser Republik befindlichen Mosquito-Indianern ein besonderes Territorium zur Selbstregierung nicht vorbehalten, sondern deren absolute Incorporation und sofortige unbedingte Gleichstellung mit den übrigen Unterthanen der Republik Honduras festgesetzt wurde (Artikel II und III). || Die Berufung der Regierung Nicaragua's auf die rechtliche Lage der Indianer innerhalb der Vereinigten Staaten Nordamerikas ist gleichfalls unzutreffend. Nach dem Zeugniss von Kent ("Commentaries on American Law", 5 edit., 1844, vol. iii, p. 378 sq.) wurden die Indianerstämme in Nordamerika stets behandelt "as free and independent tribes, governed by their own laws and usages, under their own Chiefs, and com-

Nr. 7663. Oesterreich-Ungarn. 2. Juli 1881.

Nr. 7663. Oesterreich-Ungarn. 2. Juli 1881.

petent to act in a national character and exercise self-government, and while residing in their own territories owing no allegiance to the municipal laws of the whites" (p. 384). Sie standen zu den Vereinigten Staaten in einem Schutzverhältniss und wurden als "dependent allies" angesehen und behandelt. (Kent, pp. 383, 385; Wheaton, "Eléments de Droit International", 1848, i, p. 50 sq.; Beach-Lawrence, "Commentaire sur les Eléments de Droit International de H. Wheaton", 1868, i, p. 264 sq.; Calvo, "Le Droit International", 3e édit., 1880, i, § 69, p. 178 sq.; Rüttimann, "Das Nordamerikanische Bundesstaatsrecht", i, 1867, S. 1 fg.) Erst in neuester Zeit (3. März 1871) wurde vom Congress zu Washington beschlossen, dass die Indianerstämme in Hinkunft nicht mehr als unabhängige Völkerschaften zu betrachten seien und dass mit ihnen, unbeschadet der Gültigkeit und Wirksamkeit der bereits abgeschlossenen Verträge, keine Allianzverträge mehr abzuschliessen seien ("Revised Statutes of the United States", 1873—74, § 2079, p. 366). Es ist übrigens schon mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der geographischen und ethnographischen Verhältnisse ganz unthunlich, eine Parallele zu ziehen. Während die Indianerstämme in den Vereinigten Staaten allerwärts in enclavirten Gebieten wohnen und einer sie erdrückenden immensen und ungemischten weissen Bevölkerung gegenüberstehen, bewohnen die Mosquito-Indianer (ungefähr 6000 an der Zahl) einen abgesonderten Küstenstrich, und hat die Republik Nicaragua selbst nur eine schwache und gemischte Bevölkerung (circa 250,000 bis 300,000 Einwohner, wovon $^1/_2$ Ladinos, $^1/_3$ Indianer, $^1/_6$ Mulatten und Schwarze). (Martin, "The Statesman's Year-book", 1874, pp. 543, 544; Wappäus, "Handbuch der Geographie des ehemaligen spanischen Mittel- und Südamerika", 1870, S. 335; Meyer, "Conversations-Lexikon", 3. Aufl.: Art. Nicaragua und Mosquito-Küste). Aus der vorstehenden Erörterung und Darstellung ergibt sich als Resultat, dass die Souveränität der Republik Nicaragua auf dem Gebiet der Mosquito-Indianer nicht eine volle und unbeschränkte ist, sondern dass dieselbe durch das den Mosquito-Indianern eingeräumte Recht der Selbstregierung beschränkt und begrenzt ist (Art. I des Entwurfs)*).

Dieses Verhältniss der Republik Nicaragua zu der "Reserva Mosquita" lässt sich in Kürze durch den Satz charakterisiren: "La République règne; mais elle ne gouverne pas." || Als Souverän des Mosquito-Gebietes muss die Republik Nicaragua ohne weiteres für berechtigt erkannt werden, zum Zeichen ihrer Herrschaft ("en signe de souveraineté") die Fahne der Republik auf dem

---

*) Es kommt wohl auf dasselbe hinaus, wenn P. Lévy in seinem mit der Billigung und pecuniären Unterstützung der Regierung Nicaragua's herausgegebenen Werke: "Notas Geográficas y Económicas sobre la República de Nicaragua" (Paris 1873), auf Seite 400 bemerkt: "En cuanto á Nicaragua, per *la Convencion de Managua se ha sustituido á la Inglaterra en el protectorato de los Mosquitos, pero con la condicion expresa de que aquellos reconocieran su soberania. El antiguo rey de Blewfields ó sus legitimos sucesores conservan una autoridad puramente administrativa sobre la jurisdiccion que hemos indicado arriba*" (d. i. die *Reserva Mosquita*).

Territorium der Mosquito-Indianer aufzupflanzen (Entw., Art. II). Diesem Anspruch der Regierung der Republik (Exposé, p. 55) setzt auch die englische Regierung keinen Widerstand entgegen (Counter-Case, p. 8, No. 16), obwohl derselbe einen Beschwerdepunkt in dem Mémoire des Häuptlings der Mosquito-Indianer bildet (Case, p. 52). Ebenso muss der Republik Nicaragua das Recht zuerkannt werden, einen Commissar zu bestellen, der darüber zu wachen hat, dass die Mosquito-Regierung ihren Wirkungskreis nicht überschreite und in die Souveränitätsrechte der Republik (Art. III) nicht übergreife (Entw., Art. III). Dieser Commissar darf sich jedoch in die inneren Angelegenheiten der Mosquito-Indianer nicht mischen und keinerlei Jurisdiction auf dem Mosquito-Gebiet ausüben. Insoweit das nicaraguanische Präsidial-Decret, vom 6. Januar 1875 (Case, p. 82) hiemit in Widerspruch steht, wird dasselbe daher ausser Kraft zu treten haben. || Den Mosquito-Indianern kann es füglich nicht verwehrt werden, ihre alte Flagge auch fernerhin zu führen. Sie müssen jedoch ein Zeichen der Souveränität der Republik Nicaragua, der sie unterworfen sind, damit verbinden, um dieses Herrschaftsverhältniss zum allgemein erkennbaren Ausdruck zu bringen (Entw., Art. IV). Dies ist umsomehr geboten, als selbst Staaten, welche nur ein Protectorat ausüben, darauf gedrungen haben, dass der beschützte Staat an seiner Flagge ein Zeichen dieses Schutzverhältnisses („as a mark of the protection") anbringe. || So mussten die ionischen Inseln, solange sie sich unter dem Protectorate Englands befanden, dieses Verhältniss an ihrer Flagge ersichtlich machen (Phillimore, „Commentaries upon International Law", i, p. 96 sq.).

Nr. 7663. Oesterreich-Ungarn. 2. Juli 1881.

III. Die Selbstverwaltung begreift die eigene Verwaltung der wirthschaftlichen Angelegenheiten in sich. Gerade auf dem Gebiete der materiellen Interessen gelangt das Recht der Selbstregierung zu besonderer praktischer Bedeutung. || Die Mosquito-Indianer sind darauf angewiesen, die gesammten Bedürfnisse ihrer nationalen Sonderexistenz und alle Kosten ihrer Selbstregierung aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Sie haben für die Herbeischaffung dieser Mittel selbst zu sorgen und können dieselben nur durch Gewinnung der Naturproducte ihres Territoriums und möglichst vortheilhaften Absatz derselben aufbringen. In der Ueberlassung eines eigenen Territoriums liegt von selbst die Ueberlassung desselben zu eigener Ausnützung. In Folge der den Mosquito-Indianern eingeräumten territorialen und gouvernementalen Sonderstellung bildet das ihnen vorbehaltene Gebiet ein eigenes selbständiges Wirthschaftsgebiet. Eine nothwendige Consequenz hiervon ist es, dass der Mosquito-Regierung das Recht zustehen muss, Licenzen zur Gewinnung der Naturproducte ihres Territoriums (Holz, Kautschuk, Gummi, Cocosnüsse, Mineralien u. s. w.) zu ertheilen und Gebühren dafür zu erheben. || Es würde gegen allgemeine Rechtsgrundsätze verstossen, wenn derjenige, dem der Boden gehört, nicht berechtigt wäre, die Früchte desselben selbst zu ziehen oder die Gewinnung derselben gegen Entgelt Anderen zu überlassen. Die Ausnützung des Mosquito-Bodens kann nur den Mosquitos zustehen, und die Republik Nicaragua kann daher nicht für

Nr. 7663. Oesterreich-Ungarn. 2. Juli 1881. berechtigt erkannt werden, "de délivrer des patentes pour l'exploitation des produits naturels de la Mosquitia" und den Mosquitos hiemit diese Einnahmequelle zu entziehen (Entw., Art. V). Die Inanspruchnahme dieser Berechtigung seitens der Regierung der Republik (Exposé, p. 49 sq.) beruht auf einer Verwechslung des staatsrechtlichen Begriffs der Souveränität mit dem privatrechtlichen Begriff des Eigenthums. || Da die Mosquito-Indianer unter der Herrschaft der Republik Nicaragua ein eigenes, mit "self-government" ausgestattetes Gemeinwesen ausmachen, so müssen sie auch für berechtigt erkannt werden, ihren Handel durch eigene Anordnungen ("Regulations") zu regeln (Art. III) und, falls es ihnen zweckmässig scheint, von Waaren, die in ihr Gebiet eingeführt oder aus demselben ausgeführt werden, Zölle zu erheben und sich dadurch eine Einnahmequelle zu eröffnen. || Wenn die Regierung der Republik Nicaragua diese Rechte für die Republik "en sa qualité de Souverain" in Anspruch nimmt und derselben die Befugniss vindicirt "de réglementer le commerce extérieur de la Reserva Mosquita, de réglementer le cabotage, d'ouvrir et de fermer ceux des ports pour lesquels l'une ou l'autre de ces mesures lui paraît opportune" (Exposé, pp. 51, 63), "d'imposer les droits généraux d'importation et d'exportation dans le territoire de la Reserva" (Exposé, pp. 52, 53), so ist dies nur eine Consequenz ihrer irrigen principiellen Auffassung, wonach der Republik Nicaragua die volle und unbeschränkte Ausübung der Souveränitätsrechte auch auf dem Mosquito-Territorium zustehen soll. Die Behauptung, dass der Republik das Recht zustehe "d'appliquer dans le territoire de la Reserva les droits généraux qui régissent les autres parties de la République" (Exposé, p. 63), steht vollends im Widerspruch, sowohl mit den Artikeln III und IV des Vertrages, wonach die "General Laws and Regulations of the Republic" auf dem Mosquito-Gebiet nicht gelten sollen, als mit dem den Mosquitos gewährleisteten Rechte der Selbstregierung, da darin unzweifelhaft das ausschliessliche Recht der Selbstbesteuerung, der directen wie der indirecten, enthalten ist. || Die Regierung der Republik Nicaragua beruft sich für ihre Berechtigung, die in Greytown importirten, zum Verbrauch im Mosquito-Gebiet bestimmten Waaren bei ihrer Wiederausfuhr zur See aus diesem Hafen mit einem Zoll zu belegen, auf den Schlusssatz des Artikels VII, wonach die Constituirung von San-Juan del Norte (Greytown) zu einem Freihafen die Republik Nicaragua nicht hindern soll, die üblichen Zölle von Waaren, die zum Verbrauch innerhalb des Territoriums der Republik bestimmt sind, zu erheben: zu dem Gebiet der Republik gehöre aber auch das Mosquito-Gebiet; die Republik müsse daher berechtigt sein, von den aus dem Freihafen Greytown nach Mosquitia exportirten Waaren einen Zoll zu erheben (Exposé, pp. 52, 53; Réponse, p. 18). Allein in dem Schlusssatz des Artikels VII, der überhaupt nicht das Verhältniss Nicaragua's zur Mosquita betrifft, können ebenso, wie im Artikel V, Alinea 2, die Worte "territory of the Republic" nicht die Bedeutung vom Gesammtterritorium der Republik haben, sondern es ist darunter das eigentliche Territorium der Republik mit Ausschluss des "territory reserved

for the Indians" (Art. VIII) zu verstehen. Ueberdies aber ist die Erhebung eines Zolles unverträglich mit dem Freihafencharakter von Greytown (Nr. V). Der Besorgniss der Regierung der Republik Nicaragua, dass die zollfreie Einfuhr von Waaren in den Mosquito-District Schmuggel in die übrigen Gebietstheile der Republik zur Folge haben oder befördern würde (Exposé, p. 51), begegnet die Regierung Ihrer britischen Majestät mit der Einwendung, dass die Grenzgegenden des Mosquito-Gebietes ganz unwegsam seien (Counter-Case, p. 28, Nr. 93). Wäre dies nicht der Fall, so bliebe der Republik Nicaragua nichts übrig, als eine Zwischenzolllinie zu errichten. Die Schwierigkeit oder Unausführbarkeit einer solchen Unternehmung vermag dem Recht der Mosquito-Indianer, wie es sich nun einmal aus dem Vertrage von Managua ergibt, keinen Abbruch zu thun. || Es muss daher erkannt werden, dass die Republik Nicaragua nicht berechtigt ist, den Handel der Mosquito-Indianer zu regeln und von Waaren, die in das Mosquito-Gebiet eingeführt oder aus demselben ausgeführt werden, Einfuhr- oder Ausfuhrzölle zu erheben (Entw., Art. VI). Die hiemit im Widerspruch stehenden Artikel 1 und 2 des nicaraguanischen Präsidial-Decrets vom 4. October 1864 (Case, p. 82) werden sonach ausser Kraft zu treten haben.

Nr. 7663. Oesterreich-Ungarn. 2. Juli 1881.

IV. Im Artikel V des Vertrages von Managua übernahm die Republik Nicaragua auf die Dauer von 10 Jahren die Verpflichtung, den Mosquito-Indianern zum Zweck der Aufbesserung ihrer socialen Lage und der Erhaltung ihrer auf Grund des Artikels III constituirten Regierungsbehörden eine jährliche Rente von 5000 dol. zu zahlen. Diese Rente soll halbjährig zu Greytown einer vom Häuptling der Mosquitos zum Empfang bevollmächtigten Person ausbezahlt und die erste Rate sechs Monate nach Austausch der Ratificationen des Managua-Vertrages entrichtet werden. || Dieser Austausch erfolgte am 2. August 1860 in London. || Die Zahlung der Rente geschah unregelmässig und gerieth bald völlig ins Stocken. Als im November 1865 der Häuptling der Mosquito-Indianer starb und dessen Vetter, ein elfjähriger Knabe, als Nachfolger proclamirt wurde, verweigerte die Republik Nicaragua die Anerkennung desselben. Es braucht hier nicht untersucht zu werden, ob diese Verweigerung auf statthaften Gründen beruhte, oder ob sie nur den willkommenen Vorwand bieten sollte, um die Zahlungen der Subvention zurückzuhalten. Jener Häuptling ist seither (nach 1875) gestorben und gegen die Legitimität seines Nachfolgers kein Anstand erhoben worden. Da nun die Zwecke, zu deren Erreichung die Subvention zugesagt wurde, nach wie vor fortbestehen, und da die Zahlung derselben an keinerlei Bedingungen geknüpft ist, so kann es keinem Zweifel unterliegen, dass die Republik Nicaragua schuldig erkannt werden muss, die rückständige Summe im Betrage von 30,859 dol. 3 c. zu bezahlen. Diese Summe ist mittlerweile von der Republik Nicaragua bei der Bank von England mit der Bestimmung hinterlegt worden (Case, p. 78), dass dieselbe nach Fällung eines auf Zahlung lautenden Schiedsspruches der britischen Regierung zu Gunsten der Mosquito-Indianer ausgefolgt werde. (Entw.,

Nr. 7663. Oesterreich-Ungarn. 2. Juli 1881. Art. VII.) || Wenn die Regierung der Republik Nicaragua das Begehren stellt, dass die in der Bank von England deponirte Summe ihr ausgefolgt werde, um dieselbe in entsprechender Weise zum Besten der Mosquito-Indianer zu verwenden, da Niemand besser in der Lage sei, zu beurtheilen, was zu thun sei, als "le Souverain dans ses domaines, et que le territoire de Mosquitia se trouvant dans les limites et sous la juridiction de la République, il est de son devoir de s'enquérir de ses besoins pour y subvenir autant que possible, prenant toutes les mesures qui peuvent contribuer à l'avancement moral et au progrès matériel de ce district" (Réponse, p. 16), — so übersieht sie zunächst, dass die Subvention nicht nur zur Verbesserung der socialen Lage der Mosquitos, sondern auch zur Erhaltung ihrer eigenen Regierungsbehörden dienen soll. Sie sucht sich hiedurch aber auch in principiell unzulässiger Weise an die Stelle der Mosquito-Regierung zu setzen, die zur eigenen und selbständigen Wahrnehmung und Besorgung der Angelegenheiten und Interessen der Mosquitos berufen ist. Ist doch selbst in dem Vertrage, den die Republik Honduras mit Grossbritannien am 28. November 1859 zu Comayagua geschlossen hat, stipulirt worden, dass die von dieser Republik den vollständig einverleibten Mosquitos zum Zwecke der Verbesserung ihrer intellectuellen und materiellen Lage zu entrichtende zehnjährige Subvention von 5000 dol. pro Jahr dem Häuptling derselben ausbezahlt werden solle (Art. III, Alin. 2). || Die Republik Nicaragua kann jedoch nicht verhalten werden, von der rückständigen Subventionssumme Verzugszinsen zu zahlen. Die Subvention ist zwar nicht, wie die Regierung der Republik Nicaragua meint (Réponse, p. 18), eine reine Schenkung ("un don gratuit, un présent"), da sie vielmehr mit Rücksicht ("en considération") auf die mannigfachen Vortheile versprochen worden ist, welche der Republik in dem Vertrage zugesichert und aus demselben erwachsen sind, wie das Aufgeben des Protectorats seitens Englands und die Anerkennung der Souveränität der Republik über das ganze Mosquito-Gebiet, die Stadt San-Juan del Norte (Greytown) mit inbegriffen. Wenn aber die Subvention auch nicht den Charakter einer reinen Schenkung hat, so hat sie doch immerhin den Charakter einer remuneratorischen Liberalität, und die aus der Natur eines solchen Rechtsverhältnisses sich ergebende Billigkeit schliesst die Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen aus (Entw., Art. VII).

V. Wie in Theorie und Praxis allgemein anerkannt ist, besteht das Wesen eines Freihafens darin, dass daselbst alle frei und ohne Entrichtung von Zöllen ein- und ausgeführten Waaren im Gebiet des Hafens selbst verbleiben, um daselbst verkauft oder verbraucht zu werden, oder dass sie aus demselben nach einem im Inland oder im Ausland gelegenen Orte wieder ausgeführt werden. Ein Freihafen, der zu einem bestimmten Staatsgebiet gehört und daher unter der Souveränität dieses Staates steht, ist eben in Bezug auf Zollsachen als Ausland anzusehen. Sobald jedoch die Waaren aus dem Gebiete des Freihafens in das übrige Staatsgebiet eingeführt werden, können dieselben bei ihrem Eintritt in dieses Gebiet, also ausserhalb des Freihafengebietes, mit einem Ein-

fuhrzoll belegt werden. Nur in diesem Sinne können die Schlussworte des Artikels VII des Vertrages von Managua verstanden werden, welche ihr rechtes Licht durch die unmittelbar vorhergehende Bestimmung erhalten, wonach es der Republik Nicaragua nicht gestattet sein soll, von Waaren, welche von Meer zu Meer durch das Gebiet der Republik auf dem projectirten interoceanischen Canale gehen, Durchfuhrzölle zu erheben. Desgleichen können die aus dem Inland ausgeführten Waaren ("les articles du pays") zwar nicht bei ihrem Austritt aus dem Freihafen, wohl aber bei ihrem Uebertritt aus dem Staatsgebiet in das Gebiet des Freihafens mit einem Ausfuhrzolle belegt werden (Entw., Art. VIII). Das mit diesen Grundsätzen im Widerspruch stehende nicaraguanische Präsidial-Decret vom 22. Juni 1877 (Case, pp. 92, 93), welches für die Dauer der Litispendens durch Präsidial-Decret vom 10. April 1878 (Case, pp. 93, 94) für San-Juan del Norte (Greytown) bereits suspendirt ist, wird daher für diesen Freihafen definitiv ausser Kraft zu setzen sein. || Da in einem Freihafen Zölle von Waaren überhaupt nicht erhoben werden dürfen, so ist es auch unstatthaft, Zölle von daselbst ein- oder ausgeführten Waaren zu dem Zwecke zu erheben, um die Kosten der Verwaltung der Hafenstadt und der Erhaltung des Freihafens zu bestreiten. Die Mittel zur Bedeckung solcher localen Bedürfnisse müssen durch Localbesteuerung in anderen Formen aufgebracht werden, wie z. B. durch Auflegung einer Steuer auf den Verbrauch von zollfrei eingeführten Waaren. Das durch Präsidial-Decret vom 20. Februar 1861 (Case, pp. 88, 89) eingeführte System der Aufbringung der Kosten für die Verwaltung der Stadt und die Erhaltung des Freihafens Greytown durch einen Einfuhrzoll auf die daselbst importirten Waaren wird daher durch ein anderes System zu ersetzen sein. || Ueber das Recht der Republik Nicaragua, im Freihafen San-Juan del Norte (Greytown) von Schiffen Abgaben ("duties and charges") zu Zwecken des Hafens zu erheben (Art. VIII), herrscht kein Streit. || Auf die übrigen, von der Regierung Ihrer britischen Majestät zur Urtheilsfällung verstellten Punkte (Counter-Case, pp. 32, 33, Nr. 15—19) kann füglich nicht eingegangen werden, da einige derselben theils Administrations-Angelegenheiten, civilrechtliche Rückforderungs-Ansprüche einzelner Privatpersonen betreffen, rücksichtlich anderer Punkte aber das zur Entscheidung nöthige statistische und rechnungsmässige Material nicht zu Gebote steht.

Nr. 7663. Oesterreich-Ungarn. 2. Juli 1881.

VI. Die Regierung der Republik Nicaragua bestreitet das Recht der Regierung Ihrer britischen Majestät, sich der Angelegenheiten, welche die Mosquito-Indianer und den Freihafen San-Juan del Norte (Greytown) betreffen, anzunehmen und in der vorliegenden Streitsache die Rolle des Beschwerdeführers zu übernehmen, da hierin eine unbefugte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Nicaragua's und eine vertragswidrige Geltendmachung des aufgegebenen Protectorates über Mosquitia liege (Exposé, pp. 53, 54, 63; Réponse, pp. 16, 17). || Diese Bestreitung der Legitimation Englands *ad causam* kann nicht für begründet erkannt werden. || Was zunächst den Hafen von San-Juan del Norte (Greytown) betrifft, so hat die Republik Nicaragua im Artikel VII

Nr. 7663. Oesterreich-Ungarn. 2. Juli 1881.

des mit England abgeschlossenen Vertrags, von Managua die Verpflichtung übernommen, denselben als Freihafen zu constituiren und zu erklären. Diese Constituirung und Erklärung ist durch Präsidial-Decret vom 23. November 1860 (Case, p. 87) denn auch erfolgt. Aber England hat ein vertragsmässiges Recht, auch darauf zu dringen, dass diese Constituirung und Erklärung nicht bloss eine nominelle sei, sondern dass von der Regierung der Republik Nicaragua keine Verfügungen und Anordnungen getroffen werden, welche mit dem Wesen und dem Charakter eines Freihafens unverträglich sind. Wenn nun die in Greytown ansässigen oder dahin Handel treibenden englischen Kaufleute den Schutz und das Einschreiten der englischen Regierung gegen Maassregeln der Regierung Nicaragua anrufen, welche den Freihafencharakter Greytowns und dadurch ihre Handelsinteressen beeinträchtigen, und wenn Angehörige dritter Staaten sich solchen Schritten anschliessen, so liegt hierin kein Vorgang, der mit den Normen des Völkerrechts und der allgemein üblichen und für zulässig erkannten Praxis im Widerspruche stünde. || Was aber die Angelegenheiten der Mosquito-Indianer betrifft, so hat England in dem Vertrage von Managua zwar die Souveränität der Republik Nicaragua anerkannt und auf sein Protectorat verzichtet, aber dies doch nur unter vertragsmässiger Ausbedingung gewisser staatsrechtlicher und pecuniärer Vortheile für die Mosquitos gethan ("subject to the conditions and engagements specified in the Treaty, Art. I"). England hat ein eigenes Interesse an der Erfüllung dieser zu Gunsten seiner ehemaligen Schutzbefohlenen stipulirten Bedingungen und deshalb auch ein eigenes Recht, auf die Erfüllung dieser Zusagen wie aller übrigen Vertragsclauseln zu dringen. Mit Unrecht nennt dies die Regierung Nicaragua's eine unzulässige "Intervention", da in die Kategorie der allerdings verpönten Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates das Andringen auf Erfüllung von demselben vertragsmässig übernommener Verpflichtungen nicht gehört. Nicht minder unrichtig ist es, wenn die Regierung Nicaragua's diese Geltendmachung vertragsmässiger Ansprüche als eine fortgesetzte Ausübung des aufgegebenen Protectorates zu qualificiren sucht und Englands Einschreiten aus diesem Grunde für unzulässig erklären will. || Die Regierung der Republik Nicaragua stellt endlich auch das Begehren (Réponse, p. 17): es werde im Schiedsspruche ausgesprochen, dass der Vertrag von Managua, nachdem er seinen Zweck erfüllt habe, in Ansehung der Mosquitia annullirt sei und dass in Hinkunft die betheiligten Parteien sich in dieser Beziehung lediglich an die im Schiedsspruch getroffenen und aufgezählten Bestimmungen zu halten verpflichtet seien. Dieses Begehren verstösst gegen allgemeine Rechtsgrundsätze, und kann demselben daher nicht stattgegeben werden. Die Auslegung eines Vertrages kann nimmermehr an die Stelle des ausgelegten Vertrages treten, und das richterliche Urtheil schafft nicht neues Recht, sondern bringt nur das vorhandene Recht zur Feststellung und Anerkennung.

Orientalische Frage (Armenien).

Nr. 7664. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel (Goschen) an den engl. Min. d. Ausw. (Granville). — Dringt auf Wiederanregung der Reformen in Armenien.

(Extract.) Constantinople, November 16, 1880.

Nr. 7664. Gross-britannien. 16. Nov. 1880.

I have the honour to inclose a despatch from Capitain Clayton embodying complaints by the Nestorians and containing some very interesting information as to the grouping of communes according to population in some of the districts of the Vilayet of Van. || Colonel Wilson will, during the winter, come into contact with the population of some important districts, and before he left he asked me what language he should hold when questions would be put to him, as would certainly be the case, with regard to those reforms, the report of which seems to have penetrated throughout Asia Minor, but of the realization of which the people remain absolutely without proof. He presumed he must recommend patience, as he had done hitherto; but he did not conceal his opinion, that such language could not be held much longer with any advantage or effect. || The agitation, of which the symptoms are being reported by our Consular Agents, the instructions which must from time to time be given to Her Majesty's Representatives in the provinces inhabited by Armenians, the dangers and the discredit of a prolongation of the present state of things, make it imperative for me to urge on Her Majesty's Government that, whatever difficulties may interpose in the solution of the Montenegrin and Greek questions, the Porte should not be allowed to think, that the Powers have become silent or indifferent as to Asiatic reforms. The Porte was called on to fulfil her obligations in this respect in the identic note sent in by the Representatives of the Great Powers on the 11th June*). The Porte replied to the part of the note relating to the reforms in the provinces inhabited by the Armenians on the 5th July**), and stated what reforms the

---

*) S. Staatsarchiv Bd. XXXVII Nr. 7156.

**) Bd. XXXVII Nr. 7295.

Nr. 7664. Gross-britannien. 16. Nov. 1880. Ottoman Government proposed to introduce. || The utter inadequacy of these proposals was explained to the Porte in a collective note on the 7th September*). Since then no steps have been taken to follow up the subject. The Porte in its aggressive note of the 3rd October**), which professed to deal with all the questions still pending under the Treaty of Berlin, stated what it was prepared to do as regards reforms in Asia Minor, but without reference either to its own proposals made in its note of the 5th July, or to the criticisms of the Great Powers upon them. || In fact, the last note of the Representatives of the Great Powers on the Treaty obligations of the Porte as to the provinces inhabited by Armenians has remained unanswered. In fact, it has not only not been answered, but in the next communication of the Porte on the subject of the reforms it is completely ignored. || The note of the Porte, dated the 3rd October, has now been six weeks in the hands of the Powers; but no protest has been made to the course of the Porte as regards this Armenian question, nor has any notice been taken either of their action or inaction. The inevitable effect on the mind of the public must be, that the Powers are not disposed to press their previous views and that the Turkish Government may proceed to the solution of the question in the mode they think best. || I am aware, that among some of the Great Powers the view has prevailed, that the Montenegrin question must be first brought to a solution before other questions were pressed; but this view, as a not unnatural consequence of the long delays which have exhausted the patience of Europe, appears to have developed into the feeling, that even when the Montenegrin question is settled, instead of the time being come for urging the fulfilment of other engagements, respite from pressure should be allowed to the Porte. || I cannot too strongly express to your Lordship my profound conviction of the dangers of such a course, and if I do not dilate upon them, it is because I know, that Her Majesty's Government, through the able reports of our Consular Agents in Anatolia and Kurdistan, are thoroughly acquainted with the prevailing state of things. Other Powers may not have equal knowledge, or having equal knowledge, may be more indifferent to the events which may ensue from the course of action which they prefer. But it is impossible to deny, that the Armenians cannot be expected to have patience much longer and that the misgovernment and oppression under which they suffer may lead them, when they see, that nothing is to be hoped for from the Powers, into acts of rebellion, or at all events into preparations for a rising, of which the consequences may be terrible scenes between the Armenians and the Kurds and a repetition of horrors, which occurred in Bulgaria and elsewhere. || Your Lordship is aware from my despatches, that I have never lost an opportunity to warn the Turkish authorities as to what was to be expected if

---

*) S. Staatsarchiv Bd. XXXVII Nr. 7298.
**) Bd. XXXVII Nr. 7269.

they did not more effectually control the Kurds. They now see the consequences of their neglect. I have warned them now as to symptoms of agitation in Armenia, and I have urged them, at least pending the solution of the reform question, to send their best and most trusted men to govern the vilayets inhabited by Armenians. I have, personally and confidentially, even named men to them in whom I understand the Armenians would have confidence. But while all the Powers are silent as to the Armenians, I cannot expect to produce much effect, and precisely as in European Turkey the Ottoman authorities will take no steps which would offend the Albanians, so in Asia Minor it is hopeless to expect, that they will do anything which might offend the Kurds. || In view of the position such as I have described it, I venture to submit to your Lordship whether the time has not come when the other Powers, Signatories to the Treaty of Berlin, should be again summoned to unite with Her Majesty's Government for a combined effort to ameliorate the state of things in Asia. || If they refuse, or give only lukewarm support, the responsibility will not lie with Her Majesty's Government.

Nr. 7664. Grossbritannien. 16. Nov. 1880.

Nr. 7665. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an die engl. Botschafter in Berlin, Paris, St.-Petersburg, Rom und Wien. — Aufforderung zu einer gemeinschaftlichen Vorstellung bei der Pforte wegen der armenischen Reformen.

Foreign Office, January 12, 1881.

My Lord, — In inclose copy of a despatch from Captain Clayton, Vice-Consul at Van, with an extract from a petition which he has received bearing the signatures of 900 Armenians, describing the maladministration of the Turkish officials in that district, more especially in regard to the mode in which they are carrying out the scheme for the rearrangement of the communes, a reform offered by the Porte itself in its note of the 5th July last, and are persisting in nominating the Mudirs notwithstanding the protest of the Powers against that mode of appointment. || I have to request your Excellency to call the attention of the ______ Government to the state of affairs revealed in these papers. || The way in which the Porte is dealing with its offer of reforms would appear to furnish grounds for remonstrance on the part of the Representatives, and Her Majesty's Government would be glad if the ______ Government would instruct their Ambassador at Constantinople to join with his colleagues in a representation to the Porte on the subject. || I am, &c.

Nr. 7665. Grossbritannien. 12. Jan. 1881.

Granville.

Nr. 7665. Grossbritannien. 12. Jan. 1881.

Captain Clayton to Major Trotter.

(Extract.) Van, November 16, 1880.

Yesterday a deputation of the Armenians of Van waited upon me and presented me with a paper followed by upwards of 900 signatures, of which I now inclose a translation. || I am compelled to say, that I entirely indorse what is stated in this paper. The so-called reform of the formation of communes and appointment of Mudirs is a perfect farce. Armenians who have been associated with Turkish employés in the arrangement of the new communes have come to me and said, that the most flagrant miscalculations of the relative numbers of Christians and Moslems had been made; that they had protested, but were not listened to and in some cases had refused to sign the Reports of proceedings. The various local Medjlisses had in several instances been forced by threats to sign. Moreover, the Mudirs chosen are always such as will be likely to be the tools of the Government. In the case mentioned in my despatch of the 26th October, 1880, although the Vali promised me to look into the matter, nothing has been done, and he sent for the men who came to me, abused them for having brought their case to my notice and sent them off home at once, threatening to imprison them if they remained here. || Fresh reports continue to come in almost daily of Kurdish pillage; but the authorities do absolutely nothing to prevent it. || As regards the question of bearing arms, I have been informed by several different persons, that on his recent tour the Vali distributed arms to the Kurds, ostensibly to enable them to protect themselves against pillage, and there seems no room to doubt, that he did so. Unquestionably the Turkish authorities have had their suspicions aroused as to the existence of disaffection among the Armenians tending towards revolt, and are taking what they consider desirable precautions; but it is their own misgovernment that has produced this disaffection. || The Vali started last week on a fresh tour to appoint Mudirs in the districts immediately round Van, but has only as yet got as far as a village about a couple of miles from the town. || I promised the Armenian deputation to forward a translation of their paper to you and begged them to use their influence with the people to encourage them and calm their excitement, as the European Powers are earnestly engaged in the endeavour to obtain an amelioration of their condition, and they ought at least to await the result of their efforts and not to compromise the hoped-for end by rash action.

Letter addressed to Captain Clayton by the Armenians of Van.

(Translation.) Van, November 14, 1880.

Sir, — For five long centuries the Armenian population of Vasbouragan, suffering from heavy oppressions under the Turkish rule, has succeeded in maintaining its existence miraculously until this time, when the Divine Pro-

vidence at last began to pity us and sent you here, who represent Her Most Gracious Majesty Queen Victoria of Great Britain. It is a great favour, indeed, that England rendered to Armenia, by which she gives the Turks to understand, that she has the intention and really desires to protect the Armenians from oppression and injustice and to ameliorate their pitiful condition. We therefore are much obliged to the magnanimous English nation, and our hearts are always filled with sentiments of gratitude, and we beg you to be kind enough to express our thanks to Her Majesty's Government for the high protection and sympathy England intends to grant to Armenia. ‖ Fifteen months have already elapsed, Sir, since you have set your foot in this country, when our hearts were consoled and we forgot all the oppressions, sufferings and pains of the past time and hoped, that our miserable condition would very soon be ameliorated. But you will testify yourself, that not a single improvement has taken place during this precious time, and our condition has become worse than before, so that we are driven to despair, for: In the first place we see, that the Turkish Government, on the pretext of carrying out the reforms promised by the Porte, is becoming more oppressive and is trying to deprive the Armenians of their rights which they have enjoyed for so many centuries. For instance, the peasantry have had hitherto the right to choose their Headman, and if they found him unfit for his office they could dismiss him and put another one in his place. But now the Government, pretending to ameliorate the sad condition of the peasantry, is appointing Mudirs to the Armenian villages without asking the people whom they wish to have as their Headman. Besides, the persons who are appointed Mudirs are generally very unpopular and not of much use for the people. Secondly, we are very sorry to see, that ignorant, corrupt and fanatic Turks and Kurds, who are the chief oppressors and the sworn enemies of the Armenians, not only continue in their offices, but also in their oppressive conduct, and that when, on account of the Consular interference, they are dismissed, after some time they are reappointed to the same office. And it is a matter of fact, that the most important offices in the country are confided to them in order to oppress and impoverish the Armenians. And one can easily imagine what terrible intrigues they carry on. ‖ Thirdly, we are quite at a loss what to say when we see, that our Vali telegraphs to the Porte to the effect, that the condition of our country is satisfactory and that crimes, such as outrages, murders and robberies, are not committed by the Kurds, while, as you know perfectly well, not a single day elapses without new crimes which the repacious Kurds are continually committing in the whole country. ‖ Fourthly, we see with much regret, that the local authorities no longer take our protests into consideration; on the contrary, they try openly and in secret to stifle our voice which we raised up to Europe against our oppressors, against the injustice and violence that we are still obliged to endure. We beg your attention, Sir, to this, for which purpose especially we present to you this

Nr. 7665. Gross-britannien. 12. Jan. 1881.

Nr. 7665. Gross-britannien. 12. Jan. 1881. statement. The abuses of the authorities, the misconduct of the officials, the oppressions of the gendarmes and the Imperials troops, which are usual things for the Turks, they altogether try to conceal. This means to say, that they wish that the Armenian population of Vasbouragan should be left buried in its present extremely bad condition. For this purpose telegrams and letters are kept back, and whenever our oppressed brethren come to you in order to find some remedy for their hopeless condition the Government threatens to put them in prison, and they are sent off without getting any satisfaction for their complaints. || In the fifth place, our hearts are filled with doubts when we see, that the Local Government, instead of respecting the natural right of Armenians to defend themselves against thieves and robbers who are boldly going round about the country stripping the people on the road and plundering the villages, is arresting those Armenians who are obliged to take arms with them for self-defence when they are travelling in the villages, because a complete anarchy is prevailing in the country, and the authorities have neither the intention nor the means to protect them from being robbed and killed. Thus, while the rapacious Kurds, who are much esteemed by the Turks, have the privilege not only to ramble armed, but to plunder and ruin the country, the Armenians are not allowed to have the most necessary means to ma ntain their existence; and while our Vali distributes to the Kurds the best rifles called "Martini", the Armenians have no right even to buy a revolver. || Having before our eyes all these cases, we are obliged to sign and present to you this memorandum, in hopes, that you will kindly take into consideration our deplorable and dangerous condition. We beg also, Sir, your attention to all those unsatisfactory and incomplete means by which the Turkish Government is now trying to improve the condition of the country. But we are sure, that by your philantropic efforts the truth will be disclosed and justice will finally have the victory.

(Signed by 940 Armenians of Van.)

Nr. 7666. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den engl. Min. d. Ausw. — Bismarck wünscht die armenische Frage bis zur Beendigung der griechischen Frage zu verschieben.

Berlin, January 28, 1881.

Nr. 7666. Gross-britannien. 28. Jan. 1881. My Lord, — On receiving your Lordship's despatch of the 12th instant respecting the maladministration of the Turkish officials in the district of Van, I communicated its substance to the Minister for Foreign Affairs and said, that Her Majesty's Government would be glad if the German Government would instruct their Ambassador at Constantinople to join with his colleagues in a representation to the Porte on the subject. || Count Limburg-Stirum has now told me, in reply, that Prince Bismarck is of opinion, that it would be

better to delay pressing the Armenian question on the Porte until the Greek Frontier question is settled, which His Highness thinks will be more speedily achieved by concentrating the representations of the Powers on one question at a time. When the Greek question is over, then will be the moment to begin the Armenian question; but to press both simultaneously would, in Prince Bismarck's opinion, be giving the Porte a welcome excuse for further delay and procrastination. || I have &c. Nr. 7666. Gross-britannien. 28. Jan. 1881.

Odo Russell.

P.S. — I have been privately informed, that the French Government, after consultation with the German Government, have agreed to send a similar reply to Her Majesty's Government.

O. R.

Nr. 7667. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Dilatorische Antwort mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung der deutschen Regierung.

Paris, le 29 Janvier, 1881.

M. l'Ambassadeur, — Vous m'avez fait l'honneur de me remettre le 23 de ce mois une note ayant pour objet d'appeler l'attention du Gouvernement de la République Française sur les nouvelles violences des Kurdes contre les Arméniens, et d'une manière plus générale sur les réformes que la Porte avait promis de faire par sa dépêche du 5 Juillet dernier, et qui sont restées inexécutées. || Vous avez bien voulu me communiquer en même temps à titre confidentiel un document imprimé, qui contient le texte d'une pétition adressée par un grand nombre d'Arméniens au Vice-Consul de la Reine à Van. Suivant le désir que vous m'avez exprimé je vous renvoie ci-joint ce document. || En présence des faits qui lui sont signalés le Gouvernement de la Reine croit qu'il y aurait lieu d'adresser des remontrances à la Porte Ottomane, et vous me demandez si le Gouvernement Français serait disposé à entrer dans cette voie, d'accord avec les Représentants des Grandes Puissances. J'apprécie l'importance du but que vous nous proposez, et je n'aurai aucune objection à le poursuivre de concert avec les autres Puissances; mais les indications que je reçois de notre Ambassadeur à Berlin me font craindre qu'un accord à cet effet ne s'établisse difficilement entre les Cabinets. || M. de St.-Vallier me mande que Lord Odo Russell ayant transmis à la Chancellerie Allemande une suggestion analogue à celle dont votre Excellence a bien voulu m'entretenir, le Prince de Bismarck a exprimé l'opinion qu'il y aurait un sérieux inconvénient à soulever la question Arménienne avant d'avoir définitivement réglé la question Grecque, et qu'on risquerait par-là d'exposer à un échec presque certain les efforts que font en ce moment les Puissances pour apaiser le différend Turco-Hellénique. || Je vous serai obligé de vouloir bien me faire savoir Nr. 7667. Frankreich. 29. Jan. 1881.

Nr. 7667. Frankreich. 29. Jan. 1881. si le Gouvernement de la Reine, malgré les objections élevées par le Gouvernement Allemand, persiste à regarder comme immédiatement opportunes les démarches qu'il nous a recommandées à Constantinople. || Agréez, &c.

B. St.-Hilaire.

Nr. 7668. RUSSLAND. — Staatssecretär d. Ausw. (Giers) an den engl. Botschafter in St.-Petersburg. — Zustimmung zu dem englischen Vorschlage.

St.-Pétersbourg, le 20 Janvier/1 Février 1881.

Nr. 7668. Russland. 1. Febr. 1881. M. l'Ambassadeur, — Je n'ai pas manqué de prendre les ordres de Sa Majesté l'Empereur au sujet de la note de votre Excellence du 5/17 Janvier courant, qui concerne l'opportunité d'une démarche auprès de la Porte afin de lui faire des remontrances sur la manière dont elle exécute les réformes qu'elle a promises en Arménie. || Je suis autorisé à prescrire à l'Ambassadeur de Sa Majesté à Constantinople de se joindre à cette démarche si elle rencontre l'assentiment de toutes les Puissances Signataires du Traité de Berlin. || En portant cette décision à la connaissance de votre Excellence, je saisis, &c.

Giers.

Nr. 7669. ITALIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Rom. — Zustimmung zu dem englischen Vorschlage.

(Translation.) Rome, February 1, 1881.

Nr. 7669. Italien. 1. Febr. 1881. M. l'Ambassadeur, — Your Excellency was so good as to send me, on the 24th ultimo, a note inclosing, together with a Confidential Report from the British Vice-Consul at Van, the extract of a petition signed by 900 Armenians, concerning the maladministration of the Ottoman authorities in that district, and to inform me that Her Majesty's Government would be glad if the Italian Representative at Constantinople were furnished with instructions to unite with his colleagues in remonstrating with the Porte respecting their mode of carrying out the projected reforms in Armenia. || I have the honour to inform your Excellency, that I have hastened to avail myself of the opportunity of doing what is agreeable to Her Majesty's Government, by immediately sending the desired instructions to Count Corti. || I avail, &c.

Maffei.

Nr. 7670. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Konstantinopel (Goschen). — Anweisung, den Sultan auf die Lage in Armenien aufmerksam zu machen.

Foreign Office, February 9, 1881.

Sir, — Her Majesty's Government continue to receive deplorable accounts of the condition of the population of Asia Minor, more particularly of the Christian portion of them. || Their special attention has been directed to some recent reports from the Vilayet of Erzeroum, which represent the state of misgovernment and oppression to be such as to be a serious cause of danger to the permanent maintenance of the authority of the Porte. || In the district of Kegli every encouragement is given to the Beys to recommence their oppressions; petitions from Christians, even when praying for justice in cases of murder, are torn up or disregarded. || The people are exasperated by the barefaced frauds committed in the collection of the tithes. || In the Sandjak of Bayazid the Mutessarif beats and imprisons, without discrimination, in order to extort the payment of the taxes from the impoverished people, who are forced to sell all they possess to meet his demands. || The prisoners are ill cared for and lie in confinement without knowing whether their cases have been disposed of or not. || Between Sarau and Hamad a boy and a girl of 13, when on their way to the salt lake at the latter place, were intercepted by Kurds and the former severely beaten and the latter violated, and no steps have been taken to punish the perpetrators of these outrages. || As an example of the class of persons, to whom the welfare of the people is intrusted, it is only necessary to say, that out of the seventeen Mudirs appointed to the nahiés, into which the district of Passin has recently been divided, one only can read or write Turkish. || During the last twelve months matters have grown worse rather than better; there appear to be less security for life and property, greater poverty, more injustice, and an increase of oppression and corruption. || Her Majesty's Government cannot suppose, that the Sultan can be aware of the existence of this state of affairs, and Her Majesty's Government desire, that you will take an early opportunity of bringing it to His Majesty's notice. You will state, that the information received by Her Majesty's Government describes the patience of the people as well nigh exhausted, and that rather than remain in their present condition they would be ready to join in any scheme which might offer the faintest chance of liberation from their present intolerable lot. For this feeling the Local Governments are largely responsible. If the Christians had been treated with consideration they might have waited patiently till the Porte was in a position to introduce a large scheme of reform; but their just complaints are treated with contempt, and their appeals for redress only entail the imposition of extra severity as a punishment for their presumption in calling attention to them. || Unless the Porte can be induced at once to make a real beginning with re-

Nr. 7670. Gross-britannien. 9. Febr. 1881.

Nr. 7670. Gross-britannien. 9. Febr. 1881. form, the approach of spring is, according to all accounts, likely to bring about such troubles as may deal a severe blow to the authority of the Sultan in his frontier provinces. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7671. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Die englische Regierung hat die diplomatische Action in Folge von Deutschlands Widerspruch aufgeschoben.

Foreign Office, February 10, 1881.

Nr. 7671. Gross-britannien. 10. Febr. 1881. My Lord, — I have received your Excellency's despatch of the 1st instant, inclosing a copy of a note from the French Government referring to the proposal of Her Majesty's Government for a joint representation of the Powers to the Porte in regard to the maladministration of affairs in Armenia and particularly in the Province of Van, and calling attention to the grounds, on which the German Government deprecate this question being urged at the present moment, namely, that the efforts of the Powers to arrive at a solution of the Greek Frontier question would be thereby prejudicially affected. || I have now to request your Excellency to state to M. Barthélemy St.-Hilaire in consequence of the objections thus raised by the German Government, Mr. Goschen will not be instructed to put forward the Armenian question immediately on his return to Constantinople. || I am, &c.

Granville.

Transvaal.

Nr. 7672. **GROSSBRITANNIEN** und **TRANSVAAL.** — Konvention über die Wiederherstellung der Autonomie von Transvaal vom 3. August 1881.

Her Majesty's Commissioners for the settlement of the Transvaal Territory, duly appointed as such by a Commission passed under the Royal Sign Manual and Signet, bearing date the 5th of April 1881, do hereby undertake and guarantee, on behalf of Her Majesty, that from and after the 8th day of August 1881 complete self-government, subject to the suzerainty of Her Majesty, her Heirs and Successors, will be accorded to the inhabitants of the Transvaal Territory, upon the following terms and conditions, and subject to the following reservations and limitations: — Nr. 7672. Gross-britannien und Transvaal. 3. Aug. 1881.

Article 1. The said Territory, to be herein-after called the Transvaal State, will embrace the land lying between the following boundaries, to wit:

Beginning from the point where the north-eastern boundary line of Griqualand West meets the Vaal River, up the course of the Vaal River to the point of junction with it of the stream called Gansvlei; thence up the Gansvlei stream to its source in the Drakensberg; thence to a beacon in the boundary of Natal, situated immediately opposite and close to the source of the Gansvlei stream; thence in a north-easterly direction along the ridge of the Drakensberg, dividing the waters flowing into the Gansvlei stream from the waters flowing into the sources of the Buffalo, to a beacon on a point where this mountain ceases to be a continuous chain; thence to a beacon on a plain to the north-east of the last described beacon; thence to the nearest source of a small stream called "Division stream"; thence down this division stream, which forms the southern boundary of the farm Sandfontein, the property of Messrs. Meek, to its junction with the Coldstream; thence down the Coldstream to its junction with the Buffalo or Umzinyati River; thence down the course of the Buffalo River to the junction with it of the Blood River; thence up the course of the Blood River to the junction with it of Lyn Spruit or

Nr. 7672. Gross-britannien und Transvaal. 3. Aug. 1881. Dudusi; thence up the Dudusi to its source; thence 80 yards to Bea. I, situated on a spur of the N'Qaba-Ka-hawana Mountains; thence 80 yards to the N'Sonto River; thence down the N'Sonto River to its junction with the White Umvulozi River; thence up the White Umvulozi River to a white rock where it rises; thence 800 yards to Kambula Hill (Bea. II); thence to the source of the Pemvana River, where the road from Kambula Camp to Burgers' Lager crosses; thence down the Pemvana River to its junction with the Bivana River; thence down the Bivana River to its junction with the Pongolo River; thence down the Pongolo River to where it passes through the Libombo Range; thence along the summits of the Libombo Range to the northern point of the N'Yawos Hill in that range (Bea. XVI); thence to the northern peak of the Inkwakweni Hills (Bea. XV); thence to Sefunda, a rocky knoll detached from and to the north-east end of the White Koppies and to the south of the Musana River (Bea. XIV); thence to a point on the slope near the crest of Matanjeni, which is the name given to the south-eastern portion of the Mahamba Hills (Bea. XIII); thence to the N'gwangwana, a double-pointed hill (one point is bare, the other wooded, the beacon being on the former), on the left bank of the Assegaai River and upstream of the Dadusa Spruit (Bea. XII); thence to the southern point of Bendita, a rocky knoll in a plain between the Little Hlozane and Assegaai Rivers (Bea. XI); thence to the highest point of Suluka Hill, round the eastern slopes of which flows the Little Hlozane, also called Ludaka or Mudspruit (Bea. X); thence to the beacon known as "Viljoen's", or N'Duko Hill; thence to a point north-east of Derby House, known as Magwazidili's Beacon; thence to the Igaba, a small knoll on the Ungwempisi River, also called "Joubert's Beacon", and known to the natives as "Piet's Beacon" (Bea. IX); thence to the highest point of the N'Dhlovudwalili or Houtbosch, a hill on the northern bank of the Ungwempisi River (Bea. VIII); thence to a beacon on the only flat-topped rock, about 10 feet high and about 30 yards in circumference at its base, situated on the south side of the Lamsamane range of hills, and overlooking the valley of the great Usuto River; this rock being 45 yards north of the road from Camden and Lake Banagher to the forests on the Usuto River (sometimes called Sandhlanas Beacon) (Bea. VII); thence to the Gulungwana or Ibubulundi, four smooth bare hills, the highest in that neighbourhood, situated to the south of the Umtuli River (Bea. VI); thence to a flat-topped rock, 8 feet high, on the crest of the Busuku, a low rocky range south-west of the Impulazi River (Bea. V); thence to a low bare hill on the north-east of, and overlooking the Impulazi River, to the south of it being a tributary of the Impulazi, with a considerable waterfall, and the road from the river passing 200 yards to the north-west of the beacon (Bea. IV); thence to the highest point of the Mapumula range, the watershed of the Little Usuto River on the north, and the Umpulazi River on the south, the hill, the top of which is a bare rock, falling abruptly towards the Little Usuto (Bea. III); thence to the western point of a double-

pointed rocky hill, precipitous on all sides, called Makwana, its top being a bare rock (Bea. II); thence to the top of a rugged hill of considerable height falling abruptly to the Komati River, this hill being the northern extremity of the Isilotwani range, and separated from the highest peak of the range Inkomokazi (a sharp cone) by a deep neck (Bea. I). (On a ridge in the straight line between Beacons I and II is an intermediate beacon.) From Beacon I the boundary runs to a hill across the Komati River, and thence along the crest of the range of hills known as the Makongwa, which runs north-east and south-west, to Kamhlubana Peak; thence in a straight line to Mananga, a point in the Libombo range, and thence to the nearest point in the Portuguese frontier on the Libombo range; thence along the summits of the Libombo range to the middle of the poort where the Komati River passes through it, called the lowest Komati Poort; thence in a north by easterly direction to Pokioens Kop, situated on the north side of the Olifant's River, where it passes through the ridges; thence about north-north-west to the nearest point of Serra di Chicundo, and thence to the junction of the Pafuri River with the Limpopo or Crocodile River; thence up the course of the Limpopo River to the point where the Marique River falls into it. Thence up the course of the Marique River to "Derde Poort", where it passes through a low range of hills, called Sikwane, a beacon (No. 10), being erected on the spur of said range near to and westward of the banks of the river; thence, in a straight line, through this beacon to a beacon (No. 9), erected on the top of the same range, about 1,700 yards distant from beacon No. 10; thence, in a straight line, to a beacon (No. 8), erected on the highest point of an isolated hill, called Dikgagong, or "Wildebeest Kop", situated south-eastward of and about 3 1/3 miles distant from a high hill, called Moripe; thence, in a straight line, to a beacon (No. 7) erected on the summit of an isolated hill or "koppie" forming the eastern extremity of the range of hills called Moshweu, situated to the northward of and about two miles distant from a large isolated hill called Chukudu-Chochwa; thence, in a straight line, to a beacon (No. 6), erected on the summit of a hill, forming part of the same range, Moshweu; thence, in a straight line, to a beacon (No. 5), erected on the summit of a pointed hill in the same range; thence, in a straight line, to a beacon (No. 4), erected on the summit of the western extremity of the same range; thence, in a straight line, to a beacon (No. 3), erected on the summit of the northern extremity of a low, bushy hill, or "Koppie", near to and eastward of the Notwane River; thence, in a straight line, to the junction of the stream called Metsi-Mashwane with the Notwane River (No. 2); thence, up the course of the Notwane River to Sengoma, being the Poort where the river passes through the Dwarsberg range; thence, as described in the Award given by Lieutenant-Governor Keate, dated October 17, 1871, by Pitlanganyane (narrow place), Deboaganka or Schaapkuil, Sibatoul (bare place), and Maclase, to Ramatlabama, a pool on a spruit north of the Molopo River. From Ra-

Nr. 7672. Grossbritannien und Transvaal. 3. Aug. 1881.

Nr. 7672. Gross-britannien und Transvaal. 3. Aug. 1881. matlabama the boundary shall run to the summit of an isolated hill, called Leganka; thence, in a straight line, passing north-east of a Native Station, near "Buurman's Drift", on the Molopo River, to that point on the road from Mosiega to the old drift, where a road turns out through the Native Station to the new drift below; thence to "Buurman's Old Drift"; thence, in a straight line, to a marked and isolated clump of trees near to and north-west of the dwelling-house of C. Austin, a tenant on the farm "Vleifontein", No. 117; thence, in a straight line, to the north-western corner beacon of the farm "Mooimeisjesfontein", No. 30; thence, along the western line of the said farm 'Mooimeisjesfontein", and in prolongation thereof, as far as the road leading from "Ludik's Drift", on the Molopo River, past the homestead of "Mooimeisjesfontein", towards the Salt Pans near Harts River; thence, along the said road, to a point thereon, eight miles north of the dwelling of Gouws, at the Salt Pan; thence, in a straight line, to a point one mile due west of the more northerly Pan, measured from its western edge; thence, in a straight line, to the most westerly beacon of the farm Rietpan, No. 150; thence along the line of the said farm to the drift on the Harts River, near the ruined house, known as "Liedenberg's"; thence down the Harts River to the drift about two-and-a-half miles below Mamusa and opposite the dwelling-house of Theodor Doms; thence, in a straight line, to the summit of an isolated hill, known as "Koppie Enkel", situated between the Vaal and Harts Rivers, and about 36 miles from Mamusa, and about 18 miles north of the village of Christiana; thence, in a straight line, to that point on the north-east boundary of Griqualand West as beaconed by Mr. Surveyor Ford, where two farms, registered as Nos. 72 and 75, do meet, about midway between the Vaal and Harts Rivers, measured along the said boundary of Griqualand West; thence to the first point where the north-east boundary of Griqualand West meets the Vaal River.

Article 2. Her Majesty reserves to herself, her Heirs and Successors, (*a*) the right from time to time to appoint a British Resident in and for the said State, with such duties and functions as are hereinafter defined; (*b*) the right to move troops through the said State in time of war, or in case of the apprehension of immediate war between the Suzerain Power and any foreign State, or Native tribe in South Africa; and (*c*) the control of the external relations of the said State, including the conclusion of treaties, and the conduct of diplomatic intercourse with foreign powers, such intercourse to be carried on through Her Majesty's diplomatic and consular officers abroad.

Article 3. Until altered by the Volksraad or other competent authority, all laws, whether passed before or after the annexation of the Transvaal territory to Her Majesty's dominions, shall, except in so far as they are inconsistent with or repugnant to the provisions of this Convention, be and remain in force in the said State, in so far as they shall be applicable thereto: Provided, that no future enactment specially affecting the interests of natives

shall have any force or effect in the said State without the consent of Her Majesty, her Heirs and Successors, first had and obtained and signified to the Government of the said State through the British Resident: Provided further, that in no case will the repeal or amendment of any laws which have been enacted since the annexation have a retrospective effect so as to invalidate any acts done or liabilities incurred by virtue of such laws.

Nr. 7672. Gross-britannien und Transvaal. 3. Aug. 1881.

Article 4. On the 8th day of August, 1881, the Government of the said State, together with all rights and obligations thereto appertaining, and all State property taken over at the time of annexation, save and except munitions of war, will be handed over to Messrs.

Stephanus Johannes Paulus Kruger,
Martinus Wessel Pretorius, and
Petrus Jacobus Joubert, or the

survivor or survivors of them, who will forthwith cause a Volksraad to be elected and convened; and the Volksraad thus elected and convened will decide as to the further administration of the Government of the said State.

Article 5. All sentences passed upon persons who may be convicted of offences, contrary to the rules of civilised warfare, committed during the recent hostilities, will be duly carried out, and no alteration or mitigation of such sentences will be made or allowed by the Government of the Transvaal State without Her Majesty's consent, conveyed through the British Resident. In case there shall be any prisoners in any of the gaols of the Transvaal State, whose respective sentences of imprisonment have been remitted in part by Her Majesty's Administrator, or other officer administering the Government, such remission will be recognised and acted upon by the future Government of the said State.

Article 6. Her Majesty's Government will make due compensation for all losses or damage sustained by reason of such acts as are in the 8th Article hereinafter specified, which may have been committed by Her Majesty's forces during the recent hostilities, except for such losses or damage as may already have been compensated for, and the Government of the Transvaal State will make due compensation for all losses or damage sustained by reason of such acts as are in the 8th Article hereinafter speciefied, which may have been committed by the people who were in arms against Her Majesty during the recent hostilities, except for such losses or damage as may already have been compensated for.

Article 7. The decision of all claims for compensation, as in the last preceding article mentioned, will be referred to a Sub-Commission, consisting of the Honourable George Hudson, the Honourable Jacobus Petrus de Wet and the Honourable John Gilbert Kotzé. || In case one or more of such Sub-Commissioners shall be unable or unwilling to act, the remaining Sub-Commissioner or Sub-Commissioners will, after consultation with the Government of the Transvaal State, submit for the approval of Her Majesty's High Com-

Nr. 7672. Grossbritannien und Transvaal. 3. Aug. 1881.

missioner, the names of one or more persons to be appointed by him, to fill the place or places thus vacated. || The decision of the said Sub-Commissioners, or of a majority of them, will be final. || The said Sub-Commissioners will enter upon and perform their duties with all convenient speed. They will, before taking evidence, or ordering evidence to be taken, in respect of any claim, decide whether such claim can be entertained at all under the rules laid down in the next succeeding article. || In regard to claims, which can be so entertained, the Sub-Commissioners will, in the first instance, afford every facility for an amicable arrangement as to the amount payable in respect of any claim, and only in cases, in which there is no reasonable ground for believing, that an immediate amicable arrangement can be arrived at, will they take evidence, or order evidence to be taken. || For the purpose of taking evidence and reporting thereon, the Sub-Commissioners may appoint deputies, who will without delay submit records of the evidence and their reports to the Sub-Commissioners. || The Sub-Commissioners will arrange their sittings and the sittings of their deputies, in such a manner as to afford the greatest convenience to the parties concerned and their witnesses. In no case will costs be allowed to either side, other than the actual and reasonable expenses of witnesses whose evidence is certified by the Sub-Commissioners to have been necessary. Interest will not run on the amount of any claim except as is hereinafter provided for. || The said Sub-Commissioners will forthwith, after deciding upon any claim, announce their decision to the Government, against which the award is made, and to the claimant. || The amount of remuneration payable to the Sub-Commissioners and their deputies will be determined by the High Commissioner after all the claims have been decided upon. The British Government and the Government of the Transvaal State will pay proportionate shares of the said remuneration and of the expenses of the Sub-Commissioners and their deputies, according to the amounts awarded against them respectively.

Article 8. For the purpose of distinguishing claims to be accepted from those to be rejected the Sub-Commissioners will be guided by the following rules, viz.: Compensation will be allowed for losses or damage sustained by reason of the following acts committed during the recent hostilities, viz.: — (*a*) commandeering, seizure, confiscation, or destruction of property, or damage done to property; (*b*) violence done or threats used by persons in arms. || In regard to acts under (*a*), compensation will be allowed for direct losses only. || In regard to acts falling under (*b*), compensation will be allowed for actual losses of property, or actual injury to the same, proved to have been caused by its enforced abandonment. || No claims for indirect losses, except such as are in this article specially provided for, will be entertained. || No claims, which have been handed in to the Secretary of the Royal Commission after the 1st day of July 1881, will be entertained, unless the Sub-Commissioners shall be satisfied, that the delay was reasonable. || When claims for loss of property

are considered, the Sub-Commissioners will require distinct proof of the existence of the property, and that it neither has reverted, nor will revert to the claimant.

Nr. 7672. Grossbritannien und Transvaal. 3. Aug. 1881.

Article 9. The Government of the Transvaal State will pay and satisfy the amount of every claim awarded against it within one month after the Sub-Commissioners shall have notified their decision to the said Government, and in default of such payment the said Government will pay interest at the rate of six per cent. per annum from the date of such default; but Her Majesty's Government may, at any time before such payment, pay the amount, with interest, if any, to the claimant in satisfaction of his claim, and may add the sum thus paid to any debt which may be due by the Transvaal State to Her Majesty's Government, as hereinafter provided for.

Article 10. The Transvaal State will be liable for the balance of the debts, for which the South African Republic was liable at the date of annexation, to wit: the sum of 48,000 *l.* in respect of the Cape Commercial Bank Loan, and 85,667 *l.* in respect of the Railway Loan, together with the amount due on the 8th August 1881, on account of the Orphan Chamber debt which now stands at 27,226 *l.* 15 *s.*, which debts will be a first charge upon the revenues of the State. The Transvaal State will moreover be liable for the lawful expenditure lawfully incurred for the necessary expenses of the Province since annexation, to wit: the sum of 265,000 *l.*, which debt, together with such debts as may be incurred by virtue of the 9th Article, will be a second charge upon the revenues of the State.

Article 11. The debts due as aforesaid by the Transvaal State to Her Majesty's Government will bear interest at the rate of three and a half per cent., and any portion of such debt as may remain unpaid on the 8th August, 1882, shall be repayable by a payment for interest and Sinking Fund of six pounds and nine pence per 100 *l.* per annum, which will extinguish the debt in twenty-five years. The said payment of six pounds and nine pence per 100 *l.* shall be payable half-yearly, in British currency, on the 8th February and 8th August in each year: Provided always, that the Transvaal State shall pay, in reduction of the said debt, the sum of 100,000 *l.* before the 8th August, 1882, and shall be at liberty at the close of any half-year to pay off the whole or any portion of the outstanding debt.

Article 12. All persons holding property in the said State on the 8th day of August, 1881, will continue to enjoy the rights of property which they have enjoyed since the Annexation. No person who has remained loyal to Her Majesty during the recent hostilities shall suffer any molestation by reason of his loyalty, or be liable to any criminal prosecution or civil action for any part taken in connexion with such hostilities; and all such persons will have full liberty to reside in the country, with enjoyment of all civil rights and protection for their persons and property.

Article 13. Natives will be allowed to acquire land; but the grant or

Nr. 7672. Gross-britannien und Transvaal. 3. Aug. 1881.

transfer of such land will in every case be made to and registered in the name of the Native Location Commission hereinafter mentioned, in trust for such natives.

Article 14. Natives will be allowed to move as freely within the country as may be consistent with the requirements of public order, and to leave it for the purpose of seeking employment elsewhere, or for other lawful purposes, subject always to the Pass Laws of the said State, as amended by the Legislature of the Province, or as may hereafter be enacted, under the provisions of the 3rd Article of this Convention.

Article 15. The provisions of the 4th Article of the Sand River Convention are hereby re-affirmed, and no slavery or apprenticeship partaking of slavery will be tolerated by the Government of the said State.

Article 16. There will continue to be complete freedom of religion and protection from molestation for all denominations, provided the same be not inconsistent with morality and good order; and no disability shall attach to any person in regard to rights of property by reason of the religious opinions which he holds.

Article 17. The British Resident will receive from the Government of the Transvaal State such assistance and support as can by law be given to him for the due discharge of his functions. He will also receive every assistance for the proper care and preservation of the graves of such of Her Majesty's Forces as have died in the Transvaal and, if need be, for the expropriation of land for the purpose.

Article 18. The following will be the duties and functions of the British Resident: —

(1.) He will perform duties and functions analogous to those discharged by a Chargé d'Affaires and Consul General.

(2.) In regard to Natives within the Transvaal State he will, (*a*) report to the High Commissioner, as representative of the Suzerain, as to the working and observance of the provisions of this Convention; (*b*) report to the Transvaal authorities any cases of ill-treatment of Natives, or attempts to incite Natives to rebellion, that may come to his knowledge; (*c*) use his influence with the Natives in favour of law and order; and (*d*) generally perform such other duties as are by this Convention entrusted to him, and take such steps for the protection of the persons and property of Natives as are consistent with the laws of the land.

(3.) In regard to natives not residing in the Transvaal, (*a*) he will report to the High Commissioner and the Transvaal Government any encroachments reported to him as having been made by Transvaal residents upon the land of such Natives, and in case of disagreement between the Transvaal Government and the British Resident, as to whether an encroachment had been made, the decision of the Suzerain

will be final. (*b*) The British Resident will be the medium of communication with Native Chiefs outside the Transvaal, and, subject to the approval of the High Commissioner, as representing the Suzerain, he will control the conclusion of treaties with them, and (*c*) he will arbitrate upon every dispute between Transvaal residents and Natives outside the Transvaal (as to acts committed beyond the boundaries of the Transvaal) which may be referred to him by the parties interested.

(4.) In regard to communications with Foreign Powers, the Transvaal Government will correspond with Her Majesty's Government through the British Resident and the High Commissioner.

Article 19. The Government of the Transvaal State will strictly adhere to the boundaries defined in the first article of this convention, and will do its utmost to prevent any of its inhabitants from making any encroachment upon lands beyond the said State. The Royal Commission will forthwith appoint a person who will beacon off the boundary line between Ramatlabama and the point where such line first touches the Griqualand West boundary, midway between the Vaal and Hart Rivers. The person so appointed will be instructed to make an arrangement between the owners of the farms "Grootfontein" and "Valleifontein" on the one hand and the Barolong authorities on the other, by which a fair share of the water supply of the said farms shall be allowed to flow undisturbed to the said Barolongs.

Article 20. All grants or titles issued at any time by the Transvaal Government in respect of land outside the boundary of the Transvaal State, as defined in Article 1, shall be considered invalid and of no effect, except in so far as any such grant or title relates to land that falls within the boundary of the Transvaal State; and all persons holding any such grant so considered invalid and of no effect will receive from the Government of the Transvaal State such compensation, either in land or in money, as the Volksraad shall determine. In all cases, in which any Natives Chiefs or other authorities outside the said boundaries have received any adequate consideration from the Government of the former South African Republic for land excluded from the Transvaal by the first article of this convention, or where permanent improvements have been made on the land, the British Resident will, subject to the approval of the High Commissioner, use his influence to recover from the native authorities fair compensation for the loss of the land thus excluded, or of the permanent improvements thereon.

Article 21. Forthwith, after the taking effect of this convention, a Native Location Commission will be constituted, consisting of the President (or in his absence the Vice-President) of the State, or someone deputed by him, the Resident, or someone deputed by him, and a third person to be agreed upon by the President (or the Vice-President, as the case may be) and the Resident; and such Commission will be a standing body for the performance of the duties hereinafter mentioned.

Nr. 7672. Grossbritannien und Transvaal. 3. Aug. 1881.

Article 22. The Native Location Commission will reserve to the native tribes of the state such locations as they may be fairly and equitably entitled to, due regard being had to the actual occupation of such tribes. The Native Location Commission will clearly define the boundaries of such locations, and for that purpose will, in every instance, first of all ascertain the wishes of the parties interested in such land. In case land already granted in individual titles shall be required for the purpose of any location, the owners will receive such compensation, either in other land or in money, as the Volksraad shall determine. After the boundaries of any location have been fixed, no fresh grant of land within such location will be made, nor will the boundaries be altered without the consent of the Location Commission. No fresh grants of land will be made in the districts of Waterberg, Zoutpansberg and Lydenburg, until the locations in the said districts respectively shall have been defined by the said Commission.

Article 23. If not released before the taking effect of this Convention, Sikukuni and those of his followers who have been imprisoned with him, will be forthwith released, and the boundaries of his location will be defined by the Native Location Commission in the manner indicated in the last preceding Article.

Article 24. The independence of the Swazies, within the boundary line of Swaziland, as indicated in the first article of this Convention, will be fully recognised.

Article 25. No other or higher duties will be imposed on the importation into the Transvaal State of any article, the produce or manufacture of the dominions and possessions of Her Majesty, from whatever place arriving, than are or may be payable on the like article, the produce or manufacture of any other country, nor will any prohibition be maintained or imposed on the importation of any article, the produce or manufacture of the dominions and possessions of Her Majesty, which shall not equally extend to the importation of the like articles, being the produce or manufacture of any other country.

Article 26. All persons other than natives conforming themselves to the laws of the Transvaal State (*a*) will have full liberty, with their families, to enter, travel, or reside in any part of the Transvaal State; (*b*) they will be entitled to hire or possess houses, manufactories, warehouses, shops and premises; (*c*) they may carry on their commerce either in person or by any agents whom they may think fit to employ; (*d*) they will not be subject, in respect of their persons or property, or in respect of their commerce or industry, to any taxes, whether general or local, other than those which are or may be imposed upon Transvaal citizens.

Article 27. All inhabitants of the Transvaal shall have free access to the Courts of Justice for the prosecution and defence of their rights.

Article 28. All persons, other than natives, who established their domi-

cile in the Transvaal between the 12th day of April, 1877, and the date when this Convention comes into effect, and who shall within twelve months after such last-mentioned date have their names registered by the British Resident, shall be exempt from all compulsory military service whatever. The Resident shall notify such registration to the Government of the Transvaal State. Nr. 7672. Gross-britannien und Transvaal. 3. Aug. 1881.

Article 29. Provision shall hereafter be made by a separate instrument for the mutual extradition of criminals, and also for the surrender of deserters from Her Majesty's Forces.

Article 30. All debts contracted since the Annexation will be payable in the same currency, in which they may have been contracted. || All uncancelled postage and other revenue stamps issued by the Government since the Annexation will remain valid, and will be accepted at their present value by the future Government of the State. All licenses duly issued since the Annexation will remain in force during the period, for which they may have been issued.

Article 31. No grants of land which may have been made, and no transfers or mortgages which may have been passed since de date of Annexation, will be invalidated by reason merely of their having been made or passed after such date. || All transfers to the British Secretary for Native Affairs in trust for Natives will remain in force, the Native Location Commission taking the place of such Secretary for Native Affairs.

Article 32. This Convention will be ratified*) by a newly-elected Volksraad within the period of three months after its execution, and in default of such ratification this Convention shall be null and void.

Article 33. Forthwith after the ratification of this Convention, as in the last preceding article mentioned, all British troops in Transvaal Territory will leave the same, and the mutual delivery of munitions of war will be carried out.

Signed at Pretoria this 3rd day of August, 1881.

Hercules Robinson,
President and High Commissioner.
Evelyn Wood, Major General,
Officer Administering the Government.
J. H. de Villiers.

We, the undersigned, Stephanus Johannes Paulus Kruger, Martinus Wessel Pretorius and Petrus Jacobus Joubert, as representatives of the Transvaal Burghers, do hereby agree to all the above conditions, reservations and limitations, under which self-Government has been restored to the inhabitants of the Transvaal Territory, subject to the suzerainty of Her Majesty, her Heirs and Successors, and we agree to accept the Government of the said Territory, with all rights and obligations thereto appertaining, on the 8th day of August,

---

*) Geschehen am 25. October 1881. A. d. Red.

Nr. 7672. Gross-britannien und Transvaal. 3. Aug. 1881.

1881, and we promise and undertake, that this Convention shall be ratified by a newly-elected Volksraad of the Transvaal State within three months from this date.

Signed at Pretoria, this 3rd day of August, 1881.

S. J. P. Kruger.
M. W. Pretorius.
P. J. Joubert.

Nr. 7673. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an sämmtliche diplomatischen Vertreter Englands. — Uebersendung der Konvention mit Transvaal.

Foreign Office, November 30, 1881.

Nr. 7673. Gross-britannien. 30. Nov. 1881.

My Lord (Sir), — I transmit to your Excellency (you) herewith for communication to the Government, to which you are accredited, a copy of the Convention which has been concluded with the Transvaal, and which was ratified by the Volksraad of that State on the 25th of October last. || In furnishing the Minister for Foreign Affairs with the enclosed paper you will call his Excellency's special attention to the provisions of Article 2 of the Convention, by which the Queen has reserved to herself the control of the external relations of the new Transvaal State, including the conclusion of treaties and the conduct of diplomatic intercourse with foreign powers, such intercourse to be carried on by Her Majesty's Diplomatic and Consular Officers, and you will point out to him, as bearing further upon this point, that by Article 18 it is provided, that the British Resident to be appointed by Her Majesty in and for the Transvaal State, shall perform duties and functions analogous to those discharged by a Chargé d'Affaires and Consul-General, and that, in regard to communications with foreign powers, the Transvaal Government will correspond with Her Majesty's Government through the British Resident and the High Commissioner. || I have, &c.

Granville.

Englisch-Französischer Handelsvertrag.

Nr. 7674. GROSSBRITANNIEN. — Unterstaatssecretär Dilke an den franz. Botschafter in London (Challemel-Lacour). — Standpunkt der engl. Regierung bez. des neuen Handelsvertrages mit Frankreich.

Foreign Office, August 23, 1880.

Nr. 7674. Gross-britannien. 23. Aug. 1880.

M. l'Ambassadeur, — I have now the honour to transmit to your Excellency a Memorandum in which are stated in general terms the views of Her Majesty's Government with respect to the revision of the French Tariff in the new Treaty of Commerce and Navigation with France, and also the representations which have been made to Her Majesty's Government relative to the duties in the present Tariff on certain British goods. This Memorandum has been drawn up in order to give effect to the basis of negotiation on this point suggested by M. Léon Say, namely, "amélioration du *statu quo* dans le sens du développement des relations commerciales." I may add, that when commercial negotiations were commenced in 1877 Her Majesty's Government understood, that the Tariff arrangements made in 1860 would be improved, and that in the communications in regard to the commercial relations between the two countries which have taken place since 1877 the same expectation has been held out. Her Majesty's Government, therefore, received with very lively satisfaction the overtures made by M. Say as calculated to lead to results which will promote the best interests of the two countries. Before any conclusion is come to with respect to the conversion of *ad valorem* into specific duties, Her Majesty's Government are of opinion, that the third basis suggested by M. Say, namely, "Recherche des moyens de faire disparaître les fraudes de Douane", should be fully examined, and that the nature and extent of the frauds referred to should be explained. || Your Excellency will perceive, that I do not on this occasion enter into shipping questions, nor advert to the colonial and other matters which will also have to be considered in the course of any commercial negotiations between Great

Nr. 7674. Gross-britannien. 23.Aug.1880. Britain and France. I beg to assure you, that Her Majesty's Government will be ready, on receiving notice beforehand of the time when the French Government will be prepared to enter upon these inquiries, to discuss these various subjects in such manner as may be most convenient to the French Government. Any proposed changes of classification or duty will, however, require careful consideration, probably in consultation with persons technically acquainted with the trade and the particular goods in question. || In conclusion, allow me, M. l'Ambassadeur to request the careful and best attention of the French Government to the representations now submitted to you. || I have, &c.

Charles W. Dilke.

Memorandum respecting Tariff Arrangements.

In considering the stipulations in regard to the French Tariff to be entered into by a new Commercial Treaty between France and Great Britain, it is advisable to state in the first place the basis on this point of the negotiations of 1860. This basis was on the side of France, a general transition, so far as British commodities are concerned, from prohibition, or high duty to duties at a moderate rate, and on the side of England, the total abolition of customs duty on French production, where fiscal considerations would permit it, and reduction to the lowest practicable point, together with the entire abandonment of any protective impost on behalf of a British and against a French commodity, where fiscal considerations would not allow total abolition. At that time the rule of the French Tariff was high duty in general, with a large measure of absolute prohibition; the rule of the British Tariff was low duty in general, with a large number of articles absolutely free, and with certain exceptions of high duty imposed for fiscal purposes. This rule of the respective Tariffs of the two countries formed the point of departure in the adoption of the basis above mentioned. || When the details of the French Tariff annexed to the Supplementary Conventions of the 12th October and the 16th November, 1860, had been settled, Mr. Cobden announced, that on the average the duties so settled would not be more than 15 per cent. In consequence of representations then made by Mr. Cobden, Her Majesty's Government reduced the duty on light wines beyond the engagements contained in the Treaty of the 23rd January, 1860; for in 1862 the limit of strength for wines admitted at the 1*s.* rate of duty was raised from 15 to 26 degrees. Her Majesty's Government thus, on their part, carried the Treaty into full effect in 1862; while, as regards France, it did not come into full operation until the 1st October, 1864. The commercial relations cannot be separated from the general and political relations between Great Britain and France; and the beneficial influence of the Treaty of 1860 has been felt in many ways and on many occasions during the last twenty years. As regards the amount

of the trade which has grown up under the Treaty of 1860, at the present time Franco-English trade is about 22 per cent. of the total trade of France; while Anglo-French trade is about 11 per cent. of the total trade of the United Kingdom. From this point of view France is much more interested than England in the conclusion of a Treaty which shall confirm the existing commercial relations between the two countries, and place the trade between them on a still more satisfactory footing. || It is to be observed generally, that the altered conditions of manufacture, and of questions affecting labour, and the fall in prices since 1860, have raised considerably the incidence of the rates of duty then fixed. Rates which were then moderate have now become oppressive to trade, or even prohibitive. This has been the result both as regards *ad valorem* and specific duties. || The relative proportion of profits to value having altered, a 10 or 15 per cent. duty *ad valorem* presses more heavily now than it did in 1860; while as regards the specific duties then agreed upon, there is, in many instances, good reason for saying, that at the present time they far exceed the *ad valorem* rates for which they were originally intended to be equivalent, and that in some instances they even exceed the maximum rate of 25 per cent. stipulated in the Treaty of 1860. This latter result appears to be the case more especially in regard to certain cotton and iron goods, certain chemicals and salt. || If the matter is rightly understood, the amount of duty raised in France on each of the following descriptions of goods does not exceed 2,000,000 fr., namely, iron, raw and cast; iron, wrought; tools and other metal wares; steel; linen and hemp yarns; linen and hemp tissues; silk tissues; raw wool; glass, &c.; seed oils. || The advantage to the revenue thus obtained is insignificant, and, in fact, besides the hindrance to the prosperity of the country occasioned by unprofitable taxation, the revenue derived can hardly be said to be worth collection. || Further, as regards chemicals, soap, china and glass, yarns, wool tissues, linen and hemp tissues, paper, leather (wrought) and tools, the statistics of French trade abundantly prove, that French manufacturers are in a position to compete successfully in foreign markets.

Nr. 7674. Gross-britannien. 23. Aug. 1880.

But, besides these general considerations, it has been admitted in France on official authority, that French textile manufacturers do not require protection. For, in a statement on general conditions of manufacture by M. Balsan and M. Fernan Raoul Duval, Reporters on Textile Manufactures, submitted to the Conseil Supérieur du Commerce, and annexed to the Minutes of the meeting held on the 25th March, 1876, the following important passage occurs: — "En étudiant en détail, pour les diverses industries textiles, dans les localités variées où elles sont exercées, les éléments spéciaux des prix de revient, tels que main d'oeuvre, combustible, impôts, coût des établissements, &c., on peut affirmer avec des différences, tantôt en plus, tantôt en moins, et par conséquent se compensant dans une certaine mesure, qu'il n'y a pas au total un écart actuel de plus de 3 à 4 pour cent au détriment de la France par

Nr. 7674. Gross-britannien. 23. Aug. 1880. rapport à l'Angleterre, dans le coût de la production — écart qui, au point de vue de notre marché extérieur, est dans bien des cas compensé par les frais de transport que les produits Anglais ont à supporter pour venir concurrencer les nôtres en ce qui concerne la consommation nationale."

In proceeding now to state the nature of representations which have been made to Her Majesty's Government, relative to Tariff arrangements with reference to the pending commercial negotiations, it is taken for granted, that the French Government will not approach the subject in a spirit less liberal than in 1860, and that the policy then adopted will not only be adhered to, but will be now carried into more complete effect. These representations will be stated briefly, because, from the nature of the case, they must in many instances be examined and considered in communication with persons who are technically acquainted with the subject to be discussed. This course, it may be remarked, was adopted in the negotiations in 1860 and in 1872.

First, as regards textile manufactures, it is represented, that the present duty is in effect prohibitory with respect to many descriptions of cottons, silks and jute tissues.

As regards (1) cotton tissues, a duty of 10 per cent. *ad valorem*, or an equivalent specific rate, is asked for all descriptions of these goods: for (2) silk tissues, entire remission of duty; and for (3) jute tissues, remission or reduction to 5 per cent. *ad valorem*, or an equivalent specific duty is asked. With respect to (4) wool tissues, a reduction of duty to 5 per cent. *ad valorem*, and the maintenance of an *ad valorem* duty, especially for mixed woollen goods, is asked, and also that carpets may be formally included in this arrangement; (5) the maintenance of the existing mode of assessing duties is strongly urged in the case of linen tissues, and some reduction of duty is sought for.

As to all yarns and likewise silk thread, it is pointed out, that these goods are in only a half-manufactured state, that they are much wanted in France for use in the more complete manufactures of the country, and that they should therefore, even from a protectionist point of view, be admitted free or at nominal rates of duty.

With respect to iron, it is shown, that for some wares the present rates are prohibitory; abolition of duty is asked for on pig-iron, and abolition, or at least a considerable reduction, on cast and malleable iron. The present duties on steel goods are much too high, and should be assimilated to those on iron wares; in fact, the whole of the duties on all descriptions of iron and steel goods require to be thoroughly revised and simplified. Further revision is also required for other metal goods, in order to readjust duty on some and to include in the Treaty Tariff articles at present omitted, such as copper and yellow metal sheathing for ships.

Chemicals. — Prices have greatly fallen since 1860; and the following examples, which it is sufficient to cite, show the altered incidence of the duty then fixed: —

Nr. 7674. Gross-britannien. 23. Aug. 1880.

	Treaty equivalent.	Present rate.
	Per cent.	Per cent.
Soda ash	$5^3/_4$	10
Soda crystals	15	20
Caustic soda	15	25
Bleaching powder	13	19

Reduction is asked for on all classes of chemicals, and inquiry as to rates of compensatory duties levied.

Salt. — In 1860 circumstances, which it is unnecessary to set forth in detail on this occasion, rendered the French Government desirous of deferring the reduction to be made in the rate of duty. Mr. Cobden was, it is stated, given to understand, that this reduction would shortly take place, and that the revised duty should not exceed 10 per cent. *ad valorem.* Nothing, however, has yet been done in the matter, and it is strongly urged, that this understanding should be forthwith carried into effect.

Plate Glass. — It is well known, that this article was, through inadvertence, not sufficiently considered when the Tariff of 1860 was settled; reduction of duty is strongly urged.

Paper. — It is asked, that the abolition of the export duty on rags shall be a stipulation of the Treaty Tariff, that the rate of duty on writing and printing paper shall be reduced, and that a moderate *ad valorem* duty shall be fixed for paper hangings.

Leather. — It is represented, that the tanning process used for sheep skins and goat skins renders it very difficult, if not impossible, to distinguish these articles, and that they should therefore be assimilated in the Tariff. It is asked also, that all leather goods, or, at all events, unwrought leather, should be admitted free of duty.

Application is made with regard to ammunition — caps and cartridge cases; it is asked, that ammunition should not be classed with fire-arms, that the present duty on cartridge cases and percussion caps should not be increased, and that loaded sporting cartridges should be admitted at a moderate duty.

Reduction of duty, if remission cannot be granted, is asked for the following goods: bookbinders' cloth, vulcanite combs, seed and resin oils, wooden screws, and is especially urged for fish. With regard to starch, it is pointed out that while the present duty is not open to much objection, the system of charging a separate and additional duty on the boxes in which it is packed is vexatious and is a serious hindrance to trade.

It is sufficient at present to call attention to the goods above enumerated; but it may perhaps be necessary to advert to others when Tariff matters are fully discussed.

Nr. 7674. Gross-britannien. 23. Aug. 1880. The principles of negotiation above indicated, and the statements and representations here submitted for consideration, seem very fairly to lead to the following conclusions as to the bases of the new Treaty stipulations in regard to the changes to be made in the French Conventional Tariff: —

1. That 15 per cent. shall be the maximum rate of duty; but if the French Government wish to make exception in regard to certain goods to be specified by them, no objection shall be made thereto *à priori.*

2. That 10 instead of 15 per cent. shall be the average rate of duty on British produce and manufactures imported into France.

3. That goods now charged 10 per cent. shall be charged $7^1/_2$ per cent. It is to be remembered, that expenses of transport considerably increase all these rates.

4. That to some extent at least entire remission of duty shall be made in the new Treaty Tariff.

5. That any changes of classification, and the determination of the specific rates which shall be equivalent for the corresponding *ad valorem* duties, if any alteration in the mode of assessment of duty is agreed upon, shall be settled after due examination and by consent of both Powers.

Nr. 7675. FRANKREICH. — Memorandum des franz. Handelsministers (Rouvier) über den Handelsvertrag.

Nr. 7675. Frankreich. 24. Sept. 1880. Le Mémorandum du Gouvernement Anglais qui nous a été transmis par M. Challemel-Lacour au sujet des arrangements Douaniers entre la France et l'Angleterre, débute par une analyse des bases sur lesquelles a été établi le Traité de 1860. Il résulterait de cette analyse que la France a été la plus favorisée des deux Parties Contractantes, et que, par suite, c'est elle qui a tiré de ce Traité le meilleur profit. || Ces prémisses posées, l'auteur du Mémorandum en conclut que la France est bien plus intéressée que l'Angleterre à l'établissement d'un nouveau Traité; puis il développe les motifs qui doivent déterminer la France à consentir des abaissements de droits sur un certain nombre d'articles de son Tarif Conventionnel. || Sans entrer dans les détails du Traité de 1860, je reconnais que le Tarif Anglais est moins élevé que le Tarif Français, et que le Gouvernement Britannique a loyalement tenu les engagements qu'il avait pris dans les préliminaires des négociations. || Mais il importe de faire observer que le résultat de ces négociations n'a pas constitué une faveur spéciale à la France en échange des sacrifices que celle-ci s'imposait, mais bien un changement dans la législation Douanière de la Grande Bretagne qui a profité et profite encore à toutes les Puissances du monde, sans aucune exception. || L'on peut donc dire que la France n'a joui en Angleterre, depuis 1860, d'aucun privilège, et que ses produits se sont rencontrés sur les marchés Anglais en libre concurrence avec les produits du

monde entier, même avec ceux des Puissances qui n'accordaient aucune faveur aux produits Anglais. || La France, au contraire, n'a consenti à ouvrir son marché dans les conditions où il était ouvert à l'Angleterre, qu'aux Puissances qui lui accordaient des avantages dont l'Angleterre elle-même a largement profité. || C'est ainsi que la France rencontre sur les marchés Anglais la concurrence à égalité des produits Américains, tandis que l'Angleterre n'a pas à lutter en France contre la concurrence de ces mêmes produits. || Cette courte observation n'est point une critique. Je veux seulement établir, en fixant la position respective des parties, qu'il ne serait pas juste de la part de l'Angleterre d'opposer exclusivement à la France les avantages d'une législation dont tout le monde a profité comme elle. || Je ne veux pas non plus entamer une dissertation théorique sur le mérite du système que la puissance productrice de l'Angleterre lui a permis d'adopter. Je n'hésiterais même pas à reconnaître qu'en s'affranchissant des Tarifs protecteurs, l'Angleterre a fait une saine application des meilleurs principes énonomiques; mais quel que soit le mérite de ce système, il faut bien reconnaître qu'il est, au moins aujourd'hui, d'une application impossible en France. Nous ne pouvons consentir des abaissements sur notre Tarif Général qu'autant qu'ils nous procurent des avantages réciproques, en tenant compte, bien entendu, de la situation économique des Parties Contractantes. || Or, en l'état actuel, la Grande Bretagne n'a rien à nous accorder de plus que ce qu'elle accorde à tous les autres pays, tandis que le moindre abaissement de nos Tarifs constitue pour elle une véritable faveur. || Je sais bien que cette faveur n'est pas exclusive et qu'elle profitera à toutes les Puissances qui traiteront avec nous; mais comme nous ne traitons, je le répète, qu'à la condition d'obtenir des abaissements de Tarifs dont généralement l'Angleterre profite, il en résulte que nos propres Traités lui constituent de réels avantages. || Il y a lieu de tenir compte aussi de la situation qui nous est faite par l'Article XI du Traité de Francfort, aux termes duquel nous transférons immédiatement à l'Allemagne tous les avantages commerciaux que nous concédons à l'une des six Puissances dénommées dans ce Traité et parmi lesquelles figure l'Angleterre. || Il est vrai que nous jouirons, par réciprocité, de tous les avantages que l'Allemagne pourra concéder à l'une de ces six Puissances; mais en fait, il n'apparaît pas que le Gouvernement de Berlin soit disposé à consentir aucun abaissement de Tarifs ni même que personne lui en fasse la demande; de telle sorte que la Grande Bretagne en exigeant de nous des sacrifices qu'elle n'exige pas de l'Allemagne, tout en lui accordant le même traitement, nous place dans cette singulière situation, que nous accorderions à cette dernière Puissance des abaissements de Tarifs, sans aucune réciprocité. || Ces observations n'ont certes pas pour but d'opposer une fin de non recevoir au projet d'une nouvelle Convention commerciale avec la Grande Bretagne. Notre sincère désir est, au contraire, je l'ai affirmé en maintes circonstances, de continuer avec nos voisins d'Outre Manche les relations amicales qui, tant au point de vue écono-

Nr. 7675. Frankreich. 24. Sept. 1880.

Nr. 7675. Frankreich. 24.Sept.1880. mique qu'au point de vue politique, ont été si profitables aux deux pays. Mais je les ai crues nécessaires pour bien établir notre situation et aller au devant des critiques que la Convention à intervenir pourra susciter de la part des adversaires des Traités de Commerce. Il ne faut pas oublier, en effet, que nos Traités doivent être soumis à la ratification du Parlement; et sans vouloir préjuger la solution définitive du Sénat à l'égard du Tarif Général des Douanes, l'on peut affirmer, dès à présent, que dans la discussion le principe même des Traités de Commerce sera vigoureusement combattu. || Il est donc nécessaire de ne pas augmenter les difficultés résultant de cette discussion en fournissant à nos adversaires des arguments qu'ils pourraient tirer des sacrifices qui nous auraient été imposés, et que nous aurions consentis. || Cette nécessité est d'autant plus impérieuse que les producteurs agricoles, sous le coup des pertes qu'ils ont éprouvées par suite d'une série de mauvaises récoltes, ont abandonné pour la plupart les idées libre-échangistes qu'ils professaient dans des temps plus prospères. La situation vraiment désastreuse d'un certain nombre de départements, très habilement exploitée, est le thême, à l'aide duquel les partisans du régime protectionniste comptent entraîner les votes du Parlement. || Il ne faut pas se dissimuler que ce thême est facile à soutenir aujourd'hui; car la France a cruellement ressenti les effets de la crise agricole, commerciale et industrielle qui, depuis plusieurs années, règne en tous pays. Il importe, en effet, de ne pas oublier que nos exportations ont sensiblement diminué depuis quatre années, tandis qu'au contraire nos importations ont pris d'énormes proportions. || Nulle part, du reste, la consommation des produits manufacturés n'a suivi le mouvement ascensionnel de la production. L'abaissement des prix a été la conséquence de cet accroissement de production, sans débouché suffisant; de là des plaintes et des protestations contre le régime des Traités qui, disent ses adversaires, en livrant le marché intérieur à la concurrence étrangère, entraîne l'avilissement des prix, la suppression des bénéfices du capital et l'abaissement des salaires. || Sans attacher à ces plaintes et à ces protestations plus de valeur qu'elles n'en méritent, et sans qu'il soit besoin de reproduire ici les arguments que j'ai moi-même fait valoir pour les combattre, l'on ne peut méconnaître que l'actualité de la situation leur donne une apparence de sincérité de nature à impressionner les esprits les moins prévenus. Aussi ai-je dû, pour calmer les appréhensions et les craintes, déclarer à plusieurs reprises que le Gouvernement n'entendait pas se livrer à des tentatives hasardeuses, et qu'il s'en tiendrait, dans les futures négociations, au maintien du *statu quo* et à la rectification de quelques erreurs. || Le moment serait donc très mal choisi pour proposer à la ratification du Parlement un Traité qui contiendrait des abaissements de Tarifs. Nous irions à un échec certain. || Je suis donc obligé de combattre les propositions du Mémorandum Anglais, dans l'intérêt même d'un arrangement futur; car je considérerais comme très regrettable la rupture de nos Conventions commerciales avec la Grande Bretagne. || Je ne conteste cependant pas d'une façon

absolue la valeur de certaines observations contenues dans ce Mémorandum. Nr. 7675. Frankreich. 24. Sept. 1880.
Je reconnais, notamment, que les modifications apportées dans la fabrication par le perfectionnement des outillages, l'abaissement des salaires et même par celui de certaines matières premières, ont changé le pourcentage des droits établis en 1860. || Mais c'est précisément cet abaissement des prix qui cause les protestations dont je parlais tout à l'heure. Les cultivateurs se plaignent du peu de valeur des produits de culture industrielle; les ouvriers souffrent des chômages et de l'insuffisance de leur salaire; les industriels ne trouvent plus leurs capitaux suffisamment garantis contre les risques de leurs entreprises. || C'est donc une même cause, "l'abaissement des prix," qui motive de la part des industriels Anglais une demande de diminution et de la part des industriels Français une augmentation de Tarifs. || Les fluctuations des valeurs, notamment en ce qui concerne la métallurgie et les fils et tissus de coton, dont le marché Anglais est le grand régulateur, ne permettent pas d'établir une comparaison bien précise entre la moyenne des prix avant 1860 et depuis; mais il est permis d'affirmer que la concurrence Anglaise a fait souvent et brusquement descendre ces prix à des chiffres ruineux, et qui ont causé en France de sensibles pertes. Donc, en maintenant les Tarifs actuels, le Gouvernement Français ne se montrera pas moins libéral, suivant l'expression du Mémorandum, qu'en 1860. Je pourrais même ajouter qu'il se montrera plus libéral; car les charges qui pèsent sur la production Française se sont singulièrement aggravées depuis cette époque, tant sous le rapport des impôts que sous le rapport du service militaire, qui apporte de si grandes entraves au travail de nos manufactures.

Le Mémorandum fait remarquer que le droit actuel est de fait prohibitif pour un grand nombre de tissus de coton, de soie et de jute. Or, il résulte de nos statistiques de Douane que les importations Françaises, qui n'étaient en 1864 que de 9,500,000 fr. pour les tissus de coton, se sont élevées en 1878 à 68,000,000 fr.; celles des tissus de soie ont passé de 100,000 fr. à 35,800,000 fr.; et enfin celles du jute, qui n'existaient pas en 1860, s'élèvent aujourd'hui à plus de 2,300,000 fr. Ces chiffres prouvent que nos Tarifs ne sont pas aussi prohibitifs que le dit le Mémorandum.

En ce qui concerne les fils, il me serait facile de faire une démonstration tout aussi saisissante, et s'il est vrai qu'une partie de nos ateliers de tissage est intéressée à l'abaissement des droits, il faut bien reconnaître que cet abaissement serait très préjudiciable à nos filateurs, qui ont déjà tant de peine à soutenir la concurrence Anglaise, Allemande, Belge et Suisse.

En ce qui concerne la distinction entre les droits sur les laines peignées et sur les laines cardées, je dois rappeler que cette distinction a été établie d'après l'avis du Conseil Supérieur du Commerce, pour réparer une erreur qui s'était glissée dans cette partie du Tarif, au moment de la conclusion des Traités de Commerce. Ces Traités n'avaient fait aucune distinction entre les fils de laine peignée et les fils de laine cardée. Or, la filature de ces deux

Nr. 7675. Frankreich. 24. Sept. 1880. espèces de fil n'est pas la même, et, par conséquent, il n'y a pas similitude entre le numéro qui détermine la finesse relative de chacun de ces fils. C'est pour remédier à cet inconvénient que les fils de laine cardée ont été taxés dans le nouveau Tarif des Douanes à un taux plus élevé que les fils de laine peignée.

Comme le fait observer le Mémorandum, le droit sur les fers est très élevé. Mais il est certain que les conditions de la production métallurgique en Angleterre sont bien supérieures à celles de la France. Par suite les droits qui ont été considérablement abaissés en 1860, ne pourraient peut-être pas l'être davantage sans grave préjudice pour la métallurgie Française. Sans doute le fer est un produit de première nécessité, dont l'intérêt général commande le bas prix; mais cette nécessité même nous impose l'obligation de garantir l'existence de nos établissements métallurgiques.

La demande d'abolition du droit sur la fonte est inadmissible et ne sera certainement pas consentie. Quant à l'unification des droits sur le fer et sur certains articles d'acier, je l'ai moi-même demandée et obtenue de la Chambre des Députés; mais la Commission du Sénat a maintenu dans ses délibérations l'ancienne distinction.

Les incessantes découvertes de la chimie ont introduit dans l'industrie un certain nombre de produits chimiques nouveaux qui ne sont pas compris dans les anciens Tarifs et qui nécessiteront un examen attentif dans les négociations futures; mais je ne crois pas utile d'en donner dès à présent la nomenclature.

Les réclamations de l'Angleterre, en ce qui concerne les droits sur le sel, sont déjà anciennes et ont donné lieu à des études très complètes, dont le résultat n'a pas été favorable à l'abaissement demandé. Une lutte très vive est engagée entre nos salines de l'est et de l'ouest. Celles-ci demandent à être protégées, par un droit intérieur différentiel, alléguant à l'appui de leur réclamation les pertes que leur occasionne l'état climatérique des régions maritimes. Un abaissement de droits sur les sels étrangers rendrait leur situation plus pénible encore, et elles ne tarderaient pas à être anéanties sous le coup de cette nouvelle concurrence. Les enquêtes nombreuses qui ont été faites à ce sujet ont démontré la justesse de ces réclamations, et je ne prévois pas qu'il puisse être possible d'accueillir plus favorablement aujourd'hui que par le passé les demandes de l'Angleterre.

Le verre en table (glace), au sujet duquel le Mémorandum dit que, par inadvertence, cet article n'a pas été pris en suffisante considération au moment de l'établissement du Tarif de 1860, est taxé à 3 fr. 50 c. les 100 kilog., chiffre très raisonnable, et qui ne paraît pas devoir être modifié.

Papier. — L'abolition du droit de sortie sur les chiffons est inscrite dans notre nouveau Tarif Général, et nous aurons à examiner s'il y a lieu de l'inscrire également au Tarif Conventionnel. Par compensation, nous augmentons le droit sur le papier de 1 fr. par 100 kilog. Cette compensation n'a

rien d'excessif. Aucun motif n'est indiqué à l'appui de la demande d'un droit *ad valorem* sur le papier de tenture, et je n'en vois pas. Nr. 7675. Frankreich. 24. Sept. 1880.

Peaux Préparées. — L'assimilation demandée pour les peaux de mouton et les peaux de chèvre est inscrite dans le Tarif qui les taxe uniformément à 10 fr. les 100 kilog. Sur ce point donc l'Angleterre a satisfaction.

Poissons de Mer Frais. — Jusqu'ici l'Angleterre a paru moins préoccupée du droit de 5*s.* les 100 kilog., qu'elle paraît accepter que de la faculté demandée par les pêcheurs Anglais d'apporter directement leurs poissons dans nos ports en nous accordant la réciprocité. || Le régime des pêches Anglo-Françaises a du reste fait l'objet d'une Convention spéciale en date du 2 Août, 1859, et d'un Règlement du 23 Juin, 1847; puis d'une nouvelle Convention, signée le 11 Novembre, 1867, dont l'Article XXXI porte que les bateaux de pêche de l'un des deux pays seront admis sous certaines conditions, à vendre leurs poissons dans les ports de l'autre désignés à cet effet. Mais un Article Additionnel stipulait que cette clause ne deviendrait exécutoire qu'après un accord ultérieur des deux Parties Contractantes. || Cet accord ultérieur n'ayant pu s'établir, la Convention de 1867 est demeurée sans effet, et par une dépêche du 23 Juillet dernier, le Département des Affaires Etrangères a proposé de reprendre les négociations pour arriver à une entente définitive. || Les deux questions de la vente des poissons et de la quotité du droit de Douane sont ainsi connexes, et comme elles font l'objet d'un arrangement séparé, je ne pense pas qu'il y ait lieu de les comprendre dans les négociations relatives au Traité de Commerce.

Amidon. — Le droit spécial et additionnel sur les côtes qui renferment l'amidon est la conséquence légitime de l'impôt intérieur qui frappe, en France, le papier et le carton. || C'est la répétition sur le produit étranger d'un droit d'accise auquel est soumis le produit similaire Français, telle qu'elle est prévue par l'Article IX du Traité du 23 Janvier, 1860.

Quant au classement des capsules, enveloppes de cartouches et autres munitions de guerre, c'est une question que le Ministre de Guerre peut seul résoudre, et c'est à lui qu'il appartiendra de se prononcer lors des négociations.

Nous aurons à examiner la convenance d'inscrire au Tarif Conventionnel la franchise des droits inscrite dans notre Tarif Général. Mais, en ce qui concerne les céréales, qui n'ont jamais figuré dans aucun de nos Traités, et en général pour tous les produits agricoles, je puis, dès à présent, répondre par la négative.

Telles sont les observations très sommaires qui m'ont été suggérées par la lecture du Mémorandum Anglais que nous a transmis M. Challemel-Lacour.

Paris, le 24 Septembre, 1880.

Nr. 7676. **FRANKREICH.** — Memorandum über die Grundlagen des neuen Handelsvertrages.

Nr. 7676. Frankreich. 28. Febr. 1881.

Dans une note *pro-memoriâ* portant la date du 21 Février, son Excellence Lord Lyons a témoigné, au nom du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, le désir de connaître les vues du Gouvernement de la République sur divers points se rattachant à la négociation projetée d'un Traité de Commerce et de Navigation entre la France et l'Angleterre. || En ce qui concerne, tout d'abord, l'époque à laquelle le nouveau Tarif Général des Douanes sera voté et promulgué, le Gouvernement Français a tout lieu de penser, comme le suppose la note de Lord Lyons, que ce vote et cette promulgation auront lieu dans la première moitié de cette année, sans qu'il soit possible, cependant, de l'affirmer en toute certitude. Il se peut aussi que la promulgation de ce Tarif Général soit faite trop peu de temps avant la prorogation du Parlement pour qu'un nouveau Traité obtienne l'approbation des Chambres avant l'expiration du délai de six mois, au terme duquel les Conventions actuelles doivent cesser d'être en vigueur. || Appréciant, dans tous les cas, de même que le Gouvernement Britannique, l'intérêt de hâter autant que possible l'ouverture des négociations, le Gouvernement Français serait, d'ailleurs, disposé à les engager dès que le Sénat aura terminé la discussion du Tarif Général, sans attendre le vote définitif, subordonné à une entente avec la Chambre des Députés. || D'un autre côté, son Excellence Lord Lyons a signalé le prix qu'attacherait son Gouvernement à être informé, d'une manière générale, avant même que des Délégués Français fussent envoyés à Londres, des principales dispositions qui devraient, dans la pensée du Gouvernement de la République, être admises comme base du nouveau Traité de Commerce. || En réservant la question relative au choix de la ville où se suivront les négociations, le Gouvernement Français résume, ainsi qu'il suit, les indications qui lui sont demandées: || Le Traité ne comprendra ni les céréales, ni les bestiaux. Les droits spécifiques seront substitués aux droits *ad valorem*. || Quant au droits à inscrire dans la Convention, ils seraient ceux du Tarif Général, moins la majoration de 24 pour cent, dont la suppression déterminerait, pour la plupart des articles, la base des taxes conventionnelles. || En ce qui concerne, notamment, les fers, fontes et aciers, les droits du Tarif Général ont été ramenés à ceux du Tarif Conventionnel actuel, et même au-dessous, pour certains articles: ces droits seraient inscrits dans la nouvelle Convention. || Les articles à comprendre dans le Traité seraient limités strictement aux produits d'importation Anglaise, de manière à ne pas y consacrer des avantages qui, sans utilité pour l'Angleterre, profiteraient aux autres Etats pouvant réclamer le traitement de la nation la plus favorisée. || Tels sont les principaux points que le Gouvernement de la République croit pouvoir, dès à présent, indiquer sommairement en réponse à la note que Lord Lyons a bien voulu remettre à M. Barthélémy-St.-Hilaire.

Paris, le 28 Février, 1881.

Nr. 7677. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris (Lyons) an den franz. Min. d. Ausw. (Barthélémy St.-Hilaire). — Antwort der englischen Regierung auf das französische Memorandum.

Paris, March 15, 1881.

The Minister for Foreign Affairs was so good as to communicate to Lord Lyons, in the form of a memorandum, dated the 28th of last month, the views of the French Government relative to the intended commercial negotiations between Great Britain and France. || Lord Lyons has now the honour to lay before his Excellency, in the same form, the observations which the memorandum in question has suggested to Her Majesty's Government. || In recommending the inclosed paper to the attentive consideration of the French Government, Lord Lyons avails, &c.

Nr. 7677. Gross-britannien. 15. März 1881.

Memorandum.

Her Majesty's Government have attentively considered the memorandum, dated the 28th February, which Barthélémy St.-Hilaire was so good as to send to Lord Lyons on the 2nd of the present month. || It is admitted in that memorandum, that it is possible, that the promulgation of the new General Tariff Law may take place too short a time before the prorogation of the French Chambers to allow of a new Treaty obtaining the sanction of the Legislature before the expiration of the term of six months at the end of which the existing Treaties are to cease to be in force. || The termination of the present Treaties is the act of the French Government, and Her Majesty's Government have repeatedly represented to them, that time will be required for discussion and consideration of the various matters to be dealt with in framing a fresh Treaty, especially if changes in the mode of assessment of duty be proposed. Her Majesty's Government cannot contemplate without the gravest apprehension a possibility, that the Commercial Treaties now in force between the two countries may lapse before the new Treaty comes into operation. They feel bound to state formally and explicitly to the French Government, that such a lapse of the Treaties would give rise to an unpleasant condition of things, and they consider it to be their duty to protest in advance against this contingency and to ask, that the French Government shall take timely measures to prevent the lapse of the existing Treaties before the French Legislature shall have sanctioned the new Treaty, and the ratifications of it shall have been exchanged. It belongs to the French Government to decide what course should be taken for the purpose of avoiding the calamity which would otherwise fall upon both countries; but it seems plain that, if it is intended, that the new General Tariff shall be promulgated at an early date, it will be advisable, that the duration of the existing Treaties and

Nr. 7677. Gross-britannien. 15. März 1881. Conventional Tariff shall be prolonged for such a period as will allow of a new Treaty being deliberately negotiated, being sanctioned by the French Legislature, and being definitively ratified and brought into actual operation. || Her Majesty's Government much regret, that no proposal is made in the memorandum for diminution of duties and improvement in Customs Regulations. || "Amelioration of the *status quo*, with a view to develop commercial relations", was one of the bases of negotiation laid down in M. Léon Say's note of the 8th June last. Expectations have accordingly been raised in Great Britain, and it is to be feared, therefore, that the memorandum will occasion great disappointment. It appears to Her Majesty's Government, that the circumstances of the case do not require the maintenance, either for fiscal or protective purposes, of the French Customs Tariff either in its present or proposed shape. The views of Her Majesty's Government on this point are fully explained in the note addressed on the 23rd August last to the French Ambassador in London. || Again, M. Léon Say proposed as a basis of negotiation an "inquiry into the means of suppressing frauds on the Customs"; but, instead of following this course, the memorandum lays down absolutely the suppression of *ad valorem* duties. Her Majesty's Government, however, while ready to examine such alleged frauds and to agree to measures for their suppression, attach much importance to the maintenance of *ad valorem* duties, which, unless customs duties are extremely low, seem to be matter of necessity for certain branches of British goods, if any trade is to be done in them. || Restriction in regard to the goods to be comprised in the Tariff to be annexed to the Treaty is suggested in the memorandum. On this point, however, and on details of Tariff generally, the memorandum is not sufficiently explicit to enable Her Majesty's Government to understand fully the intentions of the French Government. There are several outstanding questions, such as mineral oils, expertise, &c., which, in the opinion of Her Majesty's Government, might with advantage be dealt with in the course of the approaching commercial negotiations. || As regards the place where the negotiations shall take place, although no formal agreement has been come to, it has been understood, from the language held during recent communications, that they would be carried on in London. Her Majesty's Government are of opinion, that this course would be the most convenient. || Her Majesty's Government are willing, that the commercial negotiations between Great Britain and France shall precede the similar negotiations between France and other countries, and they are desirous, as far as may be in their power, to meet the wishes of the French Government in expediting matters; but, previously to beginning the actual negotiations, it will be necessary for them to consider the proposed changes of Tariff and matters connected with those changes. The information now before Her Majesty's Government is not sufficient to enable them to deal with those questions in a satisfactory manner; and, in order to avoid delay, they would suggest to the French Government to send at once

some competent person to London to give explanations on these points before the commencement of formal negotiation. Nr. 7677. Gross-britannien. 15. März 1881.

Paris, March 15, 1881.

Nr. 7678. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den franz. Botschafter in London. — Die englische Regierung wünscht Abschluss eines neuen Handelsvertrages auf Grundlage des alten.

Foreign Office, May 10, 1881.

M. l'Ambassadeur, — I have the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's note of the 8th instant, informing me, that the new French General Tariff had been promulgated on that day, and that in accordance with the terms of the Declaration signed on the 10th October, 1879, the existing Commercial Treaties between Great Britain and France will expire six months after the said date of the promulgation of the new General Tariff. || In reply, I beg to point out, that your Excellency's communication makes no allusion to the subject of negotiations for the conclusion of a fresh Treaty of Commerce between the two countries. As your Excellency is aware, Her Majesty's Government have taken the necessary steps to obtain explanations on certain preliminary questions to be considered in connection with formal commercial negotiations. But Her Majesty's Government have not as yet received any explicit or definite statement relative to the views of the French Government with respect to these negotiations. It is to be remembered, that the French Government denounced the Treaties now in force, Treaties under whose influence the commercial and friendly relations of the two countries have been greatly promoted, to their mutual advantage; and, further, that the French Government have expressed the desire to make alteration in the stipulations of these Treaties. || Under the circumstances Her Majesty's Government think, that it is now for the French Government to propose to them the bases of negotiation for the conclusion of a fresh Commercial Treaty; and, more especially, to communicate, as soon as possible, the draft of the proposed new Conventional Tariff. || I think it well to remind your Excellency, that the following bases were proposed last year, by M. Léon Say, for the negotiation for the renewal, with modifications, of the Treaties of Commerce at present subsisting between the two countries: — Nr. 7678. Gross-britannien. 10. Mai 1881.

"1. Recherche d'une classe de vins payant à l'entrée en Angleterre un droit réduit.

"2. Maintien sous le régime du Tarif Général à l'entrée en France des bestiaux et matières agricoles, qui, par conséquent, ne devraient pas figurer dans le Traité.

"3. Recherche des moyens de faire disparaître les fraudes de Douane.

Nr. 7678. Gross-britannien. 10. Mai 1881.

"4. Amélioration du *statu quo* dans le sens du développement des relations commerciales."

These proposals were received with much satisfaction in this country. They were met with great readiness; Parliament taking, on the recommendation of the Chancellor of the Exchequer, the unusual step of a permissive alteration of the wine duties, on the importance of which M. Léon Say, not only in his official capacity, but as a great economical authority, had laid much stress. I beg to assure your Excellency, that it is the sincere desire of Her Majesty's Government to maintain and increase the greatly-developed trade between the United Kingdom and France, which has grown up under the provisions of the Treaty of 1860, although its stipulations as regards Tariff have been to a great extent one-sided, and its operation has not been as favourable as was anticipated to many branches of commerce. Great disappointment will, therefore, be felt in this country if the proposals of the French Government turn out to be more disadvantageous to trade between the two nations than even the present Tariff arrangements. || Her Majesty's Government trust, that the objections alleged against entire abolition of *ad valorem* duties will be fully considered, and that, at all events, the view is well founded that it is the real intention in France to maintain the *status quo* as regards incidence of duties. I would further observe, that the change of duties from *ad valorem* to specific is in itself, in the case of a complex Tariff like that of France, disadvantageous to British trade, and that this result is likely to be aggravated by the changes in the classification of goods indicated in the new General Tariff. || In this state of things, I venture to suggest, that the amicable and speedy settlement of the questions to be dealt with in the forthcoming negotiations will be much facilitated if the French Government will cause the first text of the draft of the new Conventional Tariff to be drawn as far as possible on the basis of the present Treaty, so that the existing classification of goods should be maintained; present specific rates of duty reinserted, the "majoration" added to them being taken off; the more difficult questions connected with *ad valorem* duties, for example as regards cotton and mixed goods, avoided by the maintenance in these instances of those duties, at least as an alternative scale of duties, and an understanding arrived at that all transformations of *ad valorem* into specific rates are to be examined and determined only after full discussion. || I need scarcely assure your Excellency, that Her Majesty's Government are very desirous of co-operating with the French Government in order to maintain the general relations between Great Britain and France on a satisfactory footing, and to extend the commercial intercourse between them. || In conclusion, I have the honour to request that, in conveying the foregoing observations to the French Government, your Excellency will state, that Her Majesty's Government are quite ready to enter upon commercial negotiations, and that they will be glad to learn whether the French Government think it preferable, that these negotia-

tions should be continued in London, where they were commenced last year by M. Léon Say, or whether they should be conducted in Paris. || I have, &c. Nr. 7678. Gross-britannien. 10. Mai 1881.

Granville.

Nr. 7679. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an die englischen Unterhändler. — Instruction für die Verhandlungen über den französischen Handelsvertrag.

Foreign Office, May 24, 1881.

Gentlemen, — I have to inform you, that Her Majesty's Government have accepted a proposal from the French Government, that negotiations shall be commenced in London for the conclusion of a new Treaty of Commerce and Navigation between Great Britain and France; and that I have recommended the Queen to appoint you to be a Royal Commission to conduct these negotiations on the part of Her Majesty's Government. || The French Government have given notice to terminate the following Treaty engagements between the two countries, namely: — || The Treaty of the 23rd January, 1860; || The Ist Additional Article of the 25th February, 1860; || The IInd Additional Article of the 27th June, 1860; || The First Supplementary Convention of the 12th October, 1860; || The Second Supplementary Convention of the 16th November 1860; || The Treaty of the 23rd July, 1873*); || The Supplementary Convention of the 24th January, 1874; || The Declaration of the 24th January, 1874, adopting the Protocol of the 22nd January, 1874, relative to Expertise. || The first of these engagements, the Treaty of the 23rd January, 1860, with its Additional Articles and Supplementary Conventions, places commerce between the United Kingdom and France upon most-favoured-nation footing. It regulates the duties leviable upon the produce and manufactures of the one country on importation into the other, and provides that vessels of the other country are to be charged shipping duties, in France and the United Kingdom respectively, on the footing of national vessels. || The Treaty of the 23rd July, 1873, renews the engagements of 1860, notice for the termination of which had been given by the French Government in 1872. || It contains more complete stipulations with respect to most-favoured-nation treatment as regards commerce, and places cargoes and shipping in indirect, as well as in direct, navigation upon national footing. || The Supplementary Convention of the 24th January, 1874, contains more explicit stipulations with regard to compensatory duties on account of excise taxes, expertise, trade marks, patterns and certain minor matters. || The Protocol of the 22nd and Declaration of the 24th January, 1874, provide for measures to improve the working of the system of expertise established by the Treaty of 1860. || I inclose herewith copies of these several documents, Nr. 7679. Gross-britannien. 24. Mai 1881.

*) S. Staatsarchiv XXVI, Nr. 5247.

Nr. 7679. Gross-britannien. 24. Mai 1881. the correspondence relative to commercial relations with France which has passed during the last year, together with earlier papers which are either referred to in this correspondence, or necessary in order to elucidate it. || You will perceive, that by the Declaration of the 10th October, 1879, the notice which had been given by the French Government in December 1878 to terminate the Treaty engagements above enumerated was so far modified, that their duration was prolonged for a period not later than six months from the date of the promulgation of the new General Tariff, the Bill for the enactment of which was then before the French Legislature. This Tariff was finally passed by the French Chambers last month; and it was promulgated in the "Journal Officiel" of the 8th instant. The papers bearing on this matter which were laid before Parliament are likewise herewith inclosed. You will observe, that no definite bases for the forthcoming commercial negotiations have been proposed by the French Government, and I am therefore unable as yet to supply you with complete instructions as to the course to be pursued on the part of Her Majesty's Government. || The French Government have not only been urged on various occasions to proceed with these negotiations, in order to put an end to the uncertainty which has injured trade in both countries, but they have further been pressed to supply a full statement of their views on the questions to be discussed, in order to expedite these negotiations. || Up to the present time, however, I have only received the accompanying draft of a new Conventional Tariff, founded on the new General Tariff, to serve as a basis for discussion. Her Majesty's Government are therefore not aware whether proposals on matters other than those contained in this draft Tariff will be brought forward by the French negotiators, or what the views of the French Government are with respect to the stipulations on other subjects in the Treaties now in force.

With reference, however, to this communication from the French Government, I think it desirable to place before you in some detail the circumstances of the case with regard to the existing Treaty engagements, bearing upon Tariff, between Great Britain and France. || The instructions addressed to Earl Cowley and Mr. Cobden on the 17th January, 1860,*) lay down the following basis as having been adopted by Her Majesty's Government in the negotiation of the Treaty of that year, and explain in the following manner the principles which guided them with respect to the alterations then made in the Tariffs of the two countries: — || "Her Majesty's Government are of opinion, that although the activity of trade, and the constant demand for labour in this country, are such as to leave no pressing necessity for opportunities of extension, yet the enlargement of commercial relations, always in itself desirable, ought to be more peculiarly an object of desire in the case of two

*) Parliamentary Paper: "Correspondence respecting the Negotiation of a Treaty of Commerce with France, 1860."

countries prepared for such intercourse, like France and Great Britain, by local proximity, combined with considerable diversities of climate, productions, and industry. But over and above these considerations, they attach a high social and political value to the conclusion of a Commercial Treaty with France. Its general tendency would be to lay broad and deep foundations in common interest and in friendly intercourse for the confirmation of the amicable relations that so happily exist between the two countries, and while thus making a provision for the future, which would progressively become more and more solid and efficacious, its significance at the present moment, when the condition of some parts of the Continent is critical, would be at once understood and would powerfully reassure the public mind in the various countries of Europe." Nr. 7679. Gross-britannien. 24. Mai 1881.

* * *

"Her Majesty's Government consider, that in measuring together the changes to be reciprocally made in the Tariffs of the two countries, it is equitable to take into view the relative as well as the absolute nature of those Tariffs. || The rule of the French Tariff is high duty, in general, with a large measure of absolute prohibition. || The rule of the British Tariff is low duty, in general, with a large number of articles absolutely free, and likewise, with a small number of most important exceptions, of articles upon which high duties are imposed for fiscal purposes. || Taking these as the respective points of departure on the two sides, Her Majesty's Government are prepared to admit, as appears also to be the opinion of the French Government, that the proper basis for the operation will be, on the side of France, a general transition, so far as British commodities are concerned, from prohibition, or high duty, to duties at a moderate rate; and on the side of England, the total abolition of customs duty on French productions, where fiscal considerations will permit it, and reduction to the lowest practicable point, together with the entire abandonment of any protective impost on behalf of a British, and against a French, commodity, where fiscal considerations will not allow total abolition."

On this part of the subject I have to call your attention, more particularly, to the following points: — || By Article II of the Treaty of the 23rd January, 1860, it is stipulated, that on the principal British products and manufactures which are there enumerated the duty on importation into France from the United Kingdom "shall in no case exceed 30 per cent. *ad valorem*." And in Article XVI it is further stipulated, "that the *ad valorem* duties payable on the importation into France of merchandize of British production and manufacture shall not exceed a maximum of 25 per cent. from the 1st October, 1864." The Treaty itself, however, left the precise rates of duty, within these limits, which should be levied upon the goods in question, undetermined. These details were referred for settlement to a Mixed Commission,

Nr. 7679. Gross-britannien. 24. Mai 1881. which met at Paris during the summer of 1860; and Mr. Cobden, in a letter dated the 14th November of that year, stated, that the duties in the French Tariff as thus settled had been so reduced, that on the average they would not be more than 15 per cent. In consequence of representations then made by Mr. Cobden with respect to the further advantages thus obtained for British goods imported into France, Her Majesty's Government reduced the duty on light wines beyond the engagements made in the Treaty of the 23rd January, 1860. By that Treaty the duty for these wines was fixed as follows: — Under 15 degrees 1*s.* per gallon; above 15 degrees and under 26 degrees, 1*s.* 6*d.* In 1862 the 1*s.* limit was raised to 26 degrees. Und it is to be observed, that Her Majesty's Government thus on their part carried the Treaty into full effect in 1862, although, as regards France, it was not fully carried into effect until the 1st October, 1864. || By these arrangements, as regards British trade with France, prohibition and differential treatment were put an end to. The remissions and taxation then made not only afforded relief to the people generally, but were accompanied by the further benefit, that this simultaneous reduction of customs duties in Great Britain and in France opened out new markets to the products and manufactures of the two countries. || The following Tables show the results of the changes of Tariff then effected upon the trade of the United Kingdom and of France: —

UNITED KINGDOM.

Percentage Proportion of Trade with France to Total Trade of United Kingdom.

Periods.	Percentage of Imports from France to Total Imports into United Kingdom.	Percentage of British Exports to France to Total British Exports from United Kingdom.	Percentage of Total Exports to France to Total Exports from United Kingdom.
1854—60 . . .	7·4	4·5	7·2
1861—65 . . .	9·7	6·1	11·7
1866—70 . . .	12·1	6·1	10·1
1871—75 . . .	11·6	7·0	10·0
1876—80 . . .	11·1	7·5	10·5

FRANCE.

Percentage Proportion of Trade with United Kingdom to Total Trade of France.

Periods.	Percentage of Imports from United Kingdom to Total Imports into France.	Percentage of French Exports to United Kingdom to Total French Exports from France.	Percentage of Total Exports to United Kingdom to Total Exports from France.
1854—60 . . .	16·0	23·1	23·2
1861—65 . . .	20·3	29·3	28·6
1866—70 . . .	16·8	31·7	30·9
1871—75 . . .	17·9	26·3	26·0
1876—80 . . .	14.8	28·6	27·7

These Tables show, that the proportion of the trade with the other nation to the total trade of the country is much greater in the case of France with the United Kingdom than in that of our trade with France, Franco-English trade being about 21 per cent. of the total trade of France, while Anglo-French trade is about 11 per cent. of the total trade of the United Kingdom. From this point of view France is much more interested than England in the conclusion of a Treaty which shall confirm the existing commercial relations between the two countries, and place the trade between them on a still more satisfactory footing. || It was hoped, that the fiscal measures adopted in France to give effect to the Treaty of 1860 would have led to further progress in the direction of free trade. To some extent this expectation was realized in reductions of duty on certain goods, for example, on steel and steel wares, machinery, ships and various yarns and textile fabrics. This result, the advantage of which British trade enjoyed under the most-favoured-nation Article of the Treaty of 1860, was, however, brought about by means of Commercial Treaties concluded with various foreign Powers between 1860 and 1866, and not by a general measure of Customs reform. But the necessity experienced in France in 1871 to raise a larger revenue led, amongst other measures, to an increase in the rate of certain customs duties. In two instances, namely, sugar and mineral oils, the increase thus made has given rise to discussions which are not yet settled, and which will engage your attention.

Nr. 7679. Gross-britannien. 24. Mai 1881

Negotiations were opened in Paris in 1877 for the conclusion of a new Commercial Treaty. || Definite proposals, the particulars of which are given in the inclosed papers, were made by the Commissioners of the two Powers for alterations of Tariff which would have effected a decided improvement in the existing Tariff arrangements between the two countries. But a succession of Ministerial crises in France prevented the French Government from resuming these negotiations, which, at their desire, remained suspended after May 1877. There was, however, reason to think, that the French Government continued to adhere, in principle, to the proposals made on their behalf in that year, for the following proposal forms one of the bases laid down last year by M. Léon Say, in the correspondence herewith inclosed, for the negotiation for the renewal, with modifications, of the Treaties of Commerce at present subsisting between the two countries, namely "Amélioration du *statu quo* dans le sens du développement des relations commerciales." || I have recently stated to the French Ambassador at this Court, that the proposals made last year by M. Léon Say were received with much satisfaction in this country; that they were met with great readiness, Parliament taking, on the recommendation of the Chancellor of the Exchequer, the unusual step of a permissive alteration of the wine duties, on the importance of which M. Léon Say, not only in his official capacity, but as a great economical authority, had laid much stress. I have assured M. Challemel-Lacour, that it is the sincere de-

Nr. 7679. Gross-britannien. 24. Mai 1881. sire of Her Majesty's Government to maintain and increase the greatly developed trade between the United Kingdom and France, which has grown up under the provisions of the Treaty of 1860, although its stipulations as regards Tariff have not been as favourable as was anticipated to many branches of British trade.

There was the further reason for the hope, that the French Government of the present day will not enter upon commercial negotiations in a spirit less liberal than that which actuated the French Government in 1860, from the fact that on grounds usually put forward in support of protectionist arguments many French industries would be greatly and immediately benefited by a comprehensive measure of Tariff reform, apart from the benefit to the consumer, the people of the country generally. High duties on yarns, half-wrought metals and other semi-manufactured commodities actually impede the advance of commerce in finished productions in which France more especially excels. The papers placed before you, and more particularly the Memorandum communicated to M. Challemel-Lacour on the 23rd August last, show (1) that the revenue derived from silk tissues, linen and hemp yarns and tissues, glass wares, iron and steel wares, and some other articles, can hardly defray the cost of its collection, (2) that the exports of certain goods, for example, chemicals, soap, china and glass, paper, wrought leather, yarns generally, and silk, wool, linen and hemp tissues, prove that in these goods French manufacturers are in a position to compete successfully in the English and other foreign markets, and cannot be said, speaking from a protectionist point of view, to require the protection of customs duties, and (3) besides these general considerations, it has been admitted in France on official authority that French textile manufacturers do not require protection. For in a statement on general conditions of manufacture by M. Balsan and M. Fernan Raoul Duval, Reporters on Textile Manufactures, submitted to the Conseil Supérieur du Commerce, and annexed to the Minutes of the meeting held on the 25th March, 1876, the following important passage occurs: — "En étudiant en détail, pour les diverses industries textiles, dans les localités variées où elles sont exercées, les éléments spéciaux des prix de revient, tels que main-d'oeuvre, combustible, impôts, coût des établissements, &c., on peut affirmer avec des différences, tantôt en plus, tantôt en moins, et par conséquent se compensant dans une certaine mesure, il n'y a pas au total un écart actuel de plus de 3 à 4 pour cent au détriment de la France par rapport à l'Angleterre, dans le coût de la production — écart qui, au point de vue de notre marché exterieur, est dans bien des cas compensé par les frais de transport que les produits Anglais ont à supporter pour venir concurrencer les nôtres en ce qui concerne la consommation nationale."

It is, at the same time, to be remembered, that the position of economic questions in France has been much complicated by steps which have been taken by the Government and the Legislature since 1875. || Enquiries with

the view to revision of the French Tariff were opened by the Comité Consultatif des Arts et Manufactures, and by the Conseil Supérieur du Commerce in 1876. The effect of this measure was, that persons and trades that considered themselves aggrieved by the commercial policy of the Empire hastened to avail themselves of this opportunity to put forward protectionist views. These proceedings excited the attention of the commercial community in this country. The accuracy of the statements submitted to these Councils was in several instances contested, and the French Government agreed, that the counter-representations of Associations and persons in the United Kingdom interested in trade with France should be heard by one of the members of your Commission, Mr. Kennedy, and by M. Gavard, who was then French Secretary of Embassy in London. Copies of the Parliamentary Paper which contains these counter-representations are likewise herewith inclosed. || The inquiries in France to which I have adverted were continued by Committees of the Senate and the Chamber of Deputies. But the action thus taken had, almost necessarily, the effect of encouraging exaggerated statements on the part of French manufacturers, and demands for the reimposition of protective, if not prohibitive, duties. || In the last few years French industry, like the industry of the United Kingdom and of all countries, has no doubt suffered from the severe and long-continued commercial depression which has everywhere prevailed. But the statistics of trade, to which I have referred in the earlier part of this instruction, and the uninterrupted growth of the French revenue, show conclusively, that the crisis has not been so acute in France as in many countries, and that there is not, on any grounds arising out of this distress, any real foundation for the demands for protection thus addressed to the French Legislature and Government, even upon the hypothesis, which Her Majesty's Government do not admit, that temporary commercial distress can be relieved by an augmentation of duties, injurious to the consumer, and of more than doubtful value to the producer. The protectionist agitation which has thus been fostered in France has exerted considerable influence on the form which the new General Tariff has finally taken. In the first instance it was understood, that this Tariff was to be almost, if not entirely, identical with the present Conventional Tariff. But in its progress through the Legislature many changes of classification have been proposed and adopted, *ad valorem* duties have been almost entirely abolished; and in very many instances increase in the rate of duty, sometimes to a large extent, has been made. On this last head, it is to be observed, that in the instance of yarns and textiles, chemicals and some other articles, an avowed "majoration" of 24 per cent. has been made in settling the rates of duty for the new General Tariff. It is evident, however, that in some instances this limit of 24 per cent. has been exceeded; and further, there is good reason to think, that in the changes of classification and of duties from *ad valorem* to specific rates, above mentioned, alterations of Tariff have been made which

Nr. 7679. Grossbritannien. 21. Mai 1881. will in their effect still further augment rates of duties. A marked copy of a Parliamentary Paper which shows in parallel columns the old General, present Conventional and new General Tariffs, and a Tabular Statement of articles now charged in the French Conventional Tariff with an *ad valorem* duty, on which, in the new General Tariff, a specific duty is imposed, together with the rates of duty under each Tariff, is annexed for convenience of reference.

The correspondence herewith inclosed will make you acquainted with the representations made by this Office and Her Majesty's Ambassador at Paris to the French Government on the whole subject of these negotiations. As the time approached for their commencement, it was thought advisable, especially in the absence of any definite explanation of the views of the French Government, that personal communication should take place, with the object of eliciting a statement of the intentions of that Government in the Tariff arrangements of the new Treaty. Mr. Kennedy was accordingly instructed to proceed to Paris for this purpose, and I have to call your attention to his Reports. It is to be regretted, that the French Government did not, either on that occasion or in the draft Tariff lately communicated by M. Challemel-Lacour, definitely express their intention to remove at the outset the whole "majoration" of 24 per cent. made on existing duties, even if, before negotiations were commenced, they were unwilling to discuss other alterations of Tariff. The course thus pursued by the French Government cannot fail to protract the negotiation and add to its difficulty, while it precludes Her Majesty's Government from giving assurances to our commercial community which would do much to calm the apprehensions caused by the new General Tariff in many branches of trade in the United Kingdom.

You will learn from the representations that have been received from many commercial bodies, which are contained in the correspondence placed before you, that there exists in this country a strong feeling against the conclusion of a new Commercial Treaty with France unless its terms are an advance on the part of France in the direction of free trade, on the conditions of the Treaty and Convention of 1860. Her Majesty's Government, on their part, do not desire to bind this country by Treaty engagements in matters of Tariff unless by so doing substantial advantages can be secured to the trade of the United Kingdom. It would be well, that when a fitting opportunity presents itself you should hold this language, and make known the public feeling on the subject to your French colleagues. You should therefore bear in mind, that it is possible, that on this occasion no agreement may be arrived at on matters of Tariff. Other British interests involved, namely, shipping, the position of British subjects resident in France, trade marks and other matters of detail, would render it inexpedient, that the Treaties of 1860 and 1873 should entirely lapse. But circumstances may very possibly arise in the course of these negotiations which will render it advisable and prudent

to replace the existing Treaties by a Treaty which shall contain simple most-favoured-nation provisions rather than formal engagements in regard to Tariff. Nr. 7679. Gross-britannien. 24. Mai 1881.

I leave to your discretion, after your first communications with the French Commissioners, to decide what course to take with respect to Tariff discussions. As the notice to terminate the present Treaties has come from France, and as the French Government desire to alter their terms, you should ascertain the desires of that Government in the matter before you enter upon the engagements to be undertaken by Her Majesty's Government. || The following points appear to be sufficient to indicate for your guidance in the absence of any formal statement from the French Government: —

In the first place, you should insist strongly upon the basis of "Améliorations du *statu quo* dans le sens du développement des relations commerciales", laid down, officially, by M. Léon Say then French Ambassador at this Court. The true interests of both France and England, and of international trade and relations generally, would be well served by a policy which should give full effect to this basis of negotiation. Her Majesty's Government are of opinion, that the following principles might, with advantage, be adopted for this purpose, namely: —

1. That 15 instead of 25 per cent. shall now be the general maximum rate of duty on goods the produce or manufacture of the United Kingdom entering France, except as regards some few goods which the French Government may wish to subject to a higher rate.

2. That 10 instead of 15 per cent. shall be the average rate of duty on the produce or manufactures of the United Kingdom.

3. That goods now charged 10 per cent. shall be charged $7^1/_2$ per cent.

It is to be remembered, that expenses of transport considerably increase all these rates.

4. That to some extent at least entire remission of duty shall be made in the case of goods now subject to import duty in France.

5. That changes of classification, and the determination of the specific rates which shall be equivalent for present *ad valorem* duties, if alteration is finally agreed upon, shall be settled after examination and by consent of both Powers.

Should the French Commissioners, as seems possible, not accept as a general basis for negotiation the amelioration of the *status quo*, you should use your best endeavours to effect any special improvements which may be practicable, and, generally, to preserve in their spirit, if not in the letter of their terms, the engagements of 1860. The French Government have admitted, in the Memorandum of the 24th September, 1880, that Great Britain has loyally fulfilled the engagements contracted in 1860. But the changes now proposed to be made in the French Conventional Tariff constitute a serious departure from those then contracted by France. It is now proposed to abolish *ad valorem* duties, which, as you are aware, under present conditions of manufacture and trade in the United Kingdom, are, in an especial

Nr. 7679. Gross-britannien. 24. Mai 1881. manner, adapted to the requirements of our foreign commerce. Her Majesty's Government, nevertheless, do not contest the right of foreign nations to alter as they think fit the mode of assessment of their customs duties, but at the same time they think it simply fair that as matter of friendly relations consideration urged with respect to the pressure of particular duties should receive attention, and that, especially, where such changes affect Treaty engagements, they shall be fully examined and settled by mutual consent. In the present instance this departure from the arrangements of 1860 is aggravated by an avowed "majoration" for many descriptions of goods on the existing rate of duty, which is alleged to be 24 per cent., though in some cases it certainly exceeds that limit, and, further,, by changes of classification. It would seem well, that, at the commencement of the discussion on yarns and textiles, the whole "majoration" should be taken off, and that, when this step has been taken, changes of classification and of *ad valorem* to specific duties should then be examined and discussed and, if possible, satisfactorily settled. Your main difficulties on these points will be in regard to linen, cotton and mixed woollen fabrics.

Secondly, you will perceive, on examining the French Tariff, that on certain goods, more particularly iron and steel wares, the rates of duty now charged exceed, in some instances largely, the maximum rate of 25 per cent. fixed by Article XVI of the Treaty of the 23rd January, 1860. You should urge a readjustment of such duties in order to bring them back to the amounts fixed in 1860. || In like manner in the case of chemicals, values have fallen, and processes of manufacture have been improved since 1860, so that at the present time the rates of duty charged often largely exceed the *ad valorem* rates for which they were fixed as the equivalent in 1860. You should, after consultation with the trade, press for a readjustment of the rate of duty charged on the descriptions of chemicals which are of chief importance to British trade with France.

Thirdly, the foregoing remarks with respect to the incidence of specific duties at different periods may be used with advantage as an argument in support of *ad valorem* duties. The objections urged against the latter are, that serious differences of opinion often exist with respect to the value of particular goods; and that they afford an easy opening to fraud by means of false declarations.

You should state in the most explicit manner, that Her Majesty's Government are desirous of co-operating with the French Government to prevent such frauds, and that they are ready to adopt effectual measures for the purpose. By limitation of places of entry and strict requirements as regards invoices, and other precautions, it would appear, that this end might be attained without any serious difficulty. || You will observe, on examining the draft of the new Treaty Tariff, that it is proposed to leave out of it various articles which, although not of principal importance to British trade with

France, possess, nevertheless, considerable interest; for example, agricultural and colonial produce, beer, starch, dyes, bottles, &c., I have to request your attention to these subjects. || Besides the questions more immediately connected with the Treaty and Tariff, there are certain matters, to some extent outside them, which have been under discussion with the French Government. You will find in the correspondence transmitted to you the particulars of these several subjects, of which the most important are ship-brokerage, expertise, mineral oils, and bounties on shipping and on sugar. On these matters you will take such steps as you may think most expedient, at the time appropriate for discussing them. In considering them, and details of Tariff generally, it will be desirable and in some instances necessary, that you should communicate with Chambers of Commerce, Associations and persons, who are acquainted technically with these several subjects; and on some occasions it would be well, that, following precedent, their statements should be heard by the French Commissioners. || There are also colonial questions of considerable importance connected with the application of the new Treaty to the Colonies and possessions of the two Powers, to which I have also to request your attention, and also, if the opportunity occurs, the question of a Consular Convention with France. Nr. 7679. Grossbritannien. 24. Mai 1881.

The foregoing general instruction will be, at present, sufficient for your guidance. I would only observe further, that, if amelioration of the *status quo* is not to be obtained, you should consider whether a prolongation for a longer or shorter period of the existing Treaty and Tariff should again be sought. And lastly, that, if you find that the French Commissioners are not disposed to agree to such alterations of Tariff, especially as regards conversion of *ad valorem* into specific duties, and classification, as will secure at least the maintenance of the *status quo*, you should ask for an adjournment of the Joint Commission, in order to enable you to report the circumstances to Her Majesty's Government, and obtain their instructions as to your future proceedings. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7680. **GROSSBRITANNIEN.** — Die engl. Unterhändler an den engl. Min. d. Ausw. — Bisheriger Verlauf der Verhandlungen.

Foreign Office July 11, 1881.

My Lord, — We have now the honour to inform your Lordship of our proceedings under the instructions conveyed to us in your letter of the 24th May last. We have held sixteen joint sittings with the French High Commissioners, and have had many meetings with representatives of Chambers of Commerce and other bodies interested in the trade with France. || Your Lordship stated to us on our appointment that, as no definite bases for the forthcoming commercial negotiations had been proposed by the French Government, you were unable to supply us with complete instructions as to the course we were to Nr. 7680. Grossbritannien. 11. Juli 1881.

Nr. 7680. Gross-britannien. 11. Juli 1881. pursue. || We are still unaware of the precise views of the French Government on the great majority of the details of the Tariff. We have examined the draft Conventional Tariff in detail with the French High Commissioners, and on each head which had any considerable interest for British trade we have made proposals, but in only a very few cases have these been met by counter-propositions, and then chiefly in the less important articles which we named. A careful examination of the proposed Tariff has shown, that the French proposals would subject to increased duties the principal articles in which trade is being done at the present time. When we have argued against these increases, we have been told in some instances that the proposed increase is purely for fiscal purposes; in other cases, that the trade in question is not mainly British, but either Swiss, Italian, Belgian, or German, as the case may be; while in some instances it has been admitted, that the duty is protective, and has been increased for the purpose of protection. || At the first meeting the French High Commissioners repudiated—though not without a strong protest on our part—the basis signed last year by your Lordship and M. Léon Say, without, however, repudiating the liberal intention by which these bases had been inspired. They declined to adopt our suggestion, that inquiry should be made into the fall of prices since 1860, with the view to readjust present specific duties to rates equivalent to the percentage adopted when the amount of these duties was fixed in 1860. On iron, concessions suggested by the French High Commissioners were at a later meeting virtually, or, at least, temporarily, withdrawn by them, in consequence of instructions from Paris; but at the fifteenth meeting it seemed understood, that these reductions would be made in any Treaty that might be signed. Besides these concessions, definite reductions on rates of duty proposed in the draft Conventional Tariff have been offered by the French High Commissioners on certain chemicals and on the finest class of linen yarn and tissues, and indefinite concessions on straw hats and some other articles. || The greatest divergency of views between our French colleagues and ourselves has, unfortunately, been upon the chief articles of trade between the United Kingdom and France, namely, in regard to cotton and woollen goods. Of woollen goods France took from us for her home consumption 51 000 000 fr. worth in 1879, her import from all countries being 68 000 000 fr. Of cotton goods, France imported from the United Kingdom 27 000 000 fr. worth, or considerably more than the import from Germany—the country next most interested. These great cotton and woolen trades are, therefore, essentially British interests, and we regret to say, that the change of classification, and the rates of duty proposed, would, in our judgment, tend to check, diminish and in many cases destroy the existing trade. By the substitution of specific duties, only nominally based on average values, the French Government will strike with the greatest severity the very cheap goods which are the most largely exported from this country to France. || We did not consider it necessary, or in accordance with your

Lordship's instructions, to refuse consent, absolutely, to the change from *ad valorem* to specific duties. On the contrary, wherever, under present circumstances of trade, the mode of assessment of duty is a matter of comparative indifference, we raised no objection on the ground of principle, and confined our objections to the amounts proposed. In other instances, where grounds for some doubt exist, we consented with reluctance and without admitting the adequacy of the reasons which have generally been put forward for the suppression of the system of *ad valorem* assessment. But with respect to certain articles of the Tariff, we feel unable to accept the change which has been proposed to us. We convinced ourselves, and we urged upon our French colleagues, that a scale of duties framed on an average of the qualities or descriptions of articles without any regard to the proportion in which they are imported, however theoretically accurate it might appear to them, must of necessity, and especially in trades where there is great variety of manufacture, operate most inequitably and injuriously. We pointed out, that this very difficulty was experienced after the Treaty of 1860, and prevented compliance, in the case of some important articles, with the provision of that Treaty which stipulated for the conversion of the *ad valorem* into specific duties. || The French Commissioners were disinclined to entertain any discussion of this question upon the ground, that it was a matter of principle which had been deliberately settled by their Parliament; but they did not reply to the practical objections to the changes proposed as regards cottons and woollens set forth in papers which Mr. Kennedy had communicated in Paris, and in our statements during our recent sittings. We were, howewer, so much impressed with the grave difficulty and inconvenience of a too rigid application of the principle for which they contended to the great articles of cotton and woollen piece-goods and a few other items of the Tariff, that we felt it our duty to insist, subject to the ultimate decision of Her Majesty's Government, on the maintenance of *ad valorem* duties in those exceptional cases, at least as an alternative scale, the system of assessment for duty by weight or value at the option of the importer being recognized to some extent in the present French Conventional Tariff. || We must record our opinion, that the present proposals of the French Government with regard to cottons and woollens would, in a measure, put an end to British trade in many descriptions of these goods. || It is true that, with the exception of certain articles, in regard to which our French colleagues alleged that mistakes had been committed in 1860, they admitted that it was the intention of their Government to substitute for present *ad valorem* duties specific duties of as nearly as possible the exact equivalent amount. The accompanying Minutes, however, will prove, that the new rates, in the manner in which they have been calculated and fixed, are not equivalent but increased, and in many instances very greatly increased. || We had thought of suspending negotiations after discovering how far the views of the two Commissions were apart, and because it was evident

Nr. 7680. Gross-britannien. 11. Juli 1881.

to us at a very early period of the negotiations, that none of the five principles laid down for our guidance in your Lordship's instructions would be adopted by our French colleagues. For various reasons, however, we considered it on the whole more prudent to complete the examination of the Tariff to the end. In adopting this course we bore in mind your Lordship's directions, that we should use our best endeavours to effect any special improvements which might be practicable, and it further enabled us to submit the whole case for the instructions of Her Majesty's Government in accordance with the spirit of the last paragraph of your Lordship's instructions.

Your Lordship will observe, that the French Commissioners proposed to us, at our two last sittings, that negotiations should be resumed in Paris at the end of the present month. || We have, on our side, requested, that an intimation may be made as soon as possible of the views entertained by the French Government of our counter-proposals. We think, that a definite acceptance of the invitation should depend upon the nature of that communication. Unless it indicates a reasonable prospect of the conclusion of a satisfactory Treaty, we consider, that it would not be advisable for us to continue the negotiations as requested by the French Commissioners. || We have the honour to forward herewith, for the information and consideration of your Lordship, copies of the Minutes of the proceedings of the Commission, together with an abstract exhibiting the proposals and counter-proposals affecting the most important articles of British trade. || We have, &c.

Charles W. Dilke.
W. E. Baxter.
C. Rivers Wilson.
C. M. Kennedy.
J. A. Crowe.

Nr. 7681. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Uebersicht über die noch bestehenden Differenzen.

Paris, February 8, 1882.

Nr. 7681. Gross-britannien. 8. Febr. 1882.

My Lord, — With my despatch of the 3rd instant I had the honour to transmit to your Lordship a Memorandum, drawn up by Mr. Crowe, of what passed at an interview which he and I had had on that day with M. de Freycinet and M. Tirard. || Yesterday I took an opportunity of saying to M. de Freycinet, that I had reflected a great deal upon that interview, and that, much to my regret, I had become more and more convinced that it had not at all promoted an agreement upon the terms of a Commercial Treaty. The arguments which had been used had, I said, been brought forward over and over again at meetings of the Commission, and, in fact, discussion of this kind seemed to me to be completely exhausted. Her Majesty's Government had

not formed their opinion lightly or hastily, but, on the contrary, had examined the matter with very great care, and I felt bound to say distinctly to M. de Freycinet, that they had not found that the arrangements proposed in the Memorandum given to me by M. Gambetta on the 25th of last month were by any means equivalent to the maintenance of the *status quo*. In short, I was, I said, bound to inform M. de Freycinet, that my instructions precluded my holding out any hope that those arrangements could be accepted by Her Majesty's Government. ‖ After some further conversation, M. de Freycinet asked me to send him, for his own use, a Memorandum, showing, in as compendious a form as possible, the points of difference still existing between the two Governments. He would, he said, examine it carefully, in order to see whether there was still any means by which a change could still be made in the French proposals; but he had already been much attacked for adhering, when he came into office, to M. Gambetta's Memorandum, and it was very doubtful whether it would be possible to obtain the sanction of the Chambers for any lower duties. ‖ No one was present at the interview except M. de Freycinet and myself. ‖ In compliance with M. de Freycinet's request, I sent him to-day the Memorandum, drawn up, at my request, by Mr. Crowe, a copy of which I have the honour to transmit herewith to your Lordship. ‖ I have, &c.

Nr. 7681. Gross-britannien. 8. Febr. 1882.

Lyons.

Memorandum.

L'accord entre le Gouvernement de la République et le Gouvernement de Sa Majesté Britannique ne semblerait possible qu'en tant qu'on s'entendrait sur les questions qui concernent spécialement les tissus de coton et de laine. ‖ Quant aux tissus de coton, le Gouvernement Anglais avait demandé qu'on voulut bien réduire, à cause de la répercussion sur les blanchis, les teints, les imprimés, &c., les droits spécifiques sur les écrus, c'est-à-dire:— ‖ No. 364. 11 kilog. et plus aux 100 mètres carrés: 30 fils et moins, de 50 fr. à 40 fr.; 31 à 35 fils, de 50 fr. à 40 fr.; 36 fils et plus, de 80 fr. à 64 fr.; 7 à 11 kilog., 5 à 7, et 3 à 5 kilog. Pour ces trois classes des réductions proportionnées, et c'est-à-dire de 20 pour cent sur le Tarif Conventionnel actuel. ‖ Les dernières propositions du Gouvernement de la République sur toutes les classes du No. 364 en régard du *statu quo* et des demandes Anglaises ont été celles-ci:—

	1. *Statu quo.*	2. Proposition Française.	3. Proposition Anglaise.
	Fr.	Fr. c.	Fr.
11 kilog. —			
30 fils et moins	50	47 50	40
31 à 35 fils	50	60 00	40
36 fils et plus	80	72 00	64

Nr. 7681.
Gross-
britannien.
8. Febr. 1882.

	1. Statu quo.	2. Proposition Française.	3. Proposition Anglaise.
	Fr.	Fr. c.	Fr.
7 à 11 kilog. —			
35 fils et moins	60	60 00	48
36 à 43 fils	100	100 00	80
44 fils et plus	200	170 00	160
5 à 7 kilog. —			
27 fils et moins	80	80 00	64
28 à 35 fils	120	117 00	96
36 à 43 fils	190	190 00	152
44 fils et plus	300	242 00	240
3 à 5 kilog. —			
20 fils et moins	80	110 00	64
21 à 27 fils	80	148 00	64
28 à 35 fils	120	193 00	96
36 à 43 fils	190	270 00	152
44 fils et plus	300	403 00	240

Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique se croit en devoir d'insister pour l'adoption des taux inscrits à la troisième colonne ci-dessus. || Pour la classe de 11 kilog., parce que les réductions proposées par le Gouvernement de la République ne représentent que 5 et 10 pour cent en regard à une augmentation de 20 pour cent sur une catégorie que pour l'Angleterre est d'une importance capitale. Pour la classe de 7 à 11 kilog. et de 5 à 7 kg., parce que les réductions proposées par le Gouvernement de la République sont très modiques, et d'autant plus sans importance que les augmentations sur la classe de 3 à 5 sont extrêmement fortes. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique est, cependant, prêt à renoncer à ses demandes sur les écrus, si le Gouvernement de la République veut bien maintenir, comme arrangement temporaire, les droits actuellement en vigueur *ad valorem* pour les tissus non écrus. || Quant aux cords et moleskins, le Gouvernement de Sa Majesté se voit dans la nécessité d'insister sur le maintien du *statu quo*, soit 60 fr. et 85 fr. pour les écrus et les teints, au lieu des droits proposés de 72 fr. et 97 fr. || Le Gouvernement Anglais attache de même une importance capitale à la réduction des droits proposés par le Gouvernement de la République pour les lainages. || Quant aux tissus de laine pure, il trouve que les droits de 130 fr., 110 fr. et 96 fr. sont encore plus élevés qu'ils ne devraient l'être, et qu'ils seraient plus équitables en deux classes d'au-dessous et au-dessus de 500 grammes. || Il croit que les droits des tissus mélangés laine dominante ne sauraient dépasser 90 fr. pour la classe de 200 grammes au plus, et qu'il serait avantageux de réduire les cinq classes proposées à trois,

avec des droits sur l'echelle de 90 fr., 50 fr., et 30 fr. || La catégorie des tissus mélangés de renaissance serait plus acceptable si on modifiait la définition qui établit, ou, plutôt, qui restreint à 10 pour cent la proportion de coton dans la trame, et si, au lieu de "trame coton et chaîne coton et renaissance", on admettait chaîne et trame coton ou mélange de coton et renaissance. || On ne prévoit du reste aucune difficulté pour arriver à une entente sur tous les points indépendamment de ceux qui concernent les droits dont il vient d'être traité. Nr. 7681. Grossbritannien. 8. Febr. 1882.

Paris, le 8 Février, 1882.

Nr. 7682. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Die schwierige Stellung der französischen Regierung gegenüber dem Parlament.

Paris, February 8, 1882.

My Lord, — During the interview, of which an account is given in my immediately preceding despatch of to-day, M. de Freycinet expressed a hope, that Her Majesty's Government were not unaware of the very great Parliamentary difficulties he had to contend with in treating on commercial matters. He was sure, that, if they could form an adequate estimate of the nature and extent of these difficulties, they would be disposed to come to his assistance by relaxing as far as possible their requirements. It was, he added, to be remembered, that as regarded good feeling between the two countries, no less than the interests of commerce, it would be much worse than useless to sign a Treaty which would be rejected by the Legislature. || I answered, that I was sure, that Her Majesty's Government desired to make every possible allowance for the difficulties M. de Freycinet had to encounter, but that it must not be forgotten, that they had Parliamentary difficulties of their own, and they were deterred alike by their own convictions and by the pledges they had given, from taking a retrograde step and agreeing to a Treaty less liberal than those already existing. || I proceeded to ask whether, after all, matters might not be facilitated by the adoption by the French Government of a larger and more generous policy. Would it, I inquired, be impossible for the French Government to take a fresh departure, and negotiate avowedly on the basis of a manifest amelioration of the *status quo*. This basis being taken, might not stipulations be introduced, both on the French and English side, which would be distinctly fovourable to trade, and much more advantageous to France than a grudging concession of the mere *status quo*. || This idea did not seem to commend itself at all to M. de Freycinet, and he set it aside as incompatible with the dispositions of the Chambers and with public feeling in France. || I have, &c. Nr. 7682. Grossbritannien. 8. Febr. 1882.

Lyons.

Nr. 7683. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Die äussersten Concessionen der französischen Regierung.

Paris, February 14, 1882.

Nr. 7683. Gross-britannien. 14. Febr. 1882. My Lord, — The letter containing the "last words" of the French Government, which was promised to me by M. de Freycinet, has just reached me, and I hasten so send it to your Lordship. || I await instructions from your Lordship before expressing any opinion upon it to the French Goverment. | I have, &c.

Lyons.

M. de Freycinet to Lord Lyons.

Paris, le 14 Février, 1882.

Mon cher Ambassadeur, — M. Tirard a étudié avec le plus grand soin la note que vous avez bien voulu me remettre le 8 Février, et il ne pense pas qu'il soit possible, au point de vue commercial, de faire aucune réduction sur les chiffres indiqués dans la réponse de M. Rouvier. || Toutefois, afin de vous prouver ma bonne volonté et mon vif désir de resserrer les relations cordiales qui existent entre nos deux Gouvernements, je crois pouvoir prendre sur moi d'introduire les réductions ci-après: —

Cotons. 11. kilog.	30 fils et moins, au lieu de 47 fr. 50 c.	45
„ „	31 à 35 fils, au lieu de 60 fr.	55
Cords et moleskins.	Au lieu de 72 fr. et 97 fr. respectivement . .	69 et 90
Tissus de laine pure.	Au lieu de 130 fr., 110 fr. et 96 fr., respectivement	125, 105 et 90.

Tous les autres chiffres sont maintenus comme dans la lettre de M. Rouvier. || Je croirais manquer à la franchise que je vous dois dans ces conversations amicales, si je ne vous disais que les concessions ci-dessus indiquées sont les dernières que je pourrais proposer au Gouvernement et aux Chambres. || Agréez, &c.

C. M. Freycinet.

Nr. 7684. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Die letzten französischen Vorschläge sind unannehmbar.

Foreign Office, February 15, 1882.

Nr. 7684. Gross-britannien. 15. Febr. 1882. My Lord, — I have to acknowledge the receipt of your Excellency's despatch of yesterday, forwarding a note from M. de Freycinet stating the final proposals of the French Government in regard to the French Tariff in the negotiation for a new Commercial Treaty with France. || I regret, that Her Majesty's Government cannot consider the concessions now offered by M. de Freycinet to be equivalent to the *status quo*. The case of British

manufactures in relation to the new French Tariff bas been fully set forth in my previous despatches, and it is unnecessary now to enter again at any length into the subject. As regards cottons, the term now proposed do not meet the representations made by Her Majesty's Government with respect to printed and fancy goods, the duties on which it is intended to change from *ad valorem* to specific. The *status quo* is not maintained for cords and moleskins. In the case of woollens, although some reduction is offered for pure wool goods, nothing whatever is proposed with respect to mixed wool goods, which form one of the principal grounds of remonstrance on the part of Her Majesty's Government in connection with the manner in which the existing *ad valorem* duties in the French Tariff, as established by the Treaty of 1860, have been converted into specific rates. || I have, therefore, to state, that unless the French Government will reconsider the matter, and, adopting as a starting point the maintenance in effect of the *status quo*, and the conversion on fair and equivalent terms of *ad valorem* into specific duties, will either adopt the last proposals of Her Majesty's Government, or continue, as a temporary measure, *ad valorem* duties pending an understanding as to their *bonâ fide* conversion into specific rates, Her Majesty's Government on their part regret to say, that it does not appear, that any useful result is likely to ensue from further attempts to negotiate a Tariff Treaty. || In this event, I have to request, that your Excellency will proceed with the negotiation on the bases of a most-favoured-nation Treaty laid down in my despatch of the 10th ultimo. || I am, &c.

Nr. 7684. Gross-britannien. 15 Febr. 1882.

Granville.

Nr. 7685. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Bedingungen, unter welchen die französische Regierung einen Meistbegünstigungsvertrag abschliessen will.

Paris, February 17, 1882.

My Lord, — M. Tirard, the Minister of Commerce, called upon me this morning and told me, that he had come on the part of M. de Freycinet, to speak to me on the subject of the commercial negotiations. || It seemed, he said, to result from the verbal communication I had made to M. de Freycinet yesterday, that there was no langer any prospect of the two Governments being able to conclude a Tariff Treaty. || I had, however, suggested to M. de Freycinet, that a simple most-favoured-nation Treaty might still be made, and this suggestion commended itself strongly to M. Tirard's judgment. He was, he said, able to inform me, that the French Government would willingly conclude such a Treaty with Great Britain, on condition, that Great Britain, on its part, engaged not to alter any of its present customs duties during the

Nr. 7685. Gross-britannien. 17. Febr. 1882.

Nr. 7685. Gross-britannien. 17. Febr. 1882. duration of the Treaty. This condition M. Tirard regarded as essential. He maintained, that without it France and England would not stand upon an equal footing. France, he averred, hat signed Commercial Treaties with various foreign Powers, in the benefits of which, for the whole time that they lasted, England would participate, and which put it out of the power of France to modify her Tariff during that time. On the other hand, England was hampered by no Commercial Treaties of any importance, and she would be able to deal with her customs duties just as she pleased. In short, according to M. Tirard, England would remain mistress of her Tariff, while France would no longer be mistress of hers; and this, he maintained, was a state of things to which the French Chambers would never be brought to agree. || I did not admit the force of this reasoning, and I stated the objections to it, which are so obvious, that I need not detain your Lordship by recapitulating them here. || M. Tirard, however, begged me to communicate to Her Majesty's Government his proposal, that a most-favoured-nation Treaty should be made on the condition he had named, and to await their answer on the subject. || This, of course, I could not but agree to do, but I asked M. Tirard whether he had carefully considered all the suggestions which I had made to M. de Freycinet as to the terms upon which a Tariff Treaty might still be made. In referring to these terms, as they are stated in your Lordship's despatch of the day before yesterday, I laid special stress upon the suggestion that *ad valorem* duties should be continued, as a temporary measure, pending the settlement of equivalent specific duties by a Joint Commission. || M. Tirard, however, repeated the refusal to listen to this suggestion, which had been expressed by him and by M. de Freycinet at the interview which they had with me and Mr. Crowe on the 3rd instant. Indeed, Mr. Tirard went so far as to declare, that of all solutions this would be the worst. || It would, he affirmed, run exactly counter to the feeling now prevailing in the Chambers and in the country generally. The long-continued commercial discussions at home and commercial negotiations with foreign Powers had produced a feeling compounded of lassitude and vexation. The public were impatient for certainty; they wished to place their commercial affairs at once on a fixed permanent basis, and to have done with the whole matter. Indeed, there was a growing desire to have no Commercial Treaties at all. This would necessitate the amendment of the present General Tariff, because that Tariff had been drawn up with a special view to negotiations with foreign Powers. It might, however, be so amended as to lower such duties as would check the imports of certain articles needful to France, while it raised the duties on articles the home manufacture of which required protection. These, M. Tirard said in conclusion, were not his own views, but they were, nevertheless, the views of a large and increasing party. || I have, &c.

Lyons.

Nr. 7686. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Ablehnung der französischen Bedingungen.

Foreign Office, February 18, 1882.

My Lord, — I have to acknowledge the receipt of your Excellency's despatch of yesterday, reporting the statement made to you by M. Tirard as to the conditions, under which the French Government would be disposed to enter into a new Commercial Treaty with this country on the basis of most-favoured-nation treatment. || I have informed your Excellency in reply, by telegraph, that Her Majesty's Government cannot consent to purchase by Tariff engagements mere most-favoured-nation treatment, the refusal of which would be an unfriendly act. || The argument used by M. Tirard as to France being bound by Tariff engagements while Great Britain would be free can scarcely be held to be well founded. In addition to the uncertainty relative to the French Tariff which you notice, it is to be observed that, under M. Tirard's present proposal, France would not be bound by any specific engagement towards this country. || As you are aware, Her Majesty's Government hold, that the offers made to them by the Government of the Republic with respect to the French Tariff constitute a state of things inferior to the *status quo*, and it is obvious, that the Tariff stipulations in the Treaties recently concluded by France, and which are as yet unratified, are even much less favourable to extended trade. || I have to point out, in further reply to M. Tirard's proposition, the difference which lurks under an apparent similarity in terms between his remarks as applied to the revenue duties in the Customs Tariff of the United Kingdom and the protective duties of the French Tariff. || Her Majesty's Government approve the language held by your Excellency to M. Tirard, and I have to request, that you will inform the French Government that, if they are not prepared to adopt any other basis, Her Majesty's Government would be willing to conclude a most-favoured-nation clause Treaty of limited duration. I may remind your Excellency, that the French Government have adopted this course in the case of Austria-Hungary in the Treaty of the 7th November, 1881. || I am, &c.

Nr. 7686. Grossbritannien. 18. Febr. 1882.

Granville.

Nr. 7687. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Paris an den engl. Min. d. Ausw. — Verhandlungen über den Meistbegünstigungsvertrag.

Paris, February 18, 1882.

My Lord, — I had this afternoon the honour to receive your Lordship's telegram of to-day, in which, in answer to my report of the communication made to me yesterday by M. Tirard, your Lordship informed me that Her Majesty's Government could not consent to purchase by Tariff arrangements

Nr. 7687. Grossbritannien. 18. Febr. 1882.

Nr. 7687. Grossbritannien. 18. Febr. 1882. mere most-favoured-nation treatment, the refusal of which would be an unfriendly act, but that they would be willing to conclude a simple Most-favoured-nation Treaty of short duration. || I have already reported to your Lordship by telegraph that, without any loss of time, I communicated the contents of your Lordship's telegram verbally to M. de Freycinet; that, after a long discussion, I failed in convicing him, that under a simple most-favoured-nation clause France would be on an equal footing with England; and that he declared, that the only two arrangements ("combinaisons") which appeared to him possible were the following: — || "A Most-favoured-nation Treaty, including a stipulation that England should not change her duties, which Treaty might, if such should be the wish of Her Majesty's Government, be of short duration. || A Most-favoured-nation Treaty, with a stipulation that, if the English customs duties should be at any time changed, France should thereupon be at liberty to denounce the Treaty at very short notice." No better result was obtained; but perhaps it may not be superfluous for me to add to my telegram a somewhat fuller statement of the general purport of the discussion. || On my side, I dwelt strongly on the desire of Her Majesty's Government to maintain cordial feelings between the two nations, and urged that France would not be responding to the friendly and neighbourly feelings of England if she refused to extend to England commercial facilities which she conferred upon other Powers, in short, if she refused to England the most-favoured-nation treatment which England was ready and desirous to bestow upon her. I pointed out, moreover, that in consequence of the commercial stipulation in the Treaty of Frankfort, and of other circumstances, the appearance would be, that England was specially singled out for disfavour. And I cited as a precedent for a Most-favoured-nation Treaty of short duration the Convention between France and Austria-Hungary, signed on the 7th of November last. || In answer to M. de Freycinet's argument, that a simple most-favoured-nation clause would not place France and England upon an equal footing, I averred, that if the matter was to be treated on that basis I could not help observing, that the French proposals involved an inequality much to the disadvantage of England. England was, I said, called upon to bind herself to maintain the *status quo*; but did France, on her side, offer the *status quo* in return? Not at all. What France offered to England was simply the benefit of certain Treaties, which established Tariffs of import duties into France very much less advantageous than those now in existence, and it was to be remembered, that not one of those Treaties had yet been sanctioned by the French Chambers, and that it was not certain, that all, or indeed any, of them would ever be so sanctioned. || M. de Freycinet did not admit, that there was any probability, that the Treaties already signed would not be ratified eventually; and he declined to discuss the matter on any other hypothesis than that of the existence of Commercial Treaties between France and other Powers. He averred, that the consequence

was that, under a Treaty such as I suggested, France would be bound by a maximum Tariff, that resulting from her engagements with other Powers, while England would be perfectly free to raise her duties just as she pleased. Thus, while English trade would enjoy certainty and security under a Tariff fixed by Treaties, French trade would have no certainty at all. There would be nothing, for instance, to prevent the English duties on wines and silks being raised at any moment. It might, or might not, be probable, that they would be raised; but there would be no Treaty security against it. This was a state of things which would never be sanctioned by the Legislature in France, even if the Government could be brought to assent to it. M. de Freycinet throughout the conversation confined himself almost exclusively to this one point, and he ended by begging me to submit to your Lordship the two alternative combinations which I reported to you by telegraph, and which are recited above in the present despatch. || As I had also the honour to report to your Lordship by telegraph, M. de Freycinet expressed a strong desire to be acquainted with your Lordship's answer the day after to-morrow (Monday), in order, that he might be able to bring the matter before the Council of Ministers, which would sit very early on Tuesday morning. || I have, &c.

Nr. 7687. Gross-britannien. 18.Febr.1882.

Lyons.

Nr. 7688. FRANKREICH. — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — England soll das Recht der meistbegünstigten Nation durch Gesetz gesichert werden.

Paris, le 23 Février, 1882.

Nr. 7688. Frankreich. 23.Febr.1882.

Mon cher Ambassadeur, — Le conseil a reconnu que toutes les combinaisons dont nous avons parlé ont l'inconvénient de ne pas placer la France et l'Angleterre sur un pied d'égalité, en ce sens, que l'Angleterre pourrait à tout instant se dégager tandis que la France ne le pourrait pas. || Mais nous avons pensé que cet inconvénient pourrait être évité, en même temps qu'on atteindrait l'avantage que nous avons en vue (à savoir: éviter l'application du Tarif Général), au moyen d'un Projet de Loi que nous présenterons aujourd'hui, et qui concéderait directement à l'Angleterre le traitement de la nation la plus favorisée. De la sorte, chaque pays resterait maître de ses actes (puisque nous pourrions aussi bien abroger cette Loi que vous-mêmes élever vos Tarifs), et cependant, en fait, nous jouirions indéfiniment les uns et les autres des Tarifs réduits. || J'espère que vous approuverez cette idée de M. Tirard, qui nous a paru aussi simple qu'efficace. || Je n'ai pas jugé utile de vous envoyer M. Tirard pour plus amples explications. || Je suppose que cette lettre vous suffira. || Croyez moi, &c.

C. de Freycinet.

Nr. 7689. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Botschafter in Paris. — Ein Meistbegünstigungs-Gesetz ist nicht genügend.

Foreign Office, February 24, 1882.

Nr. 7498. Gross-britannien. 24. Febr. 1882.

My Lord, — I have to acknowledge the receipt of your Excellency's despatches and telegram of yesterday, relative to the announcement made to your Excellency by M. de Freycinet, and to the Chamber of Deputies by M. Tirard, of the arrangement by which the French Government propose to extend to British commerce most-favoured-nation treatment in France. || The announcement made by the French Ministers does not cover the whole ground of the existing Treaties, or of the commercial negotiations. But, before entering upon these questions, I must express the regret of Her Majesty's Government at this unsatisfactory termination of the existing Treaties and of the recent negotiations. || In itself the arrangement is open to considerable objection. It places all business transactions in a precarious condition, from uncertainty as to Tariff, while, as regards the French Tariff, the future state of things with respect to British trade will be much inferior to the *status quo*. || As your Excellency is aware, the changes of classification and duty on some of the principal branches of British trade with France will largely raise the present rates. It is well to repeat, that Her Majesty's Government do not consider, that these questions have been sufficiently examined, and they much regret the refusal of the French Government to accede to their proposal for the temporary maintenance of *ad valorem* duties, and the further examination of the points at issue. || I have to observe, that it does not appear clearly, that the French Government intend to confer complete most-favoured-nation treatment in all matters relating to commerce. There are many matters besides Tariff, such as prohibitions of importation and exportation, transit, expertise, inland taxes and other subjects, with respect to which a clear understanding as to the enjoyment of most-favoured-nation treatment is necessary. || And, further, with respect to the position of the subjects of the two Powers, shipping questions ande trade marks, at all events, Treaty stipulations between the two countries would appear to be necessary. || It does not appear to be requisite, in order to give effect to most-favoured-nation stipulations, that a Declaration should be signed to maintain the existing Treaties and Conventional Tariff in force until the 15th May next, inasmuch as prolongation up to that date has been given to the countries with which Treaties have been signed; but I have called your Excellency's attention, by telegraph, to this matter and to the points above named, and have requested you to ascertain the intentions of the French Government with regard to them. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7690. FRANKREICH. — Gesetz, betreffend die Einfuhrzölle auf englische Waaren. — Vom 27. Februar 1882.

Loi relative au régime douanier applicable aux Produits Anglais, lors de leur Entrée en France.

Le Sénat et la Chambre des Députés ont adopté,

Le Président de la République promulgue la Loi dont la teneur suit: — Nr. 7690. Frankreich. 27.Febr.1882.

Art. 1[er]. A partir de la promulgation de la présente Loi, les marchandises d'origine ou de manufactures Anglaises seront soumises, à leur entrée en France, au même traitement que celles des nations les plus favorisées.

Art. 2. Les dispositions de l'Article ci-dessus ne seront point applicables aux produits coloniaux, qui restent soumis aux conditions du Tarif Général des Douanes.

La présente Loi, déliberée et adoptée par le Sénat et par la Chambre des Députés, sera exécutée comme Loi de l'État.

Fait à Paris, le 27 Février, 1882.

Jules Grévy.

Par le Président de la Republique:

Le Président du Conseil, Ministre des Affaires Étrangères,

C. de Freycinet.

Le Ministre du Commerce,

P. Tirard.

Nr. 7691. FRANKREICH und GROSSBRITANNIEN. — Handels- und Schifffahrts-Convention vom 28. Februar 1882.

Nr. 7691. Frankreich und Grossbritannien. 28.Febr.1882.

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, et le Président de la République Française, également animés du désir de maintenir les liens d'amitié qui unissent les deux États, et considérant que les Traités, prorogés par la Déclaration du 4 de ce mois, doivent prendre fin le 1[er] Mars prochain, ont résolu de conclure une Convention destinée à régler l'état des relations commerciales et maritimes entre les deux pays, ainsi que l'établissement de leurs nationaux, et ont, à cet effet, nommé pour leurs Plénipotentiaires respectifs, savoir: —

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Très Honorable Richard Bickerton Pemell Vicomte Lyons, Pair du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Chevalier Grand Croix du Très Honorable Ordre du Bain, Chevalier Grand Croix du Très Distingué Ordre de St. Michael et St. George, Membre du Conseil Privé de Sa Majesté Britannique, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près le Gouvernement de la République Française; et le Président de la République Française, M. Louis Charles de Saulces de Freycinet, Sénateur, Président du Conseil,

Nr. 7691. Frankreich und Gross-britannien. 28 Febr. 1882.

Ministre des Affaires Étrangères, Officier de l'Ordre National de la Légion d'Honneur; M. Pierre Tirard, Député, Ministre du Commerce; et M. Maurice Rouvier, Député, ancien Ministre du Commerce et des Colonies;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants: —

Art. I. Les Tarifs de Douanes pour les marchandises ou produits manufacturés du Royaume-Uni à leur importation en France et en Algérie et pour les marchandises ou produits manufacturés de France et d'Algérie, à leur importation dans le Royaume-Uni devant demeurer réglé par la législation intérieure de chacun des deux États, les Hautes Parties Contractantes se garantissent réciproquement dans le Royaume-Uni et en France ainsi qu'en Algérie le traitement de la nation la plus favorisée en toute autre matière. || Il est aussi entendu que sous réserve de l'exception ci-dessus établie chacune des Hautes Parties Contractantes s'engage à faire profiter l'autre, immédiatement et sans condition, de toute faveur, immunité, ou privilège, en matière de commerce ou d'industrie, qui aurait pu ou pourrait être concédé par une des Parties Contractantes à une tierce Puissance en Europe ou hors d'Europe. || Il est également entendu qu'en tout ce qui concerne le transit, l'emmagasinage, l'exportation, la réexportation, les taxes locales, le courtage, les formalités de Douanes, les échantillons, et également en toute matière concernant l'exercice du commerce et de l'industrie, ainsi que la résidence, temporaire ou permanente, l'exercice d'un métier ou profession, le paiement de taxes ou autres impôts, de la jouissance de tous les droits et privilèges légaux, comprenant le droit d'acquérir, de posséder, et la libre disposition de la propriété, les ressortissants Français dans le Royaume-Uni et les ressortissants Britanniques en France ou en Algérie jouiront du traitement de la nation la plus favorisée.

Art. II. Les marchandises de toute nature, venant de l'un des deux États ou y allant, seront réciproquement exemptes dans l'autre État, de tout droit de transit. || Les deux Gouvernements conservent la faculté d'exclure du transit les armes, les munitions de guerre, ainsi que les contrefaçons. || Le traitement de la nation la plus favorisée est réciproquement garanti à chacun de deux pays pour tout ce qui concerne le transit. || Il est entendu que chacune des Hautes Parties Contractantes se réserve le droit de prononcer à l'égard de toutes marchandises en provenance ou à destination de l'un ou de l'autre État, les prohibitions ou les restrictions temporaires d'entrée, de sortie, ou de transit qu'elle jugerait nécessaire d'établir pour des motifs sanitaires, pour empêcher la propagation d'épizooties ou la destruction de récoltes, ou bien en vue d'événements de guerre.

Art. III. Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à n'établir l'une envers l'autre aucune prohibition d'importation ou d'exportation qui ne soit en même temps applicable aux autres nations.

Art. IV. Les marchandises de toute nature originaires du Royaume-Uni importées en France ou en Algérie ne seront pas assujetties à des droits d'ac-

cise, de consommation intérieure ou d'octroi autres ou plus élevés que ceux qui grèvent ou grèveraient les marchandises similaires d'origine Française; de même les marchandises de toute nature originaires de France ou d'Algérie et importées dans le Royaume-Uni ne pourront être assujetties à des droits d'accise, de consommation intérieure ou d'octroi autres ou plus élevés que ceux qui grèvent ou grèveraient les marchandises similaires d'origine Britannique.

Art. V. L'importateur de machines et mécaniques entières ou en parties détachées, est affranchi de l'obligation de produire à la Douane tout modèle ou dessin de l'objet importé.

Art. VI. Les articles soumis à des droits et servant soit de modèles, soit d'échantillons, qui seront introduits dans le Royaume-Uni par des voyageurs de commerce Français, ou en France et en Algérie par des voyageurs de commerce du Royaume-Uni, seront admis en franchise à condition de satisfaire aux formalités suivantes qui seront requises pour assurer leur réexportation ou leur mise en entrepôt: —

1. Les préposés des Douanes du lieu ou port dans lequel les modèles ou échantillons seront importés, constateront le montant du droit applicable aux dits articles. Le voyageur de commerce devra déposer, en espèces, le montant des dits droits au bureau de douane, ou fournir une caution valable.

2. Pour assurer leur identité, chaque modèle ou échantillon séparé, sera, si faire se peut, marqué au moyen d'une estampille ou d'un cachet y apposé.

3. Il sera délivré à l'importateur un permis ou certificat qui donnera: —|| (*a*) Une liste des modèles ou échantillons importés, spécifiant la nature des articles ainsi que les marques particulières qui peuvent servir à la constatation de l'identité; || (*b*) Un état indiquant le montant du droit dont les modèles ou échantillons sont passibles, et si ce montant a été versé en espèces ou garanti par caution; || (*c*) Un état indiquant la manière employée pour marquer les modèles ou échantillons; || (*d*) La limite de temps qui, en aucun cas, ne pourra dépasser douze mois, à l'expiration de laquelle, s'il n'est pas prouvé que les articles aient été réexportés ou mis en entrepôt, le montant du droit déposé sera versé au Trésor ou recouvré s'il a été donné caution. Il ne sera exigé aucun frais de l'importateur pour la délivrance du certificat ou permis, non plus que pour l'estampille destinée à la constatation de l'identité.

4. Les modèles ou échantillons pourront être réexportés par le bureau d'entrée aussi bien que par tout autre.

5. Si, avant l'expiration de la limite de temps fixée (paragraphe 3 *d*), les modèles ou échantillons étaient présentés à la douane d'un lieu ou d'un port, pour être réexportés ou entreposés, les préposés de ce port devront s'assurer, par une vérification, si les articles qui leur sont présentés sont bien ceux pour lesquels a été délivré le permis d'entrée. Si l'identité est prouvée à leur satisfaction, les préposés certifieront la réexportation ou la mise en entrepôt, et rembourseront le montant des droits déposés, ou prendront les mesures nécessaires pour la décharge de la caution.

Nr. 7691. Frankreich und Gross-britannien. 28. Febr. 1882.

Art. VII. Les navires Anglais et leur cargaison en France et en Algérie, et les navires Français et leur cargaison dans le Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, à leur arrivée d'un port quelconque et quelque soit le lieu d'origine ou de destination de leur cargaison, jouiront sous tous les rapports du même traitement que les navires nationaux et leur cargaison.

Art. VIII. Les Hautes Parties Contractantes se réservent la faculté d'imposer des droits de tonnage, de débarquement ou d'embarquement, affectés à la dépense des établissements nécessaires au port d'importation ou d'exportation. Toutefois ces taxes, qu'elles soient perçues par l'État, les villes, les Chambres de Commerce ou par toute autre corporation ne pourront être ni autres ni plus élevées que celles qui sont ou seraient applicables aux navires nationaux et à leurs cargaisons à quelque port qu'ils appartiennent. La volonté des Hautes Parties Contractantes étant que sous ce rapport les bâtiments Anglais et les bâtiments Français ainsi que leurs cargaisons soient traités sur le pied d'une parfaite égalité. || En ce qui concerne le traitement local, le placement des navires, leur chargement ou déchargement, ainsi que les taxes ou charges quelconques dans les ports, bassins, docks, rades, havres et rivières des deux pays et généralement pour toutes les formalités ou dispositions auxquelles peuvent être soumis les navires de commerce, leurs équipages et leurs cargaisons, les privilèges, faveurs, ou avantages qui sont ou seraient accordés aux bâtiments nationaux, ainsi qu'aux marchandises importées ou exportées par ces bâtiments, seront également accordés aux navires de l'autre pays, ainsi qu'aux marchandises importées ou exportées par ces navires.

Art. IX. Il est fait exception aux dispositions de la présente Convention en ce qui concerne le cabotage, dont le régime demeure soumis aux lois respectives des deux pays. || Il est également fait exception aux dispositions de la présente Convention en ce qui concerne la pêche, dont le régime demeure soumis aux Conventions spéciales qui sont ou seront existantes entre les deux pays et aux lois respectives des deux pays.

Art. X. Les ressortissants de chacune des deux Hautes Parties Contractantes jouiront dans les États de l'autre de la même protection et seront assujettis aux mêmes obligations que les nationaux pour tout ce qui concerne la propriété, soit des marques de fabrique et de commerce, des noms commerciaux ou d'autres marques particulières indiquant l'origine ou la qualité des marchandises, soit des modèles et dessins industriels.

Art. XI. Les ressortissants de chacun des deux États seront exempts, dans l'autre, de tout service militaire, de toutes réquisitions ou contributions de guerre, des prêts et emprunts et autres contributions extraordinaires qui seraient établis par suite de circonstances exceptionnelles, en tant que ces contributions ne seraient pas imposées sur la propriété foncière.

Art. XII. La présente Convention entrera en vigueur le 16 Mai, 1882, et restera exécutoire jusqu'au 1er Février, 1892. Dans le cas où aucune des deux Hautes Parties Contractantes n'aurait notifié, douze mois avant la dite

période, son intention d'en faire cesser les effets, elle demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'autre des Hautes Parties Contractantes l'aura dénoncée. Nr. 7691. Frankreich und Gross-britannien. 28. Febr. 1882.

Art. XIII. Les ratifications de la présente Convention seront échangées à Paris*), au plus tard le 12 Mai, 1882.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Paris, en double expédition, le 28 Février, 1882.

Lyons.
C. de Freycinet.
P. Tirard.
M. Rouvier.

Nr. 7692. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an die engl. Unterhändler. — Rückblick auf die Verhandlungen.

Foreign Office, March 2, 1882.

Gentlemen, — On the termination of the commercial negotiations with France, I desire to express the entire satisfaction of Her Majesty's Government with your proceedings, and to convey their thanks for the manner in which you conducted these negotiations, and for the advice and assistance which you have afforded, since the close of the sittings of the Joint Commission, in the arrangement which has now been come to with the French Government. || The result of these communications, although it has not realized the wishes of Her Majesty's Government for an amelioration of the *status quo*, was anticipated, as a very possible contingency, in my instructions to you of the 24th May last. In that despatch I set forth the grounds, on which an expectation might be entertained, that in the interest alike of the French Treasury and people, even if an actual advance in the direction of free trade should not be resolved upon, certain duties, such as those on yarns, which fetter French industry, and which can scarcely defray the expense of collection, might be abandoned by the French Government. But I stated at the same time, that the answers returned to notes exchanged preliminary to formal negotiations, as well as the manner in which these negotiations had been opened, did not appear very favourable to a speedy and satisfactory agreement. From the nature of the case great discretion as to details was left to you. I suggested the principles which, in the opinion of Her Majesty's Government, might be adopted with advantage to give effect to "the basis of 'amélioration du *statu quo* dans le sens du développement des relations commerciales,' laid down officially by M. Léon Say when French Nr. 7692. Gross-britannien. 2. März 1882.

*) Ist geschehen. A. d. Red.

Nr. 7692. Gross-britannien. 2. März 1882. Ambassador at this Court;" I and instructed you, in the event of this basis being impracticable, "to preserve in their spirit, if not in the letter of their terms, the engagement of 1860." || The refusal of the French Commissioners to maintain *ad valorem* duties rendered it the more necessary for you to consult the trades affected by the proposed changes of classification and rates of duty in the French Tariff; and I desire to express my sense of the industry with which you made yourselves acquainted with the views of different branches of commerce in the United Kingdom, and also of the care and patience with which you brought their representations before the French Commission, and urged full consideration of them. When the French Government declined to accede to your proposals for the maintenance of the *status quo*, or to agree to maintain, temporarily at least, *ad valorem* duties for the descriptions of goods, with respect to which an understanding had not been come to, no agreement on matters of Tariff could, as I had anticipated as a possible contingency in my despatch of the 24th May, be arrived at. || In the end, as I also anticipated in this event, an arrangement has been made by the French Government for most-favoured-nation treatment in regard to customs duties on imports from the United Kingdom, and a Treaty has now been concluded which renews the stipulations of the existing Treaties relative to subjects, shipping, trade marks and certain other matters. || Under the circumstances, Her Majesty's Government feel assured, that the country will consider the whole result as not unsatisfactory; and although special Tariff stipulations have not been renewed, the conciliation and firmness which you displayed in the negotiation contributed largely to the final arrangements. || I am, &c.

Granville.

Englisch-Amerikanische Differenzen (Irland)*).

Nr. 7693. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. (Granville) an den engl. Gesandten in Washington (Thornton). — Der amerikanische Gesandte hat Vorstellungen gemacht wegen der Verhaftung von naturalisirten amerikanischen Bürgern in Irland.

(Extract.) Foreign Office, June 17, 1881.

Mr. Lowell informed me on the 3rd instant, that he had received instructions from his Government by telegraph to make representations to me on the subject of a naturalized American citizen, who had been arrested in Ireland on the 8th March last, to ask what was the crime, for which he had been arrested, and to press for his being brought to trial. || Mr. Lowell added, that he had been promised, that fuller instructions on the subject would be sent to him by mail. || I answered, that such representations took me much by surprise, considering the circumstances of the case, and the understanding which existed between the two countries on this point of international law. But I added that, as he expected fuller instructions, it would be better to await their arrival before discussing the question. || I now transmit, for your information, a copy of a letter which I have received from Mr. Lowell, in which he requests to be furnished with certain particulars connected with the arrest, under the Act for the better Protection of Person and Property in Ireland of the 2nd March, 1881, at Castlebar, county Mayo, on the 8th March last, of Joseph B. Walsh, who is stated to be a naturalized citizen of the United States.

Nr. 7693. Grossbritannien. 17. Juni 1881.

Mr. Lowell to Earl Granville.

Legation of the United States, London, June 8, 1881.

My Lord, — Referring to the interview which your Lordship was kind enough to grant me on the 3rd instant, in relation to the case of Joseph

*) S. Staatsarchiv Bd. I, Nr. 170 flg. Bd. XXI, Nr. 4488.

Nr. 7693. Gross-britannien. 17. Juni 1881. B. Walsh, arrested under the Coercion Act, at Castlebar, county Mayo, on the 8th March last, I have now the honour to request, that you would at your convenience furnish me, in order to my better understanding of the facts of the case, with a copy of the warrant under which he was arrested, and with such particulars as to the offence with which he is charged as may be within your knowledge, Mr. Walsh having furnished me with evidence satisfying me, that he is a naturalized citizen of the United States, though I have no reason to think, that Her Majesty's Government were aware of the fact when the warrant was issued. As your Lordship will observe by the dates, Mr. Walsh has already suffered a three months' imprisonment, to the manifest detriment of his affairs; and the President, while anxious not to embarrass in any way the action of a friendly Government in dealing with a very difficult and delicate question of domestic policy, cannot but also feel solicitous not to ignore any just claim of American citizens to his intervention in their behalf. || I have, &c.

J. R. Lowell.

Mr. Lowell to Earl Granville.

Legation of the United States, London, June 10, 1881.

My Lord, — I have to-day received a letter from M. William Simms, the Vice-Consul of the United States at Belfast, informing me of the arrest of Mr. Daniel Sweeney, or McSweeney, an American citizen, and inclosing papers in the case. The papers include a copy of the warrant of arrest, a letter from Mr. Sweeney to myself and his certificate of citizenship. It appears, that he was arrested on the 2nd instant and lodged in Dundalk Gaol. In his letter to me Mr. Sweeney denies, that he has ever said anything which could be construed into an incitement to riot, and asserts that, on the contrary, he has advised against the commission of crime and the violation of law. I should be glad to be informed of the particulars of the charge against Mr. Sweeney. I may repeat what I said in my note of the 8th instant with regard to the case of Mr. Walsh, that my Government, though anxious not to ignore the just claim of American citizens to protection, has no desire to embarrass the action of a friendly Government in dealing with a difficult and delicate domestic question. || I have, &c.

J. R. Lowell.

Nr. 7694. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. — Ausländer unterliegen den Gesetzen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ebenso wie die Inländer.

Foreign Office, June 24, 1881.

Sir, — Referring to my despatch of the 17th instant, in which I communicated to you a copy of the letter addressed to me by Mr. Lowell, requesting, that he might be furnished with certain particulars connected with the arrest in Ireland, under the Peace Preservation (Ireland) Act, 1881, on the 8th March last, of Mr. Joseph B. Walsh, who is said to be a naturalized citizen of the United States, I now propose to place before you the considerations which, in the opinion of Her Majesty's Government, justify them in declining to recognize any distinction between the liability of foreigners and British subjects in respect to unlawful acts committed within the limits of British jurisdiction, or to admit any claim to exemption on behalf of any person, whether alien or citizen, from the operation of the laws which equally affect all persons residing in the dominions and under the protection of the Crown. || At the same time, I wish to observe, that Her Majesty's Government have not failed to note the friendly assurances given on the part of the President of the United States towards this country, as contained in Mr. Lowell's letters of the 8th and 10th instant when applying for information with regard to the arrests in Ireland, under the Act already cited, of Messrs. Walsh and Sweeney. || The right of every State to subject foreigners within its limits, no less than its own subjects, to every law made for the maintenance of law and order is an undisputed principle of the law of nations, and is a right necessarily inherent in the sovereignty of every independent community. || The principle is universally recognized, and is well stated by the great French jurist Portalis, as quoted by Sir Robert Phillimore in his "Commentaries upon International Law", vol. 1, cap. XVIII, section 334. p. 454: — || "Chaque État a le droit de veiller à sa conservation, et c'est dans ce droit que réside la souveraineté. Or, comment un État pourrait-il se conserver et maintenir, s'il existait dans son sein des hommes qui pussent impunément enfreindre sa police et troubler sa tranquillité? Le pouvoir souverain ne pourrait remplir la fin pour laquelle il est établi, si des hommes étrangers ou nationaux étaient indépendants de ce pouvoir. Il ne peut être limité, ni quant aux choses, ni quant aux personnes. Il n'est rien s'il n'est tout. La qualité d'étranger ne saurait être une exception légitime pour celui qui s'en prévaut contre la puissance publique qui régit le pays dans lequel il réside. Habiter le territoir, c'est se soumettre à la souveraineté." || The principles thus stated apply alike to exceptional laws which the necessities of State have caused to be impased, and to the action of the ordinary Tribunals. || Foreigners, whether the native-born or naturalized subjects of their own State, are equally

Nr. 7694. Gross-britannien. 24. Juni 1881.

Nr. 7694. Gross-britannien. 24. Juni 1881. amenable to the laws for the time being in force in the country in which they are resident. || It will be observed, that in the despatch of the 18th December, 1848 ("British and Foreign State Papers," vol. xlvii, p. 1242), Mr. Buchanan, the United States' Secretary of State, admitted, that the application of the Law suspending the writ of *habeas corpus* was one to which his Government might have "submitted in silence", if it "had been carried into execution in the same impartial manner against the citizens and subjects of all foreigns nations." || But on the occasions to which attention has now been called by Mr. Lowell there is no room for complaint of any exceptional treatment in the case of American citizens. || In the correspondence in 1866 between the British Government and the United States, the true light from which the matter is to be regarded was set forth very clearly in the statement made by Mr. Seward in his Confidential despatch to Mr. Adams, the substance of which will be found in Lord Clarendon's despatch to Sir F. Bruce of the 14th April, 1866. Mr. Seward then said, that he "frankly admitted, that Americans, whether native-born or naturalized, own submission to the same laws in Great Britain as British subjects, while residing there and enjoying the protection of the British Government;" and Mr. Seward added, that "the United States' Government had applied the converse of that principle to British subjects who were sojourning or travelling in the United States during the late rebellion." || Mr. Seward, no doubt, here referred to the discussion which took place between the two Governments in the year 1861, when the writ of *habeas corpus* was suspended by the Executive of its own authority in America. || This correspondence will be found in the "British and Foreign State Papers, 1860—61," vol. li, pp. 241, 243, 252, 264. || The principle was then admitted on both sides, that, if such a proceeding was lawfully authorized (as it has been, without question, in the case of Ireland), no complaint could be made if, under its principles, the subjects of foreign States were treated in like manner, or, as Mr. Seward expressed it in his letter to Lord Lyons of the 14th October, 1861*) (p. 245), "with no greater or less rigour" than the citizens of the country in which such an exceptional law had become duly operative. || (*Vide* also the correspondence in the case of Mr. Shaw, "British and Foreign State Papers, 1864—65," vol. lv, p. 710.) || Having regard to the fact, that amongst the most mischievous and dangerous attempts against peace and order in Ireland are those due to Irishmen who have become naturalized in Amerika, it would be, in the opinion of Her Majesty's Government, most highly impolitic to admit, either in principle or practice, any departure from the doctrine of their equal liability to the procedure which it has been found necessary to apply in the case of the subjects of the Queen. || Nothing could be more injurious than the belief, that Irish-American citizens could carry on lawless projects in Ireland covered by an exceptional

---

*) S. Staatsarchiv Bd. I, Nr. 171.

immunity. || If that were permitted, they would become the principal agents in the crimes which it was the object of the Act 44 Vict., cap. 4, for the protection of person and property in Ireland, to suppress. || In conclusion, I transmit, for your information, a copy of the reply which I am about to return to Mr. Lowell's applications of the 8th and 10th instant, regarding the arrets of Mr. Joseph B. Walsh and Mr. Daniel Sweeney, or McSweeney. || I am, &c. Nr. 7694. Grossbritannien. 24. Juni 1881.

Granville.

The Earl of Clarendon to Sir F. Bruce.

Foreign Office, April 14, 1866.

Sir, — Mr. Adams called upon me three days ago and read to me a confidential despatch from Mr. Seward respecting the Fenian agitation. || Mr. Seward said, that he did not think, that either time or occasion had arrived for making any communication on the subject to Her Majesty's Government, but in view of the news which had arrived of the suspension of the Act of Habeas corpus in Ireland, Mr. Seward thought Mr. Adams ought to be informed of the sentiments of the President in regard to Fenianism. || The Fenian excitement in the United States was, Mr. Seward said, a political question, exclusively affecting Ireland as one of the United Kingdoms. Those engaged in the agitation were, as a general rule, native Irishmen, of whom some had, while others had not, become naturalized in the United States. In moving, controlling and directing the Fenian agitation these persons were influenced by feeling, sentiments and views which they cherish as Irishmen, notwithstanding their change of domicile or place of residence or citizenship. In a word, the Fenian was a British and not an American movement. || The only question for the United States' Government, Mr. Seward said, was not whether the motives or designs of these agitations in regard to Ireland were just, wise, beneficent and humane, or the reverse, but whether, in seeking to promote their designs, they commit any violation of the laws of the United States which have been adopted to prevent military or naval aggression against nations with whom the United States are at peace. || Thus far, Mr. Seward said, no such violation of the law had been brought to the knowledge of the United States' Government, either by its own Agents or by the British Legation and it did not appear to the United States' Government to be wise to denounce the proceedings of the agitators so long as they were confined within those limits of moral agitation recognized equally by the United States and Great Britain as legitimate. || It was not unreasonable to suppose, that any unlawful enterprises against Ireland and the Colonies contrived in the United States would prove abortive and even absurd unless the movement had some connection with an uprising in the country to be invaded. It was not for the United States' Government to pronounce upon the improbability or other-

Nr. 7694. Gross-britannien. 24. Juni 1881. wise of such an uprising in Ireland. It was, however, reasonable to suppose that, if anything of the sort was contemplated, the suspension of the Act of Habeas Corpus would bring matters to a crisis, and if no uprising had taken place, it might be supposed either that such a movement had not been meditated or that it had been averted. In either case it was not to be apprehended, that a violation of United States' neutrality would now be committed. On the other hand, if any insurrection should have already broken out in Ireland, it would be by no means the purpose or policy of the United States to suffer their own laws to be violated, and their dignity and honour to be compromised. || Mr. Seward further said, that it might be expected, that some Irish-born but naturalized American citizens who might be now sojourning or travelling in Ireland would be arrested upon complaints of complicity in seditious proceedings. Of these, some would probably be innocent and others guilty. The situation would thus for a time necessarily become inconvenient and embarrassing; but Mr. Seward frankly admitted, that Americans, whether native-born or naturalized, own submission to the same laws in Great Britain as British subjects while residing there and enjoying the protection of the British Government, and Mr. Seward added, that the United States' Government had applied the converse of that principle to British subjects who were sojourning or travelling in the United States during the late rebellion. || Mr. Adams was, therefore, to give a careful examination to each complaint, dealing at all times frankly with the British Government, and asking on their part strict justice where American citizens were concerned. || I told Mr. Adams, that I had listened with much satisfaction to the views and opinions of Mr. Seward, as stated in the despatch which he had just read to me, and that I trusted, that both the state of Ireland and the prudence of the Lord Lieutenant would prevent any difference between Her Majesty's Government and that of the United States upon a question involving a principle, the discussion of which, in connection with Fenianism, it would be desirable not to enter upon. || I have, &c.

Clarendon.

Nr. 7695. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. — Vorstellungen wegen der in amerikanischen Zeitungen enthaltenen Aufreizungen zu Verbrechen in England.

Foreign Office, June 24, 1881.

Nr. 7695. Gross-britannien. 24. Juni 1881. Sir, — I have felt in my duty to call the attention of the United States' Minister to the publication at New York, in the newspaper called the "United Irishman," of direct incitements to murder, incendiarism and other outrages in England. || I showed to him some of the copies of this newspaper,

published on the 23rd and 30th April, 14th, 21st and 28th May, and 4th and 11th June. || It is probable, that the recent numbers of which a summary has been telegraphed to England will prove to be of a still more atrocious character, with this important additional circumstance, that the references to them in the English newspapers have made the public in England familiar with their contents. || I pointed out to him some of the more disgraceful paragraphs, though many almost as bad might be found pervading the whole of the newspapers.

Nr. 7695. Gross-britannien. 24. Juni 1881.

The writers of these paragraphs — 1. Advocate, in general terms, acts of incendiarism in all the great towns in England. || 2. Propose, in distinct terms, the blowing up of the train conveying the Prince of Wales. || 3. Profess knowledge of the intention to murder Mr. Gladstone, and to have been given a sum of 500 dollars for expenses, which is now at the command of men who will try "to do their work . . . . in spite of the police officials of Cheshire, Flintshire and Hawarden Castle." || 4. Claim the authorship of the explosion at Salford, where a boy was killed and a woman seriously injured. || 5. Assert generally, that they have brought about various fires in London and elsewhere. || 6. Lay claim to having accomplished the destruction of Her Majesty's ship "Doterel," and intimate, that they have taken measures for the destruction of other ships in a similar manner. || 7. Canvass for subscriptions for the promotion of these purposes, publish letters professing to send money for these objects, and declare, that they have remitted funds to persons in America and England to aid in their accomplishment. || 8. Distinctly assert, that the attempted explosion at the Mansion House was their work.

I remarked, that no civilized Government would tolerate the keeping of an office to collect and distribute money publicly for the purpose of murder and incendiarism against individuals within their own borders. The same rule applies with equal force to an open trade in assassination and arson, aimed at the public and at private persons in a friendly country. || It is, I observed, difficult in a free country to deal with secret conspiracies without intruding on the freedom of the subject. The English Government has found the embarrassments arising from plots of this nature. || But such difficulties do not arise where such criminal designs are openly avowed and publicly carried out. There is no principle at stake in restraining such machinations which the most liberal Government would desire to protect. || I said, that I had little doubt, that many, if not all, of the assertions in these publications were untrue, and that the subscription lists were in a great measure mere decoys; but it was impossible to regard these publications entirely as idle brag. Such things bore fruit by inducing paid adventurers to engage in reckless enterprises, on the chance of escape, or even at the risk of conviction, in the belief, that they could afterwards count upon being, when released from punishment, received in America and kept for the rest of their lives in idleness on the subscriptions of ignorant sympathizers.

Nr. 7695. Gross-britannien. 24. Juni 1881. I said, that the excellent relations which now exist between this country and the United States were founded upon feelings, not only of interest, but of mutual sympathy and respect. It would be inconsistent with such feelings if Her Majesty's Government had refrained from representing to the American Government the facts which had come to their knowledge. They felt convinced, that, if the circumstances had been reversed, the United States' Government would have felt in their duty to make a similar communication, and such representations would certainly have met with a due response. || I concluded by stating, that Her Majesty's Government left the matter with full confidence to the consideration of the President and his Government. || Mr. Lowell listened with attention to what I had said, and then remarked, that he should have recommended our not making any representations, because he did not see how the Government of the United Staates could give effect to them in a judicious manner. But he promised to forward them immediately to his Government. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7696. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Washington an den engl. Min. d. Ausw. — Unterredung mit Staatssecretär Blaine über die irische Agitation in den Vereinigten Staaten.

(Extract.) Washington, June 27, 1881.

Nr. 7696. Gross-britannien. 27. Juni 1881. On the 23rd instant I called at the State Department for the purpose of having some conversation with Mr. Blaine. I learnt, however, that he had not been there on that day, although it was Thursday, which has been considered by Mr. Blaine's predecessors as the one reserved for receiving the foreign Ministers. || I therefore went to Mr. Blaine's house, where I found him. I began by saying, that I had come to speak to him, unofficially and without instructions, about the very violent and hostile language which was being made use of by certain newspapers published at New York which supported the pretensions of the Fenians, and by O'Donovan Rossa and other men of that class, who were exciting to murder and destruction of property in England and Ireland. I alluded to telegrams which had been transmitted from England within the last two or three days, in which it was stated, that Her Majesty's Government had made a representation to that of the United States with regard to this incendiary language; but I informed him, that I had as yet received no intimation of such a step having been taken. I inquired of him, however, whether the Government had no power to restrain this hostile language towards a friendly nation, whether it were circulated in newspapers, or delivered at public meetings. || Mr. Blaine replied, that it had been the habit in this country to allow the greatest freedom of speech, even more

so than in England, both in the newspapers and at public meetings, and that no harm had apparently arisen from it. On the present occasion, the language which had recently been used by the Fenians had been treated with the greatest contempt by the vast majority of Americans, and had exercised no influence whatever, except among the Irish, until the arrival of the recent telegrams from England had given it a certain importance owing to the remonstrance alleged to have been made against it by Her Majesty's Government. If, however, he continued, the United States' Government should be able to discover, that armed expeditions were being prepared in this country with hostile intentions against Her Majesty's Government, or that schemes were being concocted for the destruction of life or property in Great Britain by means of explosives manufactured here, it would take the most energetic measures to prevent such expeditions and frustrate schemes of that nature. || I replied, that I had reason to believe, that conspiracies for the destruction of property in England by means of explosives were being conceived and even prepared in this country, but that it was almost impossible for me to point out with any degree of certainty the persons implicated in these crimes, or the places at which explosive machines are actually being manufactured. || I then drew Mr. Blaine's attention to the recent departure for Ireland of Stephen J. Meany, I pointed out to him, that there could be little doubt that the object of Meany's mission was to excite the people in Ireland to resistance to Her Majesty's authorities, and possibly to commit such acts as would force them to order his arrest, in the hope that such a proceeding would lead to bad feeling and dissension between the two Governments. I added that, however criminal such resistance might be on the part of Irishmen living in Ireland, it was possible that they might have some imaginary grievance which might give them a pretext for such conduct. But that it would be still more unpardonable on the part of a man who, like Meany, had thrown off his allegiance to Great Britain, had adapted another country whose protection he invoked, and had no right to complain of any measures which might be taken by Her Majesty's authorities, nor to violate the laws of Great Britain.

Nr. 7696. Gross-britannien. 27. Juni 1881.

Nr. 7697. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den Gesandten der Ver. Staaten in London. — Bezüglich der Verantwortlichkeit wegen gesetzwidriger Handlungen erkennt die englische Regierung eine Unterscheidung zwischen Inländern und Ausländern nicht an.

Foreign Office, June 28, 1881.

Sir, — In compliance with the request contained in your letter of the 8th instant, I have now the honour to forward a copy of the warrant under which Mr. Joseph B. Walsh, who is said to be a naturalized citizen of the

Nr. 7697. Gross-britannien. 28. Juni 1881.

Nr. 7697. Gross-britannien. 28. Juni 1881. United States, was arrested, at Castlebar, county Mayo, Ireland, on the 8th March last. || Her Majesty's Government have also had under their consideration the application made by you on the 10th instant, requesting to be furnished with particulars of the charge under which Mr. Daniel Sweeney, or McSweeney, an American citizen, had been arrested on the 2nd June, and lodged in Dundalk Gaol. || In the first place, I beg leave to assure you, that Her Majesty's Government are very sensible of the friendly feeling towards this country, and of the appreciation shown by the President of the United States with regard to the difficulties presented by the abnormal condition of affairs at this moment in a portion of the United Kingdom. || It will not, I trust, be necessary to enter at great length upon the reasons which, in the opinion of Her Majesty's Government, prevent them from recognizing any distinction between the liability of foreigners and British subjects in respect of unlawful acts committed within the limits of British jurisdiction, or from admitting any claim to exemption on behalf of any person, whether alien or citizen, from the operation of the laws which equally affect all persons residing in the dominions and under the protection of the Crown. || It will, it is hoped, suffice to refer to the despatch written on the 18th December, 1848 (see "British and Foreign State Papers," vol. xlvii, p. 1242), to Mr. Bancroft by Mr. Buchanan, where he admits, that the application of the law suspending the writ of *habeas corpus* (11 & 12 Vict., cap. 35) was one to which his Government might have "submitted in silence" if it "had been carried into execution in the same impartial manner against the citizens and subjects of all foreign nations." || On the present occasion Her Majesty's Government have no reason to believe, that there is ground to suppose that American citizens have met with exceptional treatment. || I have, &c.

Granville.

Nr. 7698. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Washington (West) an den engl. Min. d. Ausw. — Verhandlungen im Repräsentantenhause über die Verhaftungen in Irland.

(Extract.) Washington, February 15, 1882.

Nr. 7698. Gross-britannien. 15. Febr. 1882. With reference to my despatch of the 1st instant, I have the honour to inform your Lordship, that the Committee on Foreign Affairs of the House of Representatives having reported adversely a further Resolution offered by Mr. Robinson, of New York, respecting the arrest of American citizens in Ireland, it was "tabled" (tantamount to its death-blow) by a majority of 117 to 102. This Resolution was to the following effect: — "*Resolved*, — That the Attorney-General of the United States is hereby directed to communicate to this House his opinion in writing on the following question: — || "If Joseph Warren Keifer, Speaker of this House, or Alonzo B. Cornell, Governor

of the State of New York, or Charles Carroll, a labourer in the Department of Public Works in the City of New York, being a citizen of the United States, visit any part of the British Empire, and should there be arrested without having committed any crime, and without any definite charge of crime being alleged against him, could the English Government, by suspending the *habeas corpus*, or otherwise, lawfully detain him indefinitely on suspicion, without trial, or without any right in our Government to demand his release? Also his opinion on the application of the Law of the 29th July, 1868, to such cases, and the President's duty under it." || Another Resolution was then reported back to the House, with a recommendation that it should likewise be tabled. The terms were: — || "*Resolved*, — That the President of the United States, if not incompatible with the public service, be requested to communicate to this House all correspondence with the British Government on file in the State Department with reference to the case of D. H. O'Connor, a citizen of the United States, now imprisoned in Ireland." || The House, however, refused by 79 to 71 to do so, and a long discussion ensued upon it. The Chairman of the Committee on Foreign Affairs having stated, that he had not understood, that this Resolution had been considered by the Committee, a point of order was raised on the ground, that the Resolution was not a Report of the Committee, and Mr. Cox, of New York, then moved to recommit it, and to insert therein the names of Michael Hart, H. O'Mahoney and John McEnery, and to add a clause requesting the President to demand of the British Government the prompt trial of those citizens or their prompt release, whereupon Mr. Orth, of Indiana, the Reporter of the Committee on Foreign Affairs, stated, that he had no objection to such action being taken, and the Resolution was accordingly recommitted with instructions as above stated. || The only real point of interest in the discussion was the production of a letter from ex-Secretary Blaine to the brother of Denis O'Connor, in which, in speaking of the action of the British Government, he "reminds him, that the Act of Parliament under which O'Connor is held is a law of Great Britain, and it is an elementary principle of public law, that in such case the Government of that country, in the exercise of its varied functions, judicial and executive, administers and interprets the law in question. The right of every Government in this respect is absolute and sovereign, and every person who voluntarily brings himself within the jurisdiction of the country, whether permanently or temporarily, is subject to the operation of its laws, whether he be a citizen or mere resident. In stating this familiar principle, no more is conceded to Great Britain than every country may of right demand, and it is one of the sovereign rights which the Government of the United States has always insisted upon and maintained for itself." || A letter from the United States' Minister in London to the United States' Consul at Cork was also quoted, in which that Minister says: "The Coercion Act, so called, is an exceptional and arbitrary measure. . . Its very substance and main purpose are

Nr. 7698. Grossbritannien. 15. Febr. 1882.

Nr. 7698. Gross-britannien. 15. Febr. 1882. to deprive suspected persons of the speedy trial they desire. This law is of course contrary to the spirit and foundation principles of both English and American jurisprudence. But it is the law of the land, and it controls all persons domiciled in the proclaimed districts of Ireland, whether they are British subjects or not, and it is manifestly entirely futile to claim, that naturalized citizens of the United States should be exempted from its operation. || "Unless I am instructed to the contrary by the Department of State, I must take this view of my duties."

Nr. 7699. VEREINIGTE STAATEN. — Gesandter in London an den engl. Min. d. Ausw. — Wünscht die Einleitung einer Untersuchung gegen die verhafteten Amerikaner.

Legation of the United States, London, March 6, 1882.

Nr. 7699. Vereinigte Staaten. 6. März 1882. My Lord, — I have the honour to acquaint you, that I received yesterday from Mr. Frelinghuysen a cable despatch in cypher, of which the following is a translation: — || "Referring to the cases of O'Connor, Hart, McSweeney, Walsh, McEnery and Dalton, American citizens imprisoned in Ireland, say to Lord Granville that, without discussing whether the provisions of the Force Act can be applied to American citizens, the President hopes, that the Lord Lieutenant of Ireland will be instructed to exercise the powers intrusted to him by the 1st section to order early trials in their (and all other) cases in which Americans may be arrested." || In transmitting this despatch to your Lordship, I venture to hope that, considering the importance of the matters to which it refers, it may receive the early attention of Her Majesty's Government. || I have, &c.

J. R. Lowell.

Nr. 7700. GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. — Ein Unterschied zwischen Inländern und Ausländern kann bei der Untersuchung nicht gemacht werden.

Foreign Office, April 6, 1882.

Nr. 7700. Gross-britannien. 6. April 1882. Sir, — With reference to my despatch of the 31st ultimo, I have now to inform you, that Her Majesty's Government have carefully considered the representations that have been made to them by Mr. Lowell, on the part of the Government of the United States, concerning the arrest and imprisonment of certain American citizens in Ireland, and the hope expressed by the President, that the American citizens so detained may be brought to an early trial. || The persons at present detained in prison in Ireland under the provisions of the Protection of Person and Property Act of 1881 have been, and are,

all of them either ordinarily resident in Ireland, or persons who have visited Ireland unde the present circumstances of that country, and to whom full knowledge of those circumstances, and of the laws passed in the last Session of Parliament to arm the Government there with extraordinary powers, must be imputed. || In the use of these extraordinary powers, for the purpose of preventing incentives to outrage and crime and breaches of public order in Ireland, no general distinction can be made between those persons, for the time being in Ireland, who may have come there from the United States, or any other foreign countries in which they may have rights of citizenship, and others; nor have Her Majesty's Government generally any means of knowing whether such persons are native Irishmen who have not renounced their British nationality, or Irish emigrants who may have obtained rights of citizenship in the United States or elsewhere. || The Statute of last Session under which these prisoners are detained was passed (like all other Acts for the suspension of the *habeas corpus*, whether in England or in the United States) under circumstances of exceptional political necessity, for the express purpose of superseding and dispensing with trial; and the reference, in the 1st clause of the Act, to the authority of the Lord Lieutenant of Ireland was not for the purpose of enabling him to direct a trial (which could only take place upon a charge regularly made in the ordinary course of law), but for the contrary purpose. || The British Legislature, in passing that Act, declared the necessity of such a suspension of trial under certain circumstances. This necessity applies, within those conditions, alike to aliens and to British subjects in Ireland; and Her Majesty's Government are compelled to consider, that the necessity which led to the passing of the Act still subsists. || It is impossible either for Her Majesty's Government or for the Government of the United States to be ignorant, that the present disorders in Ireland have been, and are still, to a great extent fomented by Irish emigrants in the United States, and by subscriptions of money and publications hostile to British rule proceeding from that source. As you are aware, Her Majesty's Government found it necessary last year to address a friendly representation on this subject to the Government of the United States, and Her Majesty's Government cannot doubt, that the President and his Ministers must be desirous of discouraging all such proceedings to the best of their power. Under such circumstances, it is obvious, that the efforts of Her Majesty's Government and of the British Parliament for the vindication of law and the restoration of order in Ireland would be liable to be frustrated if aliens in Ireland (whatsoever nationality they might claim) were in any respect treated as exempt from the operation of laws which Parliament has found it necessary to enact for that purpose, or from the extraordinary powers conferred upon the Executive Government of Ireland by those laws. || The principle, that in such cases no distinction can be made in favour of aliens was maintained by the Government of the United States on the suspension of the Habeas Corpus Act in the Northern States

Nr. 7700. Gross-britannien. 6. April 1882.

Nr. 7700. Gross-britannien. 6. April 1882. during the civil war. On that occasion, complaints having been made of arbitrary and illegal arrests of certain British subjects, Mr. Seward, in a note dated the 14th October, 1861*), to Lord Lyons, then Her Majesty's Minister at Washington, after vindicating the legality of the proceedings complained of, expressed himself as follows: "In every case subjects of Her Majesty residing in the United States, and under their protection, are treated during the present troubles in the same manner, and with no greater or less rigour, than American citizens." || Subsequently, in 1866, when the Habeas Corpus Act was suspended in Ireland, a correspondence took place between the two Governments as to the right of Irish-born naturalized citizens of America then sojourning in Ireland to American protection. That particular question has since been disposed of by the Naturalization Act, 1870, whereby British subjects becoming voluntarily naturalized in a foreign State forfeit their British nationality. But the following extract from a despatch dated the 10th March, 1866, addressed by Mr. Seward to Mr. Adams, then Minister of the United States in London, and published in the diplomatic correspondence presented to Congress with the President's Message for that year, deserves particular notice, as the instructions to the United States' Minister which it contains entirely accord with the views of Her Majesty's Government in relation to the treatment of American citizens during the present troubles in Ireland.

In those instructions Mr. Seward used the following language: — || "It may be expected, that some of our Irish-born naturalized citizens who are own sojourning or travelling in Ireland will be arrested upon complaints of complicity in seditious proceedings. It may also be expected, that some who will be thus accused will be innocent, while others will be guilty. The situation will for a time necessarily become inconvenient and embarrassing. I know of no way in which you can meet it more properly than by pursuing the course which you have indicated. || Americans, whether native-born or naturalized, owe submission to the same laws in Great Britain as British subjects, while residing there and enjoying the protection of that Government. We applied the converse of this principle to British subjects, who were sojourning or travelling in the United States during the late rebellion." || In a further despatch dated the 9th June, 1866, Mr. Seward instructed Mr. Adams "to suggest to Lord Clarendon the expediency of the exercise of clemency to the extent at least of releasing all of the American citizens, native or naturalized, who are in confinement, upon the condition of their returning to the United States."

As no difference of opinion would appear to exist with respect to the principle so clearly ennunciated in the extracts above cited, Her Majesty's Government are in some doubt as to whether they have correctly apprehended the grounds on which the Government of the United States found their pre-

*) S. Staatsarchiv Bd. I, Nr. 171.

sent representations in favour of those American citizens in Ireland who have brought themselves under the operation of the Protection of Person and Property Act, and it is unnecessary to pursue the subject further at present. || I only desire to add, that the imprisonment of suspects under the Act is not a measure of punishment, but of prevention. The Irish Government have in many instances released prisoners upon a reasonable belief, that it could be done without risk to the public safety, and I need hardly say, that Her Majesty's Government are not desirous of detaining unnecessarily in prison any persons from whom no danger to the public peace is to be apprehended. || They will therefore be prepared to consider the circumstances of any citizens of the United States now detained who may be willing to engage forthwith to leave the United Kingdom. || I have to instruct you to read this despatch to Mr. Frelinghuysen, and to leave a copy of it with him if he should so desire. || I am, &c. Nr. 7700. Grossbritannien. 6. April 1882.

Granville.

Nr. 7701. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Washington an den engl. Min. d. Ausw. — Bericht des Staatssecretärs d. Ausw. an das Repräsentantenhaus über die Verhafteten.

Washington, April 6, 1882. Nr. 7701. Grossbritannien. 6. April 1882.

My Lord, — At the request of the Secretary of State, I called upon him the day before yesterday, when he put into my hands a communication which he said he was about to make to the House of Representatives, and which, before doing so, he wished me to read, in order, that it should not appear in print without my knowledge, as it related to what had passed between us respecting the Irish-American suspects. I thanked Mr. Frelinghuysen for his courtesy, and said, that this communication would at all events evince the amicable spirit which animated the two Governments. || I have the honour to inclose to your Lordship printed copies of this document as it was presented to the House of Representatives. || I have, &c.

L. S. Sackville West.

To the President, — The Secretary of State, to whom was referred the Resolution of the House of Representatives of the 31st January last, requesting the President "to obtain a list of all American citizens, naturalized or native-born, under arrest or imprisonment by authority of the British Government, with a statement of the cause or causes of such arrest and imprisonment, and especially such of said citizens as may have been thus arrested and imprisoned under the suspension of the *habeas corpus* in Ireland, and, if not incompatible with the public interest, that he communicate such information, when received, to this House, together with all correspondence now on file in

Nr. 7701. Grossbritannien. 6. April 1882. the Department of State relating to any existing arrest and imprisonment of citizens as aforesaid," has the honour to inform the President, in part response to this request of the House of Representatives, that for some time past active negotiations have been carried on between the two Governments. These negotiations have been conducted in a spirit of entire friendship, and it affords the Secretary of State pleasure to acquaint the President, that on the 2nd instant information was received by the Department of State, that all the American citizens held as prisoners in Ireland had been released except three; and that since that date the further information has reached him, that O'Connor, Hart, Walsh, Dalton and White are not now in prison. The negotiations are still being conducted with a view to the release of the remaining prisoners, and the hope is entertained, that a result will be reached satisfactory and honourable alike to both Governments.

Respectfully submitted,

Fredk. T. Frelinghuysen.

Department of State, Washington, April 4, 1882.

Nr. 7702. VEREINIGTE STAATEN. — Gesandter in London an den engl. Min. d. Ausw. — Dringt auf Entlassung der Verhafteten oder Untersuchung gegen dieselben.

Nr. 7702. Vereinigte Staaten. 14. April 1882.

Legation of the United States, London, April 14, 1882.

My Lord, — I have the honour to acquaint you, that I have received this morning two applications for my intervention from citizens of the United States who have been arrested under the Protection of Person and Property Act (Ireland) 1881. One of them is William Brophy, who sends his certificate of naturalization, and states, that he was arrested on the 4th March last, and is confined in Naas Gaol. The other is John Leonard Gannon, who asserts, that he was born at Hampton Hill, in the State of Connecticut, on the 13th December, 1852, and imprisoned in the Gaol at Galway on the 7th May, 1881, on suspicion of being one of an unlawful assembly. He says also, that he knows nothing further of the charge against him or of his accuser. || I have no information of the causes why Brophy was arrested; but I shall write to our Consul at Dublin to ascertain what is stated in the warrant on this subject, and I may have occasion to address your Lordship again in relation to it. || In respect to the case of Mr. Gannon, his imprisonment has now continued for so long a period, that I am sure your Lordship will understand why I ask your attention to it with unusual earnestness.

It is so contrary to the spirit of English as well as of American law to keep a man in prison for many months without any opportunity of confronting his accusers or of disproving the charges against him, that your Lordship cannot be surprised at the great excitement which such cases as

this of Mr. Gannon have occasioned in the United States, or at the instructions I have received from my Government to ask respectfully, that the accused parties may either be released or brought to trial. || I beg leave to repeat this request in the cases of Mr. Brophy and Mr. Gannon, as well as of other American citizens who have been imprisoned in Ireland, some of them for long periods of time. || I have, &c.

Nr. 7702. Vereinigte Staaten. 14. April 1882.

J. R. Lowell.

Nr. 7703. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den engl. Gesandten in Washington. — Die amerikanische Regierung will sich der amerikanischen Agitatoren in England nicht zu warm annehmen.

Foreign Office, April 27, 1882.

Nr. 7703. Grossbritannien. 27. April 1882.

Sir, — With reference to the correspondence which is being laid before Parliament respecting the publication in the United States of incitements to outrages in England, I think it as well to state to you, that Sir E. Thornton, who was at that time Her Majesty's Representative at Washington, reported to me last summer, that he had been confidentially informed, through a trustworthy source, that the Government of the United States were not disposed to take up too warmly the cause of American citizens, whether native or naturalized, who went to England or Ireland with the express object of agitating, and of then appealing to their Government for protection. It was considered, that there was no reason why such Americans should be entitled to better treatment than Irishmen, nor did it seem just, that an Irishman should be punished for acts for which an American would have been exempt from punishment. || Sir E. Thornton's informant added, that it was not probable, that protection would be extended by the Government of the United States to Irishmen who had come there for the sole purpose of being naturalized, and had subsequently returned to their own country and established themselves in some business, which proved, that the naturalization was a mere pretext, and indicated no real desire to become a genuine citizen of the United States. || He also alluded to the case of an Irishman who, having a trade in Ireland, had come to America to declare his intention to become a citizen, had gone back to follow his trade, had in due time come back to be naturalized, and had finally returned again to establish himself in Ireland, but with his certificate in his pocket as a citizen of the United States. || I am, &c.

Granville.

Nr. 7704. **PARISER KONGRESS-STAATEN** und **RUMÄNIEN.** — Zusatzakte zur Schifffahrtsakte für die Donaumündungen vom 2. November 1865.

Nr. 7704. Pariser Kongress-Staaten und Rumänien. 28. Mai 1881.

Les Puissances représentées au sein de la Commission Européenne du Danube, en vertu du Traité de Paris du 30 Mars 1856, et la Roumanie, qui a été appelée à en faire partie par l'article 53 du Traité de Berlin du 13 Juillet 1878.*) || Désirant mettre l'Acte-public du 2 November 1865,**) relatif à la navigation des embouchures du Danube, en harmonie avec les stipulations du Traité de Berlin portant que la dite Commission Européenne „exercera dorénavant ses fonctions jusqu'à Galatz, dans une complète indépendance de l'autorité territoriale, et que tous les Traités, arrangements, actes et décisions relatifs à ses droits, privilèges, prérogatives et obligations sont confirmés;“

Ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: — — —

Lesquels, après avoir produit leurs pleins-pouvoirs trouvés en bonne et due forme et dont une copie certifiée est restée déposée dans les archives de la Commission Européenne, sont convenus des dispositions additionnelles suivantes au susdit Acte-public du 2 November 1865:

Art. 1er. Les droits, attributions et immunités de la Commission Européenne du Danube, tels qu'ils résultent des Traités de Paris du 30 Mars 1856 et de Londres du 13 Mars 1871, de l'Acte-public du 2 November 1865, ainsi que des actes et décisions antérieurs au Traité de Berlin du 13 Juillet 1878, continueront à régir ses rapports avec les nouveaux Etats riverains, et leur effet s'étendra jusqu'à Galatz. sauf les modifications ci-après spécifiées.

Art. 2. L'Agent spécialement préposé à la police du fleuve, en aval de Galatz et à l'exclusion du port de Soulina, portera dorénavant le titre d'Inspecteur de la navigation du Bas-Danube, et sera, comme par le passé, assisté d'un chancelier et de surveillants répartis sur les différentes sections fluviales de son ressort, et tous placés sous ses ordres. || L'Inspecteur de la navigation, le chancelier de l'Inspection, ainsi que les surveillants des sections fluviales, le Capitaine du port de Soulina et tout le personnel placé sous les ordres de ce dernier, sont nommés par la Commission à la simple majorité des voix et sans distinction de nationalité. Ils peuvent également être révoqués par elle. || L'Inspecteur de la navigation et le Capitaine du port de Soulina remplissent leurs fonctions sous l'autorité directe de la Commission, qui les rétribue, et entre les mains de laquelle ils prêtent, ainsi que leurs subordonnés, le serment d'office. || Ils prononcent, en qualité de juges de première instance, sur les contraventions commises dans l'étendue de leurs ressorts respectifs, en ma-

*) Staatsarchiv, Bd. XXXV, Nr. 6773.
**) Bd. X, Nr. 2096.

tière de police de la navigation, et leurs jugements sont rendus au nom de la Commission Européenne du Danube. Nr. 7704. Pariser Kongress-Staaten und Rumänien. 28. Mai 1881.

Art. 3. Le contrôle des opérations de la Caisse de navigation de Soulina ne sera plus confié à un agent spécial; il sera exclusivement exercé par la Commission Européenne ou par l'autorité qui lui succédera, et ce, dans la forme qui est ou sera déterminée par la dite Commission ou autorité. || Le mode de perception des taxes et l'administration de la Caisse de navigation de Soulina pourront être modifiés par décision prise à l'unanimité des voix en séance plénière.

Art. 4. La disposition finale de l'article 14 de l'Acte-public de 1865 est modifiée en ce sens, que l'interdiction d'employer aucune partie des sommes produites par les taxes prélevées sur les bâtiments de mer ou des emprunts réalisés au moyen de l'affectation de ces taxes, pour couvrir les frais de travaux ou des dépenses administratives se rapportant à une section fluviale située en amont d'Isaktcha, est restreinte à la partie du fleuve située en amont de Galatz.

Art. 5. La Commission Européenne est chargée de l'entretien et de l'administration de tous les phares composant le système d'éclairage des embouchures du Danube: par suite, la quotepart, représentant les droits de phare dans le montant des taxes perçues à Soulina restera intégralement acquise à la caisse de navigation.

Art. 6. Les réglements sanitaires applicables aux embouchures du Danube, y compris les tarifs des taxes sanitaires, seront élaborés et modifiés, de concert avec la Commission Européenne, par le Conseil international qui sera institué à Bucarest. || Les réglements actuels resteront en vigueur jusqu'à nouvel ordre, sous la réserve du droit de la Commission Européenne de demander l'abrogation immédiate de ceux qui seraient en opposition avec les intérêts de la navigation et avec les principes énoncés dans les articles 18, 19 et 20 de l'Acte-public du 2 Novembre 1865. Dans le but de déterminer plus exactement la portée des stipulations du dit article 20, relatives aux mesures de quarantaine proprement dites, mises en vigueur en temps d'épidémie, il est expressément entendu et convenu que ces mesures sont exclusivement applicables aux navires et aux voyageurs de provenance brute et dans les ports non-contaminés, et que toute mesure exceptionnelle et restrictive doit être supprimée, pour l'intercourse entre les ports du fleuve, dès que l'épidémie est devenue générale sur ces rives. || Et afin de faciliter, en temps d'épidémie, le maintien de la police fluviale, il est convenu, de plus, que l'Inspecteur de la navigation, le chancelier de l'Inspection et les surveillants des sections continueront comme par le passé, à circuler librement sur le fleuve, sous la seule condition de se soumettre, en cas de compromission, aux mesures réglementaires auxquelles sont soumis les agents de la santé. Les mêmes immunités seraient, en cas de besoin, accordées aux Ingénieurs, employés et ouvriers de la Commission Européenne.

Nr. 7704. Pariser Kongress-Staaten und Rumänien. 28. Mai 1881.

Art. 7. En ce qui concerne spécialement l'administration du service sanitaire à Soulina, le Conseil international de Bucarest s'entendra avec la Commission sur la nomination et la rétribution du personnel de la santé, sur l'installation et le fonctionnement des bureaux, sur l'établissement et l'entretien d'un lazaret, sur le mode de perception des taxes sanitaires et sur la destination de leur produit, lequel formera un fonds spécial.

Art. 8. Pour assurer, en tout temps, au personnel ainsi qu'aux propriétés et ouvrages de la Commission Européenne le bénéfice de la neutralité qui leur est garantie par les articles 21 de l'Acte-public du 2 Novembre 1865 et 7 du Traité de Londres, du 13 Mars 1871,*) les Ingénieurs, employés et ouvriers de la Commission Européenne pourront être munis d'un brassard portant, sur fond bleu, les lettres blanches C. E. D. De plus, elle ne sera pas tenue d'arborer sur ses établissements de toute nature et sur ses embarcations d'autre pavillon que le sien, lequel est composé de cinq bandes parrallèles, perpendiculaires à la hampe, disposées dans l'ordre suivant de leurs couleurs: rouge, blanc, bleu, blanc et rouge, la bande bleue ayant une hauteur double de celle de chacune des autres bandes, et portant en blanc les lettres C. E. D.

Art. 9. Toutes les dispositions de l'Acte-public du 2 November 1865, auxquelles il n'est pas expressément dérogé par le présent acte additionnel, conservent toute leur force et valeur. || Le réglement de navigation et de police et le tarif des droits de navigation seront révisés ultérieurement par la Commission Européenne, pour être mis d'accord avec l'état de choses créé par le Traité de Berlin.

Art. 10. Le présent acte sera ratifié. || Chacune des Hautes Parties contractantes ratifiera en un seul exemplaire. Les instruments de ratification seront déposés, dans le délai d'une année, ou plus tôt si faire se peut, dans les archives de la Commission Européenne du Danube.**) || En foi de quoi, les Délégués Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent acte additionnel et y ont apposé leur sceau. || Fait à Galatz, le vingt-huitième jour du mois de Mai de l'an mil huit cent quatrevingt-un (n. st.).

J. Arendt. Revest.
de Haan. Pencovici.
Camille Barrère. Romanenko.
H. Siborne. Const. Et. Carathéodori.

*) Staatsarchiv, Bd. XX, Nr. 4286.
**) Ist geschehen am 20. Mai 1882.

Nr. 7705. RUMÄNIEN. — Thronrede des Königs bei Eröffnung der Kammern am 15. November 1881.

Messieurs les Sénateurs,
Messieurs les Députés,

Le plaisir que J'éprouve a Me trouver au milieu de Vous est toujours des plus vifs: c'est pour Moi l'occasion d'entretenir le pays, par ses mandataires légaux, des progrès réalisés, de ses besoins futurs et des efforts que Nous avons encore à faire tous ensemble pour l'établir définitivement dans les conditions d'un Etat libre, prospère et respecté. Aujourd'hui Mon coeur est pénétré d'une satisfaction d'autant plus profonde que c'est la première fois que J'ouvre la session ordinaire des Corps Législatifs du Royaume de Roumanie, reconnu avec sympathie par toutes les Puissances, auxquelles l'unissent les relations les meilleures et les plus amicales. || Pendant ces dernieres années, alors que nous avions encore à traverser tant d'écueils, à vaincre tant d'obstacles, les sessions des Chambres absorbaient, presque sans interruption, toute votre activité. Cette année, pour la première fois, vous avez pu, pendant la période des vacances parlementaires, consacrer une plus grande part de votre temps à vos intérêts privés, qui sont si legitimes. Vous avez pu vous mettre en contact plus direct et d'une assez longue durée avec vos électeurs. || Vous avez pu aussi, comme Mon gouvernment, prêter une attention plus détaillée aux diverses branches de l'administration publique. Cette commune étude vous a permis de constater avec plus de précision les parties faibles et les lacunes, que l'expérience seule pouvait révéler, dans nos lois et dans nos institutions. || Ces imperfections sont plus explicables en Roumanie que dans d'autres états: exposés à l'instabilité, conséquence fatale des guerres et des perturbations qui, tour-à-tour et des siècles durant, ont agité l'Orient, les Roumains se sont vus trop souvent contraints à suspendre les réformes qu'exigeait leur organisation intérieure afin d'élever les institutions de leur pays au niveau des principes qui régnaient en Europe. Ce n'est que par intermittences, et quand le pays jouissait d'un répit de tranquillité relative, que nous nous hâtions de créer des lois et des institutions. L'épreuve seule du temps nous mettait à même d'apprécier les modifications et les compléments qu'elles réclamaient pour offrir une entière concordance avec les traditions et les moeurs nationales. || Aujourd'hui plus que jamais, nous croyons que nous pourrons apporter une application plus profonde et plus soutenue à l'important travail du perfectionnement de notre organisation: les circonstances extérieures nous autorisent à espérer une ère de calme et de paix. En effet, à voir l'égale décision apportée par chacune des Grandes Puissances à résoudre les questions soulevées par le Traité de Berlin et restées en suspens, à regarder le rapprochement qui vient tout récemment de se consolider à nouveau entre les Souverains de quelques Etats puissants, et surtout des Etats voisins de la Roumanie, à considérer enfin la cordialité qui préside en général

Nr. 7705. Rumänien. 15. Nov. 1881.

Nr. 7705. Rumänien. 15. Nov. 1881. aux rapports des Grandes Puissances entre elles, nous restons fermement convaincus que nous avons les meilleures preuves, je pourrais dire les meilleures garanties, que le maintien de la paix est une des préoccupations primordiales de tous les grands Etats. Si dans l'existence des Etats puissants, à qui la lutte peut procurer souvent la satisfaction de leurs intérêts, le maintien de la paix forme une condition essentielle, combien plus cette condition s'impose-t-elle aux Etats plus petits, qui ne peuvent que souffrir des conséquences de la guerre? || Ainsi le moment est des mieux choisis pour nous occuper de compléter et d'améliorer notre législation, et de donner tout particulièrement à nos intérêts économiques un développement proportionné à la production et aux richesses du sol de notre pays. || Vous avez vu qu'il a suffi de faciliter les conditions de la navigation sur la grande voie du Danube, de construire une partie de nos chaussées et de nos lignes de chemins de fer, de donner aux intérêts privés la sécurité qui résulte d'une administration et d'une justice régulières, pour qu'en très peu de temps le pays prenne l'essor d'une prospérité antérieurement inconnue. Quelle surprise pour beaucoup, quelle révélation pour ceux qui ne connaissaient pas les richesses de notre pays, et qui mettaient en doute l'activité et les aptitudes du peuple Roumain! || De tels résultats nous ont, il est vrai, coûté de grands efforts, et ces efforts doivent être continués; car ce que nous avons acquis est loin d'être suffisant, et ne doit être regardé que comme un engagement à de nouveaux sacrifices. Nous avons à faire encore bien des pas en avant, soit en matière d'agriculture, soit en matière d'industrie minière, industrie restée jusqu'à ce jour enfouie dans les entrailles de notre sol. || Les voies ferrées, votées par vous l'année dernière afin de relier trois de nos mines de sel au réseau principal, sont en activité. Des études sur les mines de houille se poursuivent en plusieurs localités, et dès le commencement du prochain exercice budgétaire, Mon ministre des travaux publics vous présentera le budget afférent à l'exploitation des mines de houille de Bahna, dont l'exploration préliminaire est presque terminée. || En ce qui concerne l'agriculture, des mesures judicieuses ont été prises pour mettre nos produits en état de faire concurrence, comme qualité et comme prix, à ceux de l'étranger. || Les comices agricoles et les concours agricoles et industriels ont commencé à fonctionner régulièrement dans plusieurs districts, et je ne doute pas que la loi votée par vous à la fin de la dernière session ne soit bientôt féconde en heureux résultats. || La construction des docks et entrepôts est à l'étude. || Les ports de plusieurs villes seront dotés sous peu de quais dont la construction est déjà concédée sur nombre de points, et les banques agricoles sont à la veille d'ouvrir leurs opérations. || En outre, Mon ministre des travaux publics vous présentera divers projets de loi, entr'autres sur la création d'un ministère de l'agriculture, du commerce, de l'industrie et des domaines, sur la réorganisation du ministère des travaux publics et du corps technique, sur la création des règles relatives aux sociétés anonymes, et un projet sur la modification de la loi concernant

les chambres de commerce. || Tous ces travaux constituent un bon commencement. Mais ils ne fourniraient presqu'aucun avantage pratique dans un pays que la nature et les circonstances on fait surtout agricole, si nous ne savions nous placer et nous maintenir dans des conditions favorables de réussite. || Amélioration de la qualité des céréales et des bestiaux, bon marché et célérité des moyens de transport jusqu'aux points d'exportation, entrepôts et quais, tous ces progrès resteraient à peu près vains sans les facilités d'exportation jusqu'aux lieux de consommation les plus éloignés. || Aussi les préoccupations suscitées dans le pays par la question de la liberté du Danube sont-elles légitimes. La nécessité d'attirer le plus possible dans nos ports, tant en amont qu'en aval de Galatz, les bâtiments marchands étrangers et les pavillons de toute nationalité, est d'autant plus vivement sentie que notre commerce rencontre souvent, à l'exportation par les frontières de terre, divers empêchements, et que depuis quelque temps, sous prétexte d'épizootie, il est même menacé de se voir fermer complètement ces frontières, en ce qui concerne l'exportation des bêtes à cornes. || Nos intérêts vitaux entre tous nous imposent donc de veiller à ce que, tout au moins sur cette grande artère de communication, nous n'ayons pas à subir des conditions de nature à entraver notre développement et à faire pour nous de la liberté de la navigation un droit illusoire. A la liberté du Danube ont toujours été et restent étroitement liées les destinées de la Roumanie. Aussi les Roumains ont-ils, en toute occasion, témoigné leur reconnaissance à ceux qui contribuaient à émanciper ce grand fleuve de toute prépondérance exclusive. Lorsque la Russie, détruisant les forteresses de la rive gauche, a rouvert le Danube au commerce Européen; lorsque le traité de Paris est venu compléter l'oeuvre commencée, et donner plus de sécurité à la liberté de la navigation; lorsque le traité de Berlin, consacrant cette situation, l'a consolidée par de nouvelles garanties, en statuant que les règlements de navigation seraient élaborés par la Commission Européenne elle-même, dont le siége est à Galatz, les Roumains n'ont eu et ne pouvaient avoir que des sentiments de reconnaissance envers les grandes Puissances: ces sentiments, ils les ont toujours puisés dans la conviction profonde où ils sont encore, que la liberté du Danube est une condition essentielle du développement politique et économique de leur pays. || Cette conviction, dans d'autres circonstances, a compté parmi les puissants motifs qui nous ont déterminés à décliner avec une inébranlable énergie la proposition de rétrocéder la Bessarabie. Elle garde aujourd'hui toute sa force, et nous impose le devoir de ne pas souscrire à des combinaisons dont l'effet serait de réserver la navigation, depuis les Portes de Fer jusqu'à Galatz, à l'action prépondérante d'une seule Puissance. Nous ne voulons porter préjudice à personne. Mais nous voulons, nous sommes obligés de vouloir la liberté absolue du Danube, tout au moins dans nos eaux, et nous sommes prêts, dans le présent et dans l'avenir, à tous les sacrifices nécessaires pour assurer à tous égards la facilité absolue de la navigation. || Nous acceptons les règle-

Nr. 7705. Rumänien. 15. Nov. 1881.

Nr. 7705. Rumänien. 15. Nov. 1881. ments les plus sévères destinés à garantir la liberté de tous les pavillons; nous acceptons la surveillance la plus rigoureuse quant à l'application de ces règlements; mais nous prétendons aussi que dans les eaux Roumaines ils soient appliqués par les autorités Roumaines. En effet, et même à laisser de côté pour un moment les prescriptions des traités et du droit des gens qui sont en notre faveur, nous ne perdons pas de vue que nul plus que nous n'est intéressé à assurer la liberté et la prospérité de la navigation sur le Danube.

Notre production agricole a été, ces temps-ci, plus que médiocre. Bien que nous ayons encore des produits à exporter, l'année actuelle n'est pas de celles qui rendent prospères nos finances. Nous devons donc chercher à borner nos dépenses ordinaires, comme les années passées, aux ressources effectives dont nous disposons, sans recourir à des emprunts ou à de nouveaux impôts; car les emprunts ne doivent porter que sur les travaux dont jouiront aussi les générations futures et pour l'exécution desquels nous pouvons reporter sur eux une part des charges qu'ils entraînent. Mais, malgré la faiblesse de la récolte, nous ne subirons pas cette année, non plus que les précédentes, une diminution de revenus. Les contributions indirectes en général, les revenus des tabacs, des salines, du timbre promettent une plus-value sensible. || Les tarifs établis par les conventions de commerce sont plus réduits en Roumanie que partout ailleurs, à cause de notre préoccupation d'étendre nos rapports avec d'autres états plutôt que d'assurer à notre industrie naissante un régime protecteur. Cependant, et grâce aux progrès de l'administration, le revenu des douanes augmente d'année en année. Des améliorations et des réformes dans la perception vous seront proposées par Mon gouvernement. J'espère qu'elles auront aussi pour effet d'étendre cette augmentation aux revenus directs. || Je ne saurais omettre ici de constater que les résultats heureux obtenus jusqu'à ce jour dans l'administration de nos finances sont dus tout spécialement à notre esprit unanime de prudence et d'économie. C'est ainsi que nous avons pu éviter les emprunts, même en temps de guerre, et élever si haut le crédit de l'Etat que la conversion d'une partie de notre dette publique s'est imposée à nous comme une nécessité et nous a permuis de rédire d'environ trois millions les annuités que nous avons à payer. || Malgré tous les obstacles, la question des chemins de fer est sur le point de recevoir la solution désirée par le pays. Les opérations de rachat des obligations 6% et de conversion en obligations d'état 5% se sont effectuées en conformité de la loi votée par vous sans augmentation de l'annuité, et sans prolongation du terme d'amortissement. Aujourd'hui nous sommes en possession presque intégrale de tout le capital, et grâce à l'équité des instances judiciaires de Berlin, nous arriverons sous peu à la solution définitive de la question. || Aussi Mon ministre des travaux publics vous présentera-t-il un projet de loi spécial sur l'administration et l'exploitation du réseau entier des voies ferrées de l'Etat. Il soumettra également le budget afférent à chaque ligne à l'approbation de

la Chambre des Députés. || Outre tous ces travaux, Mon Gouvernement vous présentera des projets de loi non moins importants destinés à améliorer l'administration et l'état social de nos populations rurales. Dans cet ordre d'idées, Mon ministre de l'intérieur soumettra à vos délibérations trois projets de loi portant modification de plusieurs articles des lois communales, districtuelles et concernant les engagements agricoles, afin de les mettre mieux en harmonie avec la Constitution. Il vous soumettra également un projet de loi relatif au droit de vendre des boissons spiritueuses dans les communes rurales, en vue d'assurer des avantages aux écoles et à l'église. || Mon ministre de la justice vous présentera divers projets de loi réclamés par des nécessités urgentes, et en particulier pour réduire les intérêts légaux, pour assurer un contrôle efficace sur les établissements d'intérêt public, pour créer l'assistance judiciaire, pour améliorer plusieurs dispositions de procédure, enfin pour modifier la législation existante sur les tutelles.

L'organisation de l'armée, qui a toujours été de la part des Chambres l'objet du plus vif intérêt, se poursuit sans relâche et s'achève, en prenant une plus grande solidité. Je vois avec une égale satisfaction se justifier l'idée que je m'en étais formée dès les premières années de Mon règne: si, en tout pays, l'armée est un élément d'ordre et une garantie, elle a en Roumanie une autre mission, non moins élevée: elle contribue, parallèlement à l'école, à propager l'éducation et l'instruction. || Depuis la renaissance de l'esprit national, l'enseignement roumain a repris possession des écoles. || Leur nombre se multiplie d'année en année, et chacun apporte sa pierre à la construction de l'édifice de l'enseignement national. Mon ministre des cultes et de l'instruction publique vous soumettra une série de projets destinés à ameliorer et à compléter la loi des écoles aujourd'hui en vigueur, à assurer une marche plus régulière et plus prospère surtout à l'enseignement primaire et à l'enseignement professionnel. || Je suis heureux de constater que dans ce travail le concours de l'armée n'est pas des moins utiles. Quiconque a vu nos écoles régimentaires a pu se convaincre des progrès que nos soldats doivent aux efforts et à l'affection déployés par le corps des officiers pour seconder l'oeuvre de l'enseignement public. || Le paysan rapporte ainsi à son foyer, d'une part des habitudes de discipline qui contribuent à introduire l'ordre et la régularité dans les actes de sa vie, et d'autre part un petit capital de connaissances qui ne manqueront pas d'améliorer sa condition et son train de vie. || Vous le voyez, M. M. les Sénateurs, M. M. les Députés: en nous occupant tous de l'armée, nous ne sommes pas mûs par une ambition inconsidérée. Par bonheur, les Roumains se sont toujours gardés jusqu'à ce jour de toute faiblesse de ce genre. Dans toutes leurs luttes passées, ils n'ont jamais cherché qu'à défendre et à conserver ce qui était à eux. C'est précisément à cette conduite si judicieuse, qu'i s'est en tout temps imposée, qu'ils sont redevables de la force avec laquelle ils ont su résister et garder intacte leur individualité. Il est à observer que de tous les états qui se sont élevés, après la chute de

Nr. 7705. Rumänien. 15. Nov. 1881. l'Empire Romain, dans l'Europe Orientale, et qui ont eu à souffrir des invasions successives, la Roumanie est peut-être le seul Etat qui soit resté sans atteinte jusqu'à ce jour. Aussi, en apportant toute notre sollicitude à l'organisation de l'armée, ne faisons nous qu'obéir au désir où nous sommes de nous mettre au plus tôt, et sous tous les rapports, en position de conserver la place que nous avons conquise par nos sacrifices et par les sympathies des Grandes Puissances: nous ne faisons qu'obéir à la conviction qu'au développement seul des toutes les forces de la nation nous devrons d'être un élément d'ordre, de paix et de progrès dans l'Europe Orientale.

Messieurs les Sénateurs, — Messieurs les Députés, — Vaste et fécond s'étend devant vous le champ de votre activité législative pour la session actuelle. Après le couronnement de notre édifice politique, une mission nouvelle et non moins laborieuse s'ouvre maintenant devant vous, la consolidation de l'oeuvre grandiose qui a été le labeur d'une longue chaîne de générations, afin de fonder l'Etat Roumain, l'achèvement, par des mesures sages et prévoyantes, de ce que l'instabilité des temps et la précipitation des événements ont pu laisser d'encore inachevé. || Je suis convaincu qu'en présence de cette mission, la Représentation nationale sera comme toujours à la hauteur de sa tâche. Quelles que puissent être les divergences d'opinion au sujet des moyens les mieux appropriés pour atteindre la solution des questions soumises à vos délibérations, divergences si naturelles au sein de grandes assemblées où se débattent tant d'intérêts divers et où sont représentées toutes les forces vives et intelligentes de la société, J'ai la ferme confiance, et tout notre passé en est la plus sûre garantie, qu'à la première atteinte à l'honneur et aux droits de la nation, ici, comme sur le Trône, comme dans le pays entier, il n'y aura qu'une seule pensée pour tenir en éveil tous les esprits, pour faire battre fraternellement tous les coeurs, pour mettre en mouvement tous les dévouements, et déterminer les sacrifices les plus virils: la Roumanie, sur laquelle nous invoquons à jamais la bénédiction du Tout-Puissant. || La session ordinaire des Corps Législatifs est ouverte.

Charles.

Le président du conseil des ministres, ministre des finances et ad-intérim de la guerre, I. C. Bratiano.

Le ministre de l'intérieur, C. A. Rosetti.

Le ministre des affaires étrangères, Eug. Statesco.

Le ministre de la justice, M. Pherekyde.

Le ministre de l'agriculture, du commerce et des travaux publics, Colonel Dabija.

Le ministre des cultes et de l'instruction publique, V. A. Urechia.

Nr. 7706. **PREUSSEN.** — Erlass des Königs an das Staatsministerium vom 4. Januar 1882.

Nr. 7706. Preussen. 4. Jan. 1882.

Das Recht des Königs, die Regierung und die Politik Preussens nach eigenem Ermessen zu leiten, ist durch die Verfassung eingeschränkt, aber nicht aufgehoben. Die Regierungsacte des Königs bedürfen der Gegenzeichnung eines Ministers und sind, wie dies auch vor Erlass der Verfassung geschah, von den Ministern des Königs zu vertreten; aber sie bleiben Regierungsacte des Königs, aus dessen Entschliessungen sie hervorgehen und der seine Willensmeinung durch sie verfassungsmässig ausdrückt. Es ist deshalb nicht zulässig und führt zur Verdunkelung der verfassungsmässigen Königsrechte, wenn deren Ausübung so dargestellt wird, als ob sie von den dafür verantwortlichen jedesmaligen Ministern und nicht von dem Könige selbst ausginge. Die Verfassung Preussens ist der Ausdruck der monarchischen Tradition dieses Landes, dessen Entwickelung auf den lebendigen Beziehungen seiner Könige zum Volke beruht. Diese Beziehungen lassen sich auf die vom Könige ernannten Minister nicht übertragen; denn sie knüpfen sich an die Person des Königs. Ihre Erhaltung ist eine staatliche Nothwendigkeit für Preussen. Es ist deshalb Mein Wille, dass sowohl in Preussen wie in gesetzgebenden Körpern des Reiches über Mein und Meiner Nachfolger verfassungsmässiges Recht zur persönlichen Leitung der Politik Meiner Regierung kein Zweifel gelassen und der Meinung stets widersprochen werde, als ob die in Preussen jederzeit bestandene und durch Artikel 43 der Verfassung ausgesprochene Unverletzlichkeit der Person des Königs oder die Nothwendigkeit verantwortlicher Gegenzeichnung Meinen Regierungsacten die Natur selbstständiger königlicher Entschliessungen benommen hätte. Es ist die Aufgabe Meiner Minister, Meine verfassungsmässigen Rechte durch Verwahrungen gegen Zweifel und Verdunkelung zu vertreten; das Gleiche erwarte Ich von allen Beamten, welche Mir den Amtseid geleistet haben. Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen; aber für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung Meiner Regierungsacte betraut sind und deshalb ihres Dienstes nach dem Disciplinargesetze enthoben werden können, erstreckt sich die durch den Diensteid beschworene Pflicht auf Vertretung der Politik Meiner Regierung auch bei den Wahlen. Die treue Erfüllung dieser Pflicht werde Ich mit Danke erkennen und von allen Beamten erwarten, dass sie sich im Hinblick auf ihren Eid der Treue von jeder Agitation gegen Meine Regierung auch bei den Wahlen fernhalten.

Berlin, den 4. Januar 1882.

Wilhelm.
v. Bismarck.

An das Staats-Ministerium.

Nr. 7707. PREUSSEN. — Thronrede bei Eröffnung des Landtages, verlesen vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums, v. Puttkamer.

Nr. 7707. Preussen. 14. Jan. 1882.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Des Kaisers und Königs Majestät haben mich zu beauftragen geruht, den Landtag der Monarchie in Allerhöchstihrem Namen zu eröffnen. || Die Finanzlage des Staates zeigt gegen die Ergebnisse der letzten Jahre einen weiteren Fortschritt der Besserung. Das abgelaufene Rechnungsjahr hat einen vorzugsweise aus der Verwaltung der verstaatlichten Eisenbahnen herrührenden verfügbaren Ueberschuss von beinahe 29 Millionen Mark geliefert, und die Ergebnisse der Betriebsverwaltungen sowie die in andauerndem Steigen begriffenen Einnahmen aus den Reichssteuern lassen für das künftige Jahr weitere Mehrerträge erwarten. || Ungeachtet der gegenüberstehenden Mehrausgaben, unter denen insbesondere eine nicht unerhebliche Erhöhung der Matricularbeiträge des deutschen Reiches hervortritt, hat sich doch der Staatshaushaltsetat für 1882/83 günstiger als für die drei vorhergehenden Jahre gestaltet. In Folge dessen hat darauf Bedacht genommen werden können, den auf fast allen Gebieten der Staatsverwaltung hervorgetretenen Bedürfnissen in ausgiebiger Weise Befriedigung zu verschaffen. Wenn Ihnen dessenungeachtet noch die Aufnahme einer Anleihe von mässigem Betrage vorgeschlagen wird, so geschieht dies in der Absicht kräftigerer Entwickelung der wirthschaftlichen Interessen des Staates, insbesondere durch Förderung productiver Anlagen und Zwecke. || Neben dem Staatshaushaltsetat werden Ihnen Gesetzentwürfe zugehen, welche in Aussicht nehmen, die Lage der Hinterbliebenen unmittelbarer Staatsbeamten in Uebereinstimmung mit der im vorigen Jahre erfolgten gesetzlichen Regelung dieses Gegenstandes im Reiche sicherer und auskömmlicher zu gestalten und die Verhältnisse der nach langer Dienstzeit in den Ruhestand zu versetzenden Beamten günstiger als bisher zu regeln. || Die Staatsregierung muss zu ihrem Bedauern darauf verzichten, die von ihr als dringend erkannte allgemeine Aufbesserung der Beamtenbesoldungen schon im nächsten Etatsjahre zu verwirklichen; sie wird aber ernstlich darauf bedacht sein, die hierzu erforderlichen, nicht unerheblichen Mittel dem Staatshaushalte zuzuführen, und giebt sich der Hoffnung hin, dass die weitere Ausbildung des Systems der indirecten Steuern im Wege der Reichsgesetzgebung die baldige Erfüllung auch dieser Wünsche möglich machen werde. || Der in der letzten Landtagssession unerledigt gebliebene Entwurf eines Gesetzes, nach welchem die aus dem Ertrage neuer oder erhöhter Reichssteuern an Preussen zu überweisenden Geldsummen zur Herabminderung der directen Steuern und der Communalabgaben verwendet werden sollen, wird Ihnen wieder vorgelegt werden. Es sind in diesen Gesetzentwurf die Erleichterung der Volksschullasten unter Beseitigung des Schulgeldes und die Erhöhung der Beamtenbesoldungen als unmittelbare Verwendungszwecke mit aufgenommen worden. || Nachdem in-

zwischen das Reichsgesetz über die neu eingeführten Reichs Stempelabgaben in Kraft getreten ist, wird über die aus den Erträgen derselben dem preussischen Staatshaushalte zufliessenden Mittel zum ersten Male Verfügung zu treffen sein. || In Verbindung mit dem vorbezeichneten Gesetzentwurfe wird Ihnen ein fernerer Steuererlass vorgeschlagen werden. || Auch in der bevorstehenden Session wird Ihre Mitwirkung auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens in hervorragendem Maasse in Anspruch genommen werden. Ermuthigt durch die schon bis jetzt erzielten günstigen Erfolge der Ueberführung mehrerer grösserer Privateisenbahnen in die Hände des Staates und bestärkt in der Ueberzeugung, dass die mit Ihrer Zustimmung verfolgte Durchführung des Staatseisenbahnsystems den Interessen des Landes in hohem Maasse entspricht, ist die Regierung bemüht gewesen, dem Staate den Besitz einer weiteren Reihe wichtiger Privatbahnen zu sichern. Mit der Einfügung derselben in das Staatseisenbahnnetz werden sich die Vortheile einer einheitlichen Verwaltung in noch erhöhtem Maasse für das Land nutzbar machen lassen. Durch die mit den Gesellschaften vereinbarten Verträge, welche Ihnen werden vorgelegt werden, ist zugleich die Bereitstellung der erforderlichen Geldmittel für die Herstellung neuer langersehnter Schienenwege wie für mehrere grössere Beschaffungen und bauliche Anlagen erleichtert, welche der erfreulich wachsende Verkehr erheischt. || Die in der vorigen Session nicht erledigten Gesetzentwürfe, welche eine erhöhte Bürgschaft für den wirthschaftlichen und finanziellen Erfolg des Staatseisenbahnsystems bezwecken, werden Ihnen zur Beschlussfassung wiederum zugehen. || Von der unausgetetzten Fürsorge der Staatsregierung für die Verbesserung der Wasserstrassen wird die Anforderung weiterer beträchtlicher Mittel für die planmässige Fortsetzung der Stromcorrectionen, wie eine Denkschrift über die planmässige Regulirung mehrerer kleiner schiffbarer Flüsse, nicht minder eine Denkschrift über die gegenwärtige Lage der preussischen Canalprojecte Zeugniss ablegen. Die Staatsregierung hegt die Hoffnung, den Bau der ersten grossen Abtheilung des Rhein-Weser-Elbe-Canals zur Verbindung des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks mit den deutschen Nordseehäfen alsbald in Angriff nehmen und zu diesem Ende noch in der bevorstehenden Session eine bezügliche Vorlage Ihnen zugehen lassen zu können.

|| Nachdem es zur lebhaften Befriedigung der Regierung Seiner Majestät möglich geworden ist, in mehreren katholischen Bisthümern eine geordnete Verwaltung wiederherzustellen sowie dringenden Nothständen auf dem Gebiete der Seelsorge Abhilfe zu gewähren, auch der Thätigkeit der krankenpflegenden Genossenschaften Erweiterung und Erleichterung zu verschaffen, wird Ihnen im weiteren Verfolg der im Interesse der katholischen Bevölkerung angebahnten friedlichen Gestaltung der kirchenpolitischen Verhältnisse eine Vorlage unterbreitet werden, welche das Gesetz vom 14. Juli 1880, soweit es mit dem Beginn dieses Jahres ausser Wirksamkeit getreten ist, wieder in Kraft zu setzen und zugleich in wichtigen Puncten zu erweitern bestimmt ist. Die freundlichen Beziehungen zu dem gegenwärtigen Oberhaupte der katholischen Kirche

Nr. 7707. Preussen. 14. Jan. 1882.

Nr. 7707. Preussen. 14. Jan. 1882. setzen uns in die Lage, dem geschäftlichen Bedürfnisse durch Wiederanknüpfung des diplomatischen Verkehrs mit der römischen Curie Rechnung zu tragen. Die Mittel hierfür werden von Ihnen erbeten werden. || Die Ihnen zugehenden Entwürfe einer Kreis- und Provinzialordnung für die Provinz Hannover bekunden den unveränderten Willen der Staatsregierung, die mit dem Erlasse der Kreisordnung vom 13. December 1872 begonnene und durch die späteren Organisationsgesetze weiter entwickelte Verwaltungsreform vermöge schrittweiser Ausdehnung auf das gesammte Staatsgebiet unter gleichzeitiger Berücksichtigung des aus einer mehrjährigen Erfahrung sich ergebenden Revisionsbedürfnisses ihrem Abschlusse entgegenzuführen.

Meine Herren! Die beiden Häuser des Landtages sind voraussichtlich zum letzten Male in der gegenwärtigen Gesetzgebungsperiode versammelt. Mögen Ihre Berathungen, getragen von dem Geiste der Treue und Hingebung für das Vaterland, gesegnet und für die sittlichen und materiellen Interessen des Volkes erfolgreich sein!

Im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Nr. 7708. **PREUSSEN.** — Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze, mit Begründung.

Nr. 7708. Preussen. Jan. 1882. Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc., verordnen, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt.

Art. 1. Die Art. 2, 3 und 4 im Gesetz vom 15. Juli 1880 (Gesetzsammlung Seite 285) treten mit der Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes wieder in Kraft.

Art. 2. Einem Bischof, welcher auf Grund der §§ 24 ff. im Gesetz vom 12. Mai 1873 (Gesetzsammlung Seite 198) durch gerichtliches Urtheil aus seinem Amte entlassen worden ist, kann von dem Könige die staatliche Anerkennung als Bischof seiner früheren Diöcese wieder ertheilt werden.

Art. 3. Das Staatsministerium ist ermächtigt, mit königlicher Genehmigung die Grundsätze festzustellen, nach welchen der Minister der geistlichen Angelegenheiten von den Erfordernissen der §§ 4 und 11 im Gesetz vom 11. Mai 1873 (Gesetzsammlung Seite 191) dispensiren auch ausländischen Geistlichen die Vornahme von geistlichen Amtshandlungen oder die Ausübung eines der im § 10 erwähnten Aemter gestatten kann.

Art. 4. An die Stelle des § 16 im Gesetz vom 11. Mai 1873 tritt nachfolgende Bestimmung: || Der Einspruch findet statt, wenn dafür erachtet wird, dass der Anzustellende aus einem Grunde, welcher dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiete angehört, für die Stelle nicht geeignet sei, insbesondere wenn seine Vorbildung den Vorschriften dieses Gesetzes nicht

entspricht. || Die Gründe für den Einspruch sind anzugeben. || Gegen die Einspruchserklärung kann innerhalb dreissig Tagen bei dem Minister der geistlichen Angelegenheiten Beschwerde erhoben werden, bei dessen Entscheidung es bewendet. Nr. 7708. Preussen. Jan. 1882.

Art. 5. Das Staatsministerium ist ermächtigt, für bestimmte Bezirke widerruflich zu gestatten, dass Geistliche, welche im Uebrigen die gesetzlichen Erfordernisse für die Ausübung geistlicher Amtshandlungen erfüllen oder von denselben dispensirt sind, zur Hilfeleistung im geistlichen Amt ohne die nach § 15 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 erforderliche Benennung verwendet werden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben etc.

Begründung:

Der gegenwärtige Gesetzentwurf beruht auf denselben Gesichtspuncten, aus welchen die Vorlage vom 19. Mai 1880 über Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze hervorgegangen ist. Durch den Entwurf wünscht die königliche Staatsregierung von neuem zu bethätigen, dass sie entschlossen ist, auf dem Wege einer friedlichen Entwickelung der Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche, wie er durch das Gesetz vom 14. Juli 1880 angebahnt ist, fortzuschreiten. Auch jetzt wünscht sie in der Sorge für das Wohlergehen der katholischen Preussen denselben weitere Erleichterungen, die nach den bestehenden Gesetzen möglich sind, gewährt und diese Möglichkeit erweitert zu sehen, soweit dies geschehen kann, ohne das Wohlergehen der gesammten Staatsangehörigen, die Sicherheit des Staates und die Unabhängigkeit seiner Gesetzgebung zu gefährden.

Bei der Durchführung dieses Gedankens tritt diejenige Frage in den Vordergrund, welche auf diesem Gebiete als die brennendste bezeichnet werden darf, nämlich die Wiederherstellung der *cura animarum* im weitesten Sinne, Die Wiederherstellung erfolgt auf doppeltem Wege:

I. durch Wiedereinführung einer regelmässigen Diöcesanverwaltung,
II. durch Wiederbesetzung der mit der Seelsorge betrauten Kirchenämter. insbesondere der Pfarrstellen.

Die Lösung dieser Frage zu fördern, ist die hauptsächlichste Aufgabe des Gesetzentwurfs. Die Letztere wird sich jedoch nach der jetzigen Lage der Verhältnisse im Wesentlichen auf die Ertheilung discretionärer Befugnisse für die Staatsregierung um so mehr zu beschränken haben, als die Rücksicht auf die Landestheile mit polnischer Bevölkerung es nothwendig macht, dass der Regierung die nach der Verschiedenheit der politischen Lage erforderliche Freiheit der Bewegung für die Abwehr gesichert bleibt. Die königliche Staatsregierung trägt um so weniger Bedenken, auf der mit der Gesetzgebung vom Jahre 1880 betretenen Bahn vorwärts zu schreiten, als die seit Erlass des Gesetzes vom 14. Juli 1880 und an der Hand desselben gemachten Er-

Nr. 7708. Preussen. Jan. 1882 fahrungen lehren, dass schon die der Staatsregierung seither gewährten Befugnisse es ermöglicht haben, in der Regelung der Verhältnisse auf dem in Rede stehenden Gebiete ersichtliche Fortschritte zu machen.

Die Lösung wird im Einzelnen dadurch anzustreben sein, dass zunächst, wie

Artikel 1

der Vorlage vorschlägt, die mit dem 1. Januar 1882 ausser Wirksamkeit getretenen Artikel 2, 3 und 4 des Gesetzes vom 14. Juli 1880 wieder in Kraft gesetzt werden. Diese Artikel lauten: || Art. 2. In einem katholischen Bisthum, dessen Stuhl erledigt, oder gegen dessen Bischof durch gerichtliches Urtheil auf Unfähigkeit zur Bekleidung des Amts erkannt worden ist, kann die Ausübung bischöflicher Rechte und Verrichtungen in Gemässheit des § 1 im Gesetz vom 20. Mai 1874 demjenigen, welcher den ihm ertheilten kirchlichen Auftrag darthut, auch ohne die im § 2 vorgeschriebene eidliche Verpflichtung durch Beschluss des Staatsministeriums gestattet werden. || In gleicher Weise kann von dem Nachweise der nach § 2 erforderlichen persönlichen Eigenschaften mit Ausnahme des Erfordernisses der deutschen Staatsangehörigkeit, dispensirt werden. || Art. 3. Die Einleitung einer commissarischen Vermögensverwaltung in den Fällen des Artikels 2 dieses Gesetzes findet nur mit Ermächtigung des Staatsministeriums statt. Dasselbe ist auch ermächtigt, eine eingeleitete commissarische Vermögensverwaltung wieder aufzuheben. || Art. 4. Die Wiederaufnahme eingestellter Staatsleistungen kann, abgesehen von dem Falle des § 2 des Gesetzes vom 22 April 1875, für den Umfang eines Sprengels durch Beschluss des Staatsministeriums angeordnet werden. Der Schlusssatz des § 6 desselben Gesetzes findet sinngemässe Anwendung.

Die vorstehenden Artikel waren nach der Vorlage vom 19. Mai 1880 dazu bestimmt, das Bedürfniss zu befriedigen, welches für eine freiere Handhabung des Gesetzes vom 20. Mai 1874 über die Verwaltung erledigter katholischer Bisthümer, sowie des Gesetzes vom 22. April 1875, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bisthümer und Geistlichen, während der letzten Jahre merklich geworden ist und mit dem Wachsen gegenseitiger Verständigung voraussichtlich mehr und mehr hervortreten wird. Es handelt sich hierbei darum, die Schärfe der gesetzlichen Vorschriften durch die Möglichkeit ihrer Nichtanwendung oder beschränkter Anwendung zu mildern, ohne das Gesetz selbst ausser Kraft setzen zu müssen. Insbesondere erscheint die Wiederherstellung des Artikels 2, welcher das Staatsministerium ermächtigt, nach Lage des concreten Falles die Ausübung bischöflicher Rechte und Verrichtungen auch ohne eine vorangegangene eidliche Verpflichtung des Bisthumsverwesers zu gestatten, werthvoll. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass, wenn es gelungen ist, durch Einsetzung von Capitularvicaren die Wiederkehr geordneter Verhältnisse in den Diöcesen Osnabrück, Paderborn und Breslau anzubahnen, dies vornehmlich der Existenz und der Anwendung des Artikels 2 zu verdanken bleibt. Auch die

Artikel 3 und 4 verdienen erhalten zu werden, da die durch dieselben der Staatsregierung ertheilten Befugnisse die Möglichkeit geben, nach Lage des einzelnen Falles Erleichterungen zu gewähren, wie dies noch neuerdings durch Wiederaufnahme der Staatsleistungen für den preussischen Antheil der Erzdiöcese Prag geschehen ist. Nr. 7708. Preussen. Jan. 1882.

Artikel 2.

Nachdem es mit Hilfe der der Regierung mittels Gesetzes vom 14. Juli 1880 gewährten Facultäten möglich geworden ist, in denjenigen Bisthümern, deren Stühle auch kirchlich als erledigt galten, eine geordnete Diöcesanverwaltung wiederherzustellen, gewinnt die Frage der Wiedereinrichtung einer regelmässigen oberhirtlichen Leitung auch für diejenigen Sprengel, deren frühere Bischöfe durch gerichtliches Urtheil aus dem Amte entlassen sind, in hervorragender Weise an Bedeutung. || Schon bei Vorlage der kirchenpolitischen Novelle im Jahre 1880 musste die königliche Regierung es als ihre Ueberzeugung aussprechen, dass eine Regelung dieser besonders schwierigen Frage wesentlich würde gefördert werden, wenn sich durch Gesetz die Möglichkeit schaffen liesse, einem oder dem anderen jener, aus dem Amte entlassenen Bischöfe die staatliche Anerkennung als Bischof seiner früheren Diöcese wieder zu ertheilen. Die inzwischen gewonnenen Eindrücke haben die Regierung in dieser Ueberzeugung nur bestärken können. Die bezügliche Bestimmung der kirchenpolitischen Vorlage von 1880 hat deshalb in dem Artikel 2 des gegenwärtigen Entwurfes von neuem Aufnahme gefunden.

Artikel 3.

Um die Wiedereinführung einer pfarramtlichen Seelsorge, beziehungsweise die Heranbildung der Cleriker, zu erleichtern, bieten sich folgende Mittel dar: || a) die Dispensation der Geistlichen von den Bedingungen der Vorbildung, || b) die Dispensation der Lehrer an den kirchlichen Unterrichtsanstalten von den Bedingungen der Vorbildung, beides zusammengefasst im Artikel 3 des Entwurfs, welcher der Bestimmung unter Nr. 1 des Artikels 1 der Vorlage vom 19. Mai 1880 entspricht. Die Wiederaufnahme dieser Bestimmung rechtfertigt sich durch die Erwägung, dass die fragliche Dispensationsbefugniss ein wesentliches Mittel ist, um die zur Zeit vorhandenen Lücken in dem Bestande der mit der Seelsorge betrauten Geistlichen auszufüllen und dadurch einem anerkannt dringenden Bedürfnisse der katholischen Bevölkerung thunlichst zu begegnen.

Artikel 4 und 5

haben gleichfalls den Zweck, die Wiederherstellung der Seelsorge zu fördern. || Zu diesem Behuf schlägt zunächst Artikel 4 die Umgestaltung des § 16 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 vor, welcher lautet:

Der Einspruch ist zulässig: || 1. wenn dem Anzustellenden die gesetzlichen Erfordernisse zur Bekleidung des geistlichen Amtes fehlen; || 2. wenn der Anzustellende wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches das deutsche

Nr. 7708. Preussen. Jan. 1882. Strafgesetzbuch mit Zuchthaus oder mit dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte oder dem Verluste der öffentlichen Aemter bedroht, verurtheilt ist oder sich in Untersuchung befindet; || 3. wenn gegen den Anzustellenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, dass derselbe den Staatsgesetzen oder den innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen der Obrigkeit entgegenwirken oder den öffentlichen Frieden stören werde. || Die Thatsachen, welche den Einspruch begründen, sind anzugeben. || Gegen die Einspruchserklärung kann innerhalb 30 Tagen bei dem königlichen Gerichtshofe für die kirchlichen Angelegenheiten und, solange dessen Einsetzung nicht erfolgt ist, bei dem Minister der geistlichen Angelegenheiten Berufung eingelegt werden. || Die Entscheidung ist endgiltig.

Der Gesetzentwurf beabsichtigt in diesem Puncte zu der Regierungsvorlage vom Jahre 1873 zurückzukehren, welche den bewährten Bestimmungen in anderen deutschen Staaten sich anschliesst und insonderheit die Entscheidung über den Einspruch lediglich in die Hand verantwortlicher Verwaltungsinstanzen legt. Diesen gesetzgeberischen Gedanken gegenwärtig wiederaufzunehmen, erscheint um so mehr angezeigt, als die über den Einspruch entscheidende Behörde nicht nur an die thatsächliche Lage des Einzelfalles gebunden sein darf, sondern bei ihren Entschliessungen eine freiere Beurtheilung nach Zeit und Ort, unter gleichmässiger Berücksichtigung der staatlichen Interessen überhaupt, eintreten zu lassen hat. || Ist Artikel 4 dazu bestimmt, das Verfahren in Beziehung auf die Pflicht der geistlichen Oberen zur Benennung der anzustellenden Geistlichen auf einer richtigeren Grundlage zu ordnen, so hat Art. 5 den Zweck, in Beziehung auf den Umfang dieser Pflicht die Möglichkeit von Erleichterungen zu schaffen, die ohne Gefährdung wesentlicher Rechte des Staates gewährt werden können. Denn einerseits wird der Grundsatz der Benennungspflicht bei allen festen Anstellungen sowie bei der Einrichtung von Vertretungen in erledigten Aemtern festgehalten und damit ein Rechtszustand geschaffen, wie er vordem in Preussen bestand und noch gegenwärtig in den meisten deutschen Staaten sich in allseitig anerkannter Uebung befindet. Wenn andererseits der Entwurf die Befreiung von der Benennungspflicht hinsichtlich der Hilfsgeistlichen der Ermächtigung der Regierung für bestimmte Bezirke vorbehält, so nöthigt dazu insbesondere die Rücksicht, dass der Staat zur Sicherung seiner eigenen Interessen sich die Möglichkeit vorbehalten muss, nach Lage der Umstände das oberstkoheitliche Aufsichtsrecht bezüglich der Bestellung von Geistlichen in vollem Umfange zur Geltung zu bringen.

Nr. 7709. **GROSSBRITANNIEN.** — Thronrede bei Eröffnung des Parlaments am 7. Februar 1882.

My Lords and Gentlemen, — It is with much satisfaction, that I again invite your advice and assistance in the conduct of public affairs. || I have given my approval to a marriage between my son Prince Leopold, Duke of Albany, and her Serene Highness Princess Helen of Waldeck and Pyrmont. I have every reason to believe, that this will be a happy union. || I continue in relations of cordial harmony with all foreign Powers. || The treaty for the cession of Thessaly to the Greek Kingdom has now been executed in its main provisions. The transfer of sovereignty and of occupation was effected in a manner honourable to all concerned. || In concert with the President of the French Republic, I have given careful attention to the affairs of Egypt, where existing arrangements have imposed on me special obligations. I shall use my influence to maintain the rights already established, whether by the firmans of the Sultan or by various international engagements, in a spirit favourable to the good government of the country and the prudent development of its institutions. || I have pleasure in informing you, that the restoration of peace beyond the North-Western Frontier, together with continued internal tranquillity, plentiful seasons and increase of the revenue, has enabled my Government in India to resume works of public utility which had been suspended, and to devote its attention to measures for the further improvement of the condition of the people. || The Convention with the Transvaal has been ratified by the Representative Assembly; and I have seen no reason to qualify my anticipations of its advantageous working. || I have, however, to regret that, although hostilities have not been renewed in Basutoland, the country still remains in an unsettled condition.

Nr. 7709. Gross-britannien. 7. Febr. 1882.

Gentlemen of the House of Commons, — The Estimates for the service of the year are in an advanced stage of preparation, and will be promptly submitted to you.

My Lords and Gentlemen, — My communications with France on the subject of a new Commercial Treaty have not been closed. They will be prosecuted by me, as I have already acquainted you, with a desire to conclude a Treaty favourable to extended intercourse between the two nations, to whose close amity I attach so great a value. || The trade of the country, both domestic and foreign, has for some time been improving, and the mildness of the winter season has been eminently suited to farming operations. Better prospects are, I trust, thus opened for the classes immediately concerned in agriculture. || The public revenue, which is greatly, though not always at once, affected by the state of industry and commerce, has not yet exhibited an upward movement in proportion to their increased activity. || The condition of Ireland at this time, as compared with that which I described at the beginning of last year, shows signs of improvement, and encourages the hope

Nr. 7709. Gross-britannien. 7. Febr. 1882.

that perseverance in the course you have pursued will be rewarded with the happy results which are so much to be desired. || Justice has been administered with greater efficacy; and the intimidation which has been employed to deter occupiers of land from fulfilling their obligations, and from availing themselves of the Act of last Session, shows upon the whole a diminished force. || My efforts, through the bounty of Providence, have been favoured by the abundance of the harvest in that portion of the United Kingdom. || In addition to a vigorous exertion of the provisions of the ordinary law, I have not hesitated, under the painful necessity of the case, to employ largely the exceptional powers intrusted to me for the protection of life and property by two Acts of the last Session. || You will be invited to deal with proposals for the establishment in the English and Welsh Counties of Local Self-Government, which has so long been enjoyed by the towns, together with enlarged powers of administration, and with financial changes which will give you an opportunity of considering, both as to town and country, what may be the proper extent, and the most equitable and provident form of contribution from Imperial taxes in relief of local charges. || These proposals, in so far as they are financial, will apply to the whole of Great Britain. It will be necessary to reserve the case of Ireland for a separate consideration. || In connection with the general subject of local administration, I have directed a measure to be prepared and submitted to you for the reform of the ancient and distinguished Corporation of London, at the extension of Municipal Government to the metropolis at large. || Bills will again be laid before you, with which, during the last session, notwithstanding the length of its duration and your unwearied labours, it was found impossible to proceed. I refer particularly to those concerning Bankruptcy, the repression of Corrupt Practices at Elections, and the Conservancy of Rivers and Prevention of Floods. || Measures will also be proposed to you with respect to a Criminal Code and to the Consolidation and Amendment of the Laws affecting Patents. || The interests of some portions of the United Kingdom have suffered peculiarly of late years from the extreme pressure of the public business on your time and strength; but I trust that during this session you may be able to consider Bills which will be presented to you in relation to the Law of Entail and to Educational Endowments in Scotland, and to improved means of Education in Wales. || I commend these and other subjects with confidence to your care; and it is my earnest prayer, that your wisdom and energy may, under the blessing of God, prove equal to the varied and increasing needs of this extended Empire.

Nr. 7710. DEUTSCHLAND. — Thronrede bei Eröffnung des Reichstages, verlesen vom Staatssecretär von Bötticher am 27. April 1882.

Geehrte Herren!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, die Sitzungen des Reichstages zu eröffnen. ‖ Die gesetzgeberischen Aufgaben, für welche Ihre Thätigkeit in Anspruch genommen wird, sind Ihnen bereits durch die Allerhöchste Botschaft vom 17. November v. J. an das Herz gelegt worden. ‖ Die Reichsgesetzgebung hat die Bestrebungen zur Abhülfe socialer Schäden, welche die kaiserliche Botschaft in Aussicht nimmt, mit dem Gesetzentwurf über Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle begonnen. Aus den vorjährigen Berathungen des Reichstages über diesen Gegenstand haben die verbündeten Regierungen den Anlass entnommen, ihre frühere Vorlage einer Umgestaltung zu unterziehen. Die gegen die früher in Aussicht genommene Reichsversicherungs-Anstalt erhobenen Bedenken haben dabei insofern Berücksichtigung gefunden, als die Unfallversicherung der Arbeiter nunmehr auf eine corporative und genossenschaftliche Organisation der in Betracht kommenden industriellen Betriebe gegründet werden soll. Der Gesetzentwurf gewährt den industriellen Verbänden und Genossenschaften eine auf die Verhütung von Betriebsunfällen gerichtete Autonomie. Er geht von dem Bestreben aus, die verwaltende Thätigkeit thunlichst zu lokalisiren, die finanzielle Belastung dagegen auf möglichst breite Unterlagen zu vertheilen. ‖ Eine nothwendige Ergänzung finden die Ihnen auf diesem Gebiete vorzulegenden Maassnahmen in einer anderweiten Regelung der jetzt bestehenden Hülfskassen-Gesetzgebung und in der beabsichtigten Ausdehnung der Krankenversicherung. An Stelle des bisherigen bedingten wird Ihnen die Einführung eines unbedingten Zwanges zur Versicherung gegen die wirthschaftlichen Folgen von Krankheitsfällen für alle Arbeiter vorgeschlagen werden, für welche die Durchführung dieser Maassregel möglich erscheint. ‖ Seit Jahren ist in allen Theilen des Reiches mit steigender Dringlichkeit das Bedürfniss nach einer Revision der über den Gewerbebetrieb im Umherziehen geltenden Vorschriften der Gewerbeordnung hervorgetreten. Die verbündeten Regierungen haben beschlossen, Ihnen einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Gewerbeordnung in dem Sinne abgeändert wird, dass den mit dem Gewerbebetriebe im Umherziehen auf dem Gebiete der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Sittlichkeit verknüpften Gefahren wirksamer als bisher begegnet werden kann. ‖ Auf dem Gebiete der Steuerreform hat die Allerhöchste Botschaft vom 17. November v. J. die Abschaffung drückender directer Landessteuern und der Zuschläge in Aussicht genommen, durch welche Gemeinden und andere Communalverbände bisher genöthigt sind, den harten und ungleich wirkenden Druck dieser Steuern zu verstärken. Diese wohlmeinende Absicht zu verwirklichen, kann nur dadurch ermöglicht werden, dass das Reich durch Erhöhung der seiner Gesetzgebung vorbehaltenen indirecten Steuern sich in die Lage bringt, auf Matrikularbei-

Nr. 7710. Deutschland. 27. April 1882.

Nr. 7710. Deutschland. 27. April 1882. träge zu verzichten, oder die bisher dazu erforderlichen und eventuell auch höhere Beträge den einzelnen Staaten herauszuzahlen, damit sie zur Verminderung der Landes- und Communalsteuern verfügbar werden. Wenn ein Bedürfniss hierzu bei den Einzelstaaten und ihren Communalverbänden nicht empfunden würde, so läge auch kein Anlass vor, eine Erhöhung der indirecten Reichseinnahmen zu erstreben. Ist ein solches Bedürfniss aber vorhanden, so kann es nur durch grössere Ergiebigkeit der indirecten Einnahmequellen des Reiches befriedigt werden. Die verbündeten Regierungen sind von dem Vorhandensein des Bedürfnisses überzeugt und beantragen Erhöhung der Reichs-Einnahmen, um ihren Unterthanen Steuer-Erleichterungen gewähren zu können. || Unter den zur Besteuerung durch das Reich geeigneten Gegenständen steht der Tabak in erster Linie; nicht hierüber, sondern nur über die Form, in welcher eine höhere Besteuerung dieses Genussmittels herbeizuführen sei, gehen die Meinungen im Reiche auseinander, und wird eine Entscheidung durch die Gesetzgebung herbeizuführen sein. Die Mehrheit der verbündeten Regierungen hält die Form des Monopols für diejenige, welche die Interessen der Consumenten und der Tabakbauer am meisten schont und dabei an Ergiebigkeit alle andern Formen der Besteuerung übertrifft. Sie würde daher zu andern Vorschlägen erst übergehen, wenn sie die Aussicht auf Zustimmung der Volksvertretung zum Monopol aufzugeben genöthigt wäre. || Wenn die Reichsregierung weder in der einen noch in der andern Form Aussicht auf die Bewilligung höherer Reichseinnahmen hätte, so würde sie mit Bedauern und zum Schmerze Seiner Majestät des Kaisers für jetzt auf die Reformen der Steuerverfassung des Reiches und der Einzelstaaten verzichten müssen, welche als ein Bedürfniss der Bevölkerung von allen Regierungen seit Jahren erkannt und in der Botschaft vom 17. November v. J. von Seiner Majestät dem Kaiser verheissen sind. || Die mit der Anwendung des Zolltarifgesetzes gemachten Erfahrungen haben für die Mühlenindustrie die Gewährung einer Ausfuhrerleichterung und für einige andere Productionszweige eine Aenderung der Tarifsätze als wünschenswerth ergeben. Es wird Ihnen daher der Entwurf eines Gesetzes hierüber vorgelegt werden. || Ein zwischen dem Reiche und Brasilien abgegeschlossener Consularvertrag wird Ihrer verfassungsmässigen Beschlussfassung unterbreitet werden. || Die auswärtigen Verhältnisse des Reiches fahren fort, nach jeder Richtung hin das Vertrauen auf die Dauer der friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu rechtfertigen, von denen die Allerhöchste Botschaft vom 17. November v. J. Zeugniss ablegte. || Je grösser die Tragweite der Arbeiten ist, welche Sie, geehrte Herren, erwarten, desto mehr vertrauen die verbündeten Regierungen, dass es Ihrer hingebenden Thätigkeit mit Gottes Hülfe gelingen werde, die grossen Aufgaben, um die es sich handelt, einer für die Consolidirung unserer nationalen Einrichtungen und für die gedeihliche Entwickelung des Vaterlandes segensvollen Lösung entgegenzuführen.

Im Namen der verbündeten Regierungen erkläre ich auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs den Reichstag für eröffnet.

Nr. 7711. **DEUTSCHLAND.** — Programm der liberalen Vereinigung (Secessionisten), aufgestellt auf dem Parteitage in Berlin am 6. Mai 1882.

I. Getreu unseren Ueberlieferungen sind wir bestrebt, die Machtbefugnisse von Kaiser und Reich auf den Grundlagen der Verfassung zu befestigen und nach den Bedürfnissen der Nation auszubilden. — Zu den unentbehrlichen Voraussetzungen einer solchen Entwickelung zählen wir die Befestigung eines wahrhaft constitutionellen Verfassungslebens, ein aufrichtiges Zusammenwirken zwischen der Regierung und der Volksvertretung unter wechselseitiger Achtung der ihnen anvertrauten Rechte, eine umsichtsvolle, auf unmittelbare Verständigung abzielende Vorbereitung der Vorschläge, welche der Gesetzgebung unterbreitet werden. Nr. 7711. Deutschland 6. Mai 1882.

II. Der Reichshaushalt ist aus eigenen Reichseinnahmen und mit den Hilfsmitteln zu bestreiten, welche eine gesunde Finanz- und Steuerpolitik darbietet.

III. Nachdem in den letzten Jahren reichliche Mittel ohne die Vereinbarung eines festen Reformplanes bewilligt worden, ist in der ferneren Behandlung des Steuerwesens ein vorsichtiges und planmässiges Vorgehen doppelt geboten. — Namentlich ist keine neue Steuer zu bewilligen, für welche nicht das Bedürfniss nachgewiesen und der Zweck gebilligt ist.

IV. Wir stimmen keiner Finanzvorlage zu, welche sich für einen Theil einer Steuer- und Finanzreform ausgiebt, solange nicht die Ziele der letzteren klargelegt sind. — Wir stimmen keiner Finanzreform zu, welche einseitig die indirecten Steuern ausbildet und dadurch das System der directen Steuern erschüttert.

V. Wir stimmen keiner Finanzreform zu, welche darauf gerichtet ist, den Haushalt der Gemeinden durch ein System von Zuschüssen mit dem Staatshaushalt zu verbinden oder Aufgaben, welche durch ihre Natur der Gemeinde zugehören, auf den Staat zu übertragen. — Vielmehr erachten wir für geboten: 1) die den Gemeinden und Communalverbänden zugewiesenen Aufgaben ihrer Selbstverwaltung unverkürzt zu erhalten; 2) die hierfür erforderlichen Mittel durch autonome, den localen Bedürfnissen und Verhältnissen entsprechende Besteuerung aufzubringen; 3) die Bewilligung von Zuschüssen an leistungsfähige Gemeinden auf die einzelnen Fälle des ermittelten Bedürfnisses zu beschränken und an die Organisation der Communalverbände anzuschliessen. — Unberührt hiervon bleibt die begründete Forderung, dass für solche Mühewaltungen, welche aus dem Kreise der Staatsverwaltung zur besseren Erledigung den Gemeinden zugewiesen werden, Ersatz der hierdurch bedingten Ausgaben aus der Staatscasse geleistet werde.

VI. Dagegen sind wir bereit, mitzuwirken an einer Steuerreform, welche die Steuern und Abgaben den wirthschaftlichen Kräften der Belasteten besser anpasst und den nach dieser Richtung hin begründeten Beschwerden abhilft.

Nr. 7711. Deutschland. 6. Mai 1882.

VII. Durchführbar erscheint uns eine Reform, welche die Erträge der directen und der indirecten Steuern in ein angemessenes Verhältniss setzt und folgende Grundlinien einhält: 1) Bei den indirecten Steuern sind die nothwendigen Lebensbedürfnisse grundsätzlich von der Besteuerung freizuhalten, die anderen Gegenstände der Besteuerung nach der Bedeutung zu würdigen, welche denselben für die Ernährung und die Wohlthat der Bevölkerung zukommt. 2) Bei den directen Steuern sind für die unteren und mittleren Einkommen die wirthschaftlichen Verhältnisse der Besteuerten angemessen zu berücksichtigen, die grösseren Einkommen stärker heranzuziehen. 3) Die Stempel und stempelartigen Steuern sind so einzurichten, dass sie den Verkehr möglichst wenig erschweren, in materieller Hinsicht den Handel und Wandel nicht erdrücken, und dass sie keinen Zweig des Erwerbslebens vorwiegend belasten, wie beispielsweise gegenwärtig in dem grössten Theile Deutschlands die Höhe und Erhebungsart der Gefälle bei Verträgen über den Grundbesitz.

VIII. Entsprechend den Ueberlieferungen der liberalen Partei werden wir auf socialpolitischem Gebiete alle Schritte fördern, welche geeignet sind, ohne Gewaltsamkeit gegen die Grundlagen unserer gesellschaftlichen Ordnung, den wirthschaftlichen und moralischen Lebensstand der minder bemittelten Erwerbsclassen zu heben, werden wir alles unterstützen, was dazu dient, die Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit der Individuen durch umsichtigere Ausbildung und stärkere Anregung der Selbstthätigkeit zu steigern. Bekämpfen dagegen werden wir alle Maassnahmen staatlicher Bevormundung, welche dazu angethan sind, die Selbstbethätigung herabzudrücken, insbesondere die Einmischung des Staates in solche Wirthschaftsbetriebe, zu denen die Thätigkeit der Einzelnen und freier Vereinigungen ausreicht.

IX. Als positive und nächste Aufgaben auf socialpolitischem Gebiete betrachten wir: 1) umfassende Ausbildung des Krankencassenwesens; 2) die weitere Ausbildung der Haftpflicht für Unfälle in allen hierzu geeigneten Betrieben und die Sicherung der Entschädigungen; 3) die gesetzgeberische Begünstigung von Vereinigungen, welche dazu bestimmt sind, für die Fälle der Invalidität und der Arbeitslosigkeit Sorge zu tragen, die Wohlthaten der Vertragsfreiheit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichmässig zuzuwenden, sowie überhaupt die möglichste Entlastung der öffentlichen Armenpflege herbeizuführen.

X. Staatszuschüsse an Privatunternehmungen halten wir nur für zulässig, wo das öffentliche Interesse und die Unzulänglichkeit der Privatwirthschaft klar erwiesen sind.

XI. Das Tabakmonopol und ebenso jede mittelbar zum Monopol hindrängende weitere Belastung des Tabaks lehnen wir ab. Ueberhaupt verwerfen wir Monopole, welche den Zweck haben, die Reichs- oder Staatseinnahmen zu vermehren oder den Einfluss der Staatsgewalt zu vergrössern.

XII. Die Wirthschaftspolitik soll nicht Sonderinteressen auf Kosten der Gesammtheit begünstigen. Das Verhältniss zu anderen Staaten wünschen wir

so geregelt, dass die internationale Arbeitstheilung nicht gestört und dass der deutschen Production der ihr gebührende Antheil an dem Weltmarkte gesichert werde.

Nr. 7711. Deutschland. 6. Mai 1882.

XIII. Die Gewissens- und Religionsfreiheit wollen wir derart befestigen, dass kein deutscher Bürger wegen seiner Religion oder wegen seiner religiösen Ansichten in seinen politischen und bürgerlichen Rechten beeinträchtigt oder gefährdet werde. Das Verhältniss der Kirchen zum Staat wünschen wir geregelt durch Gesetze, welche die Freiheit und Selbstständigkeit der Kirchen in ihren innerkirchlichen Angelegenheiten anerkennen, die Staatsautorität aber wahren in allen staatlichen sowie in solchen kirchlichen Angelegenheiten, zu denen die Mitwirkung des Staates verfassungsmässig berufen ist.

XIV. Die Leitung und Beaufsichtigung des öffentlichen Unterrichtswesens muss ausschliesslich Sache des Staates und staatlich verordneter Organe sein; die Einwirkung der Kirche darf über das Gebiet des Religionsunterrichtes nicht hinausgehen. — Als einen der grössten Schäden der gegenwärtigen politischen Lage Preussens betrachten wir, dass durch die Handhabung des Schulaufsichtsgesetzes, welches der Volksschule Unabhängigkeit von der Kirche gewähren sollte, dieser Zweck vereitelt wird, und verwerfen die aus engherzigem Confessionalismus hervorgegangenen, auf die Beseitigung der Simultanschulen gerichteten Bestrebungen.

XV. Die deutsche Rechtseinheit hat in den Justizgesetzen des Jahres 1877 und in der vollzogenen Justizorganisation eine mächtige Förderung erfahren. Die Praxis hat jedoch auch Mängel, insbesondere in der Strafprocessordnung, dargelegt, mit deren Beseitigung die Gesetzgebung auf Grundlage der gewonnenen Erfahrungen sich bald wird befassen müssen. Der dringenden Abhilfe bedarf das Kostenwesen im Civilprocess.

XVI. Für die Landesverwaltung in Preussen verlangen wir die Fortsetzung und den Abschluss der Organisation im Geiste der Städteordnung von 1808 und der Kreisordnung von 1873. Als Grundbedingungen hierfür betrachten wir, dass 1. für die altländischen Provinzen eine der Städteordnung entsprechende Landgemeindeordnung erlassen, insbesondere für die Gutsbezirke und solche Ortschaften, welche die Obliegenheiten der Gemeinde nicht zu erfüllen im Stande sind, leistungsfähige Gemeindeverbände geschaffen werden; 2. die Gesammtheit der Reform auf die übrigen Provinzen der Monarchie übertragen werde, unter Zulassung solcher landschaftlich bedingten Abweichungen, welche weder die Grundprincipien noch die Einheit der Verwaltung gefährden; 3. die selbstständige Organisation der Verwaltungsgerichtsbarkeit beibehalten und diese materiell noch weiter ausgebildet werde. — Wir verlangen ferner, dass das materielle Polizeirecht sowie die Handhabung der Verwaltungsbefugnisse mit dem Geiste der modernen Gesetze in Einklang gebracht, und besonders, dass bei Berufung der Organe von jeder Parteitendenz abgesehen werde. — Als eine fernere Aufgabe der liberalen Partei betrachten wir, eine Reform herbeizuführen, welche die Eintheilung der Verwaltungsbezirke und die Organisation

Nr. 7711. Deutschland. 6. Mai 1882. der Verwaltung vereinfacht, die Vertretungen in Kreis und Provinz gerechter vertheilt, als beim Erlass der Kreisordnung zu ermöglichen war.

XVII. Die liberale Partei sieht alle Schattirungen politischer und kirchlicher Reaction gegen sich vereinigt, und wir sind überzeugt, dass es ihr nicht eher gelingen wird, jener Coalition wirksam entgegenzutreten, als bis sie gleichfalls für alle Schattirungen in ihrer Mitte einen festen Vereinigungspunct findet und als ein Ganzes zu handeln sich befähigt. — Unbeschadet der Verschiedenheit der Anschauungen in einzelnen Tagesfragen, welche weder durch guten Willen noch durch Disciplin sich ganz vermeiden lässt, müssen die Liberalen, gestützt auf ihre Uebereinstimmung in den grossen Zielen, bei den Wahlen und in den Parlamenten, soweit nur immer möglich, eine Verständigung unter allen ihren Fractionen herbeizuführen und eine gemeinsame Action anzubahnen streben. Als Pflicht jedoch Aller, welche in diese Gemeinschaft eintreten, halten wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen, dass sie den Bestrebungen, welche die grossen gemeinschaftlichen Zielpuncte beeinträchtigen, mit der grössten Entschiedenheit entgegentreten, gleichviel ob diese Bestrebungen von der Regierung oder von den der Reaction dienenden Parteien ausgehen.

Nr. 7712. PREUSSEN. — Staatsministerialbeschluss, verlesen vom Vice-Präsidenten des Staatsministeriums, von Puttkamer, zum Schluss des Landtages am 11. Mai 1882.

Nr. 7712. Preussen. 11. Mai 1882. Meine Herren! Das Staatsministerium hat bei Sr. Majestät dem Könige die allerhöchste Genehmigung dazu nachgesucht, dass die gegenwärtige Session des Landtages geschlossen werde. Wenn in dieser Legislaturperiode in vielen Zweigen der Staatsverwaltung und auf den verschiedensten Gebieten der Gesetzgebung durch das Zusammenwirken der Landesvertretung mit der Staatsregierung grosse und wichtige Erfolge zum Besten des Landes erzielt worden sind, so ist das doch in der laufenden Session nicht in dem Umfange gelungen, als es im Interesse des Landeswohles von der Staatsregierung erhofft wurde. Das Staatsministerium hält an der Ueberzeugung fest, dass die Erledigung der sämmtlichen dem Landtage mit allerhöchster Genehmigung Sr. Majestät vorgelegten Gesetzentwürfe zur Förderung des Landeswohles beigetragen haben würde. Nachdem jedoch insbesondere der Gesetzentwurf über die Verwendung der aus den Reichssteuern an Preussen zu überweisenden Geldsummen in seinen einzelnen Bestimmungen im Abgeordnetenhause nicht eine solche eingehende Berathung gefunden hat, wie dies zur allseitigen Klarstellung des wichtigen Gesetzentwurfes erhofft und von der Regierung erwünscht werden musste, konnte das Staatsministerium von der ferneren Berathung der übrigen Vorlagen einen Erfolg sich nicht mehr versprechen. Bei dieser Sachlage nun glaubt die Staatsregierung den Schluss der gegenwärtigen Session nicht weiter hinausschieben zu sollen; demgemäss beehre ich mich, den beiden Häusern des Landtages der

Monarchie in Folge eines mir ertheilten Auftrages Sr. Majestät des Königs folgende allerhöchste Botschaft mitzutheilen: „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen, haben auf Grund des Artikels 77 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 den Vicepräsidenten Unseres Staatsministeriums, v. Puttkamer, beauftragt, die gegenwärtige Sitzung der beiden Häuser des Landtages Unserer Monarchie am 11. d. M. in Unserem Namen zu schliessen.

Nr. 7712. Preussen. 11. Mai 1882.

Gegeben Berlin, den 10. Mai 1882.

Wilhelm. gegengez. v. Puttkamer.

Im Namen Sr. Majestät des Königs schliesse ich hiermit die Session des Landtages der Monarchie.

Nr. 7713. PREUSSEN. — Gesetz, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze. Vom 31. Mai 1882.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc., verordnen, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Nr. 7713. Preussen. 31. Mai 1882.

Art. 1. Die Artikel 2, 3 und 4 im Gesetz vom 14. Juli 1880 (Gesetz-Samml. S. 285) treten mit der Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes auf die Zeit bis zum 1. April 1884 wieder in Kraft.

Art. 2. Hat der König einen Bischof, gegen welchen auf Grund der §§ 24 ff. des Gesetzes vom 12. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 198) durch gerichtliches Urtheil auf Entlassung aus seinem Amte erkannt ist, begnadigt, so gilt derselbe wieder als staatlich anerkannter Bischof seiner Diöcese.

In sonstigen Fällen, in welchen auf Grund der §§ 24 ff. des Gesetzes vom 12. Mai 1873 oder des § 12 des Gesetzes vom 22. April 1875 (Gesetz-Samml. S. 194) auf Entlassung aus dem Amte erkannt ist, werden die Folgen der ergangenen Erkenntnisse auf die Unfähigkeit zur Bekleidung des Amtes und die im Art. 1 Abs. 2 und 3 des Gesetzes vom 14. Juli 1880 (Gesetz-Samml. S. 285) aufgeführten Folgen beschränkt, insofern nicht inzwischen eine Wiederbesetzung der Stelle erfolgt ist.

Art. 3. Von Ablegung der im § 4 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 Gesetz-Samml. S. 191) vorgeschriebenen wissenschaftlichen Staatsprüfung sind diejenigen Candidaten befreit, welche durch Vorlegung von Zeugnissen den Nachweis führen, dass sie die Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium abgelegt sowie ein dreijähriges theologisches Studium auf einer deutschen Universität oder auf einem in Preussen bestehenden kirchlichen Seminare, hinsichtlich dessen die gesetzlichen Voraussetzungen für den Ersatz des Universitätsstudiums durch das Studium auf diesem Seminar erfüllt sind, zurückgelegt und während dieses Studiums Vorlesungen aus dem Gebiete der Philosophie, Geschichte und deutschen Literatur mit Fleiss gehört haben.

Nr. 7713. Preussen. 31. Mai 1882. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, auch im Uebrigen von den Erfordernissen des § 4 sowie von dem Erfordernisse des § 11 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 zu dispensiren, auch ausländischen Geistlichen die Vornahme von geistlichen Amtshandlungen oder die Ausübung eines der im § 10 erwähnten Aemter zu gestatten. — Die Grundsätze, nach welchen dies zu geschehen hat, sind vom Staatsministerium mit Königlicher Genehmigung festzustellen.

Art. 4. Die Ausübung der in den §§ 13 ff. des Gesetzes vom 20. Mai 1874 (Gesetz-Samml. S. 135) und in den Artikeln 4 ff. des Gesetzes vom 21. Mai 1874 (Gesetz-Samml. S. 139) den Präsentationsberechtigten und der Gemeinde beigelegten Befugniss zur Wiederbesetzung eines erledigten geistlichen Amtes und zur Einrichtung einer Stellvertretung in demselben findet ferner nicht statt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 31. Mai 1882.

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck. v. Puttkamer. v. Kameke. Maybach.
Lucius. Friedberg. v. Gossler.

Nr. 7714. NORWEGEN. — Thronrede des Königs bei Schluss des Storthing am 21. Juni 1882.

Nr. 7714. Norwegen. 21. Juni 1882. Gute Herren und norwegische Männer! Mehr als zwei Menschenalter sind verflossen, seit Norwegen seine Selbstständigkeit unter einer freien Verfassung und einer auf Grund der Gleichberechtigung gebauten Vereinigung mit dem Brudervolk wieder gewann. In diesem Zeitraume hat eine durch Gesetze geregelte Freiheit und ein niemals unterbrochener Friede geherrscht, wodurch alle Kräfte des Volkes zur vollsten Entwicklung gelangt sind. Die Arbeit ist reich gesegnet worden, und gross waren die Fortschritte in allen Richtungen. Indem meine Wünsche und Bestrebungen darauf gerichtet waren, auf der gewonnenen Grundlage weiter fortzubauen, bin ich mir bewusst, dabei von aufrichtiger Liebe zum Grundgesetz, auf dem die gesetzmässige Freiheit nach innen beruht, und von treuer Ergebenheit für die Vereinigung, worauf unsere Sicherheit nach aussen wesentlich beruht, beseelt gewesen zu sein. Von diesen Gefühlen geleitet und mit diesem Ziele meines Wirkens vor Augen, gab ich mich der festen Erwartung von einer stets fortschreitenden Entwicklung hin, indem ich auf die kräftige Mitwirkung des Storthing sicher baute. Auch während der Wahlperiode, die verflossen ist, seit ich zuletzt dem Storthing persönlich gegenüberstand, ist mancher nützlicher Beschluss gefasst worden;

andererseits aber sind die Verhandlungen dieser Versammlung oft einer Richtung gefolgt, die meinerseits keine Billigung finden, und sie haben bisweilen Beschlüsse hervorgerufen, zu deren Vollziehung ich, als Hüter der der Königsmacht durch das Grundgesetz in der Staatsverfassung gegebenen Stellung, meine Hand nicht bieten konnte. Bei mehreren Gelegenheiten hat auch das Storthing, unter dem Streben, die Gewalt, die dem König durch das Grundgesetz übertragen ist, zu beschränken, die Arbeit der gleichmässig fortschreitenden Entwicklung stillstehen lassen. Man hat behauptet, dass die Königsmacht die gemeinsame Thätigkeit der Staatsfaktoren, zu welcher die Theilnahme der Staatsräthe an den Verhandlungen des Storthing Anlass geben würde, abgewiesen habe. Diese Behauptung ist unbefugt. Um dem Storthing zu willfahren, habe ich wiederholt Vorschläge zu einer Veränderung im Grundgesetze eingebracht, und ein solcher Vorschlag befindet sich auch gegenwärtig beim Storthing. Die Bedingungen, an die mein Vorschlag geknüpft ist, sind, wie ich glaubte und auch jetzt noch glaube, unter unseren verfassungsmässigen Verhältnissen von besonderer Bedeutung. Aehnliche Bedingungen finden sich auch bei anderen konstitutionellen Verfassungen, selbst bei solchen, die weit stärkere konservative Garantien enthalten als die unserige. Um den Wünschen des Storthing entgegenzukommen, habe ich trotz der Bedenken, die ich dabei hatte, ein Jahr nach dem anderen der Verlängerung der Sessionen weit über die Zeit hinaus, welche bei Einführung der jährlichen Sessionen festgesetzt wurde, meine Zustimmung ertheilt. Als ich einem Beschlusse, dass ein Storthing-Comité nach Auflösung des Storthing beisammenbleiben solle, meine Billigung versagte, schlug ich, um dem Storthing zu willfahren, ein Verfahren vor, welches dazu angethan war, die Forderungen einer gründlichen Behandlung der Sache zu erfüllen. Das Storthing aber hat durch keinen Schritt von Seiten der ausübenden Gewalt, mochte er auch von den aufrichtigsten Wünschen für gemeinsame Arbeit und gutes Einverständniss ausgegangen sein, zu einer entsprechenden Haltung bewogen werden können. Mit ernster Bekümmerniss habe ich erfahren müssen, dass das Storthing geltend machen will, es könne ohne Zustimmung des Königs das Grundgesetz verändern. Meine Ueberzeugung, dass eine solche Behauptung unberechtigt ist, steht unerschütterlich fest. Nur König und Storthing im Verein haben die Macht, das Grundgesetz zu verändern. Mit tiefer Erkenntniss von meiner königlichen Pflicht will ich mit aller Kraft für das Grundgesetz, das wir Alle, ihr sowohl wie ich, beschworen haben, und das ein Jeder unverbrüchlich halten muss, wenn der Friede und die Sicherheit des Staates bewahrt bleiben sollen, eintreten. Ich gebe mich der Hoffnung hin, dass die bedauerliche Spaltung und Erregung, welche sich in unser öffentliches Leben eingedrängt hat, nach und nach einer unbefangeneren und besonneneren Auffassung von bestehenden Verhältnissen und den Erfordernissen der Staatseinrichtungen weichen, und dass alle aufgeklärten und patriotischen Männer, ein Jeder in seinem Kreise, meine Bestrebungen zur Erreichung dieses Zieles unterstützen werden. Möge eine gnädige

Nr. 7714. Norwegen. 21. Juni 1882. Vorsehung die unheilvollen Folgen eines jeden Versuches abwenden, die Grundlage der staatlichen Ordnung, unter welcher das norwegische Volk so viele Jahre glücklich und frei gelebt hat, zu erschüttern! Mit der Bitte an Gott, er wolle es so fügen und Volk und Reich seinen Segen geben, erkläre ich hiermit das 31. ordentliche Storthing für geschlossen und verbleibe Euch, gute Herren und norwegische Männer, mit aller königlichen Gunst und Gnade wohl gewogen.

Aegypten.

Nr. 7715. **TÜRKEI.** — Firman des Sultans an Mehemed-Ali, betreffend die Erbfolgeordnung, Steuererhebung im Namen der Pforte, Münzwesen und Zahl der auszuhebenden Truppen.

(Traduction.)

L'acte de soumission que tu viens de faire, les assurances de fidélité et de dévouement que tu as données, et les intentions droites et sincères que tu as manifestées tant à mon égard que dans les intérêts de ma Sublime Porte, sont parvenues à ma connaissance souveraine et m'ont été fort agréables. || En conséquence, et le zèle et la sagacité qui te caractérisent, ainsi que l'expérience et les connaissances que tu as acquises dans les affaires de l'Egypte pendant le long espace de temps que tu as occupé le poste de Gouverneur de l'Egypte, donnant lieu à croire que tu auras acquis des droits à la faveur et à la confiance que je t'accorde; c'est-à-dire, que tu en connaîtras toute la portée et toute la reconnaissance que tu devras en avoir, que tu t'appliqueras à faire en sorte que ces dispositions passent à tes fils et à tes neveux, je t'accorde le Gouvernement de l'Egypte dans ces anciennes limites telles qu'on les trouve dans la carte qui t'est envoyée par mon Grand-Vizir actuellement en fonctions, munie d'un cachet, avec le privilége additionnel de l'hérédité et avec les conditions suivantes: — || Désormais, quand le poste sera vacant, le Gouvernement de l'Egypte sera conféré à celui de tes enfants mâles existants que j'aurais préféré et élu, et ce systeme sera observé également à l'égard de ses enfants mâles. || Si jamais le destin voudra que la ligne masculine soit éteinte, comme dans ce cas ma Sublime Porte devra conférer le Gouvernement de l'Egypte sera conféré à celui de tes enfants mâles existants que j'aurais préféré et élu, et ce systeme sera observé également à l'égard de ses enfants mâles. || Si jamais le destin voudra que la ligne masculine soit éteinte, comme dans ce cas ma Sublime Porte devra conférer le Gouvernement de l'Egypte à une autre personne, les enfants mâles nés des filles des Gouverneurs de l'Egypte n'auront aucun droit, aucune capacité légale à la succession au Gouvernement. || Dorénavant, celui d'entre tes enfants qui sera élu au Gouvernement de l'Egypte devra se rendre en personne à Constantinople pour y rece-

Nr. 7715. Türkei. 13. Febr. 1841.

Nr. 7715. Türkei. 13. Febr. 1841. voir l'investiture de son poste. || Bien que les Pachas d'Egypte ayent obtenu le privilége de l'hérédité, ils doivent cependant être considérés, quant à la préséance, comme étant sur un pied d'égalité avec les autres Vizirs, ils seront traités comme les autres Vizirs de ma Sublime Porte, et recevront les mêmes titres que l'on donne aux autres Vizirs quand on leur écrit. || Les Ordonnances utiles proclamées par mon Hatti-Shériff Impérial de Gulhané, tous les réglements faits et à faire par ma Sublime Porte, tous les Traités conclus et à conclure entre ma Sublime Porte et les Puissances amies, seront complètement mis à exécution dans la Province de l'Egypte aussi.

En Egypte, tous les impôts, tous les revenus seront perçus et recueillis en mon nom souverain; attendu cependant que les Egyptiens aussi sont les sujets de ma Sublime Porte, et afin qu'un jour ils ne soient pas vexés, la dîme, les droits et les autres impôts qui seront perçus, le seront sur les mêmes règles qui seront en vigueur dans les autres pays de ma Sublime Porte. || Sur le montant annuel des droits de douane, de la dîme, des impôts et de toutes les autres espèces de revenus, on en prélévera d'abord, c'est-à-dire, sans défalquer aucune dépense, la quatrième partie pour compte de ma Sublime Porte. Les autres trois quarts sont laissés afin qu'ils servent à faire face aux frais du recouvrement, à ceux de l'Administration Intérieure, des établissements militaires, et pour le trésor particulier des Pachas d'Egypte, et pour le payement des vivres qu'il est d'usage d'envoyer tous les ans en nature de l'Egypte aux deux Villes Saintes. || Le quantum du tribut qui revient à ma Sublime Porte et le mode de la perception, sont exécutoires dans l'espace de cinq ans, à commencer de l'année 1257 (Février 1848); après cela, il sera loisible de faire à cet égard de meilleurs arrangements d'après l'état futur de l'Egypte et les exigences des temps; considérant que c'est un devoir pour ma Sublime Porte de connaître au juste le montant réel des revenus annuels et le mode de perception des dîmes et des autres impôts à prendre des habitants, et attendu que cette connaissance ne peut guère s'obtenir que par l'établissement d'un contrôle, on prendra des mesures conformes aux ordres que je donnerai à cet égard.

Comme ma Sublime Porte a pris la résolution d'améliorer la monnaie, qui est l'âme des opérations de la société, et de le faire de manière à ce que désormais il ne puisse y avoir de la variation ni dans l'aloi, ni dans le prix, je permets que l'on batte monnaie en Egypte; mais les monnaies en or et en argent que je te permets de battre porteront mon nom, et seront tout-à-fait semblables, sous les rapports du titre, des prix et de la forme, à celles que l'on frappe ici.

En temps de paix, 18,000 hommes suffiront pour le service intérieur de la Province de l'Egypte; il ne sera pas permis d'en augmenter le nombre. Mais vu que les troupes de terre et de mer de l'Egypte sont instituées pour le service de ma Sublime Porte, il sera permis, en temps de guerre, de les porter au nombre qui aura été jugé convenable par ma Sublime Porte. || On

a adopté le principe que les soldats employés dans les autres parties de mes Etats serviront pendant cinq ans, au bout duquel terme ils seront échangés contre des recrues. Cela étant, il faut qu'à cet égard l'on suive le même système en Egypte aussi. Par conséquent, il faudra former des soldats le plus récemment incorporés et pris dans les corps des troupes Egyptiennes 20,000 hommes, auxquels on appliquera ensuite le principe du temps de service à compter du jour qu'ils y ont été admis. De ce corps 18,000 hommes seront employés au service intérieur de l'Egypte, et les 2000 hommes seront employés ici. Et comme la cinquième partie de ces 20,000 hommes devra être remplacée tous les ans, on prendra chaque année sur la population de l'Egypte, en tirant légalement au sort, en s'y prenant mon humanité, et en y observant la plus parfaite impartialité, 4000 hommes, dont 3600 hommes seront retenus en Egypte, et les 400 envoyés à Constantinople. Les soldats qui auront été les premiers à entrer au service, soit ici soit là, et qui auront accompli leur cinquième année de service, seront renvoyés à leurs pays respectifs, et ceux qui auront une fois accompli le terme de service ne seront plus enrôlés. || Il peut y avoir une différence, à cause du climat, dans l'étoffe servant à l'habillement des troupes en Egypte; mais il ne doit en avoir aucune ni dans l'uniforme, ni dans la coupe des habits, ni dans les marques distinctives des grades, ni dans les drapeaux, entre ces troupes-là et les autres troupes de ma Sublime Porte. || Les troupes à employer sur les vaisseaux Egyptiens, officiers et soldats, auront tout-à-fait le même habillement et les mêmes marques distinctives de leurs grades que les troupes d'ici; les bâtiments porteront le même pavillon que ceux d'ici. || Le Gouverneur d'Egypte nommera les officiers de terre et de marine jusqu'au grade de Col-Agassi, grade immédiatement au-dessous de celui de Chef de Bataillon. Quant aux nominations aux grades supérieurs à celui de Col-Agassi, il faudra absolument en demander la permission et prendre mes ordres là-dessus. || Dorénavant les Pachas d'Egypte ne pourront pas faire construire des bâtiments de guerre sans en avoir demandé la permission de la Sublime Porte, et en avoir obtenu une autorisation claire et positive.

Attendu que chacune des conditions arrêtées comme ci-dessus est adhérente au privilége d'hérédité, si une seule d'elles n'est pas exécutée, ce privilége d'hérédité sera aussitôt aboli et annulé. || Telle étant ma volonté suprême sur tous les points ci-dessus énoncés, toi, tes enfants et tes descendants, reconnaissants de cette haute faveur souveraine, vous vous empresserez toujours à exécuter scrupuleusement les conditions établies, vous vous garderez bien d'y contrevenir, vous aurez soin d'assurer le repos et la tranquillité des Egyptiens en les mettant à l'abri de toutes injures et de toutes vexations, vous ferez des rapports ici et demanderez des ordres sur les affaires importantes qui concernent ces pays-là, étant à ces fins que le présent Firman Impérial, est orné de mon rescrit souverain, a été écrit et vous est envoyé.

Nr. 7716. TÜRKEI. — Firman des Sultans an Mehemed-Ali, betreffend die Höhe und Zahlungsmodus des Tributs.

(Traduction.)

Nr. 7716. Türkei. Mai 1841. Toi Vizir sus-mentionné! — Comme tu as été confirmé dans le Gouvernement de l'Egypte avec hérédité, aux conditions résolutoires qui sont insérées dans un autre Firman, ma volonté souveraine est, que tu ayes à payer annuellement pour ma Sublime Porte, sur les droits de douane, sur les dîmes et la capitation, et sur les autres revenus et produits de cette province, un tribut de 80,000 bourses;*) qu'afin que le montant du tribut ne varie pas, puisque les prix des monnaies changent, on ait à calculer la somme de 80,000 bourses sur les prix des Colonnates d'Espagne qui sont en crédit en Egypte; et que le montant actuel des Colonnates soit payé chaque année en nature, ou bien que son équivalent soit payé en d'autres bonnes monnaies. Tels sont mes ordres, en conséquence desquels le présent Firman Impérial a été écrit et envoyé. || Ainsi, lorsque tu auras appris de quoi il s'agit, tu agiras de la manière ci-dessus énoncée, et tu auras soin de payer au Trésor Impérial, dès que le temps du payement sera arrivé, le tribut ci-dessus énoncé.

Nr. 7717. TÜRKEI. — Firman des Sultans an den Vicekönig, betreffend die Erbfolgeordnung. Vom 27. Mai 1866.

(Traduction.)

(Après les titres d'usage.)

Nr. 7717. Türkei. 27. Mai 1866. Ayant pris connaissance de la demande que tu m'as soumise, et dans laquelle tu me fais connaître que la modification de l'ordre de succession établi par le Firman adressé en date du mois de Rébi-ul-Akhir 1257, à ton aïcul Mehmed-Ali-Pacha pour lui conférer le Gouvernement à titre héréditaire de la Province d'Egypte, et revêtu de mon Hatt Impérial, et la transmission de succession de père en fils en ligne directe et par ordre de primogéniture seraient favorables à la bonne administration de l'Egypte et au développement du bien-être des habitants de cette province. || Appréciant d'autre part, dans toute leur étendue, les efforts que tu as faits dans ce but depuis ta nomination au Gouvernement Général de l'Egypte, qui est l'une des provinces les plus importantes de mon Empire, ainsi que la fidélité et le dévouement dont tu n'as cessé de faire preuve à mon égard, et voulant te donner un témoignage éclatant de la confiance pleine et entière que je t'accorde, j'ai décidé que dorénavant le Gouvernement de l'Egypte, avec les territoires qui y sont annexés et qui en dépendent, et avec les Caïmacamies de Sévakin et de Moussawa, sera transmis à l'aîné de tes enfants mâles et, de la même manière,

*) 80,000 purses, or 40,000,000 Turkish piastres, amounting at present to about 363,635 l. sterling.

aux fils aînés de tes successeurs. || Que si, en cas de vacance, le Gouverneur-Général ne laisse aucun enfant mâle, la succession sera transmise à l'aîné de ses frères, et à défaut des frères à l'aîné des enfants mâles du plus âgé parmi ses frères défunts. || Telle sera désormais la loi de succession en Egypte. || En outre, les conditions contenues dans le Firman susmentionné sont et demeurent à tous jamais en vigueur comme par le passé; chacune de ces conditions sera constamment observée, et le maintien du privilége qui découle de ces conditions dépendra de l'observation intégrale de chacune des obligations qu'elles impliquent. || Ces immunités accordées plus récemment par mon Gouvernement Impérial, concernant la faculté du Gouvernement-Général de l'Egypte de porter jusqu'à 30,000 hommes l'effectif de ses troupes, de maintenir la différence entre le titre des monnaies frappées en Egypte en mon Gouvernement Impérial, et celui des autres monnaies de mon Empire, et de conférer les grades civils de mon Gouvernement jusqu'à celui de Sanié (second rang de la première classe), sont également confirmées. || La règle qui interdit la succession des descendants mâles des filles des Gouverneurs est maintenue comme par le passé. || Le tribut de 80,000 bourses payé par l'Egypte au Trésor Impérial est porté à 150,000 bourses, à partir du mois de Mars de l'année 1866, à raison de 100 piastres la livre Ottomane, c'est-à-dire, à 750,000 livres Ottomanes par an. || Mon Iradé Impérial étant émané à l'effet de mettre à exécution les conditions qui précèdent, le présent Firman, portant en tête mon écriture Impériale, a été rédigé par ma Chancellerie Impériale, et t'a été délivré. || Tu dois, de ton côté, avec la loyauté et le zèle qui te caractérisent, et en profitant des connaissances que tu as acquises des conditions de l'Egypte, consacrer tes soins à la bonne administration de cette contrée, travailler à assurer à ces populations une tranquillité et une sécurité entières; et reconnaissant la valeur du gage que je viens de te donner de ma faveur Impériale, t'attacher à l'observation des conditions établies ci-dessus.

Nr. 7717. Türkei. 27. Mai 1866.

Ecrit de 12me jour du mois de Moharem, de l'an de l'Hégire 1283 (le 27 Mai 1866).

Nr. 7718. TÜRKEI. — Firman des Sultans an den Viceköng von Aegypten, betreffend die eventuelle Einrichtung einer Regentschaft. Vom 15. Juni 1866.

(Traduction.)

Nr. 7718. Türkei. 15. Juni 1866.

Dans le but de garantir, de toutes manières, le nouvel ordre de succession au Gouvernement de l'Egypte, ainsi qu'il fut établi par un autre Firman Impérial, il est mentionné ci-dessus le mode d'après lequel l'on est tenu de procéder à l'institution de la tutelle du Gouvernement de l'Egypte, lorsque dans l'éventualité de la mort de son Gouverneur, son fils aîné et héritier se trouverait être encore en bas âge. || Dans l'éventualité de la vacance du Gou-

Nr. 7718. Türkei. 15. Juni 1866. vernement, et lorsque l'héritier du Gouvernement serait en bas âge, c'est-à-dire, qu'il aurait moins que dix-huit ans, le Firman d'Investiture sera tout de même émané. Cependant, jusqu'à ce qu'il arrive à l'âge de dix-huit ans, si le Gouverneur se trouverait avoir déjà établi un tuteur et un conseil de tutelle pour le Gouvernement moyennant un testament cacheté par lui, et par deux hauts fonctionnaires de l'Egypte en service actif, comme témoins, ce tuteur et ce personnel de tutelle saisiront immédiatement les rênes de l'Administration, et procéderont à diriger le Gouvernement. En même temps, comme ils en référeront à ma Sublime Porte, un Firman Impérial en sera émané, les confirmant à leur place. Si, d'un autre côté, survient une vacance du Gouvernement susdit sans qu'il soit pourvu à l'institution d'une telle tutelle, le Conseil de tutelle étant composé des Chefs de l'Administration de l'Intérieur, de la Guerre, des Finances, des Affaires Etrangères, de la Justice, du Chef des Troupes, et des Commissaires des Provinces Egyptiennes, on procédera à l'élection, parmi les susdits fonctionnaires, d'un Conseil de tutelle de la manière suivante: — || Les susdits fonctionnaires réuniront immédiatement, et choisiront parmi eux-mêmes un tuteur à l'unanimité, ou à la pluralité des voix. Si, cependant, les voix se partagent entre deux candidats, la préférence sera donnée à celui des deux qui occuperait les plus importantes fonctions dans le Gouvernement. Le degré d'importance est établi dans l'ordre indiqué ci-dessus. || Ainsi, vient d'abord le Chef du Département de l'Intérieur, après celui de la Guerre, et ainsi de suite. Le tuteur étant ainsi élu, et les autres Membres s'étant constitués en Conseil du tutelle, ils prendront en mains le Gouvernement, et ils s'empresseront de rapporter à ma Sublime Porte l'institution du tuteur et l'institution du Conseil de tutelle. Ce choix sera confirmé de notre part par un Firman Impérial. || Dans le cas qu'il arrive que l'ex-Gouverneur ait nommé un tuteur et un Conseil de tutelle, ce tuteur et ce Conseil ne saurait être changés avant que le terme de tutelle ne soit expiré. De même dans la seconde alternative, c'est-à-dire, lorsque l'institution du tuteur a lieu par la réunion des hauts fonctionnaires du Gouvernement, l'on ne pourra non plus changer le tuteur ainsi nommé. Lorsqu'un Membre du Conseil du tuteur vient à mourir, on choisira un autre à sa place parmi les hauts fonctionnaires du Gouvernement, et si le tuteur lui-même vient à mourir, on choisira un à sa place de la manière susindiquée, dans le Conseil de tutelle, substituant à celui-ci un des hauts fonctionnaires du Gouvernement. || Lorsque l'héritier arrive à l'âge de 18 ans, étant alors majeur, il saisira les rênes de l'Administration et gouvernera comme son prédécesseur. Ceci étant confirmé par ma volonté Impériale et revêtu de mon Hatti-Sheriff, le présent Firman fut conséquemment émané le 2 Safer, 1283 (15 Juin, 1866).

Nr. 7719. **TÜRKEI.** — Firman des Sultans an den Khedive, betreffend die Erbfolgeordnung und das Recht, Handelsverträge und andere Verträge ohne politische Bedeutung zu schliessen. Vom 8. Juni 1867.

(Translation.)

To my illustrious Vizier Ismail-Pasha, who now holds the rank of Grand-Vizier, with the title of "Khidev" of Egypt, and who is decorated with the Orders of the Medjidié and Osmanié of the First Class in Diamonds. May God perpetuate his glory and increase his power and prosperity. Nr. 7719. Türkei. 8. Juni 1867.

After epithets applied to all Pashas holding the rank of Vizier: ‖ Be it known on the arrival of this my Imperial Firman, that, as is also mentioned in my Firman granting the privilege of hereditary succession to the Viceroyalty (Kidiviet) of Egypt, those fundamental laws which are in force in other parts of my dominions shall be maintained and respected in Egypt. Now by fundamental laws are meant all those principles laid down in the Imperial Rescript of Gulhaneh. But, inasmuch as the internal administration of the province, and consequently its financial, material and other interests are confided to the Government of Egypt, in order to preserve and extend those interests, it is permitted to that Government to frame such regulations as may seem necessary in the form of "special Tanzimat for the Interior." In like manner, whilst all the Treaties of the Sublime Porte must be respected in Egypt, an exception is made only as regards the customs duties, and as regards foreigners in matters relating to the police, postal and transit services, for which full powers are given to thee to enter into special arrangements with foreign agents. But such arrangements must not take the form of Treaties or Conventions having any political signification or purport. And in the event of their being inconsistent with the principles laid down above, or opposed to my original sovereign rights, it will be necessary to hold them as null and void. ‖ Wherefore the question of conformity or non-conformity to these principles in matters where a doubt exists as regards Egypt must be referred to my Sublime Porte previously to such arrangements being concluded. ‖ And when in the manner explained above any special arrangements are entered into concerning the customs duties in Egypt, information thereof must be transmitted to my Sublime Porte. ‖ Also, when any Conference respecting Commercial Treaties takes place between my Government and other Powers, in order that the commercial interests of Egypt may be attended to the opinions of the Egyptian Administration shall be consulted thereon. ‖ In proclamation of which this my Imperial Firman, dated 5 Sefer, 1284 (8th June, 1867), is now addressed to thee.

Nr. 7720. **TÜRKEI.** — Firman des Sultans an den Khedive, betreffend die Steuererhebung im Namen des Sultans und die Genehmigung zu auswärtigen Anleihen. Vom 29. November 1869.

(Traduction.)

Nr. 7720. Türkei. 29. Nov. 1869. (Après les titres d'usage.)

Il est superflu de dire combien ma sollicitude est grande pour la prospérité de l'importante Province d'Egypte, et pour l'accroissement du bien-être et de la sécurité de ses habitants. Tout en consacrant une attention sérieuse au maintien intact des priviléges intérieurs accordés à l'Administration Egyptienne, il est de mon devoir de surveiller en même temps le strict accomplissement des obligations de cette Administration, soit envers ma Couronne, soit envers les habitants de la province. || En conséquence, j'ai accepté les éclaircissements que tu as donnés et les engagements que tu as pris relativement aux armes et aux bâtiments de guerre, ainsi qu'à l'égard des relations extérieures de la province, par la lettre que tu as écrite, sous la date du 10 Djémazi-ul-Ewel, 1286, en réponse à celle que mon Grand-Vizir t'avait adressé, par mon ordre souverain, le 18 Rébi-ul-Akhir, 1286. || Seulement la question financière étant un point vital pour tous les pays, si la quotité des impôts est supérieure aux moyens des contribuables, ou si les produits de ces impôts, au lieu d'être affectés aux besoins réels du pays, sont absorbés par des dépenses infructueuses, on s'expose incontestablement à des pertes et à des dangers incalculables. || Il en résulte pour le Souverain du pays le droit sacré et imprescriptible de surveiller avec sollicitude cet important objet; et, pour qu'il ne subsiste plus aucun doute ni malentendu à cet égard, j'ai décidé de te donner les éclaircissements suivants, qui seront également portés à la connaissance de tous. Ainsi, suivant les conditions fondamentales qui servent de base à l'Administration Egyptienne, tous les impôts et redevances doivent être répartis et perçus en mon nom. Je ne saurais donc consentir en aucune manière à ce que les sommes provenant de ces impôts soient employés autrement qu'aux besoins réels du pays, et à ce que les habitants soient chargés de nouveaux impôts sans une nécessité légitime et reconnue. Ma volonté absolue est donc que tes soins et ton zèle les plus incessants soient dirigés vers ce deux importants objets, aussi bien que sur la nécessité que mes sujets d'Egypte soient toujours traités avec justice et équité. || De même, les emprunts à l'étranger engageant pour de longues années les revenus du pays, je ne saurais admettre que, sans que tous les détails des raisons qui peuvent y faire recourir n'aient été soumis à mon Gouvernement Impérial, et sans que mon autorisation n'ait été préalablement obtenue, des sommes prélevées sur les revenus de l'Egypte soient affectées au service d'un emprunt. || Ma volonté est donc qu'en aucun temps il ne soit fait d'emprunt qu'après que la nécessité absolue d'y avoir recours sera bien établie, et mon

autorisation préalable obtenue. || Tu conformeras désormais tes actes et ta conduite aux termes formels de mon présent Firman Impérial, qui est en tout point conforme aux droits et aux devoirs respectifs, ainsi qu'aux précédents. Nr. 7720. Türkei. 29. Nov. 1869.

Le 22 Chaban 1286 (29 Novembre, 1869).

Nr. 7721. **TÜRKEI.** — Firman des Sultans an den Khedive, betreffend die Aufhebung der Beschränkungen des Firmans vom 29. November 1869 und Bestätigung der Privilegien des Firmans vom 8. Juni 1867. Vom 10. September 1872.

(Traduction.)

Les priviléges accordés au Gouvernement Egyptien de la part de notre Gouvernement Impérial, dans le but de développer la prospérité de l'Egypte, sont liés à l'entier accomplissement par le dit Gouvernement de devoirs et conditions déterminés envers notre Gouvernement Impérial; devoirs et conditions dont la valeur a été assurée et fixée par nos ordres Impériaux, édictés précédemment. Nr. 7721. Türkei. 10. Sept. 1872.

Par notre Firman Impérial, en date du 5 Safer, 1284, l'Administration intérieure de l'Egypte, et, par conséquent, ses intérêts financiers, matériels et autres, sont dévolus au Gouvernement Egyptien.

Notre faveur Impériale lui a accordé tout ce qui se rattache au développement de l'organisation intérieure et du progrès en général.

Les choses étant ainsi, vous m'avez soumis que quelques restrictions et exceptions contenues dans mon Firman du 22 Chaban, 1286, créaient des entraves sérieuses au complet développement de la prospérité de l'Egypte.

Il est évident que la prospérité du pays et le bien-être de mes sujets sont l'une et l'autre, à mes yeux, de la plus haute importance et l'objet de mes plus chers désirs.

La réalisation de ces voeux dépend naturellement des moyens et des facilités accordés, pour répondre aux besoins qui en dérivent.

Telle ayant été ma volonté Impériale, il est contraire à mon désir que le progrès et la prospérité de l'Egypte soient entravés par des restrictions apportées aux priviléges que ma munificence souveraine avait accordés au Gouvernement Egyptien, dans son intérêt matériel et financier.

Aussi, j'ai prescrit de maintenir tels quels les priviléges octroyés par mon Firman en date du 5 Safer, 1284, et j'ai fait émaner de ma Sublime Porte cet Ordre Suprême, et je vous l'ai donné.

Le 7[e] jour de Redjeb, 1289 (10 Septembre, 1872).

Nr. 7722. TÜRKEI. — Erlass des Sultans an den Khedive, betreffend die Ermächtigung zu auswärtigen Anleihen.

(Traduction.)

Nr. 7722. Türkei. 25. Sept. 1872. L'Administration matérielle et financière de l'Egypte vous étant, en tout et pour tout, dévolue par mes divers Firmans Impériaux, la faculté de faire des emprunts à l'extérieur, et les effecter au bien-être de l'Egypte, se trouve comprise dans la sphère des privilèges accordés spécialement au Gouvernement Egyptien. || Dorénavant, aussi, toutes les fois que pour la prospérité du pays le besoin de contracter des emprunts à l'extérieur se produira, je vous renouvelle et vous confirme l'autorisation d'emprunter des sommes nécessaires au nom du Gouvernement Egyptien, et sans demander l'autorisation.

Le 22 Redjeb, 1289 (25 Septembre, 1872).

Nr. 7723. TÜRKEI. — Firman des Sultans an den Khedive, betreffend die Thronfolgeordnung, Regentschaft, innere und finanzielle Verwaltung, Abschluss von nicht politischen Verträgen und Anleihen, Münzrecht, Bau von Kriegsschiffen, Flagge und Zahlung des Tributs. Vom 8. Juni 1873.

(Traduction.)

Nr. 7723. Türkei. 8. Juni 1873. Le Firman, après la formule d'usage, continue comme suit: — || Qu'il soit fait notoire que nous avons pris ta demande en considération, et que nous avons voulu réunir dans un seul Firman tous les Firmans et Khats Houmayoun qui, depuis le Firman qui accordait l'hérédité de l'Egypte à ton aïeul, Mehemet-Aly, ont été octroyés aux Khédives d'Egypte, soit pour modifier le mode de succession, soit pour accorder à l'Egypte des immunités et des privilèges nouveaux, en harmonie avec les moeurs des habitants et le caractère et la nature du pays. Nous avons voulu que le présent Firman, avec toutes les modifications et explications nécessaires qu'il renferme, et les principes et règles qu'il établit, soit à toujours exécutoire et respecté, et remplace aussi à l'avenir les autres Firmans Impériaux, et cela ainsi qu'il suit: — || L'ordre de succession au Gouvernement d'Egypte, accordé par notre Firman Impérial en date du 2 Rebib-ul-ewel, 1257, a été modifié de manière que le Khédivat d'Egypte passât à ton fils aîné et après lui à son fils aîné et ainsi pour les autres, c'est-à-dire que la succession est par ordre de primogéniture dans l'intérêt de la bonne administration de l'Egypte et du bien-être de ses habitants. D'un autre côté, comme j'ai constaté les soins que tu donnes à l'Égypte et les efforts que tu fais pour sa prospérité dont la grandeur et l'importance sont notoires à mes yeux, ainsi que la fidélité et le dévoûment dont tu m'as toujours donné des témoignages, je t'ai accordé entièrement mes bonnes grâces et ma confiance, et pour t'en donner une preuve éclatante, j'ai voulu établir

et j'établis comme loi que la succession au Khédivat d'Egypte et de ses dépendances ainsi que des Caïmacamats de Souakin et de Massawa avec leurs dépendances, passera, comme il est dit plus haut, à ton fils et après lui conformément à la loi de primogéniture aux fils aînés de ceux qui seront Khédives. En cas où celui qui serait Khédive ne laisserait pas d'enfants mâles le Khédivat passerait à son frère puîné, et dans le cas, où son frère ne serait plus, au fils aîné de son frère puîné. Cette règle est établie d'une manière définitive et ne s'applique pas aux enfants mâles dans la ligne féminine. || Afin d'assurer complètement la sécurité de cet ordre de succession la régence qui administrera l'Egypte en cas de minorité est règlée comme suit: A la mort du Khédive si son fils aîné est mineur, c'est-à-dire, s'il est âgé de moins de 18 ans, comme il sera réellement quoique mineur Khédive par son droit à la succession, son Firman sera immédiatement envoyé. Si le Khédive défunt a durant sa vie institué la régence dans un document qui doit être contre-signé par deux hauts fonctionnaires portés comme témoins dans l'acte, le Régent et les membres de la Régence qui auraient été ainsi désignés prendront immédiatement en main l'administration des affaires et en informeront ma Sublime Porte, et mon Gouvernement Impérial confirmera le Régent et les membres de la Régence dans leurs fonctions. Si le Khédive n'a pas pourvu à la Régence pendant sa vie, celle-ci sera formée des personnes qui se trouvent à la tête des Administrations de l'Intérieur, de la Guerre, des Finances, des Affaires Etrangères, du Conseil de Justice, de l'Armée et de l'Inspection Générale. Ils procéderont entr'eux, de la manière suivante, à la nomination du Régent. Ces différents Chefs d'Administration éliront parmi eux celui qui sera Régent; cette élection se fera soit à l'unanimité soit à la majorité des voix. Au cas où les voix se porteraient en nombre égal sur deux personnes, celle qui occupe la fonction la plus importante à commencer par l'Administration de l'Intérieur sera élu Régent, et les autres membres formeront le Conseil de Régence. Ils prendront en main l'administration des affaires et en donneront avis à ma Sublime Porte, qui les confirmera dans leurs fonctions. Soit que le Régent et les Membres du Conseil de Régence aient éte institués par le Khédive de son vivant, soit que la Régence se soit constituée par élection, dans l'un comme dans l'autre cas aucun des Membres ne pourra être changé. Si l'un des Membres de la Régence vient à mourir les Membres survivants choisiront et nommeront un autre fonctionnaire Egyptien pour le remplacer. Si c'est le Régent qui vient à mourir les Membres du Conseil choisiront son remplaçant parmi eux-mêmes et nommeront à la place que le nouveau Régent occupait dans le Conseil un autre fonctionnaire Egyptien. Lorsque le Khédive mineur sera arrivé à l'âge de 18 ans, il sera considéré comme majeur et administrera par lui-même les affaires du Gouvernement. || J'attache la plus grande importance à la prospérité de l'Egypte, au bien-être, à la tranquillité, et à la sécurité de sa population, et comme ce sont des objets qui reposent sur l'administration civile et finan-

Nr. 7723. Türkei. 8. Juni 1873.

Nr. 7723. Türkei. 8. Juni 1873. cière du pays, ainsi que sur le développement des intérêts matériels et autres du pays qui sont du ressort du Gouvernement Egyptien, nous mentionnons comme suit, en les modifiant et les élucidant tous les priviléges que mon Firman Impérial, soit anciennement, soit à nouveau, a accordés au Gouvernement Egyptien pour qu'ils soient possédés à toujours par les Khédives qui se succéderont. || L'administration civile et financière du pays et tous les intérêts matériels et autres, sous tous les rapports, sont du ressort de Gouvernement Egyptien et lui sont confiés, et comme l'administration, le bon ordre de tout pays, le développement de la richesse et de la prospérité de la population proviennent de l'harmonie à établir entre les faits, les relations générales, la condition et la nature du pays, ainsi que le caractère et les moeurs des habitants, le Khédive d'Egypte est autorisé à faire des règlements intérieurs et des lois toutes les fois qu'il sera nécessaire. || Il est aussi autorisé à renouveler et à contracter, sans porter atteinte aux Traités politiques de ma Sublime Porte, des Conventions avec les Agents des Puissances étrangères, pour les douanes et le commerce, et pour toutes les relations qui concernent les étrangers, et toutes les affaires intérieures et autres du pays, et cela dans le but de développer le commerce et l'industrie, et de régler la police des étrangers, ainsi que leur situation, et tous leurs rapports avec le Gouvernement et la population. || Le Khédive a la disposition complète et entière des affaires financières du pays. Il a pleine faculté de contracter, sans autorisation, au nom du Gouvernement Egyptien, tout emprunt à l'étranger toutes les fois qu'il croira nécessaire. || Le premier devoir du Khédive, et le plus essentiel, étant la garde et la défense du pays, il a autorisation pleine et entière de pourvoir à tous les moyens et établissements de défense et de protection, conformément aux nécessités du temps et des lieux, et d'augmenter ou de diminuer selon le besoin, sans qu'aucune limite lui soit imposée, le nombre de mes troupes Impériales d'Egypte. || Le Khédive conservera, comme auparavant, le privilége de conférer des grades dans l'ordre militaire jusqu'au grade de Colonel, et dans l'ordre civil jusqu'au grade de Raubci Sanick. La monnaie qui sera frappée en Egypte doit être frappée en mon nom Impérial, les drapeaux des troupes de terre et de mer seront les mêmes que les drapeaux de mes autres troupes, et, comme bâtiments de guerre, les bâtiments blindés seuls ne pourront être construits sans ma permission. || Par mon ordre Impérial, reproduisant les dispositions ci-dessus, je te fais remettre par mon Divan Impérial ce Firman illustre orné en tête de mes caractères Impériaux. Ce Firman renferme et complète, en les élucidant et les modifiant, tous les Firmans et Khats Impériaux qui ont été octroyés jusqu'à présent au Gouvernement Egyptien, soit pour instituer l'ordre de succession, la forme de la Régence en cas de nécessité, soit pour l'Administration civile, militaire, financière, ainsi que les intérêts matériels et autres du pays. || C'est en conformité de ma volonté Impériale que les règles et principes contenus dans ce Firman doivent être observés à toujours et à jamais exécutés, en lieu et place de

tous les autres contenus dans mes précédents Firmans. || Pour toi, conformément à ton caractère plein de droiture et de zèle, et aux connaissances que tu as acquises de l'état de l'Egypte, tu exécuteras fidèlement les conditions stipulées dans ce Firman, et tu feras les efforts pour bien administrer le pays, pour assurer par tous les moyens possibles la tranquillité des habitants et reconnaître par-là mes faveurs et mes bontés Impériales à ton égard. || Tu apporteras aussi la plus grande attention à remettre chaque année, sans rétard et dans son entier, à mon Trésor Impérial, les 150,000 bourses de tribut établi.

Nr. 7723. Türkei. 8. Juni 1873.

13 Rebi-ul-Akhir, 1290 (8 Juin, 1873).

Nr. 7724. AEGYPTEN. — Decret des Khedive, betreffend die Einrichtung einer Casse der öffentlichen Schuld.

Nr. 7724. Aegypten. 2. Mai 1876.

Nous, Khédive d'Egypte, — Voulant prendre des mesures définitives et opportunes pour obtenir l'unification des diverses dettes de l'Etat et de celles de la Daïra Sanieh, ainsi que la réduction des charges excessives résultant de ces dettes; || Et voulant donner un témoignage solennel de notre ferme intention d'assurer toute garantie aux intérêts engagés: || Avons résolu d'instituer une Caisse spéciale chargée du service régulier de la dette publique, et de nommer à sa direction des Commissaires étrangers, lesquels ont été sur notre demande indiqués par les Gouvernements respectifs comme fonctionnaires aptes à remplir le poste auquel ils seront nommés par nous en qualité de fonctionnaires Egyptiens dans les conditions suivantes: —

Article 1. Il est institué une Caisse de la Dette Publique chargée de recevoir les fonds nécessaires au service des intérêts et de l'amortissement de la dette, et de les destiner exclusivement à cet objet.

Art. 2. Les fonctionnaires, les Caisses locales, ou les administrations spéciales qui, après avoir recouvré, reçu, ou concentré les revenus spécialement affectés au paiement de la dette, sont ou seront à l'avenir chargés de les verser au Trésor Central ou de les tenir à la disposition des ordonnateurs des dépenses de l'Etat, sont par effet du présent Décret obligés d'en faire le versement pour compte du Trésor de l'Etat à la Caisse spéciale de la Dette Publique, qui sera à cet égard considéré comme une Caisse spéciale du Trésor. || Ces fonctionnaires, Caisses et Administrations ne pourront être valablement déchargés que par les quittances qui leur seront délivrés par la dite Caisse de la Dette Publique. Tout autre ordre ou quittance sera sans effet. || Ces mêmes fonctionnaires, Caisses, ou Administrations enverront mensuellement au Ministre des Finances un tableau contenant les recettes ou récouvrements faits par eux directement ou versés par les percepteurs des revenus spécialement affectés à la dette, et les versements faits à la Caisse spéciale de la Dette

Nr. 7724. Aegypten. 2. Mai 1876. Publique. || Le Ministre des Finances communiquera ces tableaux à la Direction de la Caisse. || La Caisse de la Dette Publique recevra de la Daira Sanieh la somme intégrale nécessaire au service des intérêts et de l'amortissement du montant de ses dettes unifiées. || Elle recevra également les fonds de l'annuité due au Gouvernement Anglais, et représentant l'intérêt sur les actions du Canal de Suez.

Art. 3. Si les versements des revenus affectés à la dette sont insuffisants pour payer le sémestre, la Caisse spéciale de la Dette Publique demandera au Trésor par le moyen du Ministre des Finances la somme nécessaire pour compléter le paiement de la sémestrialité, le Trésor devra lui verser cette somme quinze jours avant l'échéance. || Si les fonds encaissés laissent un excédant sur le paiement des intérêts et de l'amortissement, la Caisse spéciale de la Dette Publique versera cet excédant à la fin de chaque année, à la Caisse générale du Trésor. || La Caisse de la Dette Publique présentera ses comptes, qui seront examinés et jugés comme de droit

Art. 4. Les actions qu'au nom et dans l'intérêt des créanciers en grande partie étrangers, la Caisse et pour ses directeurs croiront avoir à exercer contre l'administration financière, représentée par le Ministre des Finances, pour ce qui concerne la tutelle des garanties de la dette que nous avons confiée à la direction de la dite Caisse, seront portées dans les termes de leur juridiction devant les nouveaux tribunaux qui, suivant l'accord établi avec les Puissances, ont été institués en Egypte.

Art. 5. Les Commissaires désignés, comme il est dit plus haut, auront la direction de la Caisse spéciale de la Dette Publique. || Ils seront nommés par nous pour cinq ans et siégant au Caire. || Leurs fonctions pourront être continuées à l'expiration des cinq ans, et en cas de décès ou de démission de l'un d'eux, la nomination nouvelle sera faite par nous dans la forme des nominations primitives. Ils pourront confier à l'un deux les fonctions de Président, lequel en donnera avis au Ministre des Finances.

Art. 6. Les frais de change, d'assurance et de transport d'espèces à l'étranger, ainsi que commissions pour paiement des coupons seront à la charge du Gouvernement. || Les Directeurs de la Caisse prendront les accords préalables avec le Ministre des Finances pour toutes les opérations; mais le Ministre décidera si l'expédition des sommes doit être faite en groupe ou par lettres de change.

Art. 7. La Caisse ne pourra employer aucun fond soit ou non disponible, en opérations de crédit, commerce, industrie, ou autres.

Art. 8. Le Gouvernement ne pourra, sans l'avis conforme des Commissaires qui dirigent la Caisse de la Dette Publique, pris à la majorité, porter dans aucun des impôts spécialement affectés à la dette, des modifications qui pourraient avoir pour résultat une diminution de la rente de cet impôt. Toutefois, le Gouvernement pourra affermer un ou plusieurs de ces impôts, pourvu que le contrat de fermage assure un revenu au moins égal à celui déjà ex-

istant et conclure des Traités de Commerce portant modifications aux droits de Douane.

Art. 9. Le Gouvernement s'engage à n'émettre aucun bon du Trésor ni aucun nouveau titre, et à ne contracter aucun autre emprunt de quelque nature que ce soit. || Ce même engagement est pris au nom de la Daïra Sanieh. || Cependant si, par des motifs d'urgence nationale, le Gouvernement se trouvant dans la nécessité de recourir au crédit, il pourrait le faire dans la limite du strict besoin et sans porter aucun atteint à l'affectation des revenus destinés à la Caisse de la Dette Publique, ni aucune diversion à leur versement ni à leur destination. || Ces emprunts, tout exceptionnels qu'ils soient, ne pourront être contractés qu'après l'avis conforme des Commissaires-Directeurs de la Caisse.

Art. 10. Afin que les dispositions du précédent Article ne créent pas d'obstacles à la marche de l'Administration, le Gouvernement pourra établir un compte courant auprès d'une banque pour faciliter ses payements moyennant anticipation à régler sur les recettes de l'année. Le solde actif ou passif en sera réglé à la fin de chaque année. Le découvert de ce compte courant pendant l'année ne pourra jamais dépasser 50,000,000 de francs.

Fait au Caire, le 2 Mai 1876.

Nr. 7725. AEGYPTEN. — Decret, betreffend die Conversion und Consolidation der ägyptischen Staatsschuld.

Nous Khédive d'Egypte, considérant que les emprunts contractés en 1862 1864, 1868, 1873, 1865, 1867 et 1870 par le Gouvernement et la Daïra Sanieh, s'élevaient originairement à la somme de 65,497,660 *l.* sterling, laquelle se trouve aujourd'hui réduite à 54,793,150 *l.* sterling par effet des titres amortis jusqu'à ce jour; || Considérant qu'à cette dette, contractée par des emprunts avec amortissement, vient s'ajouter la dette flottante contractée, tant par le Gouvernement que par la Daïra, pour combler le déficit résultant du défaut d'exécution intégrale du contrat relatif à l'Emprunt 1873, non compris la prévision contenue dans le dit contrat, Article 19, pour l'achèvement des travaux publics déjà en cours d'exécution, ainsi que pour faire face aux dépenses occasionnées par des cas de force majeure et par des calamités publiques; || Considérant que cette dette a été en grande partie contractée par voie d'opérations de crédit qui, s'étant imposées au Gouvernement en temps de crise ou en d'autres circonstances exceptionnelles et urgentes, ont été conclues à des taux onéreux pour le Trésor de l'Etat; || Considérant que pour rendre possible au Trésor et à la Daïra Sanieh de satisfaire ces différentes dettes et pour mieux assurer dans l'avenir les intérêts des créanciers moyennant une mesure conforme aux exigences communes, il a été reconnu opportun et utile d'unifier toutes ces dettes en constituant une dette générale portant intérêt à 7 pour

Nr. 7725. Aegypten. 7. Mai 1876. cent et remboursable en soixante-cinq ans; || Considérant que vu le taux d'émission des divers emprunts avec amortissement, les titres relatifs à ces emprunts venant à être unifiés au pair de leur valeur nominale, profitent d'une bonification dont il est juste d'étendre le bénéfice aux porteurs des obligations de la dette flottante de l'Etat et de la Daïra Sanieh, dans une proportion qui établisse autant que possible l'égalité entre tous les créanciers; qu'il est équitable aussi d'accorder aux porteurs des titres des emprunts de 1864, 1865 et 1867, dont les dernières échéances sont prochaines, une compensation au prolongement plus sensible pour eux du délai d'amortissement; || Considérant que l'annuité nécessaire au service de la dette général unifiée s'élevant à 91,000,000 *l.* sterling sera de 6,443,600 *l.* sterling; mais que pour déterminer la charge qui grèvera effectivement le budget ordinaire de l'Etat, il faut en déduire la somme de 684,411 *l.* sterling, contribution de la Daïra Sanieh proportionnelle à l'importance de ses dettes unifiées avec celles de l'Etat; qu'ainsi l'annuité à la charge de l'Etat est de 5,759,189 *l.* sterling; || Considérant que l'unification et la consolidation des dettes de l'Etat en une seule dette générale rendent inopportune la continuation du paiement de la Moukabala, par laquelle le Gouvernement se proposait de concourir à l'extinction de la dette flottante moyennant l'anticipation de six annuités de l'impôt foncier; || Considérant que par effet de cette anticipation un des plus importants revenus de l'Etat se trouverait après quelques années considérablement réduit, tandis que dans l'intérêt du Gouvernement et des créanciers de l'Etat ce qu'il faut, c'est que le revenu du Trésor soit assuré de manière à satisfaire aux intérêts et à l'amortissement de la dette publique, ainsi qu'aux dépenses budgétaires; || Considérant que par ces motifs, notre Conseil Privé nous a proposé et nous avons approuvé d'arrêter l'opération de la Moukabala en accordant à ceux qui ont fait des anticipations les droits et priviléges qui leur auraient été définitivement acquis sur la propriété seulement après payement intégral de la Moukabala et en prenant des mesures équitables soit pour la restitution de ces anticipations, soit pour une réduction proportionnelle d'impôts; ce qui aura pour résultat d'éviter une réduction considérable dans un des principaux revenus de l'Etat; || Considérant d'ailleurs que pour la garantie des créanciers il était nécessaire de créer une Caisse spéciale chargée de recevoir le montant des revenus affectés à la dette et d'en faire le service:

Notre Conseil Privé entendu, avons décrété et décrétons: —

Article 1. Toutes les dettes de l'Etat et celles de la Daïra Sanieh résultant des emprunts contractés en 1862, 1864, 1868, 1873, 1865, 1867 et 1870, la dette flottante de l'Etat et la dette flottante de la Daïra Sanieh, comprenant les Bons du Trésor et tous autres titres ou obligations, sont unifiés en une dette générale dont les titres porteront 7 pour cent d'intérêt sur le capital nominal et seront amortissables en soixante-cinq ans par tirages semestriels. || L'unification est faite au pair du taux nominal des titres des anciens emprunts pour les emprunts 1862, 1868, 1870 et 1873. || Les titres de

la dette générale seront délivrés à 95 pour cent de leur capital nominal aux porteurs des titres des emprunts 7 pour cent 1864, 1865, et 9 pour cent 1867. Pour ce dernier emprunt, la différence du taux de l'intérêt sera capitalisée en titres au profit des porteurs. A 80 pour cent de leur capital nominal aux porteurs des titres des dettes flottantes de l'Etat et de la Daïra Sanieh sous forme de Bons du Trésor et autres titres ou obligations qui les constituent. || Par effet de cette opération, la dette générale unifiée sera de 91,000,000 *l.* sterling en valeur nominale, jouissance du 1 Juillet, 1876.

Art. 2. La dette emprunt et la dette flottante de la Daïra Sanieh s'unifiant avec celle de l'Etat, sous les mêmes restrictions et garanties, la Daïra Sanieh est tenue de verser annuellement à la Caisse de la Dette Publique la somme de 684,411 *l.* sterling représentant sa part proportionnelle dans l'annuité totale nécessaire au service de la dette pour intérêts et amortissement.

Art. 3. Les revenus affectés spécialement au service de la dette générale sont: —

	L.S.
Moudirieh de Garbieh	1,201,523
Moudirieh de Menoufieh	714,107
Moudirieh de Behera	424,312
Moudirieh de Siout	732,179
Octrois du Caire	345,389
Octrois d'Alexandrie	173,837
Douanes d'Alexandrie, Suez, Damiette, Rosette, Port-Saïd et El-Arich	639,677
Chemins de fer	990,806
Droits des tabacs	264,015
Revenus du sel	200,000
Fermage de Matarieh	60,000
Revenus des Ecluses et droits de navigation sur le Nil jusqu'à Wady Halfa	30,000
Pont de Kasr-el-Nil	15,000
	5,790,845
Contribution de la Daïra qui sera payée au fur et à mesure de ses rentrées	684,411
Total général des revenus affectés	6,475,256

Art. 4. Les titres de la dette générale unifiée seront de vingt, cent, cinq cents et mille livres sterling avec coupons payables semestriellement. || Le tirage des titres pour l'amortissement semestriel sera fait par les Commissaires Directeurs de la Caisse de la Dette Publique. || Ces titres seront délivrés en échange des titres des anciens emprunts et des titres de la dette flottante aux conditions prescrites dans l'Article 1 du présent Décret.

Art. 5. Un groupe composé de maisons de banque et d'établissements financiers s'est chargé par contrat de l'opération de l'unification de la dette. Des Commissaires Spéciaux du Gouvernement seront nommés par nous pour surveiller l'exécution régulière de ces opérations.

Nr. 7725. Aegypten. 7. Mai 1876. Art. 6. Pour le service de la dette unifiée est créée une Caisse Spéciale dont les statuts sont arrêtés par notre précédent Décret qui doit être considéré comme complément du présent Décret.

Art. 7. Notre Ministre des Finances est chargé de l'exécution du présent Décret.

Fait au Caire, le 7 Mai, 1876.

Ismail.

Nr. 7726. AEGYPTEN. — Decret, betreffend die Einsetzung eines obersten Schatzrathes.

Nr. 7726. Aegypten. 11. Mai 1876. Nous Khédive d'Egypte, notre Conseil Privé entendu, avons décrété et décrétons:

Titre I. — *Institution du Conseil Suprême du Trésor et ses attributions.*

Article 1. Il est institué un Conseil Suprême du Trésor. || Ce Conseil sera divisé en trois sections. || La première aura la dénomination d'Inspection Générale des Revenus et des Caisses de l'Etat. || La seconde celle de Section de Surveillance des Recettes et des Dépenses. || La troisième celle de Section pour le Jugement des Comptes. || Les trois sections fonctionneront séparément ou réunies suivant les cas et les modes prévus par le présent Décret.

Art. 2. La première section sera chargée de l'inspection de la Trésorerie centrale et de la surveillance de sa comptabilité. || Cette inspection et cette surveillance s'étendront à toute autre caisse qu'on pourra établir pour quelque service spécial. || La section, ou celui de ses membres qui sera délégué par elle, aura la faculté de prendre en tout temps connaissance de l'état de ces caisses et d'en vérifier les écritures. || Les rapports des Inspecteurs chargés par le Ministre des Finances de l'inspection des autres caisses et des caisses de perception seront communiqués par lui au Conseil Suprême. || Cette section surveillera l'exacte rentrée de tous les revenus et l'exécution rigoureuse de leur emploi. || Tout abus ou irrégularité sera par eux dénoncé au Conseil Suprême et poursuivi devant la seconde section contre les agents responsables, dans les termes des Articles suivants. || L'Inspecteur délégué par la section ne pourra prendre que des résolutions provisoires; il faut une délibération de la section pour les rendre définitives.

Art. 3. La seconde section seule ou réunie conformément aux dispositions suivantes: — || (A) Fera l'examen préalable de tous les engagements qui auront pour effet une dépense à la charge du Budget de l'Etat, et de tous les ordres ou mandats de payement ou ouvertures de crédit en faveur des fonctionnaires autorisés à expédier des bons de payement, jusqu'à la concurrence de la somme mise à leur disposition. || (B) Vérifiera ces bons de payement et prononcera sur la responsabilité des fonctionnaires qui auront fait des dépenses ou des payements non justifiés. || (C) Si un engagement, un ordre

ou un mandat manque de justification ou des formes régulières, ou s'il est fait par une autorité incompétente, la section en fera l'observation au Ministre des Finances; et dans le cas que l'administration persiste, l'acte ne pourra devenir exécutoire que par une délibération du Conseil Privé. L'acte ainsi approuvé sera enregistré par ordre. || Chaque mois la section remettra au Ministre des Finances, pour être transmise au Secrétariat du Khédive, une note des actes enregistrés par ordre; une copie de cette note sera communiquée aux autres sections du Conseil. || (D) Tout engagement portant dépense, tout ordre ou mandat de payement ou ouverture de crédit dont le montant réuni aux sommes de la même nature déjà engagées ou dépensées excède la prévision du Budget ou crée une dépense nouvelle, pour laquelle aucune somme ne se trouve assignée dans le Budget, sera suspendu par une délibération qui en expliquera les motifs. || Le Conseil Privé avisera, et dans le cas qu'il juge la dépense nécessaire, et que son Altesse le Khédive l'approuve, on expédiera un Décret spécial qui, ordonnant la dépense, indiquera en même temps les moyens pour y pourvoir. || En conséquence de ce Décret, on fera dans le passif ainsi que dans l'actif du Budget les modifications ou les nouvelles inscriptions qui seront nécessaires pour pourvoir à son exécution. || (E) Cette section veillera sur l'exact versement des recettes dans les Caisses du Trésor.

Art. 4. Sur la requête du Ministre des Finances ou sur les rapports des Inspecteurs transmis par l'intermédiaire du Ministre des Finances, elle prononcera des arrêtés, ayant force exécutoire, contre tout agent de la perception qui, ayant recouvré des sommes, ne les aura pas versées dans une des caisses qui seront indiquées à l'avance par le Ministre des Finances, contre tout agent ou caissier qui n'aura pas régulièrement fait les versements et contre les caissiers qui auront fait des payements abusifs ou irréguliers. || Est considéré comme abusif et irrégulier tout payement fait sur un acte sans l'accomplissement des formes prescrites par la loi. || Ce payement est nul et reste à la charge de celui qui l'aura exécuté. Parmi ces formes il faut compter, comme une des plus essentielles, celle que les réglements prescrivent pour déterminer la qualité du titre qui peut donner droit aux payements auprès des différentes caisses, ou les obliger à une remise de fonds. En ce cas le caissier est responsable des payements faits en exécution de tout autre espèce d'ordre ou mandat ayant un forme différente. || Il suffit pour libérer la responsabilité du payeur que les formes de l'acte soient en règle et que les formalités prescrites aient été remplies quel que soit le mérite de la dépense. || Dans le cas prévu à la lettre (D) de l'Article précédent, s'il y a désaccord entre les membres de la deuxième section sur la définition de la dépense ou sur la suffisance des fonds pour la payer, la question sera résolue par la première et la deuxième section réunies. || Ces sections réunies délibéreront aussi sur les mandats et ordres de payement qui arriveraient aux caisses dépourvus de l'enregistrement auprès du Conseil du Trésor.

Art. 5. La troisième section jugera et arrêtera les comptes de tous

Nr. 7726. Aegypten. 11. Mai 1876. comptables qui seront obligés par les réglements à donner un compte judiciaire. || L'examen des comptes sera fait par les référendaires comptables dont il sera parlé au Titre III. || Le compte général consomptif sera arrêté et les comptes généraux de la Trésorerie seront jugés par la réunion de la troisième et de la première sections. || Les comptables qui se croiront lésés par ces jugements auront le droit de les faire réviser par la réunion de la première et de la deuxième sections.

Art. 6. Le Conseil Suprême du Trésor a le droit de demander aux Ministres et aux Chefs des différentes Administrations de l'Etat toutes les informations et les documents qui se rapportent à l'exercice de ses fonctions. || Il a aussi le devoir de dénoncer au Conseil Privé et aux Ministres, en avisant en même temps le Ministre des Finances, les infractions aux lois et aux règlements relatifs à l'Administration Financière de l'Etat, et dont il aura pris connaissance en remplissant les attributions qui lui sont confiées. || Il a aussi le mandat de présenter au Conseil Privé par l'intermédiaire du Ministre des Finances, à la fin de chaque année financière, un rapport sur la situation générale du Trésor de l'Etat, sur la marche générale de la comptabilité de l'Etat et sur les réformes utiles qu'on pourrait introduire dans le service comptable et dans l'Administration Financière des dépenses et des recettes.

Titre II. — *Formation du Budget de l'Etat.*

Article 1. Trois mois avant que la gestion d'une année financière soit arrivée à son terme, le Ministre des Finances arrêtera le Budget de l'année suivante. || Les recettes et les dépenses seront distinctes suivant leur nature et spécifiées autant que possible. || Le projet du Budget sera soumis au Conseil Suprême du Trésor pour entendre ses avis et les idées qu'il pourra suggérer pour en rendre la rédaction meilleure et plus exacte.

Art. 2. A la fin de l'année budgétaire on arrêtera un compte de caisse qui comprendra tous les payements effectivement faits et toutes les recettes effectivement encaissées.

Art. 3. On ajoutera au Budget présomptif déjà arrêté pour l'année suivante et sous la dénomination de résidus actifs toutes les différences entre les recettes présumées et les recettes encaissées, ainsi que les autres crédits non réalisés, et sous la dénomination de résidus passifs les différences entre les dépenses prévues et les payements faits. || Après trois mois de la nouvelle gestion, on réduira ces différences à leur juste valeur en réduisant les recettes présumées et arriérées et les dépenses à faire dans une plus juste mesure que celle qui avait été originairement prévue. || Le Budget définitif de l'année sera composé de ces divers éléments.

Art. 4. Un premier exemplaire du Budget, du tableau des résidus actifs et passifs et de leurs rectifications successives sera remis au Ministère des Finances; un second exemplaire sera déposé au Conseil Suprême du Trésor.

Titre III. — *Composition et Organisation des Trois Sections du Conseil Suprême du Trésor.*

Article 1. Le Conseil Suprême du Trésor sera composé de dix Conseillers, dont cinq indigènes et cinq étrangers, et d'un Président nommé par Son Altesse le Khédive. || Il y aura un Secrétariat Général du Conseil.

Art. 2. La première section sera composée de trois membres étrangers. || Elle sera présidée tour à tour par un de ses membres par ordre d'ancienneté d'âge. Le Président restera en fonctions six mois.

Art. 3. La seconde section sera composée de cinq membres, c'est-à-dire de quatre Conseillers, dont deux étrangers et deux indigènes, et du Président du Conseil qui sera aussi Président de section. Cette section choisira dans son sein un Vice-Président. || Un des Membres de cette section sera par elle déléguée pour remplir les fonctions de Ministère Public. Le Président du Conseil Suprême déléguera un des référendaires, dont il est question à l'Article 4 suivant, pour remplir les fonctions de substitut du Ministère Public. || A la dépendance de cette section sera institué un bureau pour la tenue des livres en rapport aux Budgets et pour l'enregistrement des actes soumis à son examen par le présent Décret.

Art. 4. La troisième section sera composée de trois membres indigènes. || A cette section sera ajouté un corps de six référendaires des comptes. Deux de ces référendaires, parmi lesquels se trouvera celui qui a examiné le compte, interviendront avec vote dans la section appelée à les juger. Deux de ces référendaires seront étrangers.

Art. 5. La nomination des Membres du Conseil et du Secrétaire Général sera faite par Décret de Son Altesse le Khédive. Les conditions de traitement et autres seront fixées par leurs contrats d'engagement respectifs.

Art. 6. La destitution, la privation des fonctions, aussi bien que la retraite par autorité d'un membre du Conseil Suprême du Trésor, ne peut être ordonnée que par Décret de Son Altesse le Khédive, rendu sur l'avis conforme de son Conseil Privé.

Art. 7. Le Conseil Suprême fera son Règlement pour le service intérieur, pour l'organisation de son Secrétariat Général et de ses différents bureaux et pour la distribution des affaires.

Fait au Caire, le 11 Mai, 1876.

Ismail.

Nr. 7727. **AEGYPTEN.** — Decret, betreffend die Amortisation der Staatsschuld, Einsetzung der General-Controleure und der Commission der Staatsschuld und Verwaltung der Eisenbahnen und des Hafens von Alexandrien.

Nr. 7727. Aegypten. 18. Nov. 1876. Nous, Khédive d'Egypte, — || Considérant que le Décret du 7 Mai, 1876, relatif à l'unification des dettes de l'Etat et de la Daïra nécessite dans son application certaines modifications, — || Considérant le Décret du 2 Mai, 1876, instituant la Caisse de la Dette Publique, et voulant affermir mieux encore les attributions des Commissaires-Directeurs de la dite Caisse, — || Considérant que la suppression de la Loi de la Moukabala soulève des objections unanimes de la part des intéressés, et que la Chambre des Délégués a émis le voeu qu'elle fût maintenue, — || Dans notre ferme désir d'assurer la marche régulière des services publics, tout en sauvegardant les intérêts des créanciers par des garanties plus efficaces, || Notre Conseil Privé entendu, avons décrété et décrétons:

Titre I. — *Finances.*

Article 1. Les dettes de la Daïra,. comme il est indiqué aux Tableaux A et B, insérés dans le présent Décret, sont séparées des dettes de l'Etat, et ne rentrent pas dans l'unification de la Dette Publique Générale. || Ces dettes feront l'objet d'un arrangement spécial.

Art. 2. La Loi de la Moukabala est rétablie, et est considérée comme n'ayant jamais cessé d'être en vigueur. Toutefois les réductions annuelles produites par les effets de la Loi de la Moukabala ne seront appliquées qu'à partir de l'année 1886, et il sera tenu compte aux contribuables jusqu'à la fin de l'année 1885, d'un intérêt de 5 pour cent sur les sommes qui devaient être déduites. || Tous les produits de la Moukabala seront appliqués à l'amortissement des Emprunts 1864, 1865 et 1867, et de la Dette Unifiée. || Pour l'emploi des sommes disponibles provenant de la Moukabala, il est fait certaines réserves qui sont consignées à l'Article 6, relatif à l'amortissement.

Art. 3. Il est établi une Administration spéciale des chemins de fer et du port d'Alexandrie, qui sera placée sous la direction d'une Commission, comme il sera indiqué ci-après. || Les revenus des chemins de fer et du port d'Alexandrie seront directement appliqués au paiement des intérêts et de l'amortissement d'une série d'obligations privilégiées ayant une hypothèque spéciale sur les chemins de fer et le port d'Alexandrie, pour une somme de 17,000,000 *l.* sterling, rapportant 5 pour cent d'intérêts, amortissables en soixante-cinq ans, jouissance du 15 Octobre, 1876. || Ces obligations seront offertes par préférence aux porteurs des Emprunts 1862, 1868, et 1873 en échange des obligations de ces emprunts qui rapportent 7 pour cent, lesquelles obligations seront annulées. || L'annuité nécessaire au service des obligations privilégiées 5 pour cent, s'élevant à 885,744 *l.* sterling, et payable en deux

semestrialités de 442,872 *l.* sterling chacune, formera la première charge sur les revenus des chemins de fer et du port d'Alexandrie, et restera, en tous cas, la première obligation de la Commission de la Dette Publique. Nr. 7727. Aegypten. 18. Nov. 1876.

Art. 4. Les Emprunts de 1864, 1865 et 1867 sont déduits de la Dette Unifiée. || Ils continueront à jouir de leurs intérêts jusqu'à leur amortissement complet. || Ils seront amortis dans les termes de leurs contrats respectifs. Toutefois cet amortissement se fera au taux de 80 au lieu du taux de 100, et le premier amortissement semestriel à opérer sera reculé de six mois, c'est-à-dire qu'il se fera pour l'Emprunt 1864 le 1er Avril, 1877; pour l'Emprunt 1865 le 7 Juillet, 1877; et pour l'Emprunt 1867 le 22 Mai, 1877.

Art. 5. La majoration de 25 pour cent, accordée par le Décret du 7 Mai dernier aux porteurs de la Dette Flottante est réduite à 10 pour cent. || Par l'effet de ces mesures l'état financier sera le suivant: —

	Livres sterling	Livres sterling
(A) La majoration portée dans le Tableau d'Unification annexé au Décret du 7 Mai, à		6,204,327
Est réduite —		
1. De la majoration entière sur les 2,906,151 livres sterling de la Dette Flottante de la Daïra, ci	726,537	
2. De la majoration sur les Emprunts 1864, 1865 et 1867, ci	306,796	
3. De la réduction de la majoration accordée aux Dettes Flottantes de la Mallieh et de la Daïra, sur la Mallieh, soit 5,170,993 livres sterling, dont les trois cinquièmes représentant le 15 pour cent à déduire, ci	3,102,597	
		4,135,930
		2,068,397
(B) La Dette Unifiée de		91,000,000
Est, par ces divers retraits, réduit comme suit: —		
1. Dette Consolidée de la Daïra	5,909,280	
2. Dette Flottante de la Daïra	2,906,151	
3. Emprunts, 1864, 1865 et 1867	4,392,616	
4. Chemins de fer et Port d'Alexandrie . . .	17,000,000	
5. Diverses majorations	4,135,930	
		34,343,977
		56,656,023
Il revient au Gouvernement en représentation du Port d'Alexandrie, donné en garantie 2,000,000 en titres de la Dette Générale, ci		2,000,000
Solde à la disposition du Gouvernement, ci . .		343,977
Total de la Dette Unifiée . . .		59,000,000

Nr. 7727. Aegypten. 18 Nov. 1876.

Cette dette de 59,000,000 *l.* sterling est dotée d'une annuité de 4,177,720 *l.* sterling, représentant l'amortissement en soixante-cinq ans, et l'intérêt à 7 pour cent sur le capital, jouissance de 15 Juillet, 1876. || Cette annuité est payable en deux semestrialités de 2,880,860 *l.* sterling chacune. || Les revenus qui sont actuellement attribués à la Caisse de la Dette Publique par notre Décret du 7 Mai, 1876, lui restent affectés, sauf les modifications qui résulteront du présent Décret, et qui seront réglées par les Contrôleurs-Généraux dont il est parlé ci-après, et par les Commissaires-Directeurs de la Dette Publique. || Les 2,000,000 *l.* en titres de la Dette Générale qui reviennent au Gouvernement, pour le port d'Alexandrie, ne pourront être aliénés qu'après paiement intégral des 704,000 *l.* sterling, dues aux entrepreneurs du port le 1er Janvier, 1877.

Titre II. — *Amortissement.*

Art. 6. Les opérations de l'amortissement se feront par les soins des Commissaires de la Caisse de la Dette Publique. Pour augmenter les fonds d'amortissement il sera fait un prélèvement du septième des intérêts à 7 pour cent qui sont affectés au service de cette dette, soit 1 pour cent sur le capital restant à amortir au commencement de chaque année. || Les fonds provenant de ce prélèvement seront ajoutés aux sommes disponibles de la Moukabala, et seront également employés à l'amortissement par voie de rachats publics, sous réserve de ce qui est dit plus loin à défaut de rachats publics. || Cette retenue pourtant ne se fera que jusqu'à la fin de l'année 1885 au maximum, et, si avant cette époque la Dette Unifiée est réduite à 40,000,000 *l.* sterling, le paiement des intérêts de 7 pour cent sera repris à ce moment. || Les fonds provenant de la Moukabala seront versés intégralement à la Caisse de la Dette Publique chargée du service de l'amortissement. La Commission de la Caisse de la Dette Publique prendra sur les fonds versés la somme nécessaire à l'amortissement des Emprunts 1864, 1865 et 1867, et elle consacrera le solde disponible à l'amortissement de la Dette Générale Unifiée. || Dans le cas où, après qu'il aura été pourvu au service de la Dette Publique, les revenus seraient insuffisants pour faire face aux dépenses budgétaires du Gouvernement, telles qu'elles sont fixées dans le Tableau annexé au présent Décret, le Comité des Finances, composé du Ministre des Finances et des deux Contrôleurs-Généraux, en préviendra la Commission de la Dette Publique, qui retiendra sur les fonds disponibles provenant de la Moukabala, et destinés à l'amortissement de la Dette Unifiée, la somme nécessaire pour combler la différence. || Pour être en mesure de subvenir à cette obligation, la Commission de la Dette Publique conservera dans ses caisses, en Egypte, sur les produits disponibles de la Moukabala affectés à l'amortissement de la Dette Publique, une somme de 600,000 livres sterling par an. || Cette somme ne pourra être envoyée en Europe qu'après une déclaration du Comité des Finances dont il est parlé plus haut. || Si d'autre part il existe un excédant de revenus après qu'il aura été fait face aux charges de la Dette Publique et aux dépenses

budgétaires susmentionnées, cet excédant devra être ajouté à l'amortissement. || L'amortissement tant par la retenue de 1 pour cent que par les sommes restant disponibles de la Moukabalah et les excédants budgétaires, se fera par rachats publics, en tant qu'il sera possible de les effectuer au-dessous du cours de 75. || Dans le cas où pendant la période de la Moukabalah les rachats ne pourraient se faire à un taux inférieur à 75, l'amortissement se fera par tirage au taux de 75. Aussitôt que les augmentations de revenus produiront un excédant budgétaire de 150,000 livres sterling par an, l'amortissement se fera au taux de 80.

Nr. 7727. Aegypten. 18. Nov. 1876.

Titre III. — *Administration: Contrôleurs-Généraux.*

Art. 7. Il sera nommé deux Contrôleurs-Généraux, l'un Contrôleur-Général des Recettes, l'autre Contrôleur-Général de la Comptabilité et de la Dette Publique.

Art. 8. Les fonctions du Contrôleur-Général des Recettes sont les suivantes: || 1. La perception de tous les revenus de l'Etat et leur versement dans les caisses respectives. || 2. Il aura sous sa direction tous les agents de perception, sauf les fonctionnaires chargés de la perception des droits judiciaires et autres auprès des Tribunaux de la Réforme. || 3. Il nous proposera leur nomination par l'intermédiaire du Ministre des Finances. || Il aura droit de les suspendre de leurs fonctions, et il pourra aussi les révoquer après enquête régulière et avis conforme du Comité des Finances, composé du Ministre des Finances et des deux Contrôleurs-Généraux. || Les agents de perception des impôts dans les Moudiriehs seront choisis parmi les sujets du pays, qui ne sont frappés d'aucune incapacité légale prévue par les règlements. || 4. Il veillera à ce que les agents de perception ne recouvrent que les impôts autorisés. Les rôles des contributions directes ne devront être mis en recouvrement qu'après avoir été revêtus de son visa. || 5. Il veillera à ce que les produits en nature formant partie des revenus soient réalisés au mieux des intérêts du Trésor. Le Comité des Finances avisera aux meilleurs moyens de réalisation.

Art. 9. Le Contrôleur-Général de la Comptabilité et de la Dette Publique devra remplir, en même temps, les fonctions de Conseiller près le Ministre des Finances. || Les fonctions seront les suivantes: — || 1. Il veillera à l'exécution de tous les règlements qui touchent aux Dettes de l'Etat sans préjudice des attributions qui appartiennent à la Commission de la Dette Publique. || 2. Il contrôlera la comptabilité générale du Trésor et de toutes les caisses de l'Etat. || 3. Les Ministres ou Chefs d'Administration seront chargés d'ordonnancer toutes les dépenses. Pour être acquittés les mandats ou assignations qu'ils délivreront devront être revêtus du visa du Contrôleur-Général. || 4. Le Contrôleur-Général n'aura pas à apprécier l'utilité des dépenses faites par le Gouvernement. Il ne pourra refuser son visa que sur les mandats qui dépasseraient les crédits ouverts, ou qui ne permettraient pas de subvenir aux dépenses prévues pour la période de l'exercice budgétaire restant à courir.

Nr. 7727. Aegypten. 18. Nov. 1876.

Art. 10. Les Contrôleurs-Généraux prendront part à la préparation du Budget. Ils ne pourront empiéter sur les attributions des Ministres, qui restent seuls juges de la nécessité d'affecter le crédit à telle ou telle nature de service. En conséquence le Budget sera préparé par le Ministre des Finances, qui centralisera toutes les demandes de crédits faites par les Chefs d'Administrations. || Le Budget ainsi préparé sera soumis au Conseil des Ministres qui appellera dans son sein les deux Contrôleurs-Généraux. || Le Budget examiné et revisé, s'il y a lieu, sera soumis par le Conseil à notre approbation. || Le Ministre des Finances et les Contrôleurs-Généraux veilleront à la stricte exécution du Budget.

Art. 11. Le Comité des Finances approuvera préalablement les marchés ayant pour conséquence un engagement pécuniaire dont l'importance dépasserait le douzième des crédits annuels, ou qui s'appliquerait à plusieurs années.

Art. 12. Le Comité des Finances aura fonction d'arrêter les règlements généraux en matière de comptabilité publique, sous notre approbation.

Art. 13. Les deux Contrôleurs-Généraux seront l'un Anglais, l'autre Français.

Art. 14. La nomination et le choix de Contrôleurs-Généraux nous appartiendront; mais, pour être assuré nous-mêmes sur les garanties que présenteront les personnes dont nous ferons choix, nous nous adresserons officieusement aux Gouvernements Anglais et Français, et n'engagerons que les personnes munies de l'autorisation ou de l'acquiescement de leurs Gouvernements. || Si l'un ou l'autre de ces Gouvernements, à l'époque où les nominations doivent se faire, ne donnait cette autorisation ou cet acquiescement, notre choix se porterait sur des fonctionnaires supérieurs des deux pays, soit en activité de service, soit en retraite.

Art. 15. Les Contrôleurs-Généraux seront nommés pour cinq ans. En cas de démission ou de décès il sera procédé pour leur remplacement de la même manière que pour leur nomination.

Art. 16. Les deux Contrôleurs-Généraux auront le même rang et jouiront du même traitement.

Art. 17. Ils ne relèveront que de nous.

Commission de la Dette Publique.

Art. 18. La Commission de la Dette Publique est permanente jusqu'à l'entier amortissement de la Dette.

Art. 19. Les Commissions auront le droit d'envoyer les fonds qu'ils auront encaissés directement à la Banque d'Angleterre et à la Banque de France. Ils auront les pouvoirs nécessaires pour faire ces envois; mais ils devront au préalable se concerter avec le Ministre des Finances et les Contrôleurs-Généraux.

Art. 20. Un Commissaire Anglais fera partie de la Commission de la Dette Publique. La nomination et le choix de ce Commissaire nous appar-

tiendront; mais pour être assuré nous-mêmes sur les garanties que présentera la personne dont nous ferons choix, nous nous adresserons officieusement au Gouvernement Anglais, et n'engagerons qu'une personne munie de l'autorisation ou de l'acquiescement de son Gouvernement. Si le Gouvernement Anglais, à l'époque où cette nomination doit se faire, ne donnait cette autorisation ou cet acquiescement, notre choix se porterait sur un fonctionnaire supérieur de l'Administration Anglaise en activité de service ou en retraite.

Art. 21. Les marchandises ou denrées données pour le paiement des impôts dans les Moudiriehs spécialement affectés au service de la Dette, seront mis à la disposition exclusive des Commissaires de la Dette, qui auront la faculté de les réaliser en se concertant toutefois avec le Ministre des Finances et les Contrôleurs-Généraux sur les meilleurs moyens de réalisation.

Art. 22. Les Membres de la Commission de la Dette Publique ne pourront accepter d'autres fonctions en Egypte.

Chemins de Fer et Port d'Alexandrie.

Art. 23. Les chemins de fer actuellement en exploitation et le port d'Alexandrie seront placés sous une Administration Spéciale qui ne relèvera que de nous. Elle sera composée de cinq Administrateurs, dont deux Anglais, un Français et deux indigènes. || Un des deux Administrateurs Anglais remplira les fonctions de Président.

Art. 24. L'adjonction de l'Administration du port d'Alexandrie à l'Administration Spéciale des Chemins de fer, et l'application de ses revenus au service de la Dette Privilégiée ne pourront, en aucun cas, porter atteinte aux contrats existant actuellement avec les entrepreneurs, ni modifier les rapports du Gouvernement avec ces derniers, à l'égard des travaux qui restent à exécuter.

Art. 25. La nomination et le choix des Administrateurs nous appartiendront; mais, pour être assuré nous-mêmes sur les garanties que présenteront les Administrateurs étrangers, dont nous ferons choix, nous nous adresserons officieusement aux Gouvernements Anglais et Français, et n'engagerons que les personnes munies de l'autorisation ou de l'acquiescement de leurs Gouvernements. || Dans le cas où l'un ou l'autre de ces Gouvernements ne donnerait son autorisation ou son acquiescement, notre choix se porterait sur des fonctionnaires supérieurs de l'ordre civil ou militaire des deux pays, ou de leurs grandes compagnies de chemins de fer, en activité de service ou en retraite.

Art. 26. Les Administrateurs étrangers seront nommés pour cinq ans; en cas de démission ou de décès, il sera procédé pour leur remplacement de la même manière que pour leur nomination.

Art. 27. L'Administration, formée ainsi qu'il est dit ci-dessus, restera en fonctions jusqu'à ce que toutes les obligations privilégiées spécialement créées aient été amorties et remboursées. Le port d'Alexandrie, étant compris dans cette garantie pour une somme de 2,000,000 *l.* sterling, pourra être

Nr. 7727. Aegypten. 18. Nov. 1876. libéré de la garantie et détaché de l'administration commune, lorsque 2,000,000 *l.* de ces titres privilégiés auront été amortis ou remboursés. || Les chemins de fer, étant compris dans cette garantie pour 15,000,000 *l.* sterling en titres privilégiés, pourront être libérés par l'amortissement ou le remboursement de 15,000,000 *l.* de ces titres.

Art. 28. Les Administrateurs proposeront à notre choix et nomination les employés supérieurs des chemins de fer et du port. || Ils nommeront directement les autres employés. || Ils auront droit de suspendre tous les employés de leurs fonctions; ils pourront aussi les revoquer après enquête régulière. || Ils auront seuls le droit de faire des modifications aux Tarifs et aux règlements en vigueur, sous notre sanction. || Ils seront exclusivement chargés de faire les contrats d'achat du matériel roulant et fixé et des matériaux nécessaires à l'exploitation des chemins de fer et au service du port. || Ils statueront sur les nécessités de réparation du matériel et de la voie ainsi que de l'entretien du port, le tout sous notre approbation.

Art. 29. Il sera pourvu par les ressources générales du Budget aux dépenses extraordinaires, qui auront été décidées par les Administrateurs et approuvées par nous.

Art. 30. Toutes les recettes des chemins de fer et du port d'Alexandrie, au fur et à mesure de leur encaissement, sauf ce qui est nécessaire pour les dépenses ordinaires de l'entretien et de l'exploitation, et sauf les droits des entrepreneurs du port prévus par les contrats, seront versées à la caisse de la Dette Publique, à laquelle elles sont affectées.

Art. 31. La Commission de la Dette Publique ouvrira un compte spécial pour le service des obligations privilégiées 5 pour cent. Elle devra envoyer les fonds qui lui seront versés par l'Administration des chemins de fer et du port aux Banques d'Angleterre et de France, et également à un compte spécial pour le service de l'emprunt privilégié sur les chemins de fer et le port.

Art. 32. Dans le cas où les versements, faites par l'Administration des chemins de fer et du port, seraient insuffisants pour le service de cette dette, la Commission de la Dette Publique devra pourvoir à ce service en prélevant, comme une première charge, le montant nécessaire sur les ressòurces générales qui lui sont affectées.

Art. 33. Toutes les dispositions de nos Décrets, des 2 et 7 Mai, 1876, qui ne sont pas contraires aux présentes, restent en vigueur.

Fait au Caire le 18 Nombre, 1876.

Nr. 7728. **AEGYPTEN.** — Brief des Khedive an den Ministerpräsidenten Nubar-Pascha. — Die staatsrechtliche Stellung des Ministeriums.

Nr. 7728. Aegypten. 28. Aug. 1878.

Mon cher Ministre, — J'ai mûrement réfléchi sur les changements apportés dans notre situation intérieure et extérieure par les derniers événements, et au moment, où vous vous occupez de la mission que je vous ai confiée de former un nouveau Ministère, je veux vous confirmer ma ferme détermination de mettre les règles de notre Administration en harmonie avec les principes qui régissent les Administrations en Europe. Au lieu d'un pouvoir personnel, principe actuel du Gouvernement de l'Egypte, je veux un pouvoir qui imprime, il est vrai, une direction générale aux affaires, mais qui trouve son équilibre dans un Conseil des Ministres. En un mot, je veux dorénavant gouverner avec et par mon Conseil des Ministres. || Dans cet ordre d'idées, je pense que pour appliquer les réformes que j'ai déjà annoncées, les Membres du Conseil des Ministres devront être tous solidaires les uns des autres; ce point est essentiel. Le Conseil des Ministres discutera toutes les questions importantes du pays; l'opinion de la majorité entraînera celle de la minorité. Les décisions seront donc prises à la majorité, et en les approuvant je sanctionnerai conséquemment l'opinion qui aura prévalu. || Chaque Ministre appliquera les décisions du Conseil sanctionnées par moi et concernant l'Administration qui lui est confiée. || Les nominations des Moudirs, Gouverneurs, Préfets de Police seront discutées entre le Ministre dont ils relèvent et le Président du Conseil, et seront soumises à mon approbation par le Président du Conseil. || Le Ministre qui aura sous ses ordres immédiats les fonctionnaires sus-mentionnés aura le droit de les suspendre de leurs fonctions, mais après entente avec le Président du Conseil. Leur changement ou leur destitution ne pourra avoir lieu qu'après entente entre lui et le Ministre, Président du Conseil, sous ma sanction. || Les Ministres choisiront le haut personnel de leurs Administrations et soumettront leur choix à mon approbation. Pour les emplois secondaires, il suffira d'une simple lettre ou décision Ministérielle. || L'action de chaque Ministre s'exercera dans les limites de ses attributions, et les fonctionnaires et employés de chaque branche d'Administration n'auront d'ordres à recevoir que du Chef du Département dont ils font partie et ne devront obéir qu'à lui. || Le Conseil des Ministres siégera sous votre présidence, puisque je vous ai donné la charge et la responsabilité de cette nouvelle organisation. || Je pense que l'institution d'un Ministère possédant ces attributions n'est pas en dehors de nos moeurs et de nos idées, et est, au contraire, conforme à un des préceptes de la loi sacrée. Avec une organisation judiciaire généralisée, cette institution suffit pour répondre aux nécessités de notre état social et permet de réaliser mes fermes intentions. || Je mets toute ma confiance en vous pour appliquer les réformes que j'ai décidées et qui, je l'espère, donneront au pays

Nr. 7728. Aegypten. 28. Aug. 1878. toutes les garanties qu'il est en droit d'attendre de mon Gouvernement. || Croyez, &c.

Ismaïl.

Nr. 7729. AEGYPTEN. — Brief des Khedive an Chérif-Pascha. — Einsetzung eines einheimischen Ministeriums.

A Son Excellence Chérif-Pacha

Nr. 7729. Aegypten. 7. April 1879. Excellence, — || Comme Chef d'Etat et comme Egyptien, je considère un devoir sacré, pour moi, de suivre l'opinion de mon pays et de donner une satisfaction entière à ses légitimes aspirations. || J'ai vu avec regret que la marche suivie par le Cabinet précédent produisait dans le sein des populations un mécontentement et une agitation qui a gagné toutes les classes de notre société naguère si tranquille. || J'en ai prévenu à plusieurs reprises les Ministres et des Agents accrédités auprès de moi; mais le Cabinet ne tint pas compte de ces avertissements. || Le plan financier préparé par le Ministre des Finances, qui déclare le pays en état de déconfiture, qui supprime les lois que le pays considère comme sacrées, qui lèse des droits acquis, a achevé de soulever contre le Cabinet le sentiment national. || L'adresse qui m'a été présentée en est l'expression. || Devant répondre au désir qui m'est si fermement exprimé, je vous charge, aux termes du Rescrit du 28 Août, 1878, de composer un Cabinet. || Ce Cabinet, formé d'éléments véritablement Egyptiens, doit avoir pour règle de conduite le développement des réformes édictées par le dit Rescrit, qui doit être scrupuleusement maintenu, et qui devra être rendu plus efficace encore par la responsabilité réelle des Ministres vis-à-vis d'une Chambre dont le mode d'élection et les droits seront réglés de façon à répondre aux exigences de la situation intérieure et aux aspirations nationales. || Le Ministère aura pour premier soin de préparer, à cet effet, des lois sur le modèle de lois de même nature, en vigueur en Europe, tout en tenant compte des moeurs et des besoins des populations. || Le Cabinet veillera à la stricte et régulière exécution du plan financier élaboré par les Notables et les dignitaires du pays, et auquel je donne mon entière approbation. || Il prendra en conséquence, sans aucun retard, les mesures nécessaires pour que le contrôle des recettes et des dépenses, qui doit être la garantie du pays et des intérêts qui y sont engagés, soit rétabli, conformément au principe du Décret du 16 Novembre, 1876. || Connaissant votre dévouement au pays, je ne doute pas que votre Excellence, s'entourant d'hommes jouissant comme elle de la confiance et de l'estime publiques, ne mène à bonne fin l'oeuvre civilisatrice à laquelle je veux attacher mon nom. || Croyez, &c.

Le Caire, le 7 Avril, 1879.

Ismaïl.

Nr. 7730. AEGYPTEN. — Decret, betreffend die Regelung der Staatsschuld.

Nous Khédive d'Egypte, — ‖ Vu les adresses et le Projet qui nous ont été présentés par la nation; ‖ Sur la proposition de notre Conseil des Ministres, ‖ Décrétons: — ‖ Les dettes du Gouvernement sont réglées ainsi qu'il suit: Nr. 7730. Aegypten. 22. April 1879.

DETTE CONSOLIDÉE.

Dette Privilégiée. — Article 1er. Le Service de la Dette Priviligiée continuera à se faire conformément aux termes du Décret du 18 Novembre, 1876.

Emprunts à Court Terme 1864, 1865, 1867. — Art. 2. Aucune modification n'est apportée au service des Emprunts 1864, 1865 et 1867, auquel il sera pourvu par la Moukabalah aux termes du même Décret, sauf la prorogation arrêtée par le Décret du 30 Mars, 1879, en ce qui concerne la semestrialité échue le 1er Avril dernier, qui sera payée le 1er Mai prochain.

Dette Unifiée. — Art. 3. A partir du 1er Mai prochain la Dette Unifiée produira un intérêt de 6 pour cent par an. ‖ L'amortissement par tirages au sort de cette dette continuera à s'opérer comme par le passé. ‖ Il sera prélevé sur le 6 pour cent d'intérêt 1 pour cent destiné à l'amortissement par rachat, conformément au Décret du 18 Novembre, 1876. ‖ Ce prélèvement cessera le 1er Mai, 1886, époque à laquelle le service de l'intérêt de la Dette Unifiée reprendra à raison de 6 pour cent par an, et l'amortissement au pair par tirages continuera à se faire conformément au Décret susvisé. ‖ Toutefois, par suite de la situation de la Caisse de la Dette Publique, l'intérêt seul de $2^1/_2$ pour cent sera payée le 1er Mai prochain. Le $^1/_2$ pour cent destiné a l'amortissement par rachat sera fait le 1er Juin prochain. Ce $^1/_2$ pour cent sera prélevé à partir du 1er Mai prochain sur les premiers versements effectués à la Caisse de la Dette Publique par les provinces et administrations affectées. ‖ Le montant semestriel de l'amortissement du 1er Novembre, 1878, suspendu par lettre de son Excellence le Ministre des Finances aux Commissaires de la Dette Publique en date à Londres du 18 Octobre, 1878, est et demeure supprimé.

Créances du Grand Syndicat et des Entrepreneurs du Port d'Alexandrie. — Art. 4. § 1. Le prix de la vente des Eaux d'Alexandrie, ainsi que le produit de la vente à effectuer des parts de fondateur du Canal de Suez seront versés au grand Syndicat en déduction de sa créance. ‖ Le reliquat de cette créance et la créance des entrepreneurs du port d'Alexandrie, arrêtés au 1er Janvier, 1877, seront payés en cinq ans et demi à partir du 1er Janvier, 1879, tant au moyen des coupons des titres de la Dette Unifiée, donnés en gage et déposés au Comptoir d'Escompte de Paris, qu'au moyen de prélèvements sur le produit de la Moukabalah. ‖ Ces créances jouiront d'un intérêt de 5 pour cent par an à dater du 1er Janvier, 1879. ‖ A l'expiration du délai ci-dessus, cette dette étant éteinte, tous les titres donnés en gage feront retour à l'Etat et seront remis à la Caisse de la Dette Publique pour être annulés. ‖ § 2. La créance des entrepreneurs du Port d'Alexandrie pour les travaux

Nr. 7730. Aegypten. 22. April 1879. exécutés depuis le 1er Janvier, 1877, sera payée au moyen des revenus du dit port. || Elle jouira d'un intérêt de 5 pour cent par an à dater du 1er Janvier, 1879.

Créance du Bet-el-Mal. Caisse des Orphelins et des Ecoles. — Art. 5. Cette créance, comprise dans les dépenses de l'Etat, jouira d'un intérêt de 5 pour cent par an.

Créance de la Daïra Kassah. — Art. 6. Aucune modification n'est apportée au service de cette dette. Cependant l'annuité de 50,000 *l.* fixée par le contrat du 18 Juillet, 1877, sera dorénavant prélevée sur les revenus généraux de l'Etat.

Créance Paponot. — Art. 7. Aucune modification n'est apportée à la Convention relative à cette créance. || L'intérêt de 14,000 *l.* par an est compris dans les dépenses de l'Etat.

DETTE NON-CONSOLIDÉE. — Art. 8. Les sommes dues aux employés et pensionnaires de l'Etat seront payées intégralement et au comptant || Art. 9. Les porteurs de jugements passés en force de chose jugée et tous les créanciers, dont la créance sera liquide et exigible, toucheront au comptant un minimum de 55 pour cent sur le solde de l'emprunt Rothschild. || Le surplus de leur créance leur sera payé au moyen de titres au porteur produisant 5 pour cent d'intérêt par an jouissance du 1er Janvier, 1879. || Art. 10. L'amortissement de ces titres aura lieu dans quatre années et demie au moyen des ressources de la Moukabalah.

Affectation Spéciale au Profit du Solde de la Dette Flottante. — Art. 11. Indépendamment de l'affectation des ressources de la Moukabalah ci-dessus, et pour hâter l'amortissement de ces titres, même avant l'expiration du délai des quatre années et demie, toutes les propriétés libres, rurales et urbaines appartenant à l'Etat, sont dès à présent spécialement affectées à la garantie du remboursement de ces titres. || La vente de ces propriétés, dont le produit est destiné à un amortissement supplémentaire de la dette flottante, sera faite par les soins d'un Comité, composé en majorité de créanciers de la dette flottante, et conformément aux règlements, qui seront arrêtés par le Conseil des Ministres. || La liste de ces propriétés sera remise au Comité dès sa formation.

Liquidation de la Dette Non-Consolidée. — Art. 12. Un Décret ultérieur fera connaître la composition, les attributions et les pouvoirs de la Commission à instituer pour la liquidation des créances Non-Consolidées.

Art. 13. Toutes les dispositions en vigueur des Décrets antérieurs et qui ne sont pas contraires à celles du présent Décret sont maintainues.

Art. 14. Notre Ministre des Finances est chargé de l'exécution du présent Décret.

Fait au Caire, le 22 Avril, 1879. Ismaïl.

Par le Khédive,

Le Président du Conseil des Ministres,

Chérif.

Nr. 7731. TÜRKEI. — Absetzung Ismaïl Pascha's.

Les difficultés qui se sont produites depuis quelque temps dans les affaires intérieures et extérieures de l'Egypte ont pris une gravité considérable, et la continuité de cet état des choses aurait des résultats dangereux pour l'Egypte et pour l'Empire Ottoman. || C'est un devoir des plus importants pour le Gouvernement Impérial de trouver les moyens d'assurer la tranquillité et le bien-être des habitants, et les stipulations des Firmans Impériaux ont été rédigées dans ce but. || Il est prouvé que votre maintien au poste de Khédive ne pouvait avoir d'autre résultat que de multiplier et d'aggraver les difficultés présentes. || Par conséquent, Sa Majesté Impériale le Sultan, à la suite de la décision de son Conseil des Ministres, a décidé de nommer au poste de Khédive Son Excellence Mehemet-Tewfik-Pacha, et l'Iradé Impérial concernant ce sujet vient d'être promulgué. || Cette haute décision est communiquée à Son Excellence par une autre dépêche, et je vous invite à vous retirer des affaires gouvernementales, conformément à l'ordre de Sa Majesté Impériale le Sultan. Nr. 7731. Türkei. 25. Juni 1879.

Le 6 Redjeb, 1296.

Nr. 7732. TÜRKEI. — Einsetzung Mehemed-Tewfik-Pascha's als Khedive von Aegypten.

La ferme volonté de Sa Majesté le Sultan est d'assurer les moyens de progrès et de tranquillité en Egypte, partie intégrante de l'Empire, et les priviléges qui ont été accordés à l'administration de cette province prouvent suffisamment cette bonne intention souveraine. || Mais, depuis quelque temps, les difficultés intérieures et extérieures surgies dans cette province, ont nécessité la destitution de votre auguste père, Ismaïl-Pacha. || Vos capacités et votre intelligence éprouvées et reconnues par Sa Majesté le Sultan, promettent que vous trouverez les moyens de bien administrer cette province et de rétablir la paix et la tranquillité, conformément à la haute et auguste volonté de Sa Majesté le Sultan. || Par conséquent Sa Majesté Impériale vous à nommé, par Iradé Impérial, Khédive d'Egypte, et le Firman Impérial vous sera délivré avec le cérémonial d'usage. || Ismaïl-Pacha est invité par une autre dépêche, à se retirer des affaires du Gouvernement. Par conséquent, en recevant cette dépêche, réunissez tous les Ulémas, les fonctionnaires, les Notables du pays et les employés du Gouvernement; communiquez-leur les stipulations de l'Iradé Impérial concernant votre nomination, et commencez à diriger les affaires gouvernementales. || Cette haute et juste nomination est une récompense de vos capacités, et votre avénement sera un commencement de l'ordre et du progrès pui régnera dans le pays que vous êtes appelé à administrer. || Je vous souhaite donc un bon succès et je vou félicite de votre avénement. Nr. 7732. Türkei. 25. Juni 1879.

Le 6 Redjeb, 1296.

Nr. 7733. **FRANKREICH** und **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den türk. Min. d. Ausw. — Gemeinsame Note, betreffend die Auslegung des neuen Firmans.

Therapia, le 28 Juillet 1879.

Nr. 7733. Frankreich und Gross-britannien. 28. Juli 1879.

Les Soussignés, Ambassadeurs d'Angleterre et de France près la Sublime Porte, ayant demandé à son Excellence le Ministre Ottoman des Affaires Etrangères si dans le texte Turc du Firman destiné à Son Altesse le Khédive d'Egypte, Tewfik-Pacha, les mots traduits en Français par" les Conventions seront communiquées à ma Sublime Porte avant leur promulgation par le Khédive," admettaient un sens qui serait d'empêcher le Khédive de promulguer les dites Conventions avant d'avoir reçu préablement l'autorisation ou la sanction de la Porte. || Son Excellence Carathéodory-Pacha a formellement et explicitement déclaré que le paragraphe en question excluait toute obligation de la part du Khédive d'obtenir la sanction ou l'autorisation du Sultan pour promulguer ou mettre en pratique les dites Conventions. || Toutefois la Porte, se réservant le droit de refuser de reconnaître ou de sanctionner les dites Conventions, et devant toujours être à temps pour le faire si elles portaient atteinte aux Traités politiques de la Sublime Porte et à ses droits souverains sur l'Egypte, comme il est dit dans le texte même du Firman. || Les Ambassadeurs d'Angleterre et de France ont l'honneur d'informer son Excellence Carathéodory-Pacha qu'ils prennent acte de son expresse déclaration afin qu'ultérieurement aucune autre interprétation ne puisse être donnée aux mots "les Conventions seront communiquées à ma Sublime Porte avant leur promulgation par le Khédive," et que le sens n'en puisse jamais varier. || Les Ambassadeurs soussignés prient son Excellence de leur accuser réception de leur délaration en leur faisant savoir qu'elle l'accepte entièrement et qu'il en est pris acte. || Ils saisissent, &c.

A. H. Layard.
H. Fournier.

Nr. 7734. **TÜRKEI.** — Firman des Sultans an Tewfik-Pascha.

Nr. 7734. Türkei. August 1879.

A mon Vizir éclairé Tewfik-Pacha, appelé au Khédiviat d'Egypte avec le haut rang de Tédaret effectif, décoré de mes Ordres Impériaux de l'Osmanié et du Medjidié en brillants, que le Tout-Puissant perpétue sa splendeur, &c., &c. || Ismaïl-Pacha, Khédive d'Egypte, ayant été relevé de ses fonctions ce 6 Redjeb 1296, eu égard à tes services, à ta droiture, et à ta loyauté tant à ma personne qu'aux intérêts de mon Empire, à ton expérience des affaires d'Egypte, à ta capacité pour réformer la mauvaise situation dont ce pays souffre depuis quelque temps, et conformément à la règle établie par le Firman du 12 Mouharrem, 1283, pour la transmission du Khédiviat par ordre de primogéniture, de fils aîné, en fils aîné, nous avons conféré à toi, en

ta qualité de fils aîné d'Ismaïl-Pacha, le Khédiviat d'Egypte, tel qu'il se trouve formé par ses anciennes limites et en y comprenant les territoires qui y ont été annexés. || L'accroissement de la prospérité de l'Egypte et la consolidation de la sécurité et de la tranquillité de ses habitants constituant l'objet de notre plus haute sollicitude, nous avions rendu, il y a quelque temps, dans ce but, un Firman Impérial qui confirmait aussi les priviléges anciens de cette contrée. Cependant quelques-unes des dispositions du susdit Firman ayant donné lieu aux difficultés actuelles, en vue de confirmer ceux de ces priviléges qui doivent être maintenus intacts, et de corriger et améliorer ceux de ces priviléges qui ont paru nécessiter quelques modifications, nous avons fait insérer, ci-après, les dispositions suivantes: || Tous les impôts de cette province seront perçus en mon nom. Les habitants d'Egypte étant de mes sujets, et ne devant comme tels subir la moindre oppression ni acte arbitraire, à cette condition le Khédiviat d'Egypte, auquel est confiée l'administration civile, financière et judiciaire du pays, aura la faculté d'élaborer et d'établir, d'une manière conforme à la justice, tous règlements et lois intérieurs nécessaires à cet égard. || Le Khédive sera autorisé à contracter et à renouveler, sans porter atteint aux Traités politiques de mon Gouvernement Impérial, ni à ses droits souverains sur ce pays, les Conventions avec les Agents des Puissances Etrangères pour les douanes et le commerce et pour toutes les transactions avec les étrangers concernant les affaires intérieures, et cela dans le but de développer le commerce, l'industrie et l'agriculture, et de régler la police des étrangers et tous leurs rapports avec le Gouvernement et la population. Ces Conventions seront communiquées à ma Sublime Porte avant leur promulgation par le Khédive. || Le Khédive aura la disposition complète et entière des affaires financières du pays. Mais il n'aura pas le droit de contracter des emprunts, sauf pour ce qui concerne exclusivement le règlement de la situation financière présente, et en parfait accord avec ses présents créanciers ou les délégués chargés officiellement de leurs intérêts. || Le Khédiviat ne saura, sous aucun prétexte ni motif, abandonner à d'autres, en tout ou en partie, les priviléges accordés à l'Egypte et qui lui sont confiés, et qui sont une émanation des prérogatives inhérentes au pouvoir souverain, ni aucune partie du territoire. || L'Administration Egyptienne aura soin de payer régulièrement le tribut annuel fixé à £ T. 750,000. || La monnaie sera frappée en Egypte en mon nom. || En temps de paix 18,000 hommes de troupes suffisent pour la garde intérieure de l'Egypte. Ce chiffre ne doit pas être dépassé. Cependant, comme les forces Egyptiennes de terre et de mer sont destinées aussi au service de mon Gouvernement, dans le cas où la Sublime Porte se trouverait engagée dans une guerre, leur chiffre pourra être augmenté dans la proportion jugée convenable. || Les drapeaux des forces de terre et de mer et les insignes des différents grades des officiers seront les mêmes que ceux de mes armées. || Le Khédiviat aura le droit de conférer aux officiers de terre et de mer jusqu'au grade de Colonel inclusivement et aux

Nr. 7734. Türkei. August 1879. employés civils jusqu'au grade de Sanié inclusivement. || Le Khédive ne pourra, comme par le passé, construire des bâtiments blindés sans l'autorisation expresse de mon Gouvernement. || Je veillerai au strict maintien des conditions qui précèdent, et qui ayant été sanctionnées par mon Iradé Impérial, ont été consignées dans mon présent, orné de mon autographe Impérial, et qui te sera remis par . . . . . .

Nr. 7735. **AEGYPTEN.** — Brief des Khedive an Riaz-Pascha. — Aufrechterhaltung der Grundsätze des Rescripts vom 28. August 1878.

Palais d'Abdin, le 21 Septembre, 1879.

Nr. 7735. Aegypten. 21. Sept. 1879. Mon cher Riaz-Pacha, — || En prenant dernièrement la Présidence du Conseil des Ministres, je n'ai pas eu l'intention de rétablir le pouvoir personnel. || Basée sur les besoins du moment et sur le désir de me mettre en rapport plus direct avec les Membres du Cabinet, cette mesure n'avait dans ma pensée rien de définitif ni sourtout de contraire au principe que j'ai adopté le jour de mon avénement: gouverner avec et par mon Conseil des Ministres. || Tel est ce principe, qui remonte au Rescrit du 28 Août, 1878. Il ne dépendra pas de moi qu'il ne soit toujours maintenu et respecté. || Vous connaissez mes sentiments à cet égard; vous connaissez aussi les idées d'honnêteté, de progrès, d'ordre, et d'économie que je tiens à voir prédominer dans l'administration du pays. || Je sais que vous partagez ces sentiments, ces idées, et que vous êtes résolu à vous consacrer tout entier à leur application. || Je sais également combien vous êtes dévoué au pays ainsi qu'à ses institutions et désireux de contribuer de tous vos efforts à sauvegarder son autonomie. || C'est donc avec confiance que je vous charge de former un nouveau Cabinet, et que je remets entre vos mains la Présidence du Conseil des Ministres, tout en me réservant d'assister à ses réunions et de les présider moi-même, toutes les fois que je le jugerai nécessaire. || Je suis convaincu que vous apporterez tous vos soins dans le choix de vos collégues, dont la nomination sera soumise à ma sanction. || Une fois constitué, le nouveau Ministère procédera dans les termes du Rescrit, déjà rappelé, du 28 Août, 1878, qui reste applicable dans toutes celles de ses dispositions qui ne sont pas modifiées par les présentes. || Les nominations et révocations des Gouverneurs, Moudirs, Préfets de Police, Vékils et Secrétaires-Généraux des Ministères, Inspecteurs des Provinces et Directeurs de toutes les grandes Administrations de l'Etat seront discutées en Conseil des Ministres et soumises à mon approbation. || Les autres fonctionnaires seront nommés et revoqués directement par arrêtés des Ministres dont ils relèveront. || De graves questions nous préoccupent, vous ne l'ignorez pas, mon cher Riaz-Pacha; j'ai à peine besoin de vous signaler, entr'autres choses, l'importance capitale qui s'attache à l'établissement régulier du Budget annuel des recettes et des dépenses; à l'organisation définitive de la perception des impôts, qui est en relation si étroit avec le fonctionnement normal du Budget;

au réglement de la situation financière arriérée, qui embrasse tant d'intérêts, et réclame toute notre attention, toute notre sollicitude. || Pour la solution de ces questions, comme de toutes autres analogues, je sais d'avance que je puis compter sur vous, et que, guidé par votre expérience et par votre patriotisme, vous ne négligerez rien de ce qui pourra amener dans la position de notre pays une amélioration sérieuse, que chacun de nous appelle de tous ses voeux et doit faciliter de toutes ses forces. || Agréez, &c. Nr. 7735. Aegypten. 21.Sept.1879.

Mehemet-Tewfik.

Nr. 7736. AEGYPTEN. — Decret, betreffend die Machtbefugnisse der General-Controleure.

Nous, Khédive d'Egypte, — || Vu notre Décret en date du 4 Septembre, 1879 *): || Considérant que nous nous sommes entendus avec les Gouvernements de la France et de la Grande Bretagne, pour que les attributions des Contrôleurs-Généraux soient définies, conformément aux dispositions réglementaires ci-après: — || Sur l'avis conforme de notre Conseil des Ministres; Nr. 7736. Aegypten. 15.Nov.1879.

Décrétons:

Article 1er. Les Contrôleurs-Généraux auront en matière financière les pouvoirs d'investigation les plus étendus sur tous les services publics, y compris ceux dont les recettes ont en vertu de Décrets ou de contrats une affectation spéciale. || Les Ministres et les fonctionnaires de tout ordre seront tenus de donner tous les renseignements et de fournir tous les documents qui leur seront demandés par les Contrôleurs-Généraux ou leurs délégués. || Le Ministre des Finances, notamment, produira chaque semaine, au Contrôle Genéral, un relevé detaillé des recettes et des dépenses faites par la Caisse du Ministère. Chaque Administration fournira également, en fin de mois, un état détaillé de ses recettes et de ses dépenses.

Art. 2. Les Contrôleurs-Généraux répartiront entre eux d'un commun accord les services publics sur lesquels ils auront à exercer les droits de surveillance et de contrôle qui leur sont conférés par le présent Décret.

Art. 3. Les Gouvernements de la France et de la Grande Bretagne ayant consenti à ce que pour le moment les Contrôleurs-Généraux ne prennent pas part à la direction des services administratifs et financiers, les Contrôleurs-Généraux se borneront actuellement à communiquer, soit à nous, soit à nos Ministres, les observations auxquelles leurs investigations auront donné lieu. || Ils communiqueront également à la Commission de la Dette les faits qui seraient de nature à intéresser les créanciers de la Dette Consolidée. || Ils pourront, en outre, et pour ces mêmes faits, se réunir en Commission avec les Commissaires de la Dette, pour examiner de concert les questions sur lesquelles

---

*) Ernennung Baring's und de Blignière's zu General-Controleuren. A. d. Red.

Nr. 7736. Aegypten. 15 Nov. 1879. les Contrôleurs-Généraux ou les Commissaires de la Dette jugeront utiles de délibérer en commun.

Art. 4. Les Contrôleurs-Généraux auront rang et séance au Conseil des Ministres et y auront voix consultative.

Art. 5. A la fin de chaque année, et plus souvent s'ils le jugent nécessaire, les Contrôleurs-Généraux nous rendront compte de leurs travaux dans des rapports qui seront publiés par leurs soins et insérés au "Moniteur Egyptien."

Art. 6. Les Contrôleurs-Généraux ne pourront être relevés de leurs fonctions qu'avec l'assentiment de leurs Gouvernements respectifs. || Ils nommeront et révoqueront les Agents et employés de service du Contrôle et fixeront le montant de leur traitement.

Art. 7. Le Budget du Contrôle sera arrêté par les Contrôleurs-Généraux et approuvé par le Conseil des Ministres. Le montant des crédits sera mis à leur disposition chaque mois, par douzième, dans les conditions déterminées par le Décret du 12 Mai, 1878, pour le traitement des fonctionnaires.

Art. 8. Nos Ministres sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent Décret.

Fait au Palais d'Abdin le 15 Novembre, 1879.

Méhémet Tewfik.

Par le Khédive:
Le Président du Conseil des Ministres,
Riaz.

Nr. 7737. DEUTSCHLAND, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, ITALIEN und OESTERREICH-UNGARN. — Declaration, betreffend die Anerkennung eines von der Liquidations-Commission auszuarbeitenden Liquidations-Gesetzes für Aegypten.

Nr. 7737. Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien und Oesterreich-Ungarn. 31. März 1880. Considérant que par un Décret en date du 30 Mars, 1878, une Commission Spéciale a été chargée d'ouvrir une enquête sur la situation financière de l'Egypte et de réunir les éléments d'un Règlement Général, et que par un nouveau Décret, dont le texte est ci-joint, Son Altesse le Khédive se propose de constituer une Commission de Liquidation définitive, composée de membres Allemands, Austro-Hongrois, Français, Anglais, et Italiens, les Gouvernements d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de Grande Bretagne et d'Italie sont convenus de donner leur assentiment au dit Décret. || Les Gouvernements précités s'engagent, en conséquence, à accepter comme obligatoire, et sans appel, la décision qui sera rendue, en ce qui concerne les obligations et dettes du Gouvernement Egyptien, ainsi que des Daïras Kassah et Sanieh, par la Commission de Liquidation établie en vertu du dit Décret.

Ils consentent aussi à ce que les décisions de la Commission constituée en vertu de ce Décret soient reconnues par les Tribunaux de la Réforme comme une loi obligatoire aussitôt qu'elles auront été publiées officiellement par le Gouvernement de Son Altesse le Khédive. || Les Gouvernements de Grande Bretagne, d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France et d'Italie s'engagent, en outre, à porter collectivement cette Déclaration à la connaissance des Puissances qui ont pris part à l'établissement des Tribunaux Mixtes institués en Egypte, et à les inviter à y adhérer. || Les Soussignés, Mr. Edward Balwin Malet, Ministre Plénipotentiaire, Agent et Consul-Général de Sa Majesté Britannique; M. Jean Antoine Baron de Saurma-Jeltsch, Conseiller de Légation, Consul-Général de Sa Majeste l'Empereur d'Allemagne; M. Ignace Chevalier de Schaeffer, Ministre Résident, Agent et Consul-Général d'Autriche-Hongrie; M. Maximilien Napoléon Théodore Baron de Ring, Ministre Plénipotentiaire, Agent et Consul-Général de France; M. Joseph de Martino, Agent et Consul-Général d'Italie; munis des pouvoirs nécessaires, déclarent, par les présentes, que leurs Gouvernements respectifs prennent, les uns envers les autres, les engagements relatés ci-dessus.

Nr. 7737. Deutschland, Frankreich, Gross-britannien, Italien und Oesterreich-Ungarn. 31. März 1880.

En foi de quoi, les Soussignés ont signé la présente Déclaration, et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait en cinq exemplaires originaux au Caire, le trente et un Mars, mil huit cent quatre-vingt.

Edward B. Malet.
A. de Saurma.
Schaeffer.
N. de Ring.
J. de Martino.

Nr. 7738. AEGYPTEN. — Decret, betreffend die Einsetzung einer Liquidations-Commission.

Nr. 7738. Aegypten. 31. März 1880.

Nous, Khédive d'Egypte, — || Vu le Rapport de la Commission Supérieure d'Enquête, en date du 8 Avril, 1879; || Considérant que le Décret du 6 Avril, 1876, a prorogé l'échéance des dettes du Gouvernement Egyptien, en diminuant l'intérêt, et declaré la nécessité d'arriver à une combinaison financière destinée à régler la dette Egyptienne; || Considérant que la Commission d'Enquête, par son Rapport, en date du 8 Avril, 1879, a reconnu l'impossibilité de faire face actuellement à toutes les échéances des diverses dettes consolidées et de liquider intégralement et immédiatement la Dette Non-Consolidée; || Considérant que la Commission d'Enquête a également reconnu que pour qu'il puisse être procédé à une répartition équitable des ressources disponibles entre les créanciers du Gouvernement il faut que la loi de liquidation, qui devra être faite soit obligatoire pour tous les créanciers et soit reconnue

Nr. 7738. Aegypten. 31. März 1880. comme telle par les Tribunaux de la Réforme; || Considérant que l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie, la France, la Grande Bretagne et l'Italie ont déclaré qu'elles acceptaient d'avance la loi qui sera préparée par la Commission constituée en vertu du présent Décret, et qu'elles se sont engagées à la porter collectivement à la connaissance des autres Puissances qui ont pris part à l'établissement des Tribunaux Mixtes en Egypte, et à les inviter à y adhérer.

Notre Conseil des Ministres entendu dans son avis conforme;

Décrétons:

Article 1er. Une Commission de Liquidation est instituée. Après avoir examiné l'ensemble de la situation financière et après avoir entendu les observations des parties intéressées, cette Commission préparera, en prenant comme point de départ les conclusions de la Commission Supérieure d'Enquête, et sans modifier les conditions de l'Emprunt Domanial, un projet de loi réglant les relations du Gouvernement ainsi que des Daïras Sanieh et Kassah avec leurs créanciers, et déterminant les Conditions et les formes dans lesquelles devra s'opérer la liquidation de la Dette Non-Consolidée.

Art. 2. La Commission déterminera les ressources qui pourront être mises à la disposition des créanciers des Dettes Consolidée ou Non-Consolidée; mais elle devra, en premier lieu, tenir compte, avec l'assentiment de Conseil des Ministres et des Contrôleurs, de la nécessité de réserver au Gouvernement la libre disposition des sommes indispensables pour assurer la marche régulière des services publics. Il lui sera à cet effet donné communication du Budget de l'année pendant laquelle elle exercera ses fonctions, ainsi que de ceux des années antérieures qui lui seront nécessaires pour se rendre un compte exact des besoins du Trésor Egyptien.

Art. 3. Les Contrôleurs-Généraux fourniront à la Commission, sur sa demande, les documents et explications complémentaires qui seraient de nature à l'éclairer dans l'accomplissement de sa tâche. Elle transmettra par leur entremise, soit à nous, soit à nos Ministres, les observations qu'elle aurait à faire parvenir au Gouvernement.

Art. 4. La Commission aura le droit de surveiller, d'accord avec les Contrôleurs-Généraux, la mise en vigueur des dispositions qui auront été arrêtées par elle, et la durée de ses pouvoirs, après la publication du Décret de Liquidation, pourra être prolongée à cet effet pendant un délai qui n'excédera pas trois mois. A l'expiration de ce délai, la Commission sera, dans tous les cas, dissoute de plein droit.

Art. 5. La loi qui sera préparée par la Commission sera revêtue de notre sanction et publiée par nous. || Dès sa publication, cette loi sera obligatoire et sans appel, malgré les dispositions du Règlement d'Organisation Judiciaire et des Codes de la Réforme.

Art. 6. Cette Commission sera nommée par Décret. Elle se composera de deux Commissaires désignés par chacun des Gouvernements de France et de Grande Bretagne et d'un Commissaire désigné par chacun des Gouverne-

ments d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie et d'Italie. Le Gouvernement Egyptien se fera répresenter par un Délégué auprès de cette Commission. Nr. 7738. Aegypten. 31. März 1880.

Art. 7. Le crédit nécessaire aux travaux de la Commission sera ouvert par nous, conformément au Rapport qui nous sera présenté à cet effet par le Président de la Commission.

Art. 8. Nos Ministres sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent Décret.

Fait au Palais d'Abdin, le 31 Mars, 1880 (20 Rabi-el-Akher 1297).

Méhémet-Tewfik.

Par le Khédive:
Le Président du Conseil des Ministres,
Riaz.

Nr. 7739. **FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. (Freycinet) an die franz. Gesandten in Madrid, St.-Petersburg, Athen, Brüssel, Kopenhagen, Haag, Lissabon, Stockholm und Washington. — Aufforderung, der Collectiv-Declaration vom 31. März 1880 beizutreten.*)

Paris, le 28 avril 1880.

Les négociations depuis longtemps engagées entre les Cabinets d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande-Bretagne et d'Italie, en vue d'amener la formation d'une Commission de liquidation pour le règlement des dettes égyptiennes, ont abouti le 31 mars dernier au décret ci-joint du Khédive et à la déclaration collective dont le texte est également ci-annexé. ‖ La marche que les Gouvernements précités ont suivie en cette circonstance s'explique d'elle-même par l'importance des intérêts qu'ils ont en Égypte; leurs sujets possèdent, en effet, la presque totalité de la Dette, et il était dans la logique des choses que les représentants de l'immense majorité des porteurs des créances fussent appelés de préférence à composer la Commission de liquidation. Vous verrez dans les documents ci-joints quelles sont les attributions de cette Commission et l'autorité dont elle se trouvera investie pour le plus grand avantage des créanciers, grands ou petits, dont les intérêts sont confiés à sa prudence. Vous remarquerez en même temps que pour lui donner un témoignage public de confiance et assurer la conclusion des affaires dont elle est chargée, les Puissances signataires de la déclaration ont résolu de reconnaître force de loi aux décisions que la Commission aura prises. Toutefois, ces décisions devant s'appliquer de même aux créanciers qui peuvent Nr. 7739. Frankreich. 28. April 1880.

*) Sämmtliche genannten Mächte sind der Declaration beigetreten, Griechenland mit der Einschränkung „en réservant dans l'avenir son droit de participation à toute délibération ayant pour objet des dérogations éventuelles aux règlements internationaux actuellement en vigueur en Égypte,“ Russland erst nach Prüfung des Liquidations-Gesetzes selbst am 24. Juli 1880. A. d. Red.

Nr. 7739. Frankreich. 28. April 1880. appartenir à d'autres nationalités, les cinq Cabinets ont jugé utile de demander aux Puissances qui ont concouru à établir le régime légal de l'Égypte, en participant à l'établissement des tribunaux mixtes, d'adhérer, comme ils l'ont fait eux-mêmes, à l'oeuvre entreprise avec leur appui par le Gouvernement du Khédive. Indépendamment des motifs de bonne entente et d'ordre général qui les engagent à cette démarche, ils ont considéré que, le fait même de la liquidation ne pouvant manquer d'amener des dérogations aux contrats primitifs, il est nécessaire que les tribunaux égyptiens reçoivent des Gouvernements dont ils tiennent leur mandat l'autorisation d'appliquer comme une loi, à l'égard de tous les intéressés, le résultat des travaux de la Commission liquidatrice. Les cinq Puissances signataires ont donc espéré que leur exemple entraînerait l'assentiment des États moins engagés qu'elles-mêmes dans les difficultés financières de l'Égypte, mais intéressés cependant à la marche régulière des affaires dans ce pays. || Je vous invite, en conséquence, à faire part au Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité de notre désir d'obtenir son adhésion à la déclaration collective. Je ne saurais douter qu'il n'apprécie, comme nous, les avantages que la liquidation, opérée ainsi d'un commun accord avec une incontestable autorité, offrira à tous les intérêts, et qu'il ne s'associe volontiers à une entreprise dont les conditions, débattues, entre les Puissances plus particulièrement atteintes par les inconvénients de la situation à laquelle il s'agissait de porter remède, présentent toutes les garanties désirables de justice et d'impartialité. || Vous voudrez bien faire valoir auprès du Cabinet de . . . . . les considérations ci-dessus exposées et me donner avis de sa réponse.

C. de Freycinet.

Nr. 7740. AEGYPTEN. — Liquidations-Gesetz vom 17. Juli 1880.

Nr. 7740. Aegypten. 17. Juli 1880. Nous, Khédive d'Égypte, — || Vu nos décrets en date des 31 Mars et 5 avril*) 1880; || Sur la proposition des Commissaires désignés par les Gouvernements d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de Grande-Bretagne et d'Italie, et nommés par nous; || Notre Conseil des Ministres entendu

Avons décrété et décrétons:

Titre I. *Dette Consolidée.*

Art. 1. Le service de la Dette consolidée s'effectuera à l'avenir dans les conditions déterminées ci-après:

Dette privilégié.

Art. 2. Les revenus nets des chemins de fer de l'État, des télégraphes et du port d'Alexandrie, sont spécialement affectés au service des intérêts et

*) Betreffend Ernennung der Mitglieder der Liquidations-Commission (Rivers Wilson, Baravelli, Bellaigue de Bughas, Colvin, von Kremer, Liron d'Airolles und von Treskow).

de l'amortissement de la Dette privilégiée. || Le complément des ressources nécessaires pour ce service sera prélevé, comme première charge, sur les affectations de la Dette unifiée. || Si, au contraire, les affectations spéciales de la Dette privilégiée arrivent à présenter des excédents, ces excédents seront employés à l'amortissement de la Dette unifiée. Nr. 7740. Aegypten. 17. Juli 1880.

Art. 3. Les dépenses ordinaires d'entretien et d'exploitation, prévues au budget ou régulièrement autorisées par des décisions spéciales, seront seules prélevées sur les recettes de ces administrations. || Les frais de transport dus par les services de l'État, qui ne seraient pas payés au comptant, devront être remboursés mensuellement à l'administration des chemins de fer.

Art. 4. Il sera pourvu sur les ressources générales du Trésor aux dépenses extraordinaires, telles que l'acquisition de terrains ou d'immeubles, la construction de lignes nouvelles et l'acquisition du matériel nécessaire à leur exploitation, le rachat de lignes concédées, la pose d'une seconde voie, la construction de bâtiments nouveaux, digues, quais, etc. || Lesdites dépenses extraordinaires seront proposées par les administrateurs et votées par le Conseil des Ministres. || S'il y a contestation entre le Gouvernement et l'administration des chemins de fer, des télégraphes et du port d'Alexandrie, sur la question de savoir si une dépense doit ou non être considérée comme extraordinaire, le Gouvernement pourra, sur l'avis conforme de la Caisse de la Dette, autoriser ladite administration à prélever cette dépense sur ses recettes.

Art. 5. L'intérêt annuel des obligations de la Dette privilégiée est maintenu à 5 p. $^{0}/_{0}$ du capital nominal. || Il continuera à être payé semestriellement, aux échéances du 15 avril et du 15 octobre. || L'amortissement sera fait au pair en soixante-cinq ans, à compter du 15 octobre 1876, par tirages semestriels. || Les tirages s'effectueront en séance publique, par les soins des commissaires directeurs, dans les mois de janvier et de juillet. || Le remboursement des titres aura lieu à partir de l'échéance du coupon suivant.

Art. 6. Notre Ministre des Finances est autorisé à émettre pour L. É. nominales 5,600,205 (L. st. 5,743,800) d'obligations de la Dette privilégiée dont l'emploi sera fait conformément aux articles 68 et suivants. || Ces titres seront émis, au fur et à mesure des besoins, jouissance du 15 avril 1880, aux mêmes conditions d'intérêt et d'amortissement que les obligations primitives auxquelles ils sont complètement assimilés. || Les nouveaux titres seront compris dans le premier tirage d'amortissement qui suivra leur émission.

Art. 7. Au fur et à mesure de la liquidation des créances payables en obligations et pendant un délai de six mois à compter de la publication de la présente loi, il sera délivré aux intéressés des titres provisoires au porteur. || Les règlements ultérieurs seront faits directement en obligations définitives. || Les titres provisoires devront être échangés dans l'année qui suivra la publication de la présente loi. || Passé ce dernier terme, Notre Ministre des Finances procédera d'office à l'émission des obligations dont les titre provi-

Nr. 7740. Aegypten. 17. Juli 1880. soires n'auront pas été représentés et les déposera à la Caisse de la Dette publique pour le compte de qui de droit.

Art. 8. L'annuité nécessaire au service des obligations privilégiées, en intérêts et amortissement, est fixée à L. É. 1,157,768 (L. st. 1,187,404).

Dette unifiée.

Art. 9. Les revenus suivants demeureront affectés au service de la Dette unifiée: ‖ 1° Les revenus des douanes et le produit des droits perçus pour notre Gouvernement à l'importation des tabacs, sous la déduction des dépenses d'administration; ‖ 2° Les revenus des Provinces de Garbieh, Ménoufieh, Béhéra et Siout, sous la déduction de 7 p. % du montant brut des recouvrements, à titre de frais de perception et d'administration. ‖ Dans ces derniers revenus seront compris tous les impôts et droits divers actuellement en vigueur, ou créés dans l'avenir, à l'exception de la taxe des sels et de celle des tabacs indigènes. ‖ Les autres affectations de revenus, établies au profit de la Dette unifiée par le décret du 7 mai 1876, sont supprimées.

Art. 10. L'intérêt annuel des obligations de la Dette unifiée est fixé à 4 p. % du capital nominal, à compter du 1er mai 1880. ‖ Il sera payé semestriellement, aux échéances du 1er mai et du 1er novembre.

Art. 11. Le service des intérêts à 4 p. % sera assuré par les affectations de revenus déterminées dans l'article 9 et, en cas d'insuffisance, par les ressources générales du Trésor.

Art. 12. Les versements des revenus effectés à la Dette unifiée, reçus du 26 avril au 25 octobre inclusivement, seront imputés à l'échéance du 1er novembre, et ceux reçus du 26 octobre au 25 avril seront imputés à l'échéance du 1er mai. ‖ Si, à la date du 25 avril ou à celle du 25 octobre, les versements accomplis sont insuffisants pour effectuer le payement du coupon à 4 p. % par an, Notre Ministre des Finances en fournira immédiatement le complément sur la demande des Commissaires de la Dette.

Art. 13. Toutefois, si les recouvrements du 1er semestre ont laissé un excédent disponible, cet excédent sera appliqué au complément du coupon de novembre avant de recourir à la garantie de Notre Gouvernement, et d'autre part les sommes versées par Notre Ministre des Finances, pour parfaire le coupon du 1er mai, lui seront remboursées, le cas échéant, sur les excédents du 2e semestre. ‖ A cet effet, le compte de garantie du Gouvernement sera arrêté annuellement le 25 octobre en cumulant les opérations des deux semestres.

Art. 14. L'amortissement de la Dette unifiée se fera par rachats, au cours du marché. ‖ Seront consacrés à cet amortissement: ‖ 1° Les excédents que les revenus affectés au service de la Dette publique présenteront après le payement des deux coupons annuels et le règlement du compte de garantie du Gouvernement dont il est parlé à l'article précédent; ‖ 2° Les autres ressources indiquées aux articles 2, 15, 22, 29 et 95.

Art. 15. La portion des excédents budgétaires qui pourra être versée

annuellement à la Caisse de la Dette publique, conformément aux dispositions de l'article suivant, sera également employée au rachat des obligations de la Dette unifiée, sous réserve de l'emploi éventuel prévu à l'article 70. || Ces fonds resteront en dépôt à la Caisse de la Dette publique jusqu'à ce que les justifications que devra fournir le Ministère des Finances aient permis aux Commissaires de la Dette de constater qu'ils ne sont pas nécessaires pour le règlement de la Dette non consolidée. || L'amortissement par tirage de la Dette unifiée est supprimé.

Art. 16. Seront considérés comme excédents de revenus des provinces et administrations non affectées au service de la Dette publique les produits budgétaires de toute nature réalisés dans ces provinces et administrations au delà de la somme de L. É. 5,897,888, à laquelle ont été arrêtées les dépenses budgétaires, y compris le tribut de Constantinople, et le service des diverses dettes que le Gouvernement est tenu d'assurer aux termes de la présente loi sur les ressources générales du Trésor, savoir: les intérêts des actions du canal de Suez dus au Gouvernement anglais, l'annuité de la Daïra Kassah et celle de la Moukabalah. || Ces excédents de revenus resteront à la disposition du Gouvernement jusqu'à concurrence d'une somme égale à l'excédent de revenus des administrations et provinces affectées. || Si l'excédent des revenus affectés n'atteint pas $^1/_2$ p. $^0/_0$ du montant total de la Dette unifiée (soit L. É. 283,000), le complément de ce $^1/_2$ p. $^0/_0$ sera versé à la Caisse de la Dette publique sur le surplus des excédents budgétaires. || Lorsqu'il n'y aura pas lieu à ce prélèvement, la totalité des excédents budgétaires sera conservée pour les dépenses administratives.

Art. 17. Il ne sera pas pourvu à l'amortissement par rachat des échéances du 1er novembre 1878, des 1er mai et 1er novembre 1879 et du 1er mai 1880, non plus qu'au payement des portions d'intérêts impayées des trois dernières échéances.

Art. 18. Tous les bons ou titres qui devaient, aux termes des décrets du 7 mai et du 18 novembre 1876, être convertis en obligations de la Dette unifiée devront être présentés à la conversion avant le 1er avril 1881, sous peine de déchéance.

Art. 19. Notre Ministre des Finances est autorisé à émettre de nouveaux titres de la Dette unifiée jusqu'a concurrence de L. É. 1,909,280 nominales (L. st. 1,958,240) pour en faire l'emploi fixé par l'article 26. || Ces nouveaux titres seront émis jouissance du 1er mai 1880 et aux conditions d'intérêt et d'amortissement ci-dessus determinées pour les anciennes obligations auxquelles ils seront complètement assimilés.

Dispositions communes à la Dette privilégiée et à la Dette unifiée.

Art. 20. Les coupons et les titres seront payés en or sans aucune retenue, en Égypte, à Paris et à Londres. || A Paris, les payements seront faits au change fixe de 25 francs la livre sterling.

Nr. 7740. Aegypten. 17. Juli 1880.

Art. 21. Les obligations de la Dette privilégiée et de la Dette unifiée ne pourront être frappées d'aucun impôt au profit de Notre Gouvernement.

Art. 22. La prescription quinquennale et la prescription de quinze ans établies par les articles 275 et 272 du Code civil seront applicables la première aux intérêts des obligations de la Dette unifiée et de la Dette privilégiée, la seconde aux capitaux des mêmes obligations désignées par le tirage pour l'amortissement. || Les délais de prescription seront calculés d'après le calendrier grégorien. || Le montant des intérêts et capitaux atteints par la prescription profitera à l'amortissement de la Dette unifiée.

Art. 23. Les affectations de revenus établies par la présente loi recevront leur application à compter du 1er janvier 1880. || La Caisse de la Dette publique reversera au compte de la liquidation une somme de 5000 L. É. Moyennant ce payement la Caisse et la Liquidation seront quittes l'une envers l'autre de tout compte à faire entre elles par suite du nouveau réglement des affectations.

Art. 24. Sont maintenues toutes les dispositions des décrets des 25 mai et 18 novembre 1876 concernant le service des obligations de la Dette privilégiée et de la Dette unifiée, non contraires aux dispositions de la présente loi.

Conversion des emprunts à court terme.

Art. 25. Le service des emprunts 1864, 1865 et 1867 est supprimé. Il ne sera pas pourvu à l'amortissement des obligations de l'emprunt 1854, qui aurait dû avoir lieu le 1er avril 1880, non plus qu'au payement de semestrialités des deux autres emprunts échues les 22 mai et 7 juillet 1880.

Art. 26. Les obligations de ces trois emprunts seront converties, au taux de 80 p. $^0/_0$ de leur valeur nominale, en obligations de la Dette unifiée au taux de 68 p. $^0/_0$, jouissance du 1er mai 1880.

Art. 27. Les ayants droit recevront en numéraire au moment de la conversion: || 1° Les intérêts des anciennes obligations, encourus depuis le 1er avril 1880 (emprunt 1864), le 8 janvier 1880 (emprunt 1865), le 22 novembre 1879 (emprunt 1867) jusqu'au 30 avril 1880, aux taux respectifs de chacun des emprunts; || 2° Le solde du capital converti qui sera inférieur à 12 livres sterling.

Art. 28. La conversion sera faite sans frais pour les porteurs. || Le délai pour le dépôt des anciens titres à échanger est limité au 31 décembre 1880. Passé cette date, les obligations non représentées seront converties d'office et les nouveaux titres déposés à la Caisse de la Dette publique pour le compte de qui de droit. || Les anciens titres seront annulés et remis à Notre Ministre des Finances. || Notre Ministre des Finances prendra toutes les mesures d'exécution que comportera la conversion ainsi que le payement des arriérés de coupons et d'amortissement des trois emprunts convertis.

Art. 29. Les prescriptions de cinq ans et de quinze ans dont il est parlé aux deux premiers paragraphes de l'article 22 seront appliquées aux

coupons et aux obligations des emprunts 1864, 1865 et 1867. || La valeur des coupons venus à échéance et des obligations sorties au tirage depuis l'origine de ces emprunts qui se trouveront atteints par ces prescriptions sera appliquée à l'amortissement de la Dette unifiée.

Attributions de la Caisse de la Dette publique.

Art. 30. La Caisse de la Dette publique, instituée par décret du 2 mai 1876, recevra les fonds destinés au service des intérêts et de l'amortissement de la Dette privilégiée et de la Dette unifiée et fera l'emploi de ces fonds conformément aux dispositions de la présente loi.

Art. 31. Les comptables supérieurs des provinces et administrations dont les revenus sont affectés au service de la Dette privilégiée et de la Dette unifiée verseront ces revenus directement à la Caisse de la Dette et ne seront libérés que par les quittances de la commission de la Dette.

Art. 32. Les comptables supérieurs des quatre provinces affectées fourniront à la commission de la Dette publique, par l'entremise du Ministère des Finances des relevés mensuels par nature de droits faisant connaître: || Les droits constatés de l'année courante et les arriérés dus sur les années antérieures; || Les recouvrements et les dégrèvements; || Les sommes retenues pour frais de perception et d'administration; || Les versements effectués à la Caisse de la Dette; || Les restes en caisse au dernier jour du mois. || Des relevés semblables seront également fournis aux dates du 25 avril et du 25 octobre.

Art. 33. L'administration des douanes et celle des chemins de fer, des télégraphes et du port d'Alexandrie fourniront également à la commission de la Dette des relevés mensuels indiquant: || Les droits constatés de l'année, y compris les arriérés dus au 1er janvier sur les années antérieures; || Les sommes recouvrées et dégrevées; || Les sommes dues par les administrations du Gouvernement; || Les dépenses d'administration payées; || Les versements effectués à la Caisse de la Dette; || Les restes en caisse au dernier jour du mois. || Des relevés semblables seront, en outre, fournis par l'administration des douanes aux dates du 25 avril et du 25 octobre, et par celle des chemins de fer aux dates du 14 avril et du 14 octobre.

Art. 34. Les commissaires de la Dette nommeront et révoqueront les employés de la Caisse de la Dette et régleront les rapports entre la Caisse et ses correspondants.

Art. 35. Les dépenses de personnel et de matériel de la Caisse de la Dette, les commissions et allocations diverses de ses correspondants, les frais de change, assurances, transports d'espèces et généralement toutes dépenses nécessaires pour l'exécution du service des Dettes privilégiée et unifiée seront supportés par le Gouvernement, et feront annuellement l'objet d'un budget arrêté par la commission de la Dette et approuvé par le Conseil des Ministres. || Notre Ministre des Finances entretiendra à la Caisse de la Dette une avance

 permanente en rapport avec la partie des dépenses ci-dessus qu'elle devra acquitter directement.

Art. 36. Annuellement, la commission de la Dette publiera un rapport sur ses opérations et soumettra son compte de gestion à l'autorité qui sera constituée pour juger les comptes des administrations publiques.

Art. 37. Aucun nouvel emprunt, de quelque nature que ce soit, ne pourra être émis par Notre Gouvernement que sur l'avis conforme de la commission de la Dette. || Il sera loisible toutefois à Notre Ministre des Finances de se procurer des avances en compte courant, dans la limite maxima de 2 millions de livres égyptiennes.

Art. 38. Les commissiares de la Dette, représentants légaux des porteurs de titres, auront qualité pour poursuivre devant les tribunaux de la Réforme contre l'administration financière, représentée par Notre Ministre des Finances, l'exécution des dispositions concernant les affectations de revenus, les taux d'intérêt des dettes, la garantie du Trésor et généralement toutes les obligations qui incombent à Notre Gouvernement en vertu de la présente loi à l'égard du service des Dettes privilégiée et unifiée.

Art. 39. Sont maintenues avec force exécutoire toutes les dispositions des décrets des 2 mai et 18 novembre 1876 concernant les attributions de la commission de la Dette publique qui ne sont pas contraires à la présente loi.

Titre II. — *Daïra Sanieh.*

Art. 40. Sont déclarées propriétés de l'État, les propriétés des Daïras Sanieh et Kassah, mentionnées dans les états annexés au contrat du 12 juillet 1877 ou dans les inscriptions hypothécaires prises en vertu de ce contrat.

Art. 41. Ces propriétés sont affectées exclusivement à la garantie de la Dette générale de la Daïra Sanieh, sans préjudice des effets de l'hypothèque consentie par acte du 19 août 1878. Elles seront insaisissables jusqu'à l'entier amortissement de cette dette. || Leurs produits et revenus ne pourront être saisis qu'en raison de dettes particulières, contractées par l'administration de la Daïra postérieurement au contrat du 12 juillet 1877.

Art. 42. Le produit des aliénations de ces propriétés sera exclusivement affecté à l'amortissement de la Dette générale de la Daïra.

Art. 43. Il sera payé à la Daïra Sanieh, sur les fonds de la liquidation, une somme de L. É. 450,000, tant pour lui rembourser les sommes qu'elle a payées en l'acquit du Gouvernement, que pour l'indemniser du préjudice résultant pour elle de la non-exécution des engagements pris à son égard par la Liste civile. || Moyennant quoi, l'État et la Daïra seront complètement libérés l'un envers l'autre pour toutes causes antérieures au 1er janvier 1880, sauf compensation, jusqu'à due concurrence, de la somme de L. E. 450,000 avec les impôts dus par la Daïra pour l'année 1879.

Art. 44. Les titres de la Dette générale de la Daïra Sanieh seront productifs d'un intérêt de 5 p. % du capital nominal dont 4 p. % d'intérêt

fixe garanti par le Gouvernement sur les ressources générales du Trésor, et 1 p. $^0/_0$ d'intérêt complémentaire. || Il y aura lieu à la distribution de cet intérêt complémentaire lorsque le produit net des propriétés de la Daïra, constaté dans le compte mentionné à l'article 47, excédera la somme nécessaire au service de l'intérêt à 4 p. $^0/_0$ du capital nominal des titres en circulation et seulement jusqu'à concurrence de cet excédent. || L'intérêt fixe sera payé par moitié le 15 avril et le 15 octobre de chaque annér, sur remise des coupons. || L'intérêt complementaire sera payé sur quittance spéciale, le 15 avril de chaque année, pour l'année précédente. || Il ne devra pas être distribué de fractions d'intérêt inférieures à $^1/_4$ p. $^0/_0$.

Nr. 7740. Aegypten. 17. Juli 1880.

Art. 45. Il sera créé un fonds de réserve composé: || 1° D'une somme de L. É. 180,000 prélevée sur celle de L. E. 450,000 mentionnée à l'article 43. || 2° Des excédents de revenus nets au-dessus de 5 p. $^0/_0$, dans les limites indiquées à l'article 48. || Ce fonds de réserve sera placé en titres de la Daïra Sanieh, de l'Emprunt domanial, de la Dette privilégiée ou de la Dette unifiée, et servira, en cas d'insuffisance de revenus, à parfaire l'intérêt de 4 p. $^0/_0$. || A chaque échéance, le Conseil de direction décidera dans quelle mesure il y aura lieu d'engager ou de vendre ces titres pour assurer le payement du coupon, tout en réservant les fonds nécessaires à la marche des services administratifs.

Art. 46. Si les revenus de l'exercice, augmentés du fonds de réserve, sont insuffisants pour parfaire lintérêt de 4 p. $^0/_0$, la Daïra y pourvoira, à chaque échéance de coupon, par des moyens de trésorerie.

Art. 47. En fin d'année, la Daïra arrêtera le compte de ces recettes et de ses dépenses. Si les recettes nettes, augmentées des ressources du fonds de réserve déjà employées dans le cours de l'année ou restant libres au 31 decembre, sont inférieures à 4 p. $^0/_0$ du capital nominal des titres en circulation, le Gouvernement versera à la Daïra la différence dans un délai de quinze jours. || Tant que ce versement ne sera pas effectué, aucun impôt ne sera exigé de la Daïra dans les provinces non affectées.

Art. 48. La portion des revenus nets qui restera disponible en fin d'année, après le payement des intérêts à 5 p. $^0/_0$ et la constitution du fonds de réserve au chiffre de L. É. 350,000, sera employée à l'amortissement.

Art. 49. L'amortissement sera fait par rachats jusqu'au cours de 80 p. $^0/_0$. || Au-dessus de ce cours, l'amortissement s'effectuera par tirage, à 80 p. $^0/_0$.

Art. 50. L'administration de la Daïra sera composée d'un Directeur général d'un Conseil de direction et d'un Conseil supérieur.

Art. 51. Le Directeur général sera nommé par Nous. Il aura tous les pouvoirs d'administration, sous les réserves mentionnées ci-après.

Art. 52. Le Conseil de direction sera constitué comme l'était le Conseil supérieur établi par le contrat du 12 juillet 1877 et en aura toutes les attributions.

Art. 53. La nomination et la révocation de tous les employés supérieurs,

Nr. 7740. Aegypten. 17. Juli 1880. ainsi que les baux de terre d'une étendue moindre de 3,000 feddans, passés pour une période n'excédant pas six années, seront soumis à son approbation. Il lui appartiendra, en outre, d'autoriser le Directeur général à ester en justice, soit en demandant, soit en défendant, et de statuer sur les questions administratives dans lesquelles il jugerait à propos d'intervenir.

Art. 54. Les contrôleurs de la Daïra seront nommés par Nous, sur la désignation officieuse des gouvernements Anglais et Français. A défaut de cette désignation, Notre choix se portera sur des fonctionnaires supérieurs des deux pays, en activité de service ou en retraite.

Art. 55. Le Conseil supérieur se composera de notre Ministre des Finances, des deux contrôleurs généraux et des membres du Conseil de direction. Les contrôleurs généraux seront remplacés, en cas d'absence ou d'empêchement, par les commissaires de la Dette de leur nationalité respective. || Le Conseil supérieur aura pour attributions de voter le budget, de vérifier et d'approuver les comptes annuels de l'administration, d'autoriser les emprunts, les aliénations et les baux autres que ceux mentionnés à l'article 53, de fixer le chiffre maximum du compte courant et de déterminer le mode de placement des sommes composant le fonds de réserve. || Toutefois, les projets d'aliénation et les baux réservés à son approbation ne lui seront soumis qu'autant que les deux contrôleurs auront émis un vote favorable dans le Conseil de direction, et les décisions qu'il prendra à ce sujet ne seront exécutoires qu'après approbation de Notre Conseil des Ministres.

Art 56. Le Conseil supérieur aura, en outre, à statuer sur les décisions du Conseil de direction qui lui seraient déférées par un des membres de ce Conseil.

Art. 57. Indépendamment des attributions qui leur sont conférées par les dispositions qui précèdent, les contrôleurs de la Daïra seront considérés comme les représentants légaux des porteurs d'obligations de la Dette générale de la Daïra. || Ils pourront, à ce titre, poursuivre, par toutes les voies de droit, l'exécution des engagements pris par le Gouvernement envers ces derniers.

Art. 58. Les titres de l'emprunt 1870 et les bons Daïra non convertis devront être présentés à la conversion avant le 1er avril 1881, sous peine de déchéance. || Passé cette date, ces titres ne pourront plus donner lieu à aucune action contre la Daïra, ni contre le Gouvernement.

Art. 59. L'administration de la Daïra devra réclamer la remise des titres convertis ou amortis à toutes personnes qui en sont actuellement dépositaires, et leur en donnera valablement décharge.

Art. 60. Seront prescrits au profit de la Daïra, les coupons de la Dette générale impayés dans le délai de cinq ans à compter de leurs échéances respectives et les obligations désignées pour l'amortissement par voie de tirages qui n'auront pas été remboursées dans le délai de quinze ans. || Ces délais seront calculés d'après le calendrier grégorien.

Art. 61. Les titres de la Dette Daïra Kassah seront, par les soins de

Notre Ministre des Finances, convertis au pair en titres de la Dette générale de la Daïra Sanieh, jouissance du 15 avril 1880. Ces titres devront être présentés à la conversion avant le 1er avril 1881, sous peine de déchéance. || L'annuité actuellement affectée au service de la Dette Daïra Kassah, soit L. É. 34,000, sera versée par Notre Ministre des Finances à la Daïra Sanieh, moitié le 1er avril, moitié le 1er octobre de chaque année. || Le coupon de la Daïra Kassah échu le 1er janvier 1880 sera payé aux porteurs de titres, lors de la conversion, sur les fonds de la liquidation. || L'intérêt acquis du 1er janvier au 15 avril 1880 leur sera payé au taux de 5 p. % sur les ressources générales du Trésor. Nr. 7740. Aegypten. 17. Juli 1880

Art. 62. Toutes les clauses du contrat du 12 juillet 1877 sont maintenues en tant qu'elles ne sont pas contraires aux dispositions de la présente loi.

Titre III. — *Dette Non-Consolidée.*

Art. 63. L'actif de la liquidation de la Dette non-consolidée comprend: 1° Le solde de l'Emprunt domanial; || 2° Les soldes en numéraire existant au 31 décembre 1879 dans les caisses des Ministères et dans celles des provinces et administrations dont les revenus ne sont pas affectés par la présente loi au service de la Dette consolidée; || 3° L'excédent des versements de la Moukabalah disponible à la Caisse de la Dette publique; || 4° Les sommes réalisées ou qui pourront être réalisées sur les droits et taxes de toute nature restant à recouvrer au 31 décembre 1879 dans les provinces et administrations affectées ou non affectées au service de la Dette consolidée; || 5° Les biens immeubles du Domaine privé non affectés à des services publics, à la garantie de l'emprunt domanial ou de la Dette générale de la Daïra Sanieh, jusqu'à extinction de la Dette non-consolidée; || 6° Le produit de la conversion des bons ou titres rentrés au Trésor après remboursement de leur montant, en exécution de décisions judiciaires; || 7° Les titres de la Dette privilégiée créés en vertu de l'article 6 de la présente loi; || 8° Dans le cas prévu par l'article 70, la partie des excédents budgétaires destinée à l'amortissement de la Dette consolidée aux termes de l'article 15.

Art. 64. Les biens mentionnés au paragraphe 5 de l'article précédent seront insaisissables pour les créanciers de la liquidation de la Dette non-consolidée jusqu'au 31 mars 1881, et pour tous autres créanciers du Gouvernement jusqu'à la fin de la liquidation.

Art. 65. Notre Ministre des Finances est autorisé à se procurer, pour les besoins de la liquidation de la Dette non consolidée, une avance de L. É. 650,000 en donnant en garantie hypothécaire tout ou partie des biens du domaine désigné au paragraphe 5 de l'article 63. Les biens ainsi donnés en hypothèque demeureront aliénables, à charge d'en appliquer le prix, jusqu'à due concurrence, au remboursement intégral de l'emprunt dont il s'agit; jusqu'à ce remboursement et, au plus tard, jusqu'au 31 décembre 1882, ils seront insaisissables.

Nr. 7740. Aegypten. 17. Juli 1880. Art. 66. Le passif de la liquidation de la Dette non-consolidée comprend: || 1° Les dettes de l'État résultant de décisions judiciaires ou pouvant résulter d'instances pendantes; || 2° Toutes les dettes, autres que les emprunts publics contractés à l'étranger ou à l'intérieur, qui, au cours de la liquidation, ont été ou seront reconnues par le Gouvernement et qui résultent de droits acquis antérieurement au 1er janvier 1880. Ces dettes seront réglées conformément aux dispositions qui suivent. Les règlements déjà effectués d'après ces dispositions sont approuvés.

Art. 67. Seront payables intégralement en espèces: || 1° Les arriérés du tribut de Constantinople; || 2° Les créances garanties par des inscriptions hypothécaires prises antérieurement aux 2 et 3 février 1879 sur les biens affectés à la garantie de l'emprunt domanial; || 3° Les arriérés de traitements, pensions et salaires; || 4° Les sommes dues par le Beit-el-Mal et par la Caisse des Orphelins dans les conditions indiquées à l'article 72 de la présente loi; || 5° Les sommes versées à titre de dépôt dans les caisses de lÉtat.

Art. 68. Toutes les autres créances contre l'État désignées à l'article 66 seront liquidées en capital, intérêts de droit au 15 avril 1880 et frais, sous les réserves formulées aux articles 72 et suivants. Le payement en sera effectué dans les conditions suivantes: || 30 p. $^0/_0$ en espèces; || 70 p. $^0/_0$ en titres de la Dette privilégiée au pair, jouissance du 15 avril 1880; || Les créances et les reliquats de créances inférieurs à 1,950 P. T. (20 L. st.) seront payés en espèces. || Les sommes à payer en espèces ne porteront pas intérêt.

Art. 69. Les créances pouvant résulter de décisions judiciaires à intervenir dans les instances actuellement pendantes et relatives à des droits acquis antérieurement au 1er janvier 1880 seront réglées en capital, frais et intérêts de droit, calculés à la date de l'échéance du coupon de la Dette privilégiée qui précédera le règlement. Elles seront payées de la façon suivante: || 30 p. $^0/_0$ en espèces; || 70 p. $^0/_0$ en titres de la Dette privilégiée au pair, avec jouissance du coupon en cours lors du règlement. Les créances et les reliquats de créances inférieurs à 1,950 P. T. (20 L. st.) seront payés en espèces. Les sommes à payer en espèces ne porteront pas intérêt. || Les arriérés des allocations de l'année 1879 seront payés intégralement.

Art. 70. Une somme de 650,000 L. É. nominales en titres de la Dette privilégiée, ou le capital effectif correspondant sera prélevé sur l'actif et réservé pour le règlement de ces créances. || En cas d'insuffisance de cette réserve, il y sera suppléé au moyen des ressources suivantes sur lesquelles, à l'exclusion de toutes autres, ces créanciers pourront exercer leurs droits: || 1° Les propriétés engagées à la garantie de l'emprunt de L. É. 650,000 autorisé par l'article 65 qui resteront invendues après le remboursement intégral dudit emprunt; || 2° Toutes les autres propriétés saisissables et aliénables de l'État; || 3° La partie des excédents de revenus non affectés au service de la Dette consolidée qui est destinée à l'amortissement par l'article 15 de la présente loi. || Ces ressources ne seront appliquées à l'amortissement qu'après l'ex-

tinction complète des créances mentionnée dans l'article précédent. || Nonobstant cette disposition, les excédents budgétaires dont il s'agit conserveront le caractère de deniers publics.

Art. 71. Sont ratifiées les transactions particulières spécifiées dans l'annexe A ayant eu pour objet le règlement des créances garanties par des gages ou des privilèges ou la résiliation de contrats de fournitures non encore complètement exécutés.

Art. 72. Seront payées intégralement en titres de la Dette privilégiée au pair la créance de l'Administration de Wakfs arrêtée à la somme de L. É. 290,976, et celle de l'administration des écoles nationales arrêtée à la somme de L. É. 13,343. || Les sommes dues à des tiers par la Caisse des Orphelins, également payables en numéraire, seront soldées soit sur l'actif de la Caisse, soit sur les fonds de la liquidation, en ajoutant au capital un intérêt de 4 p. $^0/_0$.

Art. 73. Les créanciers dont les droits sont l'objet des règlements spéciaux édictés par les articles 67 et 72 et qui sont munis de décisions judiciaires auront l'option entre ces règlements spéciaux et le règlement général prévu aux articles 68 et 69.

Art. 74. Les créanciers de la Daïra Kassah, porteurs de délégations sur l'ancienne Liste civile, enregistrées ou visées au Ministère des Finances, ou qui sont munis de décisions judiciaires établissant leurs droits, seront assimilés aux créanciers de l'État et désintéressés dans les conditions indiquées aux articles 68 et 69. || Toutefois, ceux d'entre eux qui auraient pris inscription hypothécaire sur des immeubles de la Daïra Kassah auront l'option entre l'exercice de leurs droits hypothécaires et le payement de leur créance dans les conditions susindiquées. || Ces créanciers devront signifier leur option dans le délai de trois mois à partir de la publication de la présente loi, à défaut de quoi ils cesseront d'être considérés comme créanciers de l'État. S'ils exercent leurs droits hypothécaires ils n'auront, pour le surplus de leur créance, aucun recours contre l'État. || L'État sera de plein droit subrogé aux droits hypothécaires des créanciers désintéressés sur les deniers de la liquidation.

Art. 75. Seront déduits du montant des dettes de l'État les arriérés dus pour l'année 1878, tant sur la Liste civile de S. A. Ismaïl-Pacha que sur les allocations des Membres de sa famille designés ci-après: || S. A. la Princesse sa mère, LL. AA. les Princesses ses épouses, LL. AA. les Princes et Princesses ses enfants, leurs époux, leurs épouses et leurs enfants. || Les sommes dues par eux ou leurs Daïras à titre d'impôts ou de taxes arriérés jusqu'au 1er janvier 1879 ne leur seront pas réclamées. || En outre, une somme de L. É. 225,000 prélevée sur les fonds de la liquidation sera affectée au règlement des dettes des Membres de Notre Famille désignés ci-dessus ainsi que des dettes de la Daïra Kassa autres que celles dont il est parlé à l'article 74. || Ce règlement sera fait par les soins du Ministère des Finances, en se conformant, par analogie, aux dispositions du droit privé applicables par les tribunaux de la Réforme en matière de contribution.

Nr. 7740. Aegypten. 17. Juli 1880.

Art. 76. Une somme de L. É. 127,816 est affectée au payement des arriérés dus sur leurs allocations de l'année 1879 aux Membres de Notre Famille mentionnés à l'article précédent.

Art. 77. Les arriérés des allocations antérieures au 1er janvier 1879, dus aux Princes et Princesses de Notre Famille, autres que ceux dont il est fait mention à l'article 75, seront réglés et payés dans les conditions de l'article 68.

Art. 78. L'annuité de L. st. 60,000, précédemment instituée au profit de S. A. le Prince Abdul-Halim-Pacha et représentée par des bons du Trésor au porteur, est réduite, à compter du 1er janvier 1880, à L. É. 15,000, conformément à Notre décret en date du 21 janvier 1880. || Cette annuité sera incessible et insaisissable. || Les bons du Trésor dits bons Halim, souscrits par le Ministre des Finances le 2 octobre 1870 (7 ragheb 1287), portant les nos 23 et suivants jusques et y compris le n° 80, chacun desdits bons d'une valeur de 2,925,000 P. T. (L. st. 30,000), venant à échéance le 11 juillet 1882 et les 11 janvier et 11 juillet des années suivantes, sont rayés des livres des dettes de l'État. Aucun desdits bons ne sera payé, en quelques mains qu'il se trouve.

Art. 79. Indépendamment de l'annuité de 15,000 L. É. inscrite au budget de l'État à partir du 1er janvier 1880, le montant intégral des cinq bons venant à échéance dans le cours des années 1880 et 1881 et le 11 janvier 1882, qui, aux termes du contrat passé le 11 juillet 1870, entre S. A. le Khédive Ismaïl-Pacha et S. A. le Prince Halim, ont pu être escomptés, soit 150,000 L. st., sera exigible à partir de la publication de la présente loi et compris dans la dette non-consolidée pour être réglé et payé dans les conditions spécifiées à l'article 68.

Art. 80. S. A. le Prince Halim aura le droit de recueillir les successions qui ont pu ou qui pourront s'ouvrir à son profit à partir du 1er janvier 1880, nonobstant la renonciation insérée au contrat du 11 juillet 1870.

Art. 81. Sera considérée comme nulle et non avenue la clause du même contrat, par laquelle le Prince Halim renonce à toute allocation en sa faveur ou en faveur de ses enfants après l'échéance de la dernière des annuités de 15,000 L. É. visées dans l'article 78.

Art. 82. La situation respective de l'État et de la succession d'Ismaïl-Pacha-Saddik demeure fixée ainsi qu'il suit: l'État prend à sa charge les dettes reconnues de la succession et celles qui peuvent résulter des réclamations dirigées contre elle, telles qu'elles sont indiquées au tableau B annexé à la présente loi. Ces dettes seront intégralement payées en espèces. || Moyennant quoi, l'État et la succession ou ses ayants droit seront entièrement libérés l'un envers l'autre, sans qu'il puisse y avoir entre eux ni comptes à faire, ni réclamations à formuler, ni droits ou revendications à exercer, pour quelque cause que ce soit.

Art. 83. Par l'effet des règlements et payements des créances aux clauses

et conditions de la présente loi, l'État et les administrations de l'État seront complètement et définitivement libérés envers les créanciers de la liquidation et leurs ayants droit, quelles que soient leurs causes de préférence, sans qu'il puisse y avoir, au sujet de droits acquis antérieurement à 1880, ni autres comptes à faire, ni réclamations à formuler, ni droits ou revendications à exercer de part et d'autre. || Par suite, les créanciers désintéressés dans les conditions de la présente loi devront, en même temps qu'ils donneront quittance, consentir la radiation de toute transcription ou inscription d'hypothèque ou de tous autres droits sur les biens de l'État. A défaut de ce consentement, la radiation ou l'annulation devra en être ordonnée par justice. || Il en sera de même de toutes mesures conservatoires ou d'exécution pratiquées à l'encontre du Gouvernement et des administrations de l'État, antérieurement ou postérieurement à la présente loi, par des créanciers de la liquidation. || Le présent article ne préjudiciera en rien aux droits réels acquis en vertu d'inscriptions d'hypothèques conventionelles. || Les frais d'inscription et de radiation des hypothèques seront à la charge de la liquidation.

Art. 84. Les biens de l'État énumérés dans le décret du 16 juin 1880 font partie du domaine public insaisissable et imprescriptible, sous réserve, en ce qui concerne les palais de Minieh et de Roda, de leur affectation à la garantie de la Dette générale de la Daïra Sanieh, telle qu'elle résulte des articles 41 et 62 de la présente loi. || Toutefois, les droits acquis en vertu d'inscriptions hypothécaires prises sur ces biens antérieurement à la publication dudit décret sont maintenus. || Les biens immeubles énumérés dans le décret précité ne pourront être aliénés qu'autant qu'un décret les aura fait rentrer dans le domaine privé.

Art. 85. Toutes sommes dues à l'État ou aux administrations de l'État par les créanciers de la liquidation, à quelque titre et pour quelque cause que ce soit, seront compensées avant tout règlement avec leurs créances, sans préjudice des compensations spéciales prévues dans la présente loi.

Art. 86. A partir de la publication de la présente loi, nul ne sera recevable devant aucune juridiction, pour quelque cause et sous quelque forme que ce soit, à intenter une action quelconque, soit contre le Gouvernement soit contre les administrations de l'État, à raison de droits acquis antérieurement au 1er janvier 1880, si ce n'est en matière de contestations relatives au montant des dettes mentionnées à l'article 66 et sous les réserves contenues dans les articles 67 et suivants.

Titre IV. — *Moukabalah.*

Art. 87. La loi de la Moukabalah, rapportée par notre décret du 6 Janvier 1880, est et demeure définitivement abrogée, sous les réserves contenues dans l'article 5 dudit décret. Sont également abrogées les dispositions de l'article 3 du même décret. || Les versements de la Moukabalah reconnus règuliers donneront droit à une indemnité au profit des personnes qui, lors du règlement dont il va être parlé ci-dessous, seront propriétaires des terres

Nr. 7740. Aegypten. 17. Juli 1880. auxquelles ont été appliqués ces versements. || Seront considérées comme propriétaires, sous réserve des droits des tiers, les personnes inscrites sur les registres des impôts fonciers. || Les propriétaires susindiqués devront faire valoir leurs droits dans une demande écrite ou verbale, adressée avant le 1er janvier 1881 aux Moudirs ou aux agents désignés à cet effet par le Ministres des Finances, et il leur en sera délivré récépissé.

Art. 88. Au vu de ces réclamations, Notre Ministre des Finances fera établir les décomptes individuels des réclamants en les considérant comme créanciers: || 1° Des versements successifs faits à titre de Moukabalah par eux ou par les précédents propriétaires; || 2° Des intérêts à 4 p. % de ces versements; || Et comme débiteurs: || 1° Des dégrèvements annuels d'impôts fonciers alloués par suite des versements de la Moukabalah; || 2° Des arriérés d'impôts de toutes sortes et des autres dettes antérieures à 1880, dont les ayants droit se trouveraient redevables vis-à-vis de Notre Gouvernement, et ce nonobstant toutes dispositions contraires; || 3° Des intérêts à 4 p. % de ces dégrèvements, arriérés et dettes. || Seront éliminés des décomptes, les versements opérés en bons du Trésor et en Ragas qui seraient reconnus fictifs et ceux qui auraient été inscrits en vertu d'ordres supérieurs non suivis de payement. || Le reliquat des décomptes, représentant la créance nette de chaque ayant droit, servira de base à la répartition de l'indemnité.

Art. 89. Une somme annuelle de L. E. 150,000 sera prélevée à compter du 1er juillet 1880 pour le service de l'indemnité de la Moukabalah sur les revenus budgétaires destinés à la Dette générale, conformément à l'article 16. || Elle sera répartie entre les propriétaires ci-dessus désignés, sous forme d'annuités applicables au payement de la contribution foncière. La répartition sera faite au prorata des créances nettes établies par les décomptes individuels. || Dans le cas où la liquidation ne serait pas achevée à temps pour que la demi-annuité 1880 puisse être appliquée aux contributions de l'année courante, il en sera tenu compte aux contribuables sur les rôles de 1881.

Art. 90. Les annuités seront servies pendant une période de cinquante ans. || La constatation en sera faite dans les villages sur un registre spécial présentant, dans des comptes ouverts à chaque ayant droit, la série des annuités successives ainsi que la désignation détaillée par lieux dits, contenances et quotes-parts d'impôt des terres auxquelles les annuités seront applicables. || A chaque mutation de propriété, la portion des annuités correspondant à la portion des terres aliénées sera distraite, sur le registre spécial, du compte de l'ancien propriétaire et reportée au compte du nouveau.

Art. 91. Lors de l'exécution du cadastre, l'évaluation des terres et la répartition de l'impôt seront faites sans tenir compte de ces annuités.

Art. 92. Il sera délivré par le Moudir à chaque ayant droit, lors de l'établissement des décomptes et à l'occasion des mutations, un certificat énonçant le montant des annuités pour lesquelles il se trouvera inscrit sur le registre spécial du village. || Chaque année, les annuités seront inscrites sur

les virds ou extraits de rôles des contribuables en diminution de leurs impôts fonciers. || Aux époques déterminées par Notre Ministre des Finances, les sarrafs feront annuellement l'imputation des annuités de l'année courante sur le registre de recette de l'impôt foncier comme d'un versement reçu des ayants droit sur leurs contributions. || En compensation de ces imputations, la dotation des annuités restera à la disposition de Notre Ministre des Finances. Toutefois, la portion de la dotation afférente aux provinces qui sont affectées à la Dette publique devra être reversée à la Caisse de la Dette en deux termes égaux, avant le 26 avril et le 26 octobre.

Nr. 7740. Aegypten. 17. Juli 1880.

Art. 93. Un règlement d'administration, arrêté en Conseil des Ministres sur la proposition de Notre Ministre des Finances, déterminera les mesures à prendre pour l'établissement des décomptes de la Moukabalah, la confection et la tenue des registres d'annuités et le contrôle des opérations.

Titre V. — *Dispositions Générales.*

Art. 94. Les frais de toute nature auxquels donneront lieu les opérations de la liquidation seront prélevés sur l'actif général de la liquidation de la Dette non-consolidée.

Art. 95. Les reliquats de l'actif de la liquidation de la Dette non-consolidée, après extinction de cette Dette, seront versés à la Caisse de la Dette publique et affectés à l'amortissement de la Dette unifiée.

Art. 96. Il sera tenu une comptabilité spéciale des opérations de la liquidation et pendant toute la durée de ces opérations, le compte nous en sera présenté annuellement par Notre Ministre des Finances; avant le 31 mars pour la période écoulée jusqu'au 31 décembre de l'année précédente. || Ce compte sera publié au *Moniteur égyptien.*

Art. 97. La présente loi ne portera aucune atteinte aux clauses du contrat intervenu le 12 avril 1880 entre Notre Gouvernement et les contractants de l'emprunt domanial, en vertu desquelles les revenus de la province de Khéné sont éventuellement affectés à la garantie de cet emprunt.

Art. 98. La présente loi sera publiée dans le *Moniteur égyptien.* || Dès sa publication, elle sera exécutoire, nonobstant toutes dispositions contraires résultant des lois, décrets, décisions du Conseil privé, ordres supérieurs, règlements, contrats ou usages en vigueur.

Art. 99. Nos Ministres sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution de la présente loi.

Fait au Palais de Ras-El-Tin, le 17 juillet 1880.

Mehemed-Tewfik.

Par le Khédive

[Unterschriften der Minister].

Nr. 7740.
Aegypten.
17. Juli 1880.

Tableau A. — *Transactions.*

(Voir l'article 71.)

		Piastres turques.
14 juin 1880 . .	Grenfield et compagnie	40,950,000 00
5 juillet 1880 .	G. C. Zuro et compagnie	3,905,816 22
10 juillet 1880 .	Achille Parisot	721,626 25
23 mai 1880 . .	Coppel Wegersberg et Kirschbaum . .	1,378,650 00
	Remington	6,337,500 00
	Armstrong	2,340,000 00
	Paponot	19,399,138 5
15 juillet 1880 .	Dusseaud frères	7,229,683 20
	Total	82,262,414 32

Tableau B. — *Succession d'Ismaïl-Pacha-Saddik.*

(Voir l'article 82.)

1° Dettes constatées devant les Mehkémés, ne comportant ni intérêt ni frais.

	Piastres turques
Moustapha-Pacha-Saddik	468,347 33
Farida-Hanem	77,630 15
Saint-Maurice	32,916 00
Rochmann	36,500 00
Coronco	10,725 00
Mohamed-Effendi-Barto	11,863 8
Total	637,982 16

2° Dettes constatées par-devant les tribunaux mixtes de la réforme portant intérêts jusqu'au jour du payement intégral avec frais et dépens.

	Piastres turques.
Banque anglo-égyptienne. — Compte, valeur fin février 1880	2,632,500 00
Baronne Issaverdens. — Compte approximatif	234,532 14
Chailan frères. — Compte approximatif	52,276 36
Édouard Caprara. — Compte approximatif	63,352 16
Compagnie Fives-Lille. — Compte approximatif	18,794 23
A. Auric. — Compte approximatif	8,444 27
Total	3,009,900 36

Réclamations contestées et pendantes devant les tribunaux.

Aïdé et compagnie. — Différence sur les prix de bons qui auraient été achetés pour compte de feu Ismaïl-Pacha-Saddik . . . *Mémoire.*

Aïdé et compagnie. — Capital prétendu souscrit et non versé en commandite chez Aïdé et compagnie . . . . *Mémoire.* Nr. 7740. Aegypten. 17. Juli 1880.

Hassan - Moussa - el - Akkad. — Avance prétendue d'une somme d'argent . . . . *Mémoire.*

Marinelli. — Travaux et fournitures . . . . *Mémoire.*

Joseph Kahil. — Cession de créance . . . . *Mémoire.*

4° Honoraires de l'avocat de la Succession, *Mémoire.*



Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

Date Due

Due	Returned	Due	Returned
MAR 1 8 [illegible]	FEB 2 4 1991		


UNIVERSITY OF FLORIDA
3 1262 04621 4911

